Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1510

18.12.2023

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION

vom 14. Dezember 2023

zum Plan für die Ableitung radioaktiver Stoffe aus dem Entsorgungsanlagenkomplex Olkiluoto (Verkapselungsanlage für abgebrannte Brennelemente und Endlager in tiefen geologischen Schichten) in Finnland gemäß Artikel 37 Euratom-Vertrag

(Nur der finnische und der schwedische Text sind verbindlich)

(C/2023/1510)

Die nachstehende Bewertung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Euratom-Vertrags und unbeschadet möglicher weiterer Prüfungen, die gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und den aus ihm und dem abgeleiteten Recht erwachsenden Pflichten ([1]) durchzuführen sind.

Am 3. April 2023 hat die Europäische Kommission von der finnischen Regierung gemäß Artikel 37 Euratom-Vertrag die Allgemeinen Angaben zum Plan für die Ableitung radioaktiver Stoffe ([2]) aus dem Entsorgungsanlagenkomplex Olkiluoto, der eine Verkapselungsanlage für abgebrannte Brennelemente und ein Endlager in tiefen geologischen Schichten umfasst, erhalten.

Auf der Grundlage dieser Daten und der zusätzlichen Informationen, die von der Kommission am 15. Mai 2023 und am 4. Juli 2023 angefordert und von den Vertretern der finnischen Regierung am 13. Juni 2023 vorgelegt wurden, der ergänzenden Informationen, die von den Vertretern der finnischen Regierung auf der Sitzung der Sachverständigengruppe gemäß Artikel 31 des Euratom-Vertrags vom 4./5. Juli 2023 vorgelegt wurden, und der am 16. Juli 2023 übermittelten weiteren Informationen gibt die Kommission folgende Stellungnahme ab:

1. Die Allgemeinen Angaben enthielten Informationen über die Verkapselungsanlage für abgebrannte Brennelemente und das Endlager in tiefen geologischen Schichten. Ein mögliches künftiges geologisches Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle, für das am Standort Platz reserviert ist, war nicht Gegenstand der Allgemeinen Angaben und wird daher in der vorliegenden Stellungnahme nicht behandelt.

2. Die Entfernung des Entsorgungsanlagenkomplexes Olkiluoto zum nächstgelegenen Punkt anderer Mitgliedstaaten beträgt 200 km (Schweden) bzw. 250 km (Estland).

3. Radioaktive Abfälle ([3]) werden ohne Rückholungsabsicht in dem Endlager in tiefen geologischen Schichten eingelagert.

4. Für die Betriebsphase der Anlagen und die Verschlussphase des Endlagers in tiefen geologischen Schichten gilt:

   a) Unter normalen Betriebsbedingungen ist nicht davon auszugehen, dass die zu erwartenden Ableitungen flüssiger und gasförmiger Stoffe aus der Verkapselungsanlage für abgebrannte Brennelemente eine gesundheitlich signifikante Exposition der Bevölkerung in einem anderen Mitgliedstaat verursachen, wobei die Dosisgrenzwerte der Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen (Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates) ([4]) zugrunde gelegt werden. Beim Betrieb des Endlagers in tiefen geologischen Schichten werden weder gasförmige noch flüssige radioaktive Abfälle erwartet.

([1]) Zum Beispiel sind gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union Umweltaspekte näher zu prüfen. Die Kommission verweist unter anderem auf die Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (in der durch die Richtlinie 2014/52/EU geänderten Fassung), die Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen und auf die Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik.

([2]) Ableitung radioaktiver Stoffe im Sinne der Nummer 1 der Empfehlung 2010/635/Euratom der Kommission vom 11. Oktober 2010 zur Anwendung des Artikels 37 des Euratom-Vertrags (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 36).

([3]) In Finnland umfasst die Definition des Begriffs „radioaktive Abfälle“ auch abgebrannte Brennelemente.

([4]) Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom (ABl. L 13 vom 17.1.2014, S. 1).

b) Die geringen Mengen flüssiger und fester Abfälle aus der Verkapselungsanlage für abgebrannte Brennelemente werden zur radiologischen Prüfung in das Kernkraftwerk Olkiluoto überführt. Nach der Prüfung werden die Abfälle entweder zusammen mit anderen (schwach und mittelaktiven) Abfällen des KKW Olkiluoto behandelt und entsorgt oder gemäß den Bestimmungen der Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen aus der behördlichen Kontrolle entlassen.

c) Im Falle nicht geplanter Freisetzungen radioaktiver Stoffe nach einem Störfall der in den Allgemeinen Angaben betrachteten Art und Größenordnung ist nicht davon auszugehen, dass diese Freisetzungen eine gesundheitlich signifikante radioaktive Kontamination des Wassers, Bodens oder Luftraums eines anderen Mitgliedstaats verursachen, wobei die Bestimmungen der Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen zugrunde gelegt werden.

5. Für die Zeit nach dem Verschluss des Endlagers in tiefen geologischen Schichten gilt:

Die in den Allgemeinen Angaben beschriebenen Ergebnisse der Sicherheitsanalyse und der langfristigen Sicherheitsbewertung lassen darauf schließen, dass nach dem Verschluss keine Freisetzungen radioaktiver Stoffe zu erwarten sind.

Zusammenfassend ist nach Ansicht der Kommission nicht davon auszugehen, dass die Durchführung des derzeitigen Plans zur Ableitung radioaktiver Stoffe jeglicher Art aus dem Entsorgungsanlagenkomplex Olkiluoto auf der Insel Olkiluoto in Finnland im Normalbetrieb, während der Verschlussphase oder bei einem Störfall der in den Allgemeinen Angaben betrachteten Art und Größenordnung eine gesundheitlich signifikante radioaktive Kontamination des Wassers, Bodens oder Luftraums eines anderen Mitgliedstaats verursacht. Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass die finnischen Behörden beabsichtigen, während der Betriebsphase für beide Anlagen alle 15 Jahre Sicherheitsüberprüfungen durchzuführen.

Die Kommission empfiehlt den zuständigen finnischen Behörden, die Allgemeinen Angaben nach jeder Sicherheitsüberprüfung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Überprüfung zu aktualisieren und der Kommission zu übermitteln. Dies gilt auch für Änderungen des Plans, die unabhängig von den Sicherheitsüberprüfungen vorgenommen werden.

Die Kommission nimmt die in den Allgemeinen Angaben beschriebenen Ergebnisse der Sicherheitsanalyse und der langfristigen Sicherheitsbewertung für die Zeit nach dem Verschluss zur Kenntnis und empfiehlt, dass die finnischen Behörden die Allgemeinen Angaben aktualisieren und der Kommission übermitteln, bevor sie den Verschluss des Endlagers in tiefen geologischen Schichten genehmigen.

Brüssel, den 14. Dezember 2023.

Für die Kommission
Kadri SIMSON
Mitglied der Kommission

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1511

18.12.2023

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION

vom 14. Dezember 2023

zum Plan für die Ableitung radioaktiver Stoffe aus dem oberflächennahen Endlager Olkiluoto für sehr schwach radioaktive Abfälle am Standort Olkiluoto in Finnland

(Nur der finnische und der schwedische Text sind verbindlich)

(C/2023/1511)

Die nachstehende Bewertung erfolgt gemäß Artikel 37 des Euratom-Vertrags und unbeschadet möglicher weiterer Prüfungen, die gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und den aus ihm und dem abgeleiteten Recht erwachsenden Pflichten durchzuführen sind ([1]).

Am 4. April 2023 erhielt die Europäische Kommission von der finnischen Regierung gemäß Artikel 37 Euratom-Vertrag die Allgemeinen Angaben zum Plan für die Ableitung radioaktiver Stoffe ([2]) aus einem geplanten oberflächennahen Endlager für sehr schwach radioaktive Abfälle am Standort Olkiluoto.

Auf der Grundlage dieser Angaben und zusätzlicher Informationen, die von der Kommission am 24. Mai 2023 angefordert und von den finnischen Behörden am 21. Juni 2023 vorgelegt wurden, sowie nach Anhörung der Sachverständigengruppe gibt die Kommission folgende Stellungnahme ab:

1. Der Standort ist 200 km von der nächstgelegenen Landesgrenze eines anderen Mitgliedstaats (Schweden) entfernt.

2. Während der Betriebsphase des Endlagers:

   — Radioaktive Abfälle werden ohne Rückholungsabsicht eingelagert.

   — Im Normalbetrieb werden aus dem Endlager weder flüssige noch gasförmige Stoffe abgeleitet.

   — Bei nicht geplanten Freisetzungen radioaktiver Stoffe nach einem Störfall der in dem Plan betrachteten Art und Größenordnung ist nicht von einer gesundheitlich signifikanten radioaktiven Kontamination des Wassers, Bodens oder Luftraums eines anderen Mitgliedstaats auszugehen, wobei die Bestimmungen der Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen ([3]) zugrunde gelegt werden.

3. Nach der Betriebsphase des Endlagers:

   Die für den endgültigen Verschluss des Endlagers vorgesehenen Maßnahmen und die Ergebnisse der langfristigen Sicherheitsbewertung für die Nachsorgephase, wie sie in den Allgemeinen Angaben beschrieben sind, lassen darauf schließen, dass die Schlussfolgerungen unter Nummer 2 langfristig gültig bleiben.

([1]) Zum Beispiel sind gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union Umweltaspekte näher zu prüfen. Die Kommission verweist unter anderem auf die Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (in der durch die Richtlinie 2014/52/EU geänderten Fassung), die Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen und auf die Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik.

([2]) Ableitung radioaktiver Stoffe im Sinne der Nummer 1 der Empfehlung 2010/635/Euratom der Kommission vom 11. Oktober 2010 zur Anwendung des Artikels 37 des Euratom-Vertrags (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 36).

([3]) Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom (ABl. L 13 vom 17.1.2014, S. 1).

Die Kommission gelangt somit zu dem Schluss, dass nicht davon auszugehen ist, dass die Durchführung des Plans für die Ableitung radioaktiver Stoffe aller Art aus dem oberflächennahen Endlager Olkiluoto für sehr schwach radioaktive Abfälle am Standort Olkiluoto in Finnland in der Phase des Normalbetriebs des Endlagers, nach seinem endgültigen Verschluss oder bei Störfällen der in den Allgemeinen Angaben betrachteten Art und Größenordnung eine gesundheitlich signifikante radioaktive Kontamination des Wassers, Bodens oder Luftraums eines anderen Mitgliedstaats oder eines Nachbarlandes verursachen wird, wobei die Bestimmungen der Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen zugrunde gelegt werden.

Brüssel, den 14. Dezember 2023.

Für die Kommission
Kadri SIMSON
Mitglied der Kommission

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1512

18.12.2023

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION

vom 14. Dezember 2023

über den Plan für die Ableitung radioaktiver Stoffe beim Abbau (Phase 1) des Kernkraftwerks Santa María de Garoña in der Provinz Burgos, Spanien

(Nur der spanische Text ist verbindlich)

(C/2023/1512)

Die nachstehende Bewertung erfolgt nach den Bestimmungen des Euratom-Vertrags und unbeschadet möglicher weiterer Prüfungen ([1]), die gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und den aus ihm und dem abgeleiteten Recht erwachsenden Pflichten durchzuführen sind.

Am 20. März 2023 hat die Europäische Kommission von der Regierung Spaniens gemäß Artikel 37 Euratom-Vertrag die Allgemeinen Angaben zum Plan für die Ableitung radioaktiver Stoffe ([2]) während der Phase 1 des Abbaus des Kernkraftwerks Santa María de Garoña (SMG) erhalten.

Auf der Grundlage dieser Angaben und zusätzlicher Informationen, die von der Kommission am 6. Juni 2023 angefordert und von den spanischen Behörden am 27. Juni 2023 und am 10. Juli 2023 übermittelt wurden, sowie nach Anhörung der Sachverständigengruppe gelangt die Kommission zu folgender Stellungnahme:

1. Der Standort ist 140 km von der nächstgelegenen Landesgrenze eines anderen Mitgliedstaats (Frankreich) entfernt.

2. Beim normalen Abbau (Phase 1) hat die Ableitung flüssiger und gasförmiger radioaktiver Stoffe voraussichtlich keine gesundheitlich signifikante Exposition der Bevölkerung in einem anderen Mitgliedstaat zur Folge, wobei die Dosisgrenzwerte der Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen ([3]) zugrunde gelegt werden.

3. Feste radioaktive Abfälle werden vor der Verbringung nach El Cabril oder zur vorübergehenden Lagerung am Standort in den Lagergebäuden des KKW SMG gelagert.

   Abgebrannte Brennelemente werden am Standort im speziellen Zwischenlager ATI (Almacén Temporal Individualizado) in Castor-Behältern gelagert. Weitere radioaktive Abfälle, die die Annahmekriterien für El Cabril nicht erfüllen, werden ebenfalls im ATI gelagert werden.

   Feste Abfälle, die die in der Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen festgelegten Freigabekriterien erfüllen, werden entweder zur Entsorgung als konventioneller Abfall, zur Wiederverwendung oder zum Recycling aus der regulatorischen Kontrolle entlassen.

4. Bei nicht geplanten Freisetzungen radioaktiver Stoffe nach einem Unfall der in dem Plan betrachteten Art und Größenordnung ist nicht davon auszugehen, dass diese Freisetzungen eine gesundheitlich signifikante radioaktive Kontamination des Wassers, Bodens oder Luftraums eines anderen Mitgliedstaats verursachen, wobei die Bestimmungen der Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen zugrunde gelegt werden.

([1]) Zum Beispiel sind gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union Umweltaspekte näher zu prüfen. Die Kommission verweist unter anderem auf die Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (in der durch die Richtlinie 2014/52/EU geänderten Fassung), die Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen und auf die Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik.

([2]) Ableitung radioaktiver Stoffe im Sinne der Nummer 1 der Empfehlung 2010/635/Euratom der Kommission vom 11. Oktober 2010 zur Anwendung des Artikels 37 des Euratom-Vertrags (ABl. L 279 vom 23.10.2010, S. 36).

([3]) Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom (ABl. L 13 vom 17.1.2014, S. 1).

Die Kommission gelangt somit zu dem Schluss, dass nicht davon auszugehen ist, dass die Durchführung des Plans zur Ableitung radioaktiver Stoffe aller Art in Phase 1 des Abbaus des Kernkraftwerks Santa María de Garoña in der Provinz Burgos, Spanien, im Normalbetrieb oder bei einem Störfall der in den Allgemeinen Angaben betrachteten Art und Größenordnung eine gesundheitlich signifikante radioaktive Kontamination des Wassers, Bodens oder Luftraums eines anderen Mitgliedstaats verursachen wird, wobei die Bestimmungen der Richtlinie über die grundlegenden Sicherheitsnormen zugrunde gelegt werden.

Brüssel, den 14. Dezember 2023.

Für die Kommission
Kadri SIMSON
Mitglied der Kommission

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1522

18.12.2023

Stellungnahme des beratenden Ausschusses für kartell- und monopolfragen aus seiner Sitzung vom 8. März 2023 zum Beschlussentwurf in der Sache M.10663 – ORANGE / VOO / BRUTÉLÉ

Berichterstatter: Slowakische Republik

(C/2023/1522)

Zusammenschluss

1. Der Beratende Ausschuss (15 Mitgliedstaaten) stimmt mit der Kommission überein, dass das angemeldete Vorhaben einen Zusammenschluss im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (im Folgenden „**Fusionskontrollverordnung**“) ([1]) darstellt.

2. Der Beratende Ausschuss (15 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass der angemeldete Zusammenschluss nach Artikel 1 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung unionsweite Bedeutung hat.

Abgrenzung des Marktes

3. Der Beratende Ausschuss (15 Mitgliedstaaten) stimmt den im Beschlussentwurf aufgeführten Schlussfolgerungen der Kommission hinsichtlich der Abgrenzung der folgenden sachlich und räumlich relevanten Märkte zu:
   a) des Endkundenmarkts für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten,
   b) des Endkundenmarkts für die Erbringung audiovisueller Dienste,
   c) des Endkundenmarkts für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten,
   d) des Endkundenmarkts für die Erbringung von Mobilfunkdiensten,
   e) des Endkundenmarkts für die Erbringung von Festnetztelefondiensten,
   f) des Endkundenmarkts für die Erbringung von Standortvernetzungsdiensten,
   g) des Vorleistungsmarkts für die Bereitstellung von TV-Kanälen,
   h) des Vorleistungsmarkts für die Erbringung von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen,
   i) des Vorleistungsmarkts für die Bereitstellung von Breitbandzugangsdiensten,
   j) des Markts für den Vorleistungszugang zu Fernsehdiensten,
   k) des Vorleistungsmarkts für die Bereitstellung von Anrufzustellungsdiensten in Festnetzen,
   l) des Vorleistungsmarkts für die Zustellung und das Hosting von Anrufen zu geografisch nicht gebundenen Nummern,
   m) des Vorleistungsmarkts für die Bereitstellung von Transitdiensten für Inlandsgespräche über Festnetze,
   n) des Vorleistungsmarkts für die Erbringung von Internet-Konnektivitätsdiensten,
   o) des Vorleistungsmarkts für die Bereitstellung von Anrufzustellungsdiensten in Mobilfunknetzen,
   p) des Vorleistungsmarkts für die internationalen Roamingdienste.

Wettbewerbsrechtliche Würdigung

4. Der Beratende Ausschuss (15 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass das angemeldete Vorhaben aufgrund horizontaler nichtkoordinierter Effekte zu einer erheblichen Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs auf folgenden Märkten führen würde:
   a) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,
   b) dem Endkundenmarkt für die Erbringung der audiovisuellen Dienste im Kabelgebiet der Zielunternehmen,
   c) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,
   d) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Festnetz-Mobilfunk-Konvergenz-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

5. Der Beratende Ausschuss (15 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass der angemeldete Zusammenschluss aufgrund horizontaler koordinierter Effekte zu einer erheblichen Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs auf folgenden Märkten führen könnte:

   a) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

   b) dem Endkundenmarkt für die Erbringung der audiovisuellen Dienste im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

   c) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

   d) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Festnetz-Mobilfunk-Konvergenz-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen.

6. Der Beratende Ausschuss (15 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass nicht damit zu rechnen ist, dass das angemeldete Vorhaben aufgrund folgender Effekte zu einer erheblichen Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs führen wird:

   a) horizontaler nichtkoordinierter Effekte auf anderen als den unter Frage 4 genannten Märkten,

   b) horizontaler koordinierter Effekte auf anderen als den unter Frage 5 genannten Märkten.

   c) Vertikale Effekte

Verpflichtungszusagen

7. Der Beratende Ausschuss teilt die Auffassung der Kommission, dass die im Beschlussentwurf genannte erhebliche Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs durch die vom Anmelder am 30. Januar 2023 angebotenen Verpflichtungszusagen beseitigt wird. 13 Mitgliedstaaten stimmen zu. 2 Mitgliedstaaten enthalten sich.

8. Der Beratende Ausschuss stimmt der Kommission zu, dass das angemeldete Vorhaben vorbehaltlich der vollständigen Einhaltung der vom Anmelder am 30. Januar 2023 angebotenen Verpflichtungszusagen den wirksamen Wettbewerb im Binnenmarkt oder einem wesentlichen Teil desselben wahrscheinlich nicht erheblich behindern wird. 13 Mitgliedstaaten stimmen zu. 2 Mitgliedstaaten enthalten sich.

Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt und dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum

9. Der Beratende Ausschuss teilt die Auffassung der Kommission, dass der angemeldete Zusammenschluss folglich nach Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 8 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung sowie Artikel 57 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ([2]) für mit dem Binnenmarkt und dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum vereinbar zu erklären ist. 13 Mitgliedstaaten stimmen zu. 2 Mitgliedstaaten enthalten sich.

([2]) ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1523

18.12.2023

ZUSAMMENFASSUNG DES BESCHLUSSES DER KOMMISSION

vom 20. März 2023

zur Feststellung der Vereinbarkeit eines Zusammenschlusses mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen

(Sache M.10663 – ORANGE / VOO / BRUTÉLÉ)

(bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2023) 1800)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1523)

Am 20. März 2023 hat die Kommission in einem Fusionskontrollverfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ([1]), insbesondere Artikel 8 Absatz 2, einen Beschluss erlassen. Eine nichtvertrauliche Fassung des vollständigen Wortlauts des Beschlusses kann in der verbindlichen Sprachfassung der Wettbewerbssache auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb unter folgender Adresse eingesehen werden: http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm?clear=1&policy_area_id=2.

1. EINLEITUNG

(1) Am 22. Juni 2022 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Fusionskontrollverordnung bei der Europäischen Kommission (im Folgenden „**Kommission**“) eingegangen, wonach der Anmelder die alleinige Kontrolle über die Zielunternehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung übernehmen wird (im Folgenden „**Vorhaben**“) ([2]).

(2) Nach einer vorläufigen Prüfung der Anmeldung äußerte die Kommission auf der Grundlage einer Marktuntersuchung im Vorprüfverfahren (Phase I) ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit des Vorhabens mit dem Binnenmarkt und erließ am 28. Juli 2022 einen Beschluss über die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der Fusionskontrollverordnung ([3]).

(3) Am 8. August 2022 wurde das Hauptprüfverfahren (Phase II) auf Antrag des Anmelders nach Artikel 10 Absatz 3 Unterabsatz 2 Satz 1 der Fusionskontrollverordnung um 10 Arbeitstage verlängert.

(4) Am 22. August 2022 übermittelte der Anmelder seine schriftliche Stellungnahme zum Beschluss nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c.

(5) Am 31. August 2022 fand ein Sachstandstreffen zwischen dem Anmelder und der Kommission statt.

(6) Zwischen dem 12. Oktober 2022 und dem 21. Oktober 2022 wurde das Hauptprüfverfahren (Phase II) auf Antrag des Anmelders nach Artikel 10 Absatz 3 Unterabsatz 2 Satz 3 der Fusionskontrollverordnung um insgesamt 10 Arbeitstage verlängert.

(7) Am 26. Oktober 2022 erließ die Kommission im Anschluss an zwei Absichtserklärungen zwischen Orange und Telenet einen an den Anmelder gerichteten Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung (im Folgenden „**Orange-Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3**“). Der Anmelder kam dem Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3 am 30. Januar 2023 nach. Daher wurde die Aussetzung der Fristen am Ende des 30. Januar 2023 beendet.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (Fusionskontrollverordnung).
([2]) Veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Union* C 246 vom 29.6.2022, S. 5.
([3]) Veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Union* C 315 vom 19.8.2022, S. 1.

(8) Am 30. Januar 2023 legte der Anmelder Verpflichtungszusagen nach Artikel 8 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung vor, um die wettbewerbsrechtlichen Bedenken der Kommission auszuräumen. Am 31. Januar 2023 leitete die Kommission einen Markttest zu den am 30. Januar 2023 vom Anmelder vorgelegten Verpflichtungszusagen ein.

(9) Die Kommission hat die Beteiligten in einer Telefonkonferenz am 10. Februar 2023 ausführlich über die Ergebnisse des Markttests informiert.

(10) Der Beschluss wurde mit den Mitgliedstaaten am 8. März 2023 auf einer Sitzung des Beratenden Ausschusses für die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen besprochen, der eine befürwortende Stellungnahme abgab. Der Anhörungsbeauftragte gab in seinem am 9. März 2023 vorgelegten Bericht eine befürwortende Stellungnahme zu dem Verfahren ab.

2. **DIE BETEILIGTEN**

(11) **Orange** ist ein weltweit tätiges französisches Telekommunikationsunternehmen, das in Belgien hauptsächlich über OBE und andere Tochtergesellschaften (Orange Business Services SA, Business & Decision SAS, Orange Cyberdefense Belgium NV und Orange Bank SA über ihre Tochtergesellschaft Anytime SA) tätig ist ([4]). OBE bietet vor allem Mobilfunkdienste über sein eigenes Mobilfunknetz in Belgien an. OBE bietet in Belgien auch Festnetztelekommunikationsdienste über Festnetze Dritter an. Zur Erbringung seiner Festnetzdienste nutzt OBE in Flandern und zwei Dritteln von Brüssel das Netz von Telenet Group Holding NV („**Telenet**“, Belgien) ([5]) und im übrigen Belgien die Netze der Zielunternehmen.

(12) **VOO** ist ein Kabelnetzbetreiber, der hauptsächlich in der Wallonischen Region Belgiens tätig ist. VOO bietet hauptsächlich Festnetztelekommunikationsdienste über sein eigenes Kabelnetz und in begrenztem Umfang Mobilfunkdienste über Mobilfunknetze Dritter (derzeit einschließlich Telenet und Proximus NV/SA („**Proximus**“, Belgien) ([6])) an. Über seine hundertprozentige Tochtergesellschaft BeTV S.A. („**BeTV**“) erbringt VOO in Belgien auch Fernsehdienste. VOO steht derzeit unter der alleinigen Kontrolle von Nethys S.A. („**Nethys**“, Belgien), die ihrerseits ausschließlich von Enodia S.C. („**Enodia**“, Belgien) kontrolliert wird. Enodia befindet sich letztlich im Eigentum der Provinz Lüttich (die 53,91 % der Anteile an Enodia hält) und anderer Gemeinden.

(13) **Brutélé** ist ein Kabelnetzbetreiber, der hauptsächlich in der Region Brüssel-Hauptstadt und in bestimmten Gemeinden der Wallonischen Region Belgiens (vor allem um die Stadt Charleroi in der Provinz Hainaut, in der Provinz Namur und in der Provinz Wallonisch-Brabant) tätig ist. Brutélé bietet Festnetztelekommunikationsdienste über ihr eigenes Kabelnetz an. Brutélé ist derzeit im Eigentum von 30 Brüsseler und wallonischen Gemeinden, darunter die Gemeinden Charleroi (27,5 %), Ixelles (10,4 %), Uccle (8,5 %) und Saint-Gilles (6,4 %). Alle anderen Gemeinden halten weniger als 5 % des Aktienkapitals von Brutélé.

(14) VOO und Brutélé vermarkten ihre Telekommunikationsdienste auf Endkundenebene unter der gemeinsamen Marke VOO.

3. **RELEVANTE MÄRKTE**

(15) Im Beschluss stellte die Kommission fest, dass für die Prüfung des Vorhabens die folgenden Märkte relevant sind:

a) der Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

b) der Endkundenmarkt für die Erbringung der (linearen) **audiovisuellen** Dienste im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

c) der hypothetische Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

d) der hypothetische Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Festnetz-Mobilfunk-Konvergenz-Paketen (im Folgenden „**FMC**“) im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

([4]) Bezugnahmen auf OBE sind so zu verstehen, dass sie alle Aktivitäten von Orange in Belgien einschließen, auch solche, die nicht direkt von OBE durchgeführt werden.
([5]) Telenet wird letztlich von Liberty Global Plc (Vereinigtes Königreich) kontrolliert.
([6]) Proximus war das erste belgische Telekommunikationsunternehmen und wird derzeit von der belgischen Regierung kontrolliert.

e) der hypothetische Endkundenmarkt für die Bereitstellung reiner Festnetzpakete im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

f) der Endkundenmarkt für die Erbringung von Mobilfunkdiensten in Belgien,

g) der Endkundenmarkt für die Festnetz-Telefondienste im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

h) der Markt für die Standortvernetzungsdienste für Unternehmensendkunden in Belgien,

i) der Vorleistungsmarkt für Pay-TV- (im Folgenden „**TV**“) und frei empfangbaren TV-Kanälen im französisch-sprachigen Teil Belgiens oder im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

j) der Vorleistungsmarkt für Premium-TV-Kanäle im französischsprachigen Teil Belgiens oder im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

k) der Vorleistungsmarkt für den Zugang zu Fernsehdiensten im Kabelgebiet der einzelnen Kabelnetzbetreiber,

l) der Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen in Belgien,

m) der Vorleistungsmarkt für Breitbandzugangsdienste im Kabelgebiet der einzelnen Kabelnetzbetreiber,

n) der Vorleistungsmarkt für die Anrufzustellung in Festnetzen in Belgien,

o) der Vorleistungsmarkt für die Zustellung und das Hosting von Anrufen zu geografisch nicht gebundenen Nummern in Belgien,

p) der Vorleistungsmarkt für die Bereitstellung von Transitdiensten für Inlandsgespräche über Festnetze in Belgien,

q) der Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Internet-Konnektivitätsdiensten im Europäischen Wirtschaftsraum (**EWR**) oder weltweit,

r) der Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Anrufzustellungsdiensten in in Belgien und

s) der Vorleistungsmarkt für die internationalen Roamingdienste in Belgien.

4. WETTBEWERBSRECHTLICHE WÜRDIGUNG

4.1. Einleitung

(16) Im Beschluss stellte die Kommission fest, dass das Vorhaben zu folgenden horizontal betroffenen Märkten führt:

a) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

b) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von linearen audiovisuellen Diensten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

c) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

d) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen (im Folgenden zusammen mit dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten im Kabelgebiet der Zielunternehmen, dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von linearen audiovisuellen Diensten im Kabelgebiet der Zielunternehmen und dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten im Kabelgebiet der Zielunternehmen als „**relevante Märkte**“ bezeichnet),

e) dem Endkundenmarkt für die Bereitstellung reiner Festnetzpakete im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

f) dem Endkundenmarkt für die Erbringung von Mobilfunkdiensten in Belgien,

g) dem Endkundenmarkt für die Festnetz-Telefondienste im Kabelgebiet der Zielunternehmen,

h) dem Vorleistungsmarkt für die Bereitstellung von Standard-Pay-TV-Kanälen und frei empfangbaren TV-Kanälen im Kabelgebiet der Zielunternehmen (Nachfrageseite) und

i) dem Vorleistungsmarkt für die Bereitstellung von Premium-Pay-TV-Kanälen im Kabelgebiet der Zielunternehmen (Nachfrageseite).

(17) Des Weiteren existieren bei dem Vorhaben die folgenden vertikal betroffenen Märkte im Zusammenhang mit Verknüpfungen zwischen den folgenden Märkten:

a) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für Breitbandzugangsdienste und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten, Bündel-Angeboten, reinen Festnetzpaketen, FMC-Paketen und Standortvernetzungs-diensten für Unternehmenskunden im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

b) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Markt für den Vorleistungszugang zu Fernsehdiensten und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Erbringung von audiovisuellen Diensten sowie für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten, reinen Festnetzpaketen, FMC-Paketen und Standortvernetzungsdiensten für Unternehmenskunden im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

c) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für die Bereitstellung von Premium-Pay-TV-Kanälen und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Bereitstellung von audiovisuellen Diensten, Bündel-Angeboten, reinen Festnetzpaketen und FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

d) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Erbringung von Mobilfunkdiensten sowie für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten und FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

e) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Anrufzustellungsdiensten in Festnetzen und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Erbringung von Festnetz-Telefondiensten und Mobilfunkdiensten sowie für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten, reinen Festnetzpaketen und FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

f) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für die Zustellung und das Hosting von Anrufen zu geografisch nicht gebundenen Nummern und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten, reinen Festnetzpaketen und FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

g) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für die Bereitstellung von Transitdiensten für Inlandsgespräche über Festnetze und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten, reinen Festnetzpaketen und FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

h) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Internet-Konnektivitätsdiensten und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten, Bündel-Angeboten, reinen Festnetzpaketen und FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

i) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Anrufzustellungsdiensten in Mobilfunknetzen und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Erbringung von Festnetz-Internetzugangsdiensten, Mobilfunkdiensten, die Bereitstellung von Bündel-Angeboten, reinen Festnetzpaketen und FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben,

j) vertikal betroffene Märkte, die sich aus der Beziehung zwischen dem (vorgelagerten) Vorleistungsmarkt für die internationalen Roamingdienste und den (nachgelagerten) Endkundenmärkten für die Erbringung von Mobilfunkdiensten sowie für die Bereitstellung von Bündel-Angeboten und FMC-Paketen im Kabelgebiet der Zielunternehmen ergeben.

(18) In der Mehrzahl der vorstehend genannten Märkte hat die Kommission weder wettbewerbsrechtliche Bedenken festgestellt noch Beschwerden erhalten. Insofern die Kommission Bedenken festgestellt oder Beschwerden von Marktteilnehmern erhalten hat, sind die Feststellungen der Kommission in den nachstehenden Abschnitten zusammengefasst.

4.2. **Horizontale nichtkoordinierte Effekte auf den relevanten Märkten**

(19) In ihrem Beschluss kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben den wirksamen Wettbewerb aufgrund horizontaler, nichtkoordinierter Effekte auf den relevanten Märkten aus folgenden Gründen erheblich behindern würde:

a) Die gemeinsamen Marktanteile der Beteiligten auf den einzelnen relevanten Märkten im Kabelgebiet der Zielunternehmen würden nahe bei oder über 40 % liegen, wobei die Zuwachsraten nicht unerheblich wären. Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Marktanteile bei dem Bruttozuwachs an Endkunden und der hohen Margen der Beteiligten kam die Kommission zu dem Schluss, dass die tatsächliche Marktmacht, über die das neu formierte Unternehmen nach dem Vorhaben verfügen würde, auf Basis der Marktanteile der Beteiligten erheblich unterschätzt wird.

b) Durch das Vorhaben wird sich die Zahl der Anbieter im Kabelgebiet Zielunternehmender von drei auf zwei verringern, wodurch die Möglichkeiten eines Anbieterwechsels für die Endkunden erheblich eingeschränkt werden. Die Kommission hat lediglich Proximus als die einzige echte Alternative ermittelt, die den Endkunden nach dem Zusammenschluss zur Verfügung stehen wird.

c) Zudem ergab die Untersuchung der Kommission, dass die Beteiligten enge Wettbewerber sind, was sich aus internen Dokumenten der Beteiligten, Regulierungsberichten, Umstiegsquoten und Berechnungen der impliziten Marktanteile ([7]) ergibt.

d) Die Kommission stellte ferner fest, dass Orange als wichtige Wettbewerbskraft, die seit dem Eintritt in die relevanten Festnetzmärkte im Jahr 2016 den Wettbewerb und die Innovation vorangetrieben hat, durch das Vorhaben ausgeschaltet würde.

e) Schließlich stellte die Kommission fest, dass i) angesichts der verstreuten Kundenbasis der Beteiligten nur eine sehr begrenzte Gegenmacht auf der Nachfrageseite vorhanden ist, ii) ein Markteintritt unwahrscheinlich wäre und zur falschen Zeit erfolgen würde und iii) die von den Beteiligten vorgetragenen Effizienzgewinne nicht ausreichend belegt sind.

4.3. **Horizontale koordinierte Effekte auf den relevanten Märkten**

(20) Im Beschluss prüfte die Kommission, ob das Vorhaben zu wettbewerbswidrigen horizontalen koordinierten Effekten auf den relevanten Märkten führen würde. Die Kommission stellte insbesondere fest, dass das Vorhaben die Zahl der Marktteilnehmer auf den relevanten Märkten verringern und die Struktur des zusammengeschlossenen Unternehmens an die von Proximus angleichen würde. Die Kommission stellte jedoch fest, dass die Abhilfemaßnahme alle potenziellen erheblichen Beeinträchtigungen des wirksamen Wettbewerbs aufgrund koordinierter horizontaler Effekte auf den relevanten Märkten beseitigt, und kam daher zu dem Schluss, dass keine horizontalen koordinierten Effekte auf den relevanten Märkten vorliegen.

4.4. **Horizontale nichtkoordinierte Effekte auf der Nachfrageseite der Vorleistungsmärkte für die Bereitstellung von Standard-Pay-TV-Kanälen und frei empfangbaren Fernsehkanälen im Kabelgebiet der Zielunternehmen sowie für die Bereitstellung von Premium-Pay-TV-Kanälen im Kabelgebiet der Zielunternehmen**

(21) Die Kommission stellt in ihrem Beschluss fest, dass das Vorhaben den wirksamen Wettbewerb durch horizontale nichtkoordinierte Effekte auf der Nachfrageseite der Vorleistungsmärkte für die Bereitstellung von Standard-Pay-TV-Kanälen und frei empfangbaren Fernsehkanälen im Kabelgebiet der Zielunternehmen sowie für die Bereitstellung von Premium-Pay-TV-Kanälen im Kabelgebiet der Zielunternehmen nicht erheblich behindern dürfte. Insbesondere stellte die Kommission fest, dass das Vorhaben trotz der hohen gemeinsamen Marktanteile der Beteiligten nach dem Zusammenschluss den Ergebnissen der Marktuntersuchung zufolge keine Auswirkungen auf die Verhandlungsmacht der Beteiligten haben würde. Darüber hinaus stellte die Kommission fest, dass die Anbieter von Fernsehkanälen auf der Vorleistungsebene ein Interesse daran haben, ihre Fernsehkanäle so breit wie möglich anzubieten.

4.5. **Ausschluss der auf Vorleistungsebene tätigen Anbieter von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen in Belgien**

(22) Die Kommission gelangte zu dem Schluss, dass das Vorhaben den wirksamen Wettbewerb nicht durch einen wettbewerbswidrigen Ausschluss von Abnehmern auf dem Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen erheblich beeinträchtigt.

(23) Erstens stellte die Kommission in Bezug auf die Fähigkeit der Beteiligten, eine Strategie des Ausschlusses von Abnehmern zu verfolgen, fest, dass auf die Zielunternehmen nur ein sehr geringer Teil der Einnahmen von Telenet entfällt.

(24) Zweitens stellte die Kommission fest, dass das Vorhaben die Anreize der Beteiligten, eine Strategie des Ausschlusses von Abnehmern zu verfolgen, nicht wesentlich beeinträchtigen würde.

(25) Schließlich stellte die Kommission fest, dass das Vorhaben – angesichts der nationalen behördlichen Versorgungsverpflichtungen und der jüngsten Ausgaben für die 5G-Frequenzzuweisung – die Pläne von Telenet zum Ausbau von Mobilfunknetzen im Kabelgebiet der Zielunternehmen nicht beeinträchtigen und daher keine wettbewerbswidrigen Effekte für den Vorleistungsmarkt für die Erbringung von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen haben wird.

([7]) Mit impliziten Marktanteilen wird angegeben, wie hoch die Marktanteile der Beteiligten sein müssten, um zu den beobachteten Umstiegsquoten zu führen.

5. VERPFLICHTUNGSANGEBOTE DER BETEILIGTEN

5.1. Beschreibung der Verpflichtungszusagen

(26) Um die vorgenannten wettbewerbsrechtlichen Bedenken in Bezug auf die relevanten Märkte auszuräumen, hat der Anmelder am 30. Januar 2023 Verpflichtungszusagen vorgelegt, wonach Orange Telenet Zugang zu folgenden Netzen gewähren wird:

a) der bestehenden Festnetzinfrastruktur, die Orange von den Zielunternehmen erwirbt, und

b) dem künftigen „Fibre-to-the-Premises"-Netz („FTTP-Netz") von Orange, das in den nächsten Jahren eingerichtet werden soll.

(27) Im Einklang mit früheren von der Kommission akzeptierten Zugangsverpflichtungen umfasst der Vorschlag des Anmelders ein beschleunigtes Streitbeilegungsverfahren und die Ernennung eines Überwachungstreuhänders.

5.2. Würdigung der Verpflichtungszusagen

(28) Die Kommission ist der Auffassung, dass die vorgeschlagenen Zusagen wirksam und geeignet sind, die durch das Vorhaben auf den relevanten Märkten aufgeworfenen Bedenken auszuräumen. Die Kommission ist insbesondere der Auffassung, dass die Zusagen den nahezu sofortigen Eintritt eines angesehenen und zuverlässigen Anbieters in das Kabelgebiet der Zielunternehmen ermöglichen, wenn Telenet in das Kabelgebiet der Zielunternehmen eintritt. Ziel der vorgelegten Zusagen ist es, den Zugangsinteressenten Orange durch den weiteren Zugangsinteressenten Telenet zu ersetzen. Damit wird im Kabelgebiet der Zielunternehmen eine „3-zu-3"-Marktstruktur aufrechterhalten.

(29) Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass die Verpflichtungszusagen die durch das Vorhaben aufgeworfenen wettbewerbsrechtlichen Bedenken vollständig ausräumen. Die Kommission ist ferner der Auffassung, dass die Verpflichtungszusagen zeitnah umgesetzt werden können.

6. SCHLUSSFOLGERUNG

(30) Aus den oben genannten Gründen kommt die Kommission in ihrem Beschluss zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben – vorbehaltlich der Einhaltung der Verpflichtungen des Anmelders – den wirksamen Wettbewerb weder im Binnenmarkt noch in einem wesentlichen Teil desselben erheblich behindern würde. Folglich wird im Beschluss der Zusammenschluss nach Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 8 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung sowie nach Artikel 57 des EWR-Abkommens für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1521

18.12.2023

Abschlussbericht des Anhörungsbeauftragten [1]

Sache M.10663 — Orange/VOO/Brutélé

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1521)

Am 22. Juni 2022 ging bei der Kommission die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens nach Artikel 4 der Fusionskontrollverordnung [2] ein, mit dem Orange S.A. (im Folgenden „Orange“ oder „Anmelder“) beabsichtigt, im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung über seine allein kontrollierte belgische Tochtergesellschaft Orange Belgium S.A. die alleinige Kontrolle über VOO S.A. (im Folgenden „VOO“) und die Telekommunikations-, Medien- und Technologietätigkeiten [3] der Intercommunale pour la Diffusion de la Télevision (im Folgenden „Brutélé“) (Orange, VOO und Brutélé werden im Folgenden zusammen als „Beteiligte“ bezeichnet) zu erwerben (im Folgenden „geplanter Zusammenschluss“).

Am 28. Juli 2022 erließ die Kommission einen Beschluss zur Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der Fusionskontrollverordnung (im Folgenden „Beschluss nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c“). Am 22. August 2022 übermittelte der Anmelder schriftliche Stellungnahmen zu dem Beschluss nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c.

Am 8. August 2022 verlängerte die Kommission auf Antrag des Anmelders gemäß Artikel 10 Absatz 3 Unterabsatz 2 Satz 1 der Fusionskontrollverordnung die Frist für den Erlass eines Beschlusses nach Artikel 8 der Fusionskontrollverordnung um zehn Arbeitstage.

Am 12., 14., 18. und 21. Oktober 2022 verlängerte die Kommission auf Antrag des Anmelders die Frist für den Erlass eines Beschlusses nach Artikel 8 der Fusionskontrollverordnung um zwei, zwei, zwei bzw. vier Arbeitstage gemäß Artikel 10 Absatz 3 Unterabsatz 2 Satz 3 der Fusionskontrollverordnung.

Am 26. Oktober 2022 erließ die Kommission einen Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung (im Folgenden „Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3“), mit der sie den Anmelder aufforderte, bestimmte Auskünfte im Zusammenhang mit einer möglichen Vereinbarung über den Vorleistungszugang mit Telenet Group Holding NV (einem dritten Wettbewerber) zu erteilen, die für die Beurteilung des geplanten Zusammenschlusses auf bestimmten betroffenen Märkten von Belang waren. Gemäß Artikel 9 Absatz 2 der Durchführungsverordnung zur Fusionskontrollverordnung [4] hielt es die Kommission für angemessen, diese Informationen anzufordern, ohne zuvor ein einfaches Auskunftsverlangen zu versenden. Mit dem Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3 wurde die in Artikel 10 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung genannte Frist nach Artikel 10 Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung ausgesetzt. Der Anmelder kam dem in dem Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3 enthaltenen Auskunftsverlangen am 30. Januar 2023 nach, wodurch die Aussetzung der oben genannten Frist beendet wurde.

Zwischen dem 11. Oktober 2022 und dem 18. Januar 2023 habe ich zwei Unternehmen, die auf einigen der von dem geplanten Zusammenschluss betroffenen Märkte „oder in einem vorgelagerten Bereich“ tätig sind, gemäß Artikel 18 Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung als interessierte Dritte zugelassen.

Am 30. Januar 2023 legte der Anmelder Verpflichtungszusagen nach Artikel 8 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung vor, um die wettbewerbsrechtlichen Bedenken der Kommission auszuräumen (im Folgenden „Verpflichtungszusagen“). Am 31. Januar 2023 leitete die Kommission in Bezug auf die Verpflichtungszusagen einen Markttest ein. Die Beteiligten wurden am 10. Februar 2023 in einer Telefonkonferenz über die Ergebnisse des Markttests informiert.

Mit dem als Entwurf vorliegenden Beschluss wird der geplante Zusammenschluss vorbehaltlich der vollständigen Einhaltung der Verpflichtungszusagen für mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen vereinbar erklärt.

---

[1] Nach den Artikeln 16 und 17 des Beschlusses 2011/695/EU des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 13. Oktober 2011 über Funktion und Mandat des Anhörungsbeauftragten in bestimmten Wettbewerbsverfahren (ABl. L 275 vom 20.10.2011, S. 29) (im Folgenden „Beschluss 2011/695/EU“).

[2] Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1) (Fusionskontrollverordnung).

[3] Gemäß der Definition im Beschlussentwurf der Kommission.

[4] Verordnung (EG) Nr. 802/2004 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 133 vom 30.4.2004, S. 1) (Durchführungsverordnung zur Fusionskontrollverordnung).

Insgesamt vertrete ich die Auffassung, dass die Verfahrensrechte während des gesamten Verfahrens effektiv gewahrt worden sind.

Brüssel, 9. März 2023.

Eric GIPPINI FOURNIER

C/2023/1582

18.12.2023

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11109 — IAG / AIR EUROPA)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1582)

1. Am 11. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— International Consolidated Airlines Group, S.A. („IAG“, Spanien und Vereinigtes Königreich),

— Air Europa Holding, S.L. („Air Europa“, Spanien), kontrolliert von Globalia Corporación Empresarial, S.A. („Globalia“, Spanien).

IAG wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Air Europa erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

Eine Anmeldung dieses Zusammenschlusses war bereits am 25. Mai 2021 bei der Kommission eingegangen, wurde jedoch am 16. Dezember 2021 zurückgezogen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— IAG ist eine multinationale Luftfahrt-Holding, die die Fluggesellschaften Iberia (Spanien), British Airways (Vereinigtes Königreich), Aer Lingus (Irland), die Billigfluggesellschaft Vueling (Spanien) sowie die in Barcelona ansässige Langstreckenfluggesellschaft LEVEL umfasst. IAG ist auch die Muttergesellschaft von IAG Cargo. Außerdem erbringt IAG Bodenabfertigungs-, Wartungs-, Reparatur- und Überholungsdienste, landseitige Frachtumschlagsdienste und Flugsimulationsschulungsdienste. IAG ist ein an der Londoner Börse notiertes Unternehmen mit Zweitnotierungen an spanischen Börsen. British Airways und Iberia sind Mitglieder der oneworld-Allianz.

— Air Europa bietet ebenfalls Luftverkehrsdienste für Passagiere und Luftfrachtdienste an. Air Europa ist eine Tochtergesellschaft von Globalia, einem in Familienbesitz stehenden spanischen Tourismuskonzern.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11109 — IAG / AIR EUROPA

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2023/1571

18.12.2023

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11271 — FS INVESTMENTS / KKR / WITTUR)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1571)

1. Am 11. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— Franklin Square Holdings L.P. („FS Investments“, USA),

— KKR & Co. Inc. („KKR“, USA),

— Wittur International Holding GmbH („Wittur“, Deutschland).

FS Investments und KKR übernehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Wittur.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— FS Investments ist ein weltweit tätiger alternativer Vermögensverwalter, der Zugang zu einer breiten Palette alternativer Anlageklassen und -strategien wie Private Equity, Kredite, Sachanlagen und Multi-Asset-Investitionen bietet.

— KKR ist eine weltweit tätige Investmentgesellschaft, die alternative Vermögensverwaltung sowie Kapitalmarkt- und Versicherungslösungen anbietet.

— Wittur entwirft, produziert, verkauft und handelt weltweit mit Aufzugskomponenten für Wohn- und Gewerbegebäude.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ([2]) infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11271 — FS INVESTMENTS / KKR / WITTUR

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
([2]) ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2023/1586

18.12.2023

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11273 — BROMIA / RAFFEISENBANK INTERNATIONAL / RAIFFEISEN CONTINUUM MANAGEMENT)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1586)

Am 13. Dezember 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Deutsch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M11273 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

C/2023/1579

18.12.2023

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11336 — VERBUND / BURGENLAND ENERGIE / JV)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1579)

1. Am 7. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— VERBUND AG („VERBUND“, Österreich),

— Burgenland Energie AG („Burgenland Energie“, Österreich),

— ein neu gegründetes Gemeinschaftsunternehmen („JV“, Österreich).

VERBUND und Burgenland Energie werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über das neu gegründete JV erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— VERBUND ist ein österreichischer Energieversorger, dessen Kerngeschäft in der Stromerzeugung, der Stromübertragung, dem Stromhandel und der Lieferung von Strom an Endkunden besteht.

— Burgenland Energie ist ein österreichischer regionaler Energieversorger, der in den Bereichen Strom- und Wärmeerzeugung, Verkauf und Verteilung von Strom, Erdgas und Wärme sowie energiebezogene Dienstleistungen im Bundesland Burgenland tätig ist.

3. Das JV wird in folgenden Geschäftsbereichen tätig sein:

— Das JV wird Wasserstoff erzeugen.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ([2]) infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11336 — VERBUND / BURGENLAND ENERGIE / JV

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
([2]) ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2023/1573

18.12.2023

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11346 — EIFFAGE GROUP / SALVIA HOLDING / SALVIA GROUP)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1573)

1. Am 7. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— Eiffage Énergie Systèmes – Participations SAS („Eiffage“, Frankreich),

— Salvia Holding GmbH („Salvia Holding“, Deutschland),

— Salvia Group GmbH („Salvia Group“, Deutschland), kontrolliert von Salvia Holding.

Eiffage und Salvia Holding werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Salvia Holding übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Eiffage ist eine französische Bau- und Konzessionsgruppe, deren Kerngeschäft die folgenden Bereiche sind: i) Bau, ii) Infrastruktur, iii) Konzessionen und iv) Energiesysteme.

— Salvia Holding ist in Deutschland in den Bereichen Fliesen, Veranstaltungsplanung sowie Betrieb von Hotels und Fitnessstudios tätig.

— Die Salvia Group erbringt in Deutschland technische Dienstleistungen für den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden und Anlagen, von der Planungsphase bis zur Instandhaltung, insbesondere die Planung und Installation von gebäudetechnischen Anlagen, die Wartung der Anlagen (technisches Gebäudemanagement) und das Projektmanagement.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ([2]) infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11346 — EIFFAGE GROUP / SALVIA HOLDING / SALVIA GROUP

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
([2]) ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2023/1587

18.12.2023

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11348 — CONTEMPORARY AMPEREX TECHNOLOGY / ANEKA TAMBANG / FENI HALTIM / HPAL JOINT VENTURE)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1587)

Am 5. Dezember 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M11348 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

C/2023/1576

18.12.2023

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11363 — DIF / EDF / FJORD1)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1576)

1. Am 11. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates [1] bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— DIF Management B.V. („DIF“, Niederlande), kontrolliert von DIF Management Holding B.V.,

— Electricité de France S.A („EDF“, Frankreich), kontrolliert vom französischen Staat,

— Fjord1 AS („Fjord1“, Norwegen), kontrolliert von Fjord Holdco AS.

DIF und EDF werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Fjord1 und seine Tochtergesellschaften übernehmen, mit Ausnahme des Tourismusgeschäfts und der Beteiligung von Fjord1 an WF Holding AS, die vor dem Closing ausgegliedert werden müssen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— DIF ist ein unabhängiger Verwalter von Infrastruktur-Equity-Fonds, der sich auf Investitionen in Energie (Energiewende), Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und andere wirtschaftliche Infrastruktur wie Kern-, Telekommunikations-, Verkehrs- und Sozialinfrastruktur in Europa, Amerika und Australasien konzentriert.

— EDF ist ein weltweit aufgestelltes, integriertes Energieunternehmen, das hauptsächlich in den Bereichen Stromerzeugung, -(groß)handel und -versorgung sowie in der Erbringung von sonstigen strombezogenen Dienstleistungen und von Energiedienstleistungen sowie – in geringerem Maße – im Gassektor tätig ist.

— Fjord1 ist ein norwegisches Fährunternehmen, dessen Kerngeschäft in der Erbringung von Dienstleistungen mit Fähr- und Fahrgastschiffen besteht.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen [2] infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11363 — DIF / EDF / FJORD1

[1] ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
[2] ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2023/1580

18.12.2023

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11367 — TOTALENERGIES / QUADRA ENERGY)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1580)

1. Am 11. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— TotalEnergies S.E. („TTE“, Frankreich),

— Quadra Energy GmbH („Quadra Energy“, Deutschland), kontrolliert von der Aloys Wobben Stiftung (Deutschland).

TTE wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Quadra Energy übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— TTE ist ein internationales integriertes Energieunternehmen, das in mehr als 130 Ländern tätig ist und in allen Bereichen der Öl- und Gasindustrie sowie in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieerzeugung und CO_2-Neutralität tätig ist.

— Quadra Energy ist im Bereich erneuerbare Energien tätig, hauptsächlich durch den Handel mit Ökostrom in Deutschland.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ([2]) infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11367 — TOTALENERGIES / QUADRA ENERGY

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
([2]) ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1504

18.12.2023

BEKANNTMACHUNG DER KOMMISSION

über die Leitlinien für die Prävention, Bekämpfung und Tilgung der Afrikanischen Schweinepest in der Union („ASP-Leitlinien“)

(C/2023/1504)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Inhaltsverzeichnis

Buchseite

ABKÜRZUNGEN ... 3

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN ... 3

EINLEITUNG ... 4

I. WICHTIGSTE EU-RECHTSVORSCHRIFTEN BEZÜGLICH DER ASP ... 4

II. GEHALTENE SCHWEINE ... 5

1. Allgemeines ... 5

2. Zusätzliche Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei gehaltenen Schweinen ... 5

2.1. Sensibilisierung ... 6

2.2. Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren ... 6

2.3. Auslaufhaltung von Schweinen in den Sperrzonen II und III ... 6

2.4. Regelmäßige Besuche von amtlichen Tierärzten ... 6

2.5. Risikobewertung für Futtermittel ... 6

2.6. Probenahme und Untersuchung ... 7

III. WILDSCHWEINE ... 7

1. Allgemeines ... 7

2. Zusätzliche Maßnahmen zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei Wildschweinen ... 8

2.1. Ködern ... 8

2.2. Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren in den betroffenen Gebieten und bei der Jagd ... 8

2.3. Erhebung der wichtigsten Daten ... 9

2.4. Zusammenarbeit ... 9

2.5. Keulung ... 9

2.6. Einrichtung von „weißen Zonen“ ... 9

2.7. Einfriedung ... 9

2.8. Bejagung ... 10

2.9. Passive Überwachung, einschließlich der Suche nach verendeten Wildschweinen und dem Umgang mit Tierkörpern ... 10

2.10. Zugangsbeschränkung zu infizierten Zonen ... 10

2.11. Einschränkungen der Zufütterung ... 10

2.12. Probenahme und Untersuchung ... 11

2.13. Fallenfang ... 11

3. Anwendung von Maßnahmen in verschiedenen Gebieten oder Sperrzonen. 11

3.1. Maßnahmen, die in ASP-freien Gebieten, die nicht an eine Sperrzone angrenzen, ergriffen werden können 11

3.2. Maßnahmen, die in ASP-freien Gebieten (einschließlich Sperrzone I) ergriffen werden könnten, die an die in Anhang I und II der ASP-Verordnung gelisteten Sperrzonen angrenzen 12

3.3. Maßnahmen, die in neu infizierten Zonen zur Tilgung der ASP ergriffen werden könnten 12

3.4. Maßnahmen, die in ausgedehnten infizierten Zonen zur Bekämpfung der ASP ergriffen werden könnten 14

IV. Grundsätze und Kriterien für die geografische Festlegung einer ASP-Regionalisierung in der EU. 14

ANHÄNGE

Anhang I – Wichtige Botschaften für Sensibilisierungskampagnen in den Mitgliedstaaten 18

Anhang II - Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren für Jäger und für Personal, das nach Wildschweinkörpern sucht und mit ihnen umgeht 21

Anhang III - Probenahme bei Wildschweinen und Beseitigung von Wildschweinkörpern in den betroffenen Mitgliedstaaten 22

Anhang IV - Zusammenfassung der in Kapitel III beschriebenen Empfehlungen für Wildschweine 23

ABKÜRZUNGEN

Ak	Antikörper
AHL	Verordnung (EU) 2016/429
ASP	Afrikanische Schweinepest
ASP-Leitlinien	Leitlinien für die Prävention, Bekämpfung und Tilgung der Afrikanischen Schweinepest in der Union
ASPV	Afrikanisches Schweinepest-Virus
ASP-Verordnung	Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 der Kommission ([1]) mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605
EFSA	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
ELISA	Enzymatisches Immunadsorptionsverfahren
EU	Europäische Union
EURL	EU-Referenzlaboratorium für die ASP ([2])
EUVET	EU-Veterinär-Notfallteam ([3])
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
GF-TADs	Weltweiter Rahmen für die fortschreitende Bekämpfung von grenzüberschreitenden Tierseuchen
IPT	Immunperoxidasetest
NAP	Nationale Aktionspläne für Wildschweine zum Zweck der Verhinderung der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in der Union wie in Artikel 56 und Anhang IV der ASP-Verordnung festgelegt.
WOAH	Weltorganisation für Tiergesundheit
PAFF	Ständiger Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel
PCR	Polymerase-Kettenreaktion
SEG für ASP	Ständige Expertengruppe für die Afrikanische Schweinepest

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Für die Zwecke dieser Leitlinien gelten folgende Begriffsbestimmungen:

Ködern: bezeichnet die Praxis, mit begrenzten Mengen an Futter (z. B. Mais) oder anderen Lockmitteln Wildschweine in ein bestimmtes Gebiet zu locken (ausgewiesenes Gebiet, in dem Futter oder andere Lockmittel ausgelegt werden), wo sie dann bejagt oder gefangen werden können.

Keulung: bezeichnet die Tötung von Wildschweinen, um den Tierkörper ohne Zurichtung zu entsorgen.

Fallenfang: bezeichnet das Fangen von Wildschweinen mit Fangfallen.

Zufütterung von Wildschweinen: bezeichnet die Praxis, Wildschweine in einem bestimmten Gebiet über einen längeren Zeitraum mit Futter zu versorgen, um das Überleben oder eine künstliche Zunahme der Population dieser Tiere zu fördern.

([1]) ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 1.
([2]) https://asf-referencelab.info/asf/en/
([3]) https://food.ec.europa.eu/animals/animal-diseases/veterinary-emergency-team_en

EINLEITUNG

Die ASP-Leitlinien werden von der Kommission und den Mitgliedstaaten erarbeitet, ohne damit die geltenden Rechtsvorschriften der Union einzuschränken. Für eine verbindliche Auslegung des EU-Rechts ist nur der Gerichtshof der Europäischen Union zuständig.

Dieses Dokument soll den Mitgliedstaaten und/oder Interessenträgern eine Anleitung zu den verfügbaren Instrumenten für die Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP geben, um auf die epidemiologische Lage bezüglich dieser Seuche in der EU und weltweit entsprechend reagieren zu können.

Auf diese ASP-Leitlinien wird in der ASP-Verordnung verwiesen:

— Erwägungsgrund 5 (in Bezug auf die Grundsätze und Kriterien für die geografische Festlegung einer ASP-Regionalisierung in der EU)

— Artikel 59 Absatz 3 Buchstabe b (in Bezug auf die besonderen Informationspflichten aller Mitgliedstaaten in Bezug auf die ASP)

— Buchstabe c von Anhang IV (in Bezug auf die Mindestanforderungen an nationale Aktionspläne für Wildschweine zum Zweck der Verhinderung der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in der Union)

Die ASP-Leitlinien

— bieten Informationen über die bestehenden EU-Rechtsvorschriften

— veranschaulichen und fördern bewährte Verfahren im Umgang mit der ASP

— enthalten Empfehlungen bezüglich spezifischer Maßnahmen (die nicht in EU-Rechtsvorschriften festgelegt sind) zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP in der Union

— stellen Grundsätze und Kriterien für die geografische Definition der ASP-Regionalisierung in der EU bereit

Die ASP-Leitlinien können auf die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten oder Regionen zugeschnitten werden, um den verschiedenen Risikostufen gerecht zu werden, wie sie in den Risikobewertungen ([4]) der einzelnen Mitgliedstaaten sowie unter Berücksichtigung der Struktur der zuständigen Veterinär- und anderen Behörden, der nationalen Rechtsvorschriften und anderer Besonderheiten auf nationaler oder lokaler Ebene definiert sind.

Die ASP-Leitlinien wurden entwickelt und werden bei Bedarf aktualisiert auf der Grundlage

— internationaler Standards ([5])

— wissenschaftlicher Bewertungen (hauptsächlich seitens der EFSA ([6]))

— bewährter Verfahren und Erfahrungen aus den Mitgliedstaaten und anderen Ländern sowie EUVET-Missionen und -Empfehlungen

— sonstiger einschlägiger Informationen

I. WICHTIGSTE EU-RECHTSVORSCHRIFTEN BEZÜGLICH DER ASP

Die wichtigsten Rechtsvorschriften der Union zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt:

Nr.	Titel	Hauptziel des Rechtsakts	Bemerkungen
1.	**Verordnung (EU) 2016/429** ([7]) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur	Horizontaler Rechtsrahmen für die Tiergesundheit in der Union.	**Im Folgenden „Tiergesundheitsrecht“ (AHL)** Link zu weiteren Informationen im Internet-Informationsangebot der Kommission:

([4]) EFSA Journal 2018;16(11):5494
([5]) https://www.woah.org/en/what-we-do/standards/codes-and-manuals/
([6]) https://www.efsa.europa.eu/de/topics/topic/african-swine-fever
([7]) ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1.

Nr.	Titel	Hauptziel des Rechtsakts	Bemerkungen
	Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit		https://ec.europa.eu/food/animals/health/regulation_en Die Kommission hat mehrere delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte ([8]) erlassen, um die Anwendung der neuen Vorschriften Geltung zu regeln.
2.	**Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission** ([9]) vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen	Sieht Maßnahmen für den Fall eines amtlichen Verdachts oder einer amtlichen Bestätigung der Seuche, für die Einrichtung von Sperrzonen (Schutz-/Überwachungszonen) und infizierten Zonen und Verbote und Bedingungen für genehmigte Verbringungen aus diesen Zonen vor.	**Ergänzende Vorschriften zur Seuchenprävention und -bekämpfung.** Link zu weiteren Informationen im Internet-Informationsangebot der Kommission: https://ec.europa.eu/food/animals/animal-diseases/diseases-and-control-measures_en
3.	Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 ([10]) der Kommission vom 16. März 2023 mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605	Sieht besondere Seuchenbekämpfungsmaßnahmen für die ASP vor (EU-Zoneneinteilungsmaßnahmen in Bezug auf die ASP), listet auf Unionsebene die Sperrzonen I, II und III (Anhang I) sowie Sperrzonen, die Schutz- und Überwachungszonen umfassen, und infizierte Zonen (Anhang II) auf, sieht harmonisierte Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren für bestimmte Betriebe (Anhang III) und Mindestanforderungen für die nationalen Aktionspläne (Anhang IV) vor.	**Besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der ASP (ASP-Zoneneinteilungsmaßnahmen der Union).** Link zu weiteren Informationen im Internet-Informationsangebot der Kommission: https://ec.europa.eu/food/animals/animal-diseases/control-measures/asf_en

II. **GEHALTENE SCHWEINE**

1. **Allgemeines**

Die Maßnahmen, die zur Verhinderung, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei gehaltenen Schweinen zu treffen sind, sind in den in Abschnitt I genannten EU-Rechtsvorschriften festgelegt.

2. **Zusätzliche Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei gehaltenen Schweinen**

Die ASP-Leitlinien enthalten gegebenenfalls zu berücksichtigende Anleitungen für eine bessere Umsetzung der Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei Schweinen.

([8]) https://food.ec.europa.eu/animals/animal-health/animal-health-law/delegated-and-implementing-acts_en
([9]) ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64.
([10]) ABl. L 79 vom 17.3.2023, S. 65.

2.1. *Sensibilisierung*

Zusätzlich zu den allgemeinen im Tiergesundheitsrecht festgelegten Verpflichtungen sieht die ASP-Verordnung die folgenden besonderen Verpflichtungen vor:

— besondere Informations- und Fortbildungspflichten in den betroffenen Mitgliedstaaten (Artikel 57 und 58 der ASP-Verordnung)

— besondere Informationspflichten aller Mitgliedstaaten (Artikel 59 der ASP-Verordnung)

Anhang I der Leitlinien enthält die auf die verschiedenen Zielgruppen zugeschnittenen wichtigsten Mitteilungen und Kommunikationsstrategien. Diese könnten als Grundlage für die Ausarbeitung von nationalen Sensibilisierungskampagnen in allen Mitgliedstaaten dienen.

Auf der Website ([11]) der SEG über ASP in Europa (GF-TADs-Initiative) ist auch eine Sammlung von in verschiedenen Ländern verwendetem Kommunikationsmaterial über ASP verfügbar.

2.2. *Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren*

Die Verordnung (EU) 2016/429 enthält ein allgemeines Konzept und eine Definition des Schutzes vor biologischen Gefahren sowie einige diesbezügliche horizontale Bestimmungen ([12]).

Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i und Anhang III der ASP-Verordnung sehen verstärkte Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren für schweinehaltende Betriebe in Sperrzonen I, II und III in den betroffenen Mitgliedstaaten im Falle von Verbringungen bestimmter, von der zuständigen Behörde gemäß der ASP-Verordnung genehmigter Sendungen vor.

Die in Anhang III der ASP-Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren sollten auch in allen Mitgliedstaaten gefördert werden und können in anderen Betrieben (die keinen Verpflichtungen gemäß der ASP-Verordnung unterliegen), in denen Schweine gehalten werden (gegebenenfalls mit Ausnahme von Schlachthöfen), im Hinblick auf die Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP angewendet werden.

2.3. *Auslaufhaltung von Schweinen in den Sperrzonen II und III*

Bei einem bestehenden ASPV-Übertragungsrisiko wird empfohlen, die Auslaufhaltung von Schweinen zumindest in den Sperrzonen II und III zu begrenzen. Nach einer von der zuständigen Behörde durchgeführten Risikobewertung könnte die zuständige Behörde von Fall zu Fall ([13]) auf der Grundlage folgender Kriterien über die Auslaufhaltung von Schweinen in den Sperrzonen II und III entscheiden:

— der angemessenen Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren (z. B. doppelte Einfriedung oder einfache feste Einfriedung)

— regelmäßiger Durchführung unabhängiger und objektiver Bewertungen der Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren in landwirtschaftlichen Betrieben oder in anderen Einrichtungen (z. B. in geschlossenen Einrichtungen, einschließlich Zoos) unter Verwendung umfassender Standardprotokolle

— gegebenenfalls einer möglichen Bewertung oder Zulassung von Betrieben, die Schweine in Auslaufhaltung halten, auf der Grundlage ihres Biosicherheitsrisikos im Rahmen eines von den zuständigen Behörden betreuten amtlichen Systems

2.4. *Regelmäßige Besuche von amtlichen Tierärzten*

Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a der ASP-Verordnung sieht eine Häufigkeit für die regelmäßigen Besuche in Betrieben vor, die für die Verbringung bestimmter Sendungen innerhalb und außerhalb von Sperrzonen zugelassen sind. Betriebe, in denen Schweine nur für den Eigenverbrauch gehalten werden, sollten ebenfalls regelmäßig von amtlichen Tierärzten besucht werden, und zwar auf der Grundlage einer auf die ASP ausgerichteten Risikobewertung, die von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats und in Übereinstimmung mit den einschlägigen EU-Rechtsvorschriften durchgeführt wird.

2.5. *Risikobewertung für Futtermittel*

Das von Futtermitteln ausgehende Risiko wird als geringer ([14]) als bei verschiedenen anderen Übertragungswegen (z. B. Kontakt mit infizierten lebenden Tieren und Spültrankfütterung) angesehen. Während die EFSA einige Arten von Futtermitteln aufführt, die ein Risiko für die Übertragung der ASP auf einen Schweinehaltungsbetrieb darstellen können, insbesondere in Regionen, in denen Wildschweine infiziert sind, gibt es andere Risikopfade, bei denen ein Risikomanagement dringlicher erscheint, wie z. B. die Verbringung lebender Hausschweine, die Verfütterung von Spültrank mit Produkten von Schweinen oder Kontakt zwischen Wildschweinen und gehaltenen Schweinen.

([11]) https://rr-europe.woah.org/en/Projects/gf-tads-europe/standing-groups-of-experts-on-african-swine-fever-in-europe/depository-on-african-swine-fever/

([12]) Beispielsweise Artikel 10, 55, 65 usw.

([13]) EFSA Journal 2021;19(6):6639.

([14]) EFSA Journal 2021;19(4):6558.

Lokal erzeugtes Heu, Stroh oder Getreide, das in einem Gebiet geerntet wurde, in dem die ASP bei Wildschweinen festgestellt wurde, die Verwendung von landwirtschaftlichen Geräten aus einem solchen Gebiet oder die Verfütterung von Frischfutter an Schweine wurden als potenzielle ASP-Quellen für Hausschweine ermittelt, insbesondere in Betrieben, in denen Schweine für den Eigenverbrauch gehalten werden.

Wirksame Rückverfolgbarkeitssysteme und Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren zur Gewährleistung der Sicherheit von Lieferungen von Futtermittelbestandteilen sollten von den Futtermittelunternehmern ordnungsgemäß umgesetzt werden, um den Risiken einer ASPV-Übertragung zu begegnen.

Gegebenenfalls kann das Risiko, dass das ASPV in der Matrix überlebt, dadurch verringert werden, dass Futtermittel und Ausstattungs- oder Einstreumaterialien, die aus von der ASP betroffenen Gebieten stammen, vor ihrer Verwendung gelagert werden (bei Temperaturen über 0 °C). In besonderen Situationen sollte die zuständige Behörde relevante Dekontaminations- und Lagerungsverfahren (z. B. Lagerdauer, Behandlung, Temperatur) erwägen, mit denen die Wahrscheinlichkeit einer Viruskontamination in Futtermitteln, die aus von der ASP betroffenen Gebieten in nicht betroffene Gebiete verbracht werden, verringert wird.

Wird die Verwendung von lokal geerntetem Getreide, Gras und Stroh (nach einer von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats durchgeführten Risikobewertung) unter den vor Ort herrschenden Bedingungen als Risiko angesehen (insbesondere bei Betrieben, in denen Schweine nur für den Eigenverbrauch gehalten werden), sollte die zuständige Behörde die folgenden Maßnahmen in Betracht ziehen:

a) Verbot der Verfütterung von frischem Gras oder Getreide ([15]) an gehaltene Schweine, es sei denn, es wurde zur Inaktivierung des ASPV behandelt oder mindestens 30 Tage vor der Verwendung außerhalb der Reichweite von Wildschweinen gelagert

b) Verbot der Verwendung von Stroh ([16]) als Einstreu für gehaltene Schweine, es sei denn, es wurde zur Inaktivierung von ASPV behandelt oder vor der Verwendung mindestens 90 Tage lang außerhalb der Reichweite von Wildschweinen gelagert

2.6. *Probenahme und Untersuchung*

Die Anforderungen für ASP-Probenahme und -Untersuchung bei gehaltenen Schweinen sind in den in Abschnitt I genannten EU-Rechtsvorschriften festgelegt.

Werden im selben Betrieb gehaltene Schweine für den Eigenverbrauch geschlachtet, so sollten die Probenahme und die Untersuchung auf ASP gemäß den Anweisungen der zuständigen Behörde durchgeführt werden, zumindest innerhalb der Sperrzonen.

Die Probenahme sowie die Techniken, die Validierung und die Auswertung der Diagnosemethoden sollten im Einklang mit Artikel 6 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission ([17]) durchgeführt werden und gegebenenfalls auch Folgendes berücksichtigen:

— Leitlinien, die auf der Website des EU-Referenzlaboratoriums ([18]) zur Verfügung gestellt werden

— die Normenempfehlungen zu Untersuchungsmethoden und Impfstoffen für Landtiere (Manual of Diagnostic Tests and Vaccines for Terrestrial Animals) der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) ([19])

III. **WILDSCHWEINE**

1. **Allgemeines**

Die Maßnahmen, die zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei Wildschweinen zu ergreifen sind, sind in den in Abschnitt I genannten EU-Rechtsvorschriften festgelegt.

Wildschweine spielen bei der Verbreitung und Aufrechterhaltung der ASP eine wichtige Rolle. Ein angemessener Umgang ([20]) mit Wildschweinen, wie er in diesen Leitlinien empfohlen wird, sollte angewandt werden in:

([15]) Aus Gebieten, in denen die ASP gemeldet wurde.
([16]) Aus Gebieten, in denen die ASP gemeldet wurde.
([17]) Delegierte Verordnung (EU) 2020/689 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“ in Bezug auf bestimmte gelistete und neu auftretende Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 211).
([18]) https://asf-referencelab.info/asf/en/
([19]) https://www.woah.org/en/what-we-do/standards/codes-and-manuals/
([20]) EFSA Journal 2018;16(11):5494.

— Gebieten, die nicht von der Seuche betroffen sind: mit Schwerpunkt auf den besten Präventionspraktiken, der Früherkennung und der Vorbereitung auf ein mögliches Auftreten der ASP

— Gebieten, die bereits von der Seuche betroffen sind: mit dem Ziel, die Seuche zu bekämpfen und zu tilgen

Die Bestandsdichte von Wildschweinen gilt als der wichtigste Risikofaktor für das Auftreten der ASP bei diesen Tieren. Vorbeugende Maßnahmen zur Verringerung und Stabilisierung von Wildschweinpopulationen vor einer Einschleppung der ASP sind für die Verringerung sowohl (i) der Wahrscheinlichkeit einer Exposition der Population gegenüber der ASP als auch (ii) des Aufwands für potenzielle Notfallmaßnahmen (d. h. weniger Tierkörperbeseitigungen) im Falle einer eventuellen ASP-Einschleppung von Vorteil.

Die Mitgliedstaaten sollten auf der Grundlage der nationalen Aktionspläne einen langfristigen Ansatz für den Umgang mit Wildschweinen in Betracht ziehen.

2. **Zusätzliche Maßnahmen zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei Wildschweinen**

Die ASP-Leitlinien enthalten gegebenenfalls zu berücksichtigende zusätzliche Hinweise und Anleitungen für eine bessere Umsetzung der Maßnahmen zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei Wildschweinen.

Die Maßnahmen zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP können (gegebenenfalls innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzen) unterschiedlicher Art sein und sollten je nach Gebiet oder Zone angepasst werden. Sie sollten nach Maßgabe des Folgenden gewählt werden:

— der Entwicklung der Seuche in einem Gebiet oder einer Zone (die verschiedenen Phasen der Infektion können durch ein kontinuierliches System passiver Überwachung zur Früherkennung der ASP bei Wildschweinen in Verbindung mit Untersuchungen an erlegten Wildschweinen ermittelt werden)

— der Dynamik der bestehenden Population, der Verteilung und der Bestandsdichte der Wildschweine

— des Vorhandenseins natürlicher oder künstlicher Barrieren

— ökologischer und klimatischer Unterschiede

— der landwirtschaftlichen Praktiken

Die ASP-Leitlinien umfassen die Maßnahmen zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei Wildschweinen, wie unter den Nummern 4.1 bis 4.14 beschrieben. Diese Maßnahmen sind in Anhang IV der ASP-Leitlinien zusammengefasst.

2.1. *Ködern*

Köder sollten keine Futterquelle für Wildschweine sein, um ihre Population zu erhalten (z. B. im Winter).

Die zuständige Behörde des Mitgliedstaats könnte nach einer Risikobewertung in Bezug auf eine mögliche Einschleppung oder Ausbreitung der ASP und unter Berücksichtigung der Möglichkeit zusätzlicher risikomindernder Maßnahmen über die für das Ködern zulässigen Futtermengen entscheiden, wobei Folgendes zu berücksichtigen ist:

— die epidemiologische Lage bezüglich der ASP in einem Mitgliedstaat oder einer Zone

— Kenntnisse bezüglich der vorhandenen Wildschweinpopulationen in einem Mitgliedstaat oder einer Zone

— die Jagdpraktiken in einem Mitgliedstaat oder einer Zone

2.2. *Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren in den betroffenen Gebieten und bei der Jagd*

Die Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren in Bezug auf Wildschweine sollten in den Mitgliedstaaten verbessert werden und insbesondere dem im Rahmen der GF-TADs-Initiative *African swine fever in wild boar – ecology and biosecurity (Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen – Ökologie und Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren)* ([21]) erarbeiteten Handbuch folgen:

— Kapitel 5, Biosecurity in affected forests (Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren in betroffenen Wäldern)

— Kapitel 6, Biosecurity during hunting (Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren bei der Jagd)

([21]) https://www.woah.org/app/uploads/2022/07/asf-in-wild-boar-ecology-and-biosecurity-2nd-ed.pdf

Mindestanforderungen an die Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren für Jäger und für das gesamte Personal, das nach Wildschweinkörpern sucht und mit ihnen umgeht, sind auch in Anhang II der ASP-Leitlinien enthalten.

2.3. *Erhebung der wichtigsten Daten*

Die Untersuchung von Wildschweinen auf ASP in den Mitgliedstaaten liefert wertvolle Informationen über die epidemiologische Lage bezüglich der ASP und die Entwicklung der Seuche. Zusammen mit weiteren relevanten Daten ermöglicht dies ggf. die Anpassung konkreter Maßnahmen zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP.

Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sollten epidemiologische Daten über die ASP und gegebenenfalls andere relevante Informationen über die Seuche sammeln und der EFSA ([22]) übermitteln. Ein solcher Informationsaustausch ermöglicht den Aufbau wissenschaftlicher Kenntnisse über die ASP ([23]) im Hinblick auf einen risikobasierten Ansatz und Managemententscheidungen.

2.4. *Zusammenarbeit*

Der Umgang mit Wildschweinen erfordert eine Zusammenarbeit der zuständigen Behörden mit Interessenträgern wie Forstverwaltungen, Umweltbehörden und Jägern. Eine wirksame und effiziente Zusammenarbeit ist für die Prävention, Früherkennung, Bekämpfung und Tilgung der ASP unerlässlich. Die im Rahmen dieser Leitlinien ergriffenen Maßnahmen sollten mit den einschlägigen EU- und/oder nationalen Umwelt-, Jagd- und Veterinärvorschriften, einschließlich der Vorschriften zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt, vereinbar sein und ordnungsgemäß auf ihre wissenschaftliche Grundlage, ihre Auswirkungen und ihre Wirksamkeit geprüft werden.

Auf der Website ([24]) der Ständigen Expertengruppe für ASP in Europa (GF-TADs-Initiative) ist auch eine Sammlung von in verschiedenen Ländern verwendetem Informationsmaterial über ASP nebst bewährten Verfahren verfügbar.

2.5. *Keulung*

Zur Verringerung der Wildschweinpopulation sollte eine Keulung in Betracht gezogen werden, insbesondere in neu infizierten Zonen oder gefährdeten Gebieten.

2.6. *Einrichtung von „weißen Zonen"*

Die ASP-Bekämpfung umfasst Maßnahmen zur Verringerung der Wildschweinpopulation, wie die präventive Keulung oder gegebenenfalls die Bejagung in abgegrenzten Zonen, den sogenannten „weißen Zonen" ([25]). Frühere Erfahrungen einiger Mitgliedstaaten bestätigen, dass die Einrichtung solcher weißer Zonen ein wirksames Instrument zur Begrenzung der Ausbreitung der Seuche in einer Wildschweinpopulation sein könnte. Diese „weißen Zonen" könnten in einem Gebiet eingerichtet werden, das geografisch an ein einschlägiges ASP-Sperrgebiet, in dem das ASPV bei Wildschweinen zirkuliert, angrenzt oder in diesem liegt. Um die Ausbreitung der ASP zu stoppen, sollten in den „weißen Zonen" verschiedene Maßnahmen (z. B. Einfriedung, umfangreiche und schnelle Bestandsräumung von Wildschweinen usw.) kombiniert werden.

2.7. *Einfriedung*

Zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP, insbesondere in neu infizierten Zonen, könnte gegebenenfalls eine Einfriedung zur Eindämmung der Wildschweinpopulation eingesetzt werden (Ziel: Tilgung der ASP). Um die Verbringung von Wildschweinen aus neu infizierten Gebieten in nicht infizierte Gebiete einzuschränken oder zu verlangsamen, sollten in begrenzten Kern-Infektionsgebieten Einfriedungen geschaffen werden, um eine präventive Keulung von Wildschweinen in einer abgegrenzten Zone („weiße Zone") durchzuführen, und zwar in Kombination mit anderen Maßnahmen (z. B. Bejagung, „weiße Zonen", Fallenfang usw.), um die Ausbreitung der ASP zu stoppen oder zu verlangsamen. Je nach den örtlichen Gegebenheiten und der epidemiologischen Lage bezüglich der ASP in einem bestimmten Gebiet können verschiedene Arten von Einfriedungen (z. B. feste Zäune, Elektrozäune) verwendet werden, wobei folgende Punkte zu berücksichtigen sind ([26]):

— Elektrozäune können nicht über einen längeren Zeitraum in großem Maßstab als 100%ig wildschweinsicher angesehen werden.

([22]) Auf der Grundlage der Ersuchen der EFSA.
([23]) https://www.efsa.europa.eu/de/topics/topic/african-swine-fever
([24]) https://rr-europe.woah.org/en/Projects/gf-tads-europe/standing-groups-of-experts-on-african-swine-fever-in-europe/depository-on-african-swine-fever/
([25]) *EFSA Journal* 2021;18(5):6573.
([26]) EFSA Journal 2018;16(7):5344.

— In der Vergangenheit kam die EFSA zu dem Schluss, dass es keinen Beweis dafür gibt, dass große Einfriedungen für die Zurückhaltung von Wildschweinen wirksam sind. Dennoch könnten neue Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit Einfriedungen (als Maßnahme zur Begrenzung oder Unterbindung der Ausbreitung der ASP) von begrenzten infizierten Kerngebieten berücksichtigt werden.

— Studien über die Verwendung von Duft-Repellentien (Vergrämungsmitteln) zur Abwehr von Wildschweinen lieferten unterschiedliche Ergebnisse (in mehreren im einschlägigen EFSA-Bericht genannten Versuchen konnte keine Wirkung des Repellents bezüglich des Eindringens von Wildschweinen oder bezüglich der von diesen verursachten Ernteschäden nachgewiesen werden).

Natürliche Hindernisse wie große Flüsse oder Meerengen können gegebenenfalls bei der Abgrenzung von Sperrzonen herangezogen werden, da sie sich in bestimmten Situationen als wirksam erwiesen haben, um die Streifzüge von Wildschweinen einzuschränken, ohne diese jedoch vollständig zu verhindern.

2.8. *Bejagung*

In allen Mitgliedstaaten sollten die Jäger geschult werden, damit sie sich der von der ASP ausgehenden Gefahren bewusst sind und wissen, wie sie sich beim Auffinden verendeter Wildschweine oder anderer ASP-Verdachtsfälle am besten verhalten sollen.

Die Jagdpraktiken sollten aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Wildschweinpopulationen auf die epidemiologische Entwicklung der Seuche abgestimmt sein. Im Einklang mit den EU- und nationalen Rechtsvorschriften können zusätzliche technische Ausrüstungen für die Jagd eingesetzt werden, um die in diesen ASP-Leitlinien und in den nationalen Aktionsplänen festgelegten Ziele zu erreichen.

Es sollte eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und den Interessenträgern gewährleistet werden ([27]), insbesondere, wenn das Bejagungsmanagement im Zusammenhang mit der ASP nicht in die Zuständigkeit der zuständigen Veterinärbehörde des betreffenden Mitgliedstaats fällt.

2.9. *Passive Überwachung, einschließlich der Suche nach verendeten Wildschweinen und dem Umgang mit Tierkörpern* ([28])

Die passive Überwachung (auch in Verbindung mit einer aktiven Suche nach verendeten Wildschweinen) ist das wirksamste Instrument zur Feststellung der ASP und zur Überwachung ihrer Ausbreitung. Daher sollten Probenahmen und Untersuchungen von Körpern verendeter Wildschweine gefördert werden. Besondere Bedeutung kommt dem Auffinden von Tierkörpern in neu infizierten Zonen und in der Nähe dieser Zonen zu.

In der Regel sind die ersten aufgefundenen Tierkörper nicht unbedingt die ersten Fälle der Seuche in diesem Gebiet. Daher sollten die passive Überwachung (auch zur Identifizierung und Lokalisierung der ältesten Tierkörper) und die Untersuchung aller Tierkörper intensiviert werden, insbesondere in neu infizierten Zonen und in der Nähe dieser Zonen.

2.10. *Zugangsbeschränkung zu infizierten Zonen*

Der Zugang zu infizierten Zonen (insbesondere zu neu infizierten Zonen, in denen die ASP so schnell wie möglich getilgt werden soll) sollte aufgrund des Risikos der ASP-Übertragung durch Menschen, Ausrüstung, Fahrzeuge usw. in geeigneter Weise eingeschränkt werden. Die zuständige Behörde sollte diese Beschränkungen auf der Grundlage der Risikobewertung und unter Berücksichtigung der spezifischen örtlichen Bedingungen und Umstände handhaben.

2.11. *Einschränkungen der Zufütterung*

Die Zufütterung von Wildschweinen sollte in den Mitgliedstaaten eingeschränkt werden, um das Überleben und das künstliche Wachstum der Wildschweinpopulationen zu begrenzen bzw. zu verringern.

Fütterungsplätze oder Fütterungsvorrichtungen für andere Wildtiere (z. B. Wildwiederkäuer) sollten für Wildschweine nicht zugänglich sein, und das dort verwendete Futter sollte für Wildschweine nicht attraktiv sein (z. B. Heu).

In besonderen Situationen könnte die zuständige Behörde im Anschluss an eine Risikobewertung erwägen, die Zufütterung von Wildschweinen für einen begrenzten Zeitraum zu gestatten, um Wildschweine in einem neu infizierten Gebiet zurückzuhalten, wenn das kurzfristige Ziel die Tilgung der ASP in diesem Gebiet ist.

([27]) EFSA Journal 2018;16(11):5494.

([28]) Für die Zwecke der ASP-Leitlinien umfasst der Begriff „Tierkörper“ sowohl i) verendet aufgefundene Wildschweine (einschließlich Unfallwild) als auch ii) erlegte Wildschweine.

2.12. *Probenahme und Untersuchung*

Die Probenahme bei und Untersuchung von verendet aufgefundenen Wildschweinen sollte auf der Grundlage folgender Kriterien erfolgen:

— der von der zuständigen Behörde durchgeführten Risikobewertung

— passiver Überwachung

Gegebenenfalls sollten aufgefundene Tierkörper, gekeulte Tiere (z. B. in der neu infizierten Zone oder in der „weißen Zone") und erkrankte Wildschweine mithilfe der PCR auf ASP getestet werden. Proben für Laboruntersuchungen sollten so schnell wie möglich an das Labor geliefert werden (spätestens innerhalb von 72 Stunden nach der Probenahme, außer in bereits eingerichteten Sperrzonen, in denen die ASP bekämpft werden soll).

Dabei ist Folgendes zu beachten:

— In ASP-freien Gebieten und in den ASP-Sperrzonen sollte die PCR (Virusnachweis) der Test der Wahl sein.

— Ein positiver serologischer Test allein weist nicht unbedingt auf die Zirkulation des Virus hin.

— Ein Antikörpernachweis sollte nicht zur Früherkennung des ASPV, sondern als Hilfsmittel (als Ergänzung zum PCR-Test) verwendet werden, um die Entwicklung der ASP-Epidemiologie in bestimmten Gebieten und/oder spezifischen Situationen besser zu verstehen, wie z. B.

i) Untersuchung von Wildschweinen in der Sperrzone I (angrenzend an infizierte Gebiete) ein seropositives Tier könnte ein Hinweis auf eine sich verändernde Seuchensituation sein, z. B. auf die Ausbreitung des ASPV außerhalb der Sperrzonen II oder III

ii) Gebiete, in denen die Seuche bereits seit Langem auftritt

Zusätzliche Leitlinien für die Untersuchung von Wildschweinen und die Beseitigung von Tierkörpern in den betroffenen Mitgliedstaaten (Mitgliedstaaten, die in den Anhängen I und II der ASP-Verordnung gelistet sind oder deren Gebiete dort aufgeführt sind) sind in Anhang III der ASP-Leitlinien enthalten.

2.13. *Fallenfang*

Der Fallenfang sollte als wirksame Maßnahme zur Begrenzung oder Verringerung der Wildschweinpopulation im Zusammenhang mit der ASP in einem begrenzten Gebiet (z. B. in einer „weißen Zone") in Kombination mit anderen Maßnahmen zur Tilgung der ASP, insbesondere in neu infizierten Zonen, in Betracht gezogen werden.

3. **Anwendung von Maßnahmen in verschiedenen Gebieten oder Sperrzonen**

Die in Kapitel III Nummer 2 vorgesehenen zusätzlichen Maßnahmen zur Prävention, Bekämpfung und Tilgung der ASP bei Wildschweinen sollten auf der epidemiologischen Situation der ASP beruhen und auf die verschiedenen Gebiete oder Sperrzonen (gemäß der Definition in der ASP-Verordnung) zugeschnitten sein, die für die Zwecke der ASP-Leitlinien wie folgt kategorisiert werden:

3.1. *ASP-freie Gebiete, die nicht an eine Sperrzone angrenzen*

3.2. *ASP-freie Gebiete (einschließlich Sperrzone I),*die *an die* in Anhang I (mit Ausnahme der Sperrzone I) und II der ASP-Verordnung *gelisteten Sperrzonen angrenzen*

3.3. *begrenzte Sperrzonen, die neu infizierten Zonen entsprechen,* in denen die ASP bei Wildschweinen erst seit relativ kurzer Zeit auftritt (z. B. unter Berücksichtigung der epidemiologischen Entwicklung der Seuche) und in denen das Hauptziel in dieser Zone die kurz- bis mittelfristige Tilgung der ASP ist

3.4. *große Sperrzonen, die bedeutenden infizierten Zonen entsprechen* (z. B. das gesamte Hoheitsgebiet oder ein bedeutender Teil davon in einem Mitgliedstaat), in denen die ASP seit relativ langer Zeit bei Wildschweinen auftritt und in denen das Hauptziel in dieser Zone die Bekämpfung der Seuche ist (da eine Tilgung der ASP möglicherweise kurz- bis mittelfristig nicht möglich ist)

Die allgemeinen Empfehlungen zu verschiedenen Maßnahmen für unterschiedliche Gebiete und Sperrzonen sind in den Abschnitten 3.1 bis 3.4 aufgeführt und in Anhang IV zusammengefasst.

3.1. *Maßnahmen, die in ASP-freien Gebieten, die nicht an eine Sperrzone angrenzen, ergriffen werden können*

Für die Zwecke der ASP-Prävention sollte Folgendes berücksichtigt werden:

a) Das Ködern mit begrenzten Futtermengen sollte nur erlaubt sein, um Wildschweine für die Bejagung, den Fallenfang und gegebenenfalls für die Keulung anzulocken.

b) Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren bei der Jagd sollten gefördert und angewendet werden.

c) Eine hohe Dichte von Wildschweinen kann zu einem erhöhten Risiko des Auftretens der ASP und, falls das ASPV eingeschleppt wird, zu einer raschen Übertragung und einer lang anhaltenden Persistenz der ASP in den betroffenen Gebieten führen. Um eine wirksame ASP-Vorsorge zu gewährleisten, sollten die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten daher in erster Linie bestrebt sein, die Dichte der Wildschweinpopulation erheblich zu verringern, wo und soweit dies angezeigt ist ([29]). Bejagung sollte gezielt auf eine kontinuierliche Reduzierung der Wildschweinpopulation ausgerichtet sein. Eine gezielte Bejagung (oder ggf. Keulung) von adulten und subadulten weiblichen Wildschweinen sollte daher gefördert werden. Die gesamte Jagdstrecke sollte zwischen männlichen und weiblichen Tieren ausgeglichen sein (50 % in jeder Kategorie).

d) Überwachung: Probenahmen sollten nach Maßgabe einer passiven Überwachung durchgeführt werden; aufgefundene Tierkörper und erkrankte Wildschweine sollten mittels PCR auf ASP untersucht werden.

e) Die Zufütterung von Wildschweinen sollte begrenzt werden.

3.2. *Maßnahmen, die in ASP-freien Gebieten (einschließlich Sperrzone I) ergriffen werden könnten, die an die in Anhang I und II der ASP-Verordnung gelisteten Sperrzonen angrenzen*

Neben den in Abschnitt 3.1 vorgesehenen Maßnahmen sollten aufgrund des erhöhten ASP-Risikos zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Einschleppung der ASP zu verhindern, gegebenenfalls eine rasche Erkennung der ASP zu gewährleisten und eine effiziente Vorsorge gegen die ASP sicherzustellen

a) Das Ködern mit begrenzten Futtermengen sollte nur erlaubt sein, um Wildschweine für die Bejagung, den Fallenfang und gegebenenfalls für die Keulung anzulocken.

b) Intensive Bejagung (Drückjagd und Einzeljagd könnten erlaubt werden) sollte durchgeführt werden, um eine Verringerung der Dichte von Wildschweinen zu erreichen, die es ermöglichen würde, nach einem möglichen Auftreten der Infektion das ASPV einzudämmen oder die Ausbreitung der ASP deutlich zu verlangsamen.

c) Die langfristige Strategie für den Umgang mit Wildschweinen sollte thematisiert und gefördert werden (unter Einbeziehung des öffentlichen und privaten Sektors), um das Ziel einer Populationsreduzierung zu erreichen; die Jäger sollten als Teil dieser Strategie betrachtet werden.

d) Die zuständige Behörde sollte die Keulung, die Bejagung und den Fallenfang in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden und Interessengruppen regeln.

e) Gegebenenfalls sollte die zuständige Behörde in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden und Interessengruppen den Einsatz von Einfriedungen in Erwägung ziehen.

f) Überwachung:

i. Gegebenenfalls sollten aktive Patrouillen zur Auffindung von Tierkörpern (vorzugsweise durch geschultes Personal) durchgeführt werden, um die passive Überwachung zu verstärken und die ASP so schnell wie möglich festzustellen.

ii. Probenahmen sollten sich auf eine Risikobewertung und eine verstärkte passive Überwachung stützen; aufgefundene Tierkörper und erkrankte Wildschweine sollten ggf. mittels PCR auf ASP untersucht werden.

g) Alle verendet aufgefundenen Wildschweine sollten entsprechend den Vorgaben der zuständigen Behörde beseitigt werden.

3.3. *Maßnahmen, die in neu infizierten Zonen zur Tilgung der ASP ergriffen werden könnten*

Bei einem Auftreten der ASP besteht das Hauptziel darin, die Seuche in einem begrenzten Gebiet einzudämmen, eine genaue Abgrenzung der infizierten Zone zu gewährleisten und so schnell wie möglich Maßnahmen zur Tilgung der ASP durchzuführen.

([29]) In neu infizierten Gebieten sollte das Wildschweinmanagement sorgfältig überdacht werden, damit keine weitere Ausbreitung der ASP stattfindet.

In der EU gibt es mehrere Beispiele ([30]) für die erfolgreiche Tilgung der ASP bei Wildschweinen, die als Grundlage für die Entwicklung maßgeschneiderter Maßnahmen zur Tilgung der ASP herangezogen werden sollten. Dabei ist Folgendes zu beachten:

a) Köder sollten nur für den Fallenfang und die Keulung erlaubt sein.

b) Überwachung:

i. Eine passive Überwachung sollte als Grundlage für die Definition der epidemischen Phase der Seuche dienen (z. B. könnten weniger aufgefundene Körper neu verendeter Wildschweine auf eine abnehmende epidemische Phase der ASP hindeuten).

ii. Zur Intensivierung der passiven Überwachung sollten aktive Patrouillen zur Auffindung von Tierkörpern mit geschultem Personal, Hunden oder Drohnen durchgeführt werden.

iii. Probenahmen sollten nach Maßgabe einer intensivierten passiven Überwachung durchgeführt werden: alle aufgefundenen Tierkörper und erkrankten Wildschweine sollten mittels PCR auf ASP untersucht werden.

iv. Zusätzlich zur Untersuchung aller verendet aufgefundenen Wildschweine auf das ASPV sollten auch erlegte und gekeulte Wildschweine mittels PCR auf das ASPV untersucht werden (gegebenenfalls auch zum Antikörpernachweis).

c) Ein Verbot der Jagd (auf alle Arten) und anderer Aktivitäten im Wald sollte gegebenenfalls von der zuständigen Behörde als Maßnahme zur Verhinderung der Ausbreitung der ASP in Betracht gezogen werden, zumindest bis zum Abklingen der epidemischen Phase. Die operationelle Expertengruppe ([31]) sollte die zuständige Behörde dabei unterstützen, anhand der Ergebnisse der kontinuierlichen passiven Überwachung die epidemiologische Situation zu bewerten und das Ende der epidemischen Phase zu bestimmen.

d) Drückjagden sollten nicht stattfinden, es sei denn, sie sind hinreichend begründet und es wurden geeignete Maßnahmen (z. B. Einfriedung) getroffen, um eine Verbringung von Wildschweinen zu verhindern.

e) Alle Personen, die nach Körpern von Wildschweinen suchen und mit ihnen umgehen, sollten Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren anwenden, um eine mögliche Kontamination von Fahrzeugen, Höfen und Häusern zu vermeiden.

f) Der Zugang zu einer infizierten Zone sollte gegebenenfalls eingeschränkt werden, außer für das befugte Personal oder auf der Grundlage von Ausnahmeregelungen, die von der zuständigen Behörde erteilt werden.

g) Es sollten spezielle Schulungen für Jäger durchgeführt werden, um die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Verbreitung des Virus in der Umwelt und außerhalb der infizierten Zone zu verringern.

h) Es sollten Container zur Lagerung von Wildschweinkörpern zumindest innerhalb der infizierten Zone bereitgestellt werden, wenn es kein alternatives System für die Sammlung verendeter Tiere gibt; an jedem Lagerort sollten Mittel zur Reinigung und Desinfektion vorhanden sein; alle verendet aufgefundenen Wildschweine sollten entsprechend den Vorgaben der zuständigen Behörde beseitigt werden.

i) Fallenfang für die Keulung (und anschließende Untersuchung) könnten zugelassen werden.

j) Die Keulung durch ausgebildete Jäger mit dem Ziel, die Wildschweinpopulation zu tilgen (oder zumindest erheblich zu reduzieren), könnte dann erlaubt werden, wenn die endemische Phase erreicht ist (nach der epidemischen Phase) oder andere Maßnahmen (z. B. Einfriedung) ergriffen wurden, um die Verbringung von Wildschweinen zu verhindern, und unter Aufsicht der zuständigen Behörde.

k) Wildschweine sollten nicht zugerichtet (nicht ausgeweidet) werden; erlegte Wildschweine sollten in flüssigkeitsdichte Behälter oder Säcke gegeben werden, um das Risiko der Verbreitung von Tierflüssigkeiten zu minimieren.

l) Einfriedungen ([32]) können die Verbringung von Wildschweinen einschränken und so zur Eindämmung oder zumindest Verlangsamung der Ausbreitung der Seuche beitragen. Die Einfriedung sollte in definierten Bereichen erfolgen. Einfriedungen sollten rechtzeitig (und in Kombination mit anderen Maßnahmen) errichtet werden, um die Ausbreitung des ASPV zu verlangsamen und der Epidemiewelle der Seuche zuvorzukommen.

([30]) Tschechien: https://ec.europa.eu/food/system/files/2019-02/ad_control-measures_asf_presentation-wild-boar-czech-rep.pdf; Belgien: https://ec.europa.eu/food/system/files/2020-11/ad_control-measures_asf_erad-eu-bel.pdf.

([31]) Wie in Artikel 43 der Verordnung (EU) 2016/429 und Artikel 66 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 erwähnt.

([32]) EFSA Scientific Report: Epidemiological analyses of African swine fever in the European Union (November 2017 bis November 2018).

3.4. *Maßnahmen, die in ausgedehnten infizierten Zonen zur Bekämpfung der ASP ergriffen werden könnten*

Das Hauptziel besteht darin, die ASP in der Zone zu bekämpfen und sicherzustellen, dass sich die Seuche nicht weiter in ASP-freie Gebiete ausbreitet oder, falls dies nicht möglich ist, die Ausbreitung der ASPV auf andere Gebiete so weit wie möglich zu bremsen.

Wenn das ASPV in infizierten Zonen über einen längeren Zeitraum ([33]) und in einem ausgedehnten Gebiet auftritt, sollten folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der ASP in Betracht gezogen werden:

a) Das Ködern mit begrenzten Futtermengen sollte nur erlaubt sein, um Wildschweine für die Bejagung, den Fallenfang und gegebenenfalls für die Keulung anzulocken.

b) Überwachung:

i. Probenahmen sollten nach Maßgabe einer intensivierten passiven Überwachung durchgeführt werden: Alle aufgefundenen Tierkörper und erkrankten Wildschweine sollten mittels PCR auf ASP untersucht werden; erlegte und gekeulte Wildschweine sollten gemäß den Anweisungen der zuständigen Behörde auf der Grundlage der spezifischen epidemiologischen Situation und unter Berücksichtigung der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften (wie z. B. Artikel 51 und 52 der ASP-Verordnung) untersucht werden.

ii. Zur Intensivierung der passiven Überwachung sollten aktive Patrouillen durch geschultes Personal durchgeführt werden.

c) Bejagung und Fallenfang sollten sich auf die Entnahme von Proben für Untersuchungen konzentrieren.

d) Bei der Bejagung, dem Fallenfang und der Beseitigung von Tierkörpern sollten Mindestanforderungen an die Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren gelten.

e) Die Keulung von Wildschweinen sollte von ausgebildeten Jägern durchgeführt werden.

f) Alle verendet aufgefundenen Wildschweine und die Körper von gefangenen oder erlegten ASP-positiven Wildschweinen sollten entsprechend den Vorgaben der zuständigen Behörde beseitigt werden.

g) Grundsätzlich sollte von einer Einfriedung weiter Bereiche abgesehen werden ([34]). In bestimmten Situationen könnten jedoch strategische Einfriedungen in Betracht gezogen und auf der Grundlage einer von der zuständigen Behörde durchgeführten Risikobewertung angebracht werden.

IV. **GRUNDSÄTZE UND KRITERIEN FÜR DIE GEOGRAFISCHE FESTLEGUNG EINER ASP-REGIONALISIERUNG IN DER EU**

Die ASP-Verordnung enthält Vorschriften für die Aufnahme von Sperrzonen auf Unionsebene in die Anhänge I und II nach Ausbrüchen der ASP. Diese Sperrzonen sollten in Anhang I und II der ASP-Verordnung gelistet werden, wobei die von den zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten übermittelten Informationen über die Seuchenlage sowie die Gefahrenlage hinsichtlich der Ausbreitung der ASP und die allgemeine Seuchenlage in Bezug auf die ASP in dem betroffenen Mitgliedstaat und gegebenenfalls in den benachbarten Mitgliedstaaten oder Drittländern (wie in Erwägungsgrund 5 der ASP-Verordnung festgelegt) berücksichtigt werden sollten.

1. *EU-Rechtsvorschriften*. Die Vorschriften für die Ausweisung von Sperrzonen nach ASP-Ausbrüchen und die in den betreffenden Sperrzonen geltenden Maßnahmen sind in den in Kapitel I der ASP-Leitlinien genannten EU-Rechtsvorschriften festgelegt. In der ASP-Verordnung sind besondere Seuchenbekämpfungsmaßnahmen für die ASP festgelegt, die mit den in den Anhängen I und II der Verordnung gelisteten Sperrzonen verknüpft sind. Die ASP-Verordnung sieht weiterhin eine Regionalisierung vor, die zusätzlich zu den Seuchenbekämpfungsmaßnahmen gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 und der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gilt. In der ASP-Verordnung sind die Sperrzonen der Mitgliedstaaten aufgeführt, die von Ausbrüchen der ASP betroffen oder aufgrund ihrer Nähe zu solchen Ausbrüchen gefährdet sind.

2. *Kriterien für die geografische Abgrenzung von ASP-Sperrzonen für die Aufnahme, Änderung und Streichung von ASP-Sperrzonen aus Anhang I oder II der ASP-Verordnung*. Die ASP-Sperrzonen werden nach der epidemiologischen Lage der ASP und dem Grad des Ausbreitungsrisikos unterschieden. Sie sind eingeteilt in i) die Sperrzonen I, II und III, wobei die Sperrzone III das höchste Risiko für die Ausbreitung der ASP und die dynamischste Seuchensituation bei gehaltenen Schweinen darstellt, und nach einem ASP-Ausbruch in einem zuvor seuchenfreien Mitgliedstaat oder einer seuchenfreien Zone in

([33]) Länger als 24–36 Monate unter Berücksichtigung der spezifischen Situation in diesem Gebiet.

([34]) Derzeit gibt es keine Belege dafür, dass sich große Einfriedungen für die Eindämmung von Wildschweinen als wirksam erwiesen hätten (EFSA, doi: 10.2903/j.efsa.2018.5344).

ii) die Sperrzonen, die Schutz- und Überwachungszonen (im Falle eines ASP-Ausbruchs bei gehaltenen Schweinen) und die infizierten Zonen (im Falle eines Ausbruchs dieser Seuche bei Wildschweinen) umfassen. Darüber hinaus sollten diese Sperrzonen in den Anhängen I und II der ASP-Verordnung gelistet, geändert oder gestrichen werden, wobei gegebenenfalls Folgendes zu berücksichtigen ist:

2.1. die von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats vorgelegten Informationen und Begründungen zur Seuchenlage und zu den getroffenen Maßnahmen

2.2. wissenschaftlich fundierte Grundsätze und Kriterien für die geografische Festlegung einer ASP-bedingten Regionalisierung sowie die vorliegenden ASP-Leitlinien

2.3. die bestehende Überwachung und ihre Ergebnisse

2.4. das Risiko für die Ausbreitung der ASP

2.5. die allgemeine epidemiologische Lage der ASP, ihre Entwicklung und zusätzliche Risikofaktoren in dem betreffenden Mitgliedstaat und in den benachbarten Mitgliedstaaten oder Drittländern

2.6. das historische und aktuelle Auftreten der ASP sowohl bei gehaltenen Schweinen als auch bei Wildschweinen, das durch eine wirksame Überwachung nachgewiesen wurde

2.7. die Größe der betroffenen epidemiologischen Einheit, die territoriale und geografische Verbindung mit angrenzenden Gebieten, die Art der vorhandenen Biotope

2.8. geografische Aspekte im Zusammenhang mit dem Ort des Ausbruchs

2.9. ökologische Faktoren (z. B. Wasserwege, Wälder) und das Vorhandensein natürlicher und künstlicher Hindernisse (z. B. Autobahn- oder Bahnstreckeneinfriedungen oder „weiße Zonen“)

2.10. Anwesenheit und Verteilung von Wildschweinen

2.11. Epidemiologie der Seuche

2.12. Ergebnisse spezifischer epidemiologischer Bewertungen durch die EFSA oder die zuständigen Behörden

2.13. historische Erfahrungen mit der Ausbreitung der ASP

2.14. Verwaltungsgliederung, territoriale Kontinuität

2.15. Durchsetzbarkeit des Kontrollmaßnahmen

2.16. Verteilung und Profil (z. B. Art der Produktion (wie z. B. Freilandhaltung)) von Schweinehaltungsbetrieben und das Vorhandensein von Schutz- und Überwachungszonen

2.17. Jagdpraktiken und andere Überlegungen zum Umgang mit Wildtieren

3. Auf der Grundlage einer Analyse der epidemiologischen Daten aus den Mitgliedstaaten, die vom ASP-Virus-Genotyp II betroffen sind, hält die EFSA in ihren Berichten ([35]) über die ASP die folgenden für die Regionalisierung relevanten Erkenntnisse fest:

3.1. Die Ausbreitung der Infektion ist in den Wildschweinpopulationen weiterhin langsam fortgeschritten (die mittlere Ausbreitungsgeschwindigkeit der ASP-Infektion in bestimmten Gebieten wurde auf 8 bis 17 km/Jahr geschätzt ([36]))

3.2. Die ASP wurde durch zwei unterschiedliche Ausbreitungsprozesse in mehrere EU-Mitgliedstaaten eingeschleppt:

3.2.1. relativ langsame und kontinuierliche Ausbreitung über Wildschweinpopulationen und Meta-Populationen

3.2.2. vom Menschen verursachte Umsiedlungen, die zur Entstehung neuer ASP-Cluster führten, weit von Gebieten entfernt, in denen die ASP zuvor aufgetreten war

([35]) https://www.efsa.europa.eu/de/topics/topic/african-swine-fever

([36]) Die anhand der Netzwerkanalyse geschätzte mittlere Geschwindigkeit der Infektion in Belgien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien und Ungarn lag zwischen 2,9 und 11,7 km/Jahr („Epidemiological analyses of African swine fever in the European Union (November 2018 to October 2019)“. In *EFSA Journal*, Band 18, Ausgabe 1, Januar 2020.

4. *Zeitrahmen der Einschränkungen*. Die in Anhang I oder II der ASP-Verordnung aufgeführten Zonen sollten so lange gesperrt bleiben, bis die epidemiologische Lage die Kriterien für eine Änderung oder Streichung der ASP-Sperrzonen erfüllt. Die Grundsätze des Gesundheitskodex für Landtiere der WOAH ([37]) liefern zusammen mit den epidemiologischen Erwägungen hinsichtlich der Seuche Anhaltspunkte für den Zeitplan und die Kriterien, die für die Wiedererlangung des Status der ASP-Freiheit eines vormals aufgrund des Auftretens der ASP gesperrten Gebiets erfüllt sein müssen.

5. *Wichtigste allgemeine Kriterien für die Abgrenzung von ASP-Sperrzonen* gemäß Anhang I oder II der ASP-Verordnung. Um die Ausbreitung der ASP zu verhindern und den EU-Binnenmarkt und den internationalen Handel zu schützen, sollte bei einer Änderung bezüglich der gelisteten Sperrzonen ein vorsichtiger und wissenschaftlich fundierter Ansatz eingehalten werden. Ausgehend vom Gesundheitskodex für Landtiere der WOAH und den besten verfügbaren Kenntnissen sollte Folgendes berücksichtigt werden, bevor bezüglich der in Anhang I oder II der ASP-Verordnung gelisteten Sperrzonen Änderungen vorgenommen werden:

   5.1. Eine Reduzierung oder vollständige Streichung gelisteter Sperrzonen I und II sollte nicht erfolgen während:

      5.1.1. der von der EFSA beschriebenen saisonalen Spitzenzeiten mit höherer Seuchenausbreitung

      5.1.2. während anderer Zeiten stärkerer Seuchenausbreitung in der Nähe der betreffenden Sperrzonen

      5.1.3. einer negativen epidemiologischen Gesamtsituation der ASP in dem betreffenden Mitgliedstaat

      Eine positive epidemiologische Gesamtsituation der ASP im Mitgliedstaat und die von der zuständigen Veterinärbehörde vorgelegten Begründungen können jedoch bei der Reduzierung oder vollständigen Streichung gelisteter Sperrzonen auch während der saisonalen Spitzenzeiten gemäß Nummer 5.1.1. berücksichtigt werden.

   5.2. In der betreffenden Sperrzone und den angrenzenden Gebieten im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats sollte eine angemessene Überwachung auf ASP mit günstigen Ergebnissen für einen für die Epidemiologie der ASP ausreichenden Zeitraum durchgeführt worden sein.

   5.3. Die allgemeine epidemiologische Situation der ASP in dem Land, die von der zuständigen Behörde vorgelegten Begründungen und gegebenenfalls die Ergebnisse der Kommissionsprüfungen sind zu berücksichtigen.

   5.4. Die zuständige Behörde sollte die Risiken bewerten, die sich aus einer Änderung von Sperrzonen ergeben, und die Bewertung sollte ergeben, dass das Risiko der Ausbreitung der ASP für die betreffende Sperrzone vernachlässigbar ist.

6. *Wichtigste spezifische Kriterien für eine Reduzierung oder vollständige Streichung einer gelisteten Sperrzone III und ggf. Rückstufung auf Sperrzone II (bei Auftreten des ASPV bei Wildschweinen in dieser Zone) oder Sperrzone I (bei Auftreten des ASPV in unmittelbarer Nähe von gehaltenen Schweinen oder Wildschweinen) oder in ein nicht gesperrtes Gebiet:*

   6.1. In den letzten drei Jahren ist in diesem Gebiet kein Fall einer Infektion mit ASPV aufgetreten; dieser Zeitraum kann auf 12 Monate verkürzt werden, wenn die Überwachung in einem Land oder einer Zone oder eine wissenschaftliche Bewertung auf EU- oder nationaler Ebene keine Hinweise auf das Vorhandensein oder die Beteiligung von *Ornithodoros*-Zecken ergeben hat.

   6.2. Im Falle eines einzigen oder begrenzten ASP-Ausbruchs, der räumlich und zeitlich (während eines Zeitraums von 30 Tagen ab dem ersten Ausbruch in dieser Zone) in Betrieben mit Schweinehaltung in einem ausreichend großen Gebiet auftritt, wobei in den letzten 12 Monaten kein ASP-Ausbruch bei gehaltenen Schweinen aufgetreten ist, kann der Dreijahres- bzw. Zwölfmonatszeitraum gemäß Nummer 6.1. auf drei Monate verkürzt werden, sofern

      6.2.1. die vorläufige Reinigung und Desinfektion und – soweit relevant – Bekämpfung von Insekten und Nagetieren in dem betroffenen Betrieb im Einklang mit Artikel 15 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 in allen betroffenen Betrieben durchgeführt wurden (unmittelbar nach Abschluss der Maßnahmen gemäß Artikel 12 und gegebenenfalls Artikel 14 der genannten Verordnung)

      6.2.2. die in den Artikeln 26 und 41 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 genannten Maßnahmen (Besuche amtlicher Tierärzte und klinische und erforderlichenfalls Laboruntersuchungen) durchgeführt werden und

([37]) https://www.woah.org/en/what-we-do/standards/codes-and-manuals/terrestrial-code-online-access/?id=169&L=1&htmfile=chapitre_asf.htm

6.2.3. die Überwachung in einem Land oder einer Zone oder eine wissenschaftliche Bewertung auf EU- oder nationaler Ebene keine Hinweise auf das Vorhandensein oder die Beteiligung von *Ornithodoros*-Zecken ergeben hat

7. *Wichtigste spezifische Kriterien für eine Reduzierung oder vollständige Streichung einer aufgeführten Sperrzone II und ggf. Rückstufung auf die Sperrzone I oder ein nicht gesperrtes Gebiet:*

7.1. In den letzten 12 Monaten gab es keine ASP-Ausbrüche bei Wildschweinen.

7.2. Besondere Situationen ([38]) in Bezug auf eine Verkürzung des Zwölfmonatszeitraums gemäß Nummer 7.1. können auf der Grundlage der epidemiologischen Gesamtsituation der ASP in dem Mitgliedstaat und der von der zuständigen Behörde vorgelegten Begründungen berücksichtigt werden.

7.3. Im Falle einer insgesamt günstigen epidemiologischen Situation in einem betroffenen Mitgliedstaat wurde nachgewiesen, dass in einem bestimmten geografischen Gebiet kein ASPV mehr zirkuliert, was durch positive Schlussfolgerungen aus der Umsetzung der EFSA-Ausstiegsstrategie unterstützt wird ([39]) (Zwei-Phasen-Ansatz: Kombination einer angemessenen Dauer eines Überwachungszeitraums (Screening-Phase), gefolgt von einer angemessenen Dauer einer Bestätigungsphase).

8. *Eine Reduzierung oder vollständige Streichung einer gelisteten Sperrzone I* sollte auf der Grundlage folgender Kriterien erfolgen:

8.1. Bewertung der mit der ASP verbundenen Risiken

8.2. Es gab es keine ASP-Ausbrüche bei Wildschweinen in den letzten

8.2.1. 12 Monaten

8.2.2. oder 3 Monaten, wenn das in Nummer 6.2 genannte Kriterium herangezogen wird, um von der Sperrzone III in die entsprechende Sperrzone I zurückzukehren

8.3. der Gesamtheit der epidemiologischen Daten in einem größeren geografischen und zeitlichen Zusammenhang, einschließlich der epidemiologischen Situation der ASP in angrenzenden Sperrzonen II und/oder III

8.4. der epidemischen Phase der ASP in der betreffenden Zone und gegebenenfalls im gesamten Mitgliedstaat; eine Streichung der Sperrzone I sollte nicht in einem frühen Stadium der Epidemie erfolgen.

([38]) Wenn beispielsweise der letzte bestätigte ASP-Fall auf einen PCR-positiven zersetzten oder skelettierten Wildschweinkadaver zurückgeht und sich daraus ergibt, dass das Tier Monate vor dem Datum der Bestätigung verendet ist.

([39]) *EFSA Journal* 2021; Band 19, 3. Ausgabe, März 2021.

ANHANG I

Wichtige Botschaften für Sensibilisierungskampagnen in den Mitgliedstaaten

Sensibilisierungskampagnen sollten alle Beteiligten informieren, aufklären und motivieren, um die Überwachung und Meldung zu intensivieren, die Präventionspraxis zu verbessern und die weitere Ausbreitung und Einschleppung der ASP in neue Gebiete zu verhindern. Diese Kampagnen sollten auf Folgendes aufmerksam machen:

— Die ASP tötet beide: gehaltene Schweine und Wildschweine.

— Die ASP kann die Lebensgrundlage von Landwirten gefährden.

— Die ASP kann dazu führen, dass der lokale Wildschweinbestand erheblich abnimmt (oder sogar verschwindet).

— Die ASP kann erhebliche Auswirkungen auf die Jagd in den betroffenen Gebieten haben.

Besonders hervorgehoben werden sollten die Gründe und Vorteile für die Interessenträger, wenn sie handeln, und die Nachteile, wenn keine Maßnahmen gegen die ASP ergriffen werden. Sensibilisierungskampagnen sollten auf die entsprechenden Zielgruppen zugeschnitten sein. Mitteilungen sollten häufig erfolgen, und es sollten mehrere Kommunikationskanäle gewählt werden. Den Zielgruppen sollte Gelegenheit zu Feedback und Bewertung gegeben werden.

Bewährte Verfahren und Beispiele aus anderen Ländern ([1]) ([2]) können bei Bedarf herangezogen werden.

Die Sensibilisierungskampagnen sollten regelmäßig überprüft werden, um neue Erkenntnisse zu berücksichtigen.

Relevanz der Seuche

Die ASP ist eine verheerende, in der Regel tödlich verlaufende infektiöse Erkrankung von gehaltenen Schweinen und Wildschweinen. Sie stellt eine ernsthafte Bedrohung für Schweinehalter weltweit dar. Sie ist weder für den Menschen noch für andere Tierarten ansteckend, aber es gibt auch keine Behandlung und keinen Impfstoff gegen die ASP. Die Seuche kann schwerwiegende Gesundheitsfolgen für landwirtschaftliche Betriebe haben, den internationalen Handel mit Tieren und tierischen Erzeugnissen nachhaltig beeinträchtigen und massive wirtschaftliche Verluste verursachen.

Der Schweinefleischsektor ist einer der wirtschaftlich bedeutendsten Sektoren in der EU-Landwirtschaft:

— Er steht für 8,2 % der Gesamtproduktion der EU-Ernährungswirtschaft und nimmt damit im Fleischsektor den Spitzenplatz ein (Jahr 2022, Quelle: GD AGRI).

— Schweinefleisch macht 52 % der gesamten EU-Fleischproduktion aus (Jahr 2022, Datenquelle: GD AGRI).

— Schweinefleisch ist die meistexportierte von allen in der EU erzeugten Fleischsorten: Es macht 61 % der gesamten Fleischexporte der EU aus (Jahr 2022, Datenquelle: GD AGRI).

Bei der Planung von Sensibilisierungskampagnen sollte die Bedeutung des Schweinesektors auf lokaler Ebene und nicht nur auf EU-Ebene hervorgehoben werden.

Wichtigste Botschaften und vorgeschlagene Kommunikationsmittel für die wichtigsten Zielgruppen

1. **Tierärzte** (amtlich und privat)

Warum sollte die ASP gestoppt werden?

— Die ASP stellt eine ernsthafte Bedrohung für Schweinehalter weltweit dar

— Es gibt keine Behandlungsmöglichkeiten oder kommerziell verfügbaren wirksamen Impfstoffe gegen die ASP

— Die Seuche kann auf lokaler, nationaler und EU-Ebene massive wirtschaftliche Verluste verursachen

— Die Seuche verursacht sowohl bei gehaltenen Schweinen als auch bei Wildschweinen erhebliches Leid

Was sollten die Veterinärdienste tun, um die ASP zu stoppen?

— Überwachung durchführen

— eine transparente und rasche Meldung von Verdachtsfällen gewährleisten

([1]) https://rr-europe.woah.org/en/Projects/gf-tads-europe/standing-groups-of-experts-on-african-swine-fever-in-europe/depository-on-african-swine-fever/awareness-material-on-asf/

([2]) https://ec.europa.eu/food/animals/health/regulatory_committee/presentations_en

— an Sensibilisierungskampagnen mitwirken und diese überwachen

— Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren zwischen und während der Besuche in den Betrieben ergreifen

— Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes vor biologischen Gefahren in Betrieben sicherstellen und diesbezüglich beraten

Empfohlene Kommunikationsmittel:

— Pressematerial, Artikel, Medien usw. in Fachzeitschriften und regionalen/lokalen Medien

— Drucksachen: Poster, Broschüren, Informationsblätter usw. könnten durch gezielte Mailings an Tierärztevereinigungen verteilt werden

— Organisation von Veranstaltungen, Seminaren, Schulungen, Konferenzen usw. für diese Zielgruppe

— Online-Web- und soziale Medien

— kurze Videos und Animationen, die an das Zielpublikum verteilt werden

2. **Landwirte:**

Warum sollte die ASP gestoppt werden?

— Die ASP stellt eine ernsthafte Bedrohung für Schweinehalter weltweit dar;

— Die Seuche kann massive (direkte und indirekte) wirtschaftliche Verluste verursachen;

— Die ASP kann die Lebensgrundlage von Landwirten bedrohen.

Was sollten Landwirte tun, um die ASP zu stoppen?

— klinische Anzeichen und Symptome der ASP oder eine abnorme Sterblichkeit melden

— an freiwilligen Screening-Programmen teilnehmen

— sicherstellen, dass alle Futterreste in versiegelte Abfallbehälter gegeben werden und nicht an gehaltene Schweine oder Wildschweine verfüttert werden

— Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren in den Betrieben in Abstimmung mit der zuständigen Behörde gewährleisten und verbessern

Empfohlene Kommunikationsmittel:

— Pressematerial, Artikel, Medien usw. in Fachzeitschriften und regionalen/lokalen Medien und landwirtschaftliche Betriebsberatungsdienste, soweit erforderlich

— Drucksachen: Poster, Broschüren, Informationsblätter usw. könnten durch gezielte Mailings an Verbände der Landwirte verteilt werden

— Organisation von Veranstaltungen, Seminaren, Schulungen, Konferenzen usw. für diese Zielgruppe

— Online-Web- und soziale Medien

— kurze Videos und Animationen, die an das Zielpublikum verteilt werden

3. **Jäger**

Warum sollte die ASP gestoppt werden?

— Zur Vermeidung von Einschränkungen oder Verboten der Jagd, von Einschränkungen für den Jagdtourismus und von erheblichen wirtschaftlichen Verlusten für den Jagdsektor in infizierten Zonen und/oder angrenzenden Gebieten

— weil die ASP dazu führen kann, dass Wildschweinpopulationen erheblich abnehmen oder überhaupt verschwinden

— weil infizierte Wildschweine die Umwelt kontaminieren, wodurch Sekundärausbrüche bei gehaltenen Schweinen wahrscheinlicher werden

— wenn die ASP nicht auf ein bestimmtes Gebiet begrenzt werden kann, kann das Virus lange Zeit in der Umwelt verbleiben, was eine Ausstiegsstrategie sehr schwierig macht

Was sollten Jäger tun, um die ASP zu stoppen?

— Mit der zuständigen Behörde beim Auffinden, der raschen Meldung und der sicheren Entfernung von Wildschweinkörpern aus der Umwelt zusammenarbeiten

— ihre Ausrüstung und Kleidung, ihr Fahrzeug und ihre Jagdtrophäen immer unmittelbar vor Ort reinigen und desinfizieren, bevor sie das Gebiet verlassen

— erlegte Wildschweine gegebenenfalls im ausgewiesenen Zurichtebereich des Jagdreviers ausweiden

— zur schrittweisen Reduzierung der Wildschweinpopulationen beitragen, indem die Bestandsdichte der Tiere in den noch nicht von der Seuche betroffenen Gebieten verringert wird (u. a. gezielte Bejagung adulter und subadulter weiblicher Tiere)

— Wildschweine nicht ganzjährig füttern

— Jagdreisen in Gebiete vermeiden, die bekanntermaßen von ASP bei Wildschweinen betroffen sind

Empfohlene Kommunikationsmittel:

— Pressematerial, Artikel, Medien in Fachzeitschriften und regionalen/lokalen Medien

— Drucksachen: Poster, Broschüren, Informationsblätter usw. könnten durch gezielte Postsendungen an Jagdvereinigungen, aber auch in Flughäfen, Bahnhöfen, anderen Verkehrseinrichtungen, auch an den Grenzen und in der Nähe der Lebensräume von Wildschweinen (z. B. in öffentlichen Parks) verteilt werden

— Organisation von Veranstaltungen, Seminaren, Schulungen und Konferenzen für diese Zielgruppe

— Online-Web- und soziale Medien

— kurze Videos und Animationen, die an das Zielpublikum verteilt werden

4. **Allgemeine Öffentlichkeit** (einschließlich Reisenden und Transporteuren von Futtermitteln/Nahrungsmitteln)

Warum sollte die ASP gestoppt werden?

— Zum Schutz der Tiergesundheit und der Lebensgrundlage der Schweinefleischerzeuger

— um zu verhindern, dass die ASP massive wirtschaftliche Verluste verursacht

— zur Einhaltung der Rechtsvorschriften

Was sollte die breite Öffentlichkeit tun, um die ASP zu stoppen?

— keine lebenden Schweine oder Erzeugnisse daraus (frisches Schweinefleisch, gekühltes oder gefrorenes Schweinefleisch, Würste, Schinken, Pökelfleisch, Schweinefett) aus Gebieten außerhalb der EU einführen

— keine Verbringung von Schweinefleisch und Schweinefleischprodukten aus ASP-Sperrzonen, wenn dies gesetzlich verboten ist

— keine Lebensmittel oder Lebensmittelabfälle in Bereichen zurücklassen, die für gehaltene Schweine oder Wildschweine zugänglich sind

Empfohlene Kommunikationsmittel:

— Online-Web- und soziale Medien

— kurze Videos und Animationen: auf Flughäfen, Bahnhöfen und anderen Verkehrsgelegenheiten der Öffentlichkeit anbringen, einschließlich der Landesgrenzen, in der Nähe der Lebensräume von Wildschweinen (z. B. in öffentlichen Parks)

— Pressematerial, Artikel, Medien in Reise-, kulinarischen oder Umweltmagazinen

— Drucksachen: Poster, Broschüren, Informationsblätter: zu verteilen in Verkehrseinrichtungen, Supermärkten oder Naturparks

ANHANG II

Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren für Jäger und für Personal, das nach Wildschweinkörpern sucht und mit ihnen umgeht

Die für die Jagd auf Wildschweine oder den Umgang mit deren Körpern in Sperrzonen oder anderen Gebieten zuständige Behörde sollte (wenn die zuständige Behörde der Auffassung ist, dass ein ASP-Risiko besteht) die nachstehend aufgeführten Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren in Betracht ziehen.

a) Es sollte eine ausreichende Anzahl von Zurichtungseinrichtungen vorhanden sein. Nach Möglichkeit sollte für jedes Jagdrevier mindestens eine zugelassene Zurichtungseinrichtung zur Verfügung stehen. Falls es in dem Jagdgebiet keinen Zurichtungsbereich gibt, sollte das nächstgelegene Jagdgebiet mit einer Zurichtungseinrichtung genutzt werden. Der Zurichtungsbereich sollte gegen unbefugten Zugang von Menschen und Zugang von Tieren geschützt sein, über Wasser und ausreichend wirksame Desinfektionsmittel verfügen und mit einer Abfallsammeleinrichtung ausgestattet sein.

b) Für jedes Jagdgebiet sollte eine Einrichtung/eine Anlage mit einem Kühlschrank vorhanden sein (oder es sollte Verfahren geben, mit denen Tierkörper gleichwertig aufbewahrt werden können, bis Laborergebnisse vorliegen).

c) Erlegte Wildschweine sollten bis zur Untersuchung im Bereich des Jagdreviers bleiben; es sollten nur negativ getestete Tierkörper freigegeben werden. Um dies zu erreichen, sollte eine individuelle Kennzeichnung der Tierkörper vorgeschrieben werden.

d) Innereien von erlegten Wildschweinen sollten dem Tier nicht auf dem Feld entnommen werden; erlegte Wildschweine sollten in spezielle, zugelassene Zurichtungseinrichtungen gebracht werden, sodass der Verlust von Körperflüssigkeiten (einschließlich Blut) begrenzt wird.

e) Nach dem Zurichten des Wildschweins sind der Ort und die verwendete Ausrüstung (einschließlich der Transportmittel) zu waschen und mit wirksamen Desinfektionsmitteln zu desinfizieren.

f) Tierische Nebenprodukte sollten in Übereinstimmung mit den einschlägigen EU-Vorschriften ([1]) gesammelt und verarbeitet werden.

g) Bei der Suche nach Körpern von Wildschweinen und beim Umgang mit diesen sollten Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren angewandt werden, um eine mögliche Kontamination von Transportmitteln, Höfen und Häusern zu vermeiden.

([1]) https://ec.europa.eu/food/food/animal-products/eu-rules_en

ANHANG III

Probenahme bei Wildschweinen und Beseitigung von Wildschweinkörpern in den betroffenen Mitgliedstaaten ([1])

1. ***Probenahme bei Wildschweinen***

a) Passive Überwachung

Grundsatz der Probenahme im gesamten Land (Sperrzonen und nicht gesperrte Zonen in diesem Mitgliedstaat) sollte eine verstärkte passive Überwachung sein. Auf der Grundlage einer von der zuständigen Behörde durchgeführten Risikobewertung sollten alle verendet aufgefundenen und erkrankten Wildschweine gegebenenfalls mittels PCR auf ASP getestet werden. In den Sperrzonen II und III könnte die Probenahme, wenn eine ganze Gruppe von Wildschweinen an derselben Stelle verendet aufgefunden wird, für die PCR-Untersuchung aus einer repräsentativen Probe der Gruppe gepoolt werden, wie es das EURL vorsieht.

b) Aktive Überwachung

Auf Anweisung der zuständigen Behörden könnten zusätzliche Probenahmen auf der Grundlage der aktiven Überwachung von erlegten Wildschweinen durchgeführt werden. In Sperrzonen sollte bei allen erlegten, gekeulten und verendet/erkrankt aufgefundenen Wildschweinen eine Probenahme durchgeführt werden (100%ige Probenahme und PCR-Test). Wildschweine, die in Sperrzonen erlegt werden, könnten auf Anweisung der zuständigen Behörde gegebenenfalls zusätzlich auf Antikörper gegen das ASP-Virus getestet werden.

c) Von erlegten Wildschweinen sind nur Blutproben erforderlich (in Fällen, in denen keine Blutproben zur Verfügung stehen, können Organe für die Probenahme verwendet werden), wie dies vom EU-Referenzlaboratorium vorgesehen ist.

2. ***Beseitigung von Wildschweinkörpern***

a) Zumindest in Sperrzonen und in allen von der zuständigen Behörde festgelegten Risikogebieten sollte eine Suche nach Tierkörpern und deren sichere Beseitigung erfolgen. Infizierte Tierkörper sollten so schnell wie möglich aufgespürt und sicher beseitigt werden, um die Seuche in einem begrenzten Gebiet einzudämmen und die entsprechenden Maßnahmen zur Bekämpfung und Tilgung der ASP unverzüglich einzuleiten.

b) Wird die ASP in nicht betroffenen Gebieten festgestellt, sollte das passive Auffinden von Tierkörpern durch eine aktive Suche durch Fachleute an von der zuständigen Behörde festgelegten Stellen („Hotspots“) ergänzt werden.

c) Die Beseitigung von Tierkörpern sollte entweder durch Verbringung in eine Tierkörperbeseitigungsanstalt, durch tiefes Vergraben oder durch Verbrennen (unter Aufsicht der zuständigen Behörden) gemäß den einschlägigen EU-Vorschriften erfolgen.

d) Gegebenenfalls sollte eine Desinfektion durchgeführt werden.

([1]) Mitgliedstaaten mit den in Anhang I aufgeführten Sperrzonen I, II oder III und den in Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 aufgeführten Sperrzonen.

Zusammenfassung der in Kapitel III beschriebenen Empfehlungen für Wildschweine

Maßnahmen	Epidemiologische Lage			
	Keine ASP (Handlungsbereitschaft)	Keine ASP (Handlungsbereitschaft)	Auftreten der ASP (Tilgung)	ASP endemisch (Bekämpfung)
	Für die Zwecke der Leitlinien kategorisierte Gebiete und Sperrzonen			
	5.1. ASP-freie Gebiete, die nicht an eine Sperrzone angrenzen	5.2. ASP-freie Gebiete (einschließlich Sperrzone I), die an Sperrzonen angrenzen	5.3. Begrenzte Sperrzonen, die neu infizierten Zonen entsprechen	5.4. Große Sperrzonen, die erheblich infizierten Zonen entsprechen
4.1. Ködern	Begrenzt, für Jagd, Fallenfang und ggf. Keulung		Begrenzt, für Fallenfang und Keulung	Begrenzt, für Jagd, Fallenfang und ggf. Keulung
4.2. Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren	Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren bei der Jagd, beim Fallenfang und bei der Keulung von Wildschweinen sollten gegebenenfalls verbessert, gefördert und aufrechterhalten werden.			
4.3. Erhebung der wichtigsten Daten	Bei verendet aufgefundenen Wildschweinen wird eine Probenahme und Untersuchung durchgeführt.	Auf der Grundlage einer Risikobewertung: Bei verendet aufgefundenen Wildschweinen wird eine Probenahme und Untersuchung durchgeführt, und erlegte Wildschweine werden zum ASP-Virus-Nachweis untersucht. Alle Tierkörper werden getestet, wenn das Risiko als hoch eingestuft wird.	Alle verendet aufgefundenen und gekeulten Wildschweine: Probenahme und Untersuchung Alle erlegten Wildschweine werden getestet.	Alle verendet aufgefundenen und gekeulten Wildschweine: Probenahme und Untersuchung Erlegte Wildschweine werden auf der Grundlage einer Risikobewertung und in Übereinstimmung mit der ASP-Verordnung untersucht.
4.4. Zusammenarbeit	Eine effektive und effiziente Zusammenarbeit der zuständigen Behörden und Interessenträger (wie Forstverwaltungen, Umweltbehörden und Jäger) ist für die Prävention, Früherkennung, Bekämpfung und Tilgung der ASP von wesentlicher Bedeutung.			
4.5. Keulung	Sache der zuständigen Behörde; zur Verringerung der Wildschweinpopulation sollte eine Keulung in Betracht gezogen werden.	Sache der zuständigen Behörde; zur Verringerung der Wildschweinpopulation sollte eine Keulung in Betracht gezogen und gefördert werden.	Die Keulung sollte zur Tilgung der ASP in Betracht gezogen werden, wenn die endemische Phase erreicht ist (nach der epidemischen Phase), und unter Aufsicht der zuständigen Behörde. In der Praxis sollten keine Maßnahmen ergriffen werden, bis sich der Rückgang der Seuchenkurve konsolidiert hat und durch ein kontinuierliches System der passiven Überwachung festgestellt wurde oder andere Maßnahmen zur Verhinderung der Verbringung von Wildschweinen ergriffen wurden.	Sache der zuständigen Behörde; zur Verringerung der Wildschweinpopulation sollte eine Keulung in Betracht gezogen und gefördert werden.

4.6. Einrichtung von „weißen Zonen“		Nicht relevant	Könnte auf der Grundlage einer Risikobewertung in Kombination mit anderen Maßnahmen in Betracht gezogen werden.		Nicht relevant, könnte aber in bestimmten Situationen auf der Grundlage einer Risikobewertung und in Kombination mit anderen Maßnahmen in Betracht gezogen werden.
4.7. Einfriedung		Nicht relevant	Nicht relevant, könnte aber in Betracht gezogen werden, um zur Unterstützung von Präventionsmaßnahmen kleine Gebiete abgegrenzt zu halten.	Relevant für die ASP-Tilgung in bestimmten begrenzten infizierten Kerngebieten, wenn sie rechtzeitig und strategisch vorgenommen wird, um die Ausbreitung der Seuche zu verlangsamen.	Nicht relevant, könnte aber in Betracht gezogen werden, um zur Unterstützung von Bekämpfungsmaßnahmen kleine Gebiete abgegrenzt zu halten.
4.8. Bejagung	Ziel	Verstärkte Bejagung zur Reduzierung der Population	Intensive Bejagung (maximaler Bejagungsaufwand)	Empfehlung eines totalen Jagdverbots für alle Tierarten, bis die epidemische Phase abgeklungen ist	Sollte gegebenenfalls nur unter strengen Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren erfolgen (z. B. für die private Anwendung durch Jäger, um Proben für Untersuchungen zu sammeln, mit dem Ziel, die Gesamtpopulation von Wildschweinen zu reduzieren).
	Intensität	Erhöhung der Jagdstrecke (quantitative Intensität)	Drückjagden und Einzeljagden	Keulung erst nach Abklingen der epidemischen Phase	Keulung durch ausgebildete Jäger
	Methoden	Gezielte Bejagung weiblicher und subadulter Tiere (qualitative Intensität) mit den üblichen Jagdmethoden	Bejagung auf dem höchsten Niveau, das in diesem Gebiet erreichbar ist. Private/öffentliche Beteiligung zur Erreichung des Ziels, die Population zu reduzieren.	Keine Drückjagden Nach dem Abklingen der endemischen Phase Bejagung auf dem höchsten Niveau, das in diesem Gebiet erreichbar ist. Private/öffentliche Beteiligung zur Erreichung des Ziels, die Population zu reduzieren.	Bejagung unter strengen Maßnahmen zum Schutz vor biologischen Gefahren zur Entnahme von Proben für Untersuchungen
4.9. Passive Überwachung		Intensivierte passive Überwachung; bei verendet aufgefundenen Wildschweinen wird auf der Grundlage einer Risikobewertung eine Probenahme und Untersuchung durchgeführt.	Intensivierte passive Überwachung; aktive Patrouillen zum Auffinden und Untersuchen verendeter Wildschweine	Intensivierte passive Überwachung; aktive Patrouillen zum Auffinden und Untersuchen verendeter Wildschweine und zur Beseitigung/Entsorgung des Tierkörpers	Intensivierte passive Überwachung; aktive Patrouillen zum Auffinden und Untersuchen verendeter Wildschweine und zur Beseitigung/Entsorgung des Tierkörpers

4.10. Beschränkter Zugang	Nicht relevant	Nicht relevant	Der Zugang zu infizierten Zonen sollte wegen des Risikos der ASP-Übertragung durch Menschen, Geräte, Fahrzeuge usw. so weit wie möglich eingeschränkt werden.	Nicht relevant, könnte aber in bestimmten Situationen in Betracht gezogen werden.
4.11. Einschränkungen der Zufütterung	Sollte eingeschränkt werden und nicht stattfinden		In besonderen Situationen könnte die zuständige Behörde im Anschluss an eine Risikobewertung erwägen, die Zufütterung von Wildschweinen für einen begrenzten Zeitraum zu gestatten, um Wildschweine in einem neu infizierten Gebiet zurückzuhalten, wenn das kurzfristige Ziel die Tilgung der ASP in diesem Gebiet ist.	Sollte eingeschränkt werden und nicht stattfinden.
4.12. Probenahme und Untersuchung	PCR-Tests	PCR-Tests Ein Antikörpernachweis könnte in bestimmten Situationen durchgeführt werden, z. B. bei der Untersuchung von Wildschweinen in der Sperrzone I (ein seropositives Tier könnte ein Hinweis auf eine sich verändernde Seuchensituation sein, z. B. auf die Ausbreitung des ASPV außerhalb der Sperrzonen II oder III).	PCR-Tests	PCR-Tests Der Nachweis von Antikörpern könnte in bestimmten Situationen in Gebieten eingesetzt werden, in denen die ASP seit Längerem auftritt
4.13. Fallenfang	Bejagung und Untersuchung	Bejagung und Untersuchung	Keulung und Untersuchung Der Fallenfang sollte als wirksame Maßnahme zur Begrenzung oder Verringerung der Wildschweinpopulation im Zusammenhang mit der ASP in einem begrenzten Gebiet (z. B. in einer „weißen Zone“) in Kombination mit anderen Maßnahmen zur Tilgung der ASP, insbesondere in neu infizierten Zonen, in Betracht gezogen werden.	Keulung und Untersuchung

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1533

18.12.2023

Mitteilung der Kommission zur förmlichen Bestätigung, dass bestimmte Rechtsakte der Union zur Anwendung reduzierter Mehrwertsteuersätze auf Lieferungen von Erdgas, Elektrizität und Fernwärme hinfällig geworden sind

(C/2023/1533)

1. Einführung

Die Verbesserung der Transparenz des Unionsrechts ist ein wesentliches Element der von den Organen der Union umgesetzten Strategie für eine bessere Rechtsetzung.

Derzeit gibt es viele Rechtsakte der Union, die hinfällig geworden und weder von praktischer Relevanz noch von allgemeinem Interesse sind und die entweder nicht aufgehoben wurden oder keine Verfallsklausel enthalten. Diese Rechtsakte sind weiterhin in Kraft, auch wenn sie keinerlei Rechtswirkung mehr haben. Sie werden daher im Fundstellennachweis des Unionsrechts weiterhin als „in Kraft befindliche Rechtsakte" geführt und bleiben Teil des Unionsrechts, des sogenannten Besitzstands der Union.

Solche Rechtsakte führen zu einem ungenauen Gesamtbild des Unionsbesitzstandes. Durch ihre Streichung aus dem Besitzstand der Union würde der Zugang zum geltenden Teil des Besitzstands erleichtert und so zu einer nutzerfreundlicheren Darstellung und einer effizienteren und weniger zeitaufwendigen Abfrage des Fundstellennachweises des Unionsrechts beigetragen. Diese Rechtsakte sollten daher aus dem Besitzstand der Union gestrichen werden.

Diese Mitteilung betrifft sechs hinfällig gewordene Beschlüsse der Kommission, die auf der Grundlage der Richtlinie 77/388/EWG des Rates ([1]) und der Richtlinie 2006/112/EG des Rates ([2]) erlassen worden waren.

2. Bewertung

Gemäß dem mit der Richtlinie 92/77/EWG ([3]) eingefügten Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe b der Richtlinie 77/388/EWG des Rates konnten die Mitgliedstaaten einen ermäßigten Steuersatz auf Lieferungen von Erdgas und Fernwärme, sofern nicht die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung bestand. Ein Mitgliedstaat, der einen derartigen Satz anwenden wollte, musste zuvor die Kommission davon unterrichten, die ihrerseits darüber entschied, ob die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung bestand. Zwischen 1999 und 2006 hat die Kommission insgesamt fünf Entscheidungen auf der Grundlage dieser Bestimmung erlassen.

Die Richtlinie 77/388/EWG wurde neu gefasst und durch die Richtlinie 2006/112/EU ersetzt, die am 1. Januar 2006 in Kraft trat. Auf der Grundlage von Artikel 102 der Richtlinie 2006/112/EG, mit dem Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe b der Richtlinie 77/388/EWG ersetzt wurde, hat die Kommission 2007 eine weitere Entscheidung erlassen. Mit Inkrafttreten der Richtlinie (EU) 2022/542 des Rates ([4]) wurde Artikel 102 der Richtlinie 2006/112/EG gestrichen.

Alle im Anhang aufgeführten Kommissionsentscheidungen haben ihre Rechtswirkung verloren und sind hinfällig geworden, da ihre Rechtsgrundlage nicht länger in Kraft ist und ihr Inhalt in Anhang III Nummer 22 der Richtlinie 2006/112/EG aufgenommen wurde. Sie sollten daher als hinfällig bestätigt und aus dem Besitzstand der Union gestrichen werden.

3. Schlussfolgerung

Die Kommission bestätigt, dass die im Anhang aufgeführten Rechtsakte hinfällig sind und aus dem Besitzstand der Union gestrichen werden müssen. Sie fordert das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union auf, diese Rechtsakte aus dem Fundstellennachweis des geltenden Unionsrechts zu streichen und den Anhang im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veröffentlichen.

([1]) Sechste Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage (ABl. L 145 vom 13.6.1977, S. 1).

([2]) Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1).

([3]) Richtlinie 92/77/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 zur Ergänzung des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems und zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG (Annäherung der MwSt-Sätze) (ABl. L 316 vom 31.10.1992, S. 1).

([4]) Richtlinie (EU) 2022/542 des Rates vom 5. April 2022 zur Änderung der Richtlinien 2006/112/EG und (EU) 2020/285 in Bezug auf die Mehrwertsteuersätze (ABl. L 107 vom 6.4.2022, S. 1).

ANHANG

Liste der aus dem Fundstellennachweis des geltenden Unionsrechts zu streichenden Rechtsakte

1. Entscheidung 1999/200/EG der Kommission vom 26. Februar 1999 über den Antrag der Griechischen Republik auf Anwendung eines ermäßigten MwSt.-Satzes auf Lieferungen von Erdgas und Elektrizität gemäß Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe b der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern (ABl. L 69 vom 16.3.1999, S. 40)

2. Entscheidung 2003/633/EG der Kommission vom 27. August 2003 über einen Antrag Portugals auf Ermächtigung zur Anwendung eines ermäßigten MwSt.-Satzes auf die Lieferung von Erdgas (ABl. L 220 vom 3.9.2003, S. 7)

3. Entscheidung 2004/673/EG der Kommission vom 26. August 2004 über einen Antrag der Republik Malta auf Ermächtigung zur Anwendung eines ermäßigten MwSt.-Satzes auf Elektrizitätslieferungen (ABl. L 307 vom 5.10.2004, S. 7)

4. Entscheidung 2005/568/EG der Kommission vom 11. Juli 2005 über einen Antrag der Republik Ungarn auf Ermächtigung zur Anwendung eines ermäßigten MwSt.-Satzes auf Erdgaslieferungen (ABl. L 190 vom 22.7.2005, S. 28)

5. Entscheidung 2006/637/EG der Kommission vom 13. September 2006 über einen Antrag der Republik Litauen auf Ermächtigung zur Anwendung eines ermäßigten MwSt.-Satzes auf Fernwärmelieferungen (ABl. L 261 vom 22.9.2006, S. 35)

6. Entscheidung 2007/313/EG der Kommission vom 30. April 2007 über einen Antrag der Republik Italien, auf die Lieferung von Elektrizität für den Betrieb von Anlagen zur Bewässerung, zur Druckentwässerung und zur Drainage von Wasser einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz anwenden zu dürfen (ABl. L 118 vom 8.5.2007, S. 18)

C/2023/1427

18.12.2023

Beschluss des Gerichtshofs (Sechste Kammer) vom 17. Oktober 2023 (Vorabentscheidungsersuchen des Giudice di pace di Rimini — Italien) — BL/Presidenza del Consiglio dei Ministri

(Rechtssache C-190/22 [1]), Presidenza del Consiglio dei Ministri)

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 53 Abs. 2 und Art. 94 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs – Erfordernis der Darstellung des rechtlichen Rahmens des Ausgangsrechtsstreits sowie der Gründe für die Notwendigkeit einer Beantwortung der Vorlagefrage – Keine hinreichenden Angaben – Offensichtliche Unzulässigkeit)

(C/2023/1427)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Giudice di pace di Rimini (Italien)

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: BL

Beklagte: Presidenza del Consiglio dei Ministri

Tenor

Das vom Giudice di pace di Rimini (Friedensgericht Rimini, Italien) mit Entscheidung vom 7. März 2022 eingereichte und beim Gerichtshof am 7. März 2022 eingegangene Vorabentscheidungsersuchen ist offensichtlich unzulässig.

---

[1] ABl. C 257 vom 4.7.2022.

C/2023/1440

18.12.2023

Beschluss des Präsidenten der Siebten Kammer des Gerichtshofs vom 19. Oktober 2023 (Vorabentscheidungsersuchen des Rayonen sad — Nesebar — Bulgarien) — „Vodosnabdyavane i kanalizatsia“ EAD/PQ

(Rechtssache C-744/22, Vodosnabdyavane i kanalizatsia) [1]

(C/2023/1440)

Verfahrenssprache: Bulgarisch

Der Präsident der Siebten Kammer hat die Streichung der Rechtssache angeordnet.

---

[1] ABl. C 71 vom 27.2.2023.

C/2023/1428

18.12.2023

Beschluss des Gerichtshofs (Sechste Kammer) vom 10. Oktober 2023 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Superior de Justicia de la Comunidad Valenciana — Spanien) — Adolfo/Direccion000 CB, Alfonso, Álvaro, Fondo de Garantía Salarial (FOGASA)

(Rechtssache C-795/22 [1], Direccion000 u. a.)

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 53 und 99 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs – Sozialpolitik – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – Arbeitszeitgestaltung – Art. 31 Abs. 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richtlinie 2003/88/EG – Art. 7 – Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub – Finanzielle Vergütung für nicht genommenen Urlaub nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses – Einjährige Verjährungsfrist – Angemessene Unterrichtung des Arbeitnehmers)

(C/2023/1428)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Superior de Justicia de la Comunidad Valenciana

Parteien des Ausgangsverfahrens

Rechtsmittelführer: Adolfo

Rechtsmittelgegner: Direccion000 CB, Alfonso, Álvaro, Fondo de Garantía Salarial (FOGASA)

Tenor

Art. 7 der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung und Art. 31 Abs. 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

sind dahin auszulegen, dass

sie einer nationalen Regelung entgegenstehen, nach der der Anspruch eines Arbeitnehmers auf bezahlten Jahresurlaub mit Ablauf eines Jahres ab dem Ende des jährlichen Bezugszeitraums, dem der Urlaub entspricht, verjährt, wenn der Arbeitnehmer durch seinen Arbeitgeber nicht tatsächlich in die Lage versetzt wurde, diesen Anspruch auszuüben, was auch dann gilt, wenn der Arbeitnehmer es versäumt hat, vor der Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein Verfahren einzuleiten, das die Unterbrechung der Verjährungsfrist bewirkt hätte.

---

[1] Tag der Einreichung: 30.12.2022.

C/2023/1441

18.12.2023

Beschluss des Präsidenten des Gerichtshofs vom 17. Oktober 2023 (Vorabentscheidungsersuchen der Curtea de Apel Bucureşti — Rumänien) — Ş.C.F., H.F.I., *Beteiligte:* Ministerul Investițiilor și Proiectelor Europene, H.A. SRL, Parchetul de pe lângă Înalta Curte de Casație și Justiție, Direcția Națională Anticorupție

(Rechtssache C-219/23 ([1]), Dudea ([2]))

(C/2023/1441)

Verfahrenssprache: Rumänisch

Der Präsident des Gerichtshofs hat die Streichung der Rechtssache angeordnet.

([1]) ABl. C 261 vom 24.7.2023.

([2]) Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.

C/2023/1429

18.12.2023

Rechtsmittel, eingelegt am 7. Juni 2023 von der Nouryon Performance Formulations BV gegen das Urteil des Gerichts (Vierte Kammer) vom 29. März 2023 in der Rechtssache T-868/19, Nouryon Industrial Chemicals/Kommission

(Rechtssache C-353/23 P)

(C/2023/1429)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Rechtsmittelführerin: Nouryon Performance Formulations BV, (vertreten durch R. Cana, R. Spangenberg, Avocats, und Z. Romata, Solicitor)

Andere Parteien des Verfahrens: Europäische Kommission, Königreich Dänemark, Königreich der Niederlande, Königreich Schweden und Europäische Chemikalienagentur

Anträge

Die Rechtsmittelführerin beantragt,

— das Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-868/19 in vollem Umfang aufzuheben;

— den angefochtenen Beschluss aufzuheben;

— hilfsweise die Rechtssache zur Entscheidung gemäß den Anträgen der Klägerin an das Gericht zurückzuverweisen;

— der Rechtsmittelgegnerin die Kosten des Verfahrens einschließlich der Kosten des Verfahrens vor dem Gericht und der Kosten der Streithelfer aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Zur Stützung ihres Rechtsmittels macht die Rechtsmittelführerin acht Rechtsmittelgründe geltend:

Mit dem ersten Rechtsmittelgrund beanstandet die Rechtsmittelführerin, dass das Gericht einen Rechtsfehler begangen habe, da es die Abschnitte 8.7, 8.7.2 und 8.7.3 von Anhang X der REACH-Verordnung unzutreffend ausgelegt habe, indem es entschieden habe, dass die Kommission keine Verpflichtung zu Beurteilung der Relevanz der angeforderten Studien in Bezug auf den Sachverhalt in dem speziellen Fall habe, und die Anwendbarkeit von Art. 1 Abs. 1, Art. 10 Buchst. a, Art. 12 Abs. 1, Art. 13 Abs. 4 und Art. 41 der REACH-Verordnung auf die in Abschnitt 8.7.2 und 8.7.3 von Anhang X der REACH-Verordnung genannten Informationserfordernisse nicht geprüft habe.

Mit dem zweiten Klagegrund mach die Rechtsmittelführerin geltend, dass das Gericht einen Rechtsfehler begangen habe, indem es bei der Beurteilung, ob die angeforderten Informationen zu relevanten Erkenntnissen über den Stoff führen könnten, Prüfstandards unzutreffend angewendet und ausgelegt habe, und hierdurch der Rechtsmittelführerin ihr Recht auf effektiven Rechtsschutz genommen werde.

Mit dem dritten Rechtsmittelgrund trägt die Rechtsmittelführerin vor, dass das Gericht einen Rechtsfehler begangen habe, indem es nicht geprüft habe, ob das Vorbringen zur technischen Durchführbarkeit der angeforderten Studien begründet sei.

Mit dem vierten Rechtsmittelgrund macht die Rechtsmittelführerin geltend, dass das Gericht bei der Prüfung, ob die angeforderten Informationen relevante Informationen über den Stoff liefern könnten, die ihm vorliegenden Beweise verfälscht habe.

Mit dem fünften Rechtsmittelgrund beanstandet die Rechtsmittelführerin, dass das Gericht die Feststellung, dass die angeforderten Informationen relevante Informationen über den Stoff liefern könnten, nicht begründet habe.

Mit dem sechsten Rechtsmittelgrund mach die Rechtsmittelführerin geltend, dass das Gericht einen Rechtsfehler begangen habe, indem es entschieden habe, dass die Kommission zur Anforderung einer Einbeziehung der zusätzlichen Kohorten 2A und 2B in die erweiterte Eingenerationen-Prüfung auf Reproduktionstoxizität „besondere Bedenken“ nachgewiesen habe.

Mit dem siebten Rechtsmittelgrund beanstandet die Rechtsmittelführerin, dass das Gericht einen Rechtsfehler begangen habe, da es Anhang X Abschnitt 8.7.3 Spalte 1 der REACH-Verordnung unzutreffend ausgelegt und angewendet habe, um daraus den Schluss zu ziehen, dass nach dieser Bestimmung eine Dosisfindungsstudie angefordert werden könne.

Mit dem achten Rechtsmittelgrund macht die Rechtsmittelführerin geltend, dass das Gericht Beweise verfälscht habe, indem es entschieden habe, dass weniger Tiere ihr Leben lassen müssten, falls die Kohorten 2A und 2B auf der Basis der Ergebnisse der Dosisfindungsstudie nicht erforderlich seien, und dass folglich die Ziele von Art. 25 Abs. 1 der REACH-Verordnung nicht unberücksichtigt blieben.

C/2023/1430

18.12.2023

Rechtsmittel der OHB System AG gegen das Urteil des Gerichts (Sechste Kammer) vom 26. April 2023 in der Rechtssache T-54/21, OHB System AG gegen Europäische Kommission, eingelegt am 5. Juli 2023

(Rechtssache C-415/23 P)

(C/2023/1430)

Verfahrenssprache: Deutsch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: OHB System AG (Prozessbevollmächtigter: W. Würfel, Rechtsanwalt)

Andere Verfahrensbeteiligte: Europäische Kommission, Italienische Republik, Airbus Defence and Space GmbH

Anträge der Rechtsmittelführerin

Die Rechtsmittelführerin beantragt:

— das Urteil des Gerichts vom 26. April 2023 in der Rechtssache T-54/21 OHB System / Kommission in der Gestalt der Entscheidungsformel aufzuheben und den der Rechtsmittelführerin am 19. Januar 2021 mitgeteilten Beschluss der Europäischen Kommission, den öffentlichen Auftrag Nr. 2018/S 091-206089 nicht an die Rechtsmittelführerin zu vergeben, und den der Rechtsmittelführerin mit Schreiben vom 22. Januar 2021 mitgeteilten Beschluss der Europäischen Kommission, diesen Auftrag an die Thales Alenia Space Italia (TASI) und die Airbus Defence & Space GmbH (ADS) zu vergeben für nichtig zu erklären;

— hilfsweise, das Urteil des Gerichts in der Gestalt der Entscheidungsformel aufzuheben und die Sache an das Gericht zurückzuverweisen;

— die Kosten des Verfahrens der Europäischen Kommission aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Die Rechtsmittelführerin stützt ihr Rechtsmittel auf die folgenden Rechtsmittelgründe:

1. **Rechtsfehlerhafte Auslegung und Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes**

Das Gericht habe den gemäß Art. 160 Abs. 1 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 ([1]) für Vergabeverfahren geltenden Gleichbehandlungsgrundsatz fehlerhaft ausgelegt und angewandt. Das Gericht gehe nämlich fälschlicherweise davon aus, dass ein Angebotsausschluss nur dann erfolgen könne, wenn die Ausschlusskriterien in Art. 136 der Verordnung 2018/1046 erfüllt seien. Das Gericht habe es daher unterlassen zu prüfen, ob ein Ausschluss des Angebots von ADS aufgrund eines Verstoßes gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung hätte erfolgen müssen. Das Gericht habe die Prüfung, ob die Europäische Kommission gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen hat, nicht anhand des für den Gleichheitsgrundsatz geltenden Prüfmaßstab vorgenommen, sondern den Prüfmaßstab von Art. 136 der Verordnung 2018/1046 herangezogen.

Zudem habe das Gericht die vom Gerichtshof aufgestellten Grundätze zum Beweismaß in Vergabeverfahren auf Grundlage des Effektivitätsgrundsatzes nicht beachtet.

2. **Unvollständige Subsumtion**

Die Rechtsmittelführerin argumentiert weiter, das Gericht habe eine unvollständige Subsumtion vorgenommen, da es sich mit dem Vorbringen aus dem zweiten Rügeschreiben der Rechtsmittelführerin vom 28. Januar 2021 inhaltlich nicht auseinandergesetzt habe, obwohl es sich dabei um wichtige Tatsachen handele, die bei der Prüfung, ob die Europäische Kommission gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen hat, hätten berücksichtig werden müssen. Das Gericht stütze sich allein darauf, dass die Europäische Kommission das Schreiben zeitlich nach der Vergabeentscheidung erhalten habe und prüfe nicht, ob die Europäische Kommission die Vertragsunterzeichnung nach pflichtgemäßem Ermessen hätte aussetzen müssen.

([1]) Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABl. 2018, L 193, S. 1).

3. **Fehlende Prüfung eines Begründungsmangels**

Zuletzt habe das Gericht es versäumt, im Rahmen der Ausführungen zum zweiten Klagegrund eine Verletzung der Begründungspflicht zu prüfen. Einem abgelehnten Bieter, der ausdrücklich darum ersucht, müssten die Gründe mitgeteilt werden, weshalb der öffentliche Auftraggeber davon ausgehe, dass das ausgewählte Angebot nicht ungewöhnlich niedrig sei. Das Gericht habe nicht geprüft, ob die Europäische Kommission der Rechtsmittelführerin aufgrund ihrer Anfrage vom 28. Januar 2021 die Gründe hätte mitteilen müssen, weshalb das Angebot von ADS nicht ungewöhnlich niedrig sei. Folglich sei das Gericht seiner Pflicht (von Amts wegen) zu prüfen, ob ein Begründungsmangel vorliegt, nicht nachgekommen.

C/2023/1431

18.12.2023

Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Superior de Justicia de Galicia (Spanien), eingereicht am 11. Juli 2023 — JW/Consorcio Gallego de Servicios de Igualdad y Bienestar, Consejería de Política Social, Consejería de Hacienda

(Rechtssache C-434/23, Consorcio Gallego de Servicios de Igualdad y Bienestar u. a.)

(C/2023/1431)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Superior de Justicia de Galicia

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: JW

Beklagte: Consorcio Gallego de Servicios de Igualdad y Bienestar, Consejería de Política Social, Consejería de Hacienda

Vorlagefragen

1. Kann davon ausgegangen werden, dass die nationalen Rechtsvorschriften hinreichend abschreckende Maßnahmen zur Ahndung von gegen Paragraf 5 der Rahmenvereinbarung im Anhang der Richtlinie 1999/70/EG [1] des Rates vom 28. Juni 1999 verstoßenden Abschlüssen oder Verlängerungen aufeinanderfolgender befristeter Arbeitsverträge gegenüber der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen vorsehen, die die Verhinderung und Ahndung einer missbräuchlichen Verwendung befristeter Verträge bezwecken?

2. Wenn davon ausgegangen wird, dass es keine hinreichend abschreckenden Maßnahmen in den spanischen Rechtsvorschriften gibt, muss der Verstoß eines öffentlichen Arbeitgebers gegen Paragraf 5 der Rahmenvereinbarung im Anhang der Richtlinie 1999/70/EG dazu führen, dass der Vertrag als unbefristet, aber nicht dauerhaft anzusehen ist, oder ist der Arbeitnehmer als in vollem Umfang dauerhaft beschäftigt anzusehen?

3. Wenn die vorstehenden Fragen dahin beantwortet werden, dass es keine hinreichend abschreckenden Maßnahmen gibt und die Sanktion der begangenen Gesetzesumgehung darin besteht, den Arbeitnehmer als durch einen dauerhaften Vertrag gebunden anzusehen, ist dann ein Vertrag in Anwendung der Rahmenvereinbarung im Anhang der Richtlinie 1999/70/EG und der sie auslegenden Rechtsprechung des Gerichtshofs auch dann in einen dauerhaften Vertrag umzuwandeln, wenn man annimmt, dass die Umwandlung gegen Art. 23 Abs. 2 und Art. 103 Abs. 3 der Constitución Española (spanische Verfassung) verstoßen würde, sofern diese verfassungsrechtlichen Vorschriften dahin ausgelegt werden, dass der Zugang zu allen öffentlichen Stellen, einschließlich der Stellen von Vertragsbediensteten, erst nach dem erfolgreichen Durchlaufen eines wettbewerbsorientierten Auswahlverfahrens zur Besetzung von Planstellen für Dauerbedienstete erfolgen darf, bei dem die Grundsätze der Gleichheit, der Leistung, der Befähigung und der Öffentlichkeit zur Anwendung kommen, und dieses Verfahren nicht durchlaufen wurde oder die Ausschreibung zur Deckung eines vorübergehenden Bedarfs erfolgt ist?

---

[1] Richtlinie 1999/70/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zu der EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge — ABl. 1999, L 175, S. 43.

C/2023/1432

18.12.2023

Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Superior de Justicia de Madrid (Spanien), eingereicht am 12. Juli 2023 — LM/Omnitel Comunicaciones S. L. u. a.

(Rechtssache C-441/23, Omnitel Comunicaciones u. a.)

(C/2023/1432)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Superior de Justicia de Madrid

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungsklägerin: LM

Berufungsbeklagte: Omnitel Comunicaciones S. L., Microsoft Ibérica S. R. L., Fondo de Garantía Salarial (FOGASA), Indi Marketers S. L., Leadmarket S. L., Fiscalía

Vorlagefragen

A) Ist die Richtlinie 2008/104/EG ([1]) auf ein Unternehmen anwendbar, das einem anderem Unternehmen eine Arbeitnehmerin überlässt, auch wenn ersteres Unternehmen nach dem nationalen Recht nicht als Leiharbeitsunternehmen anerkannt ist, da es über keine entsprechende behördliche Genehmigung verfügt?

B) Falls die Richtlinie 2008/104/EG auf Unternehmen anwendbar ist, die Arbeitnehmer überlassen, ohne nach nationalem Recht als Leiharbeitsunternehmen anerkannt zu sein, und in einer solchen Situation wie der oben beschriebenen eine Arbeitnehmerin als Leiharbeitnehmerin im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie 2008/104/EG anzusehen ist, muss das Unternehmen Leadmarket S. L. als Leiharbeitsunternehmen im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Buchst. b dieser Richtlinie und das Unternehmen Microsoft Ibérica als entleihendes Unternehmen im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Buchst. d dieser Richtlinie angesehen werden; kann insbesondere davon ausgegangen werden, dass das Unternehmen Leadmarket S. L. weiterhin die Aufsicht und Leitung in Bezug auf die Arbeitstätigkeit innehatte (so dass folglich keine Überlassung der Arbeitnehmerin vorlag), da der Geschäftsführer dieses Unternehmens von der Arbeitnehmerin einen monatlichen Tätigkeitsbericht erhielt und außerdem Sonderurlaub, Jahresurlaub und die Arbeitszeiten der Arbeitnehmerin freigab, auch wenn die tägliche Arbeitsleistung der Arbeitnehmerin darin bestand, Kunden von Microsoft zu betreuen, indem sie durch häufigen Kontakt mit den Verantwortlichen bei Microsoft Supportfälle löste, an ihrem Wohnsitz mit einem der Arbeitnehmerin von Microsoft zur Verfügung gestellten Computer arbeitete und einmal in der Woche an den Arbeitsplatz bei Microsoft kam?

C) Falls die Richtlinie 2008/104/EG anwendbar ist und folglich ein Fall der Arbeitnehmerüberlassung vorliegt, muss das Gehalt der Arbeitnehmerin als Folge der Anwendung von Art. 5 Abs. 1 der Richtlinie 2008/104/EG mindestens demjenigen entsprechen, das sie erhalten hätte, wenn sie unmittelbar bei der Microsoft Ibérica S. L. beschäftigt gewesen wäre?

D) Hat die Arbeitnehmerin gemäß den Umständen im vorliegenden Fall nach dem Mutterschaftsurlaub ein Recht auf Rückkehr an ihren oder einen anderen gleichwertigen Arbeitsplatz nach Art. 15 der Richtlinie 2006/54/EG ([2]) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen? Muss die Rückkehr zur Microsoft Ibérica S. L. erfolgen, obwohl der Vertrag zwischen der Microsoft Ibérica S. L. und der Leadmarket S. L. beendet wurde, und weil kein gleichwertiger Arbeitsplatz bei der Leadmarket S. L. vorhanden ist?

E) Falls die Richtlinie 2008/104/EG anwendbar ist, da es sich um einen Fall der Überlassung handelt, müssen als Folge der Anwendung von Art. 5 Abs. 1 der Richtlinie 2008/104/EG die nationalen spanischen Vorschriften, die die Nichtigkeit der Kündigung im Falle von schwangeren und stillenden Arbeitnehmerinnen vorsehen, dazu führen, dass das Leiharbeitsunternehmen und das entleihende Unternehmen gesamtschuldnerisch für die gesetzlich vorgesehenen Folgen der nichtigen Kündigung haften, konkret für die Wiedereingliederung der Arbeitnehmerin an ihren Arbeitsplatz, die Zahlung des zwischen der Entlassung und der Wiedereingliederung nicht gezahlten Gehalts und die Pflicht zur Zahlung von Entschädigungen für die rechtswidrige Kündigung?

([1]) Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit (ABl. 2008, L 327, S. 9).

([2]) ABl. 2006, L 204, S. 23

C/2023/1433

18.12.2023

Rechtsmittel, eingelegt am 20. Juli 2023 von der Deutschen Lufthansa AG gegen das Urteil des Gerichts (Zehnte erweiterte Kammer) vom 10. Mai 2023 in den verbundenen Rechtssachen T-34/21 und T-87/21, Ryanair und Condor Flugdienst/Kommission (Lufthansa; COVID-19)

(Rechtssache C-457/23 P)

(C/2023/1433)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Rechtsmittelführerin: Deutsche Lufthansa AG (vertreten durch Rechtsanwälte H.-J. Niemeyer, C. Wilken, J. Burger und C. Sielmann)

Andere Parteien des Verfahrens: Ryanair DAC, Condor Flugdienst GmbH, Europäische Kommission, Bundesrepublik Deutschland, Französische Republik

Anträge

Die Rechtsmittelführerin beantragt,

— das angefochtene Urteil aufzuheben und die Klagen von Ryanair in der Rechtssache T-34/21 und von Condor in der Rechtssache T-87/21 abzuweisen;

— Ryanair und Condor gesamtschuldnerisch die Rechtsmittelkosten sowie Ryanair die Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens in der Rechtssache T-34/21 und Condor in der Rechtssache T-87/21 aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Das Rechtsmittel wird auf sechs Gründe gestützt:

Erstens habe das Gericht bei seiner Auslegung von Rn. 49 Buchst. c des Befristeten Rahmens ([1]) rechtsfehlerhaft verlangt, dass die Europäische Kommission prüfen müsse, ob ein Beihilfeempfänger nicht unerhebliche Teile seines Liquiditätsbedarfs auf den Märkten beschaffen könne, und rechtsfehlerhaft die *Tempus*-Rechtsprechung des Gerichtshofs ([2]) nicht beachtet, da die Europäische Kommission zusätzliche Informationen über die Finanzmittelverfügbarkeit der Rechtsmittelführerin damals nicht habe einholen und prüfen müssen.

Zweitens habe das Gericht rechtsfehlerhaft einen falschen rechtlichen Maßstab angewandt, als es den alternativen Mechanismus zu einem Staffelungsmechanismus geprüft habe. Das Gericht habe die gesamten kombinierten Auswirkungen der Rekapitalisierung nicht berücksichtigt und geirrt, dass ein alternativer Mechanismus immer ein dynamisches *ex-post* Anreizelement haben müsse. Da die zugrunde liegenden Fragen eine zutiefst wirtschaftliche Beurteilung beträfen, habe das Gericht in das weite Ermessen der Europäischen Kommission eingegriffen und den Sachverhalt rechtlich unzutreffend qualifiziert.

Drittens habe das Gericht rechtsfehlerhaft festgestellt, dass die Europäische Kommission nicht berechtigt gewesen sei, einen anderen als den in Rn. 67 des Befristeten Rahmens genannten Umwandlungspreis zu akzeptieren. Das Gericht habe das weite Ermessen der Europäischen Kommission bei der Frage, ob sie alternative Methoden akzeptiere, da ein theoretischer Nach-Rechte-Preis gemäß Rn. 67 des Befristeten Rahmens nicht anwendbar gewesen sei, missachtet.

([1]) Mitteilung der Kommission vom 19. März 2020 „Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19“ (ABl. 2020, C 91 I, S. 1) in der am 3. April 2020 (ABl. 2020 C 112 I, S. 1) und am 8. Mai 2020 (ABl. 2020 C 164, S. 3) geänderten Fassung.

([2]) Urteil vom 2. September 2021, *Tempus/Kommission*, C-57/19 P, EU:C:2021:663.

Viertens habe das Gericht die Grenzen seiner gerichtlichen Überprüfung überschritten und rechtsfehlerhaft festgestellt, dass die Europäische Kommission bei der Beurteilung, ob beträchtliche Marktmacht (Befristeter Rahmen Rn. 72) vorliege, zusätzliche Faktoren (z. B. Marktanteile, Frequenzen) habe berücksichtigen müssen, und dass die Europäische Kommission auf der Grundlage der von ihr angewandten Kriterien nicht berechtigterweise habe feststellen können, dass die Deutsche Lufthansa AG auf den Flughäfen Düsseldorf und Wien keine beträchtliche Marktmacht habe.

Fünftens habe das Gericht die Beurteilung der Europäischen Union durch seine eigene ersetzt, als es festgestellt habe, dass es nicht angemessen sei, Wettbewerber, die auf den Flughäfen Frankfurt und München bereits einen Stützpunkt hätten, von der Übertragung von Zeitnischen auszuschließen. Bei der Beurteilung der Auswirkungen auf die Wahrung eines wirksamen Wettbewerbs habe es sich mit seinen Feststellungen über die Wirksamkeit der Verpflichtungen in Bezug auf Zeitnischen selbst widersprochen.

Sechstens habe das Gericht fehlerhaft festgestellt, dass die Europäische Kommission ihre Begründungspflicht in Bezug auf die Vergütung des Pakets für die Übertragung von Zeitnischen nicht erfüllt habe.

C/2023/1434

18.12.2023

Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Superior de Justicia de Galicia (Spanien), eingereicht am 8. August 2023 — KP/Consorcio Gallego de Servicios de Igualdad y Bienestar

(Rechtssache C-508/23, Consorcio Gallego de Servicios de Igualdad y Bienestar)

(C/2023/1434)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Superior de Justicia de Galicia

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: KP

Beklagter: Consorcio Gallego de Servicios de Igualdad y Bienestar

Vorlagefragen

Die Vorlagefragen entsprechen denen in der Rechtssache C-434/23.

C/2023/1435

18.12.2023

Vorabentscheidungsersuchen des Hof van beroep te Antwerpen (Belgien), eingereicht am 21. September 2023 — Beevers Kaas BV/Albert Heijn België NV u. a., Streithelferin: B.A. Coöperatieve Zuivelonderneming Cono

(Rechtssache C-581/23, Beevers Kaas)

(C/2023/1435)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Vorlegendes Gericht

Hof van beroep te Antwerpen

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungsklägerin: Beevers Kaas BV

Berufungsbeklagte: Albert Heijn België NV, Koninklijke Ahold Delhaize NV, Albert Heijn BV, Ahold België BV

Streithelferin: B.A. Coöperatieve Zuivelonderneming Cono

Vorlagefragen

1. Kann die Bedingung der parallelen Auferlegung gemäß Art. 4 Buchst. b Ziff. i der Verordnung (EU) Nr. 330/2010 ([1]) der Kommission vom 20. April 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen als erfüllt angesehen werden und der Anbieter, der die anderen Bedingungen dieser Verordnung erfüllt, somit aktive Verkäufe durch einen seiner Abnehmer in ein Gebiet, das ausschließlich einem anderen Abnehmer zugewiesen wurde, rechtswirksam verbieten, wenn dem bloß die Feststellung zugrunde liegt, dass die anderen Abnehmer nicht aktiv in das Gebiet verkaufen? Mit anderen Worten: Ist das Bestehen einer Vereinbarung über ein Verbot des aktiven Verkaufs zwischen diesen anderen Abnehmern und dem Anbieter bereits auf der Grundlage der bloßen Feststellung, dass diese anderen Abnehmer nicht aktiv in das exklusiv zugewiesene Gebiet verkaufen, als hinreichend nachgewiesen anzusehen?

2. Kann die Bedingung der parallelen Auferlegung gemäß Art. 4 Buchst. b Ziff. i der Verordnung (EU) Nr. 330/2010 der Kommission vom 20. April 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen als erfüllt angesehen werden und der Anbieter, der die anderen Bedingungen dieser Verordnung erfüllt, somit aktive Verkäufe durch einen seiner Abnehmer in ein Gebiet, das ausschließlich einem Abnehmer zugewiesen wurde, rechtswirksam verbieten, wenn er die Zustimmung seiner anderen Abnehmer nur erhält, falls und wenn sie im Begriff sind, aktive Verkäufe in das auf diese Weise exklusiv zugewiesene Gebiet zu tätigen? Oder ist vielmehr erforderlich, dass der Anbieter eine solche Zustimmung von allen seinen Abnehmern erhalten hat, unabhängig davon, ob diese im Begriff sind, aktive Verkäufe in das exklusiv zugewiesene Gebiet zu tätigen?

([1]) ABl. 2010, L 102, S. 1.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1436

18.12.2023

Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichtshofs (Österreich) eingereicht am 3. Oktober 2023 — Finanzamt für Großbetriebe

(Rechtssache C-602/23, Finanzamt für Großbetriebe)

(C/2023/1436)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Verwaltungsgerichtshof

Parteien des Ausgangsverfahrens

Revisionswerber: Finanzamt für Großbetriebe

Mitbeteiligte Partei: Franklin Mutual Series Funds — Franklin Mutual European Fund

Vorlagefragen

1. Stellt eine Bestimmung wie § 188 Investmentfondsgesetz (InvFG 2011) ([1]), die bewirkt, dass ausländische Gebilde, die einer inländischen Körperschaft vergleichbar sind, in Österreich von der Rückerstattung der Kapitalertragsteuer ausgenommen werden, wenn sie materiell einem OGAW ([2]) im Sinne der Richtlinie 2009/65/EG ([3]) entsprechen und daher im Inland nicht als Körperschaft tätig sein dürften, weil für derartige Gebilde in Österreich nur die Rechtsform als transparentes Sondervermögen vorgesehen ist, eine Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit gemäß Art. 63 AEUV dar?

2. Wenn diese Frage bejaht wird: Liegt eine objektiv vergleichbare Situation zwischen einer inländischen Körperschaft, die ihr Vermögen nach den Grundsätzen der Risikostreuung anlegt, aber mangels beim Publikum beschaffter Gelder kein OGAW ist und deshalb auch im Inland als Körperschaft tätig sein darf, einerseits und einer ausländischen Investmentfondsgesellschaft, die wegen beim Publikum beschaffter Gelder nach inländischen Grundsätzen ein OGAW wäre und deshalb im Inland nicht als Körperschaft tätig sein dürfte, andererseits vor?

3. Wenn diese Frage bejaht wird: Liegt für die Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit der Rechtfertigungsgrund der Wahrung der ausgewogenen Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse vor, weil die § § 186 und 188 InvFG 2011 sicherstellen wollen, dass weder ein inländischer noch ein ausländischer Publikumsfonds in Bezug auf die Anteilinhaber eine steuerliche Abschirmwirkung entfalten kann und damit eine Entlastung der Kapitalertragsteuer nur in jenen Fällen auf Ebene der Anteilinhaber erfolgen soll, in denen Österreich in einem Doppelbesteuerungsabkommen auf sein Besteuerungsrecht verzichtet hat?

([1]) Österreichisches Bundesgesetz über Investmentfonds (BGBl. I Nr. 77/2011 in der Fassung von BGBl. I Nr. 111/2023).
([2]) Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren.
([3]) Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (ABl. 2009, L 302, S. 32).

C/2023/1437

18.12.2023

Vorabentscheidungsersuchen der Administratīvā apgabaltiesa (Lettland), eingereicht am 4. Oktober 2023 — AS Tallinna Kaubamaja Grupp, AS KIA Auto/Konkurences padome

(Rechtssache C-606/23, Tallinna Kaubamaja Grupp und KIA Auto)

(C/2023/1437)

Verfahrenssprache: Lettisch

Vorlegendes Gericht

Administratīvā apgabaltiesa

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerinnen: AS Tallinna Kaubamaja Grupp, AS KIA Auto

Beklagte: Konkurences padome

Vorlagefragen

1. Muss die Wettbewerbsbehörde nach Art. 101 Abs. 1 AEUV das Vorliegen tatsächlicher und konkreter wettbewerbsbeschränkender Auswirkungen (*actual/real restrictive effects on competition*) nachweisen, um eine verbotene Vereinbarung zu beurteilen, die Beschränkungen der Gewährleistung für Kraftfahrzeuge vorsieht, durch die die Fahrzeughalter verpflichtet oder veranlasst werden, die Instandsetzung und Wartung ihres Fahrzeugs nur durch zugelassene Vertreter des Kraftfahrzeugherstellers durchführen zu lassen und bei der regelmäßigen Wartung die Originalteile des Kraftfahrzeugherstellers zu verwenden, damit die Gewährleistungspflicht für das Kraftfahrzeug bestehen bleibt?

2. Genügt es nach Art. 101 Abs. 1 AEUV für die Beurteilung der in der ersten Vorlagefrage genannten Vereinbarung, dass die Wettbewerbsbehörde nur das Vorliegen potenzieller wettbewerbsbeschränkender Auswirkungen (*potential restrictive effects on competition*) nachweist?

C/2023/1438

18.12.2023

Vorabentscheidungsersuchen des Obersten Gerichtshofs (Österreich) eingereicht am 10. Oktober 2023 — rhtb: projekt gmbh gegen Parkring 14-16 Immobilienverwaltung GmbH

(Rechtssache C-622/23, rhtb)

(C/2023/1438)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Oberster Gerichtshof

Parteien des Ausgangsverfahrens

Revisionsklägerin: rhtb: projekt gmbh

Revisionsbeklagte: Parkring 14-16 Immobilienverwaltung GmbH

Vorlagefrage

Ist Art. 2 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie 2006/112/EG ([1]) in Verbindung mit Art. 73 dieser Richtlinie dahin auszulegen, dass der Betrag, den ein Werkbesteller dem Werkunternehmer auch dann schuldet, wenn die (vollständige) Ausführung des Werks unterbleibt, aber der Werkunternehmer zur Leistung bereit war und durch Umstände, die auf Seite des Werkbestellers liegen (zum Beispiel die Abbestellung des Werks), daran gehindert worden ist, der Mehrwertsteuer unterliegt?

([1]) Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. 2006, L 347, S. 1).

C/2023/1439

18.12.2023

Vorabentscheidungsersuchen des Riigikohus (Estland), eingereicht am 16. Oktober 2023 — MTÜ Eesti Suurkiskjad/Keskkonnaamet

(Rechtssache C-629/23, Eesti Suurkiskjad)

(C/2023/1439)

Verfahrenssprache: Estnisch

Vorlegendes Gericht

Riigikohus

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kassationsbeschwerdeführer: MTÜ Eesti Suurkiskjad

Kassationsbeschwerdegegner: Keskkonnaamet

Vorlagefragen

1. Ist Art. 14 Abs. 1 der Habitatrichtlinie ([1]) dahin auszulegen, dass er dazu verpflichtet, beim Erlass der in dieser Vorschrift genannten Maßnahmen einen günstigen Erhaltungszustand im Sinne von Art. 1 Buchst. i für eine regionale Population einer Art in einem bestimmten Mitgliedstaat zu gewährleisten, oder kann der Erhaltungszustand der gesamten Population im Gebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union berücksichtigt werden?

2. Wenn es zulässig ist, den Erhaltungszustand der gesamten Population im Gebiet der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu berücksichtigen, ist die Habitatrichtlinie dann dahin auszulegen, dass sie eine förmliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, auf die sich das Verbreitungsgebiet der Population erstreckt, zur Erhaltung dieser Population voraussetzt, oder genügt es, dass der Mitgliedstaat, der die in Art. 14 der Habitatrichtlinie genannten Maßnahmen erlässt, die Situation der Population der Art in den anderen betroffenen Mitgliedstaaten ermittelt oder die Bedingungen dafür in einem nationalen Bewirtschaftungsplan festlegt?

3. Kann Art. 1 Buchst. i der Habitatrichtlinie dahin ausgelegt werden, dass eine regionale Population einer nach den Kriterien der Roten Liste der IUCN in die Gefährdungskategorie „gefährdet“ (VU) eingestuften Art einen günstigen Erhaltungszustand im Sinne der Habitatrichtlinie haben kann?

4. Kann Art. 1 Buchst. i der Habitatrichtlinie in Verbindung mit Art. 2 Abs. 3 dahin ausgelegt werden, dass bei der Feststellung des günstigen Erhaltungszustands einer Art auch Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten Rechnung getragen werden kann?

([1]) Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. 1992, L 206, S. 7).

C/2023/1396

18.12.2023

Euro-Wechselkurs ([1])

15. Dezember 2023

(C/2023/1396)

1 Euro =

	Währung	Kurs		Währung	Kurs
USD	US-Dollar	1,0946	CAD	Kanadischer Dollar	1,4653
JPY	Japanischer Yen	155,15	HKD	Hongkong-Dollar	8,5438
DKK	Dänische Krone	7,4556	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7612
GBP	Pfund Sterling	0,85833	SGD	Singapur-Dollar	1,4560
SEK	Schwedische Krone	11,2125	KRW	Südkoreanischer Won	1 423,27
CHF	Schweizer Franken	0,9488	ZAR	Südafrikanischer Rand	19,9801
ISK	Isländische Krone	150,50	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,7812
NOK	Norwegische Krone	11,4495	IDR	Indonesische Rupiah	17 028,20
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,1123
CZK	Tschechische Krone	24,477	PHP	Philippinischer Peso	61,035
HUF	Ungarischer Forint	382,53	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,3090	THB	Thailändischer Baht	38,119
RON	Rumänischer Leu	4,9710	BRL	Brasilianischer Real	5,4085
TRY	Türkische Lira	31,7965	MXN	Mexikanischer Peso	18,9342
AUD	Australischer Dollar	1,6324	INR	Indische Rupie	90,9410

([1]) *Quelle*: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/1552

18.12.2023

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. DEZEMBER 2015

(C/2023/1552)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzung vom 2. Dezember 2015

BRÜSSEL

Inhalt

Seite

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode . . . 3
2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung . . . 3
3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll . . . 3
4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll . . . 3
5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll . . . 3
6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . 3
7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll . . . 3
8. Arbeitsplan: siehe Protokoll . . . 3
9. Gipfeltreffen EU-Türkei (Aussprache) . . . 4
10. Beschluss über das Paket „Kreislaufwirtschaft“ (Aussprache) . . . 21
11. Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu der Initiativuntersuchung OI/5/2012/BEH-MHZ betreffend Frontex (Aussprache) . . . 39
12. Nachhaltige städtische Mobilität (Aussprache) . . . 49

Inhalt Seite

13. Abstimmungsstunde 59

13.1. Einsetzung eines Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung, dessen Befugnisse, zahlenmäßige Stärke und Mandatszeit (B8-1335/2015) (Abstimmung) 61

13.2. Benennung der Mitglieder des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden (Abstimmung) 61

13.3. Abkommen zwischen der EU und Liechtenstein über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (A8-0334/2015 - Sander Loones) (Abstimmung) 61

13.4. Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu der Initiativuntersuchung betreffend Frontex (A8-0343/2015 - Roberta Metsola, Ska Keller) (Abstimmung) 61

13.5. Nachhaltige städtische Mobilität (A8-0319/2015 - Karima Delli) (Abstimmung) 61

14. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 62

15. Durchführung und Erbe des Europäischen Jahres für Entwicklung (Aussprache) 62

16. Ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren börsennotierter Gesellschaften (Aussprache) 72

17. Lage in Ungarn: Folgemaßnahmen zur Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Juni 2015 (Aussprache) 86

18. Schutz des Nationalparks Virunga in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache) 99

19. Ausführungen von einer Minute (Artikel 163 GO) 105

20. Stimmerklärungen 109

20.1. Einsetzung eines Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung, dessen Befugnisse, zahlenmäßige Stärke und Mandatszeit (B8-1335/2015) . . 109

20.2. Benennung der Mitglieder des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden 125

20.3. Abkommen zwischen der EU und Liechtenstein über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (A8-0334/2015 - Sander Loones) 132

20.4. Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu der Initiativuntersuchung betreffend Frontex (A8-0343/2015 - Roberta Metsola, Ska Keller) 155

20.5. Nachhaltige städtische Mobilität (A8-0319/2015 - Karima Delli) 188

21. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll 222

22. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll 222

23. Unterbrechung der Sitzungsperiode 222

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. DEZEMBER 2015

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 15.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 26. November 2015, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Unsere Tagesordnung hat peinliche drei Abstimmungen und sieben Aussprachen – nichts von absoluter Dringlichkeit! Ich fordere das Präsidium auf, ein sofortiges Aussetzen der unnötigen und teuren Mikroplenarsitzungen in Brüssel zu prüfen. Ich denke, das braucht hier eigentlich niemand.

Der Präsident. – Herr Gericke! Das gehörte jetzt nicht zum Tagesordnungspunkt „Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung". Wir nehmen Ihren Beitrag dennoch zu Protokoll.

Das Protokoll der Sitzung vom 26. November ist genehmigt.

3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

8. Arbeitsplan: siehe Protokoll

9. Gipfeltreffen EU-Türkei (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Gipfeltreffen EU-Türkei (2015/3004 (RSP)).

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Mesdames, Messieurs les députés, je vous remercie d'abord d'avoir invité la Présidence du Conseil à participer à ce débat sur la coopération avec la Turquie et en particulier sur les résultats du sommet qui s'est tenu dimanche.

La Présidence salue les résultats de ce sommet qui a été organisé à l'initiative du président du Conseil européen et auquel vous avez assisté pendant toute sa durée, Monsieur le Président. Il faut remercier et féliciter également pour son engagement le premier vice-président de la Commission, M. Timmermans, qui a négocié le plan d'action avec les autorités turques.

Cette réunion au sommet était pleinement opportune, parce qu'elle a pu aborder des questions capitales pour la sécurité de l'Union. En effet, nos relations avec la Turquie, tout particulièrement dans le contexte actuel, ont une importance considérable, tant sur les questions de la migration que sur le cadre plus large de nos relations. Nous partageons avec la Turquie beaucoup d'intérêts communs et notre coopération est indispensable face aux trois crises majeures qui nous affectent et qui affectent la Turquie.

D'abord la guerre en Syrie et la nécessité absolue de trouver une solution politique à ce conflit particulièrement meurtrier et déstabilisateur. Ensuite, le problème des réfugiés, qui est directement lié à ce conflit, et finalement le terrorisme, qui a frappé à Paris, mais qui a aussi frappé en Turquie et ailleurs et qu'il faut combattre de façon implacable.

Ce sommet a permis de parvenir à des résultats concrets et de confirmer la nécessité d'une coopération accrue, et d'un dialogue régulier. La revitalisation de nos relations, la libéralisation du régime de visas, des règles en matière de réadmission, ainsi qu'une aide humanitaire et financière en faveur des 2 millions de réfugiés en Syrie sont précisément des résultats concrets.

Il faut dire aussi que tout ce que nous avons conclu avec la Turquie doit néanmoins nous encourager à poursuivre ce que nous faisons à l'intérieur de l'Union européenne. Toutes les mesures concernant une meilleure surveillance de nos frontières, un meilleur contrôle de nos frontières extérieures, les politiques de relocalisation, les différentes autres démarches en matière de frontières doivent bien sûr être poursuivies, nous devons donc mettre en œuvre tout ce qui a été décidé et tout ce qui doit encore être décidé doit l'être rapidement.

Vous comprenez, Monsieur le Président, qu'il n'appartient pas maintenant à la Présidence de présenter de manière détaillée le bilan du sommet. Il sera en effet plus opportun que monsieur le vice-président, premier vice-président de la Commission, vous fasse part de son évaluation de cette réunion.

Cependant, comme le note la déclaration finale du sommet, tous les éléments agréés dimanche devront progresser en parallèle et faire l'objet d'une évaluation attentive. Et cela vaut aussi pour le processus d'adhésion pour lequel toutes les conditions applicables à tous les candidats sont évidemment aussi applicables à la Turquie.

Et le Conseil veillera avec une attention particulière à ce que les mesures retenues dimanche dernier soient mises en œuvre dans leur globalité et de façon solidaire. Et bien sûr le Parlement sera pleinement informé du suivi de ces décisions.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission***.** – Mr President, President Jean-Claude Juncker has asked me to debrief you on his behalf since I was also at the summit. By the way, President Schulz, you yourself were at the summit. You intervened and you were there for the whole duration of the summit, so Parliament was very well represented and was an integral part of our decision-making. I hope President Schulz will share Jean-Claude Juncker's view and my view that this summit was fruitful and opened a new chapter in the EU's partnership with Turkey.

Since April, the EU has held four meetings at Heads of State and Government level to discuss the migration crisis. At each of these meetings we said it was necessary to engage with Turkey – and this is what we did on Sunday.

It is clear that we need to cooperate to secure our borders, jointly to bring order into migratory flows, and to stem irregular migration. But the focus of the summit went far beyond the current refugee crisis. Turkey is a strategic partner for Europe in many areas: trade, the economy, foreign policy, energy and customs. At the summit, we reached agreement on how to move forward in all key areas of our cooperation. We agreed on the need for a structured, frequent and more dynamic high-level dialogue. We decided to have summits twice a year to discuss mutual relations and international issues. We hope that the meeting created a new partnership both on refugee-related matters and beyond. To name one example, the recent and atrocious attacks in Paris and Ankara – including a bomb again last night – showed how Europe and Turkey are confronted by the same security threats, and they reinforced our resolve to step up counter-terrorism cooperation, which should be a strong focus of this dialogue.

This new chapter of our relationship, and now our partnership, will not lead to a situation in which we forget the remaining divergences and differences we may have with Turkey – on human rights and freedom of the press. All of these will be matters to which we will come back again and again. We need to work with Turkey in order to narrow the gap between our positions.

The proof of the pudding is in the eating. The Commission is now working to ensure that implementation is swift, effective and immediate. The Commission will prepare a report on the state of play for the 15 December European Council. To go more specifically into what was agreed: firstly, re-energising the EU-Turkey relationship must also mean putting new energy into the ongoing accession negotiations. The summit declaration jointly welcomes the decision to hold the intergovernmental conference on 14 December for the opening of Chapter 17 on economic and monetary union. In a letter sent by President Juncker to Prime Minister Davutoğlu, the Commission reiterated its commitment to complete the preparatory work for the opening, in the first quarter of 2016, of Chapters 15, on energy; 23, on judiciary and fundamental rights; 24, on justice, freedom and security; 26, on education and culture; and 31, on foreign, security and defence policy.

Secondly, Turkey has committed to accelerating the fulfilment of the visa liberalisation benchmarks, and we welcome that. The Commission will assist Turkey in this endeavour, and strive to achieve visa liberalisation for Turkish citizens in the Schengen area by October 2016, provided, of course, that all requirements have been met by then. We want to accelerate the process but we do not want to change the requirements. They will remain firm and they need to be applied in full.

By the way, Turkey did not ask us to relax the requirements.

Progress needs to be made on the management of borders, asylum and migration, quality of travel documents and respect for minorities' rights. Moreover, the visa liberalisation process can only go hand in hand with substantial progress on the EU-Turkey readmission agreement, notably on the obligation to take back third-country nationals. The date for full implementation of the readmission agreement has been considerably brought forward, to June 2016, from the initially proposed date of October 2017.

Thirdly, we agreed on addressing the refugee crisis together. We agreed to activate the joint action plan that was agreed *ad referenda* on 15 October and welcomed by Heads of State and Government of the EU's 28 Member States at the European Council held the same day. This is a joint action plan to step up cooperation on migration management in a coordinated effort to tackle the refugee crisis. It identifies a series of actions for both the European Union and the Republic of Turkey. The aim is twofold: this is about confronting common challenges in a concerted manner and supplementing Turkey's efforts in managing the large number of people in need of international protection in the country.

On Sunday, Turkey committed to implementing immediately the elements agreed on in the action plan, notably immediate action to stem the flow of irregular migrants to the EU and to improve the socio-economic situation of Syrians under temporary protection in Turkey. Both sides reaffirmed their shared commitment to step up the fight against smugglers.

The EU has committed to providing immediate and ongoing humanitarian assistance in Turkey, including through its overall financial support. The Commission has put forward its decision: the Turkey Refugee Facility was adopted last week. On Sunday there was consensus among leaders that the EU is committed to providing an initial EUR 3 billion of additional resources. The need for, and nature of, this funding will be reviewed in the light of the developing situation. The details will be worked out with the EU Member States by the next European Council. However, let me be crystal clear about the destination for these funds: this is not money for Turkey – it is money to provide help to refugees in Turkey. This is money to provide for medical care for Syrians, for schooling, and for better living conditions for Syrian refugees in Turkey.

I hope this House will not question the importance of burden-sharing, not only within the EU but also with all our neighbours. We have put in place several instruments for that: the Syrian Trust Fund, the African Trust Fund and the Turkey Refugee Facility.

Let me finish on the question of resettlement. I have repeatedly stressed, including before you, that you take a lot of human misery out of the equation if you have resettlement. You take the criminal networks out of the equation – with all the risks that people take to come to Europe – and you introduce fair burden sharing by the international community. And, by the way, you can identify precisely who you invite to come to Europe.

Resettlement is part of the overall partnership with Turkey set out on Sunday. It is explicitly referred to under Point 6 of the summit declaration. The next steps on resettlement were discussed on the margins of the summit. The Commission will prepare a framework for such a voluntary scheme by 15 December.

I want to repeat what President Juncker has said: this will be an open and voluntary process. Those Member States willing to join this common undertaking will tell us – yes or no – whether they would like to be part of this endeavour, which the Commission deems very necessary.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion***.** – Herr Präsident! Herr Vizepräsident! Herr Ratsvorsitzender! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass der Gipfel stattgefunden hat, es war ein positives Zeichen. Es ist gut, dass er ein Ergebnis gebracht hat. Ich bedanke mich bei der Kommission – Frans Timmermans, bei Ihnen – für die Arbeit, die darin steckt, dass wir Ergebnisse erzielt haben. Aber lassen Sie uns auch ehrlich sein: Der Gipfel hat vor allem stattgefunden, weil wir über die Balkanroute eine große Flüchtlingsfrage vor der Tür haben, die wir gemeinsam lösen müssen.

Und lassen Sie uns auch ehrlich sein: Die Probleme sind deswegen so groß, weil ein Mitgliedstaat der Europäischen Union, nämlich Griechenland, an seiner Schengen-Außengrenze die Schengen-Standards nicht umsetzt. Wenn wir all die Polizisten und Grenzschutzbeamten, die wir jetzt verwenden, um im Inneren Europas wieder Grenzsicherungen aufzubauen – zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Bayern und Österreich, zwischen Schweden und Dänemark –, wenn wir die alle einsetzen würden, um die 190 Kilometer lange griechisch-türkische Grenze gemeinsam zu sichern, dann wäre Europa besser gedient als mit dem, was wir derzeit leider Gottes in der Europäischen Union erleben.

Deswegen müssen wir ehrlich sein, dass wir unsere Aufgaben intern auch zu erledigen haben, nämlich unsere Grenzen ordentlich zu sichern. Die Punkte, die der Türkei angeboten worden sind, sind weitreichend und auch in meiner Fraktion wird es dazu noch einige Fragen geben. So wird beispielsweise die volle Liberalisierung der Visaerteilung zu Debatten führen. Wir haben schon mit anderen Ländern die Probleme der *Overstayer* – Leute, die ohne Visum einreisen und dann ihrer Ausreisepflicht nicht mehr nachkommen. Es wird auf alle Fälle notwendig sein, dass wir in Europa über ein *Entry-Exit*-System nachdenken, um zumindest zu dokumentieren, wer als *Overstayer* in Europa bleibt und wer nicht.

Die Thematik Verhandlungskapitel ist aus unserer Sicht eine Möglichkeit, Gespräche zu führen. Wir unterstützen das, allerdings ist für uns klar, dass all die Gespräche ergebnisoffen geführt werden, weil wir an eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei glauben.

Und zu guter Letzt zu den drei Milliarden Euro: Die EU liefert, die Kommission schlägt vor, das Parlament ist bereit, die 500 Millionen auf den Tisch zu kriegen. Und ich hoffe, dass auch die Mitgliedstaaten endlich ihren Verpflichtungen gerecht werden. Wenn wir über Geld reden, so möchte ich darauf verweisen, dass andere Länder in der Region auch viel leisten. Wir reden jetzt viel über die Türkei, aber auch der Libanon, Jordanien, viele in dieser Region leisten Enormes, und ich hoffe, dass nicht erst eine Flüchtlingswelle entstehen muss, bevor die Mitgliedstaaten und bevor wir Europäer mit diesen Staaten so viel Partnerschaft aufbauen, dass wir auch diesen Ländern enorm unter die Arme greifen.

Und zu guter Letzt möchte ich deutlich machen, dass wir den Ansatz der Kommission unterstützen, nämlich jetzt einerseits pragmatische Lösungen zu finden, aber andererseits auch die kritischen Punkte im Verhältnis mit der Türkei anzusprechen. Im Fortschrittsbericht wurde das von der Kommission gemacht: die Fragen der Pressefreiheit, der Rechte und der Achtung der Menschenrechte in der Türkei wurden auch von uns Europäern im Verhältnis mit der Türkei klar angesprochen. Danke für diese Klarheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war gut, dass dieser Gipfel stattgefunden hat. Wir werden in der Umsetzung jetzt Schritt für Schritt vorangehen und wir wollen die offenen Fragen konstruktiv in den nächsten Wochen klären.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»***.** – Κύριε Πρόεδρε, διαπιστώνω ότι είστε πολύ πρόθυμος να κατηγορήσετε την Ελλάδα, ότι 'δήθεν' δεν τηρεί τις υποχρεώσεις της. Έχετε σκεφτεί τις ευθύνες που έχει η δική σας χώρα, όχι μόνο όσον αφορά τη δημιουργία αυτού του προβλήματος, αλλά και στην αντιμετώπισή του; Έχετε σκεφτεί ότι εσείς, που υποτίθεται ότι μπορείτε να αντιμετωπίσετε την κατάσταση, μόλις αντιμετωπίσατε την πρώτη αντίδραση του λαού κλείσατε τα σύνορά σας; Έχετε αναλογισθεί τις ευθύνες που έχετε στηρίζοντας την Τουρκία, όταν δεν ζητάτε από την Τουρκία, η οποία προωθεί κατά κύματα τους παράνομους μετανάστες στην Ελλάδα, να τους κρατήσει εκεί, όταν δεν ζητάτε να δημιουργηθούν εκεί τα checkpoints, ούτως ώστε να ελέγχονται εκεί οι μετανάστες και να μην έρχονται στην Ελλάδα και στην υπόλοιπη Ευρώπη;

Manfred Weber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"***.** – Im Gegensatz zum Kollegen spreche ich hier nicht in erster Linie als nationaler Abgeordneter, sondern als Fraktionschef einer Fraktion. Ich kann für meine Fraktion in Anspruch nehmen, dass wir versuchen, die Balance zwischen Solidarität und staatlichem Handeln beim Schutz der Außengrenzen zu gehen. Ich darf darauf verweisen, dass ein anderes Land in der EU sogar Staatsterritorium auf afrikanischem Grund hat, nämlich Spanien, das es seit Jahren schafft, in Ceuta die entsprechende europäische Außengrenze zu sichern. Dafür sind auch technische Maßnahmen notwendig. Es gehört zur Wahrheit bei der Diskussion dazu, dass man ohne technische Maßnahmen die Außengrenzen Europas nicht sichern können wird. Das, was Spanien in Ceuta schafft, sollte Griechenland in der Türkei auch schaffen.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che l'accordo con la Turchia sia una chance per tutti, ma non è di sicuro un assegno in bianco. Noi socialisti e democratici non abbiamo cambiato posizione, il futuro della Turchia per noi sarà nell'Unione europea, è quindi positivo che riprendano i negoziati e che si cominci a discutere seriamente della liberalizzazione dei visti.

La Turchia ha bisogno dell'Europa, perché il legame con l'Unione europea è l'argine, per la Turchia, per evitare tentazioni autoritarie e un logoramento della democrazia e anche noi abbiamo bisogno della Turchia perché Ankara è una forza di stabilità e senza la cooperazione dei nostri amici turchi non sarà possibile gestire la crisi dei rifugiati.

Noi, perciò sosteniamo gli sforzi messi in campo dalla Commissione e apprezziamo il lavoro prezioso svolto in particolare dal vicepresidente Timmermans, ma tendere la mano alla Turchia non vuole significare dare alla Turchia un assegno in bianco né tanto meno sottovalutare la deriva a cui stiamo purtroppo assistendo. Io voglio dirlo con molta sincerità, sono un po' preoccupato – anzi, molto preoccupato – per la compressione della libertà delle libertà fondamentali cui pare si stia assistendo in Turchia. Gli attacchi contro le minoranze, in primis quella curda, non sono accettabili. E anche la concentrazione di potere nelle mani di un solo individuo fa male alla democrazia. Controlleremo inoltre che il finanziamento previsto, come ha detto giustamente Timmermans, vada realmente ai rifugiati. Massimo sostegno dunque la Commissione, ma quest'accordo non si sia trasformato in una sorta di matrimonio forzoso e forzato, la cui scadenza è già definita.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»***.** – Κύριε Pittella, χαρακτηρίσατε την Τουρκία «πόλο σταθερότητας», ενώ γνωρίζετε ότι, πριν ακόμα στεγνώσει το μελάνι της συμφωνίας στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, όπου όλες οι χώρες αποφάσισαν ομόφωνα να στηρίξουν το προσφυγικό, την Τουρκία και, μέσα σε αυτές τις χώρες, και η Ελλάδα και η Κύπρος, η ίδια η Τουρκία, φεύγοντας από το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, έστειλε και πάλι τα αεροπλάνα της να παραβιάζουν τον εναέριο χώρο και της Κύπρου και της Ελλάδας, με εκατοντάδες και χιλιάδες τέτοιες παραβιάσεις τον χρόνο, όταν την ίδια στιγμή η Τουρκία εκφράζει παράπονα ότι 'δήθεν' παραβιάστηκε ο δικός της εναέριος χώρος, ενώ αδίκως κατέρριψε το ρωσικό αεροπλάνο που πολεμούσε την τρομοκρατία.

Μιλάτε για «πόλο σταθερότητας», και θα ήθελα να γνωρίσω επ' αυτού τη θέση σας, εάν για την Τουρκία, η οποία ουσιαστικά δεν σέβεται τίποτα στην Ευρωπαϊκή Ένωση, θα ήταν δίκαιο, και ευρωπαϊκά και δεοντολογικά ορθό, να ανοίξει οποιοδήποτε κεφάλαιο, όταν η Τουρκία δεν αναγνωρίζει χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης και παραβιάζει κάθε αρχή δικαίου στην Κύπρο, και πείτε μου τι θα έπρατταν και οι υπόλοιποι, αγαπητοί συνάδελφοι, έστω και αν ένας συνάδελφος, του οποίου η χώρα δεν αναγνωριζόταν από την Τουρκία, αν θα προχωρούσε να συναινέσει στο άνοιγμα κεφαλαίων …

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή).

Gianni Pittella (S&D), *Risposta a una domanda «cartellino blu»***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, parlavo dell'utilità della Turchia ai fini della stabilità perché, come è noto a tutti, una parte consistente della crisi dei rifugiati non la possiamo risolvere solo con la collaborazione della Turchia, dobbiamo essere realisti. Secondo, vogliamo correggere i difetti della Turchia – che io ammetto: ci sono e ce ne sono tantissimi. Allora dobbiamo aumentare il livello del confronto, aprire i capitoli non significa dare una partita vinta alla Turchia, anzi significa mettere la Turchia con le spalle al muro e cioè verificare se realmente si può andare avanti sul piano dei diritti umani, della soluzione della questione cipriota, che anche per noi è essenziale.

Io penso che quando si vogliono risolvere i problemi è utile discutere e dialogare e confrontarsi con i nostri interlocutori, questo il senso della nostra iniziativa.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group***.** – Mr President, in this crisis we are lurching from one day to the next, grasping at straws, not really getting to grips with the fundamental issues. Yes, it is good to have a summit with Turkey to discuss cooperation, and we welcome that, but there is a big difference between cooperating with Turkey and asking them to clear up our mess.

We feel under a humanitarian and moral obligation to help refugees from Syria who settle in neighbouring countries, and whatever we do will cost money, but we also need to be clear about the signal that we are going to send to those who want to come to the EU, whether they are coming as refugees or coming for economic reasons. So instead, the leader of a large Member State sends a signal that the EU is open to everyone, whether or not they are refugees, and then, when other EU countries struggle and erect borders between each other, EU leaders ask Turkey to play host instead on top of the millions that they already host.

This is unlikely to offer a long-term solution to the crisis and it will do nothing to stem the flows from the Balkan States. Yes, Turkey is a major important NATO ally of ours, but as Turkey's ally, let us be more honest with them. Let us not pretend that EU membership is on the horizon. There are far too many people in the EU who will never accept Turkey for reasons including: pure prejudice against Turks and their faith; concerns over human rights; concerns over freedom of movement; concerns over the number of votes that they would have in Council and in Parliament; and concerns over EU borders being extended to Iraq, Iran and Syria.

So let us be clear to the Turks about what that relationship is, but let us also be clear to our voters what EU countries get in return for signing a visa-free agreement, and what we get in return for the EUR 3 billion that Turkey is demanding. And let us finally get to grips with some of the basics: a thorough registration process; a proper returns and readmissions agreement with countries in exchange for our aid; and effective external border controls. Let us work together to build long-term solutions, not offer short-term promises that will never be fulfilled.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Eleonora Forenza (GUE/NGL), *Domanda «cartellino blu»***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lei ha parlato della Turchia come un alleato dell'Unione europea, in quanto paese aderente alla NATO. Io vorrei chiedere che valore ha per lei la strage quotidiana che il governo Erdogan compie ai danni del popolo curdo, se questo è oggetto di valutazione da parte di questo Parlamento europeo. Prima si è parlato di non dare un assegno in bianco alla Turchia, io credo che dovremmo forse problematizzare il fatto che si danno soldi per esternalizzare le frontiere dell'Unione europea a un governo che è colpevole quotidianamente di massacrare un popolo.

Syed Kamall (ECR), *blue-card answer***.** – Yes.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group***.** – Mr President, I want to continue where Mr Kamal ended. Cooperation with Turkey – yes; outsourcing our problems – no. And let us be honest: the impression that we have is the opposite. A visa-free regime, EUR 3 billion, and speeding up the accession negotiations in return for some Turkish cooperation in helping to manage the refugee crisis. I have to tell you, Mr President, that it is shameful that nothing was said about human rights in Turkey, freedom of the press in Turkey, or the state of democracy in Turkey in the written conclusions. That is the failure of this summit, in my opinion.

Let us be honest, the situation in Turkey is becoming worse and worse. I think there is no other country worldwide where there are more journalists in prison than in Turkey at the moment. I have nothing against the search for better cooperation with Turkey to manage the refugee crisis, but at least have the honesty and the courage to talk about the problems in Turkey. Do not just say 'OK, we shall not talk about them anymore in the conclusions'. It was only at the end, in the press conference, that Mr Tusk said three or four words about it, not in the written conclusions.

That brings me to the key point. Not outsourcing our problems, but solving our problems means that we have to fix our external borders, our European border and coastguard. What I see is that we are not capable of doing so. Greece, especially, is saying they cannot participate, because Greece is the only country for the moment blocking a decision in the Council that has to be taken in a few weeks in December. It is blocking it because it is a question of sovereignty. It is not allowed for foreigners to come to help us to protect our borders. Well maybe we could invite Mr Tsipras a second time to this Parliament, not to talk about the economy, and not to talk about this problem, but to talk about his lack of will for European solutions to the problems that we are facing at the moment.

I was not shocked when, this morning, I read that some countries want to push Greece out of Schengen. Well, the external border of Greece is not a Greek border: it is a European border. It is not a German border, a Belgian border, or a French border, and that is the key. That is what you have to achieve now, with or without Mr Tsipras.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki***.** – Panie Przewodniczący! Pan Cipras to jest pana przyjaciel. – On tym się chwalił. – Nie mój.

Natomiast chciałem zapytać o jedno, czy Pan sobie zdaje sprawę, że Grecja jest narażona na działanie mafii nielegalnego przemytu ludzi od wielu miesięcy, że nastąpił nieprawdopodobny wzrost przemytu ludzi z Turcji, a my nic nie robimy. Poprzedni szczyt z Turcją w ogóle nie dotyczył tego problemu, poprzednie rozmowy o Turcji w ogóle nie dotyczyły walki z nielegalną imigracją. To jest problem, a nie to, że poszczególne państwa przed tym się bronią.

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer***.** – Very briefly, it is precisely to tackle human trafficking, to tackle these criminal gangs and to help the Greek Government that we want this European border guard and coastguard. The fundamental problem that we have created is to start with Schengen and not to have a common border system. That cannot work. If you have a common area with free mobility of people and travel, then you also need to have a common border guard and coastguard. The best way to tackle these criminal gangs is to start with a European instrument.

Τάκης Χατζηγεωργίου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL***.** – Κύριε Πρόεδρε, καταρχήν, θέλω να πω κάτι στον κύριο Verhofstadt: Το Βέλγιο δεν έχει καθόλου τα προβλήματα που έχει η Ελλάδα και, εντούτοις, έχει καταστεί κέντρο διακίνησης των εγκληματιών. Η Ελλάδα έχει άπειρα προβλήματα, τα οποία προέρχονται και από αποφάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης, και νομίζω ότι χρειάζεται μάλλον στήριξη παρά καταγγελία στο Ευρωκοινοβούλιο.

Κατανοώ, καταρχήν, πως η συμφωνία με την Τουρκία είχε ως κύριο θέμα τη διαχείριση, από τη χώρα αυτή, των προσφυγικών ροών. Όμως, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει υποχρέωση να υπογραμμίζει πως τα δεινά των λαών της περιοχής ξεκίνησαν όταν οι Ηνωμένες Πολιτείες και κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποφάσισαν με ποιον τρόπο να διδάξουν και να εξαγάγουν δημοκρατία. Όταν εμείς αναφερόμασταν σε επικείμενο «αραβικό χειμώνα», κάποιοι, και σε αυτή την αίθουσα, καλλιεργούσαν την ψευδαίσθηση της «αραβικής άνοιξης».

Η Επιτροπή πρέπει να παρακολουθήσει στενά τη διαχείριση των δισεκατομμυρίων προς την Τουρκία. Υπάρχουν χιλιάδες πρόσφυγες που διαβιούν σε πρότυπες εγκαταστάσεις, αλλά υπάρχουν και πολλές άλλες χιλιάδες που ζουν κάτω από πραγματικά άθλιες συνθήκες. Σήμερα, μάλιστα, υπάρχει καταγγελία ότι η Τουρκία, λίγα εικοσιτετράωρα μετά τη συμφωνία, συνέλαβε 1.200 πρόσφυγες και επιχειρεί να τους επιστρέψει πού; πίσω στη Συρία!

Η Επιτροπή πρέπει να αντιδράσει άμεσα. Η συμφωνία αποφεύγει μια λέξη για τη χωλαίνουσα δημοκρατία στην Τουρκία, ενώ αναφέρεται σε άνοιγμα κεφαλαίων. Η Κύπρος είναι έτοιμη -το λέω μετά λόγου γνώσεως- να συνδράμει προς αυτή την κατεύθυνση, αν η Τουρκία δείξει πως είναι επίσης έτοιμη να στηρίξει μια λύση στην Κύπρο, που θα δημιουργεί προϋποθέσεις πραγματικής Κυπριακής ανεξαρτησίας, και κάτι τέτοιο επιτυγχάνεται εφόσον καθορίζεται με τη λύση ότι το μέλλον βρίσκεται στα χέρια των Κυπρίων και μόνον, βασισμένο στους κανόνες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και στην ασφάλεια που παρέχει η παρουσία μας εντός της Ένωσης. Οι Κύπριοι του Ομοσπονδιακού Κράτους δεν έχουν καμία ανάγκη ξένης εγγύησης για την τήρηση των κανόνων της λύσης. Τα υπογραμμίζω αυτά, γιατί αν βρισκόμαστε κοντά σε λύση, μετά από πολλές δεκαετίες, δεν πρέπει να χαθεί η ευκαιρία επειδή η Τουρκία πιστεύει πως πρέπει να κρατήσει ρόλο εγγυητή ή επιτηρητή της λειτουργίας ενός κράτους μέλους.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion***.** – Meine Herren Präsidenten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion hat sich immer dafür eingesetzt, dass die Europäische Union mit der Türkei systematisch und konsequent verhandelt. Für uns hat nie ein Zweifel daran bestanden, dass die Europäische Union die Türkei braucht und dass dies auch umgekehrt gilt. Ich muss Ihnen sagen: Ich fand es eine traurige Erfahrung in der Debatte um die Zukunft der Türkei und die Europäische Union, dass sich die Spitzen der Europäischen Union erst, als Zigtausende von Flüchtlingen aus der Türkei ins Zentrum der Europäischen Union gewandert waren, daran erinnert haben, dass man die Türkei tatsächlich braucht. Es gab mit der Türkei sehr viel bessere Zeiten, um über Visaliberalisierung und über Verhandlungen neu ins Gespräch zu kommen. Wir finden gut, dass da etwas deblockiert wird, aber wir finden, dass bisher von den Spitzen der europäischen Institutionen und auch aus dem Rat nicht genügend Problembewusstsein dazu signalisiert wird, wie schwierig das ist, was man mit der Türkei heute erreichen will.

Wir haben viel darüber gehört, was für die Flüchtlinge erreicht werden soll, dass bessere Unterbringung, Perspektiven für Kinder, Perspektiven für Beschäftigung geschaffen werden sollen. Sagen Sie mir einmal, wie Sie das heute gegenüber der türkischen Regierung tatsächlich garantieren wollen. Ich bin da bisher sehr misstrauisch. Tatsächlich sehe ich, dass das neue mögliche Abkommen in der Türkei eher so interpretiert wird, dass man sich auf Abschottung orientiert, dass man sogar bereit ist, Flüchtlinge an der Ausreise zu hindern, ja sogar so weit gehen wird, sie in Haft zu nehmen. Wenn das so kommt, dann ist das tatsächlich ein neuer Schritt der Europäischen Union – weg von den eigenen Werten und auch weg vom internationalen Recht. Erste Nachrichten in dieser Art kamen schon in den letzten Tagen aus der Türkei.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass man mit der Türkei sehr viel offensiver über Menschenrechte reden muss. Die Verschärfung in der Türkei darf tatsächlich nicht unter „ferner liefen" behandelt werden. Die Ermordung des Anwalts Tahir Elçi unmittelbar vor dem Beginn des Gipfels, die Festnahme des Journalisten Can Dündar, den viele von uns persönlich kennen, waren echte Provokationen vor diesem Gipfel. Ich möchte, dass die Europäische Union sich aktiv um ein besseres Verhältnis zur Türkei bemüht, aber ich glaube nicht, dass die Türkei ein guter, verlässlicher Partner für die Flüchtlingsangelegenheiten oder auch in Sachen Syrien sein kann, wenn wir die innere Entwicklung in der Türkei einfach ignorieren. Die Demokraten in der Türkei wären von so etwas, glaube ich, nur schockiert. Meine Damen und Herren, ich habe hier eine Liste, eine Art Gedächtnisstütze: die Journalisten, die unter Druck gesetzt worden sind. Ich gebe die Liste jetzt dem Rat und der Kommission und hoffe, dass Sie dafür sorgen, dass diese Liste in der nächsten Zeit ….

(Der Präsident unterbricht die Rednerin.)

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question***.** – Listening to your speech, I note that you are interested in closer cooperation but you still have great reservations about the Turkish Government. Thank goodness – I am glad you do. I was wondering whether, in your mind, this closer cooperation will eventually lead to Turkish membership of the EU and, if so, whether you feel the same as me that, whenever I have been to Turkey, almost everyone I speak to says that they want to move to the EU, and that this would lead to a migration situation posing an even greater problem than we have ever faced before.

Do you agree that it would be a dangerous folly at the moment even to consider Turkey's membership of the EU any time in our lifetime?

Rebecca Harms (Verts/ALE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"***.** – Ich bin dafür, dass die Europäische Union sich vertragstreu verhält und das, was sie gegenüber der Türkei zugesagt hat, auch einhält. Und das bedeutet, ernsthafte und systematische Verhandlungen zu führen. Dass das jetzt wieder in Angriff genommen wird, ist gut!

Wann und wie wir über eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union reden, das ist selbst in der Türkei hochumstritten. Aber die Verhandlungen, die werden von allen Seiten gewollt, und da muss die Europäische Union auch das tun, was sie schon 2004 zugesagt hat.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group***.** – Mr President, I have seen quite a lot of policy failures in my long years here: the introduction of a currency that has impoverished the Mediterranean; I have seen the idealised Schengen area lead to the free movement of Kalashnikovs; and every single week and month we see the attempt to create a single state of Europe, which of course the European peoples do not want. But the EU's common asylum policy is the lowest ebb for policy yet. Chancellor Merkel took the cork out of a champagne bottle and said anyone could come, and now you are trying to put the cork back in and realising it is not possible. So you have turned to somebody else to sort out your own problem. So let's talk Turkey.

They have taken your weakness, and they have now decided they are going to blackmail you. Not only do they want EUR 3 billion from you this year, they are going to want EUR 3 billion from you every single year. And in return they have given absolutely no guarantees whatsoever that they will stop people from coming, or indeed take people back. And they have managed to persuade you, whatever the Commissioner says, into offering them, by October next year, visa-free access for 75 million people, whose average GDP income is half that of the poorest EU Member State.

I guess what you are doing is this: you are saying the way we will stop illegal immigration is to make it all legal immigration, and if that does not take the biscuit, now you are going to fast-track Turkey to be an EU Member State. So let us just think about that. A country, 97% of whose land mass is in Asia, apparently you want to join Europe. It is a country that appears to be keener on bombing the Kurds than it is on taking on ISIS. It is a country that has turned a complete blind eye to ISIS fighters travelling through its territory. It is a country where, according to the Pew institute in a poll last week, 8% of those 75 million actively encourage and support the aims of ISIS. It is a country directly and closely linked with buying ISIS oil, and we will finish up bordering Syria, Iraq and Iran.

It is mad. It is the most dangerous decision the European Union has yet taken. I am sure the British Prime Minister will be delighted. He has campaigned for this since 2005. To me, without any of the other debates, if there was one single reason why Britain should in this referendum vote to leave the European Union, it is the folly of political integration with Turkey. It is not only stupid: it is damned dangerous.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ivo Vajgl (ALDE), *Vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka***.** – Gospod Farage, vi ste zelo odločno očrtali slabe strani, ki jih vidite v našem odnosu do Turčije.

Ali mi lahko imenujete neko drugo državo, ki bi v tem trenutku lahko bolj učinkovito prispevala k temu, proti čemur se zdaj borimo, namreč spraviti pod kontrolo begunsko krizo?

In drugo vprašanje, ali ste ravno tako odločno govorili o tem pri vas doma, ko je vaša država sodlovala pri uničevanju držav, iz katerih sedaj bežijo begunci v Evropo?

Nigel Farage (EFDD), *blue-card answer***.** – Believe you me, I was no supporter of Tony Blair's endless series of wars, and if I was in a different parliament and not this one, I would vote against the bombing campaign that Mr Cameron wishes to join the Americans and French in, because it has been poorly, badly thought through, with no long-term strategy whatsoever.

Look, if you want to deal with a problem that you have caused yourself in life rather than relying on somebody else to do it for you, perhaps it is better to recognise and realise you have made a mistake. And the only solution open to the European Union is to follow the example of the Australians who, from 2008 onwards, had a lot of boats heading towards their country – a lot of boats sinking, a lot of people drowning, many of the similar symptoms and problems – and the Australians said: 'If you wish to become a refugee or a migrant to Australia, you will not succeed in doing so if you come via this route'. And the boats stopped coming. The EU needs to have the moral courage to stand up and say that, but frankly they have not got the guts.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Marcel de Graaff, *namens de ENF-Fractie***.** – De Europese elite heeft een knieval gemaakt voor de sultan van Ankara. Turkije krijgt 3 miljard euro. 75 miljoen Turken mogen eind 2016 visumvrij door Europa marcheren en de toetreding van Turkije tot de EU is slechts een kwestie van tijd.

Erdoğan wil een nieuw Ottomaans rijk en de EU laat dat gebeuren. Cyprus was slechts een eerste stap en eerder zei Erdoğan: minaretten zijn onze bajonetten, koepels onze helmen, moskeeën onze kazernes en gelovigen onze soldaten. Hij heeft gezegd dat democratie geen doel is, maar slechts een middel, dat hij een dienaar van de sjari'a is en dat er geen gematigde islam bestaat. Hoe duidelijk wilt u het hebben?

Wij moeten de westerse cultuur, democratie en vrijheid beschermen, ons niet laten chanteren, ons nooit afhankelijk laten zijn van een dictator. Sluit de binnengrenzen, dat is het antwoord op de migrantenstroom en op de Turkse invasie. Daarom, Voorzitter, moeten wij er eens en voor altijd voor zorgen dat Turkije nooit, maar dan ook nooit, lid zal worden van de EU, in geen 100 000 jaar.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, αφού επιστρέψω τα όσα, ανυπόστατα, ακούστηκαν απ' τον κύριο Weber και τον κύριο Verhofstadt σ' αυτή την αίθουσα για την Ελλάδα, η Ευρωπαϊκή Ένωση, μαζί με τους δύο αυτούς κυρίους και τους υπόλοιπους, δείχνει, πραγματικά, το πραγματικό της πρόσωπο. Θέλουμε να δώσουμε χρήματα και να ξεκινήσουμε τις προπαρασκευαστικές εργασίες για το άνοιγμα ενός αριθμού κεφαλαίων που αφορούν την ενταξιακή πορεία, σε μια χώρα που συνεργάζεται με το ISIS, σε μια χώρα που καταρρίπτει πολεμικό αεροσκάφος που πολεμά τζιχαντιστές, με την πρόφαση παραβίασης -άκουσον, άκουσον- 17 δευτερολέπτων του εθνικού της εναερίου χώρου, ενώ για τις παραβιάσεις της έναντι της Ελλάδος δεν απολογείται κανείς. Προωθεί, εσκεμμένα, λαθρομετανάστες τρομοκράτες και ναρκωτικά στην Ευρώπη. Πλουτίζει, χρησιμοποιώντας τους λαθρεμπόρους και δουλεμπόρους ψυχών, εις βάρος των προσφύγων της Συρίας, πνίγοντάς τους στη θάλασσα, για να υφαρπάξει, με τις ευλογίες της Γερμανίας, μέσω της υποτιθέμενης έρευνας και διάσωσης, την εθνική κυριαρχία της Ελλάδας στο Αιγαίο. Δεν είναι σοβαρή αυτή η πολιτική, εκτός εάν θέλουμε, εσκεμμένα, να διαλύσουμε τα κράτη μέλη της Ένωσης, να αλλοιώσουμε την κοινωνική συνοχή τους και να πυροδοτήσουμε ένα νέο καταστροφικό πόλεμο…

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή).

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, je suis content de constater, dans le document adopté ce dimanche, que l'Europe et la Turquie redécouvre l'avenir commun et le fait qu'il faut travailler.

Je regrette d'ailleurs qu'on ait découvert cela uniquement après la crise si terrible que l'on a vécu ces derniers mois. Je regrette aussi qu'on ait organisé cette rencontre après la deuxième série d'élections tenues en Turquie; mais mieux vaut tard que jamais, et je salue l'accord passé.

Quant à l'argent pour gérer la situation des migrants, je crois qu'il faut donner cet argent vite et ne pas se créer de problèmes dans la constitution de ce fonds. Par ailleurs, il faut que la Turquie montre d'une manière très concrète les engagements qu'elle a pris.

Ensuite, pour ce qui est du processus d'adhésion, je suis content d'apprendre que l'ouverture du chapitre 17 va avoir lieu – j'estime que c'est une étape positive, c'était une erreur de reporter tant l'ouverture de nouveaux chapitres – et je crois qu'ensuite, d'autres chapitres devront être ouverts s'il y a de vrais progrès dans le dossier de la Chypre du Nord: j'estime que c'est une condition importante.

Enfin, je ne vois pas pourquoi nos collègues grecs sont si mécontents de voir qu'on les critique, parce que la responsabilité de la Grèce dans la crise récente est énorme, et je pense que dans les semaines à venir, la Grèce devra se montrer solidaire de nos efforts.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein gutes Ergebnis gewesen am Sonntag, und ich möchte mich noch einmal bei Ihnen, Herr Vizepräsident Timmermans, bedanken, weil Sie eine Menge Mühe und auch eine Menge Empathie in diese Arbeit gesteckt haben, sonst wäre ein solches Ergebnis nicht herausgekommen. Nun gebe ich zu, dass es nicht die allerbeste Zeit für so ein *Agreement* ist, nach dem, was wir in den letzten Monaten im Fernsehen und in den Nachrichten gesehen haben.

Dennoch ist es richtig und es ist auch richtig, das Kapitel 17 zu eröffnen, aber ich bitte Sie sehr – nicht nur in der Türkei oder mit der Türkei –, auch die Kapitel 23 und 24 möglichst schnell zu eröffnen, denn wenn wir über Freiheit und Gerechtigkeit reden, haben wir die Punkte am Wickel, die es am notwendigsten haben, diskutiert zu werden. Letzter Punkt: Ich hoffe sehr, dass Sie nicht wieder im Stich gelassen werden von den Mitgliedstaaten, weil wir ja alle wissen, dass 500 Millionen noch keine drei Milliarden sind. Und ich glaube, es ist gerade für diejenigen, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, eine gute Gelegenheit zu zeigen, dass sie trotzdem solidarisch sind.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Weber και κύριε Verhofstadt, σταματήστε, επιτέλους, να προσβάλλετε, να διαστρεβλώνετε και να επιτίθεστε στην Ελλάδα και τον ελληνικό λαό για να υπηρετήσετε πολιτικές σκοπιμότητες. Η χώρα μου σηκώνει με ανθρωπιά ένα μεγάλο βάρος στο προσφυγικό, γιατί βρίσκεται στα ευρωπαϊκά σύνορα και γιατί αρκετές ευρωπαϊκές χώρες αρνούνται να αναλάβουν το μερίδιο που τους αναλογεί. Η χώρα μου λέει «ναι» στην ευρωπαϊκή συνεργασία για τη φύλαξη των εξωτερικών συνόρων της Ευρώπης και για την προάσπιση της συνθήκης Σένγκεν, χωρίς παραβίαση των κανόνων εθνικής κυριαρχίας, όπως λέει κάθε κράτος μέλος, και ο κύριος Verhofstadt που ήταν και πρώην πρωθυπουργός του Βελγίου, ας μας εξηγήσει πώς το Βέλγιο που δεν έχει σύνορα με τέτοιες χώρες, έχει γίνει κέντρο δράσης τρομοκρατών.

Αν θέλετε αποτελέσματα, βάλτε φρένο στη μαφία της παράνομης διακίνησης από την Τουρκία στην Ελλάδα, οργανώστε την απευθείας μεταφορά προσφύγων από την Τουρκία σε όλες τις ευρωπαϊκές χώρες, αναλογικά, δημιουργήστε ένα χερσαίο ευρωπαϊκό διάδρομο. Το κοινό πλαίσιο Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας, τελειώνω κυρία πρόεδρε, είναι ένα θετικό βήμα, αλλά δεν είναι ευχολόγιο και πρέπει να δημιουργηθούν ισχυροί μηχανισμοί ελέγχου. Η Τουρκία θα πάρει τα 3 δισεκατομμύρια, μόνο αν υλοποιήσει πλήρως όλες της τις δεσμεύσεις…

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή).

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Alessandra Mussolini (PPE), *Domanda «cartellino blu»***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, solamente per dire al collega che ha parlato giustamente di attività di controllo dell'Europa nei confronti della Turchia e un altro concetto che non ho sentito in quest'Aula: la reciprocità. Io vorrei ricordare, ho visto con i miei occhi quello che fa la Turchia a Cipro con la devastazione delle chiese ortodosse. Si deve parlare anche di questo, oltre che delle varie problematiche che ci sono nei rapporti tra l'Europa e la Turchia.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), *απάντηση «γαλάζια κάρτα»***.** – Συμφωνώ με την παρατήρηση, δεν ήταν ερώτηση. Αυτό που θέλω να επισημάνω, για μια ακόμη φορά, είναι ότι η Ευρώπη, αν θέλει να φυλάσσει τα ευρωπαϊκά σύνορα και τους όρους της συνθήκης Σένγκεν, πρέπει να δώσει πρόσθετη τεχνική βοήθεια και οργανωτική βοήθεια και χρήματα, και στην Ελλάδα που σηκώνει ένα μεγάλο βάρος στο προσφυγικό, με ανθρωπιά και αλληλεγγύη, γιατί εκεί μας έβαλε η Ιστορία και η Γεωγραφία. Δεν έχουμε την τύχη να είμαστε ούτε η Ολλανδία, ούτε το Λουξεμβούργο.

Victor Boștinaru (S&D). – Domnule prim-vicepreședinte al Comisiei Europene, doresc din start să vă exprim mulțumirile noastre pentru modul în care ați negociat într-un context atât de dificil. Grupul nostru a cerut, în mod repetat, Comisiei și Consiliului un ajutor atât pentru Turcia, cât și pentru Liban și Iordania, pentru a putea face față afluxului de refugiați. Să fim realiști: aceste țări se confruntă cu dificultăți mult mai mari decât cele pe care le întâmpină Uniunea Europeană. Acest acord este bun, chiar dacă vine prea târziu sau destul de târziu: atât în gestionarea crizei refugiaților, cât și în strategia noastră antiteroristă, atât în lupta contra Daesh, cât și în încercarea de stabilizare a Siriei avem nevoie de Turcia. Nu ne putem lipsi de un asemenea partener. Fără ezitare, vă spun că procesul de continuare a extinderii cu Turcia trebuie avansat și trebuie deschise noi capitole, în afară de capitolul 17, cred că capitolele 23 și 24 sunt esențiale pentru a garanta drepturile și libertățile fundamentale.

Harald Vilimsky (ENF). – Frau Präsidentin! Was hier abgeht, ist wahrlich eine große politische Schmierenkomödie. In diesem burlesken politischen Theater fällt eine Person besonders negativ auf, nämlich Herr Weber von der EPP, der gerade nicht hier ist und der die komplette Problematik den Griechen in die Schuhe schieben möchte. Man kann ihn nur daran erinnern, dass die Hauptverantwortliche des ganzen Desasters die deutsche Bundeskanzlerin Merkel war, mit Hilfe – leider muss ich das als Österreicher sagen – des österreichischen Bundeskanzlers Faymann, der diese Massenbewegung überhaupt erst in die Wege geleitet hat. Nach diesem Desaster es jetzt anderen in die Schuhe zu schieben, ist unfair. Das zum einen.

Zweitens: Hier einen schäbigen Handel mit den Türken zu machen, neben der Heranführungshilfe an die Europäische Union, die ohnehin schon eine Milliarde beträgt, in Summe fünf Milliarden betragen hat, und jetzt weitere drei Milliarden pro Jahr hier in die Kassen in Istanbul zu füllen, ist mit Sicherheit eine Sache, die indiskutabel ist. Diese Türkei kann mit Sicherheit nie Mitglied einer Europäischen Gemeinschaft werden!

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Madam President, every other single MEP: if they miss their time, they miss their …

(The President cut off the speaker)

Elmar Brok (PPE). – Sir, I was in the chamber, but not on my seat.

Elnök asszony. – Képviselő Úr! Ön ne kiabáljon, és ne álljon fel! Elmondtam, hogy mi volt a probléma forrása. Túlnéztem a listát, ezért rossz sorrendben szólítottam fel a képviselőt. Önnek nincs joga így kiabálni, elnézést kértem miatta. Valószínű, nem figyelt rá, és Mr. Brok pedig a Képviselő Úr után, Vilimsky Képviselő Úr után következik. Vagyis helyes, hogy most szót adtam neki. Bár ez nem ügyrendi hozzászólás volt, és nem lenne okom arra, hogy megmagyarázzam ezt Önnek, de azért, hogy legközelebb ne kiabáljon, és ne forduljon elő ilyen, ezért tartottam fontosnak.

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin! Herzlichen Dank! Ein Satz zu meinem österreichischen Vorredner: Mit seiner Argumentation möchte er, dass mehr Flüchtlinge nach Österreich kommen, denn nur mit Hilfe der Türkei kann der Strom der Flüchtlinge eingegrenzt werden. Er tritt also für mehr Flüchtlinge nach Österreich ein.

Folgende Hauptpunkte wollte ich sagen: Ich möchte mich bei der Kommission und beim Rat für den Gipfel bedanken. Denn es gibt die Chance, Ordnung ins Verfahren zu bekommen, die Zahlen zu reduzieren. Wenn die Türkei seit vier Jahren 2,5 Millionen Flüchtlinge aufnimmt, und der Libanon bei 4 Millionen Einwohnern 1,4 Millionen Flüchtlinge, dann haben wir eine Verantwortung, diesen Ländern zu helfen – wegen der Flüchtlinge und auch wegen dieser Länder. Dazu haben wir unseren Beitrag zu leisten. Und wenn dies die Konsequenz hat, dass weniger Flüchtlinge hier hereinkommen und wir entsprechend der Genfer Konvention eine anständige Betreuung dieser Flüchtlinge vornehmen können, scheint mir das der richtige Weg zu sein. Und wenn wir gleichzeitig damit die Möglichkeit haben, eine Struktur der Kontrolle der Außengrenzen aufzubauen, hier die Frage der Registrierung vernünftig zu regeln, auf dieser Grundlage eine verständliche Form von Kontingentierung in die Mitgliedstaaten hinein vorzunehmen, die überschaubar und kontrollierbar ist, dann scheint mir dies ein Weg zu sein, diesen Druck wegzunehmen.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen: Dies gilt alles nur, wenn es gelingt, den Krieg dort zu beenden. Und den Krieg zu beenden, geht auch nur mit der Türkei. Und Kapitel zu öffnen mit der Türkei über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, finde ich spannend, weil dann die Türkei wirklich zeigen muss, was da passiert ist. Im Übrigen möchte ich feststellen: Die Türkei wird nicht Mitglied, wenn in einer Reihe von 72 einstimmigen Entscheidungen im Rat, die für die Mitgliedschaft notwendig wären, unabhängig von der Entscheidung der Parlamente jetzt die sechste und siebte Entscheidung fallen. Aber über die Menschenrechte in der Türkei zu reden, finde ich einfach spannend. Und wenn das gleichzeitig damit verbunden ist, weniger Flüchtlinge zu haben, scheint mir das ein guter Deal zu sein.

(Der Redner ist damit einverstanden, zwei Fragen nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Köszönöm szépen, Elnök Asszony a lehetőséget. Brok urat személyében is nagyon szívesen kérdezem, hiszen egyike a legtapasztaltabb külpolitikusoknak az Európai Parlament részéről. Gondolom, hogy Brok úr is látott már számtalan olyan esetet, ahol valamelyik fél mulasztásai okán egy egyezmény nem úgy valósult meg, ahogy kellett volna. Ha történetesen az EU nem biztosítja ezt a három milliárd eurót úgy, ahogy ígéri, s a törökök esetleg azt mondják, hogy akkor viszont tovább eresztik a menekülteket – erre milyen ellenőrzési vagy megelőzési garanciákat lát? Köszönöm szépen!

Elmar Brok (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte".* – Geldzahlung nicht leisten? Dann haben wir doch den Deal gebrochen. Im Übrigen werden diese Gelder nicht in einen türkischen Staatshaushalt hinein gezahlt, sondern sie werden projektbezogen für die Bewältigung der Flüchtlingskrise dort gezahlt – Projekt für Projekt, Schritt für Schritt, nicht in einem Schritt, wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Timmermans. Und aus diesem Grunde heraus ist diese Gefahr nicht gegeben, sondern die Türkei hat Interesse an diesem Deal, die Türkei hat jedes Interesse, diesen Deal ihrerseits einzuhalten, denn sonst wird kein Kapitel geöffnet, und es wird nichts gemacht. Und im Übrigen würde ich sagen, dann sind wir auch nicht in der Lage, den Krieg zu beenden. Denn den Krieg zu beenden – durch das Stoppen der Öllieferungen, durch das Stoppen des Finanzverkehrs zugunsten des IS – ist nur möglich, wenn auch die Türkei neben anderen in diesem Boot ist. Deswegen halte ich das für eine gute Vereinbarung.

Mario Borghezio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, si dovrebbe parlare in futuro di un inverno dell'Europa: dopo i fatti di Parigi, quest'altra decisione drammatica di aprire le porte dell'Europa alla Turchia, proprio quando giungono dei segnali in senso contrario. Si erano interrotte le trattative per l'adesione per un motivo molto chiaro, perché si considerava giustamente la Turchia come un paese islamico e quindi con dei grossi problemi. Non è più islamica, la Turchia di Erdoğan che nel 2008 arriva in Germania e dichiara che l'assimilazione è un genocidio contro l'umanità, adesso non se ne parla più. Gli regaliamo l'apertura dei visti, persino nella commissione LIBE si è richiamata l'attenzione degli europei, si è detto: ma sapete cosa state facendo? I visti a 75 milioni di turchi in grandissima parte musulmani, abbiamo svenduto i valori dell'Europa, i diritti umani e la libertà di stampa, siamo diventati sordi agli appelli dei giornalisti e dei direttori di giornali incarcerati alle porte dell'Europa. Vogliamo ricordare questi valori o pensiamo di svenderli di fronte al problema dei profughi. Vergogna Europa! Vergogna, vergogna, vergogna!

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question.* – Mr Borghezio, the Turkish geostrategic space is part of the Euro-Atlantic space – part of south-eastern Europe somehow – and everything going on in Turkey seems to influence European security and defence to a great extent. Do you not think that we need Turkey for Europe's security? – because, just like Italy, Turkey is a Mediterranean state, and the security of Europe is greatly influenced by Turkey. We have to cooperate with Turkey.

Mario Borghezio (ENF), *Risposta a una domanda «cartellino blu».* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli avvenimenti recenti e la gravissima provocazione della Turchia ai danni della Russia, con rischi gravissimi per la pace e per l'equilibrio in Europa e nel mondo, sembrano la migliore risposta alla sua domanda.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-жо Председател, г-н Министър, г-н Комисар, първо във вътрешнополитически план ние трябва да си свършим нашата домашна работа – заедно да пазим външните граници на Европейския съюз като споделена отговорност на всички страни членки, борба с трафика на хора, обща агенция по разузнаването, общи правила за миграция.

Второ, във външнополитически план въпросът пред нас е какво е по-добре със или без Турция ще се справим по-добре с това глобално предизвикателство.

Разбира се, че отговорът е не само с Турция и с Ливан и с Йордания и с африканските страни трябва да работим потясно, но трябва ясно да кажем и да бъдем откровени – преговорите с Турция са различни в сравнение с предишните присъединителни преговори. Преговорите са с отворен край и не е взето решение за пълноправно членство на Турция в Европейския съюз. Такова членство към сегашния момент е невъзможно.

За нас, разбира се, е важно да водим преговори с Турция, да имаме на югоизток един предсказуем партньор, един съсед, който спазва европейското законодателство, спазва своите ангажименти, съсед, който приема нашето законодателство. Чрез преговорите можем да подкрепим и турското гражданско общество и турската демокрация. За всичко това трябва да се използва отварянето и затварянето на преговорните глави.

Трябва да следим обаче отблизо дали протегнатата ръка от наша страна ще доведе до подобряване на ситуацията с човешките права и свободата на медиите. Трябва преди всички да направим всичко, което зависи от нас, милионите хора по сирийската граница с Турция, Ливан и Йордания да останат там и да не тръгват към европейските граници. Всяко евро, инвестирано за това, са многократно повече евра, спестени от издръжката на тези хора, ако те бяха в Европейския съюз.

Трябва да контролираме, разбира се, и средствата, които ние даваме за това, заедно с Върховния комисариат по бежанците на Обединените нации.

(Ораторът приема да отговори на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта (член 162, параграф 8 от Правилника за дейността)).

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki***.** – Chciałbym zapytać o jedną kwestię. Mianowicie: o ile rozumiem intensywną współpracę policji państw europejskich w ramach Europolu i zasilenie Europolu, to zupełnie nie rozumiem, dlaczego poseł Europejskiej Partii Ludowej głosi pomysł utworzenia wspólnej agencji wywiadu. To nie ma oparcia w traktatach europejskich.

Jak sobie pan wyobraża na gruncie obecnie obowiązujących przepisów traktatowych powoływanie instytucji, która narusza jądro suwerenności poszczególnych państw?

Андрей Ковачев (PPE), *отговор на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта***.** – Разбира се, че трябва да си сътрудничим повече в Европа – и обща разузнавателна служба и общо командване.

Много добре знаете, а може и да не знаете, че за съжалението това сътрудничество на нашите специални служби не върви както би трябвало да върви. Само няколко страни обменят информация и за мен справянето с глобалните предизвикателства минава през нашите общи усилия, включително и обща европейска армия, една идея още от 50-те години на миналия век за обща отбранителна общност в Европейския съюз, разбира се не дублираща НАТО и нашите ангажименти по Евроатлантическото споразумение.

Kati Piri (S&D). – Madam President, it is important that there is a deal with Turkey that will make the influx of refugees to Europe manageable. For too long we did not pay enough attention to the efforts made by the Turkish population by hosting 2.02 million refugees, and with this summit it was recognised that only in partnership can this refugee crisis be handled.

However, an essential part of the EU-Turkey agreement is missing, which is due to internal divisions among EU Member States: the fact of resettlement. No agreement has been reached on this yet, and I was at least pleased to hear First Vice-President Timmermans also mention this – that there are plans – and let us hope that Member States will commit to this in the next summit.

I welcome the reinvigorating of the accession talks. It is a pity that this crisis was needed to convince Member States that a more intensive dialogue between the EU and Turkey is very much in the interests of both. We do, however, have serious concerns about internal developments in Turkey, already mentioned here by colleagues. In order to make this new momentum last, it must be clear to both sides that the accession process is merit-based, with respect for the rule of law and fundamental freedom at its core.

„Catch the eye" eljárás

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, δεν πιστεύω να υπάρχει κανένας που να μην αναγνωρίζει ότι το προσφυγικό είναι μεγάλο πρόβλημα και απαιτείται η συνεργασία με την Τουρκία. Απαιτείται η συνεργασία με την Τουρκία, αλλά όχι να την στηρίζει η Ευρωπαϊκή Ένωση και να της δίνει συνέχεια προνόμια για να κάνει το αυτονόητο. Απαιτείται η Τουρκία να εκπληρώσει τις υποχρεώσεις της και απέναντι στο προσφυγικό.

Δεν υπάρχει κανένας που να αμφισβητεί τον ύποπτο και ύπουλο ρόλο που διαδραμάτισε η Τουρκία, ακόμα και για τη δημιουργία του προσφυγικού. Και, πραγματικά, διερωτώμαι: μέχρι σήμερα η Τουρκία τι έκανε ουσιαστικά για το προσφυγικό; Ποιος είναι ο ρόλος της στην περιοχή; Εγώ ακόμα δεν αντιλήφθηκα εάν η Τουρκία πολεμά πραγματικά το ISIS και την τρομοκρατία όταν στην ουσία πολεμά τους Κούρδους και καταρρίπτει το ρωσικό αεροπλάνο που πολεμούσε την τρομοκρατία, τη στιγμή μάλιστα που η ίδια παραβιάζει τον εναέριο χώρο χωρών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης χωρίς να αντιδρά η ίδια Ευρωπαϊκή Ένωση!

Αναμένουμε από την Τουρκία να εκπληρώσει υποχρεώσεις απέναντι στην Ευρωπαϊκή Ένωση όταν δεν τηρεί τα συμφωνηθέντα, όχι μόνο με χώρες μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά ούτε και στο πλαίσιο του πρωτοκόλλου της Άγκυρας, συμβαλλόμενα μέρη του οποίου είναι η Ευρωπαϊκή Ένωση και η Τουρκία;

Θέλουμε να πιστέψουμε ότι η Τουρκία θα προσπαθήσει να λύσει προβλήματα. Δυστυχώς, μέχρι σήμερα δημιουργεί προβλήματα και αυτό που μόνο κάνει είναι να ζητά, χωρίς να δίνει τίποτα στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Ενώ το πρόβλημα, κύριε Timmermans, είναι το πρόβλημα της ροής των προσφύγων, εμείς καταντήσαμε εδώ να συζητάμε το άνοιγμα κεφαλαίων για την Τουρκία. Και μιλώ αργά, ώστε να έχω όλη την προσοχή σας. Τα κεφάλαια αυτά, για τα οποία προτείνετε άνοιγμα προς τον Erdoğan, είναι κεφάλαια τα οποία είναι παγωμένα επειδή η Τουρκία, μεταξύ άλλων, παραβιάζει τις αρχές και αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και παραβιάζει, κατέχοντας παράνομα το ένα τρίτο της Κυπριακής Δημοκρατίας που είναι μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Επομένως, διερωτώμαι, θα συναινούσατε ποτέ εσείς σε άνοιγμα κεφαλαίων εάν η Τουρκία κατείχε παράνομα το ένα τρίτο του ευρωπαϊκού εδάφους της χώρας σας;

Και, για να μην μιλήσουμε μόνο για αρχές και αξίες, δίνουμε ένα δώρο στον Erdoğan τη στιγμή που αρνείται να εφαρμόσει τις μέχρι τώρα δεσμεύσεις του; Αυτά είναι τα ουσιαστικά ερωτήματα.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, η ηγεσία της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποδεικνύεται κατώτερη των περιστάσεων, καθώς συνεχώς υποκύπτει στους εκβιασμούς της Τουρκίας. Μια Τουρκία που θωπεύει το DAES και κάνει λαθρεμπόριο πετρελαίου με τους τζιχαντιστές. Μια Τουρκία που οργανώνει το δουλεμπόριο μεταφοράς χιλιάδων προσφύγων από τη Συρία στα νησιά του Αιγαίου με κέρδος άνω των δώδεκα δισεκατομμυρίων ευρώ. Μια Τουρκία που συνεχίζει να παραβιάζει τον εναέριο χώρο της Ελλάδας.

Τελικά, κύριοι της Ευρωπαϊκής Ένωσης, έχετε βάλει τον λύκο να φυλάει τα πρόβατα, και όχι μόνο: δίνετε επιπλέον στην Άγκυρα και τρία δισεκατομμύρια ευρώ. Κύριε Weber, η Ελλάδα κατακλύστηκε από χιλιάδες πρόσφυγες γιατί τους κάλεσε η κυρία Μέρκελ να έρθουν στη Γερμανία. Κύριε Weber, η Ελλάδα είναι κυρίαρχη χώρα και δεν δέχεται συνδιαχείριση των εξωτερικών της συνόρων. Κύριε Weber, να το πάρετε απόφαση, τα σύνορα της Ελλάδας είναι ελληνικά και θα συνεχίσουν να τα προστατεύουν οι Έλληνες και όχι γερμανικά στρατεύματα, όπως ονειρεύεστε, γιατί αυτό έχει λήξει ιστορικά και αμετάκλητα εδώ και εβδομήντα χρόνια.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, stavimo ruku na srce i recimo si istinu. Ovo je sporazum iz nužde. Sporazum iz nužde i to prije svega zbog nas, zbog stanja u Europskoj uniji, zbog svega onoga što je migrantska kriza donijela Europskoj uniji. Ali ja mislim da, neovisno o svemu tome, mi moramo razgovarati, pregovarati, dogovarati i sporazumijevati se. Ne možemo naravno ne vidjeti i vjerujem da Komisija i te kako vidi sve što se dešava baš u ovom trenutku u Turskoj, kada govorimo o ljudskim pravima, o slobodi medija. I zato tvrdim da je ovo naravno sporazum iz nužde. Iz nužde kada treba pomoći izbjeglicama i prvenstveno izbjeglicama koje su iz ratom zahvaćenih područja. Otvaranje pregovora i poglavlja 17. treba biti praćeno s poglavljima 23. i 24.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριοι συνάδελφοι, ακούω πολλούς να επικροτούν το πακέτο στήριξης προς την Τουρκία. Είναι υποκρισία να επικροτούμε μέτρα που δημιουργούν καταυλισμούς εκατομμυρίων δυστυχισμένων, μόνο και μόνο για να μην αναλάβουμε τις ιστορικές ευθύνες που μας αναλογούν. Η Ευρωπαϊκή Ένωση των 28 κρατών και των 500 εκατομμυρίων πολιτών αρνείται να υποδεχτεί τρία εκατομμύρια πρόσφυγες τους οποίους κάποιοι εξ αυτών δημιούργησαν και μετατοπίζει την ευθύνη της αδιέξοδης πολιτικής της στις χώρες υποδοχής.

Η αλληλεγγύη που ευαγγελίζεστε, αποδεικνύεται μια φάρσα, γιατί το περίφημο «relocation» των 160.000 προσφύγων έχει εφαρμοστεί μονάχα για 159 άτομα. Δημιουργείτε μια γενιά φυλακισμένων, γιατί γνωρίζετε ότι αυτή κατάσταση δεν θα είναι προσωρινή. Αναλογίζεστε όμως τι θα προκαλέσει μια τέτοια γκετοποίηση στην Τουρκία, στον Λίβανο και στην Ιορδανία; Να σας πω εγώ: θα αποτελέσει τη μήτρα της καλλιέργειας ακραίων και φανατικών ιδεολογιών που απλά θα διαιωνίζουν τα τωρινά προβλήματα. Πόσο μάλλον όταν πολλοί ισχυρίζεστε ότι ανάμεσα στο ρεύμα των προσφύγων βρίσκονται και τζιχαντιστές. Αυτή η μυωπική πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης μόνο προβλήματα και αστάθεια θα προκαλέσει στην περιοχή.

Ska Keller (Verts/ALE). – Madam President, let us be clear: this is a deal in which Turkey is supposed to stop refugees in return for the European Union turning a blind eye on human rights – and this is bad for the refugees who will be detained and pushed back into Syria. But it is also bad for people in Turkey. Those people were really looking to and hoping for EU accession, for EU values, for the Kurds and for journalists – journalists like Can Dündar, who was arrested a couple of days ago in Turkey.

So I would like to ask you, Commissioner, as Vice-President of the Commission with responsibility for fundamental rights: what do fundamental rights mean to you in this agreement?

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο πανικός ο οποίος έχει καταλάβει την Ευρωπαϊκή Ένωση, σε συνδυασμό με την αδυναμία της να αντιμετωπίσει το πρόβλημα της αθρόας εισβολής παρανόμων μεταναστών σε αυτήν, την έχει αναγκάσει να θεοποιήσει την Τουρκία και να της παραχωρήσει τα πάντα, θέλοντας ως αντάλλαγμα μια αμφιλεγόμενη βοήθεια.

Ξεχνάμε όμως ότι η Τουρκία είναι η χώρα η οποία είναι αποκλειστικά υπεύθυνη για όλον αυτό τον συρφετό των παράνομων μεταναστών που έρχονται στην Ελλάδα και στην Ευρώπη, ξεχνάμε ότι η Τουρκία μας εκβιάζει προκειμένου να επιτύχει τα εθνικά της συμφέροντα και, διερωτώμαι:

— Ποιες εγγυήσεις ζητάμε από την Τουρκία ούτως ώστε να μη μας εξαπατήσει πάλι;

— Τι εγγυήσεις ζητάμε από την Τουρκία για να είναι «εντάξει», επιτρέψτε μου την έκφραση, στις υποχρεώσεις που έχει απέναντι στην Ευρωπαϊκή Ένωση;

— Έχουμε το θάρρος να επιβάλουμε στην Τουρκία να απαγορέψει την δράση των παράνομων διακινητών;

— Έχουμε το θάρρος να επιβάλουμε στην Τουρκία να πάψει να εκμεταλλεύεται αυτούς τους δυστυχείς ανθρώπους για να κερδίσει κάποια δισεκατομμύρια;

Εάν δεν έχουμε αυτό το θάρρος δεν μπορούμε να κάνουμε τίποτα απολύτως …

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

A „catch the eye" eljárás vége.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission***.** – Madam President, when I hear Mr De Graaff and some of his colleagues refer to the beauty of European civilisation, the way they do it I am reminded of what Ghandi said when he was asked what he thought about European civilisation. His answer was: 'it would be a good idea'. Let us not lose track of the reasons for people coming to Europe. They are not coming to Europe because Mrs Merkel invited them, they are coming to Europe because they want their children not to be victims of barrel bombs thrown from Assad's planes.

(Applause)

They want to come to Europe because they do not want to be slaughtered by Daesh or al-Nusra in other parts of Syria. They want to come to Europe because after years of an atrocious war, they have nowhere else to go if they want their children to have an education, if they want to have healthcare, if they want a future that every single one of you wants for yourself and your children as well. We are talking about human beings. We are not talking about fortune-seekers invited by Mrs Merkel. Mrs Merkel took responsibility to offer international protection when it was necessary. We would have less trouble in Europe if every single leader of Europe had done the same when it was necessary at the time.

(Applause)

Now let me insist on some of the push factors, because it is important for the agreement we have reached with Turkey. As I said before, why are some people leaving from Turkey or through Turkey to Europe? Talk to them, try it! These are nice people, educated people; these are people who can tell you a story. They will tell you: 'I have left because after two years I am finished, all my savings are gone and I am not allowed to work in Turkey'. So what did we do? We agreed with the Turks that they would allow Syrians to start working in Turkey very soon. That is part of what we have discussed.

They say: 'I am leaving because there is no education for my children'. This is exactly what we are going to do: we are going to use the EUR 3 billion to make sure that there are more facilities for education for children where they are now in Turkey.

They say: 'we are leaving because our living conditions are horrible and we do not have access to medical care'. These EUR 3 billion will be used to improve living conditions and to improve medical care.

It is not just the right thing to do, it is the smart thing to do, because keeping people there and offering them help there is much cheaper for the European taxpayer and is much cheaper in moral terms, because it takes the smugglers out of the equation. It takes the danger out of the equation for people having to cross the Mediterranean in very difficult conditions.

So when we have these agreements on these projects, it is to take away some of the push factors. This, I think, is a smart approach. Visa liberalisation. Why are we on this trajectory with the Turks? Because if we aligned our visa policies, it would be easier for the Turks to act at their external borders when people come from Pakistan, Bangladesh or other countries who do not have the right to international protection and should then be stopped at the borders. Visa liberalisation also means that we can create the right conditions for Turkey to have the right kind of passports: biometric passports. It would make it much easier for us to control our borders. These are positive measures for the European Union. Do not portray everything as though we are on our knees for Turkey and giving things away.

Then about the chapters. I really do not understand some here, like Ms Keller, who just now said: 'we do not want to talk, we have given up on human rights, we accept everything'. Benchmarking Chapter 23 and 24 is the best possible way of engaging Turkey in a debate on human rights. Opening Chapters 23 and 24 is the best possible way of forcing the Turks to account for what they are doing and to try and help them reform the system so that they move away from the mistakes they make today.

So do you really think that we will improve the situation in Turkey by turning our backs on the Turks and saying: 'oh, let it go'? I do not think so. I think this engaging with them will yield results. And yes, of course, we are engaging with them because we need to stem the flow of those coming to Europe who do not have the right to international protection. Of course we are doing that – but it is in our interest to do so, it is in the interests of the refugees to do so and it is in the interest of Turkey to do so. There is no shame in coming to an agreement based on mutual interest.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A következő napirendi pont: A Bizottság nyilatkozata – A körforgásos gazdaságra vonatkozó csomagról elfogadott határozat

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма***.** – Споразумението между ЕС и Турция е продължение на погрешната европейска политика за справяне с проблема с мигрантите. Това споразумение е капитулация на Европа и на европейските лидери, които, подписвайки го, признаха, че не могат сами да защитават границите си. Трите милиарда евро, които ще бъдат предоставени на Турция, трябва да бъдат инвестирани в бежанските лагери, където липсват основни потребности като вода, храна и медицински консумативи. Дали това ще се случи зависи изцяло от самата Турция. Защо ЕС не изисква от Турция да отвори трудовия си пазар за бежанците и не пусне децата им в училищата? Защото ако това се случи и условията на живот на бежанците се подобрят, те няма да рискуват живота си бягайки към ЕС. Пределно ясно е, че това не е в интерес на Турция, която ще продължи да сътрудничи в трафика на мигранти към ЕС и ще продължи да подкрепя „Ислямска държава".

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito***.** – Se indagarmos qual dos aliados dos EUA – de França a Israel, do Reino Unido às ditaduras do Golfo – terá cumprido, ao longo dos últimos anos, o papel central na operação de desestabilização e agressão à Síria e ao seu povo, certamente a Turquia assume lugar cimeiro. Desde o primeiro momento, a Turquia – membro da NATO – ingeriu-se ativamente na situação da Síria, num manifesto desrespeito pelo direito internacional. A Turquia foi utilizada para servir de base e dar suporte aos diversos grupos armados – que integram milhares de mercenários – aos quais foi atribuída a concretização do objetivo de destruição do Estado sírio, a pilhagem dos seus recursos e do património do seu povo. Uma gigantesca pilhagem que, alimentando todo o género de tráficos e tendo na Turquia um seu recetor, é uma das fontes de financiamento dos terroristas apoiados e armados pelo imperialismo, que agora afirma querer combatê-los. Estes são aspetos que andaram arredados deste debate e que os principais grupos políticos procuraram compreensivelmente evitar. Um silêncio cúmplice. As conclusões da cimeira UE-Turquia estão em linha com as políticas externa e migratória da UE, que a cimeira procurou operacionalizar: reacionárias, desumanas, inaceitáveis.

Neena Gill (S&D), *in writing***.** – The deal reached between EU Member States and Turkey in a bid to weaken the refugee inflow starkly contrasts in both speed and magnitude with the decision making on the management of the refugee crisis inside the EU. While Member States are dragging their feet on honouring funding pledges to manage the refugee crisis, EUR 3 billion has been promised to Turkey in return for its help on sheltering refugees.

I acknowledge the need for engaging with Turkey to bring peace and stability to our neighbourhood, but we cannot undermine our enlargement policy by trading off commitments on accession negotiations and visa liberalisation against Turkey's willingness to carry a bigger burden on migration. Especially not if this means remaining silent on the violation of human rights and freedom of speech in the country, and on the way in which the Turkish government appears to be instrumentalising conflicts in the region to settle matters with the Kurds. There is a thin line between engaging with a country in order to encourage it to do the right thing, and simply buying its cooperation while closing one's eyes to injustice.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Turecko na nedeľnom summite EÚ v Bruseli sľúbilo, že zabráni prevažne sýrskym emigrantom vstúpiť do Európy. Turecko zadrží nelegálnych ekonomických migrantov, umiestni ich v detenčných centrách platených z peňazí EÚ a postupne budú vracaní do svojich domovov. Dôležité je, odkiaľ chce EÚ zobrať tri miliardy eur, ktoré poskytne na budovanie infraštruktúry a zabezpečenie potravinovej a zdravotnej pomoci pre 2,5 milióna migrantov, aby títo zostali v Turecku a nepustili sa smerom do Európy. V rozpočte EÚ je na to vyčlenených len 500 miliónov eur. Zvyšných 2,5 miliardy musia nájsť členské štáty vo svojich rozpočtoch. Niektorí európski politici uvažujú zaplatiť tieto náklady z fondov určených na rozvoj zamestnanosti a rastu v krajinách EÚ, iní naznačili, že môžu potrestať krajiny, ktoré odmietli všetky doterajšie návrhy Bruselu na prerozdelenie utečencov. Obidva návrhy sú nebezpečné. Prinášajú nielen spomalenie rozvoja zaostalých regiónov, ale aj zvyšovanie napätia v rámci Spoločenstva. Dôležité bude, aby EÚ dospela k riešeniam v tejto citlivej oblasti nie nátlakom, ale vzájomnou dohodou.

David McAllister (PPE), *schriftlich***.** – Der Gipfel des Europäischen Rates mit der Türkei war ein weiterer Baustein auf dem Weg, die Flüchtlingskrise auf europäischer und internationaler Ebene zu bewältigen. Als das wichtigste Transitland für Flüchtlinge und Migranten ist die Türkei der bedeutendste strategische Partner der Europäischen Union in dieser Krise. Die strategische Partnerschaft wird mithilfe des EU-Türkei-Aktionsplans fortentwickelt. Die Lebenssituation der über 2 Millionen Flüchtlinge in der Türkei muss konkret verbessert werden, damit weniger Menschen die gefährliche Flucht nach Europa auf sich nehmen. Deshalb sind die drei Milliarden Euro der Europäischen Union für die Flüchtlingshilfe in der Türkei eine sinnvolle Maßnahme. Dieses Geld fließt nicht auf das Konto der türkischen Regierung, sondern dient ausschließlich der Finanzierung von Flüchtlingsprojekten. Sie sollen unter anderem die Bildungschancen der etwa 900 000 Kinder verbessern, die in der Türkei beschult werden müssen. Mein besonderer Dank geht an die Kommission. Sie hat in kürzester Zeit den prägnanten EU-Türkei-Aktionsplan verhandelt, der den Weg zu weiteren Fortschritten in der Bewältigung der Migrationskrise ebnet.

Csaba Molnár (S&D), *írásban***.** – Tisztelt Elnök Úr! A menekültek nem azért jönnek Európába, mert Németország vagy Merkel kancellár meghívta őket, ahogy magukat európainak mondó politikusok azt sokszor állítják. A menekültek azért jönnek, mert nem akarják, hogy gyermekeik a mindennapos bombázások áldozatául essenek. A menekültek nem azért jönnek Európába, hogy elvegyék a munkahelyeinket, vagy ne tartsák tiszteletben a kultúránkat, hanem azért, hogy szeretteiket ne mészárolja le az Iszlám Állam. Azért jönnek Európába, hogy gyermekeik tanulhassanak, ha betegek orvoshoz mehessenek, pontosan azt akarják, amit mi akarunk gyermekeinknek. Emberekről, nem pedig haszonlesőkről beszélünk, akiket Németország hívott Európába.

A vasárnapi uniós csúcson az Uniónak és Törökországnak arról sikerült megállapodásra jutnia, hogy három milliárd euróból javítjuk a menekültek életkörülményeit. Oktatást, megfelelő egészségügyi ellátást, emberhez méltó körülményeket biztosítunk számukra Törökországban. Ez nem csak erkölcsileg helyes, de a menekültválság megoldásának kulcsa is.

Sajnálatos módon ma a magyar miniszterelnök az egyik legnagyobb akadálya a menekültválság kezelésének, a közös uniós menekültpolitika kialakításának. A kvóta-rendszer elutasításával veszélyezteti az európaiak és benne a magyarok biztonságát, a határok nélküli Európát. Az önző különutas politikák korának véget kell vetnünk, helyette európai megoldásokra, a közös európai határőrség felállítására van szükség.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult***.** – ELi ja Türgi tippkohtumine oli asjakohane arvestades arenguid nii põgenike ja terrorismi teemal kui ka Süüria kodusõjas ning nende mõju nii ELile kui Türgile. Kõigis nendes küsimustes on võtmetähtsusega Türgi ning lahendust ei ole võimalik leida EL-i ja Türgi vahelise koostööta. On hea, et tippkohtumisel lepiti kokku ühisavalduses ja rändetegevuskavas, ent oluline on see, et seda tegevuskava ning ette võetud plaane ka täidetaks. EL peab leidma vahendid Türgi fondi jaoks. Selleks, et põgenikevool väheneks, tuleb parandada olukorda põgenikelaagrites ja seda saab EL teha eelkõige rahaliselt panustades. Väga oluline on Türgiga jätkata liitumiskõnelusi ELiga, kuid laienemine tuleb hoida lahus põgenikekriisi kontekstist. Üks ei saa sõltuda teisest. Tuleb edasi liikuda peatükkide avamisega ja töötada viisavabaduse saavutamise nimel nii, et kõik tingimused oleksid täidetud.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), *γραπτώς***.** – Στο πλαίσιο της πρόσφατης συνόδου κορυφής ΕΕ - Τουρκίας για το προσφυγικό, ελήφθησαν πολλές ευνοϊκές αποφάσεις για την Τουρκία, μολονότι η χώρα αυτή δεν έχει αποδειχτεί, μέχρι στιγμής, αξιόπιστος εταίρος της ΕΕ σε μία σειρά από ζητήματα. Συγκεκριμένα, δεν τηρεί τις Συμφωνίες Επανεισδοχής μεταναστών, τις οποίες έχει υπογράψει με την ΕΕ και την Ελλάδα, και ανέχεται αποδεδειγμένα την ανεξέλεγκτη δράση των εγκληματικών δικτύων παράνομης διακίνησης ανθρώπων στο έδαφός της, με εκατοντάδες χιλιάδες μετανάστες να διοχετεύονται στην Ευρώπη μέσω Τουρκίας. Ταυτόχρονα, συνεχίζει να δημιουργεί συνθήκες έντασης και αμφισβήτησης του διεθνούς δικαίου με συνεχείς παραβιάσεις των κυριαρχικών δικαιωμάτων της Ελλάδας και της Κύπρου - κρατών μελών της ΕΕ - με την παράλληλη μη αναγνώριση της Κυπριακής Δημοκρατίας. Για ποιόν λόγο η ΕΕ αρνείται να πιέσει σε θεσμικό επίπεδο την Τουρκία να δημιουργήσει κέντρα υποδοχής προσφύγων στα παράλιά της, στο πλαίσιο ανάληψης περισσότερων υποχρεώσεων από τη χώρα αυτή για τη διαχείριση του μεταναστευτικού και την πρόληψη απώλειας ανθρώπινων ζωών στη θάλασσα; Ας μην ξεχνάμε, ότι πρόκειται να ανέλθει στα 3 δισεκατομμύρια ευρώ η ήδη αυξημένη χρηματοδότηση που λαμβάνει η Τουρκία από την ΕΕ για τον σκοπό αυτό. Γιατί πρέπει να παρέχουμε στην Τουρκία ανταλλάγματα για να πράξει τα αυτονόητα;

10. Beschluss über das Paket „Kreislaufwirtschaft“ (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Bizottság nyilatkozata – A körforgásos gazdaságra vonatkozó csomagról elfogadott határozat (2015/2927(RSP)).

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission***.** – Madam President, this morning in the Commission we adopted an important package on the circular economy. It is the result of very intensive teamwork and it really is a pleasure to present this package to you today, together with Vice-President Katainen and Commissioner Vella.

This is a really innovative way of working in the Commission. We have worked together with more than half of the Commissioners for a year to bring everything together because here, if we want to make this transformation, we need all areas of our activities. And so this novel way of working is something that is also the way forward: the way the Commission should be working in the future.

In the week that COP21 in Paris has started, this is, I think, a very timely proposal. Action on the circular economy ties in closely with our energy and climate policies. More and more evidence shows the wider benefits of the circular economy, including in lowering carbon dioxide emissions.

There are many good reasons for moving away from our linear economic model, which is extremely resource-intensive. In a world where the population rises every day, with huge demands placed on land, water, food, feed, raw materials and energy, we cannot rely further on a 'take, make, use and throw away' approach. The circular economy, as an agenda for change, is not only an environmental necessity, it is the only model that makes sense in the long term for our European economy. It makes economic sense to use natural resources in a smarter way. Europe cannot compete on wage costs, although sometimes we try – and we lose. And Europe is not graced with the same natural resources as other parts of the world: they are finite in Europe, and when they are available, they are very expensive. The future is in providing products that are used and reused and do not deplete the earth's natural resources. It will also allow us to continue as a market leader for green technologies.

So the question is not whether we want to set Europe on a circular path of growth. It is rather how we, at our level, help our businesses, citizens and Member States to get where they want to be, where they need to be, and to get there more quickly and in better shape. With the package we are proposing today, we want to give a concrete push to the circular economy and accelerate the transition.

What we are presenting is an ambitious and comprehensive EU framework that Europe needs to take action and make real progress towards the circular economy. It is an all-encompassing approach of smart regulation, market- based instruments, innovation and incentives. It is a clear signal to economic operators that we are simplifying the EU single market in this area to create new business opportunities and to boost the market for secondary raw materials. We want to be more ambitious than in the past by going beyond waste, with measures covering the full life-cycle of products, from the design of a product and production processes – and of better-informed consumption choices – to modern waste management. We want to back this up with our financial instruments and funds.

Our action plan and revised waste proposals adopted today are mutually supportive measures that will contribute to making real progress on the ground. While Jyrki will shortly go into more detail on the wide range of actions we propose, let me say a word about our waste management proposals. Continuously advancing on waste management remains a priority. With targets, and through incentives and support for recycling and reuse, we want to ensure that resources stay within the circle and are available for future use. Waste is not managed as well as it could be. From the total waste production in the EU, only a limited share, 36%, was effectively recycled. The largest share, 37%, was simply sent for disposal, whether in landfills or on the land. Losing this material means that significant growth and competitiveness potential is not being exploited. To fundamentally improve waste management practices we need EU waste legislation. The legislative package we have adopted today will provide a very clear and stable policy framework allowing public and private actors across the EU to develop long-term investment strategies focusing on prevention, reuse and recycling, and avoiding overcapacity in incineration. Is it ambitious? Well, let me say that this is most likely the world's most ambitious legislation and probably contains the strictest recycling and land-filling targets on earth.

Our proposal will also reduce the administrative burden for SMEs and public administrations by improving definitions and simplifying reporting requirements. While reflecting a high level of ambition, our proposals also take due account of the different realities and recycling performance levels across the EU. Differences today are huge, but our objective is to achieve gradual convergence to best-practice levels. Efforts to close today's implementation gaps will be supported by the EU Cohesion Policy, with EUR 5.5 billion already available in the run-up to 2020.

Food waste is a particular priority area where we want rapid change. It is economically, socially and, quite simply, morally unacceptable that so much edible food is wasted every year in Europe. In September we adopted the UN Sustainability Development Goals, including a target to halve food waste by 2030 at the retail and consumer level, and to reduce food losses along production and supply chains. The EU and its Member States are committed to delivering on this target. With that aim, we will develop a reliable method to quantify and understand food waste in order to act on it efficiently. We will also work hand-in-hand with Member States and stakeholders on a dedicated platform to support the achievement of our goal.

If I may, I would now like to give the floor to Vice-President Katainen.

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission***.** – Madam President, honourable Members, it is a very big honour to be here to discuss with you the very significant package the Commission has proposed. This is part of the European Investment Package.

The circular economy is a phenomenon in the global market economy which one can compare to globalisation, which we have witnessed over the last two decades. So it is not just a side-effect or a secondary element of the market economy; instead it is a global mega-trend and will be even more so in the years to come.

The package which we have proposed is more ambitious than the previous legislative package on waste. Now we are completing the circle. Now we can really talk about the Circular Economy Package.

This package is a competitive package and it is also a single market package. How ambitious it is can be measured partially also by the speed with which the co-legislators are dealing with the proposals that the Commissioner is bringing forward.

This is about empowering consumers and encouraging businesses to move from an inefficient and unsustainable linear economy to a circular market economy.

The package is the beginning of the story. It will not transform the European economy from the current linear model in one go, overnight, to a circular economy. But at least, at the moment, with this package we can create a good start and a good basis and a good structure to further develop circular economy initiatives.

The action plan will complement the two initial legislative proposals concerning waste. In the action plan there are proposals ranging from product design to creating an internal market to secondary raw materials, and further support for the industrial symbiosis by recognising the value of by-products.

A key objective here is to work on further deepening the EU single market, which is also the most important part of the investment plan for the EU. This matters because there are barriers that make it difficult for businesses to optimise the resources used. That is why creating a market for secondary raw materials and ensuring a reliable quality standard is crucial. It is fundamentally about broadening our internal market.

The ecodesign framework is a tool to strengthen development where products are easier to repair, dismantle and recycle. We will broaden the scope of ecodesign from energy efficiency to resource efficiency. Ecodesign is an important tool, which will empower consumers and create a level playing field for businesses.

We are also announcing a specific strategy on plastics – an important and complex issue. Today only 25% of plastic waste is recycled, whereas half goes to landfills, with economic and environmental consequences. Large quantities of those plastics end up in the oceans, creating marine litter. We will develop work to address all these issues based on the latest evidence.

In addition to this, there will also be a revised regulation on fertilisers in order to recognise organic and waste-based fertilisers and to support bio-nutrition. Also, there will be a legislative proposal on minimum standards for reused water for irrigation.

Public authorities, starting with the Commission, will be encouraged to step up their uptake of circular economic criteria in public procurement. This has great potential for the circular economy, as public procurement makes up nearly 20% of EU GDP. We will therefore emphasise circular economy aspects in new or revised criteria for creating public procurement, and the Commission will lead by example.

Finally, the Commission strongly supports innovation to make the circular economy happen. We need to rethink our ways of producing and consuming. We need to create new technologies and business models, which will shape our future. In the Horizon 2020 work programmes for 2016 and 2017, we are putting EUR 650 million on the table for innovative demonstration projects. Added to this, there are EUR 5.5 billion in structural funds for circular economy purposes. In addition to this, EFSI can finance projects which are either joint ventures between the private and public sectors or private investors.

So by quickly implementing the proposals now, we can achieve both economic and environmental – but also societal – gains by transforming our linear economy to a circular market economy. Let us give consumers an opportunity to lead the transformation by their choices, and let us strengthen competitiveness and create incentives to businesses to change their business models.

Giovanni La Via, *a nome del gruppo PPE***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, devo ringraziare i Vicepresidenti per aver mantenuto un impegno a nome della Commissione, per averci portato entro l'anno questa proposta che il Parlamento aveva fortemente voluto e difeso l'anno scorso. Questa è una proposta che il Vicepresidente Timmermans aveva definito più ambiziosa e sicuramente lo è nella misura in cui si inserisce in un pacchetto sull'economia circolare e se la volessimo valutare esclusivamente sulla base dei *target* dei rifiuti, probabilmente, invece, la valuteremmo in modo diverso. Ma credo che sia più ambiziosa, anche perché ci dà la possibilità con posizionamenti diversi, per gli Stati diversi che hanno condizioni differenti, di raggiungere gli obiettivi, e quindi di avere una proposta ben calibrata rispetto alla situazione attuale. Forse volevamo sentir parlare ancora un po' di più di *food waste*, ne abbiamo sentito parlare e ci aspettavamo forse qualcosa in più, ma sicuramente il percorso sarà utile per migliorare la proposta e per raggiungere un pacchetto più equilibrato che è quello che voleva questo Parlamento.

Simona Bonafè, *a nome del gruppo S&D***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Vicepresidenti, Commissario Vella, siete stati di parola, avevate detto che avreste presentato la nuova proposta sull'economia circolare entro la fine dell'anno e oggi siamo qua a discuterne; avevate anche detto che avreste presentato una proposta che chiudeva il cerchio, al contrario di quella ritirata incentrata solo sul conferimento dei rifiuti. Oggi abbiamo davanti un piano d'azione che, con azioni e scadenze precise, individua fin dal momento iniziale dell'ecoprogettazione di un prodotto, i passaggi necessari per accelerare la transizione del nostro sistema economico da lineare a circolare, con una visione olistica fondamentale per noi socialisti e democratici.

Mi pare un buon punto d'inizio e, d'altra parte, non possiamo più permetterci che 600 milioni di tonnellate di rifiuti, che potrebbero essere riutilizzati come materie prime e risorse, vengano invece buttati via in Europa ogni anno. Faremmo però un errore a considerare l'economia circolare solo una politica ambientale o peggio ancora una questione di rifiuti, è molto di più! Non posso non rilevare che il fatto che diverse direzioni generali abbiano collaborato alla proposta, già di per sé, sottolinea che l'economia circolare è una politica *mainstreaming* fra tutti i settori della Commissione e noi vigileremo attentamente perché questo accada con i finanziamenti adeguati.

C'è però un punto su cui non avete mantenuto fino in fondo la promessa: abbassare al 65% la quota di riciclaggio dei rifiuti urbani, lo dico senza remore, è un errore. Mancano inoltre *target* concreti di prevenzione, primo anello della catena del ciclo dei rifiuti, a partire proprio dallo spreco alimentare che veniva già ricordato Sia chiaro, non siamo appassionati di *target*, il problema non è un punto percentuale in più o in meno, il problema, cari Commissari, è che con una *roadmap* ambiziosa come quella che voi avete presentato, per essere credibile, deve essere supportata dalla definizione di obiettivi misurabili da raggiungere altrettanto ambiziosi e perché, se vogliamo davvero volgere verso un'economia circolare è anche con *target* realmente ambiziosi che possiamo promuovere un sistema che riduce i rifiuti e punta su efficienza, durabilità e riciclaggio, e riuso dei prodotti. Su questo punto, lo dico fin da ora, il gruppo dei Socialisti e democratici non è disponibile ad abbassare l'asticella delle aspettative.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie***.** – *Trash is cash*. De uitdrukking komt van u, meneer Timmermans. Dat was goed gevonden. Beter en meer duurzaam gebruik maken van hulpbronnen is essentieel. We hebben anderhalf jaar vertraging opgelopen en ik zal het voorstel natuurlijk in detail bestuderen, maar toch heb ik al enkele vragen en punten van kritiek, specifiek rond de afvalwetgeving.

1. U hebt het zelf gezegd: de grote verschillen tussen de lidstaten bij de uitvoering van de bestaande wetgeving en het bereiken van de doelen 2020 zijn een enorme uitdaging. Terwijl wij in Vlaanderen bijvoorbeeld 65 procent van ons huishoudelijk afval recycleren, storten sommige lidstaten nog 80 procent ervan. Een volledige uitvoering van de bestaande afvalwetgeving is dus een noodzakelijke eerste stap. Maar welke inspanningen zal de Commissie daarvoor leveren?

2. Ik begrijp dat maatwerk nodig is, maar het verlagen van het ambitieniveau van 70 naar 65 procent inzake recyclagedoelstellingen voor huishoudelijk afval én uitstel bieden aan een hele reeks lidstaten is volgens mij niet zo'n goede keuze. Alternatieve oplossingen om iedereen aan boord te krijgen zijn mogelijk, bv. door twinningprojecten, het formuleren van tussentijdse doelstellingen.

3. Maatwerk is niet alleen nodig voor lidstaten die het moeilijk hebben, maar ook voor voorlopers zoals mijn eigen regio. Hoe wil de Commissie deze concreet aanmoedigen en ervoor zorgen dat innovatie alle kansen krijgt? En tenslotte, een verbod op het storten van recycleerbaar materiaal moet de basis vormen van een kringloopeconomie. Het is mij onduidelijk hoe hard de Commissie dit maakt.

Gerben-Jan Gerbrandy, *on behalf of the ALDE Group***.** – Madam President, it is one year since the political blunder of withdrawing the Waste Package, and now we know where we stand. We have, first of all, a new legislative waste proposal which is slightly weaker than the one we had before, and I assume that the Commission expects Parliament to increase the level of ambition and to pick up the fight with the Council. I would tell the Commission that I am willing to do so.

Secondly, we have an action plan, but I am afraid it is an action plan in which the actions are to be limited to within the Berlaymont Building. It is a sort of weaker, copy-paste version of the roadmap to resource-efficient Europe that we had in 2011, so we have had not a two-year delay but a four-year delay. I really expected, after the very strong language from the Commissioners, an acceleration in the transition towards a circular economy. I am afraid that is not happening with this action plan, so I urge the Commission to step up its pace and really accelerate.

Josu Juaristi Abaunz, *en nombre del Grupo GUE/NGL***.** – Señora Presidenta, señor Timmermans, señor Katainen, su propuesta se aleja de la del Parlamento. Creo que falta ambición y concreción en medidas y en implementación, y eso frena su potencial para impulsar un cambio sistémico, y realmente lo necesitamos para crear una economía circular que, entre otras cosas, elimine virtualmente los residuos.

En relación con el marco financiero ligado a la gestión de residuos, la Comisión sí deja muy claro que cualquier inversión en este ámbito debe cumplir los objetivos de reciclaje. Por ejemplo, confirma que no habrá ninguna inversión en incineradoras que no esté absolutamente justificada, es decir, solo en casos excepcionales.

Les pido más ambición en prevención y reutilización, en recogida selectiva de biorresiduos y en los objetivos de reciclaje. Es perfectamente posible y beneficioso en todos los aspectos avanzar más y más rápidamente, y ciudades y territorios como Liubliana, Gipuzkoa o Contarina ya lo han demostrado.

Davor Škrlec, *u ime kluba Verts/ALE***.** – Gospođo predsjednice, poštovani gospodine Timmermans, ispunili ste obećanje od prije godinu dana da ćemo krajem 2015. dobiti paket cirkularne ekonomije. I dobili smo zaokruženi paket, ali ne možemo se složiti da smo dobili i ambiciozniji paket. Izgubili smo godinu dana. Naše gospodarstvo je izgubilo inerciju da potaknemo europsku ekonomiju na europskoj razini da prihvati cirkularnu ekonomiju kao put u budućnost.

Novi prijedlog sadrži nove elemente, što je pohvalno, jer smo zbilja zaokružili ekonomiju. Međutim, izostali su obvezujući ciljevi za resursnu učinkovitost. Izgubila se veza prema Europskom semestru u indikatorima učinkovite potrošnje resursa. Izostali su ciljevi smanjenja otpada, izostali su ciljevi smanjenja onečišćenja mora i prekomjernog bacanja hrane. Da vas podsjetim, sve je to napisao i izglasao u svojem izvješću, u srpnju ove godine, Europski parlament. Ali ta informacija se očito negdje izgubila u hodnicima Europske komisije.

Nismo dobili konkretne mjere nego samo manje izmjene direktiva o gospodarenju otpadom, a sve ostalo je popis, usudio bih se reći, popis želja ili popis drugih akcijskih planova bez konkretnih mjera. Previše toga je na dobrovoljnoj bazi, i moje je pitanje Vama gospodine Timmermans: koje nam garancije daje Komisija da će se paket provesti, a danas smo svjedoci da postoje problemi u provedbi i implementaciji postojeće legislative? Koje tržište, koje spominjete, će biti garancija provedbe kad ono zapravo danas ne postoji?

Prijedlog da se pretvorba otpada u energiju rješava u okviru energetske unije zvoni na uzbunu. Naša ekonomija traži održive inovacije, treba pametan dizajn, a ne spaljivanje. Spaljivanje, gospodine Timmermans, nas vraća u kameno doba umjesto da u novim tehnologijama budemo lideri i to globalni lideri. Napravili ste neke dobre stvari. Nekim državama članicama ste omogućili jedan gratis period ako ne mogu ispuniti svoje ciljeve. Međutim, kako ćete tim državama omogućiti da one zapravo, kada dođe trenutak i kažu da ne mogu ispuniti te ciljeve, zbilja te ciljeve i mogu ispuniti mjerama koje, kao što sam rekao, se nalaze u akcijskim planovima koji ne sadrže konkretne mjere.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Piernicola Pedicini, *a nome del gruppo EFDD***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nessun riferimento all'eliminazione degli incentivi alle fonti fossili; nessun riferimento all'eliminazione degli incentivi all'incenerimento e alla messa nelle discariche; nessun *target* sul riuso, un obiettivo sul riciclo dei rifiuti municipali che passa dal 70 al 65% nel 2030, un obiettivo sul riciclo agli imballaggi che passa dall'80 al 75% e un obbiettivo sui rifiuti alimentari che dal 30% va a nessun obbligo. Io da quando sono qui la parola che ho ascoltato di più è ambizione, però è anche, per me, la parola che ha perso più di significato, per quanto mi riguarda, perciò i parlamentari che si fanno complici, che hanno sposato questa parola, rispetto a questa proposta, per me sono, appunto, complici di una proposta indebolita.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren Vizepräsidenten, meine Damen und Herren! Ich möchte der Kommission meinen Glückwunsch aussprechen, dass sie heute den Vorschlag vorgelegt hat – das ist das Entscheidende.

Ist es ein ambitionierter Vorschlag? Er ist auf jeden Fall anders, und das müssen wir mal genau analysieren. Ich stimme all denjenigen zu, die sagen, beim Thema Nahrungsmittelverschwendung hätten wir ein bisschen mehr erwartet, und da werden wir sicherlich Änderungsanträge machen. Dass wir an diesem Vorschlag jetzt zügig arbeiten, ist aus vielen Gründen notwendig.

Ich möchte aus aktuellem Anlass vor allen Dingen auf das Argument Klimaschutz hinweisen. Wenn Abfall auf die Deponie gelangt, entsteht Methan, und Methan ist ein wesentlich stärkeres Treibhausgas als CO_2. Deswegen müssen wir etwas tun. In meinem Land – Deutschland – kommt der größte Einzelbetrag eines Wirtschaftszweiges überhaupt – 20 % – von der Recyclingwirtschaft. Das ist sicherlich ein Modell, das wir uns mal genauer anschauen sollten. Also: Wir werden die Details genau prüfen, aber wir müssen an die Arbeit gehen und dürfen jetzt nicht mehr nur Grundsatzdebatten führen!

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, je l'ai écrit dans mon rapport concernant la COP 21, cette COP 21, ce sommet de Paris, n'a pas seulement pour but de lutter contre le changement climatique, mais aussi de changer de paradigme économique.

Or, en développant l'économie circulaire, on permet ce changement de paradigme économique et on permet – et je trouve que c'est intéressant de voir cette proposition de directive, qui va dans le bon sens – tout d'abord des économies de matières premières. Rappelons que 630 milliards d'euros du déficit commercial de l'Union européenne peuvent être attribués à une dépendance envers les matériaux importés.

Nous avons aussi la création d'emplois: l'économie circulaire, c'est deux millions d'emplois nouveaux. Et puis, c'est une protection de l'environnement; les émissions de CO_2 diminueraient de 48 % en 2030 et de 83 % en 2050 par rapport aux niveaux de 2012.

Voilà des propositions de développement de l'économie circulaire qui vont effectivement dans le bon sens et qui sont conformes à notre objectif discuté en ce moment même à Paris à l'occasion de la COP 21.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Frau Präsidentin! Was mir als ehemaligem Umweltmanager des WWF in Deutschland und als ehemaligem Industriepräsidenten bei der Behandlung dieses Dossiers auffällt, ist, dass wir uns hier sehr oft mit ideologischen Argumenten beschäftigen anstatt mit wissenschaftlichen Argumenten.

Wir sehen es zum Beispiel an der Möglichkeit der Wiederverwendung von PVC, das nach Ansicht gewisser Leute in diesem Parlament unbedingt verbrannt werden sollte. Meine Damen und Herren, das widerspricht natürlich der Idee der Kreislaufwirtschaft. McKinsey hat festgestellt, dass bis zum Jahre 2030 bei einer ökonomisch organisierten Kreislaufwirtschaft 1,8 Billionen Euro gespart werden können!

Im Übrigen – jetzt kommt mein ceterum censeo – bin ich der Meinung, dass die Einheitswährung abgeschafft werden muss, weil sie zu Zwist und Zwietracht in Europa führt.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, Commissioners, let us have a look at the current facts. The current facts are: the waste package has been stuck in the Council, the EU has been split, we have Member States with a pretty bad record on waste management, we have falsification of data, we have differing data, we do not have definitions, etc. This is the real situation and, against that background, I think you have come up with a concept. That is what I would like to underline and what I appreciate. Of course, we can discuss figures – a 65% or a 70% target, etc. – but I think that we need to be ambitious in terms of putting the concept into practice. That is why I think that the cold shower you have received from some of my colleagues may not be entirely justified.

I would make two remarks. One is that, in terms of definitions and the latest statistics, this will not be easy. But, apart from the economic incentives, let us look at what we could do in terms of tax, fiscal and other incentives. This is much broader.

I am sorry, I have to finish, but I am sure we will have more time in the future, and I have a few ideas for the future.

Karl-Heinz Florenz (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, Herr Vella! Ich bin heute eigentlich nicht unzufrieden. Ich war sehr unzufrieden, als die Kommission den Bericht zurückgezogen hat. Sie haben da Wort gehalten, das Datum steht. Und ich glaube, es ist jetzt ins Bewusstsein der Bürger und auch der Politik gekommen, dass Ressourcenpolitik ein wichtiger Faktor ist. Ich höre, dass Prozentsätze und Ziele im Moment hier eine große Rolle spielen. Ich darf Ihnen sagen: Tappen Sie nicht in diese Falle, denn erst müssen wir Kriterien und Methoden festlegen, wie wir denn zu den Zielen kommen. So gibt es in Deutschland bestimmte Ziele und in Italien vielleicht auch, aber in Wirklichkeit sind sie am Ende ganz unterschiedlich. Deswegen ist es richtig, dass wir uns sehr intensiv mit den Begriffen – zum Beispiel: Was ist Recycling? –auseinandersetzen. Ich würde mir das Kapitel „Aktionsplan" etwas ausgeprägter vorstellen, denn da steckt ja die Musik drin. Herr Vizepräsident, da müssen Sie noch ganz hart arbeiten und schnell liefern, damit es ein Gesamtpaket gibt. Darauf kommt es an!

Massimo Paolucci (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il pacchetto e la comunicazione su economia circolare rappresentano un passo in avanti. Ci piace l'approccio di sistema che supera la logica sbagliata di interventi settoriali, gestione dei rifiuti, spreco alimentare, progettazione ecocompatibile, riorganizzazione cicli produttivi, edifici sostenibili, appalti verdi, sono grandi questioni interconnesse. L'approccio è giusto, nel merito non tutto ci soddisfa, non tutto va bene. Obiettivi ambiziosi devono concretizzarsi in atti legislativi e tempi certi e stringenti. Il tempo non è una variabile indipendente. Serve più coraggio e determinazione, l'esatto contrario di quello che ha fatto il Consiglio sul caso *Volkswagen*. *Target* più ambiziosi per i rifiuti, tempi vincolanti sugli obiettivi, un passo in avanti più deciso su indicatori di efficienza, va colmata la lacuna su inquinamento marino, bene l'impegno a rispettare la decisione delle Nazioni Unite per dimezzare lo spreco alimentare entro il 2030, ma servono tempi certi e impegni legislativi.

Andrzej Grzyb (PPE). – Pani Przewodnicząca! Komisja przyjęła dzisiaj ambitny pakiet ekonomii cyrkulacyjnej wraz z ambitnymi celami dotyczącymi recyklingu w wysokości 65%. Jest to urealnienie w stosunku do wcześniejszego projektu. Po drugie, cel ten nie jest do zrealizowania bez współpracy z samorządami, ale również ze społeczeństwem. Wymaga on pełnej akceptacji tych naszych propozycji. Po trzecie, Komisja była krytykowana za to, że nowe cele spowodują, że powstanie mniej miejsc pracy, ale to musi też być realny projekt, bo gdyby był zbyt ambitny, to wtedy za to zapłacą gospodarstwa domowe i nasze rodziny. Po czwarte, celu tego nie da się zrealizować bez recyklingu substancji toksycznych. Wspominany tutaj został cel i poziom recyklingu między innymi plastików, ale przecież duża ich część pozostaje

jeszcze na składowiskach. Coś trzeba z tym zrobić. I po piąte, niektóre państwa powinny mieć więcej czasu na dostosowanie się do tego celu. Należy zastanowić się nad podniesieniem do 25% obecnego poziomu recyklingu jako kryterium dla państw, którym przydziela się dodatkowo 5 lat na wdrożenie tego projektu.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Vice-Presidente, Senhor Comissário, nos últimos tempos os sucessivos conflitos e crises globais não têm sido de modo a gerar esperança e confiança no futuro. E esta é mais uma razão para sublinhar a importância do consenso político de alto nível que se começa a desenhar em Paris. Um consenso político não apenas para mitigar o aquecimento global, mas para mudar comportamentos e modelos de gestão económica e social.

A mensagem de Paris é muito similar à mensagem deste pacote de economia circular. É preciso colocar as pessoas e o planeta no centro do processo de desenvolvimento sustentável. E este pacote responde aos desafios do uso eficiente dos recursos ao longo de todo o seu ciclo de transformação e uso, e com isso ajudará a resolver questões-chave como o crescimento, a criação de emprego de qualidade, a redução das desigualdades, a preservação dos oceanos, ou a proteção da biodiversidade. Temos razões de esperança e otimismo. Não podemos deixar que a burocracia e as falhas de implementação sejam de novo as bestas negras de uma estratégia tão importante como esta. Se os cidadãos, as empresas e as instituições assumirem este caminho como o seu caminho chegaremos a bom porto.

Antonio Tajani (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signori rappresentanti della Commissione, per garantire una crescita sostenibile nell'Unione dobbiamo usare le risorse a nostra disposizione in maniera più intelligente. L'economia circolare rappresenta una necessità per l'Europa: dobbiamo ridurre le emissioni di CO_2, essere più efficienti anche sul fronte dell'approvvigionamento delle materie prime. L'economia circolare rappresenta quindi una grande opportunità, aiuterà le nostre imprese a essere più competitive nel mondo, ci aprirà nuovi mercati, offrirà crescita anche nei settori tradizionali come l'acciaio, l'alluminio e incentiverà anche l'economia verde.

Accolgo con favore il pacchetto presentato dalla Commissione che mira a rafforzare la nostra competitività a livello mondiale, stimolando la crescita economica sostenibile e la creazione di nuovi posti lavoro. Auspico quindi che questo pacchetto rappresenti un ulteriore passo della strategia di reindustralizzazione dell'Unione, approvato dalla Commissione, che punta a raggiungere l'obiettivo del 20% del prodotto interno lordo proveniente dal manifatturiero prima del 2020. Il nostro impegno contro il cambiamento climatico non può infatti prescindere dal ruolo centrale che ha, e deve continuare ad avere, l'industria in Europa.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés***.** – Köszönöm szépen a lehetőséget, Elnök Asszony! Képviselő Úr két fontos dolgot említett: a zöld iparokhoz való viszonyunkat, illetve az ezzel kapcsolatos európai pénzek fölhasználását. Vannak esetek, amikor a körforgásos gazdaság bizony nagyobb kárt tud okozni, mint előnyt. Mondok egy példát: használt gumiabroncsok feldolgozása. Nagyon sokszor európai támogatással megy, és olyan környezetszennyezésbe torkollik, amit hát nehéz elviselni. Ön hogyan gondolná ezeket megakadályozni?

Antonio Tajani (PPE), *Risposta a una domanda «cartellino blu»***.** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è chiaro che dobbiamo trovare un giusto compromesso, quello che ho sempre cercato di raggiungere quando ero Commissario, tra politica ambientale e politica industriale. Si può organizzare un matrimonio di interesse forse tra politica industriale e politica ambientale che darà certamente dei buoni successi. La terza rivoluzione industriale non può che essere una rivoluzione industriale verde, naturalmente bisogna trovare, settore per settore, ivi compreso quello delle gomme, i giusti compromessi per favorire l'industria e per non danneggiare l'ambiente.

Interventions à la demande

Ivana Maletić (PPE). – Gospođo predsjednice, pozdravljam gospodina potpredsjednika i potpuno se slažem s njim da ne možemo konkurirati visinom plaća, ali kvalitetnim i inovativnim korištenjem prirodnih resursa, sigurno da. Kružno gospodarstvo znači ostvarivanje veće koristi od resursa kojima raspolažemo. Znači prepoznavanje vrijednosti u resursima koje smo do sada bacali.

Ovaj paket koji je predložila Europska komisija je važan korak naprijed i jasna poruka Europe, poruka svih nas da u prvi plan stavljamo kvalitetno i višekratno korištenje resursa koje imamo. Cilj *zero waste* je važno postići, ali kada se nastanak otpada ne može spriječiti onda je spaljivanje tog preostalog dijela puno bolje rješenje od odlaganja.

I na kraju, 600 milijardi eura koje godišnje možemo uštedjeti sprječavanjem stvaranja otpada, ekološkim dizajnom i ponovnom upotrebom otpada i te kako nam je potrebno za nova ulaganja i otvaranje radnih mjesta.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la Commissione presentando entro il 2015 la nuova proposta sull'economia circolare rispetta gli impegni presi con il Parlamento, come nella risoluzione del luglio scorso. Il pacchetto è però un po' meno ambizioso e con qualche dimenticanza. Ci si aspettava un aumento degli obiettivi di riciclaggio e di preparazione per il riutilizzo di almeno il 70% dei rifiuti solidi urbani, mentre la proposta della Commissione è ferma al 65. Avevamo segnalato l'importanza di arrivare a una riduzione vincolante e graduale di tutti i tipi di smaltimento in discarica, fino a raggiungere il divieto completo e anche qui la Commissione mantiene una cura del 10%. Le abitudini economiche e di consumo dell'Unione europea si basano su un modello insostenibile dal punto di vista ambientale. Abbiamo la fortuna di vivere in una delle regioni più prospere al mondo e proprio per questo abbiamo quindi l'obbligo morale di sviluppare prodotti e processi su misura per attuare un'economia circolare che ci consenta anche di sfruttare il nostro potenziale di innovazione, generando occupazione e crescita. Insieme ai miei colleghi mi impegnerò, quindi, per migliorare la proposta della Commissione al fine di consegnare ai cittadini europei un pacchetto più ambizioso sull'economia circolare, capace di conseguire gli obiettivi del settimo programma di azione per l'ambiente.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, η ευρωπαϊκή κοινωνία καταναλώνει ανανεώσιμους πόρους κατά 50% ταχύτερα απ' ό, τι μπορεί να τους αντικαταστήσει, ενώ η Ευρωπαϊκή Ένωση εισάγει έξι φορές περισσότερες ύλες και φυσικούς πόρους απ' ό,τι εξάγει. Για τον λόγο αυτό, πρέπει να δημιουργηθεί μια κυκλική οικονομία, με κανόνα την επαναχρησιμοποίηση και την ανακύκλωση. Απέναντι στο γραμμικό σύστημα κατανάλωσης, το πακέτο μέτρων της κυκλικής οικονομίας είναι απαραίτητο. Επιπλέον, η κυκλική οικονομία θα πρέπει να δώσει και οικονομικά οφέλη, κι αυτό θα το καταφέρει, εάν την εφαρμόσουμε μέχρι το 2030, οπότε θα μειωθούν οι δαπάνες κατά 600 δισεκατομμύρια ευρώ ετησίως. Τα συνολικά οφέλη θα φτάσουν το 1,8 τρισεκατομμύρια ευρώ, θα δημιουργηθούν 2 εκατομμύρια θέσεις εργασίας και θα αυξηθεί η ανταγωνιστικότητα της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην παγκόσμια αγορά. Τέλος, προκειμένου να επιτευχθούν οι στόχοι του 2030, θα πρέπει να δοθεί έμφαση στην καινοτομία, την έρευνα, την επιστήμη για να προωθηθεί έτσι το μοντέλο της κυκλικής οικονομίας.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, señor Comisario, una apuesta decidida en Europa por la economía circular es, junto con la igualdad, una de nuestras principales ventajas competitivas en una Unión que depende, como ninguna otra región del mundo, de las importaciones de materias primas.

El principio de tratar los residuos como recursos es una de las llaves del futuro. Apoyar la investigación y trabajar en tecnologías y procesos que nos permitan reutilizar al menos el 70 % de los residuos es clave para desarrollar nuevas formas de producción, cerca de dos millones de empleos y una fuente de crecimiento sostenible, inteligente e innovadora.

Por eso comparto el principio de establecer objetivos vinculantes de reciclaje, eliminar los vertederos, valorizar energéticamente solo lo no reutilizable, impulsar la innovación en este sector y convertir este principio en una seña de identidad del «*Made in Europe*».

Propongo, además, una política fiscal europea común que apoye la economía circular y normas comerciales que protejan producciones sostenibles frente a las que no lo sean. Pero, además, debe incorporar a la inteligencia de los sistemas fiscales la clave de la reutilización.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, thank you very much for the opportunity to speak on this. The circular economy has to be about more than legislation and about more than just talking about the circular economy. The circular economy has to be about the way you live your life. You have got to live it, and if you want this to happen, one of the first things you do if you want to make something happen is you lead by example.

Now we have got to ask ourselves in here: 'are we leading by example?' Are we following the three Rs: recycling, reducing, etc.? Well, we are not. You look at the fact that the water the MEPs drink in here is out of plastic bottles: whatever happened to a water font? We look at the coffee machines: we have cartridges there that are virtually impossible to recycle. Whatever happened to a jar of coffee and a spoon, or is it not good enough for you? We travel up and down to Strasbourg – have you ever heard of 'reduce'? A good way to reduce it would be to cut out that complete and utter codology. I go to committee meetings – and remember we are asking people to follow us – reams of paperwork! Have you ever heard of e-mail? Lead by example, otherwise forget it!

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, I would like to thank the Commissioner for the proposal. Commissioner, you may wonder why you are getting such critical remarks. Well first of all, this is about the credibility of the Commission. When, with a lot of clarity, you promised to be more ambitious, then we expected more ambition.

My first question: We now have an action plan. We already have a communication, we have a strategy, we have a roadmap – we have a lot on the circular economy. What makes this action plan different from all the other communications that we have had before? That we would like to see clarified.

Secondly, on the legislative package, why did it need to be withdrawn one-and-a-half years ago? Because the only thing you have added is an action plan that could have been added now. Why did you need to withdraw the other plan? And if we then go into the contents of it, we see weaker targets, we see fewer targets in the legislative proposal, and one clear question is: where is the target for increasing our resource efficiency, the over-arching target that has been deleted? That is a very, very bad issue.

Franc Bogovič (PPE). – Gospodarstvo je prava odločitev in podpiram to, da je Komisija prenesla predlog v obljubljenem roku. Postati mora nov model, ne zgolj kup papirjev, kup ciljev.

Kot je bilo že tu danes rečeno, postati mora način življenja, in pri izvajanju tega krožnega gospodarstva se moramo zelo osredotočiti tudi na človeka, kajti posameznik se odloči, koliko bo dal na krožnik, ali bo hrana zavržena ali ne bo, posameznik odloča o tem, kaj bo naredil z odpadki.

Zelo je potrebno, da se osredotočimo predvsem na mlade ljudi, ki so lahko tudi veliki promotorji tega načina gospodarstva, hkrati pa tudi tisti, ki bodo to vedenje prenesli v evropske domove.

Veselim se tega, da bomo lahko v tem postopku okoli ciljev še spregovorili, v kolikor se nam zdijo premalo ambiciozni, popravili, predvsem pa moramo to krožno gospodarstvo v prihodnje živeti.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhora Presidente, prezado Comissário Vella, um dos objetivos da implementação e do fortalecimento da economia circular é a redução dos resíduos que desaguam nos mares. O impacto dos resíduos de plástico no mar é extremamente grave, holístico e perene e é identificado por diversos organismos internacionais, sendo uma das prioridades do G7.

Os plásticos e, principalmente, os microplásticos são um problema para a contaminação física, química e molecular das cadeias alimentares dos organismos marinhos. Os plásticos contêm poluentes orgânicos persistentes contaminando os animais que os ingerem e causando problemas hormonais que acarretam alterações nas taxas de crescimento e de reprodução. Atuando como disruptores hormonais, têm sido responsáveis por falhas na reprodução de mamíferos marinhos, peixes e aves para apenas dar três exemplos. Uma das soluções para minimizar este problema é fornecer os instrumentos associados à economia circular, garantindo assim pelo menos não a solução mas a urgente mitigação do problema. A economia circular é incontornável, não é de suficiente, mas pode ser um avanço.

(Fin des interventions à la demande)

Jyrki Katainen, *Member of the Commission***.** – Madam President, I wish to thank the honourable Members very much for their comments and advice. Let me start by saying that Commissioner Vella will be present in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety on 21 December. That committee will have the opportunity to look at the package in a very in-depth manner.

First, what is different with this package compared to the previous one, which was withdrawn by the Commission? First of all, the previous legislative proposal on waste was partially based on humble aspirations. For instance, if you look at the landfill target, it was not legally binding. I do hope that there is no political group – even the Greens – who would put their political weight behind changing our proposal to the one we withdrew, because it would be weaker than the current proposal.

This proposal is now legally binding, whereas the former was not – it was aspirational; it was a kind of hope that somebody would do something. Now it is legally binding. Also, it is not 25%: it is 10% by 2030. Furthermore, what is different is that we are not only talking about how to deal with the waste, but about how to reduce the amount of waste. That is important and it is one of the reasons why we wanted to withdraw the package, make it more realistic and make it more ambitious, and also to look at how we could reduce the amount of waste and create incentives to use so-called waste, which provides valuable raw materials for industry if dealt with properly.

I very much liked Mr Tajani's use of the word 'reindustrialisation'. This is very important, because if we manage to get our incentives right – and Mr Telička mentioned economic incentives also – it really encourages the private sector, entrepreneurs, innovators and also industry, to transform the current business model into a more circular business model.

Also, if you compare the circular recycling target and look at the landfill target, they are one entity. By 2030, recycling levels should be up to 65%. This is legally binding. We also have a review clause which means that by 2025 we have to look at whether we should raise the target above 65%. Also, when we change the landfill target to be more ambitious, it will strengthen achievement of the recycling target.

How many jobs will this create? Well, nobody really knows. Our assessment is that just looking at the landfill target and recycling target, one could imagine some 170 000 new direct jobs. But I would not stare at those figures, because nobody really knows how business will change in the meantime. If you look, for instance, at the Eco-design Directive or eco-design practices and energy labelling practices – without any widening of the scope which we are about to propose – just current practices, our assessment is that, by 2020, the amount of energy we will have saved is approximately the same as the annual primary energy consumption of Italy. So basically it will save money and increase the purchasing power of the average consumer in Europe by a little under EUR 500 per year. Nobody can really assess what kind of impact this will have on job creation. Even if we add our proposal to widen the scope of eco-design, nobody knows exactly what its impact will be, but it is positive anyway; it is significant.

I want to thank Members for this discussion and have one last point on food waste because it was clearly mentioned. Member States are committed to sustainable development goals, and this is mentioned very clearly in the waste legislative package, so Member States must take measures to reduce food waste at each stage of the food supply chain, monitor food waste levels and report back, recording the progress made. The Commission will also elaborate a common methodology to measure food waste. In addition to this, we will clarify legislation relating to waste food and feed in order to facilitate redistribution of safe, edible food to people in need, where it is safe to do so. We will also look at what we could do in order to guide Member States in food donations.

This is a big issue. This is a big part of the European investment package, and there is plenty of room for a pragmatic approach with moderate result-minded thinking. Let us try to find new tools in order to empower consumers and businesses to change the business model.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

José Blanco López (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς***.** – Η συζήτηση που βρίσκεται σε εξέλιξη σχετικά με τη μετάβαση σε ένα μοντέλο κυκλικής οικονομίας, είναι καίρια όσο ποτέ. Καθώς οι προβληματισμοί για τις περιβαλλοντικές συνθήκες αποτελούν μόνιμο θέμα επικαιρότητας και καθώς το αδιέξοδο στην ευρωπαϊκή αλλά και παγκόσμια οικονομία συνεχίζεται, καθίσταται εμφανής η ανάγκη να βελτιώσουμε τον τρόπο ανάπτυξης κρατών και επιχειρήσεων, αλλά και να προβούμε σε οποιαδήποτε ενέργεια μπορεί να προστατέψει το περιβάλλον. Οι ξεκάθαροι στόχοι προστασίας του περιβάλλοντος, μέσω της απομείωσης των εκπομπών ρύπων, της ορθότερης διαχείρισης των απορριμμάτων αλλά και της ανακύκλωσης προϊόντων, επιβεβαιώνουν το πόσο σημαντική είναι η προοπτική μετάβασης στην κυκλική οικονομία. Εν τούτοις, το μοντέλο αυτό είναι άρρηκτα συνδεδεμένο με ριζικές αλλαγές στη δομή τόσο της οικονομίας, όσο και της κοινωνίας μας καθώς απαιτεί την αποδοχή ενός διαφορετικού παραγωγικού μοντέλου, κάτι που θα επηρεάσει άμεσα τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις και τους εργαζομένους, οδηγώντας πιθανώς στην απώλεια θέσεων εργασίας. Για να καταστεί εφικτή μια τέτοια μετάβαση, απαιτούνται προσεκτικές και ισορροπημένες κινήσεις σε νομικό αλλά και πρακτικό επίπεδο. Ο παραγωγικός τομέας θα χρειαστεί ένα σεβαστό χρονικό διάστημα μετάβασης με στόχο να ξεπεράσουμε τη σημερινή αντίληψη για την οικονομία, η οποία περιλαμβάνει δομές παρωχημένες και περιβαλλοντικά επιζήμιες.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich***.** – Ich begrüße den überarbeiteten Vorschlag zur Abfallpolitik und Kreislaufwirtschaft. Ich unterstütze den Ansatz einer kreislauforientierten Wirtschaft, in der Ressourcen nachhaltiger genutzt werden. Es ist dringend notwendig, den gesamten Lebenszyklus eines Produktes unter den Aspekten Ressourceneffizienz, Verbraucherschutz, Klimaschutz zu betrachten, wobei wirtschaftspolitische Interessen auch ihren Platz finden müssen. Ob das Paket der Kommission ausreichen wird, um eine maximale Wertschöpfung und Nutzung aller Rohstoffe, Produkte und Abfälle zu erreichen, Energieeinsparungen zu fördern und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, wird sich in den nun anstehenden Beratungen zeigen.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto***.** – Ogni anno in Unione europea vengono sprecati circa 100 milioni di tonnellate di alimenti: una perdita inestimabile che avviene lungo tutta la catena di approvvigionamento alimentare e che ogni giorno ha un pesante impatto economico, ambientale e sociale per tutta l'economia europea. La *road map* presentata mercoledì 2 dicembre dalla Commissione europea ambisce a facilitare la transizione dell'economia europea da lineare a circolare e si pone tra i suoi obiettivi quello di definire norme europee più intelligenti e ecosostenibili sullo smaltimento dei rifiuti e sulla lotta contro gli sprechi, tra cui quello degli alimenti, facilitando la ridistribuzione di quelli sicuri e commestibili a chi ne ha bisogno. Ritengo che la piena transizione verso questo nuovo modello di economia circolare, obiettivo strategico globale e di lungo periodo, possa realizzarsi solo attraverso l'immediata definizione di iniziative legislative che prevedano target concreti di prevenzione e obiettivi chiari e misurabili, che siano ancora più ambiziosi di quelli che finora sono stati previsti nel pacchetto di proposte della Commissione. Soltanto così facendo l'Unione europea riuscirà a rispondere alle sfide ecologiche e alimentari del nuovo millennio, nel rispetto del principio di salvaguardia di beni e risorse preziose, il cui spreco non è tollerabile.

Michel Dantin (PPE), *par écrit***.** – Monsieur le Président, mes chers collègues, la proposition de la Commission sur l'économie circulaire est à la fois ambitieuse dans ses objectifs et réaliste dans sa mise en œuvre. Produire et consommer sans nous soucier ni de la disponibilité de nos ressources à l'avenir, ni des déchets qui s'accumulent fait partie d'un autre temps. Couplée à une stratégie de ré-industrialisation, l'économie circulaire peut être un modèle dont la vocation est d'inscrire l'Europe dans la durabilité. Il offre également des opportunités de croissance et d'emplois verts, et nous arme contre l'instabilité du prix des matières premières et de l'énergie.

Je salue tout particulièrement les annonces en faveur de la politique de l'eau, qui est d'ores et déjà un sujet environnemental, économique et géopolitique majeur à l'échelle mondiale. Le principe de réutilisation des eaux usées est un concept clé à promouvoir en Europe, afin de répondre au double défi de l'approvisionnement en eau en quantité et en qualité suffisante.

Nos entreprises développent des technologies de pointe; donnons-leur les moyens de les diffuser, par la définition de règles claires et communes au niveau de l'Union européenne.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

Adam Gierek (S&D), *na piśmie***.** – Materiały konstrukcyjne w procesie technologicznym zmieniają swoją strukturę pierwotną. Następuje spadek egzergii tych układów materialnych, czemu towarzyszy wzrost ich entropii. Z tego powodu przywrócenie ich stanu wyjściowego wymaga dodatkowego nakładu energii, co skutkowałoby nieuniknionym wzrostem emisji CO_2. Tak dzieje się ze stalą wytwarzaną metodą wielokrotnego przetopu złomu, w której wzrastają zanieczyszczenia, zwłaszcza miedzią, co zmniejsza ich plastyczność i podnosi kruchość. Tak dzieje się z wielokrotnie przerabianymi termoplastami, których łańcuchy polimerowe ulegają skróceniu, czemu towarzyszy spadek wytrzymałości. Tak jest z tworzywami złożonymi, ze złomem elektronicznym i kompozytowym, które praktycznie tworzą odpady nienadające się do dalszego przetwarzania. Historia techniki dostarcza licznych przykładów stosowanych kiedyś technologii, którym towarzyszyły znaczne odpady, tworzące wielkie, eksploatowane obecnie hałdy. Takie nisze technologiczne są już obecnie wykluczone. Konkludując: gospodarka o obiegu zamkniętym, czyli gospodarka bezodpadowa, to nie jakiś prosty recykling, lecz twórcze poszukiwanie innych zastosowań dla surowców wtórnych, począwszy od ich wykorzystania produk-

cyjnego poprzez odzysk zawartej w nich energii, aż po trwałe i pożyteczne depozytowanie pozostałości, np. w formie materiałów podkładowych.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

György Hölvényi (PPE), *írásban***.** – Tisztelt Elnök Úr! Az Európai Bizottság egy évvel ezelőtt visszavont javaslata után ma végre megjelent a várva várt európai akcióterv a körkörös gazdaság előmozdításáról. A mindössze néhány órával korábban nyilvánosságra hozott javaslat részletes elemzése nélkül, az előzetes információk alapján mindenképpen üdvözlendőnek tartom a bizottság újfajta megközelítését. A körkörös gazdaság megvalósítása ugyanis nem csupán hulladékgazdálkodási kérdés. A körkörös gazdaság lényege a fenntarthatóság, amely elsősorban az okos nyersanyag-használatra, a termékek megfelelő tervezésére és a gazdasági szereplők feladatainak pontos meghatározására épül.

I. Ferenc pápa tanításával egyetértve vallom, hogy a jelenlegi „eldobó" fogyasztói szokásainktól való elszakadás nélkül bolygónk képtelen lesz a túlélésre. A körkörös gazdaságra való átállás segítségével magunk mögött hagyhatjuk a termelés és fogyasztás „vedd-csináld-fogyaszd-dobd ki" pazarló szokásait, miközben új üzleti modelleket és munkalehetőségeket teremthetünk Európában.

Fontos ugyanakkor, hogy munkánk során figyelembe vegyük a tagállamok eltérő gazdasági adottságait és kiindulási helyzetét. Az új céloknak megvalósíthatóaknak kell lenniük, amelyek a kötelezettségszegések növelése helyett a fenntarthatósági szemléletváltást segítik elő. Örömmel tölt el, hogy az élelmiszerpazarlás problémájának megoldása is része az Európai Bizottság cselekvési tervének. Az európai polgárok mintegy 90 millió tonna élelmiszert pazarolnak el évente. A javaslatcsomagról folytatott tárgyalások során ezért számomra az egyik legfontosabb feladat az élelmiszerpazarlás csökkentése lesz.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), *kirjallinen***.** – Komission uusi kiertotalousesitys vaikuttaa siltä, että pyyhe on heitetty kehään jo valmiiksi. Ihmettelen suuresti, miksi komissio ei esitä sitovia tavoitteita ruokahävikin pienentämiselle, vaan jättää asian jätedirektiiviehdotuksessa jäsenmaiden käsiin.

Komission esityksellä ei ratkaista kestämättömän resurssienkäytön ongelmia. Mikäli haluamme todella muuttaa tuotantoamme ja kulutustamme kiertotalousajattelun mukaiseksi, edessämme on suuri muutos. Erilaiset mittarit ja indikaattorit ovat välttämättömiä. Pelkällä toteamuksella ruokahävikin puolittamisesta on ohjausvaikutusta hyvin harvan ihmisen käytökseen.

Hymyilevä naama ruokalan seinällä on konkretiaa. Pelkkä viittaus YK:n julistuksiin ei sitä ole. Toivon, että tulemme lähitulevaisuudessa käymään pitkiä ja perusteellisia keskusteluja siitä, milloin tuo hymynaama ripustetaan seinälle.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan***.** – Predloženi paket cirkularne ekonomije ide u dobrom pravcu, ali očekivao sam još ambiciozniji prijedlog Europske komisije. To mora postati integralni dio europske ekonomije, praktički novi koncept ekonomije, ali i načina upravljanja resursima koje smo donedavno bacali ili uništavali sasvim nepotrebno.

Treba naglasiti da ovaj novi koncept mora dobiti i svoju posebnu financijsku podršku jer je neophodno financirati inovativne tehnologije koje služe efikasnoj cirkularnoj ekonomiji. Posebnu pažnju treba posvetiti bacanju ogromnih količina hrane, što je socijalna i moralna obaveza svih sudionika u ovim odlukama.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *írásban***.** – A ma bemutatott, az előzőnél ambiciózusabbnak beharangozott Körkörös Gazdaság Csomag mélyen elkeserítő. A Juncker-féle Európai Bizottság koholt indokokkal késleltette a Csomag bemutatásának a határidejét, hitegetett mindannyiunkat, hogy mindez a jó cél érdekében történik, aztán előrukkolt egy felhígított javaslattal, melyben nincsenek konkrétumok, ami pedig véletlenül benne maradt, az teljesen legyengített. Timmermans alelnök eljátszotta a bizalmunkat!

A Körkörös Gazdaságról szóló saját kezdeményezésű jelentés ITRE bizottságbeli jelentéstevőjeként lehetetlennek tartom ennek a javaslatnak az elfogadását. Európának egy átfogó, jogilag is kötelező elemekkel bíró, az erőforrás-pazarlásnak gátat szabó, a termelési és más gazdasági folyamatok újragondolásán, valamint a hulladékok minimalizálásán, visszaforgatásán alapuló gazdaságra van szüksége. Az Európai Parlament júliusban megszavazott jelentése is pontosan ezt az üzenetet tükrözi.

Az Európai Unió tagországai csak fenntartható erőforrás-politikával maradhatnak versenyképesek. A jelenlegi javaslat gyengesége nem csak kiábrándító, de felháborító, hogy egy teljes évet elvesztegettünk az erre való várakozással. Tavaly abban a reményben fogadtuk el a Bizottság magyarázatát, hogy az új csomag valóban bezárja majd a kört és a teljes gazdasági ciklust fenntarthatóbbá teszi, de legyünk őszinték: a termelési ciklusra vonatkozó jogalkotási javaslatok nélkül (pl. az erőforrás-hatékonyságra vonatkozó célkitűzés vagy az erőforrás felhasználásról szóló mutatók integrálása az Európai Szemeszterbe) az új csomag elfogadhatatlan és alkalmatlan a kijelölt célok teljesítésére.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich***.** – Das neue Paket zur Kreislaufwirtschaft ist absolut begrüßenswert. Wir konsumieren so viel, dass – wäre jeder Mensch ein durchschnittlicher Europäer – wir 2,6 Erden bräuchten, um ausreichend Rohmaterialien für einen globalen europäischen Lebensstil zu generieren. Ein effizienterer Gebrauch von Ressourcen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist daher notwendig: Wir müssen mit weniger Ressourcen auskommen, mehr Ressourcen wiederverwerten und Produkte langlebiger und wiederverwertbarer gestalten. Vor allem für nicht mehr nachwachsende Rohstoffe, wie Erdöl oder seltene Erden, Verpackungsmaterialien oder Produkte mit geplanter Obsoleszenz, die schwer wiederverwertbar oder aufbereitbar sind, besteht dringender Handlungsbedarf. Das zu schaffen, ohne auf etwas verzichten zu müssen, scheint wie die Quadratur des Kreises. Doch ist die Herangehensweise, die gleichen Produkte mit weniger Ressourcen herzustellen, sie leichter zu machen und alle nicht zwingend notwendigen Ressourcen in der Produktion einzusparen, eine praktikable Lösung. Es fällt weniger Müll an und von Anfang an kommt es zu einer Reduktion von Ressourcen. Außerdem: Gelingt es, die Ressourcenproduktivität um 30 Prozent zu erhöhen, würde das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent steigen und es würden gleichzeitig zwei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Obwohl es kein konkretes Ziel in Bezug auf die Ressourceneffizienz in diesem Paket gibt, ist es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Javi López (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

Dan Nica (S&D), *în scris***.** – Comisia Europeană a adoptat astăzi un pachet de propuneri legislative privind economia circulară. Economia circulară are un impact direct nu numai asupra mediului, ci și asupra locurilor de muncă, asupra industriei, energiei, cercetării etc. Acțiunile-cheie din acest pachet trebuie să aibă ca obiectiv transformarea economiei UE într-o economie sustenabilă și competitivă. Astfel că, dincolo de cerințele obligatorii privind designul produselor, trebuie să încurajăm cercetarea și inovarea, precum și formarea continuă a forței de muncă. De asemenea, subliniez că, de multe ori, prețul este uneori o barieră în punerea în practică a principiilor economiei circulare. Atât timp cât un produs (electronic, electro-menajer sau de alt tip) costă mai puțin când este nou decât dacă este reparat, opțiunea consumatorilor este evidentă. Nu în ultimul rând, asigurarea accesului durabil la materiile prime este esențial pentru competitivitatea și creșterea economiei UE și pentru obiectivele Strategiei Europa 2020. Materiile prime principale, inclusiv materialele regenerabile și materiile prime secundare, trebuie să joace un rol important în procesele de producție, în economia circulară. De aceea, trebuie să îmbunătățim disponibilitatea datelor privind materiile prime secundare și să sprijinim cercetarea la nivelul UE privind fluxul de materii prime.

Eva Paunova (PPE), *in writing***.** – The Circular Economy (CE) package is a forward-looking step, an excellent example of the policies we need to adopt in order to tackle challenges like climate change, job creation, economic and social development. It is key to the new business model in Europe, which should focus on innovations and efficiency, smart regulation and competitiveness. Through the circular economy, we can achieve EUR 600 billion for EU businesses, create 580 000 jobs and reduce EU carbon emissions by 450 million tonnes per year.

For the circular economy to work and deliver on these ambitious goals, we need to ensure that small and big companies alike are supported in the establishment of a more resource-efficient industry. I thus urge the Commission to establish the necessary regulations and incentives in order to ensure that SMEs are well integrated into the CE. In this regard, the planned establishment of a European Resource Efficiency Excellence Centre, the reinforcement of the resource efficiency element of the Enterprise Europe Network and the work stream of clusters are welcome developments we need to build on. Another important step would be making small enterprises aware of the funding possibilities for resource efficiency improvements, such as the financial instruments under COSME and the Natural Capital Financing Facility (NCFF).

Marijana Petir (PPE), *napisan***.** – Danas smo čuli od Europske komisije okvire i način ostvarenja programa kružnog gospodarstva, koji može pomoći pokretanju europskog gospodarstava, koje će manje ovisiti o uvozu sirovina.

Ovaj projekt ima za cilj osigurati gospodarsku dobit, dobit za okoliš, ali i društvenu dobit. To je značajan korak kojim Europa kreće od linearnog prema kružnom gospodarstvu, koje je održivije. Kao takvoga treba ga podržati i nastojati u što većoj mjeri i što prije ostvariti.

Složit ćete se da želimo bolje upravljanje otpadom – ono što je završavalo na odlagalištima želimo korisno upotrijebiti. Bacanje hrane treba suzbiti jer nemoralno je bacati hranu kada toliki ljudi gladuju. Stoga nam trebaju promjene u lancu vrijednosti, od dizajna proizvoda do novih poslovnih i tržišnih modela, od novih načina pretvaranja otpada u resurs do novih načina ponašanja potrošača. To podrazumijeva potpune promjene sustava i inovacije, ne samo u tehnologijama već i u organizaciji, društvu, metodama financiranja i politika. Potrebno je pri tom reducirati administrativna opterećenja za obiteljska poljoprivredna gospodarstva te mala i srednja poduzeća.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito***.** – Los socialistas españoles creemos que el cambio de paradigma de una economía linear a una economía circular es una necesidad acuciante. Por ello, en estos momentos en que se está celebrando la COP21, apoyamos la necesidad de fomentar nuevos modelos empresariales y de consumo que propicien un crecimiento sostenible de la economía. Vigilaremos el cumplimiento de los objetivos vinculantes establecidos que cubren todo el ciclo de vida de los productos, desde el diseño hasta la compra y gestión de los recursos, mediante el escrutinio de los proyectos financiado por H2020 con 650 millones de euros y los más de 5 500 millones destinados a tal fin a cargo de los Fondos Estructurales. Durante la tramitación parlamentaria que ahora se inicia, reiteramos nuestra mayor ambición de reducir los residuos urbanos en un 70 %, y no en un 65 % como propone la CE, así como la necesidad de establecer objetivos vinculantes para los residuos alimentarios.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně***.** – Otázka životnosti výrobků, jejich opravitelnosti, ale také například dopad neustálé výměny spotřebního zboží na životní prostředí se v poslední době dostává do popředí otázek spotřebitelské politiky v EU, a proto považuji za důležité na otázky typu zastaralosti výrobků či náhradních dílů zareagovat. Vítám, že jedním ze stanovených cílů akčního plánu, který Komise dnes představila, je prosazovat opravitelnost, delší životnost a recyklovatelnost výrobků. Podporuji také myšlenku nezávislého testování, které pomůže při odhalování potenciálních případů plánovaného zastarávání výrobků. Spotřebitelské organizace v poslední době často poukazují na zvýšený trend používání součástek, které se po krátké době užívání kazí, jejich výměna je drahá nebo nemožná, což nutí spotřebitele zbytečně k nákupu nového zboží. Předložený plán je první Evropským parlamentem vyžádaný, a tudíž vítaný krok, ale potřebujeme také konkrétní legislativní návrhy. V otázce odpadů tak již Komise učinila dnes. Věřím, že návrhy týkající se výrobní fáze spotřebního zboží budou brzy následovat a budou v první řadě zaměřeny na koncového spotřebitele.

Csaba Sógor (PPE), *in writing***.** – There are lots of compelling benefits of a circular economy. Most of them are environmental, such as the improvement of our living environment, the protection of scarce natural resources or the reduction in greenhouse gas emissions. There are strong economic benefits as well, like the sustainable availability of raw materials, job creation within a more labour intensive production model and the decoupling of economic growth from the use of resources.

Nevertheless, the real driver behind the need for a new economic and consumption model is that we do not have a choice; we are already witnessing the irreversible ecological damage we are doing to our land and marine environment. I am happy that the Commission stuck to its promise to present its new circular economy strategy before the end of the year and I am looking forward to exploring it in detail. I do hope that through this strategy we can ensure the long-term economic predictability that is needed to enable the technological development and investment in a new, circular economy.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk***.** – De voorstellen inzake circulaire economie die de Commissie vandaag indiende, zijn een regelrechte schande. Het ontbreekt aan cruciale elementen die wel aanwezig waren in het oorspronkelijke voorstel van de Commissie Barroso, zoals de doelstelling om hulpbronnen 30% efficiënter te gebruiken in vergelijking met 2014 en dit op te volgen via het Europees Semester. Ook de doelstellingen rond het recycleren van afval zijn zwakker zowel wat betreft inhoud als timing en dat terwijl de effectbeoordeling van de Commissie zélf duidelijk laat zien dat hoe sterker de doelstellingen zijn, hoe hoger het economisch voordeel voor elke lidstaat wordt.

Daarnaast zijn ook de bindende doelstellingen voor het reduceren van afval in zee en het tegengaan van voedselverspilling verdwenen. De vorige Commissie stelde oorspronkelijk een niet-bindende doelstelling voor om tegen 2020 de voedselverspilling met 30% te verminderen. Het Europees Parlement eiste een verplichting om 30% minder voedsel te verspillen tegen 2025. Nu komt Timmermans met "een algemene verplichting om voedselverspilling tegen te gaan", zonder tijdpad noch bindende doelstellingen? *Quid* ambitie met zulke vage bewoordingen? Zolang het concept circulaire economie niet bijdraagt tot een effectieve en absolute reductie van het verbruik van grondstoffen zal dit nieuwe voorstel ons helaas niet op het pad van duurzame ontwikkeling brengen.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno***.** – Evropska Komisija je predstavila nov predlog svežnja ukrepov o krožnem gospodarstvu in rabi virov.

Pozdravljam dejstvo, da je Komisija končno naredila korak v smeri nujno potrebnega prehoda na krožno gospodarstvo, vendar pa menim, da nov predlog ne dosega predhodno zastavljenih ambicij.

Čeprav novejši sveženj dodaja nove elemente, pa ne vsebuje ključnih ukrepov predhodno umaknjenega predloga. Kot primer lahko navedem določbe o učinkovitosti rabe virov na ravni EU.

Predhodni predlog je določal cilj 30 % povečanja učinkovitosti rabe virov do leta 2030, medtem ko revidiran sveženj tega ne vsebuje. Posledice vključitve takega ukrepa bi se lahko pokazale v ustvaritvi 2 milijonov novih delovnih mest in v 1 % povečanju BDP.

Prav tako pa nov sveženj ukrepov o krožnem gospodarstvu v Evropski semester ne prinaša kazalnikov porabe virov. Ambicioznejši predlogi bi iz okoljevarstvenega, ekonomskega in socialnega vidika doprinesli številne nujno potrebne spremembe.

Zaradi tega menim, da novejši sveženj predlogov, ki ne vsebuje učinkovitih in zavezujočih ukrepov za zmanjšanje porabe virov in ne vključuje kazalnikov porabe virov v okviru Evropskega semestra, žal ne bo prispeval k trajnostnemu razvoju v taki meri kot bi bilo potrebno in bi si želeli.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne.* – Hromadenie nespracovaného odpadu enormne zaťažuje životné prostredie, ohrozuje zdravie ľudí žijúcich v blízkosti skládok a znamená aj veľké výdavky na bezpečnostné opatrenia a budúcu sanáciu takýchto lokalít. Problémy by sme mali riešiť vtedy, kedy vznikajú, nie ich odsúvať do budúcnosti. Príroda nepozná hranice a na jej ochrane sa musí podieľať celé ľudstvo. Vyspelé ekonomiky ako členské štáty Európskej únie a Spojené štáty už v minulosti urobili pre boj so zmenou klímy veľa, aj za cenu zníženia svojej priemyselnej výroby. Ďalšie opatrenia sú nevyhnutné, no nemôžu mať za následok znižovanie ekonomického rastu, či ohrozenie existujúcich pracovných miest. Teraz je rad na krajinách ako Rusko, Čína a India, aby nás v našej snahe o lepšie životné prostredie na celej Zemi nasledovali.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – Nous consommons de plus en plus, produisons de plus en plus alors que les ressources planétaires diminuent de jour en jour: cela doit cesser pour ne pas gravement handicaper la vie de nos enfants et nos petits-enfants. Pour éviter ce gaspillage de nourriture, de produits, d'énergie, ou de matériaux, le Parlement européen a déjà exigé une législation européenne ambitieuse et contraignante. Une gestion des déchets plus efficace ainsi qu'une meilleure durabilité du produit doivent redevenir des priorités européennes.

Réutiliser, réparer ou transformer: voici les 3 mots clefs de l'économie circulaire, c'est aussi sans quoi notre société n'a pas d'avenir. L'économie circulaire doit devenir une réelle priorité européenne. Préserver les ressources naturelles, consommer durable et améliorer la qualité de vie des gens plutôt que de se comporter comme des enfants insouciants en pillant la planète: tel est le défi que l'Europe et le monde doivent relever. Ces changements doivent être systémiques car nous ne pourrons subsister qu'en changeant profondément au niveau de nos réglementations, nos économies, notre modèle de société et notre éducation.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Uporaba naših virov na učinkovit način je pomembna prednostna naloga vseh nas. Kot moji kolegi politične skupine ELS, tudi jaz pozdravljam današnjo predstavitev s strani Evropske komisije.

Ne moremo že danes zapravljati virov, ki jih bodo morali koristiti naši prihodnji rodovi. Moramo biti učinkoviti. Moramo delati tako, da bomo za seboj pustili čim manj sledi. Vendar ni nepomembno, za kateri namen bomo porabili vire, ki so nam na voljo. Porabiti jih moramo na učinkovit način, njihova poraba pa mora biti povezana z gospodarsko rastjo, zaposlovanjem in seveda z varstvom okolja. Hkrati moramo biti previdni.

Rabimo ambiciozne, a vendar realistične cilje. Če si danes postavimo nerealni cilj, nismo naredili nič. Bodimo dosledni in izkoristimo potencial, ki ga krožno gospodarstvo zagotovo prinaša.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito***.** – O novo pacote sobre a economia circular deve ir muito além da ideia de simplesmente melhorar a nossa gestão de resíduos. Deve ir mais além e tratar de frente o problema fundamental, respondendo à questão: porque geramos tanto desperdício? O aumento esperado da taxa de reciclagem dos municípios, que deve chegar a 70%, e outras medidas relativas aos resíduos são todas bem-vindas, mas não podemos perder mais uma oportunidade de suscitar a reflexão sobre a necessidade de uma mudança real do nosso padrão de consumo e da gestão dos nossos recursos. E se realmente queremos limitar o nosso consumo, temos então de começar a medir os recursos que utilizamos. Temos de desenvolver indicadores da pegada ecológica de materiais, água, terra e gases de efeito estufa. Infelizmente, isso parece não começar da melhor maneira. Até agora, a Comissão Europeia não parece ouvir estes apelos e, sem mudar de paradigma, este pacote será mais poeira para os olhos dos cidadãos.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito***.** – En primer lugar, me gustaría dar la bienvenida a la propuesta presentada por la Comisión Europea, ya que considero crucial avanzar en el modelo de economía circular. El presente modelo económico lineal de «tomar, hacer, desechar» se basa en disponer de grandes cantidades de energía y otros recursos baratos y de fácil acceso, pero está llegando ya al límite de su capacidad física. La economía circular es una alternativa atractiva y viable que debemos incentivar de la mano del sector privado. La economía circular es reparadora y regenerativa, y través de este modelo circular podemos conseguir que los productos, componentes y recursos en general mantengan su utilidad y valor en todo momento. Este modelo nos llevaría a un ciclo continuo de desarrollo positivo que conserva y mejora el capital natural, optimiza el uso de los recursos y minimiza los riesgos del sistema al gestionar una cantidad finita de existencias y unos flujos renovables.

11. Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu der Initiativuntersuchung OI/5/2012/BEH-MHZ betreffend Frontex (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Roberta Metsola et de Ska Keller, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures et de la commission des pétitions, sur le rapport spécial du Médiateur européen dans l'enquête d'initiative OI/5/2012/BEH-MHZ relative à Frontex (2014/2215(INI))(A8-0343/2015).

Roberta Metsola, *Rapporteur***.** – Nixtieq nibda billi nirringrazzja lill-kollega tiegħi Ska Keller u x-shadow rapporteurs kollha l-oħra għall-kollaborazzjoni tajba li kellna meta ġejna biex niddiskutu dan ir-rapport flimkien dwar, kif għadek kid għidt int, ir-rapport speċjali tal-Ombudsman Ewropew rigward FRONTEX.

Fuq livell ta' Kumitat aħna ksibna qbil wiesa' fuq il-fatt li FRONTEX tista' tassigura li tissalvagwardja d-drittijiet fundamentali anke billi twaqqaf mekkaniżmu għall-ilmenti individwali. Ilbieraħ sirna nafu wkoll li l-Kummissjoni stess ser tinkludi dan il-mekkaniżmu fir-reviżjoni tar-Regolament dwar FRONTEX li għandu joħroġ fil-ġranet li ġejjin.

B'mod speċifiku, dan ir-rapport jinkludi referenzi ċari li jappoġġjaw il-ħidma ta' FRONTEX sabiex iwettqu r-rakkomandazzjonijiet tal-istess Ombudsman Ewropew.

Fost oħrajn, l-Aġenzija daħħlet fis-seħħ sistema ta' rappurtar tal-inċidenti. Inħoloq forum konsultattiv speċifikament dwar id-drittijiet fondamentali. Ġie mwaqqaf ukoll uffiċċju għal drittijiet fundamentali fi ħdan l-Aġenzija li però huwa xorta indipendenti mill-istruttura ta' FRONTEX.

Dan ir-rapport ma jaffettwa bl-ebda mod il-prinċipju tas-sussidjarjetà u l-kompetenzi distinti tal-Unjoni Ewropea u dawk tal-Istati Membri tagħha f'dawn l-oqsma. Dan ir-rapport jagħmel ukoll referenzi speċifiċi għall-fatt li FRONTEX m'għandha l-ebda kompetenza biex tibda miżuri dixxiplinarji kontra persuni oħra minbarra l-uffiċjali tagħha stess. Hemm referenzi oħra dwar il-fatt li r-Regolament dwar il-FRONTEX jagħmilha ċara li t-teħid ta' azzjoni dixxiplinarja jaqa' taħt il-kompetenza esklussiva tal-Istat Membru ta' oriġini.

Madankollu, aħna tal-fehma li t-twaqqif ta' mekkaniżmu għall-ilmenti individwali ser jipprovdi mezz għall-persuni sabiex jeżerċitaw id-dritt tagħhom għal rimedju aktar effettiv. B'hekk ikun żgurat li FRONTEX u l-istituzzjonijiet u l-korpi Ewropej ikunu iżjed konxji dwar ksur possibbli tad-drittijiet fundamentali. U dan għalina kien importanti ħafna.

Dan ir-rapport jenfasizza wkoll il-bżonn ta' salvagwardji legali sabiex jiġi żgurat li l-ilemnti konkreti u ta' ċerta sustanza biss jiġu ammessi. Aħna qed insejħu wkoll sabiex il-Kummissjoni Ewropea u l-Istati Membri fi ħdana jallokaw riżorsi addizzjonali għal FRONTEX sabiex l-uffiċċju għad-drittijiet fundamentali jkun jista' jittratta proprju dawn l-ilmenti.

U għalhekk, Sinjura President, jiena ninsab ħerqana li bħalma ksibna qbil fuq livell ta' Kumitat b'maġġoranza daqshekk kbira, issa wkoll inkunu nistgħu niksbu l-istess tip ta' qbil fuq il-livell ta' plenarja. Naħseb li għandna quddiemna rapport bilanċjat u ninsab ħerqana li nistgħu niksbu l-appoġġ tagħkom.

Ska Keller, *rapporteur.* – Madam President, I would like to thank the shadow rapporteurs for their excellent cooperation, and a very special thanks also to my co-rapporteur, Roberta Metsola, with whom it was a great pleasure to work. And thanks, too, to the Ombudswoman who drew up the original report on which we now have this report.

Altogether I think we are submitting a very good report to this plenary for you to vote on. It is a report that will protect the human rights of refugees and migrants at our external borders better, but it is also a report that will enable Frontex to have a clearer picture about where human rights violation might occur and how to solve this problem. It is a win-win situation.

What we are proposing is to establish a complaints mechanism that refugees and migrants can use, through which they can address their complaints to Frontex if they feel that they have been mistreated in a Frontex operation – whether involving Frontex employees or guest officers of Member States. All these groups are recognisable by their Frontex armband, and therefore we think that we cannot expect refugees to try to research which Member State a specific guest officer might have been from. Rather, it is really important that they can address their complaints to Frontex and that we task Frontex, as we proposed to do, with making sure that those complaints actually arrive at the right place and are followed up, so that the Member States do not eventually need to follow up on those complaints. Of course, this will need sufficient resources in Frontex to handle the task because it is quite a new and significant task that we want to place in the trustworthy hands of the fundamental rights officer of Frontex.

I am very hopeful that Frontex will now act swiftly in response to this request, without waiting until the next Frontex mandate review has been adopted, because that will take some time. I am glad too that the Frontex Consultative Forum sees implementation of the complaint mechanism as a core priority for its work next year. The Consultative Forum, by the way, is a body that the European Parliament helped to create in the last review of the Frontex mandate, so our work here in the Parliament is indeed essential to the functioning of our external borders agency.

I believe that, with this complaint mechanism, we can take a further step towards ensuring even more human rights at our external borders. Frontex has, in the past, received more and more tasks, and it may receive even more in the future. So it is only right and fair that Frontex also has to do more on human rights.

I hope this House can support our report, which we have been working on for several months now, with really great collaboration among the shadow rapporteurs and the co-rapporteur and with both the Committee on Petitions and the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs. I also hope that the Commissioner can give us a date when the complaint mechanism can be included in the next Frontex mandate review that he proposes, because I think it is very important that human rights safeguards keep pace with the enlargement of any task Frontex may have.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission.* – Madam President, honourable Members, first of all thank you for having considered this special report of the European Ombudsman on Frontex and for your follow-up on this very same report. I am aware of the main concern expressed in favour of an individual complaint mechanism in Frontex, and I took good note of the joint report recommending the inclusion of such provisions.

The Commission will take the suggestions made in the report into account in its proposal for the future European border guard, which it will present later this month. We agree that the fundamental rights officer could be given a crucial role in handling complaints covering all personnel directly involved in Frontex operations.

The nature and the scope of such a mechanism will certainly be a subject for discussion in both Parliament and the Council. It is my intention to provide for a mechanism whereby the fundamental rights officer, as suggested by the co-rapporteurs, could receive complaints in a structural manner and whereby the appropriate workflows would be established for onward referral to the Member States concerned, and information subsequently obtained about the outcome of the investigation. On the one hand, this should be an administrative mechanism which would allow Frontex to maintain a degree of transparency and accountability, rendering its actions more credible towards the outside and also providing it with the means to deal with these issues internally. But at the same time this is also a fundamental rights tool, because we cannot forget that we are talking about people and ensuring that they are treated in a dignified way. That is why I believe that such a mechanism could be helpful for the credibility of European external borders support operations.

At a time when common external border management and shared responsibility are even more important in rendering the European Union's migration and asylum policy more effective, we must also make sure that we are not a 'fortress Europe'. More security goes hand in hand with a stronger and efficient protection mechanism of the fundamental rights of people.

This exchange is extremely timely and I welcome the cross-party support for your report. Be assured that we are working to turn your proposals into concrete suggestions in the future legislation. I would like in particular to express my thanks to the two co-rapporteurs, Roberta Metsola and Ska Keller, for their excellent work and their help in our endeavours.

Kinga Gál, *on behalf of the PPE Group***.** – Madam President, I wish to congratulate the co-rapporteurs for their excellent work, and let me commend the work that Frontex is doing, with its highly qualified staff, in particular the support it provides to Member States at the EU's external borders in coordinating the mass influx of migrants during the current immigration crisis.

The work done by Frontex should not be underestimated. We should highlight the proactive approach to safeguarding human rights and the measures taken by Frontex with regard to the complaints mechanism. However, we have to acknowledge that the disciplinary measures against national law-enforcement officers participating in Frontex operations remain exclusively under Member State competence and that Frontex has no competence in initiating disciplinary measures against other persons, apart from its personnel, since it has only a coordination function.

I wish to reiterate that Frontex is one of our best agencies, and the people who work for Frontex are of the highest integrity. Therefore, the Member States and the Commission should provide the necessary additional resources that it needs to function.

Miriam Dalli, *f'isem il-grupp S&D***.** – Nibda billi nirringrazzja lill-korapporteurs u lix-shadow rapporteurs għall-mod kif ħdimna fuq dan ir-rapport.

Fiċ-ċirkostanzi li qegħdin ngħixu fihom illum il-ġurnata l-Unjoni Ewropeja iva trid issaħħaħ il-ħidma tagħha biex tassigura l-fruntieri esterni tagħha. Imma biex verament l-Unjoni Ewropeja tibqa' Unjoni ta' valuri komuni, drittijiet umani u rispett reċiproku rridu nirrikonoxxu li kwalunkwe miżura ta' sigurtà trid tkun kumplimentata b'salvagwardji għad-drittijiet fundamentali tal-bniedem.

Iċ-ċavetta biex nilħqu dan il-bilanċ hija sempliċi. Irridu nirrikonoxxu li attitudni ta' qisu xejn m'hu xejn ma taħdimx u ma taħdimx lanqas il-mentalità ta' stat militari. Mentalitajiet bħal dawn mhux biss inaqqsu l-valuri bażiċi tal-Unjoni Ewropeja imma jeqirdu dak kollu li ħdimna għalih.

Ibbażat fuq dawn il-ħsibijiet, huwa ta' sodisfazzjoni għalija li rnexxielna nassiguraw mekkaniżmu li jaċċerta li allegazzjonijiet ta' ksur tad-drittijiet tal-bniedem ikunu investigati b'mod mill-aktar trasparenti u b'kontabilità, filwaqt li inkludejna salvagwardji li joffru opportunità lil min iressaq ilment ġustifikat biex jagħmel dan mingħajr biżgħa ta' xejn.

Il-messaġġ li rridu nwasslu huwa ċar: id-drittijiet tal-bniedem huma sagrosanti u mhux negozzjabbli u s-sigurtà trid tkun ukoll fuq nett tal-aġenda tagħna.

Kummissarju Avramopolous, huwa ta' sodisfazzjon nisimgħak tgħid li se tinkludi dan l-aspett fil-European Border Guard Package li għandu jkun implimentat għaliex huwa d-dmir tagħhna li l-prinċipji li nemmnu fihom nipproteġuhom.

Anna Elżbieta Fotyga, *w imieniu grupy ECR***.** – Kryzys migracyjny dotykający Europę to wielkie wyzwanie dla agencji Frontex. O jej odpowiedzialnym działaniu świadczy zaangażowanie w zwalczanie handlu ludźmi. A przecież przemyt ludzi, powiązany z przemytem narkotyków, broni i – niestety – terroryzmem, to część zjawiska, z którym obecnie mamy do czynienia.

Potrzebne jest wzmocnienie zewnętrznych granic Unii Europejskiej, wdrożenie programu powrotów. To wymaga wzmocnienia agencji Frontex. Chciałam podziękować wszystkim pracownikom agencji świetnie wykonującym swoją pracę.

Angelika Mlinar, *on behalf of the ALDE Group***.** – Madam President, I would also like to thank the co-rapporteurs and shadow rapporteurs for their very constructive cooperation and for a very good result.

This report is very timely, since the Commission will soon present a proposal to amend the Frontex Regulation. Parliament has delivered a balanced and workable proposal that will, hopefully, duly be considered. As pointed out by the European Ombudsman, the legal vacuum that surrounds the deployment of third-country officers during joint return operations, and the lack of accountability in cases of human rights violations involving third-country officers, can be dangerous.

The mechanism proposed in the report could be a valid instrument to prevent the side effects of the current Frontex structure. Once again, I would like to underline that fundamental rights are not optional. It is during difficult times, rather than fair weather days, that we cannot take them for granted and we have to fight for them.

The influx of refugees cannot be a reason for the EU institutions to accept and tolerate violations of fundamental rights against vulnerable people. We cannot turn a blind eye – now more than ever.

Marina Albiol Guzmán, *en nombre del Grupo GUE/NGL***.** – Señora Presidenta, en primer lugar quiero dejar claro que la Agencia Frontex está concebida para el blindaje de las fronteras. La agencia Frontex es un instrumento de la Europa insolidaria, de la Europa de los muros y las vallas, de la Europa cómplice de que el Mediterráneo se haya convertido en una gran fosa común. Por tanto, la propia actividad de la agencia Frontex es en sí misma una violación de los derechos humanos.

Frontex es sinónimo de deportaciones masivas, de vulneración de derechos fundamentales en las fronteras, de redadas racistas y de operaciones militares en el Mediterráneo para impedir la llegada de inmigrantes.

Por culpa de este control de fronteras, miles de personas no tienen otra alternativa que poner sus vidas en manos de las mafias para poder llegar a Europa. «El personal de Frontex miraba desde la cubierta de su barco mientras pescadores turcos, griegos y voluntarios de ONG salvaban vidas» afirmaba hace unas semanas un voluntario que participó en el rescate de una embarcación de trescientas personas que se dirigía a Lesbos.

Frontex y respeto de los derechos fundamentales son una contradicción, y esto no se resuelve con un mecanismo para presentar quejas. Para garantizar los derechos fundamentales en las fronteras hay que desmantelar Frontex, acabar con la defensa de fronteras y tumbar los muros de esta Europa fortaleza.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen***.** – Fru talman! Vi har ju i teorin samma grundvärderingar i EU men i praktiken så delar vi inte alltid synen på vad mänskliga rättigheter faktiskt innebär och i synnerhet när det gäller kvinnors och barns rättigheter. För mig är det väldigt viktigt att alla de tjänstemän som först möter de flyktingar som kommer till oss har en bra syn på vad mänskliga rättigheter faktiskt innebär. Då menar jag både Frontex tjänstemän och de som kommer och är gästande tjänstemän.

Det som är väldigt viktigt i det sammanhanget är att man också får en bra utbildning för alla som arbetar med Frontex. Men det är inte bara en bra utbildning som vi behöver utan vi måste också se till att de tjänstemän som faktiskt inte sköter sig inte får ett förnyat uppdrag eller att de länder som återkommande sänder tjänstemän som kanske inte uppfyller kraven på de mänskliga rättigheterna inte får ett förnyat uppdrag att skicka personer.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD***.** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anch'io vorrei ringraziare le due correlatrici Metsola e Keller per l'ottimo lavoro svolto e anche tutti gli altri relatori ombra. È una relazione estremamente importante, che giunge in un momento estremamente importante e necessario, è necessario perché la previsione di un meccanismo che garantisca la possibilità di presentare delle denunce individuali anche a soggetti terzi come ONG, studi legali, è un qualcosa di non più rinviabile e dunque sarebbe stato preferibile a nostro avviso che la trattazione delle denunce fosse stata gestita da un organismo dotato di più ampie garanzie di indipendenza; avevamo previsto un panel di esperti indipendenti, in modo da garantire una maggior obiettività, una maggiore terzietà, ma comunque ci auguriamo che il meccanismo proposto nella relazione sia comunque in grado di garantire quell'obiettività e quell'imparzialità necessarie nel trattamento del ricorso. L'auspicio è che la Commissione dia seguito a queste raccomandazioni in modo da garantire informazione, trasparenza, procedure chiare a tutela dei diritti fondamentali nel contesto delle operazioni di Frontex.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF***.** – Madame la Présidente, trois des terroristes islamistes qui ont tué 130 personnes à Paris sont arrivés en France par la Grèce en s'infiltrant parmi les migrants. Ce drame aurait dû inciter l'Union européenne à durcir sa politique d'immigration. Elle a choisi au contraire de persister dans l'erreur.

Ce rapport en est l'illustration: il vise à faciliter les recours des migrants contre les agents de Frontex en invoquant de prétendues violations des droits fondamentaux.

La manœuvre est évidente, il s'agit de réduire encore les possibilités d'expulsion; les recours prendront du temps; les ONG expliqueront aux migrants qu'il faut en déposer pour gagner quelques mois de séjour supplémentaires et au bout du compte, on n'expulsera plus personne.

Déjà à l'heure actuelle, l'Union parvient à peine à éloigner un migrant en situation irrégulière sur trois: cette veulerie est inadmissible.

C'est la protection de la sécurité et de l'identité des Européens qui devrait être notre priorité, et non l'ouverture de nos frontières.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Η Frontex, από τους εμβληματικούς μηχανισμούς καταστολής της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ενισχύεται με τις δυνάμεις ταχείας επέμβασης «RABIT» για να αντιμετωπίζει βασανισμένους πρόσφυγες και μετανάστες ως εισβολείς. Σύμφωνα με πλήθος καταγγελιών, η Frontex ευθύνεται για απάνθρωπη μεταχείριση, παρεμπόδιση στη διάσωση ανθρώπινων ζωών που προσπαθούν να σωθούν από την φωτιά των πολέμων τις οποίες ανάβουν στις χώρες τους η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι σύμμαχοί της, οι Ηνωμένες Πολιτείες και το ΝΑΤΟ.

Αποτελούν εμπαιγμό οι προτάσεις της έκθεσης για σύσταση μηχανισμού με τον οποίον η ίδια η καταγγελλόμενη Frontex θα ελέγχει 'δήθεν' τις καταγγελίες που γίνονται σε βάρος της. Η επίκληση δε της Frontex για την φύλαξη των συνόρων, ιδίως των ελληνικών, χερσαίων και θαλάσσιων, σε συμφωνία με την κυβέρνηση Σύριζα-ΑΝΕΛ, εγκυμονεί σοβαρούς κινδύνους για τα κυριαρχικά δικαιώματα της χώρας, συνδέεται με τα παζάρια και τους ανταγωνισμούς της ελληνικής αστικής τάξης με την τουρκική, για τη γεωπολιτική επιρροή στην περιοχή.

Απαιτούμε να καταργηθούν οι μηχανισμοί καταστολής της Ευρωπαϊκής Ένωσης όπως η Frontex και η συμφωνία Σένγκεν, και ζητούμε ανθρώπινα κέντρα υποδοχής και φιλοξενίας, καθώς και άμεση μεταφορά προσφύγων και μεταναστών στις χώρες προορισμού τους …

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora Presidenta, en primer lugar quiero dar la enhorabuena a las coponentes, a mi compañera Metsola y a la señora Keller, por aceptar realizar este informe y aceptar la reclamación que hizo en su día el Defensor del Pueblo Europeo, en la que solicitó un mecanismo para hacer frente a posibles violaciones de los derechos fundamentales. Europa es el referente en materia de derechos fundamentales, y con esto se da un paso más en este compromiso de la Unión Europea con el respeto de los derechos de todos estos colectivos.

Las fronteras son de todos los europeos y su control es una responsabilidad del conjunto de la Unión Europea. Frontex tiene como principal misión la gestión integrada de estas fronteras exteriores de la Unión, pero también la cooperación con todas las autoridades nacionales en la gestión de estas fronteras. Qué duda cabe de que poder aceptar estas reclamaciones individuales, desechando las que no tengan lugar, va a reforzar este mecanismo, ofreciendo especial protección a los colectivos vulnerables como inmigrantes, mujeres, niños, discapacitados y colectivos LGTBI.

Edouard Martin (S&D). – Madame la Présidente, je me joins aussi aux félicitations des deux corapporteurs et des rapporteurs fictifs.

Plus de justice et d'équité. Si nous devions résumer la résolution Frontex en deux mots, ils seraient: justice et équité.

Le hasard du calendrier a fait que nous avons finalisé cette résolution quelques jours avant les attentats meurtriers de Paris. Alors évidemment, tous les regards se portent sur les réfugiés et évidemment, nombreux sont ceux qui les stigmatisent encore un peu plus.

L'Europe, malgré les difficultés dramatiques du moment, continuera à être une terre d'accueil pour ceux qui fuient la barbarie. Raison de plus pour revisiter le rôle de Frontex: parce que la situation est dramatique et le climat ambiant nauséabond, il est primordial que les droits fondamentaux soient effectivement respectés.

Ce principe inaliénable est inscrit dans la résolution. En effet, Frontex aura l'obligation de mettre en place un mécanisme indépendant de plaintes internes. L'agence ne pourra plus être juge et partie et ne pourra plus jouer l'excuse de la nébuleuse. Et dans ce traitement des plaintes, une attention toute particulière sera portée aux femmes enceintes et aux mineurs non accompagnés.

Pour qu'ils puissent exercer ces droits, les réfugiés recevront l'information dans les dix langues les plus parlées. Enfin, en plus d'une coopération renforcée avec les États tiers, Frontex devra mieux collaborer avec les agences telles que l'Agence des droits fondamentaux et le Bureau européen d'appui en matière d'asile. Ce dernier, présent dans tous les États membres, n'est pas suffisamment utilisé; en cette période de crise, il peut être un outil indispensable.

Yana Toom (ALDE). – Madam President, the refugee crisis is a great challenge for all European nations. In fact, our values have already been compromised by the clumsy actions of the national authorities of some countries. We should not sacrifice our values in the name of security and public order, because they are actually both based on respect for human dignity and fundamental rights. The problem addressed in the special report by the European Ombudsman is a shame for Europe. It is intolerable that there is no efficient individual complaints mechanism to deal with the human rights violations during Frontex operations. People who are entering Europe in search of protection must not be maltreated without an efficient way to demand justice. The refugee crisis is proof of Europe's ability to protect its values and to respect fundamental rights. Let us not forget: Europe starts at the European borders.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Jag är för mänskliga rättigheter, men det finns en risk att mänskliga rättigheter används på ett ohederligt sätt. Det är det jag är orolig för när jag läser det här betänkandet. Jag är rädd att detta bara kommer att leda till ännu fler möjligheter för illegala migranter att hålla sig kvar i Europa genom att klaga och överklaga.

Ett förslag som designats för att ge illegala eller ekonomiska migranter och blodtörstiga krigsförbrytare ytterligare möjligheter att sabotera lagens gång och förhindra att de deporteras tillbaka till sina hemländer. Alla som kommer till EU har rätt att söka asyl, men med detta förslag går ni längre än vad som är nödvändigt. Låt Frontex göra sitt jobb och lägg inte krokben för dem.

Michał Marusik (ENF). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Frontex jest instytucją działającą na froncie. W Polsce nazwa ta nawet bardzo podobnie brzmi: front to jest granica, która rozgranicza nasze terytorium od terytorium z nami konkurującego, bardzo często wrogiego terytorium. Jeżeli my naszym żołnierzom na froncie zamiast walczyć każemy procesować się przed sądami, to konkurencja i wrogowie nie tylko nas pokonają, ale jeszcze nas wyśmieją. Po prostu bylibyśmy żałośni. Frontex działa źle, nieudolnie i nie należy jeszcze pogarszać jego funkcjonowania. Należy to funkcjonowanie w miarę możliwości usprawnić i to szybko, a prawdopodobnie najlepiej by było zastąpić ten Frontex jakąś instytucją, która tę rolę będzie spełniać szybko, sprawnie i skutecznie. Frontex ma nas bronić, a nie paraliżować i nie osłabiać, i nie ośmieszać przed całym światem. Musimy naprawdę zacząć własnego terytorium bronić. Do czego ten Frontex właśnie jest powołany.

József Nagy (PPE). – Először is szeretném én is megköszönni a társelőadóknak és az árnyékelőadó kollégáknak a munkát. Nagyon pozitív, hogy az Ombudsman felvetéseire reagál a Parlament, mert valóban fontos, hogy létezzen egy olyan panasztételi mechanizmus a Frontex eljárásaival kapcsolatban, ami valóban működik. De ezt nagyon nagy érzékenységgel kell beállítani, hogy az aluldimenzionált Frontexet ne paralizáljuk adminisztratív terhekkel, és ne alakítsunk ki feltételeket a visszaélésekre. Éppen ezért nem lenne helyes a harmadik személyek indokolatlan bevonása a panasztételi mechanizmusba. Viszont a kíséret nélküli kiskorúak és a fogyatékosok képviseletére ki kell alakítanunk egy egyszerű és ésszerű módszert.

A Frontexnek az elkövetkező hónapokban és években feltehetőleg kulcsfontosságú feladatai lesznek a külső határvédelemben, és a visszatérítési irányelv végrehajtásában. Ezért a panasztételi mechanizmus számára megfelelő pénzügyi és emberi erőforrásokat kell kialakítanunk.

Interventions à la demande

Alessandra Mussolini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'ottimo lavoro delle relatrici, non certo semplice, è riuscito a creare un testo molto equilibrato, dove c'è, da una parte, l'introduzione dei diritti umani e la possibilità di denunce individuali, e, dall'altra, di evitare proprio gli abusi e non era certamente facile all'inizio quando abbiamo iniziato a lavorare sul testo. Inoltre, volevo anche ricordare l'impegno che c'è stato da parte della delegazione italiana soprattutto per l'introduzione delle persone vulnerabili e delle donne in stato di gravidanza e dei bambini, ed è stato anche creato un giusto mezzo, un giusto compromesso, per quanto riguarda le denunce anonime che, da una parte non possono essere fatte e, dall'altra, si dà la possibilità anche da parte di un terzo, su persone con buona fede, di poter fare anche delle denunce.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, este informe no es un informe sobre la naturaleza de Frontex ni sobre su justificación como agencia en la constelación del espacio de libertad, justicia y seguridad, sino sobre qué puede hacer este Parlamento para reforzar el compromiso de Frontex que explicó la última reforma de su Reglamento.

Un compromiso con los derechos fundamentales y que, por tanto, haga que los agentes de Frontex tengan formación especializada, se identifiquen como tales por emblemas y, además, tengan un compromiso específico con los colectivos especialmente vulnerables, especialmente en materia de género y de discriminación por orientación sexual.

Pero, sobre todo, que permita al director ejecutivo de Frontex excluir a los agentes que no cumplan estrictamente los protocolos y el Reglamento que vincula a la agencia a la observancia de los derechos fundamentales consagrados en una Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea que no discrimina entre europeos y no europeos a los efectos de afirmar el compromiso de la Unión Europea con los derechos fundamentales.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjednice, sigurnosni izazovi u Europi nisu bili veći od vremena obrambenog rata u Hrvatskoj i Bosni i Hercegovini, a mi ovdje analiziramo svoje sigurnosne potrebe i djelovanje sigurnosne agencije na temelju inicijative iz 2012. te izvješća podnesenog 2013. kad ova trenutna ugroza nije ni postojala.

Naravno da treba poštovati zakonodavnu i administrativnu proceduru, ali vjerujem da građani od nas očekuju sigurnosne mjere utemeljene na onome što će biti za dvije godine, a ne na onome što je bilo prošlih godina.

Nastavno na zaključke sastanka u Valletti i ovo izvješće fokus stavlja na ljudska prava migranata umjesto na sigurnost naših građana. Danas kad su naše vanjske granice pod enormnim pritiskom pomalo je apsurdno predlagati povećanje broja zaposlenika Frontexa zbog obrade zaprimljenih tužbi o kršenju ljudskih prava migranata kad bi se ti ljudski resursi mogli puno bolje iskoristiti u zaštiti sigurnosti naših građana koji sve to financiraju.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, ne mogu se oteti dojmu da u svim raspravama koje vodimo kada govorimo o Frontexu, kada govorimo o Dublinskom sustavu, na neki način pokazujemo da nismo bili spremni za sve ono što nam se dogodilo. Pa i u ovom slučaju kada govorimo o Frontexu, koji podržavam, koji treba ojačati, koji će nam i te kako značajno trebati puno narednih godina, jer će ova kriza s migrantima trajati niz godina i neće završiti ni sutra ni prekosutra nego ne znam ni sam kakav vremenski okvir uopće odrediti.

I treba nam Frontex, ali Frontex koji će zaista istovremeno biti i agencija i ljudi koji će biti obučeni i razumjeti probleme ljudskih prava i štititi i ona prava koje imigranti i ljudi koji žele doći u Europu imaju. U tom kontekstu podržavam ovaj izvještaj naših izvjestiteljica.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Η πρόταση της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας, για τη δημιουργία γραφείου προσωπικών παραπόνων, θα ήταν σωστή, αν λαμβάναμε υπόψη όλες τις παραμέτρους. Όταν νομοθετούμε ως Κοινοβούλιο, οφείλουμε να λαμβάνουμε υπόψη τα θεμελιώδη δικαιώματα και τις ιδιαιτερότητες, γενετήσιες, θρησκευτικές κ.λπ., όσον αφορά τους μετανάστες. Πρέπει όμως να μην αγνοούμε και την πραγματικότητα: η Frontex είναι μια υπηρεσία η οποία, βάσει της σύνθεσης και των υπηρεσιακών δυνατοτήτων της, αδυνατεί να αντιμετωπίσει τις μεταναστευτικές ροές. Εδώ, ολόκληρα κράτη μέλη χτίζουν φράχτες και επαναφέρουν τους διασυνοριακούς ελέγχους για να συγκρατήσουν τα κύματα των μεταναστών.

Φανταστείτε ότι, εάν από τα 2 εκατομμύρια μεταναστών που αναμένονται, έστω και οι 10.000 διατύπωναν κάποιο παράπονο, αληθές ή ψευδές, το σύστημα θα κατέρρεε. Αντί να ασχολούμαστε με την καταγραφή και την παροχή βοήθειας, που είναι η κύρια αποστολή της Frontex, θα πέσουμε σε ένα κυκεώνα ερευνών, νομικών λεπτομερειών, γλωσσικών δυσκολιών. Οι λαθρομετανάστες, ειδικά, θα παρακωλύουν το έργο των αρχών, θα απαιτούν την είσοδό τους στο χώρο του Σένγκεν και θα δυσχεραίνουν τις ενέργειες επαναπατρισμού τους. Τα προβλήματα θα λυθούν μόνο αν θωρακίσουμε τις δομές. Χρειάζονται προσλήψεις ειδικευμένου προσωπικού, καλύτερη εκπαίδευση, επαρκή υλικά.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Madam President, the establishment of an individual complaints mechanism as proposed by the European Ombudsman is, of course, necessary. Nonetheless, I believe that this report is absolutely not the basis for questioning the competences of the Frontex Agency.

The proposed provisions applicable to the Frontex fundamental rights policy must adhere to reasonable procedure so as not to block the execution of Frontex duties. The mechanism must provide legal safeguards which balance the need to protect fundamental rights with the possible misuse of the right to complain. That is the reason why I believe that, in general, anonymous complaints should not be considered admissible.

Finally, let us have in mind that our voice here can contribute greatly to the soon-to-be-published European Commission proposals for the revision of the Frontex Regulation.

Tibor Szanyi (S&D). – Nagyon szépen köszönöm a lehetőséget, tisztelt Elnök Asszony! Valóban azt hiszem, hogy a Parlament többsége úgy gondolja, hogy igenis külön figyelmet kell fordítani arra, hogy a Frontex, tehát a határvédelmi szerveknek, az európai határvédelmi szerveknek a munkatársai miképpen bánnak, és miképpen tartják be az emberi jogokat. De ezeket a mostani tapasztalatokat, ajánlásokat talán érdemes lenne egynémely tagországnak is a figyelmébe ajánlani, ugyanis nem kevés tagországi hatóság – egyet konkrétan is említhetek: a magyar hatóságok – hát finoman szólva is nagyon embertelenül bánnak a menekültekkel. Állatokként etetik őket, ütik-vágják őket, azonnali kiutasítás a következménye minden egyes Magyarországra való menekült belépésének, és ezek nagyon sokszor tragikus következményekkel járnak. Tehát amikor egy ország kriminalizálja, és Magyarország sajnos ilyen, kriminalizálja a menekülteket, amikor ütik-vágják őket a magyar hatóságok, én ezt azért nem gondolom, hogy nem érdemelne további figyelmet. Köszönöm szépen!

(Fin des interventions à la demande)

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission***.** – Madam President, I would like, once again, to express my thanks for your fruitful contribution to this debate.

The Commission has paid – and will continue to pay – great attention to your special report about the need for an individual complaint mechanism in Frontex. As I have said, your work on this matter could not have come at a more timely moment. As you know, I will soon be tabling the promised proposal for the future European border guards. I will obviously take into account the suggestions made in the report.

Roberta Metsola, *rapporteur.* – Madam President, in my introduction I failed to thank both Frontex and the European Ombudsman. If it were not for the European Ombudsman, we would not be here today discussing a recommendation to ultimately make such an important agency for our Union better. For those colleagues who are questioning the timeliness of this, I want to thank you, Commissioner, for accepting and listening to us, and we look forward very much to the upcoming review of the Frontex regulation. This is why we chose – and we also thank the colleagues in this room – to accept an accelerated procedure for the adoption of this report today.

There is a legal mandate for Frontex to make sure that fundamental rights are observed in all its activities, and what this report seeks to do is to properly institute the possibility for a person submitting a complaint to make sure that the complaint is actually received. What happens today is that external complaints are not transmitted properly to Member States, with the result that you can have vulnerable persons whose fundamental rights may have been breached during a Frontex operation. What this report says is that such complaints should be admissible. This report also says that this should not prejudice Frontex's operations and its prerogatives to save lives. Of course, this should not in any way jeopardise Frontex's aim of ensuring the secure and effective management of our border controls.

This report, in my opinion, is perfectly in sync with what Parliament feels this important agency should be doing. We now leave it up to Frontex – as my colleague Ska Keller said – and we hope such a mechanism is instituted as soon as possible, because it will make such an important agency operate more efficiently and better in line with its mandate.

Ska Keller, *Berichterstatterin.* – Frau Präsidentin! Vielen Dank für die Beiträge! Ich möchte auch Ihnen, Herr Kommissar, sehr herzlich dafür danken, dass Sie die Forderung des Parlaments aufgenommen haben und so einen Beschwerdemechanismus jetzt auch in das nächste Frontex-Mandat aufnehmen. Ich danke Ihnen dafür. Ich glaube, der Beschwerdemechanismus ist ein wirklich wichtiger Schritt hin zu einem besseren Schutz von Menschenrechten an den Außengrenzen.

Natürlich lösen wir damit nicht alle Probleme, die wir bei Menschenrechten haben, die wir an den Außengrenzen haben – das ist ganz klar. Aber ich glaube doch, dass wir damit ein Stück mehr Gerechtigkeit an den Außengrenzen herstellen, damit sich Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten nicht schutzlos ausgeliefert fühlen gegenüber Grenzbeamten, aber auch für Frontex, damit die Agentur Frontex besser nachprüfen kann, wo denn eigentlich Menschenrechtsverletzungen passieren, warum sie passieren und wie wir ihnen in Zukunft besser vorbeugen können.

Ich denke, wir haben hier einen Vorschlag vorgelegt, der auch machbar ist, der machbar ist für Flüchtlinge – auch wenn Flüchtlinge Bedenken oder wenn sie Angst haben – und der aber auch machbar ist für Frontex, auch wenn es um entsandte Beamte der Mitgliedstaaten geht. Auch dafür haben wir, glaube ich, einen ganz guten, einen gangbaren und machbaren, effektiven Weg gefunden, wie sich Frontex trotzdem um diese Anfragen, um diese Beschwerden kümmern kann, sie weiterleitet, und schaut, dass die Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten auch eine Antwort bekommen.

Aber es ist natürlich ganz klar, dass wir uns im Rahmen der Kompetenzen von Frontex bewegen. Ich glaube wirklich, dass wir gut zusammengearbeitet – vielen Dank nochmal an die Schattenberichterstatterinnen und Schattenberichterstatter und an meine Ko-Berichterstatterin – und dass wir da einen wirklich guten Kompromiss vorgelegt haben, der wirklich machbar ist. Und ich hoffe sehr, dass wir in Zukunft auch dann die ersten Resultate sehen.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu aujourd'hui.

Déclarations écrites (article 162)

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing***.** – Since the migrant flows from North Africa and the Middle East have reached unprecedented levels, I view the Ombudsman's recommendations to set up a complaints mechanism within Frontex as a very positive step in order to protect the human rights of those entering the EU. It is necessary to overcome the agency's accountability and transparency problems with the external agencies' border control practices, and to ensure that the staff working for or with Frontex fully comply with the EU's Charter of Fundamental rights.

This can be achieved only if Frontex sets up a monitoring mechanism to deal with complaints of breaches of human rights internally. Since Frontex would be dealing with breaches of human rights mainly related to non-Frontex staff (national guards), it would help to keep the impartiality of the complaint mechanism, make the national border guards accountable and not immune to impunity, and overcome the existing accountability gap.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito***.** – Congratulo as Deputadas Metsola e Ska Keller pelo excelente trabalho desenvolvido na sequência da oportuna iniciativa da Provedora de Justiça. Desde a sua criação, a Frontex tem vindo a desenvolver-se e a ganhar um papel cada vez mais essencial no controlo das fronteiras externas. Hoje é ainda mais evidente que necessitamos de uma Frontex à altura dos desafios que enfrentamos: capaz de apoiar a Estados-Membros com maior pressão migratória e de ter um papel liderante nas operações de retorno. Queremos assegurar que, no futuro, estaremos preparados para crises como esta, como já tantas vezes o pedimos neste parlamento. A evolução da Agência, contudo, foi sendo - e bem! - acompanhada por um maior escrutínio e transparência da Frontex, especialmente no respeito pelos Direitos Fundamentais. É o outro lado da moeda de um alargamento de competências. Só nas ditaduras as forças policiais não são sujeitas a controlos no plano do respeito dos direitos dos cidadãos. Por isso, o mecanismo que hoje debatemos, e - espero - iremos aprovar, ganha ainda mais acuidade: já seria um passo no bom sentido, mas torna-se necessário face ao futuro papel desta Agência. Espero, por isso, que a proposta da Comissão Europeia reflita já esta posição do Parlamento Europeu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς***.** – Η έκθεση της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας αναδεικνύει με σαφή και κατηγορηματικό τρόπο ότι ο Frontex οφείλει να σέβεται και να τηρεί τα ανθρώπινα δικαιώματα. Παράλληλα, ο Frontex και η ΕΕ πρέπει να σέβονται την εθνική κυριαρχία των κρατών μελών της Ένωσης και ιδίως το αποκλειστικό και κυριαρχικό τους δικαίωμα να φυλάσσουν τα σύνορά τους. Γιατί αυτό, κύριε Επίτροπε, πριν λίγο στη συζήτηση για την Τουρκία επιχειρήθηκε να αμφισβητηθεί στην αίθουσα αυτή. Η πατρίδα μου, η Ελλάδα, δεν αντέχει άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Τα νησιά του Αιγαίου έχουν πλημμυρίσει από τους χιλιάδες δύστυχους πρόσφυγες της Συρίας. Και η Ευρωπαϊκή Ένωση, αντί να επιλύσει το πρόβλημα στη φτωχοποιημένη από τα μνημόνια Ελλάδα, κατανέμοντας τους πρόσφυγες σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ με βάση το ΑΕΠ, τον πληθυσμό και την έκταση κάθε χώρας όπως έχω επανειλημμένα τονίσει, προχωρά στη χρηματοδότηση της Τουρκίας με 3 δισεκατομμύρια ευρώ για το προσφυγικό ζήτημα, αφήνοντας την Ελλάδα να αντιμετωπίσει με ψίχουλα τις προσφυγικές ροές. Θα πρέπει λοιπόν, άμεσα να δημιουργηθούν hot spots στην Τουρκία, ενώ θα πρέπει να δοθεί αναπτυξιακή βοήθεια στις χώρες της Αφρικής για να σταματήσει η από εκεί παράνομη μετανάστευση ενώ, τέλος, πρέπει να ενταθούν οι προσπάθειες για ειρηνική επίλυση της Συριακής κρίσης.

Julia Pitera (PPE), *na piśmie***.** – Niezależna agencja w ramach Unii Europejskiej – Frontex – powstała na mocy rozporządzenia Rady UE z dnia 26 października 2004 r. Na przestrzeni kilkunastu lat swojego funkcjonowania była częstym obiektem krytyki ze strony Parlamentu Europejskiego. Głównie ze względu na niedostateczną przejrzystość swoich działań, przede wszystkim w zakresie łamania praw człowieka, tj. odsyłania uciekinierów bez weryfikacji ich prawa do azylu. Rzecznik Praw Obywatelskich postanowił wprowadzić do swojego ostatniego sprawozdania specjalny postulat utworzenia mechanizmu składania i rozpatrywania skarg indywidualnych. Miałoby to ogromne znaczenie dla Frontexu szczególnie, że potrzeba ta jest wynikiem coraz liczniejszych wyzwań humanitarnych i prawnych na zewnętrznych granicach UE. Stałby się on tym samym organem pierwszej instancji odpowiedzialnym za rozpatrywanie tych skarg i przyczyniłby się do zwiększenia przejrzystości i większego poszanowania praw podstawowych w kontekście porozumień roboczych Frontexu. Chcę jednak podkreślić, że mechanizm ten powinien opierać się na kryteriach dostępności, niezależności, skuteczności i przejrzystości oraz na kampanii informacyjnej, uwzgledniającej wiele aspektów, w tym również językowych. Dzięki takiej kampanii oraz dobrze skonstruowanej procedurze kontroli i dopuszczalności skarg, pomoc dla skarżących będzie bardziej widoczna, a przestrzeganie praw człowieka bardziej respektowane na naszych zewnętrznych granicach.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris***.** – Este de admirat preocuparea inițiatorului acestui raport pentru respectarea drepturilor omului în ceea ce îi privește pe emigranții economici și pe azilanți. Dar să transformăm Frontexul într-o instituție care să se ocupe de presupusele încălcări ale drepturilor imigranților este inacceptabil. Scopul înființării Frontex este acela de a apăra și proteja granițele UE și, în această perioadă, de a preveni, prin mijloace specifice, intrarea persoanelor care ar putea declanșa atentate precum cel de la Paris. Este bine-venită recomandarea privind crearea unui mecanism prin care refugiații să poată reclama eventuale încălcări ale drepturilor omului, însă acesta nu are de ce să fie constituit în cadrul Frontex, care este o instituție operativă și trebuie să fie un organism al cărui scop este siguranța UE și a cetățenilor ei. Conferind Frontex și o altă misiune, preponderent birocratică, Comisia nu va face altceva decât să îi diminueze capacitatea de a face față eficient misiunii încredințate la înființare și, de aceea, cred că ar fi o greșeală în aceste momente, când frontierele UE se doresc slăbite. Consider, așadar, că trebuie luate măsuri pentru a întări și crește capacitatea de reacție a Frontex pentru asigurarea securității frontierelor UE și nu inventate piedici birocratice.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně***.** – Tento mechanismu, který by měl Frontex zavést, je bezesporu důležitý a vzhledem k zvýšenému počtu lidí přicházejících do EU i nutný. Musí být však zajištěno, že bude fungovat efektivně a zabývat se pouze relevantními stížnostmi. Proto jsem jednoznačně pro to, aby žádosti nemohly být podávány anonymně a zabránilo se tím zneužívání tohoto systému. V každém případě musí ale být identita osob, které podaly stížnost, chráněna a s jejich údaji zacházeno velice opatrně.

Milan Zver (PPE), *pisno***.** – Podpiram poročilo in čestitam kolegici Roberti Metsola za dobro opravljeno delo.

Podpiram ustanovitev mehanizma za pritožbe. Tak mehanizem mora imeti nenazadnje vsaka podobna organizacija.

Dejstvo pa je, da bodo begunci, migranti in iskalci azila lahko z novimi pravicami precej obremenili, predvsem pa podražili delovanje agencije. To se bo zagotovo zgodilo, če bo uveljavljena pravica do anonimne pritožbe.

Toda rad bi poudaril, da živimo v časih, ko nas mora še bolj skrbeti za to, da vzpostavimo kar se da učinkovito službo, ki bo dejansko ščitila zunanje meje evropske unije, zaradi česar je bila ne nazadnje ustanovljena.

V praksi Frontex vse preveč izgleda kot papirnati tiger. Nima izvršnih pristojnosti; gre za skupino gostujočih uradnikov, ki sodelujejo z organi države članice.

Danes, ko so zunanje meje padle in ko je evropska varnost ogrožena, potrebujemo močan in učinkovit Frontex, da bo lahko uresničeval svoje poslanstvo, in ki seveda spoštuje tudi ČPS.

12. Nachhaltige städtische Mobilität (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Karima Delli, au nom de la commission des transports et du tourisme, sur la mobilité urbaine durable (2014/2242(INI)) (A8-0319/2015).

Karima Delli, *rapporteure***.** – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, mes chers collègues, demain, 80 % des Européens vivront en ville: c'est la raison pour laquelle la mobilité devrait être un droit pour tous. Pour ces gens qui se déplacent pour aller au travail ou pour en chercher, pour ces gens – et ces jeunes surtout – qui vont étudier, pour ces gens qui vont chez le dentiste ou chez le médecin, et pour ceux qui se rendent au cinéma ou au stade pour se divertir: en gros, la mobilité, c'est notre quotidien à tous.

Pourtant, beaucoup reste à faire pour que la mobilité profite à tout le monde, car elle est encore loin d'être choisie; le plus souvent, elle est subie, à cause des embouteillages, à cause de la perte de temps, à cause de la pollution de l'air. La cause en est l'utilisation trop massive de la voiture individuelle, qui marche aux carburants traditionnels.

Les villes ont été construites pour la voiture: rendons les villes aux habitants, parce qu'il y a une urgence climatique – on est en plein dans la COP 21. À eux seuls, les transports urbains représentent 25 % des émissions de gaz à effet de serre. À nous d'inverser la tendance si nous voulons que l'Union européenne atteigne les objectifs qu'elle s'est fixés en termes d'émissions à l'horizon 2030.

Il y a aussi une urgence sanitaire: en 2015, respirer tue. 400 000 décès prématurés par an sont dus aux particules fines émises par les moteurs diesel. Faut-il, lorsque l'on a des pics de pollution, que l'on séquestre les femmes enceintes, les enfants, les personnes âgées pour qu'ils gardent des poumons intacts? Il n'y a plus le temps d'attendre: la pollution, c'est la maladie du XXIe siècle, comme le reconnaît l'ONU.

Il y a aussi urgence en ce qui concerne notre indépendance. La consommation d'énergie nécessaire pour nos transports nous rend trop dépendants des dictatures pétrolières, aujourd'hui sous le feu des projecteurs.

Il y a aussi urgence pour la vie des usagers de la route. 38 % des décès dus aux accidents de la route surviennent en milieu urbain. Comment faire baisser le nombre de morts en ville si l'on ne réduit pas l'usage de la voiture?

Et enfin, il y a une urgence sociale: 25 millions de ménages européens sont les nouveaux précaires de la mobilité, parce qu'ils n'ont pas ou peu accès aux transports publics, ou parce que ces transports sont trop chers.

Alors, une autre mobilité est non seulement possible, mais elle est surtout indispensable. Si nous voulons revoir notre façon de nous déplacer, nous devons tenir compte des impacts sociaux, environnementaux, économiques et démocratiques des transports. Nous devons tenir compte des générations actuelles et des générations futures.

Pour y parvenir, l'Union européenne doit se doter d'objectifs ambitieux. En pleine COP 21, plaçons l'efficacité énergétique au cœur de nos politiques de mobilité urbaine.

Cela passera, qu'on le veuille ou non, par la sortie du diesel, par la disparition de nos centres urbains des voitures à essence traditionnelles à l'horizon 2050. Cela passera aussi par le développement des transports propres: tramway, téléphérique, vélo, autopartage, qui sont générateurs d'emplois. Cela passera par le report modal de la route vers le fluvial, de la route vers le ferroviaire, mais aussi par l'intermodalité à travers la conjugaison de la marche, du cyclisme et des transports en commun.

Les obstacles sont très très nombreux. Les lobbies de toutes sortes sont là; on parle notamment de ce fameux lobby automobile, les tenants du statu quo, qui – on le sait – feront tout pour que ces propositions ne voient pas le jour.

Mais n'oublions pas notre responsabilité. Il y a besoin d'une législation ambitieuse si l'on veut vraiment que cette Commission – votre Commission, Madame la Commissaire – soit vraiment celle de la dernière chance, comme le dit et le rappelle M. Juncker.

Les Européens et les Européennes nous attendent au tournant et comptent sur nous pour avancer. Alors, je le dis: ne les décevons pas, la mobilité urbaine doit absolument être une priorité.

Violeta Bulc, *Member of the Commission***.** – Madam President, the report Members are adopting today is the result of very intensive and fruitful work. It is comprehensive, inspiring and – I am happy to say – to a large extent in line with the Commission's thinking. I would like to thank the rapporteur, the shadow rapporteur and everyone who worked on the report. There were more than 500 amendments, which demonstrates how much thought and energy went into it.

The report showed that cities are of an ever-growing importance for all of us, quite simply because more and more of us are living in the city – 80% of Europeans live in urban areas. So it is logical that we have to tackle some serious challenges in urban areas: congestion, demographic change, road safety, access to mobility and air pollution, including CO_2. The report reflects these challenges and proposes solutions that can be manifested. I will not go through all of them, but will mention only three that I find particularly important at this point.

First, sustainability and urban mobility plans. These have proven to be a very useful instrument and show that voluntary instruments can work very well. This is encouraging for our efforts to support cities through the exchange of best practices and guidance. So, I would ask Members, when back in their constituencies, to support the Commission in promoting these.

An intelligent transport system is the second area. Members may be aware that the Commission is running a platform for Cooperative Intelligent Transportation Systems (C-ITS). The aim is to deploy C-ITS as soon as possible, EU-wide, in a coordinated manner. Cities would greatly benefit from this. More generally, the report recognises the incredible potential that digitalisation offers for individual mobility and city logistics. We fully agree on this point. Digitalisation of transport is therefore a personal priority for me as well.

The third area is investment and innovation. Both are key enablers for jobs and growth. Let us reflect together on how we can support cities in attracting more investment and how this investment can support innovation and how innovation can support sustainability. The report confirms that innovation in urban mobility offers huge opportunities. Just take clean transport and the multiple benefits that decarbonisaton of transport offers. Let us stop associating decarbonisation with cost and start thinking of it in terms of investment. With urbanisation as a global mega-trend, I am convinced that it will really pay off and will contribute to the Commission's agenda for growth and new jobs. Let me also mention EFSI at this point, which is an appropriate mechanism to address its needs.

Urban mobility is such a rich topic that I would need to mention many more issues to be complete – road safety, the sharing economy, active mobility, EFSI, SAVE and the cohesion funds, multimodality and many more. But now it is time for the debate. I am really looking forward to hearing Members' concrete comments and I will be very happy to respond to their proposals at the end of the debate.

Henna Virkkunen, *PPE-ryhmän puolesta***.** – Arvoisa puhemies, todellakin kaupunkien kannattaa satsata sujuvaan liikenteeseen. On sekä talouden, ympäristön että yleensä myös ihmisten kannalta tärkeä asia, että kaupunkiliikenne sujuu ja on mahdollisimman tehokasta. Se säästää sekä rahaa että ihmisten aikaa.

Jatkossakin kaupungeissa tarvitaan kaikkia liikennemuotoja. Tarvitaan autoja, raideliikennettä, kävelyä, pyöräilyä, vesiliikennettä. Eri puolilla Eurooppaa on erilaisia mahdollisuuksia. Siksi EPP-ryhmälle on tärkeää, että kaupungit itse saavat valita ne parhaat ratkaisut, jotka omalla alueella ovat tehokkaimmat ja parhaimmat.

Oli hyvä kuulla komission prioriteeteista, ne ovat hyvin oikeansuuntaiset. Erityisesti digitalisaatio antaa meille paljon mahdollisuuksia älykkään liikenteen ratkaisuihin, carsharingin, Uberin tapaisiin uusiin kuluttajaystävällisiin palveluihin. Näitä mahdollisuuksia kannattaa hyödyntää. Samoin uusi teknologia mahdollistaa entistä ympäristöystävällisemmän liikenteen.

Lucy Anderson, *on behalf of the S&D Group***.** – Madam President, it is important that the European Union consider the great variety of all of our towns, cities and rural areas when discussing policy and legislation. This is an excellent and collaborative report that fully takes account of both the common and particular transport issues faced by people across the EU living in different urban communities. I am very pleased also that our report focuses constructively on innovation in the area of freight. As our rapporteur said, urban areas account for around a quarter of European carbon emissions from transport and so, Commissioner, we urgently need genuinely sustainable mobility for goods and for our economies. I would like your comments on that point.

On road safety, it is especially welcome that the report calls strongly for advanced traffic and speed management measures, including enforcement. As elected representatives, we must recognise and act on the fact that a large majority of Europeans think that road safety in cities is a serious problem. Many, many cyclists and pedestrians are killed or seriously injured in our cities in Europe every year. What, Commissioner, are you going to do about that?

Towns and cities are also often unequal places with extreme divisions between rich and poor. As acknowledged by this report, good public transport has important social and economic benefits, as well as environmental ones, helping people gain access to jobs and get out of poverty. Socialists and Democrats are delighted that many of our long-term priorities that I have just highlighted are in this text, and I urge all MEPs to vote for the amendment. There is only one amendment to this report. We all agree that fossil fuel subsidies should be phased out, so please vote for that amendment.

Evžen Tošenovský, *za skupinu ECR***.** – Paní komisařko, jako bývalý primátor Ostravy a hejtman Moravskoslezského kraje mám s otázkami mobility v městských oblastech dlouholetou osobní zkušenost. V těchto funkcích jsem byl v častém kontaktu s kolegy z celé Evropy a tak vím, že každý region, každé město má díky své historii specifické podmínky a odlišné potřeby. A ty musíme respektovat stejně jako důsledně ctít zásadu subsidiarity.

Chtěl bych poděkovat paní zpravodajce za její aktivitu a že vzala v potaz i část našich připomínek. Přesto na stole zůstává řada problematických ustanovení. Otazníky mám např. u plánů udržitelné městské mobility a nesouhlasím se snahou zakázat nejdříve dieselové motory a následně všechna vozidla na tradiční paliva. Projekty městské mobility bychom měli určitě podporovat, ale jsem proti earmarkingu finančních prostředků EU nebo výnosů ze zpoplatnění dálnic.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu)).

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”***.** – Stimate coleg, am înțeles că sunteți de acord că avem nevoie de ceea ce raportorul și cei care au lucrat la raport au spus aici, avem nevoie de durabilitate, de mobilitate urbană și, la final, ați spus că totuși aveți o problemă cu faptul că s-ar interzice prin amendamente utilizarea motorinei, ca să mă exprim concret. Doamna comisar a vorbit aici despre decarbonizarea transportului – să o privim ca pe o investiție. Ce părere aveți dumneavoastră: se poate privi decarbonizarea transportului ca o investiție și cum?

Evžen Tošenovský (ECR), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty***.** – Určitě souhlasím, že je potřeba udržitelný provoz ve městech, mobilita je velmi důležitá. Ale jednorázová snaha zakázat určitý typ ještě neznamená, že vyřešíme dopravu. Dekarbonizace může jít různými směry, může to být kvalita, vědecký výzkum. Nevíme, co se za dva, za tři roky odehraje na automobilovém trhu. Já jsem velmi pokorný a velmi uctívám vědecký pokrok jako takový.

Matthijs van Miltenburg, *namens de ALDE-Fractie***.** – Elke stad in Europa is verschillend. Stedelijke mobiliteit vraagt dan ook bij uitstek om een lokale benadering. Europa moet echter wel richting geven, richting als het erom gaat klimaat- en milieudoelstellingen te halen, om de doorstroming en de verkeersveiligheid te bevorderen, en om steden van elkaar te laten leren in Europa. Laten we vooral inzetten op intelligente vervoerssystemen, onderling communicerende auto's, schoon elektrisch vervoer, hoogwaardig openbaar vervoer.

Maar het kan nóg slimmer, het kan nóg goedkoper. Europa moet op de fiets. Veel Europeanen leggen in hun stad hele geringe afstanden af. Kijk naar mijn thuisland, Nederland, daar nemen we in de stad liever de fiets dan de auto. Dat is beter voor de gezondheid, dat is beter voor de portemonnee en dat is beter voor de leefbaarheid in de steden. Laten we dus in Europa gaan inzetten op het vergroten van het bewustzijn als opstap naar duurzamere stedelijke mobiliteit.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta***.** – Arvoisa puhemies, kaupunkiliikenne aiheuttaa neljänneksen liikenteen hiilidioksidipäästöistä ja jopa seitsemänkymmentä prosenttia liikenteen muista päästöistä. Näitä lukuja kuunnellessa happi loppuu ja heikottaa.

Vaikka syksyn aikana kiehunut Volkswagenin tapaus on harmillinen, se on ainakin avannut silmämme. Surullisena pidän kuitenkin sitä, että kaikissa ryhmissä täällä parlamentissa ei ollut aitoa halukkuutta asettaa yksiselitteisiä tavoitteita. Subsidiariteetti on tärkeä periaate, mutta liian usein sen taakse mennään piiloon, silloin kun tuskan jakamisen sijaan tarvittaisiin aktiivisia toimia. Autoilulle, joka on suurin kaupunkiliikenteen päästöjen tuottaja ja onnettomuuksien, melun ja ruuhkien aiheuttaja, halutaan pyhittää paikka eurooppalaisen kaupunkielämän alttarilla, jolle uhrataan kaupunkien viihtyvyyttä, asuttavuutta ja asukkaiden terveyteen ja turvallisiin elinolosuhteisiin liittyviä asioita.

Toivottavasti komissio on valmis rohkeammin askelin viemään asiaa eteenpäin jäsenmaiden suuntaan.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! In Ihrer Begründung für diese Entschließung schreiben Sie: „… auf Mitgliedstaaten einzuwirken, den Verkehr von der Straße auf Wasser und Schiene zu verlagern." Hier fehlt allerdings ein volles Konzept. Die meisten Städte in Europa sind auf dem Wasserweg zu erreichen. Man könnte den Schwerlastverkehr in hohem Maße über diese Wasserstraßen abwickeln. Auch bei der Schiene erlebe ich gerade das Gegenteil. Seit gut zwei Jahren gibt es Tausende von Bussen im Fernverkehr. Vielfach wird der gesamte Personenverkehr oder der Großteil des Personenverkehrs von der Bahn weg auf die Straße verlagert, was eine zusätzliche Belastung für die Sicherheit der Fahrer, die Umwelt und eine zusätzliche Verkehrsbelastung bedeutet. Daher sollte man also dieses Konzept, das ansonsten ganz gut ist, weiter ausarbeiten.

Wim van de Camp (PPE). – Het is inmiddels wel een publiek geheim dat de totstandkoming van dit verslag niet eenvoudig was. De rapporteur is van de Groenen en de Groenen hebben zeer expliciete ideeën over stedelijke ontwikkeling en stedelijke mobiliteit. Het grote discussiepunt was voortdurend de subsidiariteit. Wat gaat Europa zeggen tegen de steden? Wat laat Europa over aan de steden? Bij de uitwerking van dit verslag zal de subsidiariteit nog een groot discussiepunt zijn. Desalniettemin, Voorzitter, wij moeten innoveren en wij moeten de steden schoner maken. Dat zal niet zonder klassieke auto's kunnen, zeker niet in de buitenwijken. Maar we hebben in ieder geval een initiatiefverslag met een resultaat. Veel succes!

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, la mobilité urbaine est un des enjeux majeurs du 21e siècle parce qu'elle est à la croisée des 3 piliers du développement durable: l'écologie, l'économie et le social. Oeuvrer pour une mobilité urbaine durable, c'est contribuer concrètement à la lutte contre la pollution de l'air et le réchauffement climatique.

Alors que les transports représentent 25 % des émissions de CO_2, que nous connaissons une urbanisation croissante et que des centaines de milliers de personnes meurent chaque année de la pollution atmosphérique, nous avons la responsabilité politique de faire de la mobilité durable un des enjeux phares des politiques européennes.

Aussi, j'appelle tous les collègues à soutenir l'amendement 1, qui soulève le problème de fond du diesel et demande des initiatives pour aller vers des carburants propres et sortir des subventions favorables au diesel.

Oeuvrer pour une mobilité urbaine durable, c'est aussi lutter contre l'exclusion sociale et garantir la cohésion territoriale. C'est un aspect fondamental des enjeux de mobilité et je regrette que, lors du débat en commission, la droite ait bloqué des amendements visés à muscler la dimension sociale du rapport.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Życie mieszkańców miast bez wątpienia oprócz zdecydowanych zalet ma także i wady. Problemy komunikacyjne to bez wątpienia jedna z nich. Korki, duża liczba wypadków śmiertelnych, brak wystarczającej liczby miejsc parkingowych czy niedostateczna infrastruktura dla pieszych i rowerzystów to bolączki codziennego dnia wielu obywateli Unii. Trudno wyobrazić sobie sytuację, gdy te problemy znikną całkowicie, ale możemy trwale zmniejszyć ich uciążliwość. Rozbudowana sieć transportu publicznego uwzględniająca szerokie wykorzystanie tramwajów i innych pojazdów szynowych to rozwiązanie niebudzące żadnych wątpliwości. Nie można jednak zapominać o innych uczestnikach ruchu miejskiego, w tym o pieszych i rowerzystach, którzy powinni być lepiej chronieni w przestrzeni miejskiej. Jednak mimo bezapelacyjnie słusznych propozycji zawartych w tym sprawozdaniu nie mogę zgodzić się na tak jednowymiarowe potraktowanie w nim użytkowników pojazdów zmotoryzowanych – przyjazna przestrzeń miejska musi uwzględniać także te osoby i te pojazdy.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Natürlich ist städtische Mobilität ein Thema für EU-Förderprogramme, Erfahrungsaustausch, *Best Practice* – ist es aber ein legislatives Thema für uns? Eher nicht, deshalb versucht ja dieser Bericht schon, die allgemeinen Grenzwerte für Autoabgase unter die Lupe zu nehmen. Das muss man diskutieren, aber bestimmt nicht in diesem Bericht! Und dann die Fahrräder: Natürlich, für Wohlfühlthemen haben wir ja die Zuständigkeit in Brüssel abonniert. Auch dem Luxemburger Verkehrsrat fällt nichts Besseres ein, als einen Fahrrad-Gipfel mit 28 - Verkehrsministern einzuberufen. Haben wir in Europa keine anderen Probleme?

Meine Damen und Herren, unsere Schattenberichterstatterin hat vieles versucht, hat auch einiges in vernünftige Bahnen gelenkt, aber was bleibt, sind Fahrradquoten, sind autofreie Sonntage, das Verbot von Verbrennungsmotoren. Ich bin auch für eine verbesserte städtische Mobilität und werde dem Bericht in dieser Hinsicht auch zustimmen. Aber anstatt autofreier Sonntage sollten wir uns besser um städtische Problemviertel kümmern, und anstatt Fahrradquoten empfehle ich, die europäische Aufmerksamkeit den Flüchtlingsquoten zu widmen, meine Damen und Herren. Vielen Dank!

Claudia Tapardel (S&D). – Doamnă comisar, mâine veți prezida la Paris în cadrul COP 21, un eveniment-cheie, care urmărește să evidențieze impactul pe care îl poate avea decarbonizarea sectorului transporturilor asupra relansării economice la nivel european. Parlamentul European v-a fost cel mai bun partener în aceste eforturi, începând cu Cartea albă privind transporturile și încheind cu votul pe raportul din această seară privind mobilitatea urbană sustenabilă. Stimați colegi, în cei șase ani în care am fost consilier general al Municipiului București**,** am înțeles că există o singură soluție pentru ca orașele noastre să prospere în urma celei de-a patra revoluții industriale: îmbunătățirea mediului, a calității vieții și a sănătății cetățenilor prin asigurarea unei mobilități urbane sigure, rapide și durabile. În calitatea mea de legislator european**,** am venit în sprijinul acestor eforturi prin propunerea unor măsuri ce țin de managementul eficient al transporturilor**,** de creșterea performanței serviciilor de logistică**,** de promovarea transportului în comun și, nu în ultimul rând, de informarea cetățenilor asupra mijloacelor de transport alternative.

Interventions à la demande

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhora Presidente, acredito, de facto, que é necessário promover políticas de mobilidade urbana inclusivas através do incentivo do uso de transportes públicos e também de transportes menos poluentes. De facto, acredito que as novas formas de mobilidade apoiadas em modelos de economia colaborativa também devem ser impulsionadas.

Contudo, há aqui uma questão que gostava de deixar e que não podia deixar passar que é a de não concordar com as imposições que são feitas para a criação de ciclovias e a imposição da utilização de bicicletas. Não posso também concordar com a eliminação dos automóveis nas cidades quando muitas destas cidades ainda não têm soluções alternativas. Precisamos de uma política urbana equilibrada, não discriminando nenhum tipo de transporte, nenhum modo de transporte e, acima de tudo, respeitando o princípio da subsidiariedade porque acredito e julgo que a aplicação das políticas de mobilidade são da competência exclusiva dos municípios e não podemos aplicar uma medida para todos os …

(A Presidente tira a palavra à oradora).

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'emergenza climatica, sanitaria e sociale che viviamo impone la più chiara delle analisi: l'Unione europea è protagonista alla COP21 di Parigi sui rimedi al disastro ambientale, ma l'impegno politico è minacciato dalla sistematica manipolazione della legislazione da parte dei produttori europei. Dopo lo scandalo *Volkswagen*, vorrei essere smentito dalla Commissione sulla circostanza che applicare un fattore di conformità pari a 2.1 non indebolisca notevolmente lo standard di emissioni Euro 6 e non mini l'affidabilità ed efficacia proprio dei test di conformità, consentendo la produzione di veicoli che emettono più di due volte la quantità di ossido di ozono fissati da Euro 6. Se così fosse, sarebbe sintomo molto negativo della capacità dell'industria automobilistica di ritardare la definizione di un quadro normativo adeguato alle ambizioni di necessità planetaria per qualità della vita, salute e protezione del clima. Concordo quindi con la prioritaria attenzione che la relazione rivolge in tema di mobilità urbana sostenibile al risparmio dell'energia della protezione del clima, alla necessità di restituire spazi ed infrastrutture ai cittadini.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, as COP 21 is taking place – and I am very pleased that I will be one of those representing Parliament there next week – the discussions we are having today are very relevant. Firstly, we had a very good discussion on the Circular Economy, and now we are discussing sustainable urban mobility. Obviously, with 80% of people living in urban areas, this is a vital topic. In fairness, many citizens are now becoming more and more aware of the need to decarbonise as much as possible. In urban areas especially, we can do an awful lot.

I would like to compliment particular groups in my own country, like the Tidy Towns Committees, which have done a tremendous amount in terms of cleaning up the town, ensuring walkways, cycle lanes, etc. However, some of that is outside their control and we have to do an awful lot, particularly in the area of transport. We need bypasses in towns to keep traffic that does not necessarily have to go through the town out of the town and to give the town back to its citizens, in particular, so that they can have a good quality of life.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, τα σχέδια βιώσιμης αστικής κινητικότητας είναι άμεσα συνυφασμένα με την προώθηση της βιώσιμης αστικής συγκοινωνίας. Δεδομένου ότι σύντομα το 80% των Ευρωπαίων θα ζουν σε πόλεις και λαμβάνοντας υπόψη ότι πάνω από το 30% των σοβαρών τραυματισμών από τροχαία λαμβάνει χώρα σε αστικές περιοχές, θα πρέπει αρχικά να εξασφαλιστεί τόσο η προσβασιμότητα στην εργασία και στις υπηρεσίες για όλους, όσο και η ασφάλεια στην κινητικότητα των πολιτών.

Επιπλέον, θα πρέπει να βελτιωθεί η αποτελεσματικότητα και η οικονομική αποδοτικότητα των μεταφορικών μέσων και να αυξηθεί η ελκυστικότητα του αστικού περιβάλλοντος, γενικά. Παράλληλα, η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει να στηρίξει κάθε τοπική αρχή και να αυξήσει τη χρηματοδότηση της αστικής κινητικότητας ώστε να βελτιωθεί. Δεδομένου ότι το 40% των εκπομπών του διοξειδίου του άνθρακα οφείλεται σε κυκλοφοριακά προβλήματα που παρατηρούνται στις μεγάλες πόλεις, θα πρέπει να οριστούν δεσμευτικοί στόχοι που να αφορούν τη μείωση των ρύπων που προκαλούνται.

Olga Sehnalová (S&D). – Paní předsedající, já bych samozřejmě v prvé řadě chtěla poděkovat paní zpravodajce a všem stínovým zpravodajům za odvedenou práci. Jsem přesvědčena o tom, že klíčem k řešení dlouhodobých problémů evropských měst s exhalacemi a kongescemi z dopravy je podpora veřejné dopravy a nutnost její lepší organizace, zejména pokud jde o spojení příměstských oblastí s centry měst. Dobrá dostupnost veřejné dopravy je základním předpokladem pro její větší využívání. Zásadní vliv na plynulost mobility ve městech bude mít nepochybně i další rozvoj nových dopravních technologií a telematických aplikací, které nabídnou možnosti vyhledávání optimálních tras. Dalším závažným problémem je ochrana zranitelných účastníků silničního provozu. I pro ty musí existovat v prvé řadě bezpečná infrastruktura s adekvátním prostorem pro jejich pohyb, aby náš apel na využívání udržitelných způsobů mobility

byl věrohodný.

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, ponosna sam jer sam sudjelovala u organizaciji prvog Dana bez automobila u Hrvatskoj prije 15 godina. Željeli smo podići svijest o nužnosti smanjenja automobila u središtima gradova i povećati upotrebu javnog prijevoza.

Unatoč poduzetim naporima diljem Europske unije, vidljivo je da je sektor gradskog prometa još uvijek jedini sektor u kojem emisije stakleničkih plinova rastu. Raste i broj stanovnika u gradovima, a za 15 godina očekuje se nažalost da će 4 od 5 stanovnika Europske unije živjeti u gradovima.

Takva statistika pogubna je za održivo gospodarenje prostorom, ali i za kvalitetu života. Kako u gradskom prijevozu još uvijek prevladava upotreba osobnih automobila, stvara se nesnosna gužva, visoka razina buke te su učestale prometne nesreće.

Zbog toga su nužne promjene u gradskoj mobilnosti. Potrebno je napraviti zaokret prema učinkovitijem javnom prijevozu, koji je energetski učinkovit, koji se temelji na obnovljivim izvorima energije i koji je zasnovan na niskougljičnoj tehnologiji.

Javni prijevoz mora biti dostupan svim građanima.

Ulrike Müller (ALDE). – Frau Präsidentin! Ich begrüße den Bericht zur nachhaltigen städtischen Mobilität. Er benennt die wesentlichen Herausforderungen auf dem Weg der gewachsenen Mobilitätsstruktur in die digitale Zeit. Einmal ist es äußerst wichtig, die regional unterschiedlichen Bedürfnisse adäquat zu berücksichtigen und hier nicht den Ansatz von oben nach unten zu wählen, sondern die Verantwortlichen in den Regionen bei der Entwicklung von Konzepten zu unterstützen.

Die Plattform zum Austausch von besten Beispielen kann eine große Hilfe sein. Wir sollten auch auf europäischer Ebene kurzfristige Lösungen anbieten, wie Standards für Datenbereitstellung aussehen können, damit Anbieter und Nutzer von Infrastruktur und Mobilitätsdienstleistungen auf die notwendigen Informationen Zugriff bekommen und gleichzeitiger, glaubwürdiger Datenschutz gewährleistet wird. Ich hoffe, dass dieser Bericht zum Anlass genommen wird, eine höhere Priorität für die Elektromobilität zu schaffen und dass im öffentlichen Personennahverkehr Elektrobusse eingesetzt werden.

Patricija Šulin (PPE). – Zelo pomembno je, da mesta čim prej uvedejo trajnostni razvoj mestne urbanosti, digitalizacijo, investicije in inovacije v mestnem prometu.

Trajnostna mobilnost v mestu zame pomeni preudarno uporabo in kombiniranje različnih oblik transporta: avtomobilov, javnega transporta, koles in hoje, saj ima vsak od njih tako prednosti kot slabosti.

Dobre prakse, na primer na Danskem ali Nizozemskem kažejo, da trajnostna mobilnost ni utopija. Potreben je seveda tudi premik v naših glavah, da uporabe javnega transporta ali kolesa ne bomo povezovali z naporom.

Znanost nam ponuja orodja, kako spremeniti obnašanje ljudi. Vedenjska ekonomija proučuje in pojasnjuje, zakaj se potrošniki odločamo tako, kot se.

Skrajni čas je, da bolje izkoristimo ta spoznanja za oblikovanje učinkovitejših politik tudi pri spodbujanju trajne mobilnosti v mestih.

Michael Cramer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, liebe Kommissarin! Das Auto mordet unsere Städte! „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten!“ – das hat vor 43 Jahren, im Jahr 1972, der damals sehr junge Oberbürgermeister von München, der Sozialdemokrat Hans-Jochen Vogel, gesagt. Selbst wenn morgen alle Autos elektrisch angetrieben werden und alle Energie aus erneuerbaren Energien kommt, würde das Morden der Städte weitergehen. Denn in Deutschland werden jeden Tag 100 Hektar unter Beton und Asphalt verschwinden. Das will auch die deutsche Bundesregierung auf 30 Hektar senken.

Am 8. Oktober haben die 28 Verkehrsminister der Europäischen Union die *Roadmap Bicycle* einstimmig beschlossen – auch der deutsche Verkehrsminister hat seine Hand gehoben. In diesem Bericht steht, dass mehr als die Hälfte des Güterverkehrs in den europäischen Städten auf *Cargo Bikes* verlagert werden kann. Man stelle sich vor: In München, in Paris, in Berlin, in London würde die Hälfte des Lkw-Verkehrs verschwinden – das wäre eine schöne Vision, Frau Kommissarin!

Was können Sie tun, um hier Anreize zu schaffen, damit die *Cargo Bikes* auch diese Breite bekommen, die sie brauchen?

Csaba Sógor (PPE). – Figyelembe véve a Bizottság felmérését, mely szerint a városi területek felelősek a szállítási CO_2 kibocsátások 23%-áért, illetve hogy a megfelelő intézkedések meghozatala nélkül ezt a helyzetet csak tovább rontja a növekvő urbanizálódás, azt hiszem, mindannyian egyetértünk abban, hogy a városi mobilitási fejlesztések az egyik legfontosabb cselekvési területét képezik, képezhetik a klímaváltozás csökkentésére irányuló harcunknak.

Ezért fontos, hogy a közlekedés társadalmi, gazdasági és környezeti hatásait egyaránt figyelembe véve valamennyi közlekedési módunkat a fenntartható fejlődés szemszögéből alakítsuk ki.

Úgy vélem, hogy a Bizottságnak, illetve a tagállamoknak feladata előmozdítani a fenntartható városi mobilitás bevált és innovatív gyakorlatainak hatékonyabb megosztását, valamint olyan közbeszerzési rendszerek létrehozását, amelyekben a környezeti teljesítményre vonatkozó követelmények e jelenleginél nagyobb mértékben szerepelnek.

Fin des interventions à la demande

Violeta Bulc, *Member of the Commission***.** – Madam President, I wish to thank Members for all their comments and for the questions they raised. Allow me to comment a little bit more and give you more information about our next steps.

We are all becoming more and more aware of the multidimensional challenges that urban mobility presents. With the 2011 Transport White Paper, the Commission set the objective of a competitive and resource-efficient urban mobility. The urban mobility package of 2013 addressed in greater detail how to achieve these objectives, but this report gives new impetus to the implementation of that package.

With Parliament's support, the Commission will concentrate efforts in the area where EU action can bring added value but with full respect for the subsidiarity principle. In particular, we are planning to: pursue a more holistic approach to smart, sustainable and resilient cities; further support cities, industry and R&I by promoting a marketplace for trading solutions; offer cities and innovative projects promoters support for real-life testing under Horizon 2020; help cities to use different EU funding opportunities, and to combine public and private investment, for instance from the European Fund for Strategic Investment; and run platforms – as one of you also mentioned – for exchange of practices, since at EU level this can have a much bigger impact than many think.

Let me now directly respond to some of your questions and comments.

As regards freight, by all means, you have full support for that from me. The 2011 White Paper already talked about nearly-zero-emissions city logistics by 2030, so green urban logistics are in our programme and in our minds.

The second question was on road safety, which is a very important element, especially for the most vulnerable in traffic. A lot of work has been done, but we are pushing Member States on a daily basis to do even more. We especially work very closely with the countries that statistics have shown to be the worst, with the direct involvement of all stakeholders in the country to bring fatalities figures close to zero in the future. By the way, bikes, as Mr Cramer and some other colleagues have mentioned, are one of the important elements of the green freight solutions in cities so yes, this topic will not go away and we will continue to address it and look for options on how to support it even further.

There were a couple of questions and comments regarding diesel. Clearly we need to improve the overall system that allows cars to be placed on the market – the type-approval system. We need more European oversight, effective control mechanisms and better quality and greater independence of vehicle testing. We need to move – and I fully support this – from lab testing to real driving emission tests for CO_2 as soon as possible. At the same time, I do count on the electrification of transport being delivered, as we expect, in the near future.

As regards awareness raising, the Commission for example has been promoting multimodality with the 'Do the right mix' campaign as part of European Mobility Week and has focused attention on walking and cycling in combination with an increased use of public and collective transport as a good way forward for all of us.

Allow me also quickly to go back to the comment regarding cycling. Please, let us not underestimate the economic benefits that this brings, not only in health, but also the positive effects on congestion and CO_2 and, of course, the positive effect on the transport industry. I welcome the Council's declaration, and we will work within our mandate to support it.

Finally, allow me also just to say a couple more words regarding the overall subject. Long-term engagement at all levels of governance is key to making European cities smart, well-connected and green, and the Commission is ready to support the emergence of new ideas within our mandate. They are the stakeholders that can drive prosperity and offer quality jobs.

Within my portfolio, 2016 is the year for decarbonisation and I am sure that we will address urban mobility very comprehensively as part of that initiative. I am counting on Members' support and am really looking forward to making our planet look even better than it does today.

Karima Delli, *rapporteur.* – Madame la Présidente, je voudrais rectifier certains propos de mes collègues du PPE. Je voudrais leur signifier que, dans le rapport, il n'est pas écrit: interdiction de la voiture. Il est écrit: interdiction des voitures dans les centres-villes, notamment de ces voitures au carburant conventionnel, comme il est écrit dans le livre blanc porté par M. van de Camp. Donc n'essayez pas de nous dire ce qui n'est pas écrit dans notre rapport, rétablissons la vérité.

Tout d'abord les solutions qui figurent dans ce rapport sont réelles. Fixons des objectifs ambitieux en termes d'usage du vélo en ville d'ici 2025. Doublons le maillage des transports collectifs publics d'ici 2030. Oui, créons une journée européenne du vélo, généralisons la journée sans voiture. Encourageons tous les États membres et les villes à se doter de plans de mobilité urbaine durable. Allons vers la limitation de vitesse ambitieuse afin de limiter les décès dans nos rues et de rendre compatible la voiture avec les vélos et les piétons. Relançons le fret dans le cadre d'un plan européen. Investissons réellement dans la mobilité urbaine une part importante de l'eurovignette, une part importante du plan Juncker mais également des fonds européens. Enfin, incluons dans nos projets de mobilité les nouvelles pratiques avec notamment les transports intelligents, je parle de l'autopartage, du covoiturage.

Tout cela ne pourra être efficace sans une révision de la législation sur la qualité de l'air. Depuis trop longtemps les États membres, dont le mien, sont poursuivis devant la Cour parce qu'ils ne respectent pas les limitations. Les victimes, ce sont les Européens et les européennes. Ce sont les mêmes qui sont d'ailleurs victimes des fraudes aux émissions de diesel. Alors je le dis, Madame la Commissaire, tout cela doit être revu d'urgence pour plus d'efficacité au service de la santé des citoyens mais également de l'état de notre planète.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu aujourd'hui.

Déclarations écrites (article 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto***.** – La lotta per un'economia sostenibile è da sempre tra le priorità assolute della nostra delegazione e i trasporti costituiscono senza dubbio uno degli ambiti in cui tale battaglia deve essere portata avanti. L'uso di auto private a combustibili tradizionali deve essere pian piano sostituito a vantaggio di mezzi di trasporto comuni, pubblici ma anche privati, ed ecologici. In questo momento, con la COP21 in corso, è importante ribadire l'assoluta necessità di arrestare la corsa del cambiamento climatico e la relazione votata oggi va esattamente in questa direzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς***.** – Ορθά επισημαίνεται στην έκθεση ότι η ανάπτυξη καινοτόμων βιώσιμων, περιβαλλοντικά φιλικών στρατηγικών αστικής εφοδιαστικής συμπεριλαμβανομένων ιδιωτικών και δημόσιων φορέων, αποτελεί υψίστης σημασίας για την επίλυση της συμφόρησης και των περιβαλλοντικών προβλημάτων στις πόλεις. Εύστοχα επισημαίνεται ότι η εφοδιαστική πρέπει να βασίζεται σε βιώσιμους τρόπους μεταφοράς και για αυτό ζητείται καλύτερη βελτιστοποίηση της αλυσίδας εφοδιασμού στις αστικές περιοχές με βάση νέους ,οικονομικά αποδοτικούς τύπους λειτουργίας ,τεχνολογίας και επιχειρηματικού μοντέλου. Έτσι καλείται η Επιτροπή να αναπτύξει πολιτικές που θα ενθαρρύνουν τον κλάδο εμπορευματικών μεταφορών να βελτιώσει οικολογικά τον στόλο του. Σημαντική έκθεση, που δικαίως υποστηρίζεται.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban***.** – Az Európai Unió lakosságának több mint 70%-a lakik városokban, melyek az uniós GDP mintegy 85%-át adják. 2050-re a 70%-os lakosság arány várhatóan 80% fölé fog emelkedni. Az Eurobarometer felmérései szerint az uniós polgárokat komolyan foglalkoztatják a városi közlekedés növekedéséből eredő problémák, mint például a közlekedési fennakadások, a levegőminőség romlása, a gyakoribb balesetek.

Ezekre az állampolgárokat foglalkoztató problémákra az Európai Strukturális és Befektetési Alapok, és különösen az Európai Regionális Fejlesztési Alap hatékony választ tud adni, hiszen ezek az alapok meghatározó mértékben tudnak hozzájárulni a városi közlekedés fenntarthatóvá tételéhez, ami nagy jelentőséggel bír a városi környezet és a városlakó polgárok életminőségének javítása szempontjából.

A 2014-2020-as kohéziós politika egyik tematikus célkitűzése a fenntartható közlekedés és infrastruktúra támogatása. Ennek egy fontos eleme a hatékony, megfizethető és biztonságos közösségi közlekedés, amelynek támogatása és kiterjesztése munkahelyek teremtésével is jár. Az uniós kohéziós politika, az Európai Strukturális és Befektetési Alapok hatékony válaszokat tudnak adni a fenntartható városfejlődéssel és az intelligens közlekedéssel kapcsolatban felmerülő kihívásokra. Fontosnak tartom, hogy éljünk azokkal a lehetőségekkel, melyeket a kohéziós politika kínál a városi mobilitás területén.

József Nagy (PPE), *írásban***.** - A fenntartható városi mobilitás biztosításához figyelembe kell venni az áru és a személyforgalmat egyaránt. Mivel napjainkban is számos tagországban kimondottan alacsony hatásfokú úgy a tömegközlekedés, mint az áruszállítás, ezért a minőségi beruházások ebben a szektorban elkerülhetetlenek a fenntartható mobilitás eléréséhez. Gondolok itt elsősorban az integrált városi tömegközlekedés fejlesztésére, illetve a környezetbarát közlekedési formák minél nagyobb térnyerésére. Az infrastruktúra fejlesztése mellett azonban egy pillanatra sem szabad megfeledkeznünk a károsanyag-kibocsátás kérdéséről.

Mint ismert, 1990-hez képest az iparban és a mezőgazdaságban jelentősen sikerült csökkenteni az üvegházhatású gázok kibocsátását, ellenben a közlekedési ágazatban ez az érték az elmúlt 25 évben 30%-al növekedett. A városi közlekedés a teljes kibocsátás negyedéért felelős, aminek legnagyobb része a közúti közlekedésből ered. Ezen a téren mindenképpen szükséges a mielőbbi előrelépés, amit egyrészt azzal kell elérnünk, hogy a ma még közúti közlekedést igénybe vevők minél nagyobb részét átirányítjuk a környezetkímélőbb kötöttpályás közlekedés felé, másrészt pedig a városi közúti közlekedésben használt gépjárművek meghajtásában minél nagyobb teret kell biztosítanunk a nem belső égésű motorokon alapuló technológiáknak.

Ezen céljaink eléréséhez egyrészt elengedhetetlen a városi kötöttpályás közlekedés további fejlesztése, másrészt támogatnunk kell az elektromos, illetve az egyéb, üvegházhatású gázokat nem kibocsátó hajtásrendszerek minél szélesebb körű alkalmazását a városi közúti közlekedésben.

Victor Negrescu (S&D), *in writing***.** – I support this initiative for the introduction of a Sustainable Urban Mobility plan, financed by the EU budget, to protect the well-being and the safety of EU citizens and of the environment. The report outlines that currently 38% of road deaths occur in urban areas where traffic congestion costs are estimated at EUR 80 billion. Consequently, car emissions have also increased by 30% since 1990. It is therefore crucial to reverse this trend by redirecting urban mobility towards sustainable modes of transport.

The report also stresses the importance of synergies between the Commission and the Member States to employ EU funding sources alongside the smart and sustainable mobility policies and projects, as well as the maximisation of these resources to achieve economic and social benefits. The report ultimately outlines the fact that existing initiatives such as road charging (Eurovignette), and new approaches to urban transport such as car sharing, are imperative in the intermodal mobility chain, alongside cycling, walking and public transport. I emphasise the need for cooperative networks at both European and national levels, as well as an in-depth consideration of the aforementioned prospective solutions – with the ultimate objective of making mobility in urban areas more sustainable.

Claude Rolin (PPE), *par écrit***.** – Mesdames, Messieurs, la définition de plans pour une mobilité urbaine durable à long terme est importante pour parvenir aux objectifs que l'Union européenne s'est fixés en termes d'émission de CO_2, de pollution sonore, de pollution de l'air et de réduction des accidents. N'oublions pas non plus que selon les estimations, près de 82 % des citoyens de l'Union vivront dans des zones urbanisées d'ici à 2050. C'est aussi à ce titre que l'élaboration de plans de mobilité urbaine durable devrait et doit être l'un des principes directeurs du financement de projets au sein de l'Europe. J'encourage les États membres à revoir leurs stratégies en la matière. Je vous remercie.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Mestská mobilita, jej problémy a riešenia sa dotýkajú každého štátu. Každý, kto býva, resp. pracuje v menšom či väčšom meste, vie, aký je problém dostať sa z jedného bodu do iného bodu záujmu. Aj preto ako tieňová spravodajkyňa vo výbore REGI som podala pozmeňujúce návrhy, ktoré aj boli schválené, aby sa pri mestskej mobilite kládol dôraz na integrovaný dopravný systém založený na spolupráci jednotlivých druhov dopravy. Ďalej som zdôraznila význam cezhraničného prepájania miest v procese mestského plánovania, pretože tento stimuluje regionálny rozvoj. Pri udržateľnej mestskej mobilite musí byť stredobodom pozornosti kvalita ľudského života, s čím je priamo spojený dôraz na uvoľňovanie miest od nadmerného preťaženia vozidlami, či plánovanie odstavných parkovísk, aby sa umožnil voľný pohyb chodcov a atraktívnosť centier miest. Taktiež nesmieme zabúdať, že cyklistická doprava zohráva významnú úlohu v modernom plánovaní udržateľnej mestskej mobility a je súčasťou riešenia v predchádzaní dopravným zápcham, pričom samostatné trasy pre cyklistov a chodcov by mali byť samozrejmosťou pri budovaní a rekonštrukcii ciest.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan***.** – U današnje vrijeme, velika koncentracija stanovnika živi upravo u urbanim područjima, a procjenjuje da će do 2050. godine 82 % građana Europske unije živjeti u gradovima. Budući da se predviđa da će gradska populacija znatno rasti, urbani centri nastavit će se suočavati s društvenim izazovima koji se odnose na kvalitetu života i održivog razvoja, a potrebno će biti ozbiljno urbanističko planiranje.

Povećanjem gradske populacije, povećava gradska mobilnost, a ona još uvijek znači upotrebu automobila. 96 % energetskih potreba prijevoza u EU-u ovisi o nafti i njezinim derivatima, što odgovara trećini ukupne energetske potrošnje.

Smatram da je prostorno planiranje najvažnija faza za stvaranje nesmetanih, sigurnih i postojanih prometnih mreža koje imaju stvaran učinak na život građana i promet te naglašavam da se na sigurnost uvijek mora gledati kao na ključni element održivog urbanističkog planiranja. Potrebno je također dati prednost prijevoznim sredstvima s niskim udjelom emisija CO_2, uključujući vozila na električni pogon i vozila koja koriste alternativna goriva ili imaju ugrađene inteligentne prometne sustave.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie***.** – Dywersyfikacja środków transportu i dążenie do zrównoważonej mobilności w miastach niewątpliwie wpływa korzystnie na klimat i poprawę jakości powietrza, co bezpośrednio przekłada się na ochronę zdrowia mieszkańców miast. Dlatego działania mające na celu sprawne łączenie rozwiązań transportowych, takich jak transport zbiorowy, transport dzielony, korzystanie z rowerów i wypożyczalnie są bardzo potrzebne. Zwłaszcza, że wpływają nie tylko na ograniczenie zanieczyszczenia powietrza, ale wspierają również bardzo ważną aktywność fizyczną każdego dnia. Trzeba jednak pamiętać, aby nie przesadzić i aby nasze działania wynikające z dobrych chęci nie miały efektu odwrotnego, nie utrudniały mieszkańcom życia w mieście, zwłaszcza tym grupom, które prowadzą np. działalność gospodarczą w oparciu o konkretny środek transportu. Warto również pamiętać, że w szczegółowej ocenie potrzeb, a także skutków wdrożonych działań niezwykle pomocne może być wykorzystanie europejskich cywilnych programów nawigacji satelitarnej Galileo i EGNOS, które dostarczają informacji np. na temat natężenia ruchu i mobilności.

(La séance est suspendue quelques instants, dans l'attente de l'heure des votes)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

13. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll).

Frau Corazza Bildt, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet? Bitte sehr!

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Mr President, as you know, more than a month has passed since the disclosure in this House of Ms Le Pen's voting fraud. I think that many colleagues here – and myself – would like to know the status of the inquiry that you are leading, in particular regarding Mr Marcel de Graaff, who is the co-chair of Europe of Nations and Freedom, and Mr Nicolas Bay, who is the Secretary-General of the Front National.

I would also like to ask you whether you also intend to convene Ms Le Pen for a hearing, as she is co-chair of the group of Europe of Nations and Freedom.

Der Präsident. – Frau Corazza Bildt! Ich habe eine Untersuchung über diese fehlerhafte und falsche Abstimmung durchgeführt, zunächst im Fall des Herrn Kollegen de Graaff. Ich habe Herrn de Graaff angehört. Herr de Graaff hat anerkannt, dass seine Abstimmung inkorrekt war. Ich muss jetzt entscheiden – das habe ich noch nicht getan –, welche Sanktion ich verhängen werde. Ich werde eine verhängen. Herr de Graaff hat mir mitgeteilt, dass er anerkennt, dass das fehlerhaft war und dass er die Sanktion auch akzeptieren wird.

Ich habe auch Herrn Bay angehört. Herr Bay hat den von mehreren Kollegen und Kolleginnen erhobenen Vorwurf, er hätte in Abwesenheit von Frau Le Pen für Frau Le Pen abgestimmt, abgestritten. Er hat gesagt, das träfe nicht zu, das habe er nicht getan. Ich habe daraufhin die betreffenden Kollegen und Kolleginnen, die mir geschrieben hatten, dass sie gesehen haben, dass Herr Bay anstelle von Frau Le Pen abgestimmt hat, um ein Gespräch gebeten. Das Gespräch hat stattgefunden – Sie gehören ja auch zu den Kollegen –, sie sind von mir angehört worden. Alle in Rede stehenden Kollegen haben mir versichert – in einem zu unterzeichnenden Protokoll, das von den Kollegen auch signiert wird –, dass sie dabei bleiben, dass sie gesehen haben, dass Herr Bay abgestimmt hat. Sobald ich diese Ermittlungen abgeschlossen habe, werde ich mit Herrn Bay erneut darüber reden und dann eine Entscheidung treffen, wie ich damit umgehe. Denn hier sind wir in einer Situation, dass vier oder fünf Kollegen sagen: „Das war so, das haben wir gesehen", ein Kollege sagt: „Nein, das habe ich nicht gemacht."

Die Ermittlungen betreffend die Frau Abgeordnete Le Pen sind so, dass mir mitgeteilt wurde, dass Frau Le Pen während des Abstimmverhaltens, das Herrn Bay vorgeworfen wird, im Saal war. Das wird dazu führen, dass ich Frau Le Pen zu diesem Punkt einvernehmen muss, zumindest dahingehend, ob sie gewusst hat, dass der Kollege für sie abstimmt oder ob sie es nicht gewusst hat. Ob der jetzt Generalsekretär des Front National ist oder nicht, spielt in dem Zusammenhang keine Rolle. Aber wir werden es jedenfalls ermitteln müssen. Ich werde Ihnen dann, wenn ich die Ermittlungen abgeschlossen habe, entsprechende Mitteilung machen.

Michael Cramer (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich hatte damals schon nachgefragt weil es bei dieser Abstimmung ganz knappe Ergebnisse gab, bei denen es entweder eine Stimme Unterschied gab oder auch Stimmengleichheit. Ich wollte nun fragen, ob Sie überprüft haben, welche Abstimmungen so knapp ausgegangen sind, und wie Sie sich dann verhalten, wenn Sie feststellen, dass eine knappe Mehrheit oder eine knappe Minderheit nur durch Betrug zustande kam.

Der Präsident. – Herr Cramer! Wir sind Ihrem Hinweis nachgegangen. Es gibt in keinem der inkriminierten Fälle eine knappe Abstimmung. Also dort, wo von Herrn de Graaff oder von Herrn Bay für Frau Le Pen abgestimmt worden ist, waren die Abstimmungsresultate so, dass es nicht durch diese falsche Abstimmung zu einer Veränderung des Ergebnisses hätte kommen können. In diesem Fall hätten wir es in der Tat mit einer schwerwiegenden Situation zu tun. Das ist völlig klar.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, je suis un vieux député dont la prostate augmente au fur et à mesure que l'énergie diminue.

Ce jour-là, les votes ont duré deux heures et demie. Pouvez-vous me dire, s'il vous plaît, quelles dispositions le règlement permet pour que ma présence politique soit assurée en dépit des exigences de la physiologie ou dois-je satisfaire à mes besoins naturels en restant sur mon siège?

Enfin, je termine en vous précisant que, le 10 octobre 1987, à l'Assemblée nationale française, j'ai été témoin du fait que notre ancienne collègue, M^me^ Trautmann, députée socialiste, a voté pour plus de 160 députés absents de son groupe, avec un seul de ses collègues, en tournant les clefs frauduleusement, contrairement au règlement de l'Assemblée nationale, à la Constitution française et à la loi organique qui régissait les délégations des députés.

Der Präsident. – Verehrter Herr Kollege Gollnisch! Der Alterungsprozess ist ganz sicher für uns alle ein schwerwiegender Vorgang; er betrifft ja alle Organe vom Kopf bis zum Fuß. Insofern ist es natürlich wirklich jeder Diskussion wert nachzudenken, wie wir Ihnen helfen können. Ich werde mit den Fraktionen noch einmal darüber beraten.

13.1. Einsetzung eines Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung, dessen Befugnisse, zahlenmäßige Stärke und Mandatszeit (B8-1335/2015) (Abstimmung)

13.2. Benennung der Mitglieder des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung:*

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident! In der Abstimmungsliste sind zwei Abstimmungen vorgesehen, eine über die Einsetzung und eine über die Benennung. Ist das falsch?

Der Präsident. – Herr Bütikofer! Die Abstimmung war korrekt. Das Zweite ist eine Benennung, die der Abstimmung folgt. Insofern haben wir korrekt gehandelt.

13.3. Abkommen zwischen der EU und Liechtenstein über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (A8-0334/2015 - Sander Loones) (Abstimmung)

13.4. Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu der Initiativuntersuchung betreffend Frontex (A8-0343/2015 - Roberta Metsola, Ska Keller) (Abstimmung)

13.5. Nachhaltige städtische Mobilität (A8-0319/2015 - Karima Delli) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 1:*

Karima Delli, *rapporteure.* **—** Monsieur le Président, l'amendement que vous vous apprêtez à voter est véritablement important parce que, malgré les révélations sur le scandale de Volkswagen, on constate encore qu'il y a des subventions publiques aux carburants d'origine fossile. Je pense notamment au diesel, qui bénéficie d'un avantage fiscal par rapport à l'essence traditionnelle.

Si l'on veut réduire l'usage des voitures au carburant traditionnel dans nos villes, il faut agir. Nous proposons donc collectivement, à travers cet amendement, d'appeler les États membres à en finir avec les subventions publiques aux carburants d'origine fossile.

James Carver (EFDD). – Mr President, sorry, but that was a political speech. That was not a point of order. Surely it is up to our whips' meetings to decide. That was a political point. That was not a point of order.

Der Präsident. – Lieber Herr Kollege! Die Kollegin Delli ist die Berichterstatterin, der es zusteht, das Wort zu erbitten. Ganz streng nach der Geschäftsordnung muss ich ihr das Wort geben, aber natürlich nicht für ein politisches Statement. Insofern, Frau Delli, haben Sie in geschickter Weise die Geschäftsordnung für ein politisches Statement ausgenutzt.

*

* *

Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

14. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

15. Durchführung und Erbe des Europäischen Jahres für Entwicklung (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι οι δηλώσεις του Συμβουλίου και της Επιτροπής με θέμα «Υλοποίηση και κληρονομιά του Ευρωπαϊκού Έτους Ανάπτυξης» (2015/2994(RSP)).

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil.* – Monsieur le Président, chers parlementaires, à quelques jours de la cérémonie de clôture officielle de l'Année européenne pour le développement, le 9 décembre à Luxembourg, je suis particulièrement heureux d'avoir cet échange avec vous sur cet exemple d'excellente collaboration avec les institutions européennes, impliquant les États membres, la société civile, le secteur privé et tous les acteurs concernés par les questions de développement.

Dès le départ, le Conseil et les États membres de l'Union européenne se sont très directement investis dans l'Année européenne pour le développement. Tout d'abord, dans le cadre des travaux préparatoires à l'adoption de la décision du Parlement européen et du Conseil, qui a permis de lancer l'Année européenne pour le développement, sur la base d'une proposition de la Commission. Nous étions ainsi prêts, dès le 1er janvier 2015, à célébrer et à vivre cette année sous la devise «Notre monde, notre dignité, notre avenir».

Ensemble, nous avons mis en place un programme d'activités exceptionnel afin de mettre en lumière les résultats obtenus par l'Union européenne, agissant avec les États membres, en tant qu'acteur mondial et premier pourvoyeur mondial d'aide publique au développement.

Des événements phares ont eu lieu, tels que la séance inaugurale à Riga ou le débat à Bruxelles sur le programme de développement pour l'après-2015, notamment avec des jeunes, en présence du secrétaire général des Nations unies, M. Ban Ki-moon.

Un grand nombre d'États membres ont également organisé dans leur pays une inauguration officielle de l'Année européenne pour le développement, en présence des plus hautes autorités, témoignant ainsi de leur engagement en faveur de la coopération au développement et attirant les projecteurs des médias nationaux.

Mais, avant tout, les États membres ont joué un rôle clé dans la mise en œuvre de l'Année européenne pour le développement en rapprochant les activités au plus près des citoyens européens.

Nous avons travaillé main dans la main avec les autorités régionales et locales, la société civile, les acteurs de l'enseignement, de la culture et de la recherche, tous ces partenaires qui, d'une manière ou d'une autre, partagent un sentiment de responsabilité et de solidarité.

Nous avons naturellement aussi associé le secteur privé, parce que son rôle est primordial et que le développement est une responsabilité qui nous incombe à tous. Nous avons fait la part belle aux médias sociaux et aux supports numériques, qui ont permis d'atteindre un des groupes cibles prioritaires, à savoir la jeunesse. Les jeunes sont au cœur des nouveaux objectifs de développement durable à l'horizon 2030. De très nombreux jeunes s'engagent activement, mais il était indispensable de continuer à les soutenir, à les informer dans leur démarche, et de susciter l'intérêt de ceux qui se sentent encore moins concernés.

L'année 2015 aura été une année emblématique et riche en événements internationaux directement liés au développement durable: l'Exposition universelle de Milan, l'Assemblée générale des Nations unies – au cours de laquelle les objectifs de développement durable à l'horizon 2030 ont été adoptés –, la conférence sur le financement du développement à Addis-Abeba, la conférence sur le changement climatique – en ce moment même à Paris –, pour n'en citer que les plus importants. Ce sont autant d'événements qui ont servi de caisse de résonance à l'Année européenne pour le développement et ont permis à l'Union européenne de porter son message avec force et conviction.

Je n'ai pas besoin de répéter ici l'importance que revêt le développement. Les nombreux débats que nous avons eus dans cette enceinte ces derniers mois, notamment sur la migration et la crise des réfugiés, l'ont de nouveau démontré, s'il en était besoin. Le développement est souvent la clé et est, en quelque sorte, le revers de la médaille des migrations.

J'ai eu l'occasion de le dire, lorsque nous avons débattu précisément du développement durable, il y a quelques mois. La lutte contre la pauvreté et contre le désespoir qui poussent les gens à quitter leur pays dans les pires conditions doit rester une grande priorité. Cette année nous aura permis de sensibiliser l'opinion publique aux avantages de la coopération au développement, non seulement pour les bénéficiaires, mais également pour les citoyens de l'Union, et de mieux faire comprendre le concept de la cohérence des politiques au service du développement. Malgré les temps difficiles que nous traversons, les citoyens européens nous disent qu'ils sont largement favorables à la coopération au développement et qu'ils demeurent solidaires de nos partenaires les moins favorisés. Nous devons tout faire pour que cet état d'esprit reste vivant et continuer à traduire cette volonté de solidarité par des actions concrètes.

Je voudrais remercier, ici, d'abord le Parlement européen et, tout particulièrement, M[me] McAvan et ses collègues de la commission du développement pour la contribution qu'ils ont apportée au succès de cette Année européenne. La semaine prochaine vous serez, Madame, avec nous, à Luxembourg, pour clôturer cette année.

Je tiens également à me féliciter, ici, de l'esprit de coopération interinstitutionnelle qui a permis de mettre en route, dans un calendrier très serré, une déclaration conjointe du Parlement, de la Commission et du Conseil, qui représente l'héritage de l'Année européenne pour le développement. Cette déclaration sera symboliquement signée à Luxembourg le 9 décembre pour, précisément, perpétuer l'esprit de cette Année et encourager les institutions européennes et les États membres à continuer leurs efforts de sensibilisation des citoyens européens au-delà du 31 décembre 2015.

Neven Mimica, *Member of the Commission***.** – Mr President, we are approaching the end of the European Year for Development. This has been a year of partnership, innovation, networking and the sharing of experience. It has seen the European institutions come together with national governments and parliaments, and with civil society and private sector and international organisations, to promote the message that development cooperation is important for all.

The Year's motto, 'Our world, our dignity, our future' has been a constant reminder that development cooperation is not just about people in developing countries. It is also about how we, as Europeans, respond to them. I wish to thank Parliament for its vital role in initiating, supporting and driving the European Year for Development.

This has taken many forms. I can see that the square outside this Chamber is being decorated with European Year For Development posters. I would like to thank, in particular, President Martin Schulz, Mrs Linda McAvan, the Chair of the Committee on Development, and Mr Charles Goerens, member of the Committee, for their strong support.

2015 has been a critical year for development, with the Addis Ababa Action Agenda and the 2030 Agenda on Sustainable Development adopted and, hopefully, an ambitious climate framework forthcoming. At the same time, a significant increase in refugees and migrants worldwide is a stark reminder of how important it is to address the root causes of instability and irregular migration – in other words, to give everyone the potential to live a life of dignity at home, rather than fleeing from hunger, poverty, insecurity or violations of human rights.

For me the main success of the European Year for Development was – and is – the partnership with so many development actors in Europe and beyond. I am very happy that Parliament, the Council and the Commission will together acknowledge the legacy of this year by endorsing a joint declaration at the official closing ceremony in Luxembourg.

Let us work together to maintain this spirit of partnership when discussing, promoting and communicating development cooperation beyond 31 December this year. Let us all take the legacy of the European Year for Development forward to become a common framework and a true platform for a continuous and ongoing European development dialogue in the years to come.

Davor Ivo Stier, *u ime kluba PPE.* – Gospodine predsjedniče, gospodine ministre, gospodine povjereniče, možda smo na početku ove godine očekivali da će se 2015. razvijati na drugi način. Možda će netko reći da je 2015. bila zapravo više godina masovnih migracija prema Europi nego što je bila Europska godina razvoja i nema dvojbe oko toga da migracije dominiraju našim raspravama i pažnjom u zadnje vrijeme, ali sve to samo potvrđuje važnost jedne učinkovite razvojne politike. To potvrđuje potrebu da se više fokusiramo na uzroke problema, a ne samo na simptome. Na uzroke siromaštva, rata, i onda naravno i masovnih migracija. A uzroke možemo naći upravo u sistematskom kršenju ljudskih prava, u endemskoj korupciji u mnogim zemljama u našem susjedstvu i u nedostatku dobre vladavine.

I zato smo upravo u ovoj godini, Europskoj godini razvoja, tražili i uspjeli promijeniti globalni okvir za razvoj i unijeti poseban jedan razvojni cilj, razvojni cilj 16, o miru, o pravdi, o borbi protiv korupcije, o učinkovitom pravosuđu, o dobrom upravljanju. To je jedan veliki uspjeh Europske unije. Evo ja koristim priliku da istaknem ovdje i ulogu gospodina povjerenika. Sada je bitna implementacija i u ovoj implementaciji nove globalne Agende 2030. moramo se upravo fokusirati na taj razvojni cilj 16 kao prioritet u našem djelovanju, a sve u skladu i s konceptom razvojne politike koja je temeljena na ljudskim pravima. Moramo, isto tako, prihvatiti u potpunosti da nema razvoja bez mira i obrnuto, odnosno da postoji jedan jasan *nexus,* jedna jasna poveznica između razvoja i sigurnosti.

Na kraju, želio bih isto tako čestitati kolegama iz drugih političkih grupacija, posebice čelnici našeg Odbora za razvoja i isto tako gospodinu Goerensu, koji je i konceptualno osmislio rad Parlamenta u ovoj Europskoj godini razvoja.

(Govornik se složio da odgovori na pitanje podizanjem plave kartice na osnovi članka 162. stavka 8. Poslovnika.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Nagyon szépen köszönöm a lehetőséget, Elnök Úr! Képviselő Úrral nem fogok abban vitatkozni, hogy azért sok minden másképpen alakult 2015-ben, mint ahogy azt terveztük. De Ön azt mondja, hogy béke nélkül nincs fejlesztés. Szerintem ebben az esztendőben inkább az derült ki, hogy fejlesztés nélkül nincs béke. Magyarul, Európának végre, hogy mondjam, alkalma van arra, hogy a külpolitikát a fejlesztések révén tegye. Nem ért ezzel Ön egyet?

Davor Ivo Stier (PPE), *odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice.* – Uvaženi kolega, ono što sam rekao je da nema mira bez razvoja i da nema razvoja bez mira. Dakle, rekao sam doista tako. Jedna stvar i druga idu zajedno. Mislim da postoji jedna poveznica između razvoja i sigurnosti, i to je ono što većina nas u Odboru za razvoj ističe. Moramo sada u implementaciji ove nove Agende vidjeti i koje mjere moramo unutar naše politike razvoja revidirati da bi makli one barijere koje onemogućuju da se možda na bolji, učinkovitiji način adresira ova poveznica između razvoja i sigurnosti.

Linda McAvan, *on behalf of the S&D Group.* – Mr President, I only have one minute tonight in which to speak, so just two quick messages really. The first is about action. We started the year in Riga saying we wanted action, not just warm words. Well we did act, we got agreement in Addis Ababa, and then in Paris, and we hope to get agreement at the COP 21 in Paris next week. We have also agreed a new Agenda Action Plan, but now we have to turn those commitments into real policies on the ground, and that is the second word really – legacy – which both the Commission and the Council spoke about. We have to deliver on the promises. We have spoken, Commissioner Mimica, about renewing the European Consensus on Development and maybe it is time now to bring that idea forward to create a new buy-in, by all the partners, into the next 15 years of development policy.

Finally, I would like to thank the Luxembourg Presidency for its commitment, the Latvian Presidency for its commitment, and you, Commissioner Mimica, for yours, as well as my colleagues, who throughout the year have been extremely supportive in getting the message out.

Richard Sulík, *za skupinu ECR* – Rozvojová pomoc Európskej únie je predovšetkým víťazstvom dobrého marketingu. Dve tretiny obyvateľov Európskej únie si myslí, že výdavky treba na rozvojovú pomoc zvýšiť, a to napriek všemožným zlyhaniam. O čo viac rozvojové projekty Európskej únie zlyhávajú, o to viac minie Európska únia na marketing. Medzičasom dáva Európska únia na svoju propagáciu viac ako Coca-Cola na celom svete.

Zároveň však viaceré členské krajiny znižujú svoj podiel na rozvojovej pomoci. Napríklad Fínsko z 0,82 % na 0,6 %, Francúzsko z 0,5 na 0,36 % atď. Je smiešne, a najmä nereálne, chcieť od krajín, ktoré sa topia v dlhoch, ako je Francúzsko, Grécko, Portugalsko, aby dávali 0,7 % svojho HDP na rozvojovú pomoc. Preto je načase prestať snívať o Európskej únii ako záchrankyni celého sveta a mieru rozvojovej pomoci zreálniť.

(Rečník súhlasil, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 162 ods. 8 rokovacieho poriadku)).

Heidi Hautala (Verts/ALE), *blue-card question***.** – I would just like to ask my colleague if he is aware that it is friends from his party in the Finnish Government who were celebrating this deep cut in the development budget by 42%. I wonder if he agrees with his colleagues from Finland that this was the right move, as I did not quite get the point.

Richard Sulík (ECR), *odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty* – Áno, samozrejme, že s tým súhlasím. Fínsko je krajina, ktorá sa nachádza v recesii, ktorá musí bojovať so svojimi problémami, ktorá musí robiť svoje reformy a hlavne nevyrábať deficity. Európska únia je zadlžená po uši a buď teda začneme poriadne hospodáriť a potom sa môžeme hrať na záchrancov a zachraňovať iné krajiny, ale pokiaľ robíme dlhy a stále viac dlhov a stúpa stále viac celkový dlh, tak prestaňme sa hrať na hrdinov a zachraňovať všetky krajiny naokolo.

Charles Goerens, *au nom du groupe ALDE***.** – Monsieur le Président, on peut dire, au terme de onze mois de campagne de sensibilisation à grande échelle, que l'Année européenne pour le développement a été une réussite.

Il y a lieu de saluer la coopération qui s'est instaurée entre les acteurs que sont les responsables politiques, les représentants des ONG, les représentants territoriaux, et ceux du secteur privé notamment. Les grands défis qui se sont manifestés en 2015 ont mis en évidence l'indispensable contribution du développement à la résolution de nos problèmes. Signalons, à ce propos, la crise des réfugiés. Les dernières semaines montrent à quel point il était essentiel de placer le principe du respect de la dignité au centre de la campagne 2015. Certains, dont notamment la Commission européenne et quelques États membres, ont agi conformément à ce principe. D'autres, bien qu'ayant appuyé l'idée de l'Année européenne pour le développement, ont plutôt eu tendance à promouvoir le principe de l'indifférence.

Aucun seuil, aucun plafond, aucune considération basée sur l'exploitation de la différence ne peuvent porter atteinte à la dignité. Aussi l'Année européenne pour le développement nous rappelle-t-elle que les problèmes actuels d'illégalité, de mauvaise gouvernance, de menace à la paix intérieure dans les pays en développement sont le résultat de ce que nous avons fait au cours des 15-20 dernières années. Ces problèmes sont le résultat de notre action, mais aussi de notre inaction. Ce que nous omettons ou refusons de faire aujourd'hui ne manquera pas d'influer sur la situation dans le monde les vingt prochaines années. Soyons déterminés, résolus, intransigeants dès lors que notre promesse est engagée.

Cette promesse, il va falloir la décliner au niveau des principes, mais aussi des moyens que nous entendons mobiliser pour la mise en œuvre. Il n'est pas question de mettre fin à la grande campagne de sensibilisation de 2015; aussi la devise «Notre monde, notre dignité, notre avenir» a-t-elle vocation à être pérennisée tant il est important de la préserver dans la voie tracée en 2015.

Agissons donc, sans relâche, en conformité avec les objectifs, les principes et la devise de l'Année européenne pour le développement. La déclaration commune du Parlement, du Conseil et de la Commission va clairement dans ce sens et il y a lieu de s'en réjouir.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL***.** – Señor Presidente, señor Comisario, yo no me atrevería a hacer un balance ni positivo ni negativo del Año Europeo del Desarrollo, aún es pronto. Es cierto que 2015 está siendo un año muy importante. Desde julio tenemos un nuevo marco de financiación para el desarrollo; desde septiembre tenemos una nueva agenda normativa marcada por los Objetivos de Desarrollo Sostenible de las Naciones Unidas; y en los próximos días, en París, espero que también se adopte un plan ambicioso contra el cambio climático.

Sin embargo, no podemos ponernos medallas, porque lo complicado empieza ahora. Tenemos todo el trabajo por hacer. De nosotros dependerá que las buenas intenciones de este 2015 no se queden en papel mojado, sino que se transformen en acciones realmente efectivas. Así lo deseamos.

La nueva Agenda de Desarrollo Sostenible para 2030 tiene un carácter universal, lo que implica que nosotros compartimos la responsabilidad de hacerla realidad. Parte de nuestra labor pasa por garantizar de manera eficaz el principio de coherencia de las políticas para el desarrollo; solo así alcanzaremos nuestras metas.

Tenemos que dejar de dar con una mano lo que quitamos con la otra, como ocurre, por ejemplo, con nuestra política comercial, que no puede seguir empobreciendo a la gente del Sur y minando los objetivos de la política de desarrollo.

Solo si en el año 2030 hemos cumplido con todos los objetivos propuestos este año, el éxito del año 2015 como Año Europeo del Desarrollo será una realidad, como el año del cambio.

Maria Heubuch, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion***.** – Herr Präsident! Das Thema öffentlich auf die Agenda zu setzen, war sicherlich sehr wichtig. Ich habe selbst in Deutschland an vielen Veranstaltungen teilgenommen, und dort wurde heftig diskutiert über Handel, über Migration, über Ernährungssouveränität und was alles getan wird oder auch nicht getan wird. Und es ist auch gut, aufzuzeigen, was wir hier alles unternommen haben. Aber wir können uns darauf nicht ausruhen!

Jetzt müssen diesen Worten auch konkrete Taten folgen, Taten, die die Würde des Menschen wahren und die Zukunft unserer Kinder sicherstellen. Hier sind vor allem nationale Regierungen gefragt, aber auch jeder Bürger und jede Bürgerin. In Bezug auf die Flüchtlingsdebatte heißt das, dass auch die Würde der Flüchtlinge gewahrt werden muss. Wir müssen sie in unseren Ländern willkommen heißen und wir müssen bereit sein, Lösungen zu finden, um diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen. Und in Bezug auf die *SDGs* heißt es, dass wir auch bei uns selbst anfangen müssen, unseren Konsum, unseren Abfall zu reduzieren, Energie zu sparen, klimafreundlicher zu leben, und dazu brauchen wir keinen Haushaltstitel. Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft – das heißt, auch über den eigenen Tellerrand zu schauen und im echten Interesse aller zu handeln, und das Stichwort dazu ist Politikkohärenz.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io non riesco ad avere un giudizio così positivo come ho sentito da alcuni colleghi sull'Anno europeo dello sviluppo perché se è vero che, da un certo punto di vista, abbiamo utilizzato le risorse per fare pubblicità, per parlare di sviluppo, è anche vero che di sviluppo si è parlato per altri motivi, per la crisi, per la crisi dei rifugiati, per l'incremento appunto dei flussi migratori verso l'Europa, e allora, alcuni si sono cominciate a chiedere: forse per riuscire a risolvere dei problemi così grandi bisogna guardare alle politiche di sviluppo fuori dall'Europa? Io credo che però, da un altro punto di vista, non siamo riusciti durante quest'anno con i fatti a mostrare che lo sviluppo è importante, perché non c'è stata nessuna significativa crescita dei programmi e dei risultati. Speriamo che dalle discussioni che ci sono state quest'anno e dagli impegni presi anche a settembre, ci possano essere dei risultati positivi in futuro, però questo non credo che sia il momento di tirare le somme e parlare di risultati, ma semplicemente di auspicarci che qualcosa cambi, perché come diceva bene la collega Sánchez, noi viviamo in un'istituzione in cui la mano destra non sa che cosa fa la mano sinistra, ovvero la mano sinistra forse è quella più forte, che è la politica commerciale, che è totalmente contraria ai principi allo sviluppo e della cooperazione.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie***.** – Niet alleen in het afgelopen Jaar voor ontwikkeling maar in haar hele bestaan geeft de EU al heel veel geld aan ontwikkelingshulp. Maar er wordt nooit stilgestaan bij het effect daarvan. Maar welk effect kun je ook verwachten als je geld geeft aan dictators van Zimbabwe, Soedan, Sierra Leone en Mozambique? De laatste overboeking van 236 miljoen naar de heer Mugabe werd door hem gevierd met een barbecue waarop twee olifanten eindigden. Ik moet u zeggen, wel in kleine stukjes. De heer Museveni kocht van EU-geld een privévliegtuig voor zichzelf en 6 gevechtsvliegtuigen voor zijn persoonlijk leger. En Ali Bongo van Gabon heeft zichzelf getrakteerd op een mooi appartement van ruim 100 miljoen euro in Parijs.

Maar het meest verwoestende effect, Voorzitter, is nog wel dat de afhankelijkheidsrelatie tussen de overheid en de burgers wordt doorgesneden. Een overheid heeft belastinggeld nodig om te kunnen bestaan en burgers zijn alleen bereid om aan een rechtvaardige overheid belasting te betalen. Op deze wijze ontstaat het evenwicht tussen een rechtvaardig bestuur en belastingethiek. Maar als een corrupte overheid zomaar ontwikkelingsgeld krijgt van buiten, kan zij zonder steun van haar belastingbetalers toch regeren en overleven en hoeft zij zich niets gelegen te laten liggen aan de wensen van het volk. Ontwikkelingshulp werkt dus corrupte overheden in de hand. Vandaag sluiten we dus niet het Jaar voor ontwikkeling af, maar het jaar van de stilstand en de corruptie.

Cristian Dan Preda (PPE). – Domnule președinte, în urmă cu un an și jumătate, în aprilie 2014, votam chiar aici, la Bruxelles, regulamentul care instituia Anul European pentru Dezvoltare și iată că, în acest moment, suntem în situația de a discuta despre aplicarea acestui regulament și ce poate urma după Anul European pentru Dezvoltare. Aceasta înseamnă că mai bine de un an am avut posibilitatea să îi sensibilizăm pe cetățenii europeni în legătură cu cele 12 teme prioritare. Am avut posibilitatea să explicăm în ce fel sunt cheltuiți banii contribuabililor, în ce fel fondurile pentru dezvoltare pot să schimbe viața cetățenilor din unele din cele mai sărace țări din lume. Iar – așa cum e și cazul României – pentru mai multe state membre noi, care nu au o tradiție foarte articulată a cooperării pentru dezvoltare, acest An European a fost o foarte bună ocazie de a-i conecta pe cetățeni la Agenda de dezvoltare europeană. Ca raportor permanent privind coerența politicilor în favoarea dezvoltării, salut faptul că acest concept a fost în mod explicit una dintre prioritățile Anului European. Nevoia ca Uniunea să aibă o abordare justă și coerentă față de țările în curs de dezvoltare trebuie explicată, cred eu, dincolo de cercul restrâns al inițiaților. Anul European pentru Dezvoltare este o investiție în viitorul politicilor noastre de dezvoltare, nu doar un simplu exercițiu de comunicare, pentru că punerea în aplicare a Agendei 2030 necesită eforturi comune, implicarea unui număr foarte mare de actori cu capacități diverse. Or, fără cetățeni europeni care să se simtă actori ai dezvoltării durabile, fără o veritabilă apropriere a Agendei 2030, nu vom putea avansa.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, cerramos un año en el que ha habido un poquito más de coherencia, bastante diálogo interinstitucional y cooperación con los actores sociales. Un año en el que el Parlamento ha tenido posiciones consistentes de cara a las cumbres internacionales. Pero en diciembre tenemos más problemas que en enero; tenemos más crisis, de desarrollo, crisis humanitarias, conflictos que requieren una respuesta todavía más ambiciosa que al comenzar el año.

No seríamos generosos con lo que hemos hecho este año si no aprovecháramos el impulso para responder a estos retos con determinación y el primero de estos retos es cumplir nuestro compromiso de dedicar el 0,7 % de nuestra riqueza a apoyar a aquellos que a duras penas alcanzan el 0,7 % de nuestro bienestar. Ese es el futuro al que debemos dedicar el legado de este año.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Jestem wielkim zwolennikiem pomocy rozwojowej, tej powinności Europy, o której pisał niegdyś Jan Paweł II – solidarności w skali globalnej. Ale ponieważ jestem wielkim zwolennikiem pomocy rozwojowej, to namawiam do trzeźwości, żebyśmy nie rozmawiali o tym w kategoriach kampanii reklamowej. Potrzebne nam jest nie samozadowolenie, tylko realna ewaluacja skutków, które przynoszą środki europejskie.

Odpowiedź na pytanie, czy dobrze uzgadniamy wydatki europejskie z wydatkami państw członkowskich, wreszcie odpowiedź na pytanie, czy nasze środki są dobrze uzupełniane przez innych wielkich aktorów polityki międzynarodowej, przez Stany Zjednoczone i Chiny. To wymaga kultury rzetelności, a nie kultury samozadowolenia. Do tego też namawiam, no i tej wielkiej odpowiedzi na współczesne wyzwanie, na wyzwanie migracji i uchodźców. Jestem przekonany, że polityka rozwojowa musi się zmienić, tak aby na to wyzwanie odpowiedzieć skutecznie.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, the EU is the biggest aid donor in the world, but how much actually goes towards development? How much money has gone instead towards military spending and wars? Whilst the European Year for Development sought to address the eradication of poverty and hunger, EU countries are indeed contributing to poverty and hunger by fighting wars, either directly or by proxy, across the Middle East and Africa.

Westminster is voting tonight on whether to drop more bombs in Syria. That is neither the answer nor the solution. That will cause more deaths, more refugees and more suffering. Pope Francis said last week that such a war will leave ruins, thousands of children without education, so many innocent victims and lots of money in the pockets of arms dealers. We need development goals which end extreme wealth and which recognise that poverty is not a naturally occurring germ, and that poverty has a cause.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, as the European Year for Development is now drawing to a close, and ambitious negotiation for a climate agreement is still going on, I would like to draw attention to the fact that we need to invest more in adaptation to climate change in the poorest countries of the world, such as the Sahel countries of Africa. These countries are the most vulnerable, and their populations will be totally unprotected as climate change progresses. I believe that many of the market forces are active on the side of mitigation of climate change, but there is much less attention to adaptation. This is a big task for our development efforts.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Olaf Stuger (ENF), *"blauwe kaart"-vraag***.** – Ik zou graag aan mijn collega willen vragen - het is natuurlijk een truc die hier vaak toegepast wordt, namelijk om alles aan elkaar te koppelen. We hebben het over vluchtelingen en daar halen we het klimaat bij want die mensen komen hier naartoe omdat het klimaat verslechtert. We moeten meer ontwikkelingshulp geven, want het klimaat verslechtert en we moeten meer ontwikkelingshulp geven, want de vluchtelingen komen hier, één grote brij zodat niemand het meer snapt. Maar als we het over klimaatveranderingen hebben: ik kom uit Nederland, het land dat het kwetsbaarst is want het ligt bijna geheel een heel stuk onder de zeespiegel. Dus wellicht is dit een kans - en daarop zou ik graag uw antwoord willen hebben - dat Nederland eindelijk eens een keer geld terugkrijgt van al die miljarden die het in dit circus heeft gepompt.

Heidi Hautala (Verts/ALE), *blue-card answer***.** – Thank you very much for your statement. I believe that the Netherlands is in a position to help the really poor countries of the world to adapt to climate change because it also masters certain technology. What is expected of us in the climate change negotiations now is that the rich countries make available the technical innovations that they have developed. Notably, I would say, know-how in controlling floods, but also investment in renewable energy and energy efficiency, are things that the Netherlands can very well transmit to the poorest countries.

Nathan Gill (EFDD). – Mr President, this year, 2015, has been the European Year of Development. I am sure that those people watching this on YouTube, and the three people in the gallery, are well aware of that. Well, actually, let's get realistic. As I predicted last year, this patting ourselves on the back, and a blatant propaganda campaign, has gone completely ignored by the public at home. The EUR 17 million wasted on this could have, and should have, been used to save lives, and not on advertising how compassionate and how wonderful we are, with taxpayers' money. There will be no legacy of the European Year of Development.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident! Das Europäische Jahr war aus meiner Perspektive durchaus ein erfolgreiches Jahr, weil es gezeigt hat, wie wichtig politische Kohärenz im Sinne der Entwicklungspolitik ist. Das ist deutlich geworden in den zwölf Themenmonaten, die das genau herausgearbeitet haben. Ich habe auch im Deutschen Bundestag angeregt, dass es einen regelmäßigen Kohärenzbericht gibt – mittlerweile gibt es eine Studie des Wissenschaftlichen Dienstes. Dieses Jahr hat positive und negative Zeiten gehabt. Wir haben bei der Finanzierungskonferenz in Addis Abeba leider nicht erreicht, dass 0,7 % des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union für die Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben und versprochen wurde.

Gleichzeitig – und da widerspreche ich meinem Kollegen – haben wir eine gute Kampagne gehabt, die gleichzeitig gezeigt hat, dass beispielsweise eine Textil-Allianz verstärkt auf den Weg gebracht wird, auch durch die neue Ratspräsidentschaft. Gleichzeitig möchte ich ganz klar sagen, dass das ein Auftakt war für die Nachhaltigkeitsziele 2030, die wir den nächsten Jahren jetzt angehen werden – die Kohärenz wird verstärkt. Ich danke dem Kommissar und den Vertretern der Ratspräsidentschaft für die erfolgreiche Arbeit, die sie gemeinsam mit dem Parlament und der Kommission geleistet haben. Herzlichen Dank!

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, caros Colegas, Senhor Comissário, este Ano Europeu para o Desenvolvimento não mudou o mundo, é verdade! Nem seria de esperar que o fizesse! Mas valeu a pena! Ajudou a sensibilizar a opinião pública, fomentou o debate e, sobretudo, impulsionou projetos, parcerias e decisões que vão na direção certa, incluindo em importantes conferências internacionais como a de Adis Abeba e a de Nova Iorque. Mas nada do que fizemos é uma garantia de sucesso. É na implementação dos compromissos que se vai julgar o futuro das políticas de desenvolvimento. E quando vemos sinais de falta de vontade política e até de recuo na ajuda pública ao desenvolvimento, estamos com mais do que razões para preocupação e, sobretudo, para uma atitude de vigilância. É a essa vigilância que hoje devemos apelar também por parte da Comissão Europeia e de todos aqueles que tomam lugar neste Parlamento Europeu.

Der Präsident. – Für das nun folgende *Catch-the-eye*-Verfahren habe ich mehr als doppelt so viele Wortmeldungen, wie ich berücksichtigen kann. Ich bedaure sehr, dass ich nicht alle aufrufen kann. Deshalb bitte ich um Verständnis.

Catch-the-eye-Verfahren

Csaba Sógor (PPE). – Az idei európai év kapcsán mindannyian egyetértünk a fejlesztési politika jelentőségével, különösen az utóbbi hónapok migrációs jelensége, valamint a jelenleg is zajló párizsi klímakonferencia fényében.

Az európai polgárok jól felfogott érdeke, hogy a világ szegényebb régióiban is felgyorsuljon a gazdasági fejlődés és növekedjen az életszínvonal. Azt gondolom ugyanakkor, hogy egy ország fejlődése elképzelhetetlen olyan körülmények között, ha több százezer aktív korú személy a végleges elvándorlás mellett dönt. A migráció éppen ezen országok számára jár a legtöbb negatív következménnyel, hiszen a masszív kivándorlás miatt a fejlődés csak lassabb ütemű és bizonytalan lehet.

Ezért kell mindent megtennünk azért, hogy a konfliktuszónákban stabilizáljuk a helyzetet, hiszen a jelenleg kivándorolni kényszerülő fiatal és jól képzett lakosság képviselhetné azt a reményt, hogy a fejlesztési politika célországai egyszer nem szorulnak rá a támogatásunkra. Köszönöm szépen!

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε πρόεδρε, το 2015 έχει θεωρηθεί ως έτος υλοποίησης των αναπτυξιακών στόχων της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Ανάμεσα στους κύριους στόχους του Ευρωπαϊκού Έτους Ανάπτυξης, συγκαταλέγονται και η καταπολέμηση των διακρίσεων και της παραβίασης των ανθρώπινων δικαιωμάτων, η εμπέδωση του κράτους δικαίου και οικοδόμηση δίκαιων και χωρίς αποκλεισμούς θεσμών. Ωστόσο, η Ευρωπαϊκή Ένωση φαίνεται να μην προωθεί την ανάπτυξη όσο θα έπρεπε στα κράτη μέλη της. Έτσι, για το 2015-16, προβλέπονται 18,8 δισεκατομμύρια ευρώ σε αναλήψεις υποχρεώσεων, προκειμένου να αυξηθεί η ανταγωνιστικότητα για να έχουμε απασχόληση και ανάπτυξη. Το ποσό αυτό δεν είναι επαρκές και θα πρέπει να αυξηθεί, κυρίως για τις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου που έχουν φτωχοποιηθεί από τη μερκελική λιτότητα.

Όσο το χρέος ορισμένων κρατών μελών της Ένωσης παραμένει στα τωρινά επίπεδα, είναι αδύνατον να επιτευχθούν οι στόχοι του Ευρωπαϊκού Έτους Ανάπτυξης. Μόνο με τη διαγραφή του χρέους των χωρών αυτών και ιδίως με τη διαγραφή του επονείδιστου χρέους στην Ελλάδα, θα μπορέσουμε να έχουμε ανάπτυξη και θα καταστεί δυνατόν να χτυπηθεί η φτώχεια και να τονωθεί η απασχόληση και η ευημερία.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, upravo sve ono što se dešava u svijetu, sve ono što se dešavalo 2015. godine pokazuje sav smisao Europske godine razvoja. Sve ono što je učinjeno i od strane Europske unije, zemalja članica i svih onih koji imaju dobre namjere u pomoći zemljama koje su najsiromašnije na svijetu, odakle dolaze imigranti, odakle dolazi kriza, pokazuje potrebu da solidarnost na djelu nema alternativu.

Zato, snažno podržavam Europsku godinu razvoja kao što također podržavam sve one namjere koje idu za tim da spriječimo buduće migrante, a to su klimatski migranti, migranti zbog promjene klime. Mislim da je to ono s čime ćemo se morati nositi narednih godina i sigurno je da će to biti jedan novi, vrlo veliki izazov za Europsku uniju.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε σήμερα για την αναπτυξιακή βοήθεια που έδωσε η Ευρωπαϊκή Ένωση στον λεγόμενο Τρίτο Κόσμο το 2015, στο πλαίσιο της οποίας υποτίθεται πως η θεματική έμφαση για τον μήνα Δεκέμβριο θα ήταν στη 'σύνδεση ανάπτυξης και προστασίας των ανθρώπινων δικαιωμάτων'. Όλα αυτά όμως ηχούν ειρωνικά όταν, πριν από τρεις μόλις μέρες, το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο επιβράβευσε οικονομικά και πολιτικά το ημι-αυταρχικό καθεστώς Erdoğan στην Τουρκία, ξεχνώντας τις συστηματικές παραβιάσεις ανθρώπινων δικαιωμάτων.

Η ανεξιχνίαστη μαζική δολοφονία εκατοντάδων ειρηνικών διαδηλωτών στην Άγκυρα, πριν μερικές εβδομάδες, η δολοφονία του προέδρου του δικηγορικού συλλόγου του Ντιγιάρμπακιρ, πριν μερικές μέρες, οι συλλήψεις δημοσιογράφων για αποκαλύψεις σχετικά με την υπόθαλψη των εγκληματιών του ισλαμικού κράτους από το καθεστώς Erdoğan, όλα ξεχάστηκαν για την εξυπηρέτηση πρόσκαιρων σκοπιμοτήτων. Το τουρκικό καθεστώς εμπορεύεται το προσφυγικό δράμα και η Ευρωπαϊκή Ένωση ακολουθεί πολιτική κατευνασμού, εξευτελίζοντας τον δικό της κώδικα αξιών.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, in the UK development aid is a very controversial issue: it is ring-fenced. So while there are sweeping cuts to defence, education, law and order, and health, foreign aid is ring-fenced. And then the British people, I am sure, will be, as one of our former monarchs would say, 'not amused' to find out that not only is our taxpayers' money from the UK Government being sent out to a rather peculiar bunch of dictators across the world, but then we have taxpayers' money that has gone to the EU which is then being further sent out, and to compound this insult, we find that we are actually having yet more of our taxpayers' money spent on telling us what a good thing it is. This is the ultimate bad deal for Britain. It is absolutely appalling.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io, oltre a essere europarlamentare, sono sindaco di una cittadina del nord Italia e vedendo i bilanci della Comunità europea e vedendo come vengono spesi i soldi, veramente mi viene l'ulcera ogni volta. C'è da prendere l'*Alka-Seltzer* continuamente, perché la rabbia che mi viene a vedere come si buttano via i soldi quando ci sono tante realtà, sia in Italia che in Europa, dove si cerca di essere ben presenti sulla spesa, per aiutare i cittadini, per aiutare le imprese, per aiutare veramente chi ne ha bisogno, è un insulto il fatto di essere, diciamo così, economicamente corretti. E pensare che si regalano i soldi, come si diceva prima, alla Turchia, ad esempio: 10 miliardi di euro e adesso gliene diamo altri; quando vediamo come funziona la Turchia, è un insulto, così come diamo soldi in tutto il mondo e dimentichiamo invece la nostra gente, l'Europa, gli europei, quelli che pagano le tasse che ci permettono di avere i soldi, quindi…

(Il Presidente ritira la parola all'oratore)

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Neven Mimica, *Member of the Commission***.** – Mr President, at the beginning of the year we knew that 2015 was going to be a crucial year for mapping out the future of development cooperation at international level. The adoption of the new sustainable development goals provides us with a new context for our work in the next 15 years.

The world is increasingly complex and fast-moving. New crises and new challenges emerged this year, only to remind us how important it is to make development work for migration and migration work for development. Our communication on development issues needs to be up to the mark and inclusive, engaging all partners and the wider public – particularly young men and women – in support of sustainable development beyond this year.

Let us build on the work we have done together in this European Year for Development to make sure that the voice of the vulnerable continues to be heard.

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil***.** – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je tiens encore une fois à remercier le Parlement européen de sa contribution à la réussite de l'Année européenne pour le développement. Celle-ci est, en effet, sur le point de s'achever, mais nos efforts pour éradiquer la pauvreté et créer un monde plus juste et plus pacifique doivent se poursuivre, voire s'intensifier. Ils doivent surtout se traduire concrètement à travers notre coopération au développement et les engagements qui ont été pris à cet égard. Ces engagements doivent être respectés.

Près de 1,3 milliard de personnes vivent encore dans une pauvreté extrême. Et même si des centaines de millions de personnes sont sorties de la pauvreté, il faut aussi constater que les inégalités au sein même des pays se sont souvent creusées dans un grand nombre de régions du monde.

Désormais, la survie de notre planète est en jeu et beaucoup de pays en développement sont particulièrement touchés par les effets du changement climatique. Tout doit donc être entrepris, maintenant à Paris, pour relever ce défi climatique, car c'est tout le sens aussi du développement durable. De même qu'il n'y a pas de paix sans développement – et cela a été répété à plusieurs reprises –, il n'y a pas de sécurité dans un monde où les inégalités en termes de développement restent aussi considérables. Il faut donc que cet engagement en faveur du développement ne prenne pas fin avec cette Année. Ce travail de sensibilisation, d'explication et de persuasion doit être poursuivi activement.

Der Präsident. – Die Aussprache ist damit geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing***.** – The European Year for Development 2015 was a key opportunity to raise awareness on the importance of development policy across Europe. In this year the Millennium Development Goals are to be reviewed and new targets to be set up. This policy is of utmost importance as it can help us address major challenges like terrorism and migration and poverty. Conflicts within countries and the lack of opportunities for people are common root causes of these challenges and they must be addressed without delay. People who are still living in poverty deprived of healthcare, education and living standards, in conflict-affected and fragile states, are the most hit, and development policy is the only way to ensure effective and innovative cooperation. We need the highest level of coordination in order to achieve coherence with all affected policy areas like environment, international trade, human rights, agriculture, and to ensure consistency in development activities.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie***.** – Europejski Rok Rozwoju odgrywa szczególną rolę dla komunikacji i aktywnego zaangażowania obywateli europejskich i organizacji społeczeństwa obywatelskiego w pomoc rozwojową i dialog polityczny. Według oficjalnych danych ok. 20 mln obywateli UE osobiście angażuje się w organizacjach pozarządowych na rzecz rozwoju, ok. 130 mln osób przekazuje datki organizacjom pomagającym krajom rozwijającym się, 72 % europejskiego społeczeństwa popiera ideę pomocy krajom o niskim poziomie rozwoju. To dobry wynik, wskazujący także, iż coraz więcej ludzi rozumie, że rozwój zaczyna się we własnym kraju poprzez wzajemną pomoc, sprawiedliwy handel czy udział w procesach politycznych.

Kluczem do sukcesu poprzednich tematycznych „lat europejskich" była ścisła współpraca między instytucjami UE a społeczeństwem obywatelskim, zarówno na szczeblu krajowym, jak i unijnym. Wielopoziomowe działania odgrywają kluczową rolę w kształtowaniu procesów politycznych, zatem powinny być absolutnym priorytetem oraz otrzymać wystarczające finansowanie. Większość oficjalnej pomocy rozwojowej (60%) pochodzi z państw członkowskich UE, wspomaganych nieco budżetem unijnym. Należy dążyć do ustanowienia szerokiego i obejmującego wszystkie zainteresowane strony sojuszu organizacji społeczeństwa obywatelskiego, który podobnie jak w zeszłych latach powinien odgrywać wiodącą rolę w planowaniu i wdrażaniu Europejskiego Roku Rozwoju.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto***.** – Il 2015 è stato un atto fondamentale per le relazioni esterne dell'Unione e averlo dedicato al tema della cooperazione e dello sviluppo globale ha mandato un messaggio chiaro di unità. Quest'aula l'ha detto più volte che ci vuole più unione in questa Europa. E se sul fronte della politica estera l'Unione appare troppo spesso divisa, in tema di cooperazione è sicuramente unita. L'Unione europea è il più grande donatore al mondo e fornisce oltre la metà dell'aiuto pubblico allo sviluppo a livello globale. È stato giusto aprire i riflettori su questo, informare, coinvolgere i cittadini. Ora però serve un doveroso bilancio. Certo i risultati della cooperazione internazionale non sono sempre quantificabili, sappiamo però che purtroppo ancora oggi al mondo ci conta 1 miliardo di persone che vivono in una condizione di povertà estrema. L'Agenda 2030 è ambiziosa: porre fine alla povertà e alla fame nel mondo, non può più essere solo un sogno.

Karol Karski (ECR), *na piśmie***.** – Szanowni Państwo! Dobiegający końca Europejski Rok na rzecz Rozwoju stawiał sobie za jeden z priorytetowych celów pogłębienie świadomości obywateli UE w zakresie pomocy rozwojowej: czym ona jest? Czemu służy? Jak dysponuje publicznymi środkami? Pragnęliśmy, aby do jak największej grupy odbiorców dotarł przekaz, że pomoc rozwojowa służy nam wszystkim, zwiększa poczucie współodpowiedzialności i uczy nas solidarności w wymiarze globalnym. Jego swoistą kulminacją był specjalny szczyt w sprawie zrównoważonego rozwoju, wytyczający cele rozwojowe dla świata do roku 2030. Szczególnie cieszą mnie cele związane z redukcją ubóstwa oraz odnową światowego partnerstwa na rzecz rozwoju, w ramach którego zacieśnimy jeszcze bardziej międzynarodową współpracę w tym zakresie. Z satysfakcją chciałem docenić również inicjatywy mojego kraju, obejmujące cały wachlarz wydarzeń kulturalnych, a w szczególności te, które zostały skierowane do ludzi młodych, jak na przykład konkursy fotograficzne czy VI Międzynarodowy Festiwal Filmów Dokumentalnym HumanDOC, który połączył prezentację kina na najwyższym światowym poziomie z edukacją globalną i promowaniem idei pomocy krajom rozwijającym się. Wyrażam nadzieję, że spuścizna ERR będzie wartościowym wkładem w realizację nowych zrównoważonych celów rozwojowych, a jego motto „Nasz świat, nasza godność, nasza przyszłość" zostanie zapamiętane na dłużej przez obywateli, jako symbol naszej zbiorowej europejskiej współodpowiedzialności i solidarności w mijającym roku.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing***.** – The EU has called 2015 European Year for Development and once again proved to be a pillar in world development policy. We are the biggest donor of official assistance and development policy is an important area of our foreign policy. The primary objective of EU development cooperation is to reduce and eradicate poverty which has multiple and interlinked economic, political, and security causes. Not only that, our aim is to promote human rights and to spread democracy, good governance and the rule of law. Unfortunately, the ongoing conflicts and humanitarian crises in neighbouring regions proved that development policy cannot achieve these objectives as a stand-alone policy, but must be integrated into a broader approach which combines foreign and security policy, trade and any other external action policy instruments. The EU need a comprehensive and coherent strategy for its development aid in order to meet the United Nations' post 2015 development goals. Goals which are very, very difficult like goal number 16 – LIVE IN PEACE. It is not only a moral obligation, it is our duty to work for a stable, prosperous and more equitable world.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris***.** – Este de salutat faptul că Fondul european de dezvoltare, prin care se acordă fonduri pentru dezvoltarea cooperării cu țările din afara Uniunii Europene, aflate în curs de dezvoltare, reprezintă cea mai importantă contribuție financiară din rândul economiilor cel mai puțin dezvoltate. Este regretabil că unele state membre nu își îndeplinesc angajamentele asumate în ceea ce privește mărimea ajutorului oficial pentru dezvoltare, de 0,7% din produsul național brut. În același timp, pentru a crește eficiența Fondului european de dezvoltare, este nevoie de o coordonare mai bună și operativă a tuturor fondurilor, având aceeași destinație: dezvoltarea cooperării cu țările cel mai puțin dezvoltate. De asemenea, este necesară utilizarea deplină a acestor fonduri și corelarea obiectivelor finanțate cu strategiile de dezvoltare ale țărilor în cauză.

Bogdan Brunon Wenta (PPE), *na piśmie***.** – Ustanowienie 2015 roku Rokiem na Rzecz Rozwoju związane było z upływem terminu realizacji milenijnych celów rozwoju, uzgodnionych w 2000 roku na forum całego świata. To również okres, w którym mają zostać ustalone cele na rzecz zrównoważonego rozwoju, czyli priorytety na kolejne lata. Jednym z celów Europejskiego Roku na Rzecz Rozwoju była adresowana do obywateli UE kampania informująca, w jaki sposób pomoc rozwojowa przyczynia się do wprowadzania zmian w krajach, które takiej pomocy potrzebują. Miał to być również dowód szczególnego zaangażowania Unii Europejskiej, jako największego na świecie donatora pomocy rozwojowej, w walkę z ubóstwem, zmianami klimatu i w ochronę zasobów naturalnych Ziemi.

W promowanie Roku zaangażowały się nie tylko instytucje unijne, ale także państwa członkowskie. W całej Europie organizowane były kampanie informacyjne, konferencje, imprezy, debaty. Dzięki mediom cyfrowym i społecznościowym przesłanie trafiało też do ludzi młodych. Należy pamiętać, iż pomoc rozwojowa służy budowie bezpieczniejszego i zamożniejszego świata. Przez ostatnich 10 lat dzięki funduszom unijnym 14 mln dzieci poszło do szkoły, ponad 70 mln osób uzyskało dostęp do czystej wody pitnej, a 7,5 mln porodów zostało odebranych przez wykwalifikowany personel medyczny, co uratowało życie matek i dzieci. Europejski Rok na Rzecz Rozwoju w mojej opinii spełnił swoje cele i okazał się sukcesem.

16. Ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren börsennotierter Gesellschaften (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat über die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren börsennotierter Gesellschaften von Evelyn Regner, Maria Arena, Tadeusz Zwiefka, Mariya Gabriel und Constance Le Grip im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (O-000136/2015 - B8-1109/2015) (2015/2967(RSP)).

Evelyn Regner, *Verfasserin***.** – Herr Präsident! Damit Männer und Frauen gleichermaßen im Aufsichtsrat vertreten sind, brauchen wir verbindliche Regeln, und zwar überall in Europa. Von allein passiert da nämlich wenig bis nichts. Nur in jenen Ländern, in denen es entsprechende verbindliche Regeln gibt, sehen wir auch wirklich gute Fortschritte und einen höheren Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten. Geduld ist also keine Kategorie mehr.

Das Europäische Parlament hat seine Aufgaben gemacht. Was wollen wir? In den börsennotierten Unternehmen den Frauenanteil bis 2020 auf 40 % erhöhen. Und wodurch wollen wir das? Indem wir objektive Verfahren einführen. Objektive Verfahren, das heißt, dass die besten Männer und die besten Frauen ausgesucht werden sollen. Das ist gut für die Wirtschaft, und das ist natürlich auch gerecht. Darum allein geht es. Das ist eigentlich sanft und ein Angebot an die Mitgliedstaaten. Und dann ist auch noch dieser Passus enthalten, der es Ländern wie beispielsweise Deutschland ermöglicht, sich ihre nationalen Anstrengungen – all das, was sie in den letzten Jahren versucht haben und jetzt gerade versuchen, um zu einem höheren Frauenanteil in Unternehmen zu gelangen – auch anrechnen zu lassen. Das heißt, hier ist wirklich ein Angebot für die Mitgliedstaaten da, mutig zu sein und diesen Bericht anzunehmen.

Dieses Dossier ist fix und fertig verhandelt, es liegt auf dem Tisch. Deshalb möchte ich der luxemburgischer Präsidentschaft wirklich danken, dass sie diese Energie zeigt, jetzt noch – ich möchte nicht sagen, eine letzte, aber doch – eine Anstrengung zu unternehmen, sich zu bemühen, die Mitgliedstaaten, die sich jetzt bedeckt halten, an Bord zu nehmen. Sehr bald, am 7. Dezember, ist der nächste Rat (Beschäftigung), und hier können wir nur die Mitgliedstaaten auffordern: Schauen Sie sich das ganze Dossier einmal gut an. Es ist verdammt sanft und dementsprechend wert, verabschiedet zu werden. Denn im Endeffekt ist es gut für Männer, gut für Frauen, gut für die Wirtschaft.

Und vielleicht noch ein letztes Wort: Gerade vor dem Hintergrund der Flüchtlingstragödie und da immer wieder Gleichstellungsthemen als europäische Werte hervorgehoben werden, ist es umso wichtiger, Gleichstellungsthemen, aber auch *Corporate Governance* auf europäischer Ebene sehr ernst zu nehmen.

Mariya Gabriel, *auteure***.** – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je voudrais tout d'abord vous remercier, vous, Madame la Commissaire, mais aussi remercier la Présidence luxembourgeoise et, en particulier, M[me] la ministre Mutsch pour leurs efforts visant à débloquer la situation en ce qui concerne ce projet de directive.

Malheureusement, deux ans après le vote du Parlement européen en première lecture, je pourrais reprendre quasiment mot pour mot le discours que j'avais fait en plénière à cette occasion. Le Parlement a fait sa part du travail et c'est aux États membres de se retrousser les manches et de mettre en pratique les engagements qu'ils ont pris pour l'égalité hommes-femmes en Europe.

Permettez-moi en premier lieu de rappeler les faits, car il semble qu'il y ait encore quelques irréductibles sceptiques eu égard au potentiel de cette directive. D'une part, les faits ont montré qu'une plus grande présence de femmes dans les conseils d'administration se traduit par une meilleure gouvernance et de meilleures performances économiques. Encore une fois, qu'attendons-nous pour valoriser le potentiel des femmes et nous donner les moyens d'atteindre les objectifs économiques et sociaux?

D'autre part, les faits montrent aussi que la pression législative fonctionne. Entre la publication de la proposition de directive et aujourd'hui, nous sommes passés de 15,8 % à plus de 20 % de femmes dans les conseils d'administration. La tendance de progression est nettement plus forte depuis qu'il y a une pression législative européenne. Les entreprises anticipent les effets de la directive et sélectionnent des femmes compétentes.

De plus, je souhaite insister de nouveau sur l'effet boule de neige que nous pouvons attendre de cette directive: des effets positifs à différents niveaux de la hiérarchie, notamment grâce aux mesures connexes qui pourraient être mises en place. Alors, pour ceux qui ne sont pas convaincus, soyez au moins pragmatiques.

Deuxième remarque générale: la base juridique choisie, l'outil choisi, qui est celui de la directive, et les propositions formulées par le Parlement offrent déjà une grande marge de manœuvre aux États membres.

En définitive, la seule chose que nous attendons, et depuis deux ans maintenant, c'est un engagement des États membres et des mesures cohérentes pour obtenir de réels résultats.

En conclusion, trois mots clés: responsabilité, flexibilité, engagement concret. Et derrière chacun de ces mots, les États membres.

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil***.** – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, Madame Regner, Madame Gabriel, je me félicite d'abord de la possibilité qui m'est offerte de m'adresser au Parlement et de vous informer de l'état d'avancement des travaux relatifs à la proposition de la Commission concernant une directive sur l'amélioration de l'équilibre hommes-femmes dans les conseils d'administration.

Sur ce dossier, le Parlement a déjà adopté – comme vous venez de le rappeler – sa position en première lecture, dans laquelle il soutient largement l'approche de la Commission. En octobre, la Commission a publié de nouveaux chiffres sur l'équilibre hommes-femmes dans les conseils d'administration des sociétés cotées en bourse. Ces chiffres montrent que, dans l'ensemble de l'Union européenne, à peine un cinquième des membres des conseils d'administration sont des femmes. Bien que ridiculement bas, ce chiffre indique un certain progrès. Je suis d'accord, il faudrait être extrêmement patient pour qu'effectivement, à ce train-là, on arrive à l'égalité ou à l'équilibre. Il est donc effectivement nécessaire de régler cela autrement et d'accélérer un peu le pas.

Il ne faut pas oublier qu'en 2010, lorsque ces débats ont commencé au niveau de l'Union, seul un membre sur dix des conseils d'administration était une femme. Il faut donc continuer de s'attaquer à ce problème. Il n'y a tout simplement aucune raison pour qu'au vingt-et-unième siècle, les conseils d'administration soient dominés par les hommes. Une plus grande égalité dans les postes de direction est un signal positif adressé à la société dans son ensemble.

L'équilibre entre les femmes et les hommes au sein des organes de décision est bien sûr une question d'égalité concrète. C'est aussi un symbole, mais j'ajouterai que la diversité se révèle être très souvent – vous l'avez dit, Madame Gabriel – positive du point de vue de la bonne gouvernance dans les entreprises.

Mesdames et Messieurs, la présidence luxembourgeoise a fait de ce dossier une de ses grandes priorités. Nous avons présenté plusieurs nouvelles propositions d'ordre rédactionnel en vue de trouver un compromis au sein du Conseil. Au sein des instances du Conseil, la proposition a été amplement examinée et discutée. Nous avons maintenant inscrit, après toutes ces discussions, le dossier à l'ordre du jour du Conseil EPSCO, qui va se réunir lundi prochain, pour faire le point et voir si, effectivement, une majorité qualifiée en faveur de la proposition pourrait se dégager.

Je ne veux pas anticiper sur l'issue de ces discussions au sein du Conseil, mais je peux, malheureusement, d'ores et déjà vous annoncer que les récents débats au Coreper n'ont pas été très encourageants.

Aujourd'hui, j'ai reçu une très bonne nouvelle, puisque j'ai appris qu'un pays – que vous connaissez bien, Madame la Commissaire – a effectivement annoncé qu'il avait changé de position, passant d'une position défavorable à une position favorable. C'est là, je crois, un bon signal qui est tout à fait positif.

Alors, comme vous le savez, cette proposition contient des règles de procédure contraignantes qui visent à atteindre des objectifs quantitatifs. Elle exige que la procédure de sélection des membres des conseils d'administration soit équitable et fondée sur le mérite et la transparence. Les principales difficultés résultent du fait que les États membres ont des approches différentes sur le sujet. Certains États membres en sont à un stade plus avancé que d'autres en ce qui concerne le niveau d'égalité entre les femmes et les hommes sur ce plan. Mais, dans l'ensemble, je dirais qu'il existe un consensus en faveur de l'objectif de cette proposition. Toutefois, si un grand nombre d'États membres se déclarent favorables à une législation à l'échelle de l'Union, d'autres – et, malheureusement, pour le moment, ils constituent encore une minorité de blocage – gardent une préférence pour des mesures nationales (en avançant l'argument de la subsidiarité, par ailleurs) ou préconisent des mesures non contraignantes au niveau de l'Union européenne.

La Présidence a élaboré, par ailleurs, dans le contexte de l'égalité entre les femmes et les hommes, des conclusions du Conseil, qui seront également adoptées – sur ce point, je crois qu'on réussira à les faire adopter – lors du Conseil EPSCO du 7 décembre. Notre travail s'est appuyé sur un rapport de l'Institut européen pour l'égalité entre les hommes et les femmes, qui faisait le point sur la situation actuelle dans l'Union européenne.

En conclusion, nous devons faire en sorte que nos plus grandes entreprises puissent bénéficier du talent et du dynamisme aussi bien des femmes que des hommes. L'Europe dispose d'une multitude de talents inexploités et surtout, aujourd'hui, nous constatons que 60 % des diplômés universitaires en Europe sont des femmes. Il n'y a donc aucune raison pour qu'au vingt-et-unième siècle, les gouvernements, les entreprises, les banques ou les autres institutions soient encore principalement dirigés par des hommes.

Permettez-moi de remercier le Parlement européen d'avoir maintenu la question de l'égalité entre les femmes et les hommes à l'ordre du jour. J'espère que ce débat va inspirer d'aucuns lors de notre réunion du Conseil du 7 décembre.

Constance Le Grip, *au nom du groupe PPE***.** – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Monsieur le Ministre, nous nous retrouvons, ici, ce soir, assez peu nombreux – nombreuses devrais-je dire – malheureusement, deux ans après le vote en première lecture du rapport Kratsa-Regner, pour débattre à nouveau du sujet d'une plus grande participation des femmes aux instances décisionnelles des grandes entreprises européennes cotées en bourse et savoir exactement où en sont les travaux au sein du Conseil.

Monsieur le Ministre, vous avez un peu, sur le modèle de la douche écossaise, alterné les bonnes et les mauvaises nouvelles. Nous ne pouvons qu'en conclure que nous sommes de tout cœur avec vous et avec la commissaire Jourová en vue de progrès, d'un chemin de progrès, lors de la réunion du conseil EPSCO du 7 décembre.

Je voulais néanmoins rappeler, à l'instar de ce qu'a fait ma collègue, Mariya Gabriel, qu'il y a incontestablement de la part du Parlement européen, dans le cadre de cette première lecture, un effort de lucidité, de responsabilité, un engagement fort qui a été pris mais avec beaucoup de pragmatisme et de respect des positions des États membres, de respect du principe de subsidiarité, de respect d'un certain nombre de principes et de souhaits qui avaient déjà été mis en avant par différents États membres.

Nous avons assumé nos responsabilités, nous avons fait un nombre de pas significatifs sans transiger sur l'essentiel, sans renier notre engagement fort en vue d'une plus forte participation des femmes au processus décisionnel dans les conseils d'administration. Nous sommes quand même quelques-uns, ici au Parlement, à penser que la contrainte et les quotas peuvent marcher. Je viens, par exemple, d'un pays – la France – où une loi est entrée en vigueur en 2011, la loi dite Copé-Zimmermann. Elle a incontestablement marché. Elle a incontestablement produit des effets: 33 % de femmes dans les conseils d'administration des grands groupes français. Incontestablement, la contrainte marche. Mais nous sommes respectueux de ce qui peut être dit, des cultures juridiques et des approches différentes des États membres. Il faut simplement bien garder présent à l'esprit – cela a été dit par d'autres, mais je veux insister sur ce point – que le gaspillage du talent féminin, le gaspillage des compétences féminines, le gaspillage des fantastiques efforts de formation, d'éducation qui sont déployés à travers nos systèmes éducatifs, nos systèmes de formation pour les femmes, pour les jeunes filles…

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Anna Hedh, *för S&D-gruppen***.** – Herr talman! Den 14:e juli i år uttalade sig rådets nuvarande ordförandeland Luxemburg positivt till direktivet om en jämnare könsfördelning i börsnoterade företags styrelser, tack för det. Men Luxemburg är inte ensamma om detta, såväl Europaparlamentet som OECD ser nu det tydliga behovet av ett direktiv. En mer jämställd representation i bolagsstyrelser stöds av såväl ekonomiska som feministiska argument.

OECD bygger sitt ställningstagande på det faktum att företag statistiskt tjänar på att inkludera fler kvinnor i styrelserummen rent ekonomiskt. Bortsett från det ekonomiska så är det också hög tid att de glastak och patriarkala nätverk som reproducerar manliga styrelserum undermineras. Eftersom företagen utan någon större framgång har haft möjlighet att förbättra sig så måste nu en lagstiftning på plats.

Beatrix von Storch, *im Namen der ECR-Fraktion***.** – Herr Präsident! Das Parlament will mit aller Gewalt Frauenquoten durchsetzen, das ist so falsch wie Wasser nass! Warum denn eigentlich nur Quoten für Aufsichtsräte – wenn schon Quoten – und nicht auch für Hochofeningenieure oder die Feuerwehr? Und warum Gender-Quoten nur für Frauen und nicht für alle anderen Gender auch? Für die Bisexuellen und die Transsexuellen und die Intersexuellen – ich meine, wenn schon Quoten, dann doch richtig!

Quoten für private Unternehmen sind ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Ein Unternehmer hat die Freiheit, 100 Frauen, 100 Männer oder 100 Schimpansen einzustellen – es ist seine freie Entscheidung! Quoten sind nichts anderes als die Diskriminierung auf der Grundlage des Geschlechts. Sie diskriminieren Individuen zugunsten einer Gruppe, und das lehne ich ab.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Evelyn Regner, *Verfasserin, Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"***.** – Haben Sie den Bericht gelesen? In dem Bericht sind Verfahren erwähnt, nämlich objektive Verfahren, um ein Ziel zu erreichen. Und es steht nicht drin, dass es sich um eine Quote handelt.

Beatrix von Storch (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"***.** – Das Ziel ist eine Quote von 40 % in Aufsichtsräten. Das ist der Anfang. Dieses Ziel ist falsch, und es wird durch die Methoden nicht besser. Das Ziel ist eine Diskriminierung von Frauen, weil sie eingestellt werden als Frauen und als sonst nichts. Das Ziel ist falsch, und deswegen lehne ich das ab.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE***.** – Señor Presidente, hoy, en Europa, seis de cada diez estudiantes o tituladas superiores son mujeres. Sin embargo, ocho de cada diez consejeros de las empresas europeas son hombres. Esto es desigual, injusto, nos cuesta dinero y perjudica la competitividad de la Unión. Y es fácil de resolver. Las cuotas han demostrado ser eficaces para corregir este tipo de problemas: basta una decisión política que facilite e impulse la incorporación del talento femenino a la dirección de la economía europea.

Hay buenas razones para hacerlo. Abundan los estudios -como el expuesto aquí mismo el mes pasado por Fiona Jurdant, de la OCDE- que demuestran que las empresas con consejos equilibrados son más competitivas, tienen menos problemas de gobernanza, más rendimiento en el capital y mejores resultados económicos. Por eso funcionan mejor y generan más confianza en clientes e inversores; por eso, incorporar ese valor a nuestra economía es estratégico e innovador; por eso, apostar por programas públicos y legislación para conseguirlo, una inversión; por eso es una ventaja competitiva en la que debemos ser líderes mundiales; y por eso necesitamos transparencia y equidad en la selección de las personas que integren los consejos de administración.

Agradezco a la Presidencia luxemburguesa y a la Comisaria su voluntad, trabajo e interés y todo su esfuerzo por sacar adelante esta iniciativa. Animo a los países que la bloquean a que revisen sus posiciones y espero que entiendan que, mientras sigan pasando estas cosas, las grandes proclamas sobre igualdad serán papel mojado.

Eleonora Forenza, *a nome del gruppo GUE/NGL***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a me dispiace molto aver ascoltato una collega disconoscere un problema che è sotto gli occhi di tutti: è stato calcolato che dal 5 novembre le donne lavorano in maniera non retribuita a causa del *gender pay gap*, ovvero del disconoscimento del differenziale salariale tra donne e uomini che esiste nel mio paese, esiste nell'Unione europea. Qui non si tratta di fissare quote a salvaguardia delle donne, qui si tratta di rendere meno discriminatorio un mondo in cui la discriminazione nei confronti delle donne è ancora elevatissimo, come nei consigli d'amministrazione, ma ovviamente non solo nei consigli d'amministrazione. Si tratta, allora, di capire insieme quali possono essere le strategie per sconfiggere finalmente il tetto di cristallo, per creare un mondo in cui uomini e donne possano stare con lo stesso agio, con gli stessi diritti, con gli stessi poteri.

Terry Reintke, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion***.** – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Kommissarin, lieber Herr Schmit! Eigentlich könnte die Sache ja ganz einfach sein. Wir haben ein gemeinsames politisches Ziel, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, eine faire Repräsentationen in Entscheidungspositionen. Wir haben Instrumente, die erwiesenermaßen funktionieren, diese verbindlichen Regeln, von denen Frau Regner gesprochen hat, und alle würden profitieren: Männer, Frauen, die Wirtschaft – alle in unserer Gesellschaft.

Politik könnte manchmal so einfach sein. Aber einige Mitgliedstaaten in der Europäischen Union scheinen das immer noch nicht erkannt zu haben, und allen voran die deutsche Bundesregierung. Und deshalb: Liebe deutsche Bundesregierung! Die Kommission ist wirklich in allen Bereichen auf die Forderungen eingegangen. Dem Vorschlag jetzt nicht mehr zuzustimmen, wäre nicht nur falsch, sondern einfach nur absurd.

An Frau Schwesig als deutsche Familienministerin, die diesen Vorschlag unterstützt: Das Europäische Parlament steht hinter Ihnen! Setzen Sie sich durch, damit der Vorschlag am nächsten Montag mit den Stimmen Deutschlands im Rat eine Mehrheit finden kann!

Diane James, *on behalf of the EFDD Group***.** – Mr President, my contribution to today's debate will utilise my experience as a former non-executive director of a UK Stock Exchange-listed company, a venture capital trust, as a board chair, and finally as a charity board trustee. The dimension that this EU policy does not address is that endemic through the business community is the aspect of 'not *what* you know, but *who* you know'. Even the international recruitment sector responsible for people search acknowledges this depressing situation. Thus, whilst we all want to see more women take board or other influential roles in companies, the reality conspires against that outcome.

The issues at stake are not about merit, experience and qualifications: they are about transparency of the recruitment process and the contribution that quality recruitment will and could make. Gender is completely immaterial, and by introducing quotas the fight against discrimination then becomes skewed by discrimination. Forcing companies to adopt 40% gender quotas and penalising them if they do not is hardly responsible or even realistic legislation. If the EU truly wants to redress the situation, then go back to the drawing board, please, and tackle the misogynist establishment which utilises the old boy network across Europe. I cannot support this.

Gianluca Buonanno, *a nome del gruppo ENF***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io trovo che questa discussione in questo momento non abbia senso rispetto a un paragone che voglio fare in merito alle donne. In diversi paesi, purtroppo anche qui in Europa, c'è un metodo sulle donne che viene fatto addirittura sulle bambine: si chiama infibulazione, cioè la mutilazione genitale. Queste cose vengono fatte nei paesi musulmani, poi i musulmani vengono in Europa. Queste cose vengono fatte alle bambine solo per motivi religiosi e voi parlate delle donne nelle società per azioni, le donne che devono esser dappertutto, ma non combattete contro questo schifo di quei maiali che fanno delle cose del genere alle bambine! Questo non è difendere le donne? A voi interessano solo i consigli d'amministrazione, interessano i soldi, vedere le donne che fanno le sfilate di moda durante le S.P.A. e durante i consigli di amministrazione. Lo schifo è l'infibulazione di quei musulmani che come dei maiali fanno del male a delle bambine che sono rovinate per tutta la vita! Questo è uno schifo!

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *pregunta de «tarjeta azul»***.** – En primer lugar, me gustaría decirle que todos hemos debatido aquí con respeto y le pediría a usted exactamente lo mismo. En segundo lugar, le pediría también que estuviera en todos los debates en los que en esta Cámara hemos hablado de la igualdad, de la discriminación y del sufrimiento que viven muchas mujeres en el mundo, incluidas las niñas y mujeres de otros mundos, y en los que se ha hecho referencia a la mutilación genital. Se sabe que usted no ha estado en estos debates y me gustaría preguntar…

(El presidente retira la palabra a la oradora)

Der Präsident. – Frau Kollegin! Ich verstehe Ihre Wortmeldung. Aber ich bedaure sehr, Ihnen sagen zu müssen, dass es keine Frage war, die an den Kollegen gestellt worden ist.

Gianluca Buonanno (ENF), *Risposta a una domanda «cartellino blu»***.** – Sì, vorrei sottolineare che io sono al 22º posto su 751 deputati come presenza e come lavoro al Parlamento europeo, quindi delle lezioni a me non me le dà, glie do io a Lei. Seconda cosa, io parlo di quello che succede nel mondo, con le donne e voi parlate del consiglio di amministrazione. Ma vergognatevi, voi siete solo delle arriviste, voi pensate solo al potere, non pensate alle cose che invece succedono nel mondo, sulle donne vi riempite la bocca perché siete delle *radical chic* comuniste a caviale e champagne. Quello siete voi!

(Il Presidente ritira la parola all'oratore)

Der Präsident. – Herr Kollege Buonanno! Ich will Ihnen schon sagen, dass die Aussprache eben zu dem Thema war, über das die Kolleginnen gesprochen haben, und Sie als einziger nicht.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, žao mi je što je gospodin Buonanno prekinuo ovu relativno idiličnu raspravu, ali bi mi bilo drago da je puno više muškaraca sudjelovalo u ovoj raspravi jer sada kada mi same govorimo o ovome izgleda kao da smo u nekom sukobu interesa i kao da se borimo za svoje interese. Međutim, nažalost je činjenica ta u ovom Parlamentu, ja vam moram reći što sam starija to sam veća pobornica kvota. Jednostavno, društvo neće biti pravedno sve dok žene ne budu jednako zastupljene i dok nas ne bude pola-pola ili čak više od pola. Naravno, uz jednake uvjete, uz jednaki postupak kao što je već ovdje rečeno.

Stoga je učinjen veliki napredak od 2010. kao što je rekao gospodin Schmidt i hvala vam na tome što je luksemburško predsjedništvo zadržalo ovu temu visoko na dnevnom redu. S 11 % smo došli na 21 % udjela žena u nadzornim odbora. Smatram da je to jedan solidan napredak, ali još uvijek nedovoljan. Rekli ste da budemo strpljivi. Žene su poznate po tome što su strpljive, ali mislim da je došlo vrijeme da se konačno ta ravnopravnost spolova na neki način i u ovim nadzornim odborima ogleda. Vjerujem da ćemo u tome uspjeti, ali naravno, države članice su one koje moraju reagirati.

Očekujem u ponedjeljak 7.12. da ćete izvršiti, uvjetno rečeno, utjecaj na zemlje članice i da će one prihvatiti ovu direktivu jer je očito da tamo gdje postoji zakonodavstvo, da se onda drugačije i ponašaju u toj državi članici. Stoga bih vas molila, s obzirom da je Parlament odradio posao, da nastavite odrađivati posao i u Vijeću.

Što se tiče diplomiranih žena, kojih ima 60 % u odnosu na muškarce odnosno 6 u odnosu 1000, mislim da tu postoji ogroman nesrazmjer i stoga je definitivno jasno da u svim zemljama nije taj razmjer. Želim samo napomenuti da postoji 2,5 % na Malti što je jako malo u odnosu na prosjek Europske unije od 21 %. Ja vjerujem da težimo svi … *(predsjednik je prekinuo govornicu)*

Mary Honeyball (S&D). – Mr President, I would like to thank the Luxembourg Presidency for all the good work they have done on this. They have very much put it back on the agenda, which it should never have left. As has been said by many speakers, companies with more women on their boards tend to perform better than those with fewer. I believe that this, in itself, makes the case, but we are nowhere near parity, as we know. As a result of that, we are of course missing out on a whole pool of talent.

Although the number of women on boards has been going up since the Commission draft was published, it is still, quite simply, not enough. It has even gone up in the UK, where about 25% of non-executive directors are now women. As we all know, the Conservative Government in the UK is part of the blocking minority. I have specifically mentioned non-executive directors because that is what this report is about. We need to move on and to make sure that there are more women executive directors …

(The President cut off the speaker)

Jana Žitňanská (ECR) – Dnes nie je otázkou, či je dobré, aby bolo viac žien v dozorných radách firiem kótovaných na burze. Samozrejme, že je dobré pre samotné spoločnosti, ak existuje diverzita, a to nielen v zastúpení žien, ale aj napríklad osôb so zdravotným postihnutím alebo osôb rôznej národnosti. Problém je však v riešení.

Sú spoločnosti a krajiny v Európe, ktoré sú možno schopné prijať aj kvóty, nakoľko táto téma je v nich živá desiatky rokov. No zároveň tu máme krajiny, kde je skúsenosť s podobnými riešeniami veľmi nešťastná a negatívna. Nemyslím si preto, že je správne podporovať ženy spôsobom, ktorý ich postavenie v takýchto krajinách v skutočnosti spochybňuje.

Myslím, že postupná organická zmena bude trvalejšia a viac v prospech žien ako kvótne riešenia, akokoľvek lákavo znejú. Máme mnoho iných nástrojov, ako podporovať ženy. Pracujme s mužmi, pracujme na podpore infraštruktúry pre rodiny, buďme my politici lídrami zmeny a upozorňujme na príklady dobrej praxe v úspešných krajinách a firmách. Je to možno pomalšia, ale istejšia cesta.

Daniela Aiuto (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come *Movimento 5 stelle* siamo da sempre contrari all'introduzione delle quote rosa, sia nelle compagnie quotate in borsa, che nella società civile e in politica. Questo perché chiediamo che un'effettiva partecipazione e reale affermazione delle donne debba essere il frutto delle nostre capacità e delle nostre competenze e debba essere favorita tramite la definizione di criteri meritocratici trasparenti e uguali per tutti. Non vogliamo e non riteniamo giusto che una posizione dirigenziale e lavorativa ci venga conferita per il solo fatto di essere donna, perché questo è vero sessismo; crediamo invece di valere e di meritare molto di più. Fatta questa premessa, non possiamo che prendere nuovamente atto dell'ennesimo deficit del processo decisionale e legislativo, che vede ancora una volta, come è avvenuto nel caso della direttiva maternità, il Parlamento assistere inerme e impotente alla mancata presa di posizione del Consiglio. Nel bene e nel male, le istituzioni europee devono addivenire a

una decisione chiara e in tempi certi. Questo è qualcosa che dovrà essere cambiato e che per noi non è più tollerabile.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident! Herr Minister Schmit! Frau Kommissarin! DAX–Konzerne müssen ab dem nächsten Jahr eine Frauenquote von 30 % aufweisen und der Umsetzungsgrad ist gar nicht so schlecht. Derzeit wird jeder vierte Aufsichtsratsposten in deutschen Großunternehmen von einer Frau besetzt – exakt 26,7 %. Europaweit sind es 18,6 %.

Deutschland hat per Gesetz eine verpflichtende Frauenquote beschlossen. Eine EU-Quote für Frauen in Aufsichtsräten wird in der kommenden Woche im Beschäftigungsrat besprochen. Konkret geht es um die Umsetzung einer Richtlinie, die vorsieht, den Frauenanteil in den Aufsichtsräten großer börsennotierter Unternehmen bis 2020 auf 40 % zu erhöhen. Aus meiner Sicht ist dieser Entwurf problematisch, weil die Festlegung einer rechtsverbindlichen Frauenquote nicht im Zuständigkeitsbereich der EU liegt und – zumindest für einige Mitgliedsländer – das Subsidiaritätsprinzip dabei missachtet wird. *Gender Diversity* hat positive Auswirkungen auf den Geschäftserfolg großer Unternehmen. Gerade in Deutschland lässt sich beobachten, dass Unternehmen mit einem hohen Frauenanteil in den Gremien eine gute Performance an der Börse aufweisen. Der Konsumgüter-Konzern Henkel ist ein Beispiel dafür – Aufsichtsratsvorsitzende ist eine Frau.

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort)

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já se obávám, že Evropská unie v těchto dnech řeší vážná bezpečnostní rizika, přesto myslím, že je také správně, že se věnujeme i této dlouhodobé otázce prosazení rovných práv, rovného zastoupení žen. Právě dnes česká vláda přijala své usnesení, ve kterém se zařadila mezi země, které se staví pozitivně k této směrnici, a vyjádřila tím svůj symbolický postoj k této otázce. Naším cílem je tedy zlepšit zastoupení žen v rozhodovacích orgánech velkých firem, České republiky se to dotkne pouze u šesti firem.

Já bych ale chtěla zdůraznit, že si myslím, že nebyly vyčerpány všechny prostředky zejména pozitivní motivace. Nepovažuji za logické, že se začíná právě u soukromých firem. Upřednostnila bych, kdyby byly takto motivovány organizace zřizované státem. Myslím si, že tato regulace by neměla jít tedy z centra, z Evropské unie, ale že by členské státy měly tuto situaci řešit ve své kompetenci. Ostatně je to právě v zájmu firem a organizací, aby ve správních i dozorčích radách bylo více žen, tak jak již zde bylo řečeno.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, merci à la Présidence luxembourgeoise, à Nicolas Schmit et aussi à M[me] Mutsch pour l'effort ainsi que l'énergie qu'ils ont consacrés à la question de l'égalité entre les hommes et les femmes

On a parlé des 21 % en moyenne de participation de femmes dans les conseils d'administration européens. Dans ces 21 %, malheureusement – et on l'a dit, notamment M[me] Le Grip –, certains pays atteignent des scores de plus de 30 % et d'autres pays sont à 2,5 %. Or, on voit que, quand il y a des procédures législatives, quand il y a des lois pour aller vers cette égalité, eh bien ça marche. Cela veut donc dire qu'il y a discrimination là où il n'y a pas de loi. Qu'il y a discrimination, qu'il y a inégalité, qu'il y a non-volonté d'avoir des femmes dans les conseils d'administration.

La question que je pose tout simplement: la Commission a fait son travail, le Parlement a fait le sien. Nous voulons qu'il y ait une démarche contraignante. Je voulais tout simplement savoir quels étaient les arguments des États membres qui sont contre, pour pouvoir discuter avec eux, pour pouvoir dialoguer avec eux, pour pouvoir trouver des solutions. Donc notre objectif, c'est de pouvoir trouver des solutions avec ces…

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Julie Girling (ECR). – Mr President, I think we all agree that women are woefully under-represented both at management level and at board level across the EU, albeit with differences between Member States and with things improving, which we should acknowledge.

However, while I have always believed that the best man for the job is usually a woman, I do not like quotas. I never have. I find them just a little bit demeaning. I do believe in merit. I also believe in subsidiarity and my – and indeed my government's – objection to this has largely been on the grounds of subsidiarity, and that this is a decision that should be made by Member States. So I was not expecting to see much in the Council position to interest me. So what a surprise to read Article 4 on flexibility. Thank you, Luxembourg – at last someone is listening! Maybe, just maybe we have the beginnings of an agreement here. I wish you the best of luck.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Panie Przewodniczący! O tej dyrektywie rozmawiamy po raz kolejny w tej izbie i rozmawiamy o niej dlatego po raz kolejny, bo bardzo wielu osobom, instytucjom i organizacjom zależy na tym, żeby równowaga płci w zarządach spółek i w radach nadzorczych stała się faktem.

W tej chwili mamy taką sytuację, że ta dyrektywa utknęła w Radzie, jest mniejszość blokująca, to jest Dania, Niemcy, Estonia, Węgry, Łotwa, Holandia, Czechy, Wielka Brytania, Szwecja. Chciałabym zwrócić uwagę nas wszystkich, że wśród tej mniejszości blokującej motywy blokowania są bardzo zróżnicowane, bo są kraje, takie jak Niemcy, Dania, Holandia, Szwecja, które bardzo intensywnie zajmują się tym tematem i mają różne rozwiązania. Niemcy wprowadziły kwoty, Szwecja wydaje bardzo duże pieniądze na swoje programy, w każdym razie te kraje, którym zależy na celu, to jest inna pula niż te kraje, które nie chcą dyrektywy, a mają bardzo niski udział kobiet w zarządach i nie robią nic, żeby tę sytuację zmienić.

Moim zdaniem trzeba zupełnie inaczej negocjować i rozmawiać w praktyce z tymi krajami, które nie chcą osiągnąć celu, który jest w dyrektywie, i z tymi krajami, które ten cel chcą osiągnąć. Być może te alternatywne metody osiągania celu, inne niż w dyrektywie, dałoby się jakoś pożenić z tą dyrektywą i wtedy być może osiągnęlibyśmy cel, bo tak naprawdę chodzi nam o to, żeby kobiety przebiły szklany sufit, żeby kompetencje kobiet i talenty kobiet nie były marnowane i żeby kobiety mogły brać odpowiedzialność za efekty pracy nie tylko w polityce, ale też w biznesie.

Clare Moody (S&D). – Mr President, I would like to extend my thanks as well to the Luxembourg Presidency for its efforts.

It is astonishing to reflect that here we are in 2015 still having to fight so hard for gender equality. Alongside many of my colleagues here today, I do implore the House to think about how we can make progress on this directive and realise that we do need to take action right now. We were deeply frustrated by the decision to refit the Maternity Directive earlier this year, and we need to have some change made on the issue of gender.

This directive is not just about directors, it is about changing the shape of culture within companies. With more women in elevated positions we can exert influence not just in those positions but at all levels throughout the company. Empowering women at the top works towards a more equal future for all.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, žene su još uvijek podzastupljeni spol među članovima upravnih odbora europskih trgovačkih društava iako mi o ovoj i sličnim temama raspravljamo nekoliko puta godišnje. Vjerujem da smo svi u ovome domu suglasni s time da rukovodeća mjesta u europskim poduzećima moraju biti jednako dostupna ženama i muškarcima.

Žene moraju imati iste mogućnosti kao muškarci jer su jednako sposobne učiti, mukotrpno raditi, izvršavati najsloženije zadatke i voditi druge ljude. Zato želim da žene imaju ravnopravnu ulogu u poslovnom svijetu – jer je zaslužuju – mukotrpnim radom, a ne nečijom samilošću.

Svaka žena koja zasluži svoje mjesto u upravnom odboru tvrtke tako što se svojim muškim kolegama nametnula znanjem i vještinama čini neizmjerno mnogo za sve žene. Zbog takvih snažnih žena moramo raditi na promjeni svijesti među poslovnim ljudima Europe, a svaki oblik diskriminacije propisno kažnjavati.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, u 400 najvećih hrvatskih poduzeća udio žena u upravama je 15 %, a u nadzornim odborima 21 %. O staklenom stropu na kojega žene nailaze u poslovnom svijetu mnogo govorimo, no nismo postigli neki veći pomak. Slažemo se kako ženama moramo omogućiti veći pristup u poslovni svijet, pogotovo u sam vrh tog svijeta.

Iako kvote možda neće riješiti strukturni problem podzastupljenosti žena u poslovnom svijetu, one mogu pridonijeti poticanju veće ravnopravnosti spolova i otvoriti ženama nove prilike koje im bez kvota ne bi bile pružene.

Nitko ne očekuje da se žene postavlja na pozicije samo zato što su žene, već kvote moraju poslužiti kao poticajne mjere kako bi sposobne žene koje imaju potrebna znanja i kvalifikacije za upravljanje poduzećima, a kojima se rukovodeći položaji uskraćuju samo zato što su žene, dobile priliku koju su zaslužile.

Poslovni svijet ne može biti samo muški svijet, a on to sada jest. Moramo ga otvoriti ženama i u tome moramo biti ujedinjeni. Model imamo, i na njegovoj implementaciji moramo raditi, ali tako da ne narušavamo supsidijarnost i tako da ne obavezujemo privatne poduzetnike na nešto što nismo u stanju provesti u javnom sektoru.

Jutta Steinruck (S&D). – Herr Präsident! Seit 2010 wächst die Frauenquote in Aufsichtsräten in Europa sehr langsam an. Das ist ein kleiner Riss in der gläsernen Decke, aber eben auch nur ein ganz kleiner Riss! Und die Kommission hat vorgeschlagen, dass europaweit ein transparentes Verfahren zur Bestellung von Aufsichtsräten eingeführt werden soll, mit dem Ziel, dass bis 2020 40 % der Aufsichtsratsposten von Frauen besetzt sein sollen.

Das Parlament hat dem 2013 zugestimmt. Jetzt warten wir seit zwei Jahren, dass sich auch im Rat da etwas bewegt. Freiwillige Vereinbarungen bringen nichts, weil wir sehen ja: Gerade in den Ländern, in denen wir verpflichtende Regelungen haben, hat sich doch einiges zum Positiven bewegt. Deswegen verstehe ich auch nicht: Mein eigenes Land – Deutschland – hat eine verpflichtende Frauenquote in Aufsichtsräten. Es hat sich etwas bewegt, aber dass gerade diese Länder dagegen sind – da muss es eine Lösung geben, da teile ich auch das, was meine Kollegin Maria Arena gesagt hat, da muss noch einmal gesprochen werden. Es soll ja nichts weggenommen werden! Es soll ja eine Basis für alle Europäerinnen geben.

Therese Comodini Cachia (PPE). – Mr President, I share my colleagues' disappointment in regard to my very own country, Malta. The current situation represents clearly that Member States are not ready to walk the talk on gender equality. An electoral promise of having the most feminist government has actually decreased the number of female participants in leadership positions.

While in the European Pact for Gender Equality the Council acknowledged that gender equality policies are vital to economic growth, prosperity and competitiveness, yet this proposal which deals only with a very specific commercial structure and only with non-executive positions still today does not seem to have the backing of Member States. It seems that, even in the Council, Member States are not willing to walk the talk on gender equality.

Member States fail to see the need to reap from their investment in education the aspirations as well as the capabilities of women. No one today can use the excuse that there are no qualified women, nor can they argue that society is against gender equality. Even in Malta more female MEPs were elected to this Parliament than male candidates. This is not a debate on favouring women because they are less capable than men, but about giving equal chances to qualified women as much as to men. Non-binding measures have proved insufficient. We do not want to create bureaucracy for these entities but we do need to ensure that this public and social responsibility is taken seriously.

Agnes Jongerius (S&D). – Volgens het Wereld Economisch Forum zal de wereld in het jaar 2095 hopelijk gendergelijkheid meemaken. Jammer genoeg moet ik daar 135 jaar voor worden en eerlijk gezegd wil ik zo lang niet wachten. Lidstaten als Frankrijk en Duitsland hebben goed begrepen dat bestuursraden en raden van commissarissen met meer diversiteit betere resultaten neerzetten. Helaas heeft mijn eigen land, Nederland, dat nog niet begrepen en dat ontneemt daarmee het Nederlandse bedrijfsleven de talenten en de visies van topvrouwen die nu geen kans krijgen om voorbij de sollicitatiedrempel voor topfuncties te komen. Het Luxemburgse voorzitterschap heeft aangegeven een oplossing te willen zoeken voor de blokkade in de Raad, maar daar is spoed voor nodig. We hebben spoedig een compromisvoorstel nodig, want op het Nederlandse voorzitterschap hoeven we op dit punt niet te rekenen.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Rozmawiamy dzisiaj na bardzo poważny temat, ale i delikatny. Nie ma żadnych powodów, żeby w dzisiejszych czasach, w nowoczesnym społeczeństwie XXI wieku, nie było równości między kobietami a mężczyznami. To jest absolutnie szczególnie ważne, istotne i bezwzględne do zrealizowania w instytucjach publicznych, a przede wszystkim tych, które reprezentują i są reprezentatywne dla społeczności.

Natomiast problem jednak nie polega i nie dotyczy sektora publicznego, tylko sektora prywatnego, i ja ten problem rozumiem. Trzeba bowiem pamiętać, że mamy tu do czynienia z działalnością gospodarczą, a więc z wolnością prowadzenia tejże działalności gospodarczej. Mamy tu do czynienia z kwestią nienaruszalności prawa własności. Na to nakłada się problematyka autonomii państw w kreowaniu sytuacji prawnej we własnych krajach. To znowu z kolei wiąże się z zasadą proporcjonalności w ramach prawodawstwa Unii Europejskiej. Dlatego ja rozumiem problem rad i rozumiem, że sprawa ta zajmuje dużo czasu. Przypuszczam, że będzie nadal jeszcze zajmowała czas, bowiem raczej dotyczy ona spraw zmiany kultury, a nie prawa.

Maria Noichl (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute wird wieder darüber gesprochen: Brauchen wir eine Quote, oder brauchen wir sie nicht? Ich sage ganz eindeutig: Wir haben doch seit Jahrzehnten eine Quote, wir haben doch seit Jahrzehnten eine Männerquote! Es genügt ausschließlich, Mann zu sein, um an gewisse Positionen zu kommen. Wir Frauen machen uns Gedanken, ob denn die Qualifikation gut genug wäre. Ich sage noch einmal: Seit Jahrzehnten haben wir eine Männerquote. Die Männerquote in Malta ist derzeit 97,5 %, die Männerquote im europäischen Durchschnitt liegt ungefähr bei 80 %.

Da möchte ich es hier aber noch mal ganz deutlich sagen: Es ist unser Recht als Frauen, und es ist nicht unanständig, 40 % zu fordern. Es ist unser Recht, und es ist nicht unanständig. Wenn wir einmal 50, 60, 70 % fordern würden, dann könnte man darüber reden, ob es nicht zu viel wäre. Jetzt fordern wir nur das, was uns zusteht – die Männerquote haben wir seit Jahrzehnten!

Der Präsident. – Wir kommen nun zum *Catch-the-eye*-Verfahren. Ich kann alle Kolleginnen und Kollegen berücksichtigen, nachdem wir ja nur eine Wortmeldung zu viel haben.

Catch-the-eye-Verfahren

Patricija Šulin (PPE). – Enakost spolov, ki je eno iz pomembnih načel sodobne demokratične družbe, je pristop, ki ženskam in moškim omogoča enako udeležbo na vseh področjih javnega in zasebnega življenja.

Poleg uravnotežene zastopanosti spolov na področju političnega udejstvovanja, s katerim se ukvarjamo zadnja leta, potrebujemo tudi uravnoteženo zastopanost spolov na gospodarskem področju.

Pozdravljam pobudo, da Svet pospeši sprejetje skupnega stališča glede direktive Komisije iz leta 2012, s katero bi uvedli cilj minimalnega, 40 % deleža za predstavnike nezadostno zastopanega spola med neizvršnimi direktorji v upravnih odborih.

Številne raziskave s tega področja dokazujejo, da upravni odbori, ki so spolno uravnoteženi, z bistveno bolj celovitimi odločitvami dosegajo boljše rezultate, saj upoštevajo želje in pričakovanja tako ženske kot tudi moške populacije.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε πρόεδρε, από το 2012 έχει προταθεί οδηγία, ώστε το 40% των μη εκτελεστικών διοικητικών στελεχών να αντιστοιχεί στο υπο-εκπροσωπούμενο φύλο, προκειμένου να βελτιωθεί η χαμηλή εκπροσώπηση των γυναικών στα διοικητικά συμβούλια εισηγμένων στο Χρηματιστήριο εταιρειών. Η νομοθετική πίεση φάνηκε να επηρεάζει τα ποσοστά εκπροσώπησης στα δύο φύλα, αφού τον Οκτώβριο του 2015 παρατηρήθηκε σημαντική αύξηση στο ποσοστό εκπροσώπησης των γυναικών σε εισηγμένες στο Χρηματιστήριο εταιρείες, σε σχέση με το 2010. Έτσι, το 2010 ήταν 11,9% και έφτασε σήμερα στο 21,2%.

Ωστόσο, στις περισσότερες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τα ποσοστά παραμένουν σε χαμηλά επίπεδα, με εξαίρεση τη Γαλλία, τη Γερμανία και τη Φιλανδία, όπου τα ποσοστά ξεπερνούν το 25%. Άλλωστε, οι γυναίκες, ειδικά σε περίοδο οικονομικής κρίσης, πλήττονται άμεσα, περισσότερο από άλλες ομάδες, και αυτό έχει ήδη φανεί. Η μειωμένη απασχόληση των γυναικών είναι εμφανής, λοιπόν, σε όλους τους κλάδους και όχι μόνο στις εισηγμένες εταιρείες.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, na dobrom smo putu. Idemo dobrim pravcem, ali cilj je još uvijek daleko. I ja sam se, dok sam bio mlađi, malo čudio kako to da nam trebaju kvote. Međutim nakon 25 godina bavljenja politikom definitivno sam uvjeren da je to jedini ispravni put ako zaista želimo rodnu ravnopravnost.

Trebamo se upitati kako bi uopće i ovaj Parlament izgledao da ne postoje političke kvote na raznim listama, pogotovo kada govorimo o manjim, nižim jedinicama lokalne ili regionalne samouprave. Ali, reći ću i ovo: nisam do kraja siguran da je pristup koji smo maloprije čuli o muškim kvotama nešto što će doprinijeti svima nama da ovdje zaista iskreno razgovaramo o rodnoj ravnopravnosti. Takva vrsta radikalizma nisam siguran da će puno doprinijeti upravo nama koji želimo tu ravnopravnost.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, a 40% share of women as a binding rule across the EU in boardrooms was mentioned by the Commissioner. Any intervention on this scale is a blatant intervention into the free market by the state. Without free markets and free market enterprise you don't have free people. What we need to be looking at is equality of opportunity, not equality of outcome. That is the most important thing. It is very important that politicians and well-meaning state authorities do not start with this kind of thing, closing down freedoms in order to have laudable goals. Freedom of opportunity is the main and only thing that matters in a real truly free society.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, zásah do svobodného trhu, nad tím musím trochu pouvažovat, protože si myslím, že Bůh nebo osud určuje, jaký je konkrétní poměr mezi ženami a muži ve společnosti. Ten poměr je 51:49 v neprospěch mužů a to je ten přirozený poměr. Já nejsem proti tomu číslu 40– zastoupení žen ve správních radách společností. Přirozený poměr ve společnosti, ten jsem zde řekl. Jakmile se odchylujeme ve výrazně desítkách procent, tak to si myslím, že je skutečně to, co je nepřirozené. A nevím, jestli v tomto smyslu svobodný trh je ten určující. Ale opravdu bych chtěl, abychom si zametli před vlastním prahem. Složení Komise nedosahuje ani té 40– kvóty. Ukažte mi všechny jiné veřejné sektory, kde je to zastoupení alespoň trochu odpovídající tomu přirozenému poměru. Bylo by asi dobré nejprve si zamést před svým prahem a potom jít do těch soukromých společností.

Cecilia Wikström (ALDE). – Herr talman! I hela mitt liv har jag arbetat för kvinnors rättigheter och jag har alltid suttit i mansdominerade sammanhang, även här i Europaparlamentet får jag säga. Men jag tror inte att kommissionens direktiv om kvinnor i styrelser är den bästa vägen framåt för verklig jämställdhet. Dels därför att jag som liberal tycker att företagen själva ska få besluta hur de ska styras och representeras, dels därför att vi måste respektera äganderätten som har varit fundamental i varje europeisk, demokratisk stat.

Och äganderätten är fortfarande fundamental. Men framför allt för att jag anser att det är att börja i fel ända. Vill vi skapa jämn könsfördelning så måste vi ha en jämn fördelning av föräldraledigheten, bra barnomsorg i alla våra medlemsländer så att kvinnor och män kan delta i arbetslivet på samma villkor. Idag är det alldeles för många kvinnor som ger upp sin karriär och blir hemmafruar. EU har, herr talman, helt enkelt inte råd att ha världens mest välutbildade hemmafruar, vi får sluta upp med det och se till att vi arbetar, både kvinnor och män.

Der Präsident. – Ich habe vorhin gesagt, ich kann alle nehmen, die sich gemeldet haben. Wenn sich noch Leute danach gemeldet haben, kann ich das leider nicht berücksichtigen, denn wir sind schon knapp in der Zeit.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil***.** – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, il y a presque 60 ans, des hommes – qui n'étaient pas encore très avancés sur l'égalité hommes-femmes – inscrivaient dans le traité de Rome le principe de l'égalité des salaires entre les hommes et les femmes. Fait étonnant, parce qu'à l'époque, l'écart des salaires entre les hommes et les femmes était gigantesque. Gigantesque!

Aujourd'hui, il faut encore constater que presque 60 ans après la rédaction du traité de Rome, un écart subsiste entre les salaires des hommes et ceux des femmes. Imaginez si l'on n'avait pas inscrit cette disposition dans le traité de Rome… Je doute qu'on en serait là aujourd'hui, même si la situation actuelle est encore largement insatisfaisante. Je pense donc que ce qui est proposé n'est sûrement pas une proposition souhaitable, puisque ce que nous aurions souhaité, c'est que l'égalité soit effectivement réalisée et qu'il n'y ait pas de débat pour promouvoir les femmes. Parce que la situation serait alors tout simplement normale: tantôt il y aurait 60 % d'hommes, tantôt 60 % de femmes.

La réalité – vous le savez très bien – est tout à fait différente. Il faut donc maintenant un instrument pour qu'effectivement, nous n'ayons pas à patienter encore 70 ans ou même 90 ans, comme quelqu'un l'a dit.

Je n'ai pas plaidé pour la patience. J'ai dit que ce serait nous demander trop de patience. Vous me demandez quelles sont les positions au Conseil? Elles ne sont pas tellement différentes de certaines positions que j'ai entendues ici. Tantôt c'est la subsidiarité, tantôt c'est ne pas être d'accord qu'il faut un instrument obligatoire, tantôt c'est la libre entreprise qui va, quelque part, de toute façon, faire le bon choix. Les diverses positions au Conseil reflètent assez bien la variété des positions exprimées ici. Je vous garantis que la Présidence luxembourgeoise fera son possible, voire un peu plus, mais la majorité qualifiée, c'est la majorité qualifiée.

Par conséquent, il faut tout faire pour l'obtenir. Nous allons bien sûr y travailler, mais je ne peux pas vous donner toutes les garanties du monde.

Der Präsident. – Damit ist die Aussprache geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu***.** – Jau 2013 metais Europos Parlamente priėmėme savo poziciją dėl šios direktyvos, kuri galėtų būti labai geras pavyzdys, siekiant užtikrinti lyčių lygybę ir kitose srityse. Europos Sąjungos lygmeniu vis dar nėra užtikrinama lyčių lygybė aukščiausiose bendrovių pozicijose, tačiau turėtų būti išnaudojami turimi gabumai ir kartu skatinama lyčių pusiausvyra visų vidaus rinkoje veikiančių bendrovių valdybose. Nuo tada, kai Komisijos projektas buvo paskelbtas, moterų skaičius bendrovių valdybose padidėjo nuo 16,6 % paskelbimo metu iki 18,6 % 2014 m. Teisėkūros spaudimas, regis, yra svarbus veiksnys, padedantis keisti esamas struktūras. Taigi, labai svarbu toliau tęsti derybas Taryboje dėl europinės direktyvos dėl Moterų kvotų bendrovėse ir siekti, jog bent 40 proc. bendrovių nevykdomųjų direktorių sudarytų nepakankamai atstovaujamos lyties asmenys. Šiuo metu Tarybai pirmininkaujantis Liuksemburgas aiškiai pasisakė už siūlomą direktyvą pristatydamas savo darbotvarkę Parlamento Moterų teisių ir lyčių lygybės komiteto 2015 m. liepos 14 d. posėdyje. Taigi, norėčiau paraginti, kad pirmininkaujantis Liuksemburgas Taryboje siektų kuo greičiau priimti bendrą sutarimą tarp valstybių narių. Nes būtų labai gaila, jei po daugybės diskusijų ir derybų, ši direktyva būtų užblokuota.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto***.** – Per conseguire gli obiettivi quantitativi di presenza femminile nei vertici aziendali occorre adottare delle misure che consentano di ottenerli. Il paradosso – che giudicherei ridicolo, se non fosse drammatico – è che non si vuole ammettere che il tema della donna, qualunque sia l'ambito nel quale esso viene affrontato, è obbligo morale non oltremodo rinviabile e si basa su un difficile cambiamento di mentalità. Questo ritardo nell'applicazione del «principio di natura», della uguaglianza di genere, comporta, dati alla mano, una riduzione del potenziale economico europeo, laddove una crescita in innovazione, ricerca, formazione, acquisizione di competenze non è mai accompagnata da una partecipazione attiva delle donne perché limitata dalla mancanza di inclusione delle stesse negli organi decisionali. Non sembri strano quindi che secondo studi una maggiore presenza delle donne nella forza lavoro farebbe aumentare il PIL del 21% in Italia, 19% in Spagna, 9% in Francia e Germania e 8% nel Regno Unito. Nella correlazione tra la percentuale di donne nei consigli e i risultati finanziari delle società, il rendimento del capitale netto supera del 41% quello in cui le donne sono assenti. Questi dati non hanno bisogno di ulteriori commenti.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма***.** – Уважаеми г-н Председател, Предложението за Директива относно жените в управителните съвети, което бе подкрепено на първо четене от Европейския парламент, е малка законодателна стъпка, с оглед тесния обхват на въздействието ѝ, но дава важен пример за реалното осъществяване на политиката на равнопоставеност на половете в Европейския съюз. Без този пример не бихме могли да очакваме, че и в малките и средните предприятия ще се поощрява участието на жените на ръководни позиции.

Темата за кариерното развитие на жените не е само нюанс в политиката на равнопоставеност между половете, а е част и от икономически обосновани баланс при вземането на решения.

Ето защо, призовавам Съвета, държавите членки и предстоящото Холандско председателство да положат всички усилия, за да преодолеят различията в позициите си и да покажат на практика важността на хоризонталната политика на равнопоставеност на половете.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie***.** – Problem nierównowagi płci nie tylko w zarządach spółek, ale generalnie na rynku pracy, jest przedmiotem troski instytucji unijnych już od wielu lat. Konieczna jest refleksja nad podejmowanymi działaniami. Dyrektywa w sprawie obecności kobiet w zarządach jest najlepszym przykładem na to, iż twarde działania sprzeczne z oczekiwaniami przedsiębiorców i niektórych rządów są nieskuteczne. Widać wręcz obstrukcję po stronie Rady, która od paru lat nie jest w stanie zająć stanowiska. Być może trzeba się zastanowić, czy dyrektywa narzucająca określone limity płci w organach spółek jest najlepszym rozwiązaniem.

Zwiększenie udziału kobiet wśród dyrektorów nie może być bowiem celem samym w sobie. Istotniejsze jest poprawienie ich sytuacji na rynku pracy, a to wymaga stworzenia warunków do godzenia życia rodzinnego z życiem zawodowym. Jeżeli bowiem nawet wymusimy na przedsiębiorstwach przyjęcie określonej ilości kobiet do zarządów, a zabraknie wspomnianego wsparcia, to w małym stopniu zdecydują się na to kobiety mające rodziny. Tak więc nie powinno być naszym celem ustanowienie 40% udziału kobiet w zarządach, ale to, by droga do tego organu była otwarta dla wszystkich kompetentnych osób niezależnie od płci. A to wymaga większego zaangażowania mężczyzn w wychowanie dzieci oraz upowszechnienia mechanizmów ułatwiających łączenie życia rodzinnego z zawodowym, a nie obligatoryjnych kwot i innych sztywnych mechanizmów.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto***.** – Il testo di proposta di direttiva sul riequilibrio di genere nei consigli di amministrazione delle società europee quotate, nella sua attuale versione, è un esempio perfetto del rispetto del principio di sussidiarietà. È una normativa che propone un processo di selezione più trasparente ed equo, senza prevedere misure come le quote di genere, che pure hanno dimostrato essere – nei paesi in cui sono state introdotte, tra cui l'Italia – il modo più efficace e rapido per combattere realmente la discriminazione nei confronti delle donne nei luoghi di decisione. Capisco che l'ultimo anno e mezzo sia stato denso di avvenimenti importanti che hanno catalizzato l'attenzione di tutte le istituzioni europee, ma non possiamo più permetterci di considerare l'equità di genere una priorità di serie B. Sempre a causa di disaccordi tra gli Stati membri, abbiamo già abbandonato la proposta di direttiva sul congedo di maternità: l'incapacità di trovare un accordo anche su questa proposta manderebbe un messaggio fortemente negativo ai cittadini europei, che non credo in questo momento l'Europa possa permettersi. Abbiamo oggi un testo di compromesso eccellente, è finito il tempo delle discussioni ed è ora di produrre risultati concreti.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto***.** – Mi auguro che presto il Consiglio trovi un accordo su questa direttiva, la cui implementazione garantirebbe finalmente una rappresentanza equilibrata delle donne nei consigli di amministrazione delle società europee quotate in borsa. In un momento in cui le donne europee fanno ancora fatica a inserirsi pienamente nella vita economica e sociale comunitaria, l'approvazione di questo provvedimento sancirebbe simbolicamente, e fattivamente, la vocazione paritaria dell'Unione europea. Il Parlamento europeo ha colto questa sfida già due anni fa, votando a larga maggioranza la proposta. Dunque, mi aspetto che anche gli Stati membri che hanno dimostrato finora reticenza sciolgano le proprie riserve in materia, condividendone finalmente la necessità. È con orgoglio che sottolineo un fatto: il paese che rappresento in seno all'assemblea comunitaria europea, l'Italia, si è dimostrato precursore in questo campo, attraverso l'approvazione di una legge bipartisan che garantisce la presenza, negli organi sociali delle società quotate in borsa, di almeno un quinto di donne. Mi auguro che gli altri Stati europei seguano il nostro esempio, superando le proprie perplessità, in nome della volontà di garantire la costruzione di un'Unione totalmente inclusiva.

Alfred Sant (S&D), *in writing***.** – I support the proposed 'Women-on-Boards Directive' not only for economic reasons. It does not make sense for any corporation to utilise in its production only half of the machines it has available. This applies for mechanical as well as for human 'machines'. Women were excluded from operational and decision-making posts for ideological reasons. These acted as barriers to entry that inhibited the full development of productive potential in societies, firms and governments. Quotas were the tool to overcome this barrier. Once equality of gender opportunity and its effective implementation are ensured, chances for an improvement in productivity are improved. Gender quotas automatically become archive material. They have been effective at operational level. They will be equally so for executive, decision-making positions.

I speak from experience. In the Malta Labour Party, we introduced quotas for women in elections to the general conference and the national executive. Within fifteen years, quotas were no longer needed. Gender parity was being automatically achieved, via the 'normal' electoral process for these institutions. There was a clear improvement in their functioning. However we did not introduce quotas in the party bureau, which was a mistake. Dominated by men, its effectiveness remained open to question.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban***.** – A nemek közötti egyensúly biztosítására törekvés fontos cél. Felszólalásomban azonban mindössze egy további szempontra kívánom felhívni a figyelmet, jelesül arra, hogy határozottan úgy vélem, e törekvést nem csak „a tőzsdén jegyzett vállalatok nem ügyvezetői igazgatói körében" kell aláhúznunk, és sosem szabad egyirányúan, kizárólag az egyik nemre fókuszálva hangsúlyoznunk, mert ezzel a pozitív cél ellenére kontraproduktív eredményeket generálhatunk.

Különös óvatossággal kell e területen eljárnunk azért is, hogy az egyenlőség garantálása irányába tett lépéseink ne indítsanak el olyan negatív folyamatokat, melyek a pozitív célokat semlegesítik vagy még rosszabb esetben az elérni kívántakkal ellentétes, negatív folyamatokat eredményeznek.

Claudia Tapardel (S&D), *in writing***.** – Only half a century ago most women in Europe did not have voting rights, discrimination was at rife, women's jobs were second-class and the pay gap was huge. Thankfully, women have come a long way, winning the battles for legal, political and economic rights. However, we are far from true gender equality, particularly in the business world where senior management positions are still held by men. The fact is that, in the EU today, women account for just 21.2% of board members of the largest publicly listed companies registered in the EU countries. Although quotas are a controversial topic, I view them as the best available solution to ensure better gender balance on corporate boards of European companies.

Therefore I support the 2012 Commission proposal for a directive setting a minimum objective of 40% of the underrepresented sex in non-executive board-member positions in listed companies in Europe by 2020, or 2018 for listed public undertakings. The European Parliament has strongly backed this proposal; unfortunately the Council was less enthusiastic. I would therefore wish to remind Members of the blocking minority, and that we need strong rules to tackle the gender imbalance in company boardrooms and ensure greater gender equality in the corporate world, and also in our society.

17. Lage in Ungarn: Folgemaßnahmen zur Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Juni 2015 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Lage in Ungarn: Folgemaßnahmen zur Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Juni 2015 von Claude Moraes im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (O-000140/2015 - B8-1110/2015) (2015/2935(RSP)).

Claude Moraes, *author***.** – Mr President, on behalf of the LIBE Committee, allow me to present the oral question to the Commission which we have tabled concerning the situation in Hungary. On 10 June Parliament adopted a resolution in plenary on this situation, where it asked the Commission to assess the situation and to establish an EU mechanism to monitor democracy, the rule of law and human rights annually across the EU. The aim of the resolution is not to single out a single Member State or government but to call on EU institutions, particularly the Commission as the guardian of the EU Treaties, to fulfil an obligation to ensure the application of and compliance with the Treaties and the Charter of Fundamental Rights of the EU, across the Union.

The EU, as we all know, was founded on values of respect, freedom, democracy, equality and rule of law as well as human rights. With this in mind it is important that Member States and all EU institutions work together to protect these basic European principles.

In paragraph 11 of the resolution the European Parliament urged the Commission to 'activate the first stage of the EU framework to strengthen the rule of law, and therefore to initiate immediately an in-depth monitoring process concerning the situation of democracy, the rule of law and fundamental rights in Hungary, assessing a potential systemic serious breach of the values on which the Union is founded as per Article 2 TEU including the combined impact of a number of measures exacerbating the state of democracy, the rule of law and fundamental rights, and evaluating the emergence of a systemic threat to the rule of law in that Member State that could develop into a clear risk of a serious breach within the meaning of Article 7 TEU', and asked the Commission to 'report back on this matter to Parliament and the Council before September 2015'.

So I put the following questions to the Commission: Has the Commission carried out this in-depth monitoring process as requested by Parliament? If not, can the Commission explained the reasons for not having initiated such in-depth monitoring? Secondly can the Commission provide the European Parliament with its assessment of the situation of democracy, the rule of law and fundamental rights in Hungary today? Third, has the Commission activated the Rule of Law Framework as called for by the European Parliament, and if not, can the Commission provide a reasoned argument for not having done so?

I am very much looking forward to the responses of the Commission and the debate of Members on these key questions.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Věra Jourová, *Member of the Commission.* – Mr President, I would like to thank Parliament for the oral question on the situation in Hungary. I know that there is a lot of discussion on whether to trigger Article 7 of the Treaty on European Union or the Rule of Law Framework as regards Hungary. Today I would like to set out for the House what action the Commission is taking to monitor the situation in Hungary, and to ensure that European Union law and fundamental values remain respected there. And it is against that background that I will also explain to you why the Commission does not believe that there are grounds at this stage to trigger Article 7 or the Rule of Law Framework.

During our previous debates I have always made it clear that the Commission will be vigilant when concrete measures and actions are taken by the Hungarian authorities. I have also said that the Commission will use all the means at its disposal to ensure that Hungary – as well as any other Member State – complies with its obligations. And you know that the Commission has already done so in the past when it took Hungary, for instance, successfully to Court for the early retirement of judges or violation of the independence of the Data Protection Supervisor.

This is what we have done. Following Parliament's resolution of 10 June 2015, the Commission has taken a number of actions with respect to the recent developments in Hungary. Let me give you a brief overview.

As regards migration, the Hungarian Government formally announced on 15 September 2015 a 'crisis situation caused by mass immigration' on the basis of legislation that had entered into force that same day. A preliminary assessment of the Hungarian legislation revealed a number of concerns and questions on substance and implementation relating in particular to the compatibility of this legislation with the EU's asylum and borders *acquis*, and the EU Charter of Fundamental Rights. These issues were addressed by the Commission's services in a letter sent on 6 October 2015 to the Hungarian authorities.

A detailed reply from the Hungarian authorities was received on 4 November, which clarified a number of questions but did not remove all outstanding concerns. This response is currently under assessment by the Commission.

As regards the debate on the reintroduction of the death penalty, both Commission President Juncker and First Vice-President Timmermans made clear statements on this: Article 2 of the EU Charter of Fundamental Rights prohibits explicitly and clearly any person from being condemned to death, or executed. In addition, the European Court of Human Rights has ruled that the death penalty is a violation of the European Convention on Human Rights. The abolition of the death penalty is a condition which states are required to meet in order to become members of the Council of Europe or of the European Union. The reintroduction of capital punishment would be contrary to the EU's fundamental values. A reintroduction of the death penalty by a Member State would therefore lead to the application of Article 7 of the Treaty. The debate launched by Prime Minister Orbán did not materialise and the death penalty has not been introduced.

As regards the situation of civil society in Hungary, the Commission expressed its concerns about the disagreement between Norway and Hungary and about the follow-up to this dispute, which may have a serious impact on a number of NGOs working on the promotion of human rights in Hungary, and negatively affect the functioning of the European Economic Area and Norwegian financial mechanisms.

The Commission's services sent an administrative letter to the Hungarian authorities underlining this concern. On 7 October this year it was reported that the National Tax Authority had closed its investigation into the NGOs relating to the European Economic Area/Norway grants. The decision to withdraw the tax registration numbers of the NGOs concerned is still pending before a Hungarian court. We have also noticed that a Hungarian court ruled that a police raid on watchdog NGOs in 2014 was illegal.

As regards the situation of Roma, the housing situation remains a concern. The Commission's services started an EU pilot procedure and are assessing the matter in the light of the Directive on Racial Equality, which prohibits discrimination on grounds of ethnic origin in a number of fields, including housing.

On the education of Roma, concerns remain as well, in particular relating to possible segregation and discrimination of Roma children. Also on this matter the Commission's services started an EU pilot procedure and are following further developments, again in the light of the Directive on Racial Equality.

As regards the transposition and implementation of the Framework Decision on racism and xenophobia in Hungary, a meeting took place on 15 October 2015 between the Commission's services and the Hungarian authorities to discuss a number of outstanding issues. The meeting was part of a series of bilateral dialogues held during the past year with Member States on this topic prior to the possible launching of infringement procedures.

I can assure you that the Commission will not hesitate to take action to ensure the proper transposition and implementation of the Framework Decision by Hungary, like any other Member State. We underlined this in the European Agenda on Security as well as during the Commission's Colloquium on Fundamental Rights in October.

As regards the situation of the media, the Hungarian Parliament amended on 27 May 2015 its advertising tax law, following an EU Pilot procedure and an in-depth state aid investigation launched by the Commission. As a result, the EU Pilot procedure could be closed, while the state aid investigation continues, as certain state-aid related aspects still remain to be clarified.

The Commission has also taken note of the opinion of the Venice Commission of 22 June 2015 on Media legislation in Hungary and is following the response of the Hungarian authorities to the recommendations contained therein.

As regards corruption and misuse of EU funds, the Commission suspended on 14 July 2015 payments for several contracts across eight programmes due to the use of an excessively restrictive selection criterion in public procurement procedures. The Commission had already suspended interim payments to Hungary from the European Regional Development Fund for priorities 1, 2 and 3 of the operational programme 'Economic Development'. This suspension was lifted by the Commission on 23 September 2015, following corrective action by the Hungarian authorities. OLAF is continuing investigations.

In the context of the European Semester, the Commission noted continued shortcomings as regards corruption and lack of transparency affecting public administration, decision-making and public procurement in Hungary. Following a Commission proposal, country-specific recommendations were adopted by the Council on 14 July 2015, calling for action to address these issues.

The Commission is actively pursuing infringement procedures against Hungary in a range of other areas. Several infringement procedures are rule-of-law related, for instance, concerning the principle of legal certainty, the effectiveness of judicial review, or the powers and independence of administrative authorities. Other infringement procedures are related to economic discrimination, in particular affecting the freedom of establishment, the freedom to provide services or the free movement of capital.

In addition, the Commission is actively conducting state aid investigations, inter alia concerning two recent Hungarian measures with steeply progressive rate structures, notably a food-chain inspection fee and a new tax on sales of tobacco products. In these cases the Commission issued injunctions, prohibiting Hungary from applying the progressive rates until the Commission has concluded its assessment. The Commission also opened, last week, in-depth state aid investigations into Hungary's plans to provide financing for the construction of two new nuclear reactors in the Paks plant.

The Commission is also following how the judiciary in Hungary is fulfilling its role of guarantor of the rule of law. In recent months a number of noteworthy judgments have been rendered by the Supreme Court, the Constitutional Court and also by ordinary Hungarian courts.

This overview demonstrates that the Commission is actively monitoring the situation in Hungary and is ready to use all the means at its disposal to ensure that Hungary – as well as any other Member State – complies with the obligations under European Union law and respects the values of the European Union enshrined in Article 2 of the Treaty on European Union. This includes using infringement procedures in case of violations of European Union law as well as the EU Rule of Law Framework where this is necessary.

The Commission has at this stage not activated the Rule of Law Framework as regards Hungary. The Rule of Law Framework will be activated where there are clear indications of a systemic threat to the rule of law in a Member State, in particular in situations which cannot be effectively addressed by infringement procedures and if the 'rule of law safeguards' which exist at national level no longer seem capable of effectively addressing these threats. These national 'rule of law safeguards' refer to all judicial and constitutional mechanisms and safeguards which aim to ensure the protection of democracy and fundamental rights in a Member State.

Considering that concerns about the situation in Hungary are being addressed by a range of infringement procedures and pre-infringement procedures, and that also the Hungarian justice system has a role to play, the Commission takes the view that the conditions to activate the Rule of Law Framework regarding Hungary are at this stage not met.

The Commission will continue to monitor the situation in Hungary closely, including the functioning of the national rule of law safeguards referred to above.

Monika Hohlmeier, *im Namen der PPE-Fraktion***.** – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an die Kommissarin für den doch sehr umfassenden Überblick. Und auch ein Dankeschön für die Antwort, die Sie uns eigentlich schon am 5. November gegeben haben, die allerdings bedauerlicherweise die Parlamentsverwaltung nicht im adäquaten Zeitrahmen an die Abgeordneten weitergegeben hat, sodass wir dementsprechend die Antwort leider so spät erhalten haben, dass wir Ihnen in der Anfrage noch einen unberechtigten Vorwurf entgegengebracht haben, nämlich den, dass Sie uns angeblich nicht geantwortet hätten. Sie haben uns geantwortet, und ich möchte mich dafür ausdrücklich bedanken.

Als Zweites möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie sehr sachlich mit dem Thema umgehen. Denn ich halte es angesichts der Probleme, die wir nicht nur in Ungarn, sondern beispielsweise auch in Griechenland und in Polen in großer Mannigfaltigkeit, aber genauso derzeit in der Slowakei und in der Tschechischen Republik im Bereich Umgang mit den Flüchtlingen, im Umgang mit Flüchtlingen und Ähnlichem zu verzeichnen haben, für dringend notwendig, dass Sie versuchen, dies auf sachliche, strukturierte Art und Weise anzugehen und die Arbeit hier mit Sorgfalt fortzusetzen.

Das, was ich von Seiten des Parlaments derzeit als problematisch sehe – und ich habe das den Kolleginnen und Kollegen schon mehrfach gesagt –, ist, dass ausschließlich der Fokus auf Ungarn gelegt wird, wo es doch genügend andere Mitgliedstaaten gibt mit ganz ähnlichen Problemen. Das Justizwesen in Griechenland leidet mindestens genauso wie das in Ungarn. Es ist unter einer linkspopulistischen und rechtspopulistischen Regierung, verzeichnet seit vielen Jahren erhebliche Probleme, ohne dass wir dies hier in diesem Parlament offensiv gegen Griechenland unter Androhung des Artikels 7 durch das Parlament diskutieren. Wir haben auch in Ungarn – nicht nur in Ungarn – Probleme mit Flüchtlingen. Wir haben dieselben Probleme in Griechenland, auch mit Menschenrechtsverletzungen. Wir haben auch Probleme in Polen, teilweise mit Argumentationsweisen, die sehr heftig sind und die sehr intensiv sind und sich gegen Flüchtlinge aussprechen, wobei jeder die Menschenrechtskonvention unterzeichnet hat und wissen muss, dass Flüchtlinge ein Anrecht haben, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union Zuflucht zu finden, wenn sie vor Krieg, vor Tod, vor Not und vor Elend fliehen und in ihrer eigenen Heimat nicht überleben können. Dann sind wir verpflichtet, ihnen eine Heimat zu geben. Darüber sollte es eigentlich keine Diskussion geben, sondern Solidarität unter den Mitgliedstaaten.

Ich möchte hiermit zum Ausdruck bringen, dass ich die strukturierte Art und Weise des Vorgehens sehr positiv finde. Frau Kommissarin, ich hätte die Bitte an Sie: Sie haben in Ihrem Brief geschrieben, dass es eine ganze Menge an – sozusagen – Kontrollmechanismen, Monitoringsystemen gibt. Es wäre für uns sehr interessant zu erfahren, gegenüber welchen Mitgliedstaaten in welcher Art und Weise entsprechende Verfahren durchgeführt werden, denn dann könnte auch zum Beispiel ich als Abgeordnete besser überblicken, ob die Systeme fair – sozusagen gleichmäßig – gegenüber allen Mitgliedstaaten angewandt werden oder ob der Blick doch ein bisschen zu spezifisch geraten ist. Ich glaube eher, dass Sie sehr fair vorgehen, aber ich hätte einfach Interesse daran, mehr darüber zu erfahren.

Péter Niedermüller, *a S&D képviselőcsoport nevében.* – Köszönöm, Elnök Úr! A Szocialisták és Demokraták Képviselőcsoportja határozottan kiáll az Európai Unió alapértékei mellett. Ezek az alapértékek jelentik ugyanis azt a kötőanyagot, amelyik összetartja az Uniót.

A magyar kormány 2010 óta fittyet hány az európai jogszabályokra, értékekre, nincs tekintettel a többi tagállamra, a Bizottságra, semmire és senkire. Mégis, amiről ma este vitázunk, nem egyszerűen magyar kérdés, hanem európai ügy. Az illiberális, Unió-ellenes, tagállami önzésen alapuló szélső jobboldali politika ma már nem csak Magyarországot fenyegeti, felütötte a fejét más tagállamokban is. A magyar kormány a politikájával tudatosan és szisztematikusan gyengíti az Európai Uniót. És pártcsaládja, az Európai Néppárt szó nélkül tűri ezt. Pedig tudjuk, ez a vita az Európai Unió jövőjéről szól.

A magyar miniszterelnök ma a bevándorlásválságra azt találta mondani, hogy ez az embercsempészek, a fizetett jogvédők csapatának és az Unió vezetőinek a terméke, ők csinálják ezt a menekültválságot. Kérdezem, van-e valaki a Bizottságban, vagy éppen a Néppártban, aki nyugodt szívvel azt meri mondani, hogy ez az otromba és mérgező politizálás nem veszélyezteti az Unió egészét. Aligha hiszem!

Tisztel Biztos Asszony, Ön fölolvasott egy hosszú listát, mégis engedje meg, hogy azt mondjam, az a benyomásom, hiányzik a bátorság, a politikai bátorság a Bizottságból, hogy szembenézzen a tényleges helyzettel. Örülnék, ha kiderülne, hogy tévedek! Köszönöm!

Zdzisław Krasnodębski, *w imieniu grupy ECR.* – Panie Przewodniczący! Troska o demokrację w Europie, o prawo, podstawowe wartości europejskie jest chwalebna. Obowiązkiem Parlamentu Europejskiego jest reagowanie na ich naruszanie w krajach będących członkami Unii. Jednak oceny i analizy sytuacji w poszczególnych krajach powinny być wyważone i oparte na faktach, nie mogą być ingerencją w demokratycznie podejmowane suwerenne decyzje tych krajów. Dlatego tak bardzo cieszy wyważone stanowisko Komisji Europejskiej.

Węgry były krytykowane w Parlamencie Europejskim za rzekomą próbę przywrócenia kary śmierci, ale nic takiego się nie zdarzyło, a rząd węgierski od samego początku zaprzeczał, że miał takie intencje. Krytykowanie rządu Węgier za to, że widzi powiązanie między zjawiskiem imigracji – masowej imigracji – a zagrożeniem dla bezpieczeństwa, jest absurdem w świetle tego, co stało się w Paryżu. Oskarżenie Węgrów o zamknięcie granicy, gdy zamierza się rozwiązać problem ochrony zewnętrznych granic UE rękami tureckimi, jest hipokryzją. Oskarżenia o populizm, nacjonalizm czy ksenofobię, rzucane bez dania racji, służą tylko jako broń polityczna przeciwko niewygodnym rządom lub partiom politycznym.

Szanując niemiecką *Willkommenskultur*, nie możemy się zgadzać na narzucanie jej wszystkim krajom Europy. Szanując różnorodność poglądów politycznych jako esencję demokracji, nie możemy zgodzić się na monopol poglądów lewicowo-liberalnych w Europie. Warto przypomnieć artykuł 3a traktatu lizbońskiego: „Unia szanuje równość państw członkowskich wobec Traktatów, jak również ich tożsamość narodową nierozerwalnie związaną z ich podstawowymi strukturami politycznymi i konstytucyjnymi. Szanuje podstawowe funkcje państwa, zwłaszcza funkcje mające na celu zapewnienie jego integralności terytorialnej".

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group.* – Mr President, contrary to the previous speaker, I do not think that this is about national culture or being left-wing or right-wing; that is rubbish. This is about the European Union being a community of values. This should be a space where every single European citizen can live in freedom, make choices for his or her life without having to fear the authorities.

The thing is, listening to the Commission – not just now but during all the years in the past – the Commission is taking a fairly narrow legalistic approach, and I understand that it does not have that many instruments to do anything else, but the Commission is only assessing whether there is a strict violation of European Union laws. But let us be fair – and I think the Commissioner would agree with me – if we look at the state of Hungary today, is it a place where people are free, happy citizens? No, because there is a government there that is fuelling xenophobia and homophobia, that is harassing the media, harassing NGOs, harassing the opposition – just yesterday 17 people from the opposition were arrested on charges of defamation – restricting free research, and I could go on and on.

Maybe we do not really have a legal instrument to tackle this but we need a political instrument because, quite frankly, I too, like most of my Hungarian colleagues probably, are tired of talking about Hungary. Soon we will be having similar debates about Poland. I have serious concerns about Poland as well. The Polish Government is saying: 'Oh, we think Mr Orbán is a perfect example to follow.' What has the new parliament done? It has fired five judges and immediately appointed new ones. That makes me really concerned about the independence of the judiciary.

So I do think that we need to move beyond monitoring the situation or silent diplomacy. I mean, Mr Timmermans' silent diplomacy is so silent that I do not even see him here today. I really hope that with all the Groups in this House we are going to elaborate the Democratic Governance Pact, which will serve to monitor and debate the situation in all Member States to ensure that we will have, or we will be, this community of values.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL***.** – Monsieur le Président, depuis mai 2010, la situation des droits de l'homme en Hongrie ne cesse de se dégrader. Ce Parlement a eu l'occasion d'en débattre et de voter des résolutions pour demander à la Commission d'agir.

Effectivement, la Hongrie n'est pas le seul État concerné, tous les États sont plus ou moins concernés par les violations des droits de l'homme, et il serait bien que les uns et les autres cessent leurs obsessions politiciennes.

Votre réponse, Madame la Commissaire, était longue, mais ne me satisfait pas. La commission est-elle vraiment gardienne de tous les articles du traité? Qu'en est-il du rôle du Parlement européen si notre résolution de juin dernier semble passer en pertes et profits? La charte des droits fondamentaux fait-elle vraiment partie intégrante des traités? Comment peut-elle sans cesse être bafouée sans réaction réelle de votre part?

Alors oui, les droits des migrants sont symboliques. Ils sont violés en Hongrie comme ailleurs, et notamment en France, mon pays. Mais je rappelle qu'en Hongrie, la police a désormais le droit de tirer sur les migrants.

Quand je vous entends, Madame la Commissaire, je suis triste. Je constate une fois encore que la Commission est plus efficace en matière d'économie: vous nous avez parlé d'aides d'État, d'augmentation des taxes, mais qu'en est-il des droits des personnes?

Vous attendez les décisions de justice, mais vous nous dites vous-même que la justice pose problème dans ce pays. Alors, il n'est plus temps d'écrire, il n'est plus temps de dire, il n'est plus temps de se préoccuper, il faut agir sans attendre que la peine de mort soit rétablie, comme vous venez de nous le dire.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie***.** — Mevrouw de commissaris, u zegt dat er genoeg verslagen zijn en dat er genoeg onderzoek is. We hebben niet meer mechanismen nodig en ik deel die opinie eigenlijk wel met u. Er is een heleboel bekend, maar er wordt niet naar gehandeld. U zegt ook bij de voorbeelden die u geeft: Viktor Orban heeft inderdaad gesproken over de doodstraf, maar de voorstellen zijn niet gematerialiseerd. Dat zou er nog eens bij moeten komen, zou ik willen zeggen. Maar is dat niet al een enorm probleem *an sich*, dat hier altijd maar over gepraat mag worden, dat het gesprek in Europa steeds harder wordt, dat iedereen als een soort van *disclaimer* zegt: ik wil de vluchtelingen niet met de terroristen vergelijken, maar …?

Ik heb mijn spreektekst weggegooid, want ik las vanavond *The Guardian* waarin Donald Tusk, de voorzitter van de Europese Raad, zegt dat iedere migrant die in Europa aankomt 18 maanden moet worden opgesloten, opdat wij de veiligheid in acht kunnen nemen, opdat wij kunnen kijken of die migrant niet eigenlijk een terrorist is. Voorzitter, mevrouw de commissaris, ik begrijp in het licht van dit soort debatten in Europa best dat u de ruimte niet heeft om een rechtsstatelijkheidsmechanisme in te zetten. Ik begrijp dat. Maar ik weet echt niet meer wat ik in dit Europees Parlement moet doen op een moment dat de voorzitter van de Europese Raad zegt: iedere migrant die binnenkomt, moet 18 maanden vastgezet worden. Natuurlijk krijgt u nooit de steun in de Raad voor een optreden richting Hongarije of voor een activiteit richting Polen, dat nu zijn rechters aan het ontslaan is, als de voorzitter van de Raad dit kan vinden en het niet weersproken blijft. Mevrouw de commissaris, eigenlijk wil ik maar één ding: ik wil dat wij vanavond hier de opmerking van Tusk dat vluchtelingen, migranten 18 maanden moeten worden opgesloten, dat we die hier met z'n allen terugnemen.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD***.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il governo ungherese ha adottato pratiche politiche, ha varato delle riforme, delle misure legislative, accusato di avere eroso il controllo democratico e di aver creato un regime sempre più autoritario. A essere minacciati sono i principi democratici, lo Stato di diritto e i diritti umani. La realtà è che nessuna forte azione è stata intrapresa, soprattutto a livello europeo, per reagire a quella che da più parti viene considerata una minaccia ai valori fondanti dell'Unione europea. Persino due giorni fa, è stata presentata da parte dei cittadini, è stata registrata sul sito della Commissione europea, un'iniziativa che chiede l'applicazione dell'articolo 7 del trattato sull'Unione europea. Occorre dunque dare un'adeguata risposta da parte dell'Unione europea, occorre dotarsi di un meccanismo di tutela dei diritti fondamentali che agisca a livello preventivo e non aspettare che ad esempio la pena di morte venga introdotta, per poi sanzionare uno Stato membro, altrimenti il rispetto dei diritti fondamentali sarà destinato a rimanere soltanto una dichiarazione di intenti.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ENF***.** – Monsieur le Président, une fois de plus, cet énième débat sur la Hongrie prend des tournures de lynchage à l'encontre du gouvernement de Viktor Orbán. Drôle de conception de la solidarité européenne dont vous nous rabattez pourtant les oreilles. Car, au fond, que reproche-t-on au chef du gouvernement hongrois? De respecter à la lettre les accords de Schengen? Ces accords prévoyaient la libre circulation à l'intérieur de l'Union européenne et je ne ferai pas grief aux pays de l'ex-Union soviétique d'en avoir été de fervents partisans. Mais en contrepartie, ces mêmes accords étaient censés garantir les frontières extérieures de l'Union européenne. Or, devant l'échec manifeste de Frontex, face à l'absence de volonté politique d'endiguer l'afflux sans précédent d'immigrés clandestins, M. Orbán fait ce que tous les responsables européens auraient dû faire, il protège son peuple de cette immigration massive et incontrôlée dont il a pu voir les conséquences en Europe occidentale: chômage de masse, communautarisme et, aujourd'hui, terrorisme.

Quand on voit ce qu'est devenue Bruxelles, aujourd'hui en état de siège, on comprend que Viktor Orbán veuille préserver Budapest de votre folie.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr, köszönöm a szót! Ismét az Európai Parlament napirendjén szerepel a magyarországi helyzet. Ha föltesszük a kérdést, hogy kellene-e javítani Magyarországon a jogállamiság és a demokrácia viszonyain, a válasz az, hogy igen. Két területet említek, az egyik az egyre nyíltabbá váló korrupció, a másik pedig a médiaviszonyok súlyos kiegyenlítetlensége. No de ilyen előfordul más országokban is. Miért pont Magyarország az, akivel szemben el akarják indítani azt az eljárást, ami akár a szavazati jog felfüggesztésével járna.

A válasz egyszerű: mert a magyar kormány a parlament és a lakosság nagy többségű támogatásával egy olyan bevándorlási politikát valósított meg, ami eltér attól, amit a Bizottság itt képvisel, meg a Parlament többsége, de eredményes. Megvédte a saját szuverén határait és ezzel együtt a schengeni határokat. És igen, a kvóta-rendszert helytelennek tartja, mert nem elosztani kell a bevándorlókat, hanem a bevándorlást meg kell akadályozni.

Kellene egységes közös európai migránspolitika? Kellene. De eredményes kellene. Ehhez pedig szembe kéne nézni azzal, hogy ez a szervezett bevándorlókkal való elözönlés ez egy háború része. És egyébként hadd tegyem hozzá: azért, mert egy ország, annak lakossága nem olyan táblákkal várja a bevándorlókat, hogy „Refugee welcome", attól még nem xenofób. Köszönöm!

Victor Boștinaru (S&D). – Mr President, I listened carefully to the Commissioner's speech, which lasted more than 15 minutes, on the long list of violations and the saga of the illiberal democracy of Viktor Orbán. My question is, what is enough for the EPP Group and what is enough, and when is it enough, for the European Commission?

Let me be clear from the outset that we have to distinguish between Orbán's dangerous behaviour and the Hungarian people. The choice of the present instrument, an oral question, is the result of a very mature and responsible debate within my political group which aims exactly at this: protecting Hungarian citizens and not penalising them for the severe infringements carried out by the Hungarian Prime Minister.

It is high time to understand how Parliament can be both offensive and effective against Viktor Orbán without falling into the trap of his extremist populist rhetoric. The time has come for the Commission to assume its responsibilities as outlined by the Treaties and to unmistakably identify and present the deficiencies and shortcomings in terms of rule of law and democracy registered by Orbán and his government, and to take action now.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, г-жо Комисар, колеги, днес за пореден път обсъждаме положението в Унгария, както правихме преди около половин година.

С оглед на всички останали безспорно тревожни теми според мен този дебат е напълно ненужен, той е едно хабене на време, хабене на усилия, с една-единствена цел - да се отправят поредни безсмислени критики към управлението на Виктор Орбан. Още по-малко подкрепям идеята да се подготвят много резолюции на тази тема. С какво тези резолюции ще са по-различни от тази, която беше предложена на 10 юни?

На 10 юни изискахме от Комисията да проведе наблюдение по отношение на положението с демокрацията, принципите на правовата държава и основните права в Унгария.

Да, всички страни членки трябва да спазват поетите задължения и да защитават основните права, но да, всички ние имаме право на мнение и право да изразим и защитим това мнение, но не бива да се намесваме в процедурата за наблюдение, тъй като тя не попада в компетенциите на този законодателен дом.

Според член 17 от Договора за Европейския съюз само и единствено Европейската комисия има компетенциите да проведе такова проучване и само тя има право да установи дали европейското право и трактати са били нарушени.

Уважаеми колеги, слушам тази дискусия от известно време и си мисля следното нещо: преди малко чух, че поведението на Виктор Орбан било опасно. Не, не мисля. Мисля, че поведението на тези, които не разбират какво се случва в Европа, е опасно.

Поведението на тези наши колеги, които не разбират, че ситуацията е крайно променена, че в момента се намираме във война и че тази война няма да свърши, ако ние не защитаваме своите ценности, своите национални държави. Останалото е губене на време, останалото до голяма степен, уважаеми колеги, са празни приказки и лицемерие.

Cecilia Wikström (ALDE). – Mr President, it is with great distress that we have witnessed the constantly worsening state of democracy and rule of law in Hungary over the past years. The freedom of the media has been curtailed through Fidesz-controlled media supervisors who have brought about fear and self-censorship. The court system has been politicised and the freedom of minorities is being trampled on by the Government.

This week we saw the arrest of a number of opposition politicians in Hungary, purely for having shared political criticism of Fidesz policies on Facebook. It was notable that, although these posts were shared by many individuals, the actions of the now Fidesz-run judiciary of Hungary targeted its attacks at active members of the political opposition.

I am usually a big fan – a supporter even – of the Commission, but I would say to the Commissioner that on Hungary, quite frankly, the Commission is nothing but pathetic in your inaction. You have done absolutely nothing with regard to Parliament's resolution adopted in June. You only offer words and hot air and not a single concrete political action. You are supposed to be the guardians of the treaties, not the guardians of oppressive governments. What are you waiting for? Does Mr Orbán have to turn into an exact copy of Mr Lukashenko before you wake up and smell the coffee? I find it appalling. Your inaction leaves a lot to be desired by citizens out there. Take action on this and do it now.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, el Gobierno del señor Orbán en Hungría está violando de manera sistemática los derechos humanos. Su propuesta de implantar la pena de muerte; el trato inhumano a los refugiados y refugiadas en las fronteras; la constante violencia contra los y las migrantes. Y aún no ha habido ninguna sanción contundente a este Estado miembro de la Unión Europea. ¿Por qué? Pues porque es uno de los suyos. Porque es del Partido Popular Europeo.

Porque estuvo hace unas pocas semanas en el Congreso del Partido Popular Europeo en Madrid junto al señor Mariano Rajoy, a la señora Merkel y hasta a Berlusconi. Y allí aplaudían ustedes su discurso xenófobo. Le amparan, le palmean, porque protegen a sus amigos y porque, en el fondo, en realidad, muchos, en el fondo, comparten su programa.

Benedek Jávor (Verts/ALE). – Köszönöm, Elnök Úr! Tisztelt Képviselőtársaim! Számtalanszor elmondtuk már, hogy a magyarországi demokratikus helyzetről szóló vita elsősorban nem Magyarországról szól, hanem Európáról. Arról, hogy ez az alapító atyák által megálmodott integráció egy szimpla gazdasági együttműködés, vagy egy olyan értékközösség, közösen elfogadott erkölcsi normákkal, a jogállamiságra vonatkozó elvárásokkal, amelyek betartását ki is kényszeríti a tagjaitól.

A Bizottság tehetetlensége és késlekedése az ezeket a közös értékeket következetesen és rendszerszinten megsértő magyar kormány kapcsán azokat erősíti, akik szívesen semmibe veszik ezeket az értékeket szerte Európában. Akik, mint Orbán Viktor, az EU-t nem tekintik többnek egy balek fejős tehénnél. Akik számára a közös Európa csupán egy bűnbak, amelynek a hátán politikailag felkapaszkodhatnak. A tehetetlenség látványa azonban ragadóssá teszi ezt a példát. Akik most késlekednek, vihart fognak aratni. Akik most nem cselekszenek, később már gyengék lesznek cselekedni. Később késő lesz, tisztelt Képviselő társaim!

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, here you go again. All for the rule of law, as long as it is your law. All for freedom, as long as it is the freedom to live within EU constraints. I saw disgraceful disrespect to the leader of a sovereign independent government when Mr Orbán came to Strasbourg. He was treated in an appalling manner and why? Because he dared to consult with his people about immigration, about law and order? Now he has upset you again by building a fence to keep out immigrants.

Well, you might not like it, but this is the elected government of a sovereign state. They should have the right to make their own laws. Any attempt to change the situation in Hungary would be a sinister EU regime change. The people of Hungary should follow the example of the people of the UK, regain their independence and freedom, and leave the EU.

Jean-François Jalkh (ENF). – Monsieur le Président, Madame le Commissaire, chers collègues, le 10 juin dernier, notre Parlement a adopté une proposition pseudo-moralisatrice pour dénoncer la volonté de renaissance politique initiée depuis maintenant cinq ans en Hongrie par M. Orbán.

Depuis cette date, le gouvernement hongrois a aggravé son cas aux yeux du politiquement correct bruxellois. Il a érigé avec succès une barrière dissuasive à la frontière de son pays, il a refusé le système des quotas qui dilue et pérennise l'invasion migratoire, il a fait école en animant une véritable résistance politique en Europe centrale, réunie dans le groupe de Visegrád, avec la Pologne, la République tchèque et la Slovaquie.

Contrairement aux vrais candides et aux faux naïfs qui peuplent notre assemblée – et je ne parle pas des hypocrites – M. Orbán n'a pas attendu les événements tragiques de Paris pour agir. Ses craintes étaient fondées puisque nous avons appris, il y a seulement quelques heures, que le cerveau présumé des attentats de Paris, Salah Abdeslam, de retour de Syrie, avait transité par la Hongrie et l'Autriche avant les attentats parisiens.

La volonté de M. Orbán de préserver la sécurité et les libertés des Hongrois vaut mieux que votre aveuglement coupable d'hier et votre molle politique sécuritaire brouillonne et inefficace d'aujourd'hui.

Merci à Budapest de donner à l'Europe des peuples comme à celle des oligarchies des leçons de lucidité et de bonne gouvernance.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, σύντομα θα κληθούμε να πιέσουμε την Ευρωπαϊκή Επιτροπή να επιβάλει μέτρα κατά της Ουγγαρίας επειδή αυτή έχει κατηγορηθεί ότι παραβιάζει θεμελιώδεις αρχές της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, του κράτους δικαίου και της δημοκρατίας. Και όλα αυτά, γιατί ως ανεξάρτητο και κυρίαρχο κράτος, έλαβε μία απόφαση η οποία δεν άρεσε σε ορισμένους κύκλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Η όλη υπόθεση, μεθόδευση, και διαδικασία, πέραν των σκοπιμοτήτων που εξυπηρετεί, δείχνει και το μέγεθος της υποκρισίας που διακατέχει την Ευρωπαϊκή Ένωση. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο δείχνει ευαισθησία για κάποιες πιθανές παραβιάσεις αρχών δημοκρατίας και κράτους δικαίου από την Ουγγαρία και αδιαφορεί προκλητικά όταν οι παραβιάσεις αυτές συμβαίνουν με τρόπο που δεν επιδέχεται αμφισβήτηση στην Ελλάδα.

Πόσες φορές, τόσο εγώ προσωπικά, όσο και άλλοι συνάδελφοί μου ευρωβουλευτές της 'Χρυσής Αυγής', είχαμε καταγγείλει την τότε ελληνική κυβέρνηση η οποία, χωρίς λόγο και παράνομα, φυλάκισε τον αρχηγό, βουλευτές και μέλη του κόμματός μας, της τρίτης πολιτικής δυνάμεως της χώρας; Πότε έδειξε ευαισθησία το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για τις δολοφονίες των δύο νεαρών οπαδών του κόμματός μας, του Γιώργου Φουντούλη και του Μάνου Καπελώνη, και ζήτησε με την ίδια ζέση να συλληφθούν οι δολοφόνοι τους που μέχρι τώρα κυκλοφορούν ελεύθεροι εδώ και δύο χρόνια; Πότε συγκινήθηκε το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και ζήτησε να ληφθούν μέτρα όταν τα επαχθή μέτρα του μνημονίου εξαθλίωσαν τον ελληνικό λαό;

Τώρα μας ζητάτε να συναινέσουμε σε μία συμπαιγνία εναντίον ενός κυρίαρχου κράτους…

(Ο πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). – Senhor Presidente, acompanhamos hoje, seis meses depois de as discutirmos, muitas das considerações avançadas, tal como a preocupação e a condenação às intenções manifestadas de recuperar a pena de morte ou a discriminação e perseguição à imigração, a par dos muros da vergonha na Hungria, mas também os Estados-Membros da União Europeia, que se começam a replicar.

Não aceitamos, contudo, que - a pretexto da crise humanitária, dos abusos autoritários e antidemocráticos - em qualquer país se verifiquem, se cavalgue a democracia e se formalize a ingerência. Mantemo-nos contra o conjunto inaceitável de propostas que então e agora se pretendem implementar, em particular a inadmissível proposta de criar um autêntico *ranking* da democracia do Estado de direito e dos direitos fundamentais, até porque não reconhecemos à União Europeia, nem à Comissão Europeia, a legitimidade para o fazer, porque sabemos que o seu conceito de democracia difere consoante os seus interesses. Esta seria uma ferramenta da Comissão sobre os Estados-Membros cujas consequências só podem resultar em maior intervenção e ingerência.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, ¿qué es esto? ¿Un debate sobre Hungría? No. Es un debate sobre la situación en Hungría de la mano del Gobierno de Viktor Orbán —de la familia del Partido Popular Europeo—, instalado en una retórica nacionalista extrema y, además, agresivamente antieuropeo —rayano en la eurofobia—, que habla de la pena de muerte, levanta muros. Y, por tanto, es un debate que alcanza a toda Europa y afecta a toda Europa en la peor crisis de su historia.

Desafía los criterios de Copenhague, que no solamente se exigen cuando se ingresa en el club, sino cuando se permanece en el club. Y exigen, por tanto, una acción europea de este Parlamento Europeo y de la Comisión Europea. Y la Comisión Europea se muestra incapaz incluso de poner en marcha el mecanismo del Estado de Derecho para evaluar la falta de calidad democrática, de respeto de los derechos de las minorías, de la independencia judicial y del derecho al juez predeterminado por la ley en Hungría, como clamorosamente pone de manifiesto una iniciativa ciudadana registrada el 30 de noviembre que exige la aplicación del artículo 7.

Comisaria, convenza al Colegio de Comisarios, señora Jourová, para que la Comisión haga algo para defender los valores europeos puestos en crisis más gravemente que nunca de la mano del Gobierno de Viktor Orbán en Hungría.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki***.** – Panie Pośle! Panie Ministrze! Czy Pan sobie zdaje sprawę z tego, że artykuł 2 ustęp 2 Karty praw podstawowych zakazuje orzekania i wykonywania kary śmierci, a nie zmusza rządy do tego, żeby blokowały dyskusję.

A jeżeli mówimy o Karcie praw podstawowych, to może warto, żeby Pan sobie przypomniał, czy Pana rząd respektował prawa rodziców, które są gwarantowane w Karcie praw podstawowych, do wychowywania dzieci zgodnie z własnymi przekonaniami moralnymi. Ja widziałem w Hiszpanii, jak wtedy społeczeństwo hiszpańskie reagowało, więc naprawdę zachęcam: trochę więcej skromności.

Presidente. – Cartellino Blu, onorevole Jurek. Il cartellino blu serve per fare delle domande. No, no, non è una domanda, è una Sua considerazione, la domanda non l'ha posta. Onorevole López, non è una domanda quella che Lei ha formulato. Comunque, onorevole López.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *respuesta de «tarjeta azul»***.** – Señor Presidente, claro, no he escuchado ninguna pregunta porque no la ha habido. He escuchado una mención a un artículo del Tratado de la Unión Europea que debe ser leído con todos los demás, particularmente en la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea.

Dígale al Gobierno de Viktor Orbán -por si no se ha enterado- que formar parte de la Unión Europea significa formar parte de un espacio sin pena de muerte y, por tanto, cualquiera que introduzca ese asunto en el debate tendrá que responder ante toda Europa. Una conquista de la civilización del Derecho y de las libertades que debe ser preservada activamente por la guardiana de los Tratados, que es la Comisión. Por eso debatimos. Cuando un gobernante de la Unión Europea se atreve a hablar de la reinstauración de la pena de muerte como un objeto de debate está faltándole al respeto al contrato que adquirió cuando pasó a formar parte de la Unión Europea.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ringrazio anche la Commissaria Jourová per la sua relazione, ma tuttora ci preoccupa la situazione in Ungheria così come la situazione di quei paesi nei quali le misure adottate dai governi possono comportare una palese violazione dei diritti fondamentali e di quei valori, come il rispetto della dignità umana, della democrazia, dell'eguaglianza, sui quali si fonda l'Unione europea. E questo anche nei confronti dei cittadini di quegli stessi paesi, che peraltro al momento dell'adesione all'Europa hanno creduto nel modello di democrazia e di difesa dei diritti che l'Unione rappresenta. Ci aspettiamo tutti, quindi, che la Commissione europea, in quanto custode dei Trattati, svolga un monitoraggio accurato e costante per il mantenimento dello Stato di diritto in tutti gli Stati membri e ci aspettiamo che la Commissione affronti la questione dei diritti nella sua totalità e non in maniera parcellizzata, esercitando così il proprio ruolo in ambito europeo in modo incisivo ed efficace.

Kati Piri (S&D). – Kedves Magyar Polgárok! Ne higgyenek el mindent, amit Önöknek mondanak. Igaz, hogy Hollandiát képviselem ebben a Parlamentben, nyíltan mondom, hogy nagyon is büszke vagyok rá, hogy magyar származású vagyok. Minden fideszes képviselőnek üzenem: én nem bosszúból beszélek ma este a magyar helyzetről.

Viszont európaiként ki kell állni az európai elvek mellett. Ha az EU adófizetőinek pénzét teszik zsebre Orbán és haverjai, akkor igenis jogos, hogy számon kérjük a Fidesz-kormánytól. Ha Schengent valóban fent akarják tartani, tudniuk kell, hogy ez egy értékközösség is, nem csak érdekekről szól. A magyar kormány ezeket az értékeket régóta semmibe veszi, és ezzel a magyar emberek érdeke ellen is dolgozik. Köszönöm szépen!

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D). – Herr Präsident! Angesichts der langen Liste gravierender Probleme, Frau Jourová, ist für mich die Entscheidung der Kommission, im Falle Ungarns nicht einmal die erste Stufe des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu aktivieren, nicht nachvollziehbar. Wann will man denn endlich ein schärferes Auge auf die Aktivitäten der Regierung Orbán richten? Will man allen Ernstes weiter so lasch agieren, wenn diese Regierung die gemeinsamen europäischen Werte in Frage stellt und ihnen hohnspricht?

Diese Frage ist mir immer wieder – auch in meinem Wahlkreis in Berlin – gestellt worden. Die Bürgerinnen und Bürger fragen zutiefst besorgt, und sie fragen dies gerade, weil sie wissen, wie viel wir Deutsche, wie viel wir Berlinerinnen und Berliner Ungarn zu verdanken haben. Und dass diese Besorgnis offensichtlich auch in der Zivilgesellschaft in vielen unserer Mitgliedstaaten großen Widerhall findet, zeigt die gerade gestartete europäische Bürgerinitiative *Wake Up Europe*. Sie fordert von der Kommission, Artikel 7 gegen Ungarn einzuleiten, und ich denke, das ist ein klares Zeichen, dass von uns ein deutliches Handeln verlangt wird und dass wir nicht weiter wegsehen sollten.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Janusz Korwin-Mikke (NI), *blue-card question***.** – How would you stop Mr Orbán? By sending in the Red Army?

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"***.** – Das ist ja wirklich eine ganz unsinnige Frage. Sie erwarten doch von mir nicht, dass ich mit Ja antworte. Es ist völlig klar, dass wir im Vertrag verankerte gemeinsame europäische Werte haben. Die Liste der Probleme, die Frau Jourová vorgetragen hat, ist sehr lang, und sie betrifft zahlreiche Politikbereiche. Wir haben alle allen Grund, uns Sorgen über die Entwicklung in Ungarn zu machen. Die Verantwortung dafür trägt die Regierung. Und die Regierung muss sich bitte auch der Kritik aus diesem Haus und anderen europäischen Institutionen und auch der Zivilgesellschaft stellen. Das sind wir der gemeinsamen Entwicklung dieses europäischen Hauses schuldig!

Interventi su richiesta

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já se vyjádřím k části, která se týká samozřejmě Maďarska, i když do jisté míry souhlasím s tím, že i některé další členské státy by zasloužily pozornost. V tom má myslím nepochybně kolegyně Hohlmeierová pravdu. Ale pokud zkoumáme ústavní reformy, které byly provedeny v Maďarsku, tak byť jsem člen PPE zde v Parlamentu, tak nemohu zastírat to, že budí rozpaky. Budí rozpaky už proto, že Maďarsko byla první země, která byla podřízena monitoringu ze strany Rady Evropy. Byla to první členská země EU. Já jsem byl v té době členem Rady Evropy, takže vím, o čem mluvím. A je třeba nezastírat, že ty ústavní reformy, které byly provedeny v minulých dvou nebo třech letech, tak skutečně jsou podle mého názoru za hranou přijatelnosti z pohledu evropských pravidel, evropských hodnot.

Tibor Szanyi (S&D). – Köszönöm a lehetőséget, Elnök Úr! Végighallgatva ezt a vitát, egy picit megdöbbentem, mert végül is a tárgy maga az az volt, hogy a Bizottság miként értékeli a kialakult magyar helyzetet, és a legtöbb felszólaló mégiscsak a menekültek ügyét vette elő.

Valóban rengeteg, több százezer menekült szenvedett az elmúlt hónapokban a magyar kormány különböző intézkedései miatt, de én magyar képviselőként leginkább azért aggódom, hogy magyar emberek milliói szenvednek immár évek óta.

És csak nagyon gyorsan három dolgot szeretnék mondani. El tudják Önök képzelni, hogy egy nemzetközi sajtócsoportot, forgatócsoportot kidobnak a Magyar Országgyűlésből, a miniszterelnök és a NATO főtitkár sajtótájékoztatóján, mert nem voltak kifejezetten oda hívva? Vagy az, hogy Magyarországon európai forrásokból származó szerződésekhez csak akkor lehet jutni, hogyha valaki a miniszterelnöknek valamilyen rokona, vagy legalábbis egy olyan konzorciumot alakít, amiben miniszterelnöki rokonnak lennie kell?

Hölgyeim és Uraim! Itt most már nem Orbán Viktor világáról van szó, itt Orwell világáról van szó.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε πρόεδρε, το τεράστιο προσφυγικό κύμα που πλήττει την Ευρωπαϊκή Ένωση ανέδειξε τις ενδογενείς αντιφάσεις της. Οι ηγέτες της άρχισαν έναν «σκυλοκαβγά» μια και κανένας δεν ήθελε να αναλάβει τις ευθύνες του. Όμως, το κλείσιμο των συνόρων δεν πρόκειται να μειώσει τις προσφυγικές ροές που η ίδια η πολιτική της Δύσης έχει προκαλέσει. Γιατί είναι η Δύση που με τις επεμβάσεις της δημιούργησε την εκρηκτική αυτή κατάσταση στη Συρία, το Ιράκ, τη Λιβύη και το Αφγανιστάν.

Το κλείσιμο των συνόρων διοχετεύει τις ροές αλλού. Μετά λοιπόν την Ουγγαρία, έκλεισαν τα σύνορά τους η Σλοβενία, η Αυστρία αλλά και η Γερμανία. Έτσι εγκλώβισαν χιλιάδες πρόσφυγες στον ευρωπαϊκό Νότο και ειδικότερα στην Ελλάδα. Σύμφωνα με την απόφαση της 23ης Σεπτεμβρίου, οι ηγέτες αποφάσισαν ρήτρα κατανομής προσφύγων με βάση την έκταση, τον πληθυσμό και το ΑΕΠ της χώρας. Έτσι, στην Ελλάδα αντιστοιχεί φιλοξενία 11.000 προσφύγων και όχι 50.000, που εντελώς εσφαλμένα δέχθηκε ο κύριος Τσίπρας. Κι όμως, παρ' όλα αυτά, «τα ακούσαμε και από πάνω» με την έντονη κριτική των 'δήθεν' ευρωπαϊστών που το μόνο που τους ενδιαφέρει είναι μην τυχόν και οι δυστυχείς πρόσφυγες της Συρίας τους χαλάσουν την ησυχία.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, gdje su sada naši prijatelji iz Europske pučke stranke? Nema nikoga ovdje. Ne zanima ih Mađarska? Stanje u Mađarskoj? Ili možda ti naši prijatelji nemaju nikakvog argumenta pa ih onda zato nema ovdje i ne žele sudjelovati u ovoj raspravi?

Gospođo povjerenice, nabrojali ste toliko toga da se pitam je li ta zemlja uopće članica Europske unije. Bi li netko tko ima sve te probleme koje ste nabrojali: pitanje pravosuđa, slobode medija, odnosa prema Romima, slobode kretanja kapitala, državnih potpora – bi li takva zemlja mogla postati članica Europske unije? Mi zaista imamo ozbiljan problem unutar nas samih. Možda čak Mađarska nije više izolirani slučaj. I vjerujem da će ova Komisija zaista poduzeti sve da se sve ono što se dešava u Mađarskoj napokon pokuša srediti. Inače će trebati zaista članak 7. aktivirati do kraja.

(Fine degli interventi su richiesta)

Věra Jourová, *Member of the Commission***.** – Mr President, due to the fact that my speech at the beginning was really quite long and I enumerated all the problems which we are addressing using the instruments we have in hand, I only want now to repeat that we are monitoring closely not only Hungary, but also other Member States.

When we see, based on an objective, thorough assessment, that there is a systematic breach of the Treaty, we will act using Article 7. Up till now we have been using the instruments which we have for the problems which I enumerated in my speech.

This does not mean that I did not follow very closely what you have said and all your arguments, and I can only, on behalf of the Commission, confirm here that Hungary will be at the centre of our attention, as well as other Member States where we see similar problems, because one of the principles which we have to keep to is equal treatment towards Member States. Let me thank you for the discussion.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà nel corso della prossima tornata.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Mario Borghezio (ENF), *per iscritto***.** – Trovo questo dibattito alquanto superfluo, almeno adesso. Si chiede un aggiornamento del monitoraggio dello Stato di diritto, di democrazia, dei diritti umani o la violazione degli stessi in Ungheria a seguito delle dichiarazioni rilasciate mesi orsono dal Presidente Orban, discutibili certo, ma in questo momento storico non necessario. Si parla di esasperazione dello stato di democrazia e di minaccia sistematica allo Stato di diritto. Bene, io sposto l'argomento su quanto invece ha fatto Orban per tutelare il suo paese: una vera difesa dei confini e, di conseguenza, del suo popolo. Bene ha fatto Orban a lanciare una consultazione pubblica, democratica, sull'immigrazione mettendo anche in relazione il fenomeno migratorio e il terrorismo: alla luce di quanto accaduto solo qualche settimana fa, ci aveva visto giusto. Consultazioni che accusano le politiche europee: non si dice che l'Europa deve fare di più e che alcune politiche sono sbagliate? Valuto le 12 domande poste nel questionario assolutamente legittime, pertinenti e lungimiranti. Ci si lava la bocca parlando di democrazia e di coinvolgere il popolo attraverso i referendum consultivi, ma è lecito domandarsi cosa abbia mai fatto il Presidente ungherese. Un Presidente così sarebbe necessario anche in Italia! Bravo Presidente Orban!

István Ujhelyi (S&D), *írásban***.** – Büszke magyarként és európai demokrataként soha nem fogom támogatni, hogy Magyarországgal szemben bármilyen olyan szankciót vezessenek be az aktuális kormány működése miatt, amely sérti a magyar nemzet érdekeit. Orbán Viktor ugyanis nem egyenlő a magyar nemzettel. Van azonban, ami nem maradhat retorzió nélkül. Magyarországon a közösből felhasznált uniós források szinte egésze a kormányközeli klientúra felhizlalását szolgálja. Méghozzá következmények nélkül.

Engedjék meg, hogy röviden idézzek a néppárti Fidesz korábbi európai parlamenti választási programjából. Ebben így fogalmaznak: „Az Európai Uniónak jelenleg a gyengeségei közé tartozik, hogy nehezen tud a saját maga által vallott értékeknek és elveknek érvényt szerezni (…) Ennek oka leginkább abban keresendő, hogy az unió intézményei félnek beavatkozni egy-egy kormány belügyeibe. A Fidesznek ugyanakkor meggyőződése, hogy közös értékeink és elveink érvényre juttatását nem lehet mérlegelés tárgyává tenni. Fel kell tehát ruházni az Európai Uniót olyan eszközökkel, hogy tagjait folyamatosan az értékek képviseletére és az alapelvek betartására késztesse; enélkül nincs erős Európa (…) Ellentmondás, ha elvárjuk az uniótól, hogy vegye rá a normakövetésre a tagállamok kormányait, de vonakodunk attól, hogy ehhez a szuverenitásunkat esetleg csorbító felhatalmazást adjunk." A Fidesznek igaza volt, még ha ma már ennek ellenkezőjét is mondja. Ideje lenni tenni is valamit, amíg nem lesz késő.

18. Schutz des Nationalparks Virunga in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sull'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione su «Protezione del parco nazionale di Virunga nella Repubblica democratica del Congo» di Linda McAvan, a nome della commissione DEVE (O-000108/2015 - B8-1111/2015) (2015/2728(RSP)).

Paavo Väyrynen, *deputising for the author.* – Mr President, the oral question was adopted by the Committee on Development on 22 September 2015, together with a winding-up resolution on the protection of the Virunga National Park in the Democratic Republic of the Congo (DRC). I am very pleased to present it on behalf of the Committee.

This debate on the protection of Virunga National Park in the North Kivu province of the DRC comes at a critical time, as just three days ago, on Sunday night, the Ugandan rebels of allied democratic forces attacked a military headquarters of the Congolese army in Eringeti and the city itself in the territory of Beni, close to the northern border of the park. This illustrates the violence and insecurity in the whole region of eastern DRC and particularly in the North Kivu province, where the park is located.

On Monday, the Committee on Development organised a joint hearing with the Subcommittee on Security and Defence on the links between development and security. Yesterday, the Committee received the High Representative/Vice-President of the Commission, Mrs Mogherini, who again stressed the link between development and security.

I would also like to stress here, in this debate on the protection of the Virunga National Park, the link between development, ecology and security. The resolution that we will vote on in Strasbourg in two weeks' time stresses the absolute need to protect the Virunga National Park, a UNESCO World Heritage Site. It stresses that irreversible damage to the Virunga National Park could occur as the result of exploration and exploitation of oil or other activities.

Currently, fishing in Lake Edward generates an estimated USD 30 million per year to the benefit of the local communities which live near the park. This figure is projected to double as a result of sustainable fisheries created by the Virunga Alliance, the park's clean energy initiative. Mountain gorilla tourism alone could generate USD 38 million per year and create thousands of jobs. I think we should do more to protect local communities, as well as the endangered species in the park, such as the mountain gorillas and okapi. I recall that oil exploration and exploitation are not compatible with UNESCO World Heritage status.

The message of our resolution is very clear. We call on the Commission and the Member States to further address the root causes of armed conflicts and corruption and to support sustainable development and peace-building strategies in the park and the surrounding region. We also urge the Commission, the Member States, the DRC and any oil company interested in drilling for oil to protect the current boundaries and the neighbouring areas of the Virunga National Park from the exploitation of fossil fuels.

Věra Jourová, *Member of the Commission***.** – Mr President, I am grateful to the honourable Member for bringing Parliament's attention to the situation in Virunga National Park. Virunga illustrates the multi-dimensional challenges faced in the Great Lakes region, where peace-building, stabilisation and state-building need to go hand in hand.

Virunga is a unique World Heritage Site. Sadly, it is also a dangerous place to work and a difficult place to protect. A group of courageous and dedicated individuals have sacrificed their safety and sometimes their lives in the cause of conservation. They deserve our respect and appreciation.

The EU must remind partners, including the Democratic Republic of Congo (DRC), of their duties under international agreements, including those which relate to natural resources. At the same time, we recognise the importance of taking into account the needs and the economic aspirations of local populations. This is an important focus within our development assistance to the DRC, designed to incentivise environmental protection and alternatives to illegal activities within parks.

The honourable Member rightly draws attention to an important human rights dimension among the challenges faced by Virunga: serious crimes, including sexual violence and violence against children, stem from conflicts with and between armed groups. Sadly, Virunga is not alone in this respect. Predation by armed groups on the resources of other DRC national parks such as Garamba, the scene of illegal activities by the Lord's Resistance Army (LRA) and groups from as far afield as Sudan, also needs to be urgently addressed. Supporting human rights defenders and civil society around the park needs to remain a priority for the EU.

Our overall approach to Virunga recognises not only the need to protect the park but also to encourage legitimate development. Virunga produces significant renewable and sustainable products and services, including managed fisheries, hydro-electricity and agriculture, and it ensures food security to millions of people.

One goal of our financial support has been to support priority actions defined by mutual agreement with the Government of DRC. We have used European Development Fund and budget resources to boost an ambitious development programme, the 'Alliance Virunga'.

Under the 10th European Development Fund, the EU supported Virunga with around EUR 10 million. Under the 11th EDF, EUR 40 million is available, triggering other donors to add their resources and, in particular, substantial private funds from the Buffett Foundation.

This support needs to be seen in the broader context of EU support to DRC national conservation policies and management of forests and biodiversity. The regional programme on management of fragile ecosystems of Central Africa (ECOFAC), also supported by the EU, has funded complementary actions. And the Global Climate Change Alliance was allocated EUR 14 million under the Environment budget line for mitigation actions in the region.

Finally, environment and sustainable agriculture is an area of concentration in the 11th EDF, with EUR 120 million allocated across the Democratic Republic of Congo. The impact on the populations living in the vicinity of protected areas will be a key issue in the programme.

I would like now to turn to the remaining specific issues raised by the honourable Member in her question. The first of these concerns the diplomatic response. In partnership with the Member States and other donors present in the DRC, the EU conveys messages on the protection of the park and other World Heritage Sites. Virunga has been raised in meetings with President Kabila and Prime Minister Matata by high-level EU representatives including Commission Vice-President Sefčovič and Commissioner Mimica as well, of course, as the Head of the EU Delegation to the DRC and other EU Heads of Mission. The EU has participated in joint initiatives, including a joint letter to the Prime Minister, expressing concern about oil exploration in Virunga, which was sent earlier this year.

Recognising the integrity of the park is an essential part of the EU position: Lake Edward is part of the 'universal value' that grants Virunga World Heritage status, and oil exploration and exploitation are incompatible with the UNESCO Convention.

The question also mentions how the EU can help the DRC Government address armed conflicts and support sustainable development and peace-building. The EU supports the Addis Ababa Peace Security and Cooperation Framework, the principal international agreement focused on peace and stabilisation in the Great Lakes region. This is the only viable roadmap for long-term peace and security in the region. More specifically, the EU assists the DRC in addressing insecurity in Virunga and the surrounding area, and the EU is active in the justice and security sector reform processes.

To give one example, an EU-funded expert has trained the judicial authorities in ballistics examination. This was done in the framework of Investment contributing to Stability and Peace (IcSP) funded projects in support of military justice. Such expertise has been applied in the investigation into the shooting of the Director of Virunga National Park. The EU also supports conflict resolution initiatives through its Instrument contributing to Stability and Peace. Thus, the IcSP has funded two relevant projects: the 'security and stabilisation of cross-border areas of the Central Albertine Rift' and 'Strengthening of government institutions in management of protected areas'.

The honourable Member also drew attention to the OECD Guidelines for Multinational Enterprises and the United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights. The UN Guiding Principles are a framework conducive to responsible business, forming part of our Strategy on Corporate Social Responsibility. An EU Staff Working Document sets out the EU's activities in implementing the guidelines and promoting progress in business and human rights. And, of course, the OECD Guidelines for Multinational Enterprises is also a building block of the Strategy on Corporate Social Responsibility.

More broadly, on natural resources, I would also recall the EU engagement on responsible sourcing of tin, tungsten, tantalum and gold originating from conflict-affected and high-risk areas and, in particular, the EU financial support to the International Conference on the Great Lakes Region (ICGLR) initiative on natural resources.

Finally, a word on the strategic environmental assessment of oil exploration and exploitation in the Northern Albertine Rift. The EU and other partners encourage the DRC to wait for the results of the Sustainable Environment Assessment (SEA) before any decision on oil exploration or exploitation is made. For the SEA to be a real decision-making tool, it will be essential to ensure the maximum level of professionalism and transparency in the award of the contract for the next phase. That includes sufficient ownership by the Ministry of the Environment in agreeing the Terms of Reference.

I have tried to address the different aspects of this question. However, I wish to end on a broader conclusion. Ensuring a viable future for parks and protected areas in the DRC means addressing both the root causes of conflict and the root causes of illegal activity. It also means working on state-building, because in the long term only effective governance by the DRC itself will ensure the protection of the parks and their development for sustainable activities. For this reason, the EU's ongoing focus on security sector reform, governance, anti-corruption and public financial management in the DRC remains as important as the specific support we have given and will continue to give to Virunga.

Also, of course, I cannot ignore the importance of democracy and accountability to the DRC's stability. The EU will continue to recall the constitutional obligations and the need for a rapid consensus on the electoral cycle between now and November 2016.

Joachim Zeller, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Virunga-Nationalpark am Edwardsee, im Osten der demokratischen Republik Kongo, ist das älteste Naturreservat in Afrika. Berühmt durch seine große Vielfalt an selten gewordenen Pflanzen und Tierarten, vor allem aber, weil er die letzte größere Population an Berggorillas aufweist. Ungefähr 400 dieser imposanten Tiere leben noch in den Bergwäldern der Virunga-Vulkane.

Der Virunga-Nationalpark, der zum Weltnaturerbe gehört, ist aber auch eines der am meisten bedrohten Naturparadiese. In der Umgebung des Parks und auf seinem Gebiet gibt es eine stark anwachsende Bevölkerung. Viele Menschen, die vor dem Genozid in Ruanda geflohen sind, halten sich dort noch auf. Aber marodierende Milizen und Rebellengruppen drangsalieren die Bevölkerung, töten und vergewaltigen die Menschen. Es wird gewildert und wertvolles Holz illegal eingeschlagen. Die größte Bedrohung erfährt dieses einzigartige Naturparadies, zu dessen Schutz sich die Regierung der DR Kongo einst verpflichtet hat, aber dadurch, dass eben diese Regierung der DR Kongo Förderkonzessionen an internationale Energiekonzerne vergibt, da dort im Bereich des Edwardsees Ölvorkommen vermutet werden.

Zwar hat die Firma Total – und vor wenigen Tagen auf internationalen Druck auch die in London ansässige Firma SOCO International – ihre Schürfrechte zurückgegeben, allerdings hält die DR Kongo den Anspruch aufrecht, in diesem Gebiet weiter nach Öl suchen und dort fördern zu lassen. Es wird aber nicht nur Jagd auf die Tiere und die Naturreichtümer des Parks gemacht – in den letzten 20 Jahren mussten auch bereits 140 der Parkschützer den Dienst zur Bewahrung des Parks mit ihrem Leben bezahlen. Die Park Ranger bedürfen unserer dringenden Unterstützung, finanziell und materiell, denn sie üben ihren gefährlichen Dienst für den Erhalt dieses Naturdenkmals für die ganze Menschheit aus. Dazu gehört aber auch, dass keine Rohstoffe aus illegalem Abbau aus diesem Gebiet in die EU eingeführt werden dürfen, auch keine Produkte, die Materialien enthalten, die aus illegalem Abbau stammen oder durch Zwangsarbeit gefördert wurden.

Und es muss Druck ausgeübt werden auf die Regierungen des Kongo und auch von Uganda, dass sie den von ihnen vertraglich zugesicherten Schutz des Weltnaturerbes gewährleisten. Dafür sollten sie unsere Hilfe bei der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder erfahren. Danke!

Maria Arena, *au nom du groupe S&D***.** – Monsieur le Président, le parc des Virunga, on l'a dit, est classé patrimoine de l'Unesco depuis 1979. Ce patrimoine mondial est aujourd'hui menacé. Il est menacé par l'exploration en vue de l'exploitation du pétrole, du gaz, mais aussi des minerais – des richesses qui, on le sait, dans cette région, alimentent toutes les convoitises, qui vont des multinationales aux milices et aux groupes armés, ainsi qu'au niveau local.

Le contexte sécuritaire est également très tendu actuellement en République démocratique du Congo – vous l'avez dit, Madame la Commissaire – à la veille des élections, et dans le parc des Virunga, on l'a dit, plus de 140 personnes y travaillant ont déjà été assassinées.

Et donc, encore une fois, les intérêts économiques, où qu'ils soient, priment sur la protection de la nature, de l'environnement, voire sur des vies entières en République démocratique du Congo.

La résolution pose un certain nombre de questions:

La première, comment encourager le gouvernement congolais à respecter ces richesses?

La deuxième, comment garantir que les entreprises multinationales européennes actives dans des régions fragiles respectent les principes directeurs des Nations unies relatifs aux entreprises et aux droits de l'homme?

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie***.** – SOCO is een Brits oliebedrijf dat in Virunga National Park naar olie wil boren en hieruit blijkt dat er geen afdoende Europese regels zijn om een Europees bedrijf ervan te weerhouden enorme schade te berokkenen in een natuurgebied dat door Unesco erkend is en dat een uitvalsbasis is, ook voor de lokale bevolking, en waar nog toerisme plaats kan vinden ook. Het laat zien dat wij niet genoeg doen.

U kunt zeggen dat het natuurlijk vooral ligt aan het feit dat Congo een mislukte staat is. Dat is zo. Maar het is ook opnieuw een illustratie van de grondstoffenvloek en daaraan zouden wij meer kunnen doen. U noemde zelf ook al de wetgeving inzake conflictmineralen. Die gaat niet over olie. Die gaat over mineralen, maar dan nog, die ligt in Europa voor. De Europese Commissie heeft slechts een voorstel voor vrijwillige certificering gedaan. Dat kan een stuk harder. Ik denk dat de oplossing voor dit soort grondstoffenvloeken is: echte harde wetgeving.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Park Narodowy Wirunga w Demokratycznej Republice Konga to jeden z najbardziej znanych parków w Afryce, wpisany na Listę Światowego Dziedzictwa Unesco. Nieodwracalne szkody dla fauny i flory parku mogą nastąpić w wyniku poszukiwania i wydobycia ropy naftowej, o czym już tu powiedziano. Ponad 80% obszaru parku jest objęte koncesjami na poszukiwanie węglowodorów. Obawy wzbudza fakt, iż przyznawanie koncesji następuje z naruszeniem konwencji międzynarodowych, których Demokratyczna Republika Konga jest sygnatariuszem, a także samego prawa kongijskiego. W dodatku system prawny tego kraju, w oparciu o który odbywa się eksploatacja złóż ropy, jest nieskuteczny. Podejmowane są próby deklasyfikacji części lub całości parku.

Park Wirunga jest także jednym z najniebezpieczniejszych miejsc na świecie: od ponad 20 lat trwa tam konflikt zbrojny między oddziałami rebeliantów a siłami rządowymi, w związku z tym skuteczna ochrona przyrody na tym obszarze jest znacznie utrudniona, a życie pracowników zagrożone. Tylko w ciągu ostatnich 10 lat ponad 240 strażników, o których wspominał mój kolega Zeller, straciło życie, pełniąc swoją służbę. Na terenie parku systematycznie dochodzi do poważnych naruszeń praw człowieka: partyzanci dopuszczają się morderstw, gwałtów na ludności zamieszkującej park, a także niszczą ich wsie.

Unia Europejska powinna wspierać władze Konga w reformie prawa geologicznego, tak aby prawo to w sposób skuteczny zapewniało ochronę unikatowej fauny i flory, a także by inwestorzy chcący prowadzić na terenie Demokratycznej Republiki Konga działalność działali zgodnie z normami krajowymi i międzynarodowymi. Społeczność międzynarodowa powinna wesprzeć ten kraj w działaniach na rzecz zakończenia konfliktu na terenie parku, a także uniemożliwić finansowanie grup rebelianckich z handlu ropą. Kluczowe jest zapewnienie bezpieczeństwa rodzinom, strażnikom tego parku, a także ludności tam zamieszkującej.

Interventi su richiesta

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, το Εθνικό Πάρκο Βιρούγκα της Λαϊκής Δημοκρατίας του Κονγκό θεωρείται ένα από τα σπουδαιότερα πάρκα σε ολόκληρη την Αφρική, με πλούσια βιοποικιλότητα, ενώ θεωρείται επίσης παγκόσμια κληρονομιά από την UNESCO καθώς έχει χιλιάδες σπάνια άγρια ζώα. Όμως, στο πάρκο Βιρούγκα, η Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό, κατά παράβαση των διεθνών συμβάσεων, έχει επιτρέψει τις έρευνες και την εξόρυξη πετρελαίου, φυσικού αερίου, και άλλων ορυκτών, με αποτέλεσμα να τίθεται σε άμεσο κίνδυνο η προστασία του πάρκου και, κατ' επέκταση, η προστασία των άγριων ζώων που ζουν εκεί. Παράλληλα, οι ένοπλες συγκρούσεις και η διαφθορά είναι στην ημερήσια διάταξη με αποτέλεσμα να υπάρχει παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην περιοχή, με αποκορύφωμα τον κίνδυνο ζωής που διατρέχουν οι φύλακες του πάρκου, ένας εκ των οποίων πυροβολήθηκε πρόσφατα. Θα πρέπει λοιπόν η Επιτροπή να λάβει άμεσα και πολλαπλά μέτρα για την προστασία της βιοποικιλότητας του πάρκου αλλά και για την προστασία των ζώων τα οποία κινδυνεύουν και, παράλληλα, θα πρέπει να αναλάβει πρωτοβουλίες για να αναγκαστεί η Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό να συμμορφωθεί προς τις διεθνείς απαιτήσεις.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, zar je moguće da će naša generacija biti svjedokom jednog kulturocida koji smo vidjeli u Palmiri ili jednog ekocida koji ćemo možda vidjeti u Virungi? Pred našim očima dešavaju se veliki zločini prema kulturnoj baštini čovječanstva, prirodnoj baštini koju je proglasio UNESCO i zato sam siguran da svi mi ovdje na neki način moramo preuzeti dio odgovornosti za ono što se zbiva.

Ujedinjeni narodi moraju nešto poduzeti. Europska unija mora biti ta koja će potaknuti Ujedinjene narode pa makar s jedinicama koje će očuvati kulturnu i prirodnu baštinu svijeta u onim dijelovima svijeta u kojima imamo nemire. Mislim da je to jedini put kojim trebamo ići jer sve ostalo značit će uništenje stoljetne kulturne i, naravno, prirodne baštine.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, dois terços das reservas mundiais de petróleo conhecidas estão no Médio Oriente, mas a dependência desta área é inaceitável do ponto de vista geoestratégico de acordo com as potências imperiais. Assim, as principais companhias multinacionais do petróleo estão claramente envolvidas na busca de novas explorações de petróleo no continente africano. Em 2010 o governo congolês assinou contrato de exploração de petróleo em áreas que cobrem 85% da área do parque Virunga, apesar de a lei do Congo proibir qualquer exploração neste parque que é considerado Património da Humanidade pela UNESCO. Assim, este parque nacional está agora ameaçado, em particular pelas concessões dadas às multinacionais. No respeito pela soberania de todos os países envolvidos, e, em particular, da República Democrática do Congo, é nosso dever procurar garantir políticas de exploração dos recursos ao serviço das populações locais e não ao serviço da acumulação de lucros por parte das multinacionais que não olham a meios para chegar aos seus fins.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej, gre za enega največjih parkov na svetu, gre za enega od parkov, ki razpolaga skoraj z največjo bio diverziteto, in že pred leti se je opozarjalo na nevarnost črpanja nafte na teh področjih.

In kljub številnim opozorilom in Unescovim smernicam glede delovanja multinacionalk, se je poskušalo, pravzaprav, preko vpliva kapitala doseči prevlado tudi nad nacionalnimi parki.

Hvala bogu, se čisto tako ni zgodilo, je pa vsekakor pustilo posledice. Kljub temu pa mislim, da moramo tudi s tega podiuma sporočiti, da so ti parki lahko tudi ogromna priložnost za tako imenovan vzdržen in trajnostni razvoj, tudi za tako imenovane alternativne vire energije, ki lahko seveda omogočajo tudi nova delovna mesta, v tem primeru več kot 50.000 delovnih mest, kot se je izkazalo v eni od študij.

In pravzaprav naša dolžnost je, da to tudi podpremo.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Madam President, I am not a democrat, but if you are a democrat, you must believe that the sovereign Democratic Republic of Congo has the right to drill for oil and for whatever it wants. The sovereign Republic of Hungary can introduce the death penalty or decide not to. That is democracy. That is sovereignty.

I just wanted to ask how one can be wasting European taxpayers' money on a discussion about the internal situation in the Republic of Congo. Moreover, I think that the European Union must be destroyed.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, diciamocelo chiaramente: è bene parlare della situazione del parco di Virunga, ma non abbiamo nessuna intenzione di risolvere il problema che c'è lì, perché le multinazionali che vanno a sfruttare le risorse che ci sono – stiamo parlando del petrolio – sono europee: la Soco è inglese, la Total è francese. Le compagnie che dovrebbero occuparsi del progetto di elettrificazione del parco, che è stato autorizzato dal governo congolese, dalla Repubblica democratica del Congo, sono belga e inglese, quindi sono compagnie europee, compagnie su cui noi dovremmo cercare di esercitare pressione o comunque un modus operandi che sia rispettoso di un posto che è il più grande esempio di biodiversità, un parco di 8.000 metri quadrati, un parco in cui sono presenti specie da tutelare, un parco che è patrimonio dell'umanità. Però, dall'altro canto, la nostra priorità è sempre stata quella di tutelare la diplomazia commerciale, quindi, insomma, è un po' difficile riuscire a trovare una soluzione quando con una mano si fa una cosa e con l'altra si fa completamente l'opposto.

(Fine degli interventi su richiesta)

Věra Jourová, *Member of the Commission***.** – Mr President, honourable Members, I just want to thank you for a useful discussion.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà nel corso della prossima tornata.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Dominique Bilde (ENF), *par écrit***.** – Le parc national des Virunga est le parc africain le plus riche sur le plan de la biodiversité. Il est inscrit sur la liste du patrimoine mondial de l'Unesco depuis 1979 et constitue l'habitat de nombreuses espèces emblématiques (gorilles, okapis, éléphants, etc.). L'exploration et l'exploitation pétrolières, relayées par tout un ensemble d'activités illégales, peuvent causer à ce parc des préjudices irréversibles. Il est menacé par cette exploitation, mais aussi par celles du gaz et des minerais qui alimentent toutes les convoitises, que cela soit celles des multinationales ou des groupes armés ou terroristes locaux.

Actuellement, plus de 140 personnes ont déjà été assassinées en RDC dans le parc des Virunga. On voit ainsi encore une fois que les intérêts économiques priment sur l'environnement, la nature, mais aussi l'humain dans son ensemble.

Contre le principe d'ingérence, je pense que nous devons coopérer conjointement avec la RDC, les Nations unies et tous les acteurs locaux possibles pour garantir la sécurité et la préservation de ce parc magnifique et de ses espèces. Nous devons aussi trouver une solution pour faire pression sur les multinationales européennes installées en RDC afin qu'elles respectent les principes liés aux droits de l'homme ou à la nature dans cette région.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito***.** – Creo que este debate evidencia la hipocresía de Europa hacia sus antiguas colonias. Después de décadas de injerencia política y explotación económica, de absoluta indiferencia o aun hostilidad hacia el desarrollo soberano de la República Democrática del Congo, de pronto el Parlamento Europeo se lamenta de la destrucción de un patrimonio natural como el de Virunga, sin considerar el origen de esta crisis, sin preguntarse qué intereses representan las multinacionales petrolíferas o el origen de las guerrillas que operan en la región -pues si lo hiciera, debería evaluar el pasado y el presente de espolio económico e intervencionismo político del que es culpable. Más allá de la solución a esta crisis, es necesaria una reevaluación completa de las políticas europeas en esta zona.

19. Ausführungen von einer Minute (Artikel 163 GO)

Presidente. – L'ordine del giorno reca gli interventi di un minuto a norma dell'articolo 163 del regolamento.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem ve své krátké řeči chtěl vystoupit k tématu, který se týká jednotného digitálního trhu. Chtěl jsem využít, že zde sedí paní komisařka, kdy tato agenda částečně v některých právních aspektech spadá i do jejího portfolia. Já jsem v České republice vedl několik jednání s různými podnikatelskými skupinami a byl na různých konferencích a mile mě překvapilo, jak toto téma je živě vnímáno českými podnikateli. Pro úplnost dodávám alespoň jeden statistický údaj. V České republice prodává online zboží na internetu 26 – malých a středních firem, což je nejvíce v celé Evropě v rámci malých a středních podniků. Chtěl jsem tedy využít této krátké řeči k výzvě vůči Evropské komisi, aby urychlila přípravu, zvláště právní roviny, kupní smlouvy na internetu a převozu zboží po Evropě, aby podnikatelé mohli zefektivnit svoje podnikání a své zisky.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señor Presidente, la industria europea de la cerámica emplea a más de doscientas mil personas en Europa, treinta mil en España y más de la mitad, 17 000, en mi región, la Comunidad Valenciana. Se trata de una industria competitiva, innovadora, exportadora y de gran valor añadido. Una industria que padece, sin embargo, *dumping* social, medioambiental, precios subvencionados y unos costes energéticos superiores a los de sus competidores y que, además, ahora, debe hacer frente a la sobreproducción mundial y el posible otorgamiento del estatus de economía de mercado a China. Es obvio que China no es una economía de mercado, y la Unión Europea no debería concederle tal estatus anticipadamente si no cumple las condiciones establecidas.

Para preservar una industria europea de la cerámica competitiva y generadora de empleo necesitamos unos instrumentos de defensa comercial renovados y eficaces. Necesitamos someter a los importadores a las mismas exigencias que a los productores europeos y reciprocidad en el acceso a los mercados.

Acabo de ser nombrada presidenta del Foro del Parlamento Europeo de la Cerámica y voy a trabajar decididamente junto con mis colegas de este Parlamento para conseguir que la industria de la cerámica pueda seguir siendo un ejemplo.

Marek Jurek (ECR). – Przed chwilą odbyliśmy debatę na temat Węgier i to się zbiega z informacjami, które przynoszą media, na temat jakiegoś europejskiego sądu skorupkowego, który ma zmierzać do pozbawienia Węgier praw w Unii Europejskiej. W gruncie rzeczy w całej tej sprawie chodzi jeszcze bardziej o Europę niż o same Węgry. Dlatego, że być może ci, którzy tutaj z takim fanatyzmem atakują Węgry, być może ci, którzy urządzają te petycje europejskie, uczynią Unię Europejską miejscem nie do zniesienia.

Tylko bądźcie wtedy pewni, że my nie zamienimy naszej wolności na żadne korzyści, na żadne pochwały ani na żadne certyfikaty z poprawności politycznej. Być może uda wam się rozbić tę Unię. Tylko naprawdę zastanówcie się, czy o to wam chodzi; bo jeżeli tak, to przynajmniej wszystko jest jasne.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, ruralna područja Europske unije veliko su bogatstvo našeg kontinenta. Imamo odlične primjere uspješne kohezijske politike, imamo odlične primjere gdje su se ruralna području zaista brzo razvijala, ali nažalost imamo još uvijek puno više suprotnih primjera. Imamo velikih problema s primjenom kohezijske politike i razvojem ruralnog područja.

Ono što želim istaknuti su neki primjeri na kojima sam osobno radio koji su uspješni primjeri, pogotovo u ovom slučaju konkretno govorim o razvoju središnje Istre. Mali gradići, kao što su Motovun, Gračišće, Tinjan, Pičan, Grožnjan, Oprtalj su mala područja koja su integralnim pristupom, razvojem infrastrukture, turizma, poljoprivrede i kulture, uspjeli zaista dignuti čitav taj kraj, ruralni kraj Istre, i to je odličan primjer kako se sinergijom svih aktivnosti može razviti ruralno područje na području Europske unije.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, ακούσαμε σήμερα ένα ανθελληνικό παραλήρημα από τον επικεφαλής του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος. Η διαπίστωση του κυρίου Weber, ότι η κατάσταση με τους πρόσφυγες είναι προβληματική επειδή 'δήθεν' η Ελλάδα δεν εφαρμόζει τους κανόνες Σένγκεν, και η σύστασή του για περισσότερους συνοριοφύλακες στα ελληνοτουρκικά σύνορα βρίσκονται εκτός πραγματικότητας. Η αλήθεια είναι ότι οι προσφυγικές ροές δεν περνούν από τα χερσαία, αλλά από τα θαλάσσια σύνορα τα οποία είναι πρακτικά αδύνατο να στεγανοποιηθούν.

Από τη στιγμή κατά την οποία Τούρκοι δουλέμποροι επιβιβάζουν τους δυστυχισμένος ανθρώπους στα πλωτά μέσα και τους εξαποστέλλουν στα ελληνικά νησιά, η μόνη αποτελεσματική μέθοδος ανάσχεσης θα ήταν η καταβύθιση, η οποία όμως θα συνεπαγόταν αμέτρητα θύματα και θα ερχόταν σε πλήρη αντίθεση προς τις θεμελιώδεις αξίες του πολιτισμού μας. Αντί να κατηγορείτε άδικα την Ελλάδα, προσπαθήστε να βρείτε ειρηνική λύση στο πρόβλημα της Συρίας, ώστε οι πρόσφυγες να επιστρέψουν στα σπίτια τους.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Po podatkih Svetovne zdravstvene organizacije kar 5 % svetovne populacije oziroma 360 milijonov ljudi živi z različnimi okvarami sluha, od tega pa jih je približno 80 milijonov gluhih.

Zaradi okvare sluha imajo gluhe in težko naglušne osebe velike težave pri sporazumevanju in vključevanju v okolje, v katerem živijo, se izobražujejo, delajo ali preživljajo prosti čas, kar lahko vodi v različne oblike socialne izključenosti.

Ena ključnih težav, s katero se srečujejo gluhi, je nedostopnost informacij in izobraževanje v znakovnem jeziku, kar jim posledično otežuje uresničevanje vseh ostalih pravic.

To je seveda velika težava tudi pri dostopu do informacij v medijih, zlasti na televiziji. To se lahko doseže s podnaslavljanjem suhe vsebini na televiziji, kar predstavlja finančno minimalne stroške, po drugi strani pa seveda pomeni korak naprej.

Ob koncu bi želel opozoriti še na to, da so za gluhe zelo slabo dostopne tudi nekatere vsebine Evropskega parlamenta, zato velja razmisliti o usposobitvi znakovnih jezikov kot uradnih jezikov v Evropskem parlamentu.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Sicilia è un'isola che ha una storia talmente eccezionale che basta scavare un metro dappertutto e si ritrovano reperti archeologici di ogni tipo. I fondi europei che sono destinati allo sviluppo del turismo in modo strutturale vengono impiegati purtroppo per finanziare presepi, sagre e feste di paese. Abbiamo trovato 315.000 euro spesi per la scala illuminata di Caltagirone, 160.000 euro per il presepe di Custonaci, per fare degli esempi, con soldi che dovevano essere invece spesi per sviluppare strutturalmente il turismo alla regione. Questo sistema serve sostanzialmente per la politica locale, per erogare contributi a pioggia e garantirsi un certo consenso nelle elezioni. Però, siccome sono soldi dei contribuenti europei e dovrebbero servire a portare allo stesso livello tutte le ragioni, bisogna cercare di cambiare qualcosa nelle regole tra il controllore e il controllato, che spesso e volentieri sono la stessa persona, e che causano questo tipo di *black out*, che poi tolgono possibilità ai cittadini siciliani che sono anche loro cittadini europei che pagano le tasse e hanno diritto agli stessi servizi.

Laurențiu Rebega (ENF). – Domnule președinte, ieri a fost 1 decembrie. Ziua de 1 decembrie reprezintă una dintre cele mai importante zile pentru națiunea română. Este ziua noastră națională și simbolizează formarea statului modern național unitar român. Deși noi românii suntem un neam care s-a născut și a evoluat odată cu Europa, recunoașterea noastră, ca stat național, a venit abia la începutul secolului XX, când din marile imperii s-au născut, prin autodeterminare și recunoașterea celorlalți europeni, statele din centrul și estul Europei. Ziua Națională este un moment de bucurie, dar și un moment care te îndeamnă la reflecție, la reflecție asupra națiunilor și a modului în care trebuie să conlucreze acestea în cadrul Uniunii Europene - doresc să vă îndemn și pe dumneavoastră. Ultimul pericol ce pune la încercare trăinicia construcției europene îl reprezintă criza imigrației. Prin impunerea preluării de către fiecare stat membru a unor cote de refugiați, Comisia Europeană nu a făcut altceva decât să știrbească suveranitatea acelor state membre care au alte poziții față de criza refugiaților. Așa stând lucrurile, vă adresez următoarea întrebare, la care vă rog să reflectați: oare atunci când, din anumite motive, Bruxelles-ul dorește să hotărască în numele guvernelor naționale, în ciuda opoziției acestora, nu este un atac la fibra națiunii, și, implicit, la fundamentul Uniunii Europene? Pentru că, în definitiv, națiunile Europei constituie baza arhitecturii Uniunii Europene. La mulți ani, România!

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Tak się dziwnie składa, że wartości unijne są dokładnie odwrotne niż europejskie. W Europie obowiązywała zasada, że kto nie pracuje, ten nie je – w Unii są zasiłki dla tych, co nie pracują. W Europie była zasada, że morderca ma wisieć – w Unii panuje zasada, że kara śmierci jest zniesiona. Skutki są takie, że póki rządziły wartości europejskie, my Europejczycy rządziliśmy światem, a dzisiaj nas kolonizują narody, które mają wartości wyższe od wartości unijnych.

Chcę powiedzieć, że ci, co znieśli karę śmierci, mają na rękach krew – krew ludzi mordowanych przez bandytów, którzy nie boją się śmierci. Ludzi można mordować, bandytów mordować nie wolno. I musimy wrócić do wartości europejskich. Wzywam Unię do powrotu do Europy. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona, jeżeli Europa ma powrócić do świetności.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych také využil, že je zde přítomna paní komisařka Jourová, protože podle mého názoru návrh Evropské komise na změnu směrnice o kontrole držení a nabývání zbraní se Komisi rozhodně nepovedl. Snažit se bojovat proti terorismu omezováním legálního držení zbraní bezúhonnými občany je zjevným nesmyslem dokonce i ve světle pařížské tragédie. Komise nesplnila řadu dřívějších slibů, postupuje pozdě a dokonce místy vůbec nerozumí terminologii zbraňové legislativy. Teroristé se ke zbraním nedostali legální cestou, v první řadě šlo o zbraně propašované ze zemí mimo EU, tzn. ze Srbska, a v tom druhém případě dokonce ze zemí EU. Chtěl bych zde zdůraznit, že podle směrnice 2008/51/ES měla Komise vydat společné pokyny o standardech a technikách znehodnocení, aby bylo zajištěno, že znehodnocené zbraně jsou skutečně nevratně neschopné střelby, a to pro mě z nepochopitelných důvodů dosud neučinila. Je pro mě nepřijatelné, aby Komise svou dřívější pasivitu kompenzovala předložením nesmyslného drakonického návrhu.

Tibor Szanyi (S&D). – Mr President, control-free or check-free travel within the frontiers of the Schengen area is a basic principle and one of the greatest achievements of the European Union, although recent tragic events have indeed put Schengen to the test.

However, the question of closing European borders was raised well before the Paris terrorist attacks by many Member States in their inadequate attempts to deal with the flow of refugees. This was not the case in Belgium, yet passengers from Hungary, when arriving at Brussels Charleroi Airport, are treated as third-country citizens. Their travel documents are checked at the official checkpoints, while not all other European citizens have to undergo such monitoring. These are not random but rather systematic checks aimed at people coming from Hungary. While we must do our best in order to provide security for everyone under current circumstances, such discrimination and unjustified violation of the Schengen Agreement is both unacceptable and unreasonable.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, οι μάσκες έπεσαν πριν λίγες ώρες στην αίθουσα αυτή. Ο κύριος Weber και ο κύριος Verhofstadt ζήτησαν με τον πιο απροκάλυπτο τρόπο τον περιορισμό της εθνικής κυριαρχίας της Ελλάδας. Ζήτησαν να αναλάβουν τη φύλαξη των ελληνικών συνόρων στρατεύματα από τη Γερμανία και άλλες ευρωπαϊκές χώρες. Αποδείχθηκε, λοιπόν, αυτό που είχα καταγγείλει απ' την πρώτη στιγμή, όταν Merkel και Juncker, μιλώντας για δήθεν ευρωπαϊκά σύνορα, ζήτησαν με ύπουλο τρόπο τη συνδιαχείριση των ελληνικών συνόρων και, κατ' επέκταση, του Αιγαίου με πρόφαση τις τεράστιες προσφυγικές ροές που καθοδηγούν τα τουρκικά δουλεμπορικά κυκλώματα.

Αμφισβητούν τα κυριαρχικά και αδιαπραγμάτευτα δικαιώματα της Ελλάδας να φυλάσσει τα σύνορά της. Έτσι, αφού η τρόικα έχει μετατρέψει την Ελλάδα σε προτεκτοράτο και αποικία χρέους, τώρα θέλει να στείλει και ευρωπαϊκά στρατεύματα στην Ελλάδα, για δήθεν φύλαξη των ελληνικών συνόρων. Να γνωρίζουν, λοιπόν, οι δανειστές και η τρόικα ότι αυτό δεν πρόκειται να περάσει. Τα σύνορα της πατρίδας μου είναι και θα παραμείνουν ελληνικά.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, to kick-start struggling economies across the Eurozone, the ECB is currently engaged in what is commonly called quantitative easing: EUR 60 billion created every month to spend on the purchase of sovereign bonds on the secondary market. Meanwhile, the ECB is forcing the Irish Central Bank to engage in what I call quantitative squeezing: the destruction of EUR 31 billion, billions that were created in 2009 and 2010 at the height of the euro crisis to bail out the creditors of two zombie, insolvent, non-systemic Irish banks.

Does anyone see the contradiction here? In 2011 our central bank destroyed EUR 3.1 billion. Last year we destroyed EUR 1 billion and already this year we have destroyed EUR 1.5 billion. This destruction of borrowed billions is happening at a time when Ireland is suffering record suicide numbers, record numbers of patients waiting on trolleys in accident and emergency, record numbers of people homeless.

Next month a single resolution fund will be introduced which will ensure that in the case of any new failures, banks rather than the sovereigns will foot the bill. Where were those structures in 2009 and 2010? Why has it taken until now, five years later? Biggest question of all, why is Ireland still being forced to carry the full cost of this fundamental failure by the EU in the design of the euro, and by the ECB itself to pay for those possible bank failures?

Bronis Ropė (Verts/ALE). – 25 proc. visų mirčių Europos Sąjungos keliuose priežastys susijusios su alkoholiu. Pasaulio sveikatos organizacijos duomenimis, Lietuva yra trečia Europos Sąjungoje pagal suvartoto alkoholio kiekį vienam gyventojui. Alkoholio vartojimas lemia itin daug žūčių ir sužeidimų mūsų keliuose. Akivaizdu, kad nei Lietuva, nei Europos Sąjunga nėra padariusios pakankamai, kad alkoholio prieinamumas būtų apribotas. Puikus to pavyzdys – alkoholio prekyba degalinėse. Man kyla pagrįstų abejonių, ar Europos Sąjungos fondų lėšos nėra naudojamos alkoholio pramonės plėtrai. Todėl kviečiu Europos Komisiją atlikti išsamų tyrimą šioje srityje ir užtikrinti, kad būtų nuolat skiriamos lėšos gyventojų informavimui apie alkoholio daromą žalą.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, ieri, de 1 decembrie, România a sărbătorit ziua sa națională, marcând astfel un moment de mare însemnătate istorică: 97 de ani de la Marea Unire. Nu văd context și loc mai potrivit decât Parlamentul European pentru a vorbi astfel despre pregătirea României pentru preluarea președinției Consiliului în 2019. În toamna acestui an, am lansat împreună cu mai mulți reprezentanți ai societății civile din România o coaliție pentru pregătirea președinției române a Consiliului. Este esențial ca în pregătirea acestui eveniment important pentru țara noastră să implicăm în mod transparent cât mai multe voci ale societății, într-un demers comun și coerent, care să genereze un set clar de priorități pentru 2019, capabil să marcheze viitorul României și al Uniunii Europene. Începerea pregătirii României pentru acest moment trebuie să devină o prioritate, trebuie să stabilim obiectivele președinției române și, totodată, să dăm startul unei largi dezbateri publice pe această temă, care să implice, evident, cât mai mulți actori relevanți ai societății românești în eforturile de pregătire ale acestui moment extrem de important pentru România.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, quiero utilizar esta tribuna europea para hablar de la almadraba: un arte de pesca milenario del atún. Un arte que crea empleo y está fuertemente vinculado al territorio, capaz de producir, pero con un cuidado y un respeto absolutos por la especie. Pido desde aquí el apoyo de mis compañeros a la declaración escrita sobre la almadraba y a las reivindicaciones que la misma recoge. En particular, quiero remarcar la necesidad de otorgar una cuota adicional a la almadraba para mejorar la observación científica del atún, como ha señalado un reciente estudio de la Comisión de Pesca.

Asimismo, pido a la Comisión que implemente medidas a nivel europeo para apoyar a la almadraba, medidas que deben incluir necesariamente que se exija a los Estados miembros, como España, que respeten criterios medioambientales en el reparto de cuotas en favor de artes sostenibles como es este modelo de pesca. Este arte pesquero contiene la semilla de un nuevo modelo productivo, un modelo de economía al servicio del trabajo y del medio ambiente. Por eso es importante el apoyo de este Parlamento a la vida de todo un pueblo, a la vida de toda una región.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor Presidente, la Cumbre de París plantea el gravísimo problema del recalentamiento global del planeta. Ciertamente, el control del clima y de los elementos artificiales que lo alteran es de decisiva importancia para la vida en la tierra. Pero este problema no solo tiene soluciones técnicas, porque es un problema político y de civilización. Si particularmente los países desarrollados siguen persiguiendo un crecimiento industrial y económico sin tregua iremos igualmente al desastre colectivo.

Pronto, muy pronto, deberemos plantearnos nuestro ideal de desarrollo. Si el bienestar de la humanidad debe ser sostenible no podemos basarlo en el crecimiento constante sino en un desarrollo, global para cada uno y sostenible para todos, que no busque solo acrecentar la riqueza sino que quiera mantenernos a todos en el bienestar, es decir, en el conocimiento, la belleza y la bondad. Porque el cambio importante en el planeta es de actitudes, de valores y de objetivos.

Paul Brannen (S&D). – Mr President, as Members of this Parliament know, the British Conservative Government has called a referendum on our continued membership of the European Union. In a recent article in the *Financial Times* Stuart Rose, the former head of Marks and Spencer, called on British business not to stay silent in the EU referendum debate. Alas, this seems to be exactly what many are doing.

So I would like to take this opportunity to say to the business community: don't wait for permission from David Cameron before you discuss and make your views clear. Speak out now on our membership of the European Union. But not just the business sector. We also need to call on the voluntary sector to speak out. Don't become the silent sector, instead discuss and speak out. And to the churches: don't hide behind the offer to facilitate the debate on our EU membership. Take a view, speak out, defend the peace created between European nations that once fought each other.

In the context of our membership of the European Union, silence is not golden. Silence in a democracy is an abdication of responsibility. Don't abdicate; engage, speak out.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o lançamento de mais um ciclo do Semestre Europeu mostra que a União Europeia continua cega à realidade. Uma realidade marcada pelo baixo investimento público e privado, pelo desemprego e pelo crescimento das desigualdades sociais. Que regras são essas em que a maioria dos países continua fora dos limites absurdos do Pacto de Estabilidade e do Tratado Orçamental, que foram fixados em nome de uma estratégia clara, que visa impor um modelo económico neoliberal desenhado à medida dos interesses dos grandes grupos económicos e financeiros? Como é possível termos um Banco Central a despejar milhares de milhões de euros diretamente nos cofres do sistema financeiro, ao mesmo tempo que se impede os governos de promover o investimento público necessário, ou acudir socialmente à crise económica em que a União Europeia está atolada há quase uma década? Continuar a apostar na mesma receita hipócrita representa a continuação de um caminho que há de ser travado pela luta dos trabalhadores a bem da Europa e daqueles que nela habitam.

Siôn Simon (S&D). – Mr President, there are many reasons why public transport is important. One of them is that 64% of job seekers do not have access to a car or cannot drive. So there, in a nutshell, is your link between public transport and the economy. And yet public expenditure on the economy in the West Midlands is GBP 256 per head, whereas in London it is GBP 2 604 per head. Now I do not think that is very fair, and I do not think my constituents think it is very fair either.

We do get some support from the European Union for this public expenditure in the West Midlands, but very little, partly because the Conservative Government of the UK is ideologically opposed to match-funding that funding. So now that we are going to have regional government at last in the United Kingdom, I appeal to the European Union: fund us directly, don't let the UK Government take our money.

Presidente. – Gli interventi di un minuto a norma dell'articolo 163 del regolamento terminano qui.

20. Stimmerklärungen

20.1. Einsetzung eines Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung, dessen Befugnisse, zahlenmäßige Stärke und Mandatszeit (B8-1335/2015)

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Whilst UKIP recognises that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multi-national companies, we have seen from the plenary resolution of 25 November 2015 that the European Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations.

These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons UKIP voted against.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta votación se amplían los trabajos de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares, cuyo trabajo investigativo sobre el escándalo LuxLeaks careció de profundidad por las numerosas ausencias de multinacionales y Gobiernos convocados en sede parlamentaria, así como por la falta de voluntad de someter a los responsables de las instituciones europeas (y, particularmente, de la Comisión y el Eurogrupo) a un escrutinio sobre sus responsabilidades. Si bien la reconstitución de la comisión no garantiza en sí misma un resultado mejor, nos dota de instrumentos y tiempo para exigir responsabilidades por la elusión fiscal en Europa, por lo que he votado a favor.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of setting up the TAXE II committee. According to the new mandate TAXE II should either produce a resolution or another report. I have called for a report to be produced as a report is more effective and carries more authority as opposed to a resolution.

As it stands, it has been agreed that a report will be issued but only if the TAXE II makes new discoveries. I have a number of reservations as to whether the Committee will discover anything of substance, as the lack of political will to date has been very disappointing. However, I will continue to monitor this situation closely.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de décider d'un nouveau prolongement de la commission TAXE ou plutôt d'instituer une commission TAXE 2 avec un nouveau mandat. Elle aura pour mission de terminer l'examen des documents que la Commission et les États n'avaient pas initialement fournis dans le cadre du scandale des LuxLeaks. Bien qu'il ne s'agisse pas d'une commission d'enquête comme nous le souhaiterions, celle-ci aura une marge de manœuvre significative pour continuer son enquête. Les travaux de cette commission aboutiront à un rapport final présenté par deux co-rapporteurs.

Avec mes collègues du Front national, nous sommes favorables à la constitution de cette nouvelle commission TAXE, afin de dénoncer l'évasion fiscale de certains grands groupes. C'est pourquoi j'ai voté pour ce rapport.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama įsteigti specialųjį Sprendimų dėl mokesčių ir kitų panašaus pobūdžio ar poveikio priemonių ir žalingos ES ir tarptautinio lygmens pelno mokesčio tvarkos ir praktikos komitetą. Komiteto užduotis bus ištirti ES valstybės pagalbos ir apmokestinimo taisyklių taikymo praktiką, susijusią su valstybių narių priimamais išankstiniais sprendimais dėl mokesčių ir kitomis panašaus pobūdžio ar poveikio priemonėmis, jei paaiškėja, kad tokia praktika yra valstybės narės ar Komisijos veiksmas.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen a approuvé le nouveau mandat de la commission spéciale TAXE.

Je me réjouis que l'ensemble des groupes politiques se soient entendus sur la proposition faite par le groupe S&D. Ils dotent ainsi la commission spéciale TAXE d'un mandat fort pour les six prochains mois. Un mandat qui permettra:

— de reprendre les investigations sur les pratiques fiscales déloyales conclues entre certains États membres et les multinationales. Lors des derniers mois, plusieurs paradis fiscaux européens, dont la Belgique et le Luxembourg, et de grandes entreprises ont tout tenté pour camoufler les accords négociés entre eux. Le nouveau mandat permettra d'accentuer la pression pour obtenir toutes les informations;

— de s'assurer que les mesures ambitieuses préconisées dans le rapport TAXE voté la semaine dernière seront bien prises en compte par les États membres;

— d'ouvrir un nouveau chantier. Les députés vont s'attaquer à la fraude à la TVA au sein de l'Union européenne.

J'insiste pour que l'ensemble des 28 États membres de l'Union européenne soient sensibilisés de la même manière à la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales. C'est un moyen rapide de dégager d'énormes moyens financiers, qui pourront être affectés à l'éducation, aux soins de santé, aux infrastructures…

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución, con la que se prorroga el funcionamiento de la Comisión Especial TAXE para la investigación de las resoluciones fiscales entre empresas multinacionales y los Estados de Luxemburgo y los Países Bajos en particular. Dado que bajo el anterior mandato quedó mucha información por esclarecer, y que ha aparecido nueva información que implica personalmente a Jean-Claude Juncker y Jeroen Dijsselbloem, estimamos que esta prórroga era necesaria, y nos alegramos de que el mandato sea prácticamente idéntico al anterior.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del establecimiento de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares para continuar trabajando tras la votación de la Comisión TAXE que tuvo lugar la semana pasada en Estrasburgo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de décision prolonge le mandat de la commission TAXE de six mois à compter du 2 décembre 2015, afin d'examiner l'application en pratique – que cette pratique relève d'un État membre ou de la Commission – du droit de l'Union sur les aides d'État et dans le domaine fiscal, tout particulièrement en ce qui concerne les rescrits fiscaux et autres mesures similaires par leur nature ou par leur effet délivrés par les États membres, et sur les régimes et pratiques néfastes d'imposition des sociétés au niveau européen et international.

En réalité, ce texte permet de nommer une nouvelle commission avec un nouveau mandat, afin de terminer le travail d'examen des documents qui n'avaient pas été fournis par la Commission et les États. Ce n'est toujours pas une commission d'enquête, mais les nouvelles règles ont une rédaction suffisamment large pour permettre de mener à bien plus d'investigations, comme cela fut demandé par plusieurs groupes politiques.

Un autre rapport final sera produit à l'issue des six mois et j'ai donc voté pour en attendant.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho inteso sostenere la riconferma dei membri della Commissione TAXE, sia per il buon lavoro da essi svolto, sia per assicurare un proseguo immediato e efficacie di quanto sin ora svolto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio sprendimo, kuriuo Europos Parlamentas siūlo įsteigti specialųjį sprendimų dėl mokesčių ir kitų panašaus pobūdžio ar poveikio priemonių ir žalingos ES ir tarptautinio lygmens pelno mokesčio tvarkos ir praktikos komitetą. Šio komiteto užduotis – ištirti Europos Sąjungos valstybės pagalbos ir apmokestinimo taisyklių taikymo praktiką, susijusią su valstybių narių priimamais išankstiniais sprendimais dėl mokesčių ir kitomis panašaus pobūdžio ar poveikio priemonėmis, jei paaiškėja, kad tokia praktika yra valstybės narės ar Komisijos veiksmas. Naujasis specialusis komitetas turės 45 narius (kaip ir TAXE specialusis komitetas). Europos Parlamentas mano, kad naujasis specialusis komitetas išlaikytų TAXE specialiojo komiteto struktūrą. Įgaliojimai naujam specialiajam komitetui suteikiami 6 mėnesiams nuo 2015 m. gruodžio 2 d.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Z velikim veseljem sem podprl ustanovitev Posebnega odbora za davčna stališča, ki bo preučil prakso pri izvajanju državne pomoči EU in davčne zakonodaje ter preveril škodljive sisteme in prakse obdavčenja pravnih oseb na evropski in mednarodni ravni.

Sem zagovornik tega, da se davki plačajo tam, kjer so prihodki in dobički tudi ustvarjeni.

Afera Luxleaks je razkrila zelo nepoštene prakse posameznih držav in prav je, da se EU aktivno ukvarja s tem problemom, saj gre praktično za legalno utajo davkov.

Ne nasprotujem temu, da imajo države različne davčne sisteme in stopnje, tako si vseeno konkurirajo med sabo, kar je koristno. Nepošteno pa je, če podjetje opravlja dejavnost v eni državi, davek pa plačuje tam, kjer mu je najugodneje.

Zato resnično upam na boljšo izmenjavo informacij med državami, odpravo takšnih „by-pass"-ov in hitre boljše rešitve.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à prolonger la commission TAXE afin de terminer le travail d'examen des documents qui n'avaient pas été fournis par la Commission et les États membres.

Nous pouvons saluer le travail fourni par cette commission, qui formule des recommandations aux institutions européennes visant à limiter les pratiques d'optimisation fiscale auxquelles s'adonnent les multinationales avec la collaboration des autorités nationales de certains États membres.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce texte.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Voto favorevole all'istituzione di una commissione speciale in materia di fiscalità, proseguendo l'esperienza positiva della commissione TAXE. Come comunicato dalla Conferenza dei presidenti, è intenzione di tutti i gruppi politici del Parlamento proseguire l'esperienza della commissione speciale TAXE.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della decisione del Parlamento europeo sulla costituzione, le attribuzioni, la composizione numerica e la durata del mandato della commissione speciale sulle decisioni anticipate in materia fiscale (tax ruling) e altre misure analoghe per natura o effetto.

La commissione, che sarà composta da 45 membri e avrà un mandato di sei mesi e vigilerà sia gli Stati membri che le multinazionali. È stato infatti dimostrato come le pratiche dannose di talune amministrazioni tributarie e nazionali consentono alle multinazionali di trasferire gli utili per evitare l'imposizione nei territori dove essi erano stati generati. Ritengo quindi l'istituzione di questa commissione molto importante, e mi auguro riuscirà a far si che la concorrenza fra i governi nell'attrarre investimenti esteri diretti o nel mantenere le attività economiche all'interno del paese avvenga in piena conformità alla legislazione UE.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of setting up the TAXE II committee. According to the new mandate TAXE II should either produce a resolution or another report. I have called for a report to be produced as a report is more effective and carries more authority as opposed to a resolution.

As it stands, it has been agreed that a report will be issued but only if the TAXE II makes new discoveries. I have a number of reservations as to whether the Committee will discover anything of substance, as the lack of political will to date has been very disappointing. However, I will continue to monitor this situation closely.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Whilst UKIP recognises that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multi-national companies, we have seen from the plenary resolution of 25 November 2015 that the European Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations.

These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons UKIP voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this decision so that the new committee can analyse, examine and assess any harmful corporate tax regimes as well as whether the Member States and the EU institutions follow our taxation law and apply the state aid. The committee should also continue to work on any issues unresolved by the previous committee, whilst always respecting the concept of subsidiarity.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Non riscontrando criticità particolari ho espresso voto favorevole alla costituzione di una nuova commissione TAXE che nei prossimi sei mesi dovrà completare le questioni rimaste ancora irrisolte.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. **–** That the Conference of Presidents of the European Parliament managed to agree on setting up a new mandate for the Special Committee on Tax Rulings and Other Measures Similar in Nature or Effect (TAXE) is a victory in itself. Moreover, the Committee will not only continue its work as planned, but it will also operate on a stronger mandate.

The Socialists and Democrats Group was very much concerned with, and engaged in, securing an extension that, at a minimum, preserved the current committee's role. Thanks to the new TAXE Committee mandate, we will be able to monitor the Commission and the Member States as to the implementation of the measures laid out in the report that reflects the first six months of the Committee's work. We must continue to battle tax fraud and tax avoidance. Big multinationals are getting away with avoiding to pay far too much of their fair share, for far too long.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Παρέχουμε θετική ψήφο για τη συνέχιση του έργου της ειδικής επιτροπής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για τις φορολογικές αποφάσεις που θα συνεχιστεί μέσα στο πλαίσιο μιας νέας εξάμηνης εντολής. Η ειδική επιτροπή θα εξετάσει το έργο της Ευρωπαϊκής Επιτροπής στους τομείς των κρατικών ενισχύσεων και της φορολογίας, της συμμόρφωσης των κρατών μελών με τη φορολογική νομοθεσία, και θα εργαστεί επί των εν εξελίξει εργασιών των διεθνών οργανισμών, συμπεριλαμβανομένου του ΟΟΣΑ και της G20.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία για την επέκταση της εντολής της ειδικής επιτροπής σχετικά με τις φορολογικές αποφάσεις τύπου «tax ruling» αποτελεί συνέχεια των όσων ψηφίσαμε στην προηγούμενη ολομέλεια του Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο. Τότε εντοπίστηκε πως ένα από τα βασικά ελαττώματα της έκθεσης ήταν το γεγονός πως δεν ζητούνταν η παράταση της τρέχουσας εντολής. Καθώς λοιπόν με τη σημερινή ψηφοφορία παρατείνεται η εντολή της επιτροπής χωρίς να επιχειρούνται αλλαγές στη δομή ή σύνθεσή της, θεωρώ πως πρόκειται για ένα θετικό βήμα και για αυτόν το λόγο αποφάσισα να ψηφίσω θετικά, προσδοκώντας να έχουμε στο προσεχές μέλλον χειροπιαστά αποτελέσματα σχετικά με τα επιζήμια εταιρικά φορολογικά καθεστώτα τόσο σε ευρωπαϊκό όσο και σε διεθνές επίπεδο.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della decisione di istituire una commissione speciale sulle decisioni anticipate in materia fiscale (tax ruling) e altre misure analoghe per natura ed effetto. La commissione speciale avrà il compito di analizzare tutti i regimi di aiuto esistenti degli Stati membri, sarà composta di 45 membri, avrà la struttura della commissione speciale TAXE e un mandato di 6 mesi a decorrere dal 2 dicembre 2015. Infine, la commissione speciale è chiamata a presentare una relazione o una risoluzione per presentare una sintesi dell'attività svolta.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di decisione presentata a norma dell'articolo 197 del regolamento in materia fiscale giacché, vista la decisione della commissione di esaminare le pratiche e vista la risoluzione di fine novembre 2015 sulle decisioni anticipate in materia fiscale, ritengo che ogni Stato membro, ai sensi della normativa dell'UE, debba comunicare spontaneamente agli altri Stati membri informazioni anticipate sulle decisioni. Il fine deve essere garantire la maggior trasparenza e la migliore comunicabilità possibile tra tutti gli Stati membri; a mio parere questa è una prerogativa fondamentale che deve essere la base per tenere fede al concetto di «unione» che nell'Unione Europea ci sta tanto a cuore. Inoltre concordo con la decisione di confermare lo status quo, perché ciò che volevamo era una proroga della Commissione speciale preesistente e abbiamo raggiunto il nostro obiettivo.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Whilst UKIP recognises that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multinational companies, we have seen from the plenary resolution of 25 November 2015 that Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations.

These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons UKIP voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Concordo con l'istituzione di una commissione speciale per le decisioni anticipate in materia fiscale (tax ruling) e altre misure analoghe per natura o effetto, che avrà il compito di esaminare le prassi seguite nell'applicazione delle norme dell'UE in materia di aiuti di Stato e tassazione. Tale commissione avrà inoltre il compito di vigilare sulle prassi e i regimi fiscali dannosi delle società a livello europeo e internazionale. Ritengo pertanto utile la redazione di una relazione che illustri une sintesi delle attività svolte.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The Special Committee on tax rulings can play an important role in fostering tax transparency and the fight against tax fraud, but the committee's mandate should respect the principle of subsidiarity, so different measures like the corporate tax base must remain an issue of national competence since they reflect the different challenges of the economies of Member States. These challenges include their domestic market size, geographical realities or resources. I voted in favour.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of extending a new, broader mandate for the special Committee in the European Parliament which investigates tax avoidance across Europe. Greater tax transparency is greatly supported particularly when it comes to how people's money is being spent. However, I must reiterate that I am against CCTB which would destroy the economies of smaller Member States on the periphery of Europe.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport vise à adopter le mandat de la nouvelle commission spéciale sur les rescrits fiscaux et autres mesures similaires par leur nature ou par leur effet (TAXE II) qui est créée pour six mois. Suite au scandale «Lux Leaks» fin 2014, le Parlement européen avait mis en place une commission spéciale temporaire dédiée au régime fiscal en février 2015 (commission TAXE). L'objectif du présent rapport est de prolonger le mandat de la commission, afin d'achever les travaux qui n'ont pas été finalisés durant la première période. Considérant que les travaux de cette commission ont permis d'accélérer les réflexions sur la lutte contre l'évasion fiscale, j'ai voté en faveur du rapport.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – À la suite du scandale Luxleaks, le Parlement européen a mis en place une commission spéciale pour enquêter sur les pratiques d'évasion et de fraude fiscales des entreprises dans l'Union européenne.

Un état des lieux sérieux et exhaustif des méthodes utilisées par les multinationales a été dressé et plusieurs recommandations pour lutter contre ces pratiques contraires au principe d'égalité devant l'impôt avancées.

Car cette question ne concerne pas seulement le Luxembourg, mais bien d'autres pays européens qui ont accordé, à la carte, des avantages fiscaux hors du commun à telle ou telle entité, voire à des États, conduisant à des distorsions de concurrence fiscale malvenues. Une réponse est possible: l'harmonisation fiscale au sein de la zone euro.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu la prolongation de cette commission spéciale qui, malgré ses capacité d'investigation limitées – j'avais appuyé pour ma part la création d'une commission d'enquête aux pouvoirs plus importants –, fait un excellent travail d'élucidation des pratiques néfastes des rescrits fiscaux, qui permettent à certains États et à de grandes multinationales de s'entendre afin de contourner la fiscalité européenne.

Les pratiques de planification fiscale agressive mises en cause ont des conséquences très lourdes sur les finances publiques de l'Union et obèrent sa capacité à disposer de moyens budgétaires conséquents pour agir concrètement. Le coût politique au niveau des populations est également très important. Pour faire croire en l'Europe, il faut que celle-ci se montre sous un jour irréprochable.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Специална комисия по данъчните постановления в Европейския парламент вече имаше. Мандатите на специалните комисии са по 6 месеца, тази беше дори продължена до края на ноември 2015. Сега искат да направят нова със същото име и функции, а дори и от първата нямаше ясни резултати. Подчертавам, че това е сфера на работа на държавите членки и данъчната политика не може и не бива да се решава на ниво Европейски съюз. Не разбирам защо има нужда от още една такава специална комисия, имайки предвид, че работна група по тези въпроси има и тя е под ръководството на колегите ми от комисията по икономически въпроси. Ако такава комисия обаче бъде създадена, въпреки че моят глас е против, аз не съм против нейния моментен състав.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Διατηρώ την πεποίθηση ότι η εν λόγω ειδική επιτροπή δεν επιτελεί το έργο για το οποίο συστάθηκε.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Como afirmámos aquando da votação do relatório da comissão TAXE em plenário, sempre afirmámos que a livre circulação de capitais provocaria o agravamento da erosão e da elisão fiscais e facilitaria a transferência de lucros, o que lesaria os cofres públicos.

Este relatório pecou por não ter tornado públicas as decisões fiscais antecipadas que foram tomadas, por não quantificar a dimensão destas decisões, o seu impacto nas receitas fiscais dos diferentes Estados-membros e por ser brando relativamente aos responsáveis políticos por estas decisões.

O «Luxleaks» e as investigações da comissão TAXE mostraram que, enquanto os governos impunham draconianos programas de «austeridade» aos trabalhadores e ao povo, desenhavam decisões e legislações fiscais que permitiam às multinacionais minimizar a sua taxa de imposto e as incentivavam à transferência de lucros. Mas é uma evidência que muito ainda ficou por investigar e apurar. Muitos foram os bloqueios levantados à ação desta comissão, a começar por alguns dos visados no escândalo, nomeadamente o atual presidente da Comissão Europeia.

Pese embora as conhecidas limitações, impunha-se por estas razões o prolongamento da atividade desta comissão. Os maiores grupos deste Parlamento (PPE e S&D) tudo fizeram para o impedir. Só a pressão da opinião pública os impediu de bloquear este prolongamento, que o nosso grupo propôs.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς.* **–** Υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση, δεδομένου ότι είναι, κατ' αρχήν, θετικό βήμα η σύσταση μιας επιτροπής που θα παρακολουθεί τις αποφάσεις σχετικά με την φορολογία και τις κρατικές ενισχύσεις, ταυτόχρονα όμως διατηρώ και έντονες επιφυλάξεις σχετικά με το αν θα επιτύχει η συγκεκριμένη επιτροπή απτά αποτελέσματα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This mandate will make it possible to repeat investigations on unfair tax practices entered into between some Member States and multinationals. In recent months, several European tax havens, including Belgium and Luxembourg, and large corporations have tried to hide the agreements negotiated between them. The new mandate will increase the pressure to get all the information needed.

Moreover, it will ensure that ambitious measures recommended in the TAXE report adopted last week will be well taken into account by Member States. It will be possible to tackle VAT fraud within the European Union. All 28 Member States of the European Union have to fight together against fraud and tax evasion. This is a quick way to generate enormous financial resources that will be allocated to education, health care, infrastructure, etc.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A javaslat értelmében azon határozat született, hogy különbizottságot állít fel, amely foglalkozik egyrészt a feltételes adómegállapításokkal és jellegükben vagy hatásukban hasonló egyéb intézkedésekkel, vizsgálva az állami támogatásokra és az adózásra vonatkozó uniós jog alkalmazása terén fennálló gyakorlatot a tagállamok által hozott feltételes adómegállapításokkal és jellegükben vagy hatásukban hasonló egyéb intézkedésekkel kapcsolatban, ha úgy tűnik, hogy ezt a gyakorlatot tagállam vagy a Bizottság alkalmazza, másrészt foglalkozik a káros, európai és nemzetközi szintű társaságiadó-rendszerekkel és gyakorlatokkal, és amely különbizottság:

A létrehozott bizottság teljes mértékben a TAXE különbizottság által elvégzett munkára épít és befejezi azt, különösen a fent említett, 2015. november 25-i állásfoglalásban kiemelt, megoldatlan kérdések kezelése, a munkájával kapcsolatos dokumentumokhoz – köztük a magatartási kódexszel foglalkozó csoport üléseinek jegyzőkönyveihez – való hozzáférés, valamint a nemzetközi, európai és nemzeti intézményekkel és fórumokkal, a tagállamok és harmadik országok parlamentjeivel és kormányaival, valamint a tudományos, üzleti és civil társadalmi közösség képviselőivel, köztük a szociális partnerekkel való szükséges kapcsolatok kialakítása és közös meghallgatások szervezése érdekében, az állandó bizottságokkal szoros együttműködésben.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la creación de la Comisión Especial para examinar las prácticas en la aplicación de la legislación de la UE sobre fiscalidad y ayudas estatales y sobre prácticas y regímenes fiscales perniciosos de las empresas en el ámbito europeo o internacional. Debemos avanzar hacia una mayor homogenización de la fiscalidad de los Estados miembros de la UE para reducir la competencia fiscal y las malas prácticas empresariales.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore del rinnovo del mandato della commissione parlamentare speciale sulle decisioni anticipate in materia fiscale (tax ruling) e altre misure analoghe per natura o effetto, fortemente sostenuto dal gruppo S&D, perché ritengo sia di fondamentale importanza continuare il lavoro fin qui fatto da questa commissione, sulla base di un mandato ben più robusto. Ho accolto con favore l'estensione del mandato della commissione speciale (TAXE 2), poiché condivido i nuovi compiti ad essa assegnata, che tra l'altro prevedono la possibilità di esaminare l'operato della Commissione europea in materia di aiuti di Stato e fiscalità, il rispetto da parte degli Stati membri delle normative fiscali nonché la pianificazione fiscale aggressiva da parte delle imprese.

La commissione TAXE 2 sarà chiamata a svolgere un importante lavoro di monitoraggio riguardante l'attuazione, da parte degli Stati membri e delle istituzioni europee, delle raccomandazioni contenute nella relazione finale della commissione TAXE 1 e, inoltre, dovrà dare seguito alle raccomandazioni decise dalle istituzioni internazionali, quali l'OCSE e il G20. Dopo l'attenta diagnosi e la prescrizione altrettanto completa da parte del PE, è giunto il momento in cui la Commissione europea e gli Stati membri introducano una normativa efficace contro ogni pratica fiscale dubbia.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für die Einsetzung eines Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung, dessen Befugnisse, zahlenmäßige Stärke und Mandatszeit gestimmt, da ich es für wichtig halte, dass sich Europa des Themas der Steuergerechtigkeit und der Transparenz über alle Grenzen hinweg annimmt. Es kann nicht sein, dass Bürger, Familien und Mittelstand die Steuerkassen füllen, während Großkonzerne sich im steuerlichen Niemandsland sonnen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Gemeinsam mit meinen Kollegen der EVP-Fraktion habe ich mich erneut für effektive und faire Steuersysteme eingesetzt. Das Einsetzen eines Sonderausschusses gewährleistet, dass bestehende Steuervorschriften auch weiterhin eingehalten werden. Dennoch besteht das eigentliche Problem nicht in den Steuermodellen einzelner Staaten. Die mangelnde Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten untereinander ist die Ursache für das Entstehen von immer neuen Steuerschlupflöchern.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this special committee as it is important the EP continues its work on taxation files and keeps up the pressure on the Council to make sure loopholes in European taxation legislation are closed.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución, con la que se prorroga el funcionamiento de la Comisión Especial TAXE para la investigación de las resoluciones fiscales entre empresas multinacionales y los Estados de Luxemburgo y los Países Bajos en particular. Dado que bajo el anterior mandato quedó mucha información por esclarecer, y que ha aparecido nueva información que implica personalmente a Jean-Claude Juncker y Jeroen Dijsselbloem, estimamos que esta prórroga era necesaria, y nos alegramos de que el mandato sea prácticamente idéntico al anterior.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on setting up a special committee on tax rulings and other measures similar in nature or effect, its powers, numerical strength and term of office, because I believe that it is important to fully build on and complete the work carried out by the TAXE Special Committee, in particular to address unresolved issues highlighted in its resolution of 25 November 2015 and to make the necessary contacts and hold hearings with international, European and national institutions, the national parliaments and governments of the Member States and third countries, as well as representatives of the academic community, business and civil society, including the social partners, in close cooperation with the standing committees.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report as it is important to fully build on and complete the work carried out by the TAXE Special Committee in particular to address the unresolved issues highlighted. It is also vital to allow access to relevant documents for its work, including the minutes of meetings of the Code of Conduct Group. In addition to this, it will allow the necessary hearings with international, European and national institutions as well as the other parties involved or affected to take place which is vital going forward for Member States.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – Whilst UKIP recognises that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multinational companies, we have seen from the plenary resolution of 25 November 2015 that Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations.

These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons UKIP voted against.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke o osnivanju Posebnog odbora za odluke o porezima i ostale mjere slične prirode ili učinka, njegovim ovlastima, sastavu i trajanju mandata jer se na taj način omogućuje analiza prakse Europske komisije o stalnom nadzoru nad sustavima potpora koji postoje u državama članicama, savjetovanje oko funkcioniranja i razvoja unutarnjeg tržišta, te ispitivanje svih onih mjera koje se odnose na oporezivanje, te ostalih mjera sliče prirode ili učinka.

Smatram da je pozitivno to što će navedeni odbor nadopuniti i nastaviti rad Odbora TAXE, te podržavam također prijedlog praćenja rada međunarodnih institucija i način na koji institucije EU-a i države članice provode preporuke koje su navedene u Rezoluciji Parlamenta od 25. studenog 2015.

Diane James (EFDD), *in writing***.** – Whilst my UKIP colleagues and I recognise that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multinational companies, we have seen from the plenary resolution of 25 November 2015 that Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations. These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons my fellow UKIP MEPs and I voted against.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la constitution, pour six mois, de la nouvelle commission spéciale sur les rescrits fiscaux (TAXE II), pour assurer le suivi de la mise en œuvre des recommandations faites par le Parlement européen sur les rescrits fiscaux. Le Parlement s'étant exprimé et ayant avancé des propositions sur les pratiques des États membres et des entreprises en matière de rescrit fiscaux, la mise en œuvre effective de ces recommandations est importante et doit pouvoir être suivie et soutenue en temps réel par le Parlement européen.

La constitution de cette commission spéciale a été soutenue par une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Durch die Verlängerung des vorliegenden Mandats wird es ermöglicht, die bereits geleistete Arbeit des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden weiterzuführen. Ziel des Sonderausschusses ist es, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung innerhalb der EU so weit wie möglich einzugrenzen. Daher stimme ich diesem Vorschlag zu.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car elle confie pour six mois à une commission TAXE 2 le soin de prolonger le travail de la commission TAXE 1. Cette prolongation est en effet utile pour examiner certains documents fournis avec retard par la Commission de Bruxelles.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – Specjalna Komisja w sprawie podatków zakończyła pierwszy etap swojej pracy. Efekty tej pracy oceniam pozytywnie, aczkolwiek mamy świadomość, że czas był zbyt krótki, aby osiągnąć zamierzony efekt. Problem jest wyartykułowany, ale nadal brak jest jednoznacznych rekomendacji co do nowych rozwiązań. Musimy zdawać sobie sprawę z tego, że problem nie jest łatwy. Mamy do czynienia często z ponadnarodowymi korporacjami z jednej strony oraz silnymi interesami budżetowymi państw. Przedłużenie pracy komisji w tym samym składzie pozwoli na kontynuację prac w sposób ciągły i zgodny z wolą prawie wszystkich grup politycznych. Na pewno życzy sobie tego moja grupa i polska delegacja w grupie Socjalistów i Demokratów.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – N-VA steunt de voortzetting van het werk van de bijzondere Commissie TAXE. Voor N-VA is het van vitaal belang dat een breed vertrouwen aanwezig kan zijn in de onderzoeksresultaten van deze bijzondere commissie. Sommigen hadden vragen bij de resultaten van de eerste onderzoeksfase. We roepen het Parlement daarbij wel op te focussen op de relevante kwesties die tot dusverre helaas onderbelicht bleven. Concreet willen we het Europees Parlement alle kansen geven om verder na te gaan of fiscale rulings misbruikt worden als illegale staatssteun. Deze Commissie moet onderzoeken welke maatregelen nodig zijn om dergelijke oneerlijke staatssteun tegen te gaan en om voldoende transparantie te waarborgen bij fiscale rulings. Dit thema is veel te belangrijk om politieke spelletjes mee te spelen.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta votación se amplían los trabajos de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares, cuyo trabajo investigativo sobre el escándalo LuxLeaks careció de profundidad por las numerosas ausencias de multinacionales y Gobiernos convocados en sede parlamentaria, así como por la falta de voluntad de someter a los responsables de las instituciones europeas (y, particularmente, de la Comisión y el Eurogrupo) a un escrutinio sobre sus responsabilidades. Si bien la reconstitución de la comisión no garantiza en sí misma un resultado mejor, nos dota de instrumentos y tiempo para exigir responsabilidades por la elusión fiscal en Europa, por lo que he votado a favor.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam prijedlog Konferencije predsjednika da se ponovo osnuje Posebni odbor za odluke o porezima i ostale mjere slične prirode ili učinka, TAXE 2, na mandat od 6 mjeseci. Posebni odbor TAXE 2 nastavit će i dovršiti rad Posebnog odbora TAXE 1 te će i dalje pratiti prakse koje države članice primjenjuju vezano za propise EU-a o državnim potporama i oporezivanju te o praksama vezanim za poreza na dobit.

Ovom odlukom Europski parlament još jednom šalje poruku kako nema iznimaka među državama članicama kada su u pitanju porezi, ali i koliko je važno pošteno tržišno natjecanje i pravedna porezna politika.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης απόφασης σχετικά με τη σύσταση, τις αρμοδιότητες, τη σύνθεση και τη διάρκεια της θητείας της ειδικής επιτροπής σχετικά με τις φορολογικές αποφάσεις τύπου «tax ruling», και άλλα μέτρα ισοδύναμου χαρακτήρα και αποτελέσματος, και επειδή θεωρώ απαραίτητη τη λειτουργία της εν λόγω επιτροπής με στόχο την πάταξη της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Apoyo la decisión de establecer una Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares, que nos permitirá examinar las prácticas en la aplicación del Derecho de la Unión en materia de ayudas estatales y fiscalidad.

Debemos asegurar el máximo rigor en el cumplimiento, por parte de las instituciones comunitarias, de los Estados miembros y de todas las personas o entidades involucradas, de la normativa, y por eso es tan importante la creación de este órgano.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Durch den Vorschlag kann der Sonderausschuss seine Arbeit vertiefen. Es besteht die begründete Hoffnung, dass es durch diesen Beschluss zu einer Eindämmung der Steuerhinterziehung innerhalb der EU kommen würde. Daher befürworte ich diesen Vorschlag.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'affaire Luxleaks, sur les rescrits fiscaux en cours au Luxembourg, a été révélée en novembre 2014. Une commission spéciale en charge de cette affaire a été instaurée par le Parlement en février 2015. Elle a été renouvelée pour poursuivre ses travaux en juillet 2015. À l'occasion de la présentation de son rapport en novembre dernier, nous avons pu constater qu'il restait de nombreuses parts d'ombre sur la responsabilité des autorités luxembourgeoises et des multinationales dans cette affaire. Bien que cette commission «spéciale» ait des pouvoirs limités, je vote pour la constitution d'une nouvelle commission spéciale sur les rescrits fiscaux qui conservera la structure de la commission spéciale TAXE.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du prolongement de la commission TAXE, de la nomination de nouveaux membres et de la définition d'un nouveau mandat, dans le but de terminer le travail d'examen des documents qui n'avaient pas été fournis par les États membres et la Commission. Il n'y a toujours pas de commission d'enquête, mais la rédaction est suffisamment large pour permettre de mener à bien des investigations supplémentaires. J'ai donc logiquement voté en faveur de ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – As principais prioridades da política fiscal a nível da UE são: a eliminação dos obstáculos fiscais à atividade económica transfronteiras, o combate à concorrência fiscal nociva, a promoção de uma maior cooperação entre as administrações fiscais no que diz respeito ao controlo e ao combate à fraude.

Votei favoravelmente a decisão de criação de uma Comissão Especial sobre as Decisões Fiscais Antecipadas e Outras Medidas de Natureza ou Efeitos Similares (TAXE 2), a fim de examinar a aplicação, por um Estado-Membro ou pela Comissão, do direito sobre os auxílios estatais e do direito fiscal da União relativamente às decisões fiscais antecipadas e a outras medidas de natureza ou efeitos similares tomadas pelos Estados-Membros, caso essas práticas configurem um ato de um Estado-Membro ou da Comissão, e sobre práticas e regimes prejudiciais de tributação das sociedades a nível europeu e internacional.

Tem como missão acompanhar e vigiar a aplicação das recomendações do relatório da Comissão TAXE 1.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of setting up a special committee on tax rulings and other measures of a similar nature as it will increase the level of transparency and combat cross-border tax avoidance.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the establishment of the Special Committee TAXE II, under Rule 197 of Parliament's Rules of Procedure. The Special Committee has been established for six months to fully build on and complete the work carried out by the TAXE I Special Committee, in particular to address unresolved issues on tax rulings and other measures similar in nature or effect and to access relevant documents for its work.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament 2015. február 12-én határozott a feltételes adómegállapításokkal és jellegükben vagy hatásukban hasonló egyéb intézkedésekkel foglalkozó, úgynevezett TAXE különbizottság felállításáról, annak hatásköreiről, létszámáról és megbízatásának időtartamáról. A különbizottság mandátuma ez év nyarán lejárt, benyújtott jelentését a Parlament november 25-én tárgyalta meg és fogadta el.

Tekintettel a jelentésben foglalt megállapításokra, az Elnökök Értekezlete azt javasolta, hogy a parlament állítson föl egy, a TAXE Különbizottsággal hatáskörében, létszámában és struktúrájában azonos különbizottságot azzal a céllal, hogy az fejezze be a TAXE Különbizottság munkáját, és kövesse nyomon a november 25-i állásfoglalásban szereplő ajánlások végrehajtását. A határozati javaslatot támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La commission spéciale TAXE, chargée de faire la lumière sur le scandale des Luxleaks et de formuler des propositions pour lutter contre l'optimisation fiscale agressive, n'a pas pu pleinement achever son travail, notamment en raison des réticences de la Commission et de certains États membres à communiquer les documents réclamés. On ne peut donc qu'appuyer la prolongation du mandat de six mois, même si l'on peut regretter qu'il n'intègre pas explicitement la recherche des responsabilités personnelles des dirigeants des États incriminés, notamment du Luxembourg (J-C. Juncker) et des Pays-Bas (J. Dijsselbloem).

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui permet la constitution d'une commission spéciale TAXE II, composée des mêmes membres que ceux de la commission TAXE dont le mandat est arrivé à échéance. Cette nouvelle commission poursuivra, pendant une durée de six mois, le travail d'information engagé sur les rescrits fiscaux et les autres mesures similaires par leur nature ou par leur effet. Il s'agit de lutter contre l'évasion fiscale qui peut notamment résulter de transferts fictifs de bénéfices.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Sono a favore dell'istituzione di una commissione speciale sulle decisioni anticipate in materia fiscale (tax ruling) al fine di esaminare le prassi seguite nell'applicazione delle norme dell'UE in materia di aiuti e le altre misure analoghe per natura o effetto adottate dagli Stati membri. Tale commissione si basa integralmente sull'attività svolta dalla commissione speciale TAXE, e sul suo completamento, in particolare per accedere ai documenti rilevanti ai fini della sua attività, stabilire i necessari contatti e svolgere audizioni con istituzioni e in sedi internazionali, europee e nazionali, con parlamenti nazionali e governi degli Stati membri e di paesi terzi, nonché con rappresentanti del mondo accademico, delle imprese e della società civile.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for the setting up of this special committee that will examine practice regarding tax rulings and other measures similar in nature or effect issued by Member States since 1 January 1991.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da die Arbeit auch an den TAXE-Sonderausschuss anknüpft und diesen gut ergänzt. Insbesondere werden ungelöste Probleme behoben, und gleichzeitig sollte auch mehr Transparenz bei der Rechenschaftspflicht von Konzernen geboten werden. Des Weiteren werden in Zukunft bedeutende Einrichtungen im ständigen Kontakt sein und eng zusammenarbeiten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Otsusega luuakse komisjon, mis uurib liikmesriikides riigiabi ja maksualaste õigusaktide kohaldamise tavasid ning kahjulikke ettevõtete tulumaksusüsteeme ja tavasid Euroopa ja rahvusvahelisel tasandil.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu tam, kad Specialiojo sprendimų dėl mokesčių ir kitų panašaus pobūdžio ar poveikio priemonių komiteto veikla būtų pratęsta ir jam suteikti nauji tyrimo įgaliojimai.

Siekiant aptarti neišspręstas problemas ir užkirsti kelią žalingai praktikai, būtina nuodugniau ištirti ES valstybės pagalbos ir apmokestinimo taisyklių taikymo praktiką, susijusią su valstybių narių priimamais išankstiniais sprendimais dėl mokesčių ir kitomis panašaus pobūdžio ar poveikio priemonėmis. Be to, labai svarbu, kad kitos institucijos, tame tarpe ir Komisijos pirmininkas, glaudžiau bendradarbiautų su komitetu ir paaiškintų savo poziciją dėl buvusių skandalų.

Tam, kad komitetas galėtų tinkamai įvykdyti savo įgaliojimus, jo nariams turi būti suteikta teisė visapusiškai naudotis visais Elgesio kodekso grupės dokumentais, taip pat kita reikiama informacija.

Margot Parker (EFDD), *in writing***.** – Whilst UKIP recognises that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multinational companies, we have seen from the plenary resolution of 25 November 2015 that Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations. These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons UKIP voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Condivido la necessità di una commissione speciale per prendere decisioni anticipate in ambito fiscale. Colgo l'occasione per augurare un buon lavoro ai colleghi e sono fiducioso nel contributo che il loro impegno apporterà all'attività, già di ottimo livello, della commissione TAXE.

Eva Paunova (PPE), *in writing***.** – I welcome the decision for the work of Parliament's Special Committee on Tax Rulings to be continued under a new mandate for six months. Harmful corporate tax regimes and practices at European and international level could hinder considerably economic growth. Therefore, I voted in favour because I fully support the 'good governance' practice in the tax area (i.e. more transparency, exchange of information and fair tax competition).

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Inicijativa o rješavanju problema raznih manipulacija poreznim izvješćima multinacionalnih kompanija, a sve u svrhu stjecanja nezakonitog dodanog profita, dobro je došla u vremenima krize kada se države suočavaju sa padom poreznih prihoda zbog smanjene gospodarske aktivnosti. Pozdravljam prijedlog da se stane na kraj velikim multinacionalnim korporacijama koje se služe labavim zakonodavstvima pojedinih država Europske unije, a pogotovo trećih zemalja, kako bi stekle profit, izbjegle plaćanje poreza ili platile manje no što je propisano.

Poslovanje multinacionalnih korporacija mora ostvariti pozitivan efekt, kako na lokalno gospodarstvo, tako na gospodarstvo cijele države, a posljedično i na njenu prihodovnu stranu proračuna. Uvođenje detaljnih izvješća o poslovanju kompanija i poreznom sustavu korak je naprijed u osiguranju da će kompanije poslovati prema zakonu, ali i da će blagotvoran utjecaj lokalna gospodarstva zaista i osjetiti.

Podržavam uvođenje regulatornog tijela koje bi objedinjavalo sve nacionalne informacijske nalaze o zakonodavnim rješenjima, profitima kompanija i posebnim sporazumima između nacionalnih vlada i kompanija. Zaštita privatnosti osoba koje prokažu nezakonito djelovanje ili ukažu na modele porezne evazije mora biti u fokusu institucionalizacije borbe protiv problema izbjegavanja poreznih plaćanja.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem posílení zvláštního výboru pro daňová rozhodnutí a jiná opatření, jehož vznik je výsledkem dlouhodobé práce evropských sociálních demokratů. Tento výbor se v rámci svého nového šestiměsíčního mandátu zaměří na daňové úniky dějící se napříč celou EU se zvláštním zřetelem na daňové úniky velkých nadnárodních korporací. Členové výboru budou mít umožněný přístup k novým informacím a budou moci dohlížet na to, že základní požadavky Evropského parlamentu, které byly definovány ve zprávě dosud fungujícího zvláštního výboru, budou Komisí zodpovědně aplikovány.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La nuova commissione speciale del Parlamento europeo, competente in materia fiscale, concentrerà il proprio lavoro prevalentemente sulle pratiche fiscali pericolose attuate dalle aziende a livello europeo. La nuova commissione avrà la stessa struttura della precedente. Essa sarà composta da 45 membri e avrà il compito, tra l'altro, di esaminare l'operato della Commissione europea in materia di aiuti di Stato e fiscalità e il rispetto da parte degli Stati membri delle normative fiscali. Inoltre, controllerà che gli Stati membri e le istituzioni europee rispettino le raccomandazioni presentate dalla commissione parlamentare TAXE e darà seguito alle raccomandazioni decise dalle istituzioni internazionali come l'OCSE e il G20 rispettando, nel contempo, le competenze della commissione per i problemi economici e monetari, per quanto concerne le questioni in materia di tassazione. Con l'auspicio che questa nuova commissione parlamentare possa lavorare nell'interesse dei cittadini e delle aziende europee, contribuendo a rendere più trasparente e meno gravoso il sistema fiscale europeo, ho votato a favore della sua costituzione.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Nos termos da presente decisão, o Parlamento Europeu aprovou a constituição da sucessora da Comissão Especial sobre as Decisões Antecipadas e Outras Medidas de Natureza ou Efeitos Similares, conferindo-lhe um novo mandato de 6 meses, com início a 2 de Dezembro.

Esta nova comissão especial dará continuidade ao trabalho desenvolvido pela anterior Comissão Especial sobre as Decisões Antecipadas e Outras Medidas de Natureza ou Efeitos Similares, constituída a 12 de Fevereiro de 2015, trabalho este cujos resultados foram apresentados no relatório adotado em plenário a 25 de Novembro de 2015.

Neste sentido, competir-lhe-á, designadamente: acompanhar a aplicação pelos Estados-Membros e pelas instituições europeias das recomendações constantes da referida resolução de 25 de Novembro de 2015; acompanhar o trabalho que tem vindo a ser desenvolvido neste domínio pelas instituições internacionais, incluindo a OCDE e o G20; avaliar a atuação da Comissão em matéria de investigação dos auxílios de Estado e garantia da correta aplicação das obrigações de cooperação no domínio da fiscalidade; aferir do cumprimento pelos Estados-Membros das obrigações decorrentes da legislação europeia em matéria fiscal; e analisar as práticas de planeamento agressivo levadas a cabo pelas sociedades comerciais. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Whilst UKIP recognises that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multinational companies, we have seen from the Plenary Resolution of 25 November 2015 that Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations. These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons UKIP voted against.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je me réjouis de la mise en place d'une nouvelle commission spéciale TAXE II, certes aux contours sensiblement similaires à la commission qui l'a précédée (ainsi, le mandat reprend tous les principaux éléments de celui de la commission spéciale précédente, la même structure et le même nombre de membres, et sera en place pour six mois également). La nouvelle commission sera chargée d'examiner les pratiques des États membres et le respect de leurs obligations, notamment en vertu de la directive sur la coopération administrative, ainsi que d'évaluer la manière dont la Commission a mis en œuvre ses obligations en matière de contrôle des aides d'État et en sa qualité de gardienne des traités.

La commission spéciale devrait compléter le travail de la commission précédente afin de résoudre certaines questions toujours pendantes (notamment l'accès aux documents du groupe «code de conduite»). Elle devra également assurer le suivi de la mise en œuvre, par les États membres et les institutions européennes compétentes, des recommandations de la commission TAXE I et des travaux au niveau de l'OCDE et du G20.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de decisão do Parlamento Europeu relativa à criação de uma Comissão Especial sobre as decisões Fiscais Antecipadas e outras medidas de natureza ou efeitos similares (TAXE2), por considerar importante proceder ao exame e controlo deste tipo de decisões, práticas e regimes prejudiciais de tributação das sociedades a nível europeu e internacional, bem como ao exame dos regimes de auxílios existentes nos Estados-Membros e a sua conformidade com as regras da União sobre auxílios estatais e demais direito fiscal da UE.

Subscrevo ainda as atribuições conferidas à Comissão TAXE 2 elencadas no relatório e saliento o facto de que esta Comissão «se baseará plenamente e completará o trabalho realizado pela Comissão Especial TAXE 1, nomeadamente a fim de se debruçar sobre questões pendentes sublinhadas na sua resolução de 25/11/2015»— como se pode ler no texto do relatório.

Julgo ainda adequada a composição numérica (45 membros), igual à da Comissão Especial TAXE 1 e a duração do respetivo mandado (seis meses), iniciado a 2 de Dezembro de 2015. Pelas razões supra expostas, votei favoravelmente.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta di decisione del Parlamento europeo in quanto ritengo opportuno rinnovare l'istituzione della commissione speciale sulle decisioni anticipate in materia fiscale (tax rulling) e altre misure analoghe per natura o effetto. La commissione sarà composta da 45 membri, manterrà la struttura della commissione speciale Taxe e avrà un mandato di 6 mesi. Uno dei compiti principali che svolgerà la commissione sarà quello di analizzare e valutare le prassi eseguite nell'applicazione delle norme dell'Unione europea in materia di aiuti di Stato.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución, con la que se prorroga el funcionamiento de la Comisión Especial TAXE para la investigación de las resoluciones fiscales entre empresas multinacionales y los Estados de Luxemburgo y los Países Bajos en particular. Dado que bajo el anterior mandato quedó mucha información por esclarecer, y que ha aparecido nueva información que implica personalmente a Jean-Claude Juncker y Jeroen Dijsselbloem, estimamos que esta prórroga era necesaria, y nos alegramos de que el mandato sea prácticamente idéntico al anterior.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta votación se amplían los trabajos de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares, cuyo trabajo investigativo sobre el escándalo LuxLeaks careció de profundidad por las numerosas ausencias de multinacionales y Gobiernos convocados en sede parlamentaria, así como por la falta de voluntad de someter a los responsables de las instituciones europeas (y, particularmente, de la Comisión y el Eurogrupo) a un escrutinio sobre sus responsabilidades. Si bien la reconstitución de la comisión no garantiza en sí misma un resultado mejor, nos dota de instrumentos y tiempo para exigir responsabilidades por la elusión fiscal en Europa, por lo que he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the mandate for the new TAXE II Committee because there should be nowhere to hide for those governments and companies who have been complicit in tax dodging. Over the last nine months, the Special Committee on Tax has uncovered scandalous details about the nature and extent of tax fiddling in Europe. But that Committee has not had access to everything it needed to make a full assessment. The task is not over. That is why it was so important today to establish the TAXE II Committee: so that it can continue to investigate tax dodging across the EU, make sure MEPs have access to the right documents and have hearings with key individuals, and monitor the Commission's and Member States' progress in putting measures into place to stop tax fiddling.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh rozhodnutia EP o zriadení, pôsobnosti, zložení a funkčnom období Osobitného výboru pre daňové rozhodnutia a ďalšie opatrenia podobného charakteru alebo účinku. Osobitný výbor bude skúmať, ako sa v praxi uplatňujú právne predpisy EÚ o štátnej pomoci a zdaňovaní v súvislosti s daňovými rozhodnutiami. Nový osobitný výbor má právomoc analyzovať a posudzovať postupy Komisie, ktoré spočívajú v priebežnom skúmaní všetkých systémov pomoci poskytovanej v členských štátoch, navrhovaní primeraných opatrení, ktoré si vyžaduje postupný vývoj alebo fungovanie vnútorného trhu, členským štátom, kontrolovaní, či je pomoc, ktorú poskytuje štát alebo ktorá sa poskytuje prostredníctvom zdrojov štátu, zlučiteľná s vnútorným trhom a či sa nezneužíva. Nový výbor bude mať 45 členov a jeho funkčné obdobie bude 6 mesiacov od 2. decembra 2015.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Osobitný výbor pre daňové rozhodnutia a ďalšie opatrenia podobného charakteru alebo účinku bude skúmať, ako sa vo všetkých členských štátoch uplatňujú pravidlá o daňových rozhodnutiach podľa pravidiel EÚ týkajúcich sa štátnej pomoci. Takýto výbor má podľa môjho názoru svoje opodstatnenie.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog odluke, jer smatram da će osnivanje odbora na razini Europske unije koji će se baviti pitanjima vezanima uz porez doprinijeti efikasnosti u poreznim politikama te pomoći zemljama članicama u kontroli poreznih odluka i mjera. Zadatak ovoga posebnog odbora je nastaviti i dovršiti rad Posebnog odbora TAXE, osobito u cilju rješavanja otvorenih pitanja koja su istaknuta u spomenutoj Rezoluciji od 25. studenog 2015. i dobivanja pristupa relevantnim dokumentima za svoj rad.

Uloga je i analizirati i procjenjivati praksu Komisije da provodi stalan nadzor, u skladu s člankom 108. UFEU-a, svih sustava potpora koji postoje u državama članicama, da državama članicama predlaže odgovarajuće mjere koje su potrebne za postupni razvoj ili funkcioniranje unutarnjeg tržišta, da provjerava je li potpora koju je dodijelila neka država ili potpora iz državnih sredstava spojiva s unutarnjim tržištem te da se ona ne koristi na način suprotan pravilima.

Također smatram da bi Komisija trebala pojasniti i priopćiti ulogu Odbora da se ne bi događali nesporazumi među zemljama članicama oko uloge istoga. Isto tako smatram da će ovaj Odbor doprinijeti daljnjem povezivanju i otvaranju tržišta unutar Europske unije.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the mandate for the new TAXE II Committee because there should be nowhere to hide for those governments and companies who have been complicit in tax dodging. Over the last nine months, the Special Committee on Tax has uncovered scandalous details about the nature and extent of tax fiddling in Europe. However, that Committee has not had access to everything it needed to make a full assessment. The task is not over. That is why it was so important today to establish the TAXE II Committee: so that it can continue to investigate tax dodging across the EU, make sure MEPs have access to the right documents and have hearings with key individuals, and monitor the Commission's and Member States' progress in putting measures into place to stop tax fiddling.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η σύσταση μιας επιτροπής που θα παρακολουθεί τις αποφάσεις σχετικά με την φορολογία και τις κρατικές ενισχύσεις είναι, κατ' αρχήν, θετικό βήμα, ταυτόχρονα όμως διατηρούμε και έντονες αμφιβολίες σχετικά με το αν θα επιτύχει η συγκεκριμένη επιτροπή απτά αποτελέσματα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a feltételes adómegállapításokkal foglalkozó európai parlamenti különbizottság felállítását. Az első TAXE bizottság nemrég elfogadott jelentésében kiválóan foglalta össze az egyes tagállamok és a multinacionális vállalatok által eddig folytatott káros adóelkerülési és adócsalási gyakorlatokat, valamint egyértelmű és részletes ajánlásokat tett az Európai Bizottság és a tagállamok számára az elfogadhatatlan helyzet hatékony kezelésére.

Azonban ezzel nem ért véget a munka. Míg nem számoljuk fel teljes mértékben a káros adóelkerülési eljárásokat, és nem érjük el, hogy alapjaiban változzon e téren a politikai erkölcsi morál, mindaddig szükség lesz a közeli és folyamatos nyomon követésre.

Sajnálatos módon az egyes országokban a káros adózási gyakorlatok szinte normává váltak. Ezenfelül egyre újabb adóelkerülési sémák, kiskapuk jelennek meg. Ezeket folyamatosan követni kell és fel kell rájuk hívni a figyelmet. Ebben lesz kiemelkedően nagy szerepe az új különbizottságnak.

Helyesnek tartom továbbá azt is, hogy az új bizottság megtartja az első TAXE bizottság struktúráját, mely mentén az elmúlt évben hatékonyan dolgozhattak a tagok.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me réjouis que l'ensemble des groupes politiques se soient entendus sur la proposition faite par le groupe S&D. Ils dotent ainsi la Commission spéciale TAXE d'un mandat fort pour les 6 prochains mois.

Ce mandat qui permettra trois choses.

Reprendre les investigations sur les pratiques fiscales déloyales conclues entre certains États membres et les multinationales. Lors des derniers mois, plusieurs paradis fiscaux européens, dont la Belgique et le Luxembourg, et de grandes entreprises ont tout tenté pour camoufler les accords négociés entre eux. Le nouveau mandat permettra d'accentuer la pression pour obtenir toutes les informations.

S'assurer que les mesures ambitieuses préconisées dans le rapport TAXE voté la semaine dernière seront bien prises en compte par les États membres.

Ouvrir un nouveau chantier. Les députés vont s'attaquer à la fraude à la TVA au sein de l'Union européenne.

Insistons pour que l'ensemble des 28 États membres de l'Union européenne soient sensibilisés de la même manière à la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales. C'est un moyen rapide de dégager d'énormes moyens financiers qui pourront être affectés à l'éducation, aux soins de santé, aux infrastructures, etc.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Following the decision of the Conference of Group Chairs of the European Parliament I approved in plenary the decision to set in place a new special TAXE II Committee, as it is in my opinion necessary to pursue the important work of the European Parliament on this topic.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Protivim se produženju mandata specijalnog odbora TAXE, odnosno osnivanju odbora TAXE II na period od šest mjeseci, koje su grupe EPP, S&D i ALDE predložile s tvrdnjom da je isto potrebno kako bi se zagarantiralo uspješno privođenje mandata prvog TAXE odbora. Glavni argumenti išli su u tom smjeru da prvi odbor još uvijek nije zaprimio svu potrebnu dokumentaciju i informacije zatražene od Komisije i država članica, a koja bi mu omogućila efikasno i efektivno privođenje mandata kraju.

Primarna funkcija novog odbora bi, sukladno navedenome, bila koncentriranje na zaprimanje informacija koje im nedostaju, te općenito nastavak implementacije preporuka koje je dao prvi odbor.

Smatram da je osnivanje novoga odbora TAXE II potpuno nepotrebno i besmisleno iz razloga što isti neće dati nikakvu dodatnu vrijednost nego će imati tek puko formalnu funkciju završavanja posla svoga prethodnika, što je dovoljno efikasno, ako ne i efikasnije, a u svakom slučaju jeftinije po porezne obveznike, a to se može riješiti i kroz već postojeće forume Europskog parlamenta, kao što je primjerice radna grupa o porezima odbora ECON.

Stoga sam glasovala protiv.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Podprla sem ustanovitev Posebnega odbora za davčna stališča in druge ukrepe podobne narave.

Ker velik del držav članic ni celovito sodeloval z odborom TAXE v preteklosti, menim, da je dobro, da nadaljujemo z delom. Nadaljevanje dela TAXE odbora bo nadgrajevalo pritisk na Svet in države članice.

Tako jaz kot politična skupina ELS menimo, da je obstoječi TAXE nalogo opravil dobro. V veliki večini je odbor dosegel naloge, za katere si je prizadeval. Zato ne potrebujemo popolnoma novega odbora, ki začne delo znova.

Novi odbor TAXE naj ne ponavlja dela prvega odbora, temveč naj njegovo delo nadgrajuje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución, con la que se prorroga el funcionamiento de la Comisión Especial TAXE para la investigación de las resoluciones fiscales entre empresas multinacionales y los Estados de Luxemburgo y los Países Bajos en particular. Dado que bajo el anterior mandato quedó mucha información por esclarecer, y que ha aparecido nueva información que implica personalmente a Jean-Claude Juncker y Jeroen Dijsselbloem, estimamos que esta prórroga era necesaria, y nos alegramos de que el mandato sea prácticamente idéntico al anterior.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament úgy határozott, hogy a TAXE bizottság munkájának lezárulta után különbizottságot állít fel, amely foglalkozik a feltételes adómegállapításokkal és jellegükben vagy hatásukban hasonló egyéb intézkedésekkel, vizsgálva az állami támogatásokra és az adózásra vonatkozó uniós jog alkalmazása terén fennálló gyakorlatot. Az új testület teljes mértékben a TAXE különbizottság által elvégzett munkára épít és megpróbálja lezárni még a nyitott kérdéseket. Természetes, hogy a testület felállítását támogatólag megszavaztam.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de la continuación del trabajo del Parlamento Europeo sobre la evasión fiscal masiva de las grandes corporaciones. Por eso creo que prorrogar el mandato de la Comisión Especial TAXE, de la que soy miembro, es una necesidad institucional.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the decision on setting up a Special Committee on Tax Rulings and Other Measures Similar in Nature or Effect. In this document I supported the decision to set up a special committee (TAXE II) to examine the practice in the application of EU state aid and taxation law in relation to tax rulings and other measures similar in nature or effect issued by Member States. The TAXE II Special Committee will have 45 members. I agree that the new committee should build on the work done previously, in particular to tackle unresolved issues and that focusing on harmful corporate tax regimes and practices at European and international level is essential for ensuring transparency in this field.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta votación se amplían los trabajos de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares, cuyo trabajo investigativo sobre el escándalo LuxLeaks careció de profundidad por las numerosas ausencias de multinacionales y Gobiernos convocados en sede parlamentaria, así como por la falta de voluntad de someter a los responsables de las instituciones europeas (y, particularmente, de la Comisión y el Eurogrupo) a un escrutinio sobre sus responsabilidades. Si bien la reconstitución de la comisión no garantiza en sí misma un resultado mejor, nos dota de instrumentos y tiempo para exigir responsabilidades por la elusión fiscal en Europa, por lo que he votado a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de oprichting van de nieuwe TAXE II-commissie, opdat het Europees Parlement ten volle in staat zou zijn om zijn werk rond dit onderwerp succesvol voort te zetten en hiertoe ook alle kansen krijgt.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este processo confirma a natureza do atual processo de integração europeu, desenhado para favorecer as grandes empresas multinacionais. Confirma igualmente o vínculo entre as principais famílias políticas presentes no Parlamento e os interesses destas grandes empresas que são e continuarão a ser as que mais lucram com a liberalização da economia e com o enfraquecimento da capacidade dos Estados nacionais para controlar as suas economias. O nosso trabalho na comissão insere-se, por isso, na construção de uma outra Europa virada para os interesses das pessoas e dos trabalhadores.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Durch den Vorschlag kann der Sonderausschuss seine Arbeit vertiefen. Es besteht die begründete Hoffnung, dass es durch diesen Beschluss zu einer Eindämmung der Steuerhinterziehung innerhalb der EU kommen würde. Daher befürworte ich diesen Vorschlag.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore del nuovo mandato della commissione TAXE perché, in questo modo, potrà non solo continuare il proprio lavoro, ma intraprendere indagini con un mandato ancora più solido. Il Parlamento ha mandato un segnale forte. Ora la palla passa alla commissione e agli Stati membri per introdurre delle regole efficaci contro le pratiche fiscali illecite da parte delle imprese.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Στήριξα και εγώ από πλευράς μου την πρόταση για συνέχιση του έργου της ειδικής επιτροπής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για τις φορολογικές αποφάσεις, η οποία εξετάζει τα επιζήμια εταιρικά φορολογικά καθεστώτα και πρακτικές σε ευρωπαϊκό και διεθνές επίπεδο.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za Sklep Evropskega parlamenta o ustanovitvi posebnega odbora (TAXE 2) za davčna stališča in druge ukrepe podobne narave ali s podobnim učinkom, njegovih pooblastilih, številčni sestavi in mandatu (2015/3005(RSO)) sem glasoval, ker se strinjam, da je potrebno preučiti prakso pri uporabi državne pomoči EU in davčne zakonodaje glede davčnih stališč ter drugih ukrepov podobne narave ali s podobnim učinkom, ki jih izvajajo države članice.

20.2. Benennung der Mitglieder des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por tratarse de una mera formalidad técnica, que completa la prórroga del mandato de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the appointments to the Special Committee on Tax Rulings (TAXE II). However, while of course the composition of the committee is very important, we should not lose sight of the fact that this committee should not just be another elaborate PR stunt.

According to the new mandate TAXE II should either produce a resolution or another report. I have called for a report to be produced as a report is more effective and carries more authority as opposed to a resolution.

As it stands, it has been agreed that a report will be issued but only if the TAXE II Committee makes new discoveries.

I have a number of reservations as to whether the Committee will discover anything of substance as the lack of political will to date has been very disappointing. However, I will continue to monitor this situation closely.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition qui reconduit les membres de la précédente commission TAXE dont notre collègue Bernard Monot fait partie.

La commission TAXE a produit un travail sérieux, en dépit du peu de moyens dont elle dispose et de l'attitude du président de la Commission, M. Juncker, qui affirme qu'il n'était pas responsable de son administration lorsqu'il était ministre du Luxembourg. Avec les autres députés du Front national, nous attendons de la nouvelle commission TAXE qu'elle fasse davantage la lumière sur ces scandales.

J'ai donc voté pour la reconduite de ses membres.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Pirmininkų sueigos pasiūlymą dėl narių paskyrimo į Specialųjį sprendimų dėl mokesčių ir kitų panašaus pobūdžio ar poveikio priemonių komitetą.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Dans un souci de continuité du travail déjà entamé depuis février 2015, les membres de la commission spéciale sur les rescrits fiscaux ont été reconduits.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito***.** – Hemos votado a favor de esta Resolución, mediante la cual se nombra a los miembros de la Comisión Especial TAXE en su nuevo mandato.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce texte doit permettre la prolongation de la commission TAXE pour six mois et il propose simplement de reconduire les 45 membres de la précédente commission TAXE 1. J'ai donc voté pour.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Per il gruppo ENF sono riconfermati i membri di TAXE della fase precedente, così come raccomandato dalla stessa Conferenza dei presidenti, in modo da poter proseguire immediatamente il buon lavoro finalizzato con la relazione d'iniziativa votata a Strasburgo durante la scorsa sessione plenaria.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the appointments to the Special Committee on Tax Rulings (TAXE II). While of course the composition of the committee is very important, we should not lose sight of the fact that this committee should not just be another elaborate PR stunt.

According to the new mandate TAXE II should either produce a resolution or another report. I have called for a report to be produced as a report is more effective and carries more authority as opposed to a resolution.

As it stands, it has been agreed that a report will be issued but only if the TAXE II Committee makes new discoveries.

I have a number of reservations as to whether the Committee will discover anything of substance as the lack of political will to date has been very disappointing. However, I will continue to monitor this situation closely.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this decision so that the new committee can analyse, examine and assess any harmful corporate tax regimes as well as whether the Member States as well the EU institutions follow our taxation law and apply the state aid. The new committee should also continue to work on any issues unresolved by the previous committee.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla nomina dei membri della nuova commissione TAXE che, di fatto, mantiene la medesima composizione della precedente.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Συμφωνούμε με τον ορισμό μελών στην ειδική επιτροπή σχετικά με τις φορολογικές αποφάσεις τύπου «tax ruling».

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole. Ritengo importante dare un impulso decisivo alle nomine alla commissione speciale sulle decisioni anticipate in materia fiscale. Si tratta di una decisione di organizzazione interna la sua importanza risiede nella crucialità della materia e nei riflessi in termini di trasparenza amministrativa.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione che nomina 45 membri della nuova commissione speciale poiché ritengo che potranno analizzare e valutare in maniera più dettagliata e precisa tutti i regimi di aiuti esistenti negli Stati membri. Inoltre sono convinto che sarà possibile proporre agli Stati membri le opportune misure richieste dal graduale sviluppo o dal funzionamento del mercato interno nel verificare se l'aiuto concesso da uno Stato, o mediante fondi statali, sia compatibile con il mercato interno e se non sia attuato in modo abusivo. Infine ritengo opportuno che la struttura della commissione speciale TAXE sia mantenuta nella nuova commissione speciale e colgo l'occasione per augurare i miei più sentiti auguri di buon lavoro ai nuovi membri.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – Whilst UKIP recognises that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multinational companies, we have seen from the Plenary Resolution of 25 November 2015 that Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations.

These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons UKIP voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Mi congratulo per la nomina dei colleghi eletti nella commissione speciale sulle decisioni anticipate in materia fiscale e sono fermamente convinta che svolgeranno un ottimo lavoro per quanto riguarda l'ambito del tax ruling e che contribuiranno a vigilare sulle prassi e sui regimi fiscali dannosi di tutte quelle società che operano a livello europeo e internazionale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The Special Committee on Tax Rulings can play an important role in fostering tax transparency and the fight against tax fraud, but the Committee's mandate should respect the principle of subsidiarity so that different measures like the corporate tax base must remain an issue of national competence since they reflect the different challenges of the economies of Member States. These challenges include their domestic market size, geographical realities or resources. I voted in favour.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport vise à adopter la composition de la nouvelle commission spéciale sur les rescrits fiscaux et autres mesures similaires par leur nature ou par leur effet (TAXE II) qui est créée pour six mois et dont le mandat a été prolongé.

Il est proposé à mon collègue Alain LAMASSOURE de continuer son action en tant que président de cette commission spéciale. J'estime qu'il a effectué un travail remarquable et c'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Διατηρώ την πεποίθηση ότι η εν λόγω ειδική επιτροπή δεν επιτελεί το έργο για το οποίο συστήθηκε.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – As investigações da comissão TAXE mostraram que, enquanto os governos impunham violentos programas de «austeridade» aos trabalhadores e ao povo, desenhavam decisões e legislações fiscais que permitiam às multinacionais fugir ao pagamento de impostos.

É uma evidência que muito ficou por investigar e apurar. Muitos foram os bloqueios levantados à ação desta comissão, a começar por alguns dos visados no escândalo, nomeadamente o atual presidente da Comissão Europeia.

Pese embora as conhecidas limitações, impunha-se por estas razões o prolongamento da atividade desta comissão. Os maiores grupos deste Parlamento (PPE e S&D) tudo fizeram para o impedir. Só a pressão da opinião pública os impediu de bloquear este prolongamento, que o nosso grupo propôs.

É importante agora que os membros da nova comissão assumam a necessidade de levar por diante o completo esclarecimento de tudo o que permanece obscuro e por apurar. É necessário que alguns responsáveis e implicados – como o atual presidente da Comissão Europeia – voltem a ser chamados à comissão e não se furtem, desta feita, a prestar todos os esclarecimentos.

Mas não temos ilusões. Com a composição que tem esta comissão, o seu prolongamento terá mais servido para acalmar a pressão da opinião pública do que propriamente para ir mais fundo no seu trabalho de investigação.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained because I do not believe the EU should have a role in the tax affairs of Member States.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τους ορισμούς μελών στην ειδική επιτροπή σχετικά με τις φορολογικές αποφάσεις τύπου «tax ruling» διότι δεν θεωρώ ότι η επιτροπή, με τη συγκεκριμένη σύνθεσή της, θα μπορούσε να ανταποκριθεί στο ρόλο της.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the appointment of members of the Special Committee on Tax Rulings and Other Measures Similar in Nature or Purpose.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de los nombramientos tras la evaluación de los candidatos propuestos.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für die Benennung der Mitglieder des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden gestimmt, da ich mit der getroffenen Auswahl zufrieden bin.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Nach eingehender Prüfung aller Kandidaten habe ich der Benennung der vorgeschlagenen Mitglieder im Sonderausschuss zugestimmt.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución, mediante la cual se nombra a los miembros de la Comisión Especial TAXE en su nuevo mandato.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the decision on appointments to the Special Committee on Tax Rulings since the Committee will perform on key issues, analysing and assessing all systems of aid existing in Member States, proposing to the Member States appropriate measures required by the progressive development or by the functioning of the internal market, checking whether aid granted by a State or through State resources is compatible with the internal market and not misused, and deciding that the State concerned is to abolish or alter such aid.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this resolution in order to allow the TAXE Committee to continue their work and address any unresolved or outstanding issues.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Whilst UKIP recognises that there is a need for bodies like the OECD and G20 to revise the tax treatment of multinational companies, we have seen from the Plenary Resolution of 25 November 2015 that Parliament and the TAXE Committee are more interested in harmonising taxes, eliminating tax competition and extending the powers of the EU into tax matters which are properly the exclusive competence of sovereign nations.

These are not matters for the EU, and the TAXE Committee has shown itself to be powerless to require attendance of witnesses or disclosure of documents – without which its investigations can only ever be inconclusive. For these reasons UKIP voted against.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za imenovanja u Posebni odbor za odluke o porezima jer se time omogućuje početak rada navedenom Odboru u periodu od šest mjeseci i u sastavu od 45 članova, te u skladu je s člankom 197. Poslovnika Europskog parlamenta. Smatram da će Odbor imati važnu ulogu, te je potrebno zadržati strukturu Odbora TAXE, dok će dosljednost i neovisnost biti ključne za dostizanje zacrtanih ciljeva.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la composition de la nouvelle commission spéciale formée pour assurer le suivi de la mise en œuvre des recommandations faites par le Parlement européen sur les rescrits fiscaux. La composition est identique à celle de la précédente commission TAXE, ses membres connaissant déjà le sujet et étant les mieux à même d'assurer le suivi des mesures qu'ils ont eux-mêmes proposées.

Les nominations ont été validées à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Diesem Vorschlag stimme ich zu. Es handelt sich hierbei um eine automatische Benennung der Mitglieder. Dies bedarf keiner gesonderten Abstimmung.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor de este informe por tratarse de una mera formalidad técnica, que completa la prórroga del mandato de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Podržala sam Prijedlog Konferencije predsjednika o imenovanju članova Posebnog odbora za odluke o porezima i drugih mjera slične prirode ili učinka – TAXE 2. Čestitam svim zastupnicima koji su ponovo izabrani u Posebni odbor, a posebno kolegama iz Europske pučke stranke.

Zastupnici u Posebnom odboru moraju naglasiti kako je jačanje jedinstvenog tržišta jedno od prioriteta Unije, a kako bi to ostvarili moramo imati jasne stavove u borba protiv poreznih prijevara i utaja poreza te osigurati da države članice poštuju minimalne zahtjeve utvrđenih poreznih pravila.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich.* – Durch den Vorschlag kann der Sonderausschuss seine Arbeit vertiefen. Es besteht die begründete Hoffnung, dass es durch diesen Beschluss zu einer Eindämmung der Steuerhinterziehung innerhalb der EU kommen würde. Daher befürworte ich diesen Vorschlag.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* – La désignation des membres de cette commission se fait proportionnellement à la composition du parlement, soit 13 membres pour le PPE, 12 pour les socio-libéraux, 4 pour l'ECR, 4 pour l'ALDE, 3 pour la GUE, 3 pour les Verts, 3 pour l'EFDD, 2 pour l'ENF et 1 pour les non-inscrits. Je vote pour les membres désignés afin que cette commission puisse poursuivre ses travaux au plus vite.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit.* – Favorable à la reconduite de la commission TAXE, je vote pour sur la nomination de ses membres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito.* – Apresentei o meu voto favorável à proposta da Conferência de Presidentes relativa à indicação da composição da Comissão Especial sobre as decisões fiscais antecipadas e outras medidas de natureza ou efeitos similares. A comissão é composta por 45 eurodeputados.

Roberta Metsola (PPE), *in writing.* – I voted in favour of the appointment of a Special Committee on Tax Rulings as it will increase the level of transparency and combat cross-border tax avoidance.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing.* – I voted in favour of the appointments to the Special Committee on Tax Rulings established for six months, as its composition should be identical to TAXE I. The TAXE II Special Committee will build on and complete the work carried out by the TAXE I Committee, therefore in my opinion it is only logical that the composition of both Committees is the same.

Csaba Molnár (S&D), *írásban.* – A Parlament a javasolt kinevezéseket szavazás nélkül hagyta jóvá.

Bernard Monot (ENF), *par écrit.* – La reconduction des membres actuels de la commission spéciale TAXE fait consensus, elle permet d'achever le travail entrepris en février dernier et de remplir le nouveau mandat avec des élus qui ont déjà suivi les travaux en cours.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui permet la constitution d'une commission spéciale TAXE II, composée des mêmes membres que ceux de la commission TAXE dont le mandat est arrivé à échéance. Cette nouvelle commission poursuivra, pendant une durée de six mois, le travail d'information engagé sur les rescrits fiscaux et les autres mesures similaires par leur nature ou par leur effet. Il s'agit de lutter contre l'évasion fiscale qui peut notamment résulter de transferts fictifs de bénéfices.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for the appointments to the Special Committee on Tax Rulings.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam uspostavu posebnog tijela koje će nastaviti borbu za ukidanje nepoštenih korporativnih poreznih praksi. Ovo tijelo morat će raditi na tome da sve države članice budu jednake u poreznom tretmanu prema nacionalnim i multinacionalnim tvrtkama. Budući da je već utvrđeno nekoliko ostvarenih manipulacija putem dogovora (formalnih i neformalnih), a koji se tiču posebne porezne politike prema ciljanim tvrtkama, mišljenja sam da ovakvo tijelo predstavlja nužnu alatku u osiguranju osnovnih pravila tržišnog natjecanja koje mora biti jednako za sve.

Politike tržišnog natjecanja moraju biti u skladu s europskom praksom i ne smiju ni u jednom segmentu odstupati zbog partikularnih interesa pojedinih grupa unutar vlasti ili korporacija. Temelj Europske unije je zajedničko tržište, a ako kvalitetnom djelovanju tog temelja može pomoći uspostava trajnog tijela koje će biti zaduženo za osiguranje provedbe regulativa Unije i praćenje prakse, onda svakako podržavam ovakvu inicijativu. Očito je da je ovo jedan dodatni problem koji Europska unija mora institucionalno riješiti.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Na sequência da aprovação da decisão referente à constituição de uma nova Comissão Especial sobre as Decisões Antecipadas e Outras Medidas de Natureza ou Efeitos Similares, destinada a completar o trabalho desenvolvido pela anterior Comissão Especial sobre as Decisões Antecipadas e Outras Medidas de Natureza ou Efeitos Similares, constituída a 12 de Fevereiro de 2015, votei favoravelmente a presente decisão, referente à lista dos 45 membros que a compõem.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je me réjouis de la mise en place d'une nouvelle commission spéciale TAXE II, certes aux contours sensiblement similaires à la commission qui l'a précédée (ainsi, le mandat reprend tous les principaux éléments de celui de la commission spéciale précédente, la même structure et le même nombre de membres, et sera en place pour six mois également). La nouvelle commission sera chargée d'examiner les pratiques des États membres et le respect de leurs obligations, notamment en vertu de la directive sur la coopération administrative, ainsi que d'évaluer la manière dont la Commission a mis en œuvre ses obligations en matière de contrôle des aides d'État et en sa qualité de gardienne des traités.

La commission spéciale devrait compléter le travail de la commission précédente afin de résoudre certaines questions toujours pendantes (notamment l'accès aux documents du groupe «code de conduite»). Elle devra également assurer le suivi de la mise en œuvre, par les États membres et les institutions européennes compétentes, des recommandations de la commission TAXE I et des travaux au niveau de l'OCDE et du G20.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Concordo com a nomeação dos membros propostos pela Conferência de Presidentes.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta concernente la nomina dei membri della commissione speciale sulle decisioni anticipate in materia fiscale in quanto ritengo che i membri scelti per questo in carico siano competenti in materia e volenterosi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución, mediante la cual se nombra a los miembros de la Comisión Especial TAXE en su nuevo mandato.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por tratarse de una mera formalidad técnica, que completa la prórroga del mandato de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam imenovanja zastupnika u ovaj Posebni odbor za odluke o porezima jer smatram da će oni sa svojim stručnim znanjem iz područja fiskalne politike i poreza doprinijeti kvaliteti rada samoga Odbora. Uloga Odbora je da državama članicama predlaže odgovarajuće mjere koje su potrebne za postupni razvoj ili funkcioniranje unutarnjeg tržišta, da provjerava je li potpora koju je dodijelila neka država ili potpora iz državnih sredstava spojiva s unutarnjim tržištem te da se ona ne koristi na način suprotan pravilima što dovodi do unapređenja funkcioniranja istoga.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η επιτροπή αυτή, με την προτεινόμενη σύνθεση, δεν αναμένεται να φέρει τα προσδοκώμενα αποτελέσματα.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la nomination des membres de la commission spéciale sur les rescrits fiscaux et autres mesures similaires par nature ou par effet, suivant par là même les conseils des spécialistes ECON du groupe politique S&D et en particulier de mon collègue Hugues Bayet qui a largement contribué à ce résultat positif.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The setting up of, and appointments to, the TAXE II Special Committee are important decisions to continue the work of the EU against tax avoidance on our continent.

The new committee and the Members appointed will be tasked with examining the practices of the Member States and whether they are complying with their obligations. It will also assess how the Commission has implemented its obligations on state aid control and in its capacity as guardian of the Treaties. It will also monitor the implementation, by the Member States and the competent European institutions, of the recommendations of the TAXE I Committee and work at OECD and G20 level.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Nisam podržala imenovanje predloženih kandidata u Odbor za odluke o porezima jer smatram da produljenje rada ovog odbora neće značajno pridonijeti otkriću novih informacija u vezi optužbi da neke države članice posebnim poreznim olakšicama pogoduju međunarodnim korporacijama, zbog čega je prvotno i osnovan.

Tijekom svog rada, Odbor je proučavao porezne odluke u državama članicama te su održana saslušanja sa stručnjacima, kao i razni sastanci s predstavnicima nevladinih organizacija i javnim službenicima uključenima u kreiranje pravila o oporezivanju, tijekom kojih su članovi odbora zaključili da je suvremeno tržišno natjecanje na području oporezivanja kompanija štetno. Prema njihovim nalazima, takvo natjecanje nije rezultiralo samo gubitkom javnih prihoda, nego je dovelo i do nepoštenih odredbi prema kojima su porezna amnestija, odluke o porezima i ostali sustavi poreznih izuzeća i povlastica bili rezervirani za velike korporacije dok se od malih i srednjih poduzeća i građana ostvarivalo povećanje državnih prihoda.

Navedeni rezultati pokazuju da je privremeni odbor ispunio svoju zadaću te smatram da sada treba vratiti ovlasti već ustanovljenim tijelima koja se bave ovom problematikom. Budući da sam protiv osnivanja novog TAXE II odbora na šest mjeseci, glasovala sam i protiv imenovanja zastupnika u isti odbor.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Podprla sem imenovanja v Posebni odbor za davčna stališča.

Glede na delo prvotnega odbora TAXE menim, da je pomembno, da se vsi imenovani v ta odbor zavedamo, da je potrebno obstoječe delo nadgrajevati, ne pa ponavljati.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de esta Resolución, mediante la cual se nombra a los miembros de la Comisión Especial TAXE en su nuevo mandato.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Ahogy a különbizottság felállítása kapcsán már világossá tettem: az Európai Parlament úgy határozott, hogy a TAXE bizottság munkájának lezárulta után különbizottságot állít fel, amely foglalkozik a feltételes adómegállapításokkal és jellegükben vagy hatásukban hasonló egyéb intézkedésekkel, vizsgálva az állami támogatásokra és az adózásra vonatkozó uniós jog alkalmazása terén fennálló gyakorlatot. Az új testület teljes mértékben a TAXE különbizottság által elvégzett munkára épít és megpróbálja lezárni még a nyitott kérdéseket. Az ehhez kapcsolódó technikai javaslatokat is támogattam.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de los nombramientos de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares, de la que voy a formar parte.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour and thereby supported the appointments to the Special Committee on Tax Rulings because I agree with the importance of the role of this special committee and I support the tasks that have been assigned to it. It will have several powers, such as: to analyse and examine practice regarding tax rulings and other measures similar in nature or effect; proposing to Member States appropriate measures required by the progressive development or by the functioning of the internal market, checking whether aid granted by a State or through State resources is compatible with the internal market and not misused, deciding that the State concerned is to abolish or alter such aid within a certain period of time, and referring the matter to the Court of Justice of the European Union if the State concerned does not comply; to analyse and examine compliance by Member States regarding the obligation to cooperate and provide all necessary documents; and to analyse and examine compliance concerning mutual assistance by the competent authorities of the Member States in the field of direct taxation and taxation of insurance premiums.

I believe that the granting of such powers to the Special Committee will guarantee heightened transparency in this field.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por tratarse de una mera formalidad técnica, que completa la prórroga del mandato de la Comisión Especial sobre los Acuerdos Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de benoemingen in de Bijzondere Commissie fiscale rulings, omdat zij een noodzakelijke beslissing zijn om op Europees niveau belastingontduiking en fiscale fraude tegen te gaan.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este processo confirma a natureza do atual processo de integração europeu, desenhado para favorecer as grandes empresas multinacionais. Confirma igualmente o vínculo entre as principais famílias políticas presentes no Parlamento e os interesses destas grandes empresas que são e continuarão a ser as que mais lucram com a liberalização da economia e com o enfraquecimento da capacidade dos estados nacionais para controlar as suas economias. O nosso trabalho na comissão insere-se, por isso, na construção de uma outra Europa virada para os interesses das pessoas e dos trabalhadores.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Durch den Vorschlag kann der Sonderausschuss seine Arbeit vertiefen. Es besteht die begründete Hoffnung, dass es durch diesen Beschluss zu einer Eindämmung der Steuerhinterziehung innerhalb der EU kommen würde. Daher befürworte ich diesen Vorschlag.

20.3. Abkommen zwischen der EU und Liechtenstein über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (A8-0334/2015 - Sander Loones)

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Unione europea e Principato del Liechtenstein nell'ottobre del 2015 hanno siglato un accordo in materia di scambio automatico di informazioni finanziarie volto a contrastare il fenomeno dell'evasione e della frode fiscale. È importante ricordare che, purtroppo, il Principato del Liechtenstein, oltre a paesi quali, ad esempio, Svizzera e Monaco, è uno degli Stati più sensibili al tema dell'evasione e dell'elusione fiscale, posta in essere da parte di cittadini europei e non. Se è vero, comunque, che l'accordo rappresenta senz'altro un passo avanti nelle politiche di controllo attuate per il rispetto degli obblighi finanziari e fiscali in ambito internazionale, è altrettanto vero che potrebbe essere oggetto di ulteriori migliorie. Ecco perché ho deciso di astenermi dalla votazione, poiché ritengo che il testo così come formulato non sia in grado di realizzare quel livello di controllo e cooperazione necessario, in virtù di una serie di vuoti normativi facilmente aggirabili.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener medidas positivas de control de las transacciones con Liechtenstein, consideramos necesaria la prohibición total de los paraísos fiscales. Resulta ya problemático que sea solo ahora cuando la UE desarrolla este tipo de acuerdos de colaboración fiscal con Liechtenstein, especialmente en el específico punto de los rendimientos del ahorro, del que se benefician las principales fortunas de la Unión. Consideramos absolutamente imprescindible la cooperación fiscal entre dos países interconectados económicamente. Sin embargo, en el caso de los paraísos fiscales, como Liechtenstein, se requieren medidas más severas que prohíban directamente a las fortunas de nacionales de la UE utilizar sus ventajosos sistemas fiscales. Dado que este informe carece de referencia alguna a esta prohibición, no he podido votar a favor del mismo.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing***. –** I voted against this report. The intention of the report is positive in the sense that it is seeking to ensure that interests on savings income is paid, however, there has been no real effort to deal with this very important matter authentically or with any real will.

The shadow to the report was unable to make any improvements to the text as Parliament was only heard after the ratification of the agreement.

Moreover and very importantly, the agreement falls short of the Mandatory automatic exchange of information in the field of taxation report, which was approved in October in the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON).

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne a acté la fin du secret bancaire par la décision du Conseil du 20 mars 2014. Désormais, des échanges automatiques d'informations se font entre les États membres. L'Autriche et le Luxembourg se sont montrés réticents et ont exigé que la Suisse et le Liechtenstein prennent des mesures similaires en raison de leur proximité avec les pays de l'Union, qui créait de fait une concurrence déloyale.

Comme ce fut le cas pour la Suisse au cours de la troisième session plénière d'octobre, le Parlement européen était appelé à donner son avis sur le protocole de modification de l'accord entre la Communauté européenne et la Principauté de Liechtenstein. Cet accord prévoit certaines dispositions qui limiteront la possibilité, pour les contribuables, de se soustraire à leurs obligations de déclaration aux autorités fiscales. La transparence fiscale et la fin du secret bancaire est nécessaire afin de limiter la fuite des capitaux. J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement between the European Union and Liechtenstein. It is a great preventive measure to stop the evasive spread of tax fraud and tax evasion. Exchange of information relating to income in such forms as interests and dividends will help to better administrate tax matters in cross-border related situations, avoid tax evasion and help to reduce the administrative burden by avoiding unnecessary investigations.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama patvirtinti susitarimą dėl automatinių finansinių sąskaitų informacijos mokesčių klausimais mainų su Lichtenšteinu. ES ir Lichtenšteinas 2015 m. spalį pasirašė susitarimą dėl automatinio keitimosi finansinių sąskaitų informacija, siekdami gerinti tarptautinį bendradarbiavimą ir atitiktį mokesčių srityje. Tai smarkiai prisideda prie kovos su mokestiniu sukčiavimu ir mokesčių slėpimu. Nuo 2017 m. ES ir Lichtenšteinas automatiškai keisis informacija apie savo gyventojų finansines sąskaitas ir taip bus reaguojama į tuos atvejus, kai mokesčių mokėtojas bando nuslėpti kapitalą, kurį sudaro pajamos ar turtas, už kuriuos nebuvo sumokėti mokesčiai. Pritariu, kad mokesčių institucijos valstybėse narėse ir Lichtenšteine turėtų teisingai ir aiškiai nustatyti atitinkamus mokesčių mokėtojus, administruoti savo mokesčių teisės aktus bei užtikrinti jų vykdymą tarpvalstybiniais atvejais, įvertinti mokesčių slėpimo veikos galimybę bei išvengti nereikalingų tolesnių tyrimų.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé le nouvel accord entre la Communauté européenne et le Liechtenstein en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Les mesures prises dans ce texte portent sur l'échange d'informations selon la convention de l'OCDE et sur une protection des données plus grande.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este informe respecto a la transposición de la Directiva sobre la imposición de los intereses sobre los ahorros a un Acuerdo bilateral con Liechtenstein. Si bien el Acuerdo supone un paso adelante en la lucha contra el fraude y la evasión fiscal, es claramente insuficiente en términos de transparencia y obligaciones legales. Establece una discrecionalidad excesiva a la hora de revelar información, y condiciona el intercambio de informaciones al acuerdo entre las autoridades competentes. Además, el Parlamento Europeo solo ha sido consultado después de la ratificación del Acuerdo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, que hace referencia al Acuerdo que la UE y Liechtenstein firmaron el 28 de octubre de 2015 sobre el intercambio automático de información sobre cuentas financieras con vistas a mejorar a escala internacional la cooperación fiscal y el cumplimiento de las obligaciones tributarias. Apoyo al ponente, que acoge satisfactoriamente el Acuerdo, que representa un importante paso en la lucha emprendida en la actualidad contra el fraude fiscal y la evasión fiscal.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la proposition de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, du protocole de modification de l'accord entre la Communauté européenne et la Principauté de Liechtenstein prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Le protocole de modification vise à mettre en œuvre la norme mondiale unique pour l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers entre les États membres de l'Union et le Liechtenstein. Cette norme a été publiée par le Conseil de l'OCDE en juillet 2014.

Cet accord est le pendant de l'accord UE-Suisse signé le mois dernier et qui signe la fin du secret bancaire au Liechtenstein, via l'adoption de la norme OCDE. Il doit permettre en contrepartie l'abandon du secret bancaire par le Luxembourg et l'Autriche au niveau de l'Union.

J'ai donc voté pour ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione è condivisibile e priva di criticità. Grazie alla modifica dell'accordo tra UE e il Principato del Liechtenstein, gli scambi di informazioni sui conti e transazioni bancarie saranno automatici assicurando maggiore trasparenza e consentendo un'azione più efficace di contrasto alle frodi fiscali. Per questi motivi ho sostenuto col mio voto questo provvedimento.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La UE y Liechtenstein firmaron el 28 de octubre 2015 un Acuerdo relativo al intercambio automático de información sobre cuentas bancarias, un paso importante en los esfuerzos por perseguir el fraude fiscal y la evasión de impuestos, que actualiza el Acuerdo de 2004, que aseguraba que Liechtenstein cumplía con medidas equivalentes a las de la Directiva de la UE relativa a la fiscalidad de los rendimientos del ahorro.

Según el Acuerdo, a partir de 2017, la UE y Liechtenstein se intercambiarán automáticamente información sobre las cuentas bancarias de sus respectivos residentes. El objetivo es hacer frente a situaciones en las que el contribuyente pretende ocultar capitales sobre los que no ha pagado impuestos. Se garantizará que Liechtenstein aplica medidas equivalentes al nuevo marco jurídico del que la UE se ha dotado en la materia y, especialmente, a las de la Directiva relativa a la cooperación administrativa.

Observo como asuntos clave que las administraciones tributarias de los Estados Miembros y de Liechtenstein podrán identificar correctamente y de forma inequívoca a los contribuyentes concernidos, administrar y hacer cumplir sus leyes fiscales en situaciones transfronterizas, evaluar la probabilidad de evasión fiscal y aumentar la efectividad en la persecución de estos delitos.

Por todo ello, he votado a favor de este Acuerdo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo dėl Europos Sąjungos (ES) ir Lichtenšteino susitarimo dėl palūkanų, gautų iš taupymo pajamų, apmokestinimo. ES ir Lichtenšteinas 2015 m. spalio 28 d. pasirašė susitarimą dėl automatinio keitimosi finansinių sąskaitų informacija, siekdami gerinti tarptautinį bendradarbiavimą ir atitiktį mokesčių srityje. Šis susitarimas yra svarbus žingsnis šiuo metu vykstančioje kovoje su mokestiniu sukčiavimu ir mokesčių slėpimu, juo pakoreguojamas 2004 m. susitarimas, kuriuo buvo užtikrinama, kad Lichtenšteinas taikytų priemones, lygiavertes ES Taupymo pajamų apmokestinimo direktyvos priemonėms. Pagal šį susitarimą nuo 2017 m. ES ir Lichtenšteinas automatiškai keisis informacija apie savo gyventojų finansines sąskaitas. Siekiama reaguoti į tuos atvejus, kai mokesčių mokėtojas bando nuslėpti kapitalą, kurį sudaro pajamos ar turtas, už kuriuos nebuvo sumokėti mokesčiai. Šiuo susitarimu siekiama užtikrinti, kad Lichtenšteinas taikytų griežtesnes priemones, kurios yra lygiavertės ES direktyvai, pakoreguotai 2014 m. kovo mėn., ir kad laikytųsi automatinio keitimosi finansinių sąskaitų informacija nuostatų, kurios skatinamos įgyvendinant 2014 m. EBPO pasaulinius standartus. ES ir Lichtenšteino susitarimas turėtų įsigalioti nuo 2016 m. sausio 1 dienos.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Sporazum med EU in Lihtenštajnom o avtomatični izmenjavi podatkov o finančnih računih je logična posledica zadnjih razkritij, ko se ogromno denarja, tudi nelegalno pridobljenega, skriva na računih manjših držav, na ta način pa se skušajo posamezniki tudi izogniti obdavčitvi v matični državi.

Z izmenjavo informacij, vsaj v primeru Lihtenštajna, to ne bo več mogoče, zato tudi moja podpora sporazumu.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Lo scambio di informazioni rappresenta uno dei maggiori principi che deve essere rafforzato nel continente europeo nel settore fiscale. Alla fine di ottobre del 2015 l'UE e il Liechtenstein hanno firmato un accordo in materia che assicura un maggiore controllo sul rispetto delle normative e degli obblighi fiscali, rafforza l'impegno reciproco alla lotta alla frode e all'evasione fiscale e dà seguito all'impegno del Liechtenstein di dotarsi di strumenti interni equivalenti a quelli dell'Unione (direttiva UE relativa alla tassazione dei redditi da risparmio). Sostengo questa relazione che rafforza ulteriormente la cooperazione tra UE e il Liechtenstein.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Afin de convaincre les autorités autrichiennes et luxembourgeoises de ratifier l'accord concernant les échanges automatiques d'informations relatives aux comptes financiers, acté en mars 2014, l'Union européenne s'est employée à négocier avec le Liechtenstein la fin du secret bancaire, qui créait une concurrence fiscale déloyale en Europe.

L'accord, qui prendra effet à partir de 2017, prévoit que les États membres de l'Union et le Liechtenstein procèdent à des échanges automatiques de données concernant les revenus, les soldes des comptes et les plus-values issues de la vente d'actifs financiers. Ces mesures limiteront considérablement la possibilité des Européens d'échapper à l'imposition de leur pays d'origine et permettront aux États membres de récupérer les recettes fiscales qui leurs sont dues.

Nous sommes favorables à cette coopération, qui va limiter l'évasion fiscale en Europe. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour ce texte.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. L'accordo siglato dal Parlamento con il Liechtenstein renderà più difficile per i cittadini UE nascondere capitali alle loro autorità fiscali nazionali; a partire dal 2018 l'Unione europea e il Liechtenstein si scambieranno automaticamente le informazioni sui conti finanziari dei reciproci residenti.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione europea, del protocollo di modifica dell'accordo tra la Comunità europea e il Principato del Liechtenstein che stabilisce misure equivalenti a quelle definite nella direttiva 2003/48/CE del Consiglio in materia di tassazione dei redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi.

Per rafforzare la lotta alla frode e all'evasione fiscale, è assolutamente necessario promuovere lo scambio automatico di informazioni come futuro standard europeo e internazionale di trasparenza in materia fiscale. Questo strumento, oltre ad essere essenziale per contrastare i fenomeni eversivi, garantisce la massima trasparenza e collaborazione tra le amministrazioni coinvolte.

L'accordo è inteso a garantire che l'applicazione da parte del Liechtenstein di misure in linea con il quadro giuridico dell'Unione europea applichi misure rafforzate equivalenti a quelle previste dal quadro giuridico dell'UE, così come il rispetto dello scambio automatico di informazioni sui conti finanziari.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour because our 2014 agreements with Liechtenstein needed to be upgraded in line with the latest world developments so that we can continue our effective cooperation in the field of taxation. These will continue to help us combat tax evasion and fraud.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In seguito all'accordo tra l'Unione europea e il Liechtenstein sullo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali firmato il 28 ottobre 2015, a partire dal 2016 si procederà a uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, in maniera tale da incrementare gli sforzi per combattere la frode, l'elusione e l'evasione fiscale. Nonostante l'accordo in questione contenga sicuramente dei miglioramenti rispetto alla situazione attuale, ritengo che si sarebbe potuto e dovuto cercare un accordo più completo e approfondito, dal momento che questo presenta ancora diversi vuoti normativi facilmente aggirabili. Ho pertanto preferito astenermi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Αφορά την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη εξ'ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, του τροποποιητικού πρωτοκόλλου της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και του Πριγκιπάτου του Λίχνενσταϊν που προβλέπει μέτρα ισοδύναμα με τα θεσπιζόμενα στην οδηγία 2003/48/ΕΚ του Συμβουλίου για τη φορολόγηση των υπό μορφή τόκων εισοδημάτων από αποταμιεύσεις.

Λαμβάνοντας υπόψη και την έκθεση της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής, στηρίζουμε θετικά την έκθεση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Συζητήθηκε σήμερα η έκθεση σχετικά με τη σύναψη τροποποιητικού πρωτοκόλλου της συμφωνίας μεταξύ του Συμβουλίου - στο όνομα της Ευρωπαϊκής Ένωσης - και του Πριγκιπάτου του Λιχτενστάιν. Η έκθεση αυτή, η οποία προβλέπει μέτρα για τη φορολόγηση των - υπό μορφή τόκων - εισοδημάτων από αποταμιεύσεις, αποκτά ιδιαίτερη σημασία υπό το πρίσμα των υπερβολικά σκληρών πολιτικών λιτότητας που ακολουθούνται τα τελευταία χρόνια, ιδιαίτερα σε χώρες όπως η Ελλάδα που ήρθαν αντιμέτωπες με την οικονομική κρίση και εξαναγκάστηκαν να λάβουν πολύ σκληρά μέτρα εις βάρος των αδύναμων κοινωνικών ομάδων. Μια τέτοια πρόταση καταγραφής και φορολόγησης πηγών εσόδων από τόκους αποταμιεύσεων πρέπει να τύχει συνολικά θετικής αποδοχής. Όπως και στην πρόσφατη περίπτωση συμφωνίας με την Ελβετία, ομοίως και αυτή η συμφωνία είναι προς την σωστή κατεύθυνση και για αυτό τον λόγο αποφάσισα να την υπερψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento. L'accordo firmato il 28 ottobre 2015 tra l'Unione europea e il Liechtenstein sullo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali a partire dal 2017 rappresenta un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscali. La possibilità di identificare i contribuenti e applicare omogeneamente la disciplina fiscale transfrontaliera funzionerà quale deterrente alla pratica di occultamento dei capitali, siano questi costituiti da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. L'accordo è inteso a garantire che il Liechtenstein applichi misure rafforzate equivalenti a quelle previste dal quadro giuridico dell'UE, quale aggiornato nel dicembre 2014. Le ulteriori disposizioni puntano a garantire che le informazioni scambiate riguardino non soltanto i redditi quali interessi e dividendi, ma anche i saldi di conto e i proventi delle vendite di attività finanziarie. Il relatore valuta in modo pienamente positivo l'accordo e chiede che venga rispettato il termine di entrata in vigore dell'accordo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché grazie all'accordo firmato tra l'Unione europea e il Liechtenstein sullo scambio automatico d'informazioni finanziarie a fini fiscali si è potuta migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. Inoltre a parer mio l'accordo rappresenta un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscali e migliora l'accordo del 2004 che garantiva l'applicazione da parte del Liechtenstein di misure equivalenti a quelle contenute nella direttiva UE concernente la tassazione dei redditi da risparmio. Infine vorrei porre l'accento sul fatto che l'accordo è inteso a garantire che il Liechtenstein applichi misure rafforzate equivalenti a quelle previste dal quadro giuridico dell'UE e rispetti lo scambio automatico d'informazioni concernenti i conti finanziari.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – Following the adoption of Council Directive 2003/48/EC, the Savings Directive, and in order to preserve the level playing field of economic operators, the EU signed agreements with Liechtenstein providing for measures equivalent to those laid down in the Directive.

The Commission adopted on 17 June 2011 a recommendation for a mandate to initiate negotiations with Liechtenstein in order to upgrade the EU's agreements with those countries in line with international developments and to ensure that those countries continue to apply measures equivalent to those in the EU.

On 14 May 2013, the Council reached an agreement on the negotiating mandate.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze das Abkommen mit Liechtenstein. Geld kennt keine Grenzen, daher brauchen wir einheitlich scharfe Regeln, um den Steuerverwaltungen und den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, Steuergesetze in grenzüberschreitenden Konstellationen anzuwenden und Steuerpflichtige korrekt und eindeutig zu identifizieren.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Per combattere la frode e l'evasione fiscale è fondamentale migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. Pertanto, voto a favore di questa relazione redatta ad hoc per garantire che il Liechtenstein applichi misure rafforzate equivalenti a quelle previste dal quadro giuridico dell'UE e rispetti lo scambio automatico di informazioni relative ai conti finanziari promosso dagli standard globali dell'OCSE del 2014. Grazie a questo accordo si ridurrà il rischio che i contribuenti riescano ad occultare capitale costituito da redditi o a compiere attività oggetto di evasione fiscale. Ritengo inoltre fondamentale che l'accordo venga concluso in tempo per consentirne l'entrata in vigore il 1º gennaio 2016, in modo da rispettare il termine concordato.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Following the adoption of the Savings Directive, and in order to preserve the level playing field of economic operators, the EU signed agreements with Liechtenstein providing for measures equivalent to those laid down in the Directive. The Commission adopted a recommendation for a mandate to initiate negotiations with Liechtenstein in order to upgrade the EU's agreements in line with international developments and to ensure that these countries continue to apply measures equivalent to those in the EU. This report approves the conclusion of the agreement, thus I voted in favour.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report focuses on the agreement signed between The European Union and Liechtenstein on the automatic exchange of financial account information, aimed at improving international tax cooperation and compliance. The agreement represents an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion and upgrades the 2004 agreement that ensured that Liechtenstein applied measures equivalent to those in an EU directive on the taxation of savings income. While I reiterate my personal and Malta's position against any attempts at tax harmonisation I am fully committed to clamp down on any potential tax fraud. International co-operation is a key to such a fight and therefore I fully support this new agreement and voted in favour of this report in Parliament.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this amending protocol, which brings the EU and Liechtenstein's automatic exchange of financial account information into line with OECD global standards. Enhancing data protection is vitally important in maintaining public confidence in authorities' use of their information. This agreement, as well as the similar agreement with Switzerland and upcoming agreements with San Marino, Andorra and Monaco, will help in ensuring we have the highest standards of data protection around financial information exchange, as well as in meeting our international obligations under the OECD.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose de renforcer les mesures de lutte contre la fraude et l'évasion fiscales entre l'Union européenne et le Liechtenstein. Il vise notamment à rendre plus difficile la dissimulation de capitaux par des citoyens de l'Union à leurs autorités fiscales nationales. Selon l'accord, l'Union et le Liechtenstein échangeront automatiquement des informations à propos des comptes financiers des résidents de chacun des pays dès 2018. Celles-ci concerneront le revenu, les intérêts, les dividendes, les soldes et les produits de la vente d'actifs financiers. Considérant que la fraude et l'évasion fiscales pénalisent les citoyens en entamant les ressources des États et en créant un sentiment d'injustice, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit.* **–** L'accord sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers signé entre l'Union européenne et le Liechtenstein prévoit le renforcement de la coopération fiscale transfrontalière. Les mesures prévues dans le cadre de cet accord sont essentielles pour renforcer la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales en Europe. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernait la proposition de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, du protocole de modification de l'accord entre la Communauté européenne et la Principauté de Liechtenstein prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts.

Ainsi, en appliquant cet accord au Liechtenstein, la distorsion de concurrence est évitée. Il convient en effet qu'au sein de l'Espace économique européen, les règles soient respectées par toutes les parties à l'accord.

Attachée par ailleurs à la transparence financière, j'ai voté pour ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепям споразумението между ЕС и Лихтенщайн за „данъчно облагане на спестявания под формата на лихвени плащания“. Създаването на сигурни и ендакви мерки за икономическите субекти, еквивалентни на тези в директивата за данъчно облагане, е положително развитие. Все още твърде често страдаме от престъпленията с финансов характер, възползващи се от различията на нивата на сигурност и предпазни мерки. Чрез техническо изравняване може да се преборим със финансовите престъпления по по-ефективен и прозрачен начин.

Актуализирането на протокола за изменение е добре дошла промяна, създаваща глобални стандарти на ОИСР, които са съвместими със стандартите на ЕС. Защита на данните сега е по-важна от всякога, особено с оглед на последните политически развития.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση καθώς το Λιχτενστάιν αποτελεί γνωστό φορολογικό παράδεισο και, κατά συνέπεια, η ανταλλαγή φορολογικών πληροφοριών εξυπηρετούν τη διεθνή φορολογική συνεργασία και συμμόρφωση.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A União Europeia e o Principado do Listenstaine assinaram um acordo sobre a troca automática de informações de contas financeiras, destinado a melhorar a cooperação fiscal e o cumprimento das obrigações fiscais internacionais. Trata-se de um importante progresso no âmbito dos esforços que estão a ser desenvolvidos para combater a fraude e a evasão fiscais.

Nos termos do Acordo, a UE e o Principado do Listenstaine procederão à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra Parte, a partir de 2017. Concordo e manifesto o meu total apoio ao acordo estabelecido.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, parce qu'il va dans le sens d'une meilleure transparence financière.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Diretiva 2003/48/CE é limitada à tributação dos rendimentos da poupança sob a forma de juros sobre créditos, com exclusão das questões relacionadas com a tributação das pensões e das prestações de seguro.

O acordo assinado este ano sobre a troca automática de informações da conta financeira, que visa melhorar a cooperação fiscal internacional, representa um passo no sentido correto nos esforços em curso para lutar contra a fraude e a evasão fiscais.

O relatório fica, todavia, aquém do necessário e peca por várias falhas, como sejam:

a) A falta de esforços para alcançar a absoluta transparência e a divulgação completa de informações entre as partes e a presença de constrangimentos legais no acordo;

b) A existência de uma isenção de divulgação de informações, que é uma condicionalidade demasiado ampla e ambígua;

c) Condições para a troca de informações com base na aprovação prévia das autoridades competentes.

Ademais, e tal como tinha já sucedido com o acordo entre a UE e a Suíça, o Parlamento Europeu só foi ouvido após a ratificação do acordo, sendo impossível, em termos práticos, a introdução de qualquer melhoria. Daí a nossa abstenção.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained because I do not have an opinion on this.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη συμφωνία ΕΕ-Λιχτενστάιν για τη φορολόγηση των υπό μορφή τόκων εισοδημάτων από αποταμιεύσεις, δεδομένου ότι το Λιχτενστάιν αποτελεί γνωστό φορολογικό παράδεισο και, κατά συνέπεια, η ανταλλαγή φορολογικών πληροφοριών εξυπηρετεί τη διεθνή φορολογική συνεργασία και τη συμμόρφωση με τις σχετικές διατάξεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the EU-Liechtenstein agreement on taxation of savings income in the form of interest payments because it represents an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion and upgrades the 2004 agreement that ensured that Liechtenstein applied measures equivalent to those in an EU directive on the taxation of savings income.

Being in line with the need for more transparency on tax issues in the EU and in its relations with third countries, I consider it important that tax administrations in the Member States and in Liechtenstein will be able to: identify correctly and unequivocally the taxpayers concerned, administer and enforce their tax laws in cross-border situations, assess the likelihood of tax evasion being perpetrated and avoid unnecessary further investigations.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió és Liechtenstein 2015. október 28-án megállapodást írt alá a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről, amelynek célja a nemzetközi adóügyi együttműködés és a szabályok betartásának javítása.

Meggyőződésem szerint a megállapodás fontos lépést jelent az adócsalás és adókijátszás elleni fellépésre irányuló erőfeszítések terén.

A megállapodás értelmében az EU és Liechtenstein között 2017-től kezdődően automatikus információcsere jön létre egymás lakosainak pénzügyi számlái tekintetében. A cél az olyan helyzetek kezelése, amikor az adóalanyok olyan jövedelmet vagy vagyont megtestesítő tőke elrejtésére törekszenek, amelyre vonatkozóan az adót még nem fizették meg.

Kulcsfontosságú eleme a megegyezésnek annak biztosítása is, hogy a kicserélődő információk ne csak olyan bevételekre vonatkozzanak, mint a kamatok és az osztalékok, hanem a számlaegyenlegekre és a pénzügyi eszközök értékesítéséből származó bevételre is kiterjedjenek.

Ennek értelmében üdvözlöm annak szerepét, hogy pontosan és egyértelműen meg fogják tudni határozni az érintett adóalanyokat, és alkalmazni tudják és végre tudják hajtani adójogszabályaikat a határokon átnyúló esetekben, továbbá fel tudják mérni az adócsalás elkövetésének valószínűségét.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo en cuenta que este acuerdo representa un importante paso en la lucha emprendida en la actualidad contra el fraude fiscal y la evasión. Gracias al acuerdo, la UE y Liechtenstein intercambiarán automáticamente información sobre las cuentas financieras de sus respectivos residentes a partir de 2017.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über das Abkommen zwischen der EU und Liechtenstein über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten gestimmt, da ich alle Maßnahmen in ganz Europa begrüße, die Steuer- und Finanzflucht vorbeugen sowie für Steuergerechtigkeit im Sinne unserer Bürger und Familien sorgen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der automatische Datenaustausch ist ein weiterer Schritt, um bestehende Steuerschlupflöcher zu schließen. Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind Probleme, die konsequent angegangen werden müssen.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este informe sobre la transposición de la Directiva relativa a la imposición de los intereses sobre los ahorros a un acuerdo bilateral con Liechtenstein. Si bien el Acuerdo supone un paso adelante en la lucha contra el fraude y la evasión fiscal, es claramente insuficiente en términos de transparencia y obligaciones legales. Establece una discrecionalidad excesiva a la hora de revelar información, y condiciona el intercambio de informaciones al acuerdo entre las autoridades competentes. Además, el Parlamento Europeo solo ha sido consultado después de la ratificación del Acuerdo.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za podpisaniem umowy pomiędzy UE a Królestwem Lichtensteinu w celu zagwarantowania równych przepisów dla podmiotów gospodarczych, opartych na tych, które zawarte są już w dyrektywie Rady 2003/48/WE w sprawie oszczędności podatkowych. Poparłam w głosowaniu tę umowę, gdyż z uwagi na dokonane nowelizacje przepisów dotyczących światowych i europejskich standardów sprawozdawczości zaburzona została współpraca administracyjna, a w szczególności wymiana informacji finansowych pomiędzy organami podatkowymi w Unii Europejskiej. Jako poseł do Parlamentu Europejskiego za niezwykle ważne uważam spójne, w obszarze całej UE, przepisy dotyczące wymiany informacji, zwłaszcza w sytuacji, gdy gwarantują one przejrzystość podatkową, stanowią oś zwalczania oszustw podatkowych, a także regulują i usprawniają współpracę organów podatkowych państw członkowskich.

Obywatele mojego kraju mają już dosyć nieszczelnych przepisów prawnych, niedziałających procedur, wykorzystywania luk podatkowych przez rządzących

i monopolistów. Obywatele Polski chcą żyć w bezpiecznym, właściwie rządzonym kraju, a sprzyja temu również wprowadzanie przejrzystości przepisów finansowych na poziomie UE. Dlatego jako posłanka z Polski zagłosowałam za przyjęciem tej umowy.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the report on the EU-Liechtenstein agreement on the automatic exchange of financial account information. The European Union and Liechtenstein signed an agreement on 28 October 2015 on the automatic exchange of financial account information, aimed at improving international tax cooperation and compliance. It is a very important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion and upgrades the 2004 agreement that ensured that Liechtenstein applied measures equivalent to those in an EU directive on the taxation of savings income. Under the agreement, the EU and Liechtenstein will automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents, starting in 2017. The aim is to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report which aims to assist in improving international tax cooperation and compliance. I agree that this report is an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion. Through this report tax administrators in Member States and in Liechtenstein will be able to identify correctly and unequivocally the taxpayers concerned, administer and enforce their tax laws in cross-border situations and assess the likelihood of tax evasion being perpetrated.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The EU and Liechtenstein signed an agreement in order to secure a level playing field for economic operators on the basis of the measures equivalent to those laid down in the Savings Tax Directive (2003/48/EC) in 2004. The importance of automatic exchange of information as a means to combat cross-border tax fraud by ensuring tax transparency and cooperation between tax administrations has also been recognised at OECD level. This amending protocol seeks to implement the OECD Global Standards on automatic exchange of financial account information between the EU and Lichtenstein. I voted in favour of it. By the way, I believe that the euro must be abolished, because it leads to dissension and discord in Europe.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, because the agreement represents an important step in the on-going efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion.

The EU and Liechtenstein will automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents, starting in 2017 for information collected in 2016. The aim is to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which tax has not been paid.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Protokola o izmjeni uz Sporazum između Europske zajednice i Kneževine Lihtenštajna o mjerama istovrijednim onima koje su utvrđene u Direktivi Vijeća o oporezivanju dohotka od kamata na štednju jer se na ovaj način unaprjeđuje međunarodna porezna suradnja i usklađenost. Time će se od 2017. godine automatski razmjenjivati informacije o financijskim računima stanovnika EU-a i Lihtenštajna. Nastavno tome, Lihtenštajn će primjenjivat osnažene mjere u navedenom području koje su usklađene s pravnim okvirom Europske unije, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – En mars 2014, l'échange automatique d'informations au niveau des pays de l'Union a scellé le sort du secret bancaire au sein de l'Union européenne. Cela ne s'est pas fait sans les réticences de l'Autriche et du Luxembourg. Une des conditions de l'abandon du secret bancaire par ces pays était l'acceptation par la Suisse et le Liechtenstein de mesures similaires, afin de ne pas créer une concurrence déloyale.

Le rapport Loones concernant le protocole d'accord prévoit un échange automatique, entre l'Union et le Liechtenstein, des informations relatives aux comptes financiers de leurs résidents respectifs à compter de 2017.

Le Liechtenstein appliquera des mesures concernant les échanges automatiques, équivalentes à celles prévues dans la directive UE 2003/48. En outre, l'accord prévoit une limitation des possibilités s'offrant aux contribuables de se soustraire à leurs obligations de déclaration en transférant leurs actifs ou en investissant dans des produits financiers qui ne relèvent pas du champ d'application de l'accord. Les informations qui devront être échangées concernent en effet non seulement les revenus, mais aussi les soldes des comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers.

Il importe de ne pas laisser un pays pratiquant l'opacité financière aux portes de l'Union, sauf à voir se pérenniser une fuite des capitaux.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing***. –** My fellow colleagues and I opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Sander Loones sur l'accord UE-Lichtenstein en matière d'échange automatique d'informations. Ce texte soutient la conclusion d'un accord avec le Lichtenstein qui va permettre de renforcer la lutte contre l'évasion fiscale et le secret bancaire en instaurant un échange automatique des informations sur les comptes financiers des citoyens européens disposant d'un compte au Lichtenstein.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich zu. Der vorliegende Bericht betrifft das Abkommen zwischen der EU und dem Fürstentum Liechtenstein über die hinkünftigen Regelungen im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen. Die Umsetzung des Abkommens führt zu mehr Transparenz und alle Mitgliedstaaten können effizienter gegen Steuerhinterziehung vorgehen.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report deals with the agreement between the European Union and Liechtenstein on the automatic exchange of financial account information. The report underlines that the aim is to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid. I support this report and I welcome the agreement as it aims at improving international tax cooperation and compliance and represents an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion. Therefore, I voted in favour of this report.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto***. –** L'accordo firmato il 28 ottobre 2015 tra l'Unione europea e il Liechtenstein mira a rafforzare lo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali. L'obiettivo primario è connesso all'applicazione, da parte del Liechtenstein, di misure rafforzate equivalenti a quelle previste dal quadro giuridico dell'UE. Ho, dunque, deciso di votare favorevolmente la relazione, ritenendo che questo sia un grande passo in avanti in materia fiscale e che sia perfettamente in linea con gli standard globali promossi dall' OCSE in tale ambito.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, car il signe la fin du secret bancaire au Liechtenstein, par l'adoption d'un système d'échange automatique d'informations avec l'Union européenne.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener medidas positivas de control de las transacciones con Liechtenstein, consideramos necesaria la prohibición total de los paraísos fiscales. Resulta ya problemático que sea solo ahora cuando la UE desarrolla este tipo de acuerdos de colaboración fiscal con Liechtenstein, especialmente en el específico punto de los rendimientos del ahorro, del que se benefician las principales fortunas de la Unión. Consideramos absolutamente imprescindible la cooperación fiscal entre dos países interconectados económicamente. Sin embargo, en el caso de los paraísos fiscales, como Liechtenstein, se requieren medidas más severas que prohíban directamente a las fortunas de nacionales de la UE utilizar sus ventajosos sistemas fiscales. Dado que este informe carece de referencia alguna a esta prohibición, no he podido votar a favor del mismo.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sporazum između Europske unije i Lihtenštajna o razmjeni podataka o financijskim računima potpisan je 28. listopada 2015. s ciljem unapređenja međunarodne porezne suradnje.

Podržala sam izvješće zastupnika Sandera Loonesa jer Sporazum predstavlja korak naprijed u suzbijanju poreznih prijevara i utaja poreza. Ujedno predstavlja nadopunu sporazuma iz 2004. kojim se osigurava ista primjena pravila o oporezivanju dohodaka od štednje kao i u Europskoj uniji. Od 2017. EU i Lihtenštajn automatski će razmjenjivati informacije o financijskim računima stanovnika. Krajnji cilj je rješavanje situacija u kojima porezni obveznik nastoji sakriti kapital, dohodak ili imovinu za koju porezi nisu plaćeni.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Podporujem dohodu, ktorá umožní pružnú výmenu informácií o finančných účtoch medzi Úniou a Lichtenštajnskom. Dohoda pomôže pri odhaľovaní daňových podvodov a únikov, ktoré pripravujú krajiny EÚ o stovky miliónov eur.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απέχω από την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, του τροποιητικού πρωτοκόλλου της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και του Πριγκιπάτου του Λιχνενστάιν που προβλέπει μέτρα ισοδύναμα με τα θεσμοθετημένα στην οδηγία 2003/48/ΕΚ του Συμβουλίου για τη φορολόγηση των υπό μορφή τόκων εισοδημάτων από αποταμιεύσεις, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη, και επειδή απαιτούνται επιπλέον δράσεις και μέτρα προκειμένου να παταχθεί η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή των πολυεθνικών επιχειρήσεων και των φυσικών προσώπων που βρίσκουν καταφύγιο σε φορολογικού παραδείσους όπως είναι το Λιχνενστάιν.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport. Cet accord se fait dans le cadre de la fin du secret bancaire par l'échange automatique d'informations au sein des pays de l'Union européenne. L'Autriche et le Luxembourg n'étaient d'accord pour abandonner ce secret bancaire que si la Suisse et le Liechtenstein acceptaient des mesures similaires, afin de ne pas créer une concurrence déloyale.

Avec cet accord, le Liechtenstein accepte d'appliquer des mesures équivalentes à celles prévues dans les textes européens, et suit ainsi l'exemple de la Suisse.

La transparence fiscale et la fin du secret bancaire sont des objectifs que nous soutenons.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – He apoyado el informe del Parlamento sobre el Acuerdo UE-Liechtenstein relativo al intercambio automático de información sobre cuentas financieras. Todas las medidas que se adopten para mejorar a escala internacional la cooperación fiscal y el cumplimiento de las obligaciones tributarias son bien recibidas.

Conseguiremos así avanzar en la lucha emprendida contra el fraude fiscal y la evasión fiscal, haciendo frente a situaciones en las que un contribuyente intente ocultar un patrimonio que represente ingresos o activos sobre los cuales no se hayan pagado impuestos.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieses Abkommen stellt einen wichtigen Schritt in den andauernden Bemühungen um eine Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung dar. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport vise à approuver l'accord sur la fiscalité conclu entre l'Union européenne et le Liechtenstein en octobre 2015. Cet accord permettra d'accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international via la mise en place d'un échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers.

Ainsi, ce nouvel accord participerait, quelque peu, à la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales, mais au vu des pratiques fiscales tolérées au sein de l'Union européenne (évasion fiscale massive au Luxembourg révélée par l'affaire Luxleaks), on peut légitimement douter de son efficacité. D'autant plus que le texte exclut les questions liées à l'imposition des pensions et des prestations d'assurance, alors que l'assurance-vie représente le 1er support de placement. Enfin, il est possible de déroger à cet accord via «l'exemption de divulgation des informations», qui s'applique dans des conditions trop larges et mal définies. Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La fin du secret bancaire par l'échange automatique d'informations au niveau des pays de l'Union a dû vaincre les réticences de l'Autriche et du Luxembourg. Une des conditions de l'abandon du secret bancaire par ces pays était l'acceptation par la Suisse et le Liechtenstein de mesures similaires, afin de ne pas créer une concurrence déloyale. Le Liechtenstein appliquera donc des mesures équivalentes à celles prévues dans les textes européens (directive 2006/48 revue). Il acceptera ainsi l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, tel que posé par les normes mondiales de l'OCDE en 2014.

La transparence fiscale et la fin du secret bancaire sont des objectifs voulus par tous, notamment afin de préserver les recettes fiscales des États membres. Je vote donc favorablement sur ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de decisão do Conselho relativa à celebração, em nome da União Europeia, do Protocolo de Alteração do Acordo entre a Comunidade Europeia e o Principado do Listenstaine relativo à troca de informações sobre contas financeiras.

O objetivo é prevenir situações em que um contribuinte tenta ocultar os capitais correspondentes a rendimentos ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos. O combate à fraude e evasão fiscal deve ser elencado como uma das prioridades da União Europeia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – Following on from the Commission's recommendations I chose to support this report as it consents to the conclusion of the Council's agreement on behalf of the EU with the Principality of Liechtenstein.

Louis Michel (ALDE), *par écrit***. –** La lutte contre la fraude s'intensifie à l'échelle européenne. Il est essentiel que devant ce phénomène mondial, nous puissions mettre fin ensemble à ces pratiques illégales et frauduleuses qui nuisent à l'assiette fiscale de nos États membres. Je me réjouis que le Parlement européen ait approuvé cet accord, qui permettra de mettre fin au secret bancaire des citoyens européens au Liechtenstein. En effet, l'Union européenne et le Liechtenstein échangeront d'ici 2018 automatiquement les informations relatives aux comptes bancaires de leurs citoyens respectifs. Vu l'importance du dossier, c'est à une écrasante majorité (461 pour, 49 contre et 30 abstentions) que le Parlement européen a lancé un message fort afin de mettre fin à l'évasion fiscale.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the EU-Liechtenstein agreement on the automatic exchange of financial account information. The agreement aims at improving international tax cooperation and compliance. Under the agreement, the EU and Liechtenstein will be obliged to automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents, starting in 2017. This agreement represents an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion which will help to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és Liechtenstein 2015. október 28-án megállapodást írt alá a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről, amelynek célja a nemzetközi adóügyi együttműködés és a szabályok betartásának javítása. A megállapodást a Bizottság jóváhagyásra a Tanács elé terjesztette, amely az Európai Unió működéséről szóló szerződés értelmében a döntés meghozatala előtt konzultálni köteles a parlamenttel. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésében a megállapodás megkötésének jóváhagyását ajánlja a Parlamentnek. Az előterjesztést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La fin du secret bancaire en Europe nécessite que les pays frontaliers acceptent également les mêmes règles de transparence, ce afin de ne pas créer des paradis fiscaux aux portes de l'Union, qui exerceraient une concurrence déloyale au détriment des établissements et des finances publiques des États membres. L'accord signé avec la Suisse le mois dernier est ici repris avec le Liechtenstein. Il y a donc tout lieu de voter favorablement sur son principe.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A União Europeia e o Principado do Listenstaine assinaram um acordo, em 28 de outubro de 2015, sobre a troca automática de informações de contas financeiras, com o objetivo de melhorar a cooperação fiscal e a aplicação das obrigações fiscais internacionais.

O presente Acordo estabelece que a União Europeia e o Principado do Listenstaine procederão à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra Parte, a partir de 2017. Este Acordo tem como propósito prevenir casos em que um contribuinte tente ocultar os capitais correspondentes a rendimentos ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos.

Por defender uma maior cooperação, transparência e partilha da informação fiscal, com o objetivo de reduzirmos a fraude e evasão, o presente relatório e a aprovação do Acordo merecem o meu voto favorável.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve la conclusion du protocole de modification de l'accord entre la Communauté européenne et la Principauté de Liechtenstein prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Il s'agit de lutter contre l'évasion fiscale en autorisant l'échange automatique d'informations sur les comptes financiers.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Approviamo la conclusione del protocollo di modifica dell'accordo tra la Comunità europea e il Principato del Liechtenstein che stabilisce misure equivalenti a quelle definite nella direttiva 2003/48/CE del Consiglio in materia di tassazione dei redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi. Firmato lo scorso 28 ottobre, esso rappresenta un importante passo in avanti per lo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, così come promosso dagli standard globali dell'OCSE del 2014. Riteniamo che possa quindi contribuire agli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscali a livello internazionale e migliorare l'accordo del 2004 che garantiva l'applicazione da parte del Liechtenstein di misure equivalenti a quelle contenute nella direttiva UE relativa alla tassazione dei redditi da risparmio. A partire dal 2017, si procederà, infatti, ad uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti allo scopo di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. Le ulteriori disposizioni puntano, inoltre, a garantire che le informazioni scambiate riguardino non soltanto i redditi quali interessi e dividendi, ma anche i saldi di conto e i proventi delle vendite di attività finanziarie.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Sostengo l'accordo fra l'Unione europea e il Liechtenstein relativa allo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, inteso a migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. Rappresenta un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscali e migliora l'accordo del 2004 il quale garantiva l'applicazione da parte del Liechtenstein di misure equivalenti a quelle contenute nella direttiva UE relativa alla tassazione dei redditi da risparmio. Con questo accordo le amministrazioni fiscali, sia negli Stati membri che in Liechtenstein, saranno in grado di identificare correttamente e inequivocabilmente i contribuenti interessati, garantendo l'applicazione della propria normativa fiscale in situazioni transfrontaliere.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm a jelentést, ugyanis véleményem szerint az Európai Unióval szerves kereskedelmi kapcsolatban álló nem EU-s tagállamok jogharmonizációja nagyban elősegítheti az EU-n belüli adóztatás effektivitását. Jelen esetben kiemelten fontosnak tartom, hogy a kölcsönös információcsere minél hamarabb beinduljon, ezzel is csökkentve az adócsalásból illetve adókijátszásból fakadó költségvetési veszteségeket. Nem elhanyagolható mindemellett, hogy a kölcsönös információ cserének köszönhetően számos szükségtelen vizsgálat lefolytatása is elkerülhető lesz a jövőben.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 28 October 2015 the European Union and Liechtenstein signed an agreement on the automatic exchange of financial account information, aimed at improving international tax cooperation and compliance. I voted for this report that aims at ensuring that Liechtenstein applies strengthened measures that are equivalent to the EU legal framework and that it complies with the automatic exchange of financial account information promoted by the 2014 OECD Global Standards.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Souhlas EP s uzavřením dohody s Lichtenštejnskem o zdanění příjmů z úspor ve formě příjmů úrokového charakteru považuji za důležitý signál v kontextu zintenzivnění snah EU o vyšší daňovou transparenci. Dohoda zároveň bude sloužit jako právní základ pro implementaci globálních standardů OECD v oblasti automatické výměny daňových informací mezi EU a Lichtenštejnskem. Přínos dohody spatřuji mimo jiné v tom, že umožní správně a jednoznačně identifikovat dotčenou osobu povinnou k dani, vynutit v případě potřeby daňové zákony Lichtenštejnska a členských států EU v přeshraničních situacích, zhodnotit pravděpodobnost spáchání daňového úniku a vyhnout se zbytečným zdlouhavým vyšetřováním.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für dieses Abkommen ausgesprochen, da es einen wichtigen Schritt in den andauernden Bemühungen um eine Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung darstellt. Das Abkommen soll sicherstellen, dass Liechtenstein strengere Regelungen anwendet. Des Weiteren sollen die Steuerverwaltungen in den Mitgliedstaaten in der Lage sein, die betreffenden Steuerpflichten korrekt zu ermitteln.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit***.** – Le rapport propose d'approuver la modification de l'accord entre l'Union européenne et le Liechtenstein en matière de fiscalité sur le revenu, afin de l'harmoniser avec les mesures prévues par la directive 2003/48/CE en matière de coopération fiscale entre États membres. La mise en place d'un échange automatique d'informations bancaires est ainsi prévue, selon les modalités visées par la directive, dans le but de lutter contre l'évasion fiscale massive vers la principauté du Liechtenstein. La lutte contre l'évasion et la fraude fiscale est nécessaire, mais les mesures prévues dans cette directive ne sont cependant pas suffisamment efficaces. Entres autres faiblesses, il est question d'une exemption de divulgation d'informations appliquée selon des conditions floues et ambiguës. Je m'abstiens pour dénoncer le manque de fermeté.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Leping on oluline edasiminek jätkuvas töös maksupettuste ja maksudest kõrvalehoidumise tõkestamiseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui. Šis ES ir Lichtenšteino susitarimas dėl automatinių finansinių sąskaitų informacijos mokesčių klausimais mainų yra didelis postūmis pirmyn siekiant efektyviau kovoti su mokestiniu sukčiavimu ir mokesčių slėpimu. Labai svarbu užtikrinti, kad Lichtenšteinas taikytų priemones, lygiavertes ES priemonėms.

Pažymėtina, kad automatiniai informacijos mainai yra itin svarbi priemonė, kuri padeda užtikrinti visišką mokesčių skaidrumą ir mokesčių administratorių bendradarbiavimą pasauliniu mastu. Todėl visoje Europs Sąjungoje turėtų būti taikomas darnus, nuoseklus ir visapusiškas požiūris į automatinius finansinių sąskaitų informacijos mainus vidaus rinkoje. Be to, reikia skatinti automatinius informacijos mainus, kad jie taptų Europos ir tarptautiniu skaidrumo ir apmokestinimo srities informacijos mainų standartu.

Margot Parker (EFDD), *in writing***.** – UKIP opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È sempre doveroso sottolineare l'importanza della lotta all'evasione fiscale e qualsiasi misura presa in favore di questo fine merita piena attenzione e pieno sostegno. Nella fattispecie, l'accordo esistente tra UE e Lichtenstein in materia necessita di essere adattato all'attuale normativa europea per un più efficace scambio di informazioni tra le parti. Contribuisco esprimendomi positivamente a riguardo.

Eva Paunova (PPE), *in writing***.** – I am in favour of the agreement between the EU and Liechtenstein concerning the exchange of information on the bank accounts of each other's residents, because I believe it will allow a more transparent and open flow of information regarding tax fraud. Tax evasion siphons away money that could be invested in productive resources needed to diversify the economy and address social and environmental problems.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prijedlog odluke Vijeća o sklapanju Protokola o izmjeni uz Sporazum između Europske zajednice i Kneževine Lihtenštajna o mjerama istovrijednim onima koje su utvrđene u Direktivi Vijeća o oporezivanju dohotka od kamata na štednju, u ime Europske unije, između ostaloga ima za cilj poboljšati međunarodnu poreznu suradnju i usklađenost što svakako podupirem.

Podržavam sporazum koji su Europska unija i Lihtenštajn potpisali 28. listopada ove godine o automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima jer predstavlja važan korak u suzbijanju poreznih prijevara i utaje poreza. Protokol o izmjeni nastoji provesti globalni standard OECD-a između država članica i Lihtenštajna što je dobra stvar jer doprinosi transparentnosti, a cilj mu je osigurati da Lihtenštajn primjenjuje ojačane mjere koje su ekvivalentne pravnom okviru EU-a. Uzimajući u obzir prijedlog odluke Vijeća, nacrt Protokola o izmjeni i preporuku nadležnog odbora glasovala sam za ovo izvješće te se zalažem za odobravanje sklapanja Protokola o izmjeni.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće zastupnika Loonesa o prijedlogu izmjene sporazuma između Europske unije i Kneževine Lihtenštajna o oporezivanju dohotka od kamata na štednju kako bi mjere bile istovrijedne onima koje su utvrđene u Direktivi Vijeća 2003/48/EZ. Ovom izmjenom razvit će se automatizirani sistem kroz koji će članice Europske unije i Lihtenštajn razmjenjivati informacije o bankovnim računima svojih građana. Time će se napraviti veliki korak u borbi protiv poreznih prijevara koje su jedan od gorućih ekonomskih problema Europske unije.

Procjenjuje se da se zbog izbjegavanja poreza u EU-u godišnje izgubi i do trilijun dolara. Ovom bi se izmjenom, počevši od 2017., ta brojka mogla smanjiti. Također, baš zbog automatizacije sustava, izbjeći će se dosadašnji troškovi istraživanja svakog pojedinog slučaja prevare. Osim financijskog aspekta, a s obzirom na savjet Europske komisije, princip razmjene podataka opisan ovim izvješćem kreiran je u skladu sa OECD-ovim globalnim standardom za automatsku razmjenu informacija o financijskim računima.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I fully support this agreement that is critical to increasing tax cooperation and compliance across borders so that tax evaders cannot hide.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'Unione Europea e il Liechtenstein, al fine di garantire il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale, hanno sottoscritto un accordo sullo scambio automatico delle informazioni relative ai conti finanziari dei rispettivi residenti. Tale accordo, che entrerà in vigore il 1º gennaio 2016, ha l' obiettivo quello di far fronte alla situazione in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. Ho votato in favore dell'approvazione di quest'accordo perché rappresenta un ulteriore passo in avanti per combattere la frode e l'evasione fiscale a livello europeo.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O presente projeto de resolução legislativa do Parlamento Europeu aprova a celebração do Protocolo de Alteração do Acordo entre a Comunidade Europeia e o Principado do Listenstaine, adaptando-o, desta feita, às medidas reforçadas equivalentes à diretiva da UE, atualizada em Março de 2014.

Por força das alterações, o Protocolo prevê que, no âmbito das trocas de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra parte, seja facilitado o intercâmbio de informações, não apenas no concernente aos rendimentos, tais como juros e dividendos, mas também no que respeita os saldos de contas e o produto da venda de ativos financeiros.

Considerando que o Acordo permite prevenir as situações em que um contribuinte tenta ocultar os capitais correspondentes ao rendimento ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos, e considerando que a prevenção da evasão fiscal limita as consequências negativas para o desenvolvimento económico e, por conseguinte, o impacto negativo na consecução da solidariedade e prosperidade contemplados na letra dos Tratados, votei favoravelmente o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU acting in its own capacity to enter into international agreements that could be agreed on a bilateral or multilateral basis between nation states.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai apporté mon soutien à cette résolution concernant l'accord entre l'Union européenne et le Liechtenstein sur la mise en place d'un échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers.

Cet accord, qui date d'octobre dernier, doit désormais entrer en vigueur au 1er janvier 2016. Il permettra le début de l'échange automatique d'informations relatives aux comptes bancaires des résidents de chacun des pays dès 2017.

Je tiens à saluer ici une étape significative visant à mettre fin au secret bancaire des contribuables européens. Il sera plus difficile de dissimuler de l'argent, pour lequel des citoyens sont redevables fiscalement, sur des comptes bancaires du pays.

Il convient de doter les administrations fiscales des États membres des moyens d'action nécessaires. Désormais, elles pourront identifier les contribuables concernés, gérer et faire appliquer leurs lois fiscales dans les situations transfrontalières ou encore évaluer la probabilité d'évasion fiscale en cause.

L'évasion fiscale ne peut être tolérée, et c'est pourquoi je me félicite de cet accord. Par ailleurs, je rappelle que nous avons avalisé un accord du même type entre l'Union européenne et la Suisse le 27 octobre dernier.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El 28 de octubre de 2015, la UE y Liechtenstein firmaron un acuerdo sobre el intercambio automático de información sobre cuentas bancarias, un paso importante en los esfuerzos por perseguir el fraude fiscal y la evasión de impuestos. Actualiza el Acuerdo de 2004, que aseguraba que Liechtenstein cumplía con medidas equivalentes a las de Directiva de la UE relativa a la fiscalidad de los rendimientos del ahorro.

Según el Acuerdo, a partir de 2017 la UE y Liechtenstein intercambiarán automáticamente información sobre las cuentas bancarias de sus respectivos residentes. El objetivo es hacer frente a situaciones en las que el contribuyente pretende ocultar capitales sobre los que no ha pagado impuestos. Se garantizará que Liechtenstein aplica medidas equivalentes al nuevo marco jurídico del que la UE se ha dotado en la materia y, especialmente, a las de la Directiva relativa a la cooperación administrativa.

Observo como asuntos clave que las administraciones tributarias de los Estados miembros y de Liechtenstein podrán identificar correctamente y de forma inequívoca a los contribuyentes concernidos, administrar y hacer cumplir sus leyes fiscales en situaciones transfronterizas, evaluar la probabilidad de evasión fiscal y aumentar la efectividad en la persecución de estos delitos.

Por todo ello, he votado a favor de este Acuerdo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – L'Union européenne et le Liechtenstein ont signé un accord le 28 octobre 2015 sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international. Cet accord, que j'ai voté, marque une étape importante dans les efforts actuels visant à lutter contre la fraude et l'évasion fiscales: à partir de 2017, l'Union et le Liechtenstein échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes financiers de leurs résidents respectifs.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em outubro de 2015 foi acordado entre a UE e o Listenstaine a troca automática de informações de contas financeiras para melhorar a cooperação fiscal e permitir o cumprimento das obrigações fiscais internacionais. O principal objetivo deste acordo é o de combater a fraude e a evasão fiscais, atualizando também o acordo de 2004 que permitiu a este país aplicar medidas semelhantes às previstas na Diretiva da UE relativa à tributação dos rendimentos da poupança.

Uma das melhorias implementadas diz respeito à possibilidade de troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra parte a partir de 2017, contribuindo assim para prevenir potenciais situações de contribuintes a ocultar capitais financeiros correspondentes a rendimentos ou ativos sobre os quais não foram pagos impostos.

Além disso, prevê-se ainda que sejam seguidas as normas previstas para a escala global (estabelecidas em 2014 pela OCDE) no que diz respeito à exigência de intercâmbio automático de informação sobre contas financeiras.

Com estas medidas de reforço às equivalentes da diretiva da UE atualizada em Março de 2014 teremos um sistema mais justo e transparente, pelo que apoiei este relatório, dando o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – En octobre dernier, j'ai soutenu le rapport relatif à la fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Il était notamment important de conclure au plus vite des accords bilatéraux avec des pays tiers afin de donner toute son effectivité à cette disposition.

Par conséquent, j'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve l'accord trouvé par le Conseil avec le Liechtenstein afin que celui-ci continue d'appliquer des mesures équivalentes à celles de l'Union européenne.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di decisione del Consiglio concernente la conclusione, a nome dell'Unione europea, del protocollo di modifica dell'accordo tra la Comunità europea e il Principato del Liechtenstein che stabilisce misure equivalenti a quelle definite nella direttiva 2003/48/CE del Consiglio in materia di tassazione dei redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi in quanto ritengo doveroso combattere i reati di frode e di evasione fiscale a livello sia europeo che internazionale. Attraverso la stipulazione dell'accordo firmato il 28 ottobre 2015 l'Unione europea e il Principato del Liechtenstein, a partire dall'anno 2017, si assumono l'impegno reciproco di scambiarsi informazioni finanziarie a fini fiscali dei rispettivi residenti.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este informe sobre la transposición de la Directiva relativa a la imposición de los intereses sobre los ahorros a un acuerdo bilateral con Liechtenstein. Si bien el Acuerdo supone un paso adelante en la lucha contra el fraude y la evasión fiscal, es claramente insuficiente en términos de transparencia y obligaciones legales. Establece una discrecionalidad excesiva a la hora de revelar información, y condiciona el intercambio de informaciones al acuerdo entre las autoridades competentes. Además, el Parlamento Europeo solo ha sido consultado después de la ratificación del Acuerdo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener medidas positivas de control de las transacciones con Liechtenstein, consideramos necesaria la prohibición total de los paraísos fiscales. Resulta ya problemático que sea solo ahora cuando la UE desarrolla este tipo de acuerdos de colaboración fiscal con Liechtenstein, especialmente en el específico punto de los rendimientos del ahorro, del que se benefician las principales fortunas de la Unión. Consideramos absolutamente imprescindible la cooperación fiscal entre dos países interconectados económicamente. Sin embargo, en el caso de los paraísos fiscales, como Liechtenstein, se requieren medidas más severas que prohíban directamente a las fortunas de nacionales de la UE utilizar sus ventajosos sistemas fiscales. Dado que este informe carece de referencia alguna a esta prohibición, no he podido votar a favor del mismo.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il 28 ottobre 2015, l'Unione europea e il Liechtenstein hanno firmato un accodo sullo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali con lo scopo di garantire migliori condizioni di parità agli operatori economici. Ho deciso di dare il mio sostegno alla conclusione dell'accordo con il Principato perché credo che esso rappresenti un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscale. A partire dal 2017, quindi, gli Stati membri e il Liechtenstein inizieranno questo scambio automatico di informazioni finanziarie tra le rispettive amministrazioni. Un accordo simile è stato fatto con la Svizzera e, come in quel caso, l'obiettivo è quello di prevenire o scovare le situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività illecite.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this agreement: it is in line with the call and need for more transparency regarding tax issues in the Member States of the European Union and improves this dimension with our relations with third countries – those states not members of the EU.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Pri hlasovaní o legislatívnom uznesení Európskeho parlamentu o návrhu rozhodnutia Rady o uzavretí pozmeňujúceho protokolu k Dohode medzi Európskym spoločenstvom a Lichtenštajnským kniežatstvom, ktorá pojednáva o opatreniach rovnocenných s tými, ktoré sú ustanovené v smernici Rady 2003/48/ES o zdaňovaní príjmu z úspor v podobe výplaty úrokov v mene Európskej únie, som hlasoval za prijatie tohto uznesenia. Predmetný protokol totiž rozširuje pôsobnosť dohody o zdaňovaní príjmu z úspor, ktorej cieľom je obmedzenie daňových podvodov a daňových únikov, aj na vymieňanie informácii týkajúcich sa nielen príjmov, ako sú úroky a dividendy, ale aj stavu na účtoch a výnosov z predaja finančných aktív.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia, ktoré sa týka dohody medzi EÚ a Lichtenštajnskom o zdaňovaní príjmu z úspor v podobe výplaty úrokov. Európska únia a Lichtenštajnsko podpísali 28. októbra tohto roku dohodu o automatickej výmene informácií o finančných účtoch, ktorej cieľom je zlepšovať medzinárodnú spoluprácu a dodržiavanie predpisov v oblasti daní. Na základe tejto dohody si budú EÚ a Lichtenštajnsko automaticky vymieňať informácie o finančných účtoch svojich obyvateľov, a to od roku 2017. Cieľom je riešiť situácie, keď sa daňovník snaží skryť kapitál v podobe príjmu alebo majetku, za ktorý nebola zaplatená daň. Dohoda je významným krokom pri obmedzovaní daňových podvodov a daňových únikov. Na základe nej budú môcť daňové správy v členských štátoch a v Lichtenštajnsku správne a jednoznačne identifikovať príslušných daňovníkov, vykonávať a presadzovať svoje daňové zákony v cezhraničných situáciách a preskúmať pravdepodobnosť, že dochádza k daňovým únikom.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – 28. oktobra 2015 sta EU in Lihtenštajn podpisala sporazum o avtomatični izmenjavi podatkov o finančnih računih.

Namen omenjenega sporazuma je izboljšati mednarodno sodelovanje na davčnem področju in skladnost s predpisi. Gre za nadgradnjo sporazuma iz leta 2004, s katerim je že bilo doseženo, da Lihtenštajn izvaja ukrepe, enakovredne tistim iz direktive EU o obdavčenju dohodka od prihrankov.

V skladu z novim sporazumom bo od leta 2017 med EU in Lihtenštajnom potekala avtomatična izmenjava podatkov o finančnih računih rezidentov.

Tako bodo davčni organi v državah članicah in Lihtenštajnu lahko pravilno in nedvoumno določili ustrezne davkoplačevalce ter upravljali in uveljavljali nacionalno davčno zakonodajo v čezmejnih situacijah.

Prav tako bodo davčni organi imeli možnost ocenjevanja verjetnosti, da gre za davčno utajo in tako bodo lahko poskrbeli, da pride do nadaljnjih preiskav, če bo to potrebno in utemeljeno.

Ker ima sporazum veliko prednosti, med drugimi pa tudi preprečuje situacije, ko skuša davkoplačevalec prikriti kapital v obliki dohodka ali premoženja, za katerega ni plačal davka, ter na splošno želi preprečiti razne oblike davčnih goljufij, sem glasoval za sprejetje poročila.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Zjednocovanie pravidiel prináša väčšiu transparentnosť a efektivitu medzinárodnej spolupráce v rámci kontroly dodržiavania predpisov v oblasti daní. Rovnaké pravidlá zabezpečia jednoduchšiu výmenu informácií a kontrolu dodržiavania predpisov v tejto oblasti.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog odluke Vijeća Europske unije, jer smatram da će daljnji sporazum između Europske unije i Kneževine Lihtenštajna na ovom prostoru omogućiti lakše lociranje i praćenje fizičkih i pravnih osoba koji pokušavaju izbjeći porezne namete. Smatram da će se kažnjavanjem prijestupnika ubuduće obeshrabriti potencijalne počinitelje tih istih prijestupa. Isto tako smatram da moramo što prije usvojiti ovaj nacrt kako bi se mogao sprovest u djelo do 1.1.2016.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Nakon donošenja Direktive Vijeća 2003/48/EZ, Direktive o štednji, kako bi se održali ravnopravni uvjeti za gospodarske subjekte, EU je potpisao sporazume sa Švicarskom, Andorom, Lihtenštajnom, Monakom i San Marinom. Značaj automatske razmjene informacija kao sredstva za borbu protiv prekogranične porezne prijevare nedavno je priznat i na međunarodnoj razini. Skupina G20 povjerila je Organizaciji za gospodarsku suradnju i razvoj (OECD) zadaću da razvije jedinstveni globalni standard za automatsku razmjenu informacija o financijskim računima. Vijeće OECD-a objavilo je globalni standard u srpnju 2014. S obzirom na to kako je područje primjene Direktive 2014/107/EU uglavnom šire od područja primjene Direktive 2003/48/EZ, te se njome predviđa da se u slučaju preklapanja područja primjene daje prednost Direktivi 2014/107/EU. Komisija je 18. ožujka 2015. godine donijela prijedlog o stavljanju izvan snage Direktive 2003/48/EZ.

Podržavam ovaj prijedlog jer se ovom izmjenom osigurava usklađen i sveobuhvatan pristup automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima na unutarnjem tržištu na razini Unije te se provodi globalni standard između država članica EU-a i Lihtenštajna.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η οδηγία 2003/48/ΕΚ περιορίζεται στη φορολογία των εισοδημάτων από αποταμιεύσεις υπό μορφή τόκων που απορρέουν από απαιτήσεις, με την εξαίρεση των θεμάτων που σχετίζονται με τη φορολόγηση συντάξεων και ασφαλιστικών παροχών. Σε περιφερειακό επίπεδο, η οδηγία εφαρμόζεται στους τόκους που καταβάλλονται από φορέα πληρωμής, για παράδειγμα, ένα χρηματοπιστωτικό ίδρυμα, μια τράπεζα ή ένα επενδυτικό ταμείο που καταβάλλει τόκους ή εξασφαλίζει την καταβολή τους σε πραγματικούς δικαιούχους, εγκατεστημένος στο έδαφος της ΕΕ.

Η έκθεση του Κοινοβουλίου έχει να κάνει με τη συμφωνία ανταλλαγής πληροφοριών για το πιο πάνω θέμα με το Λιχτενστάιν, αφήνοντας μεγάλα παράθυρα για τους μεγαλοεισοδηματίες και τις μεγάλες εταιρίες. Επίσης, όπως είχε συμβεί στη συμφωνία μεταξύ της ΕΕ και της Ελβετίας, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ρωτήθηκε μόνο για επικύρωση της συμφωνίας. Με αυτή την έννοια, δεν μπορούσε το Κοινοβούλιο να δώσει μια πραγματική άποψη επί της συμφωνίας.

Ως ΑΚΕΛ όμως σεβόμασταν τις αποφάσεις που λαμβάνονταν από δημοκρατικά εκλεγμένες κυβερνήσεις γι αυτό, παρόλο που διαφωνούμε επί της ουσίας των θεμάτων, αποφασίσαμε να τηρήσουμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το Λιχτενστάιν αποτελεί γνωστό φορολογικό παράδεισο και κατά συνέπεια, η ανταλλαγή φορολογικών πληροφοριών εξυπηρετούν τη διεθνή φορολογική συνεργασία και τη συμμόρφωση με τις σχετικές διατάξεις.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, mely naprakésszé teszi azt a Liechtenstein és az EU közötti 2004-es megállapodást, mely biztosítja, hogy a Hercegség a megtakarításokból származó kamatjövedelem adóztatásáról szóló uniós irányelvvel egyenértékű intézkedéseket alkalmaz.

Az EU és Liechtenstein között 2015 októberében létrejött egyezmény a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről kiemelkedő jelentőségű, hisz lehetővé teszi, hogy hatékonyabban lehessen fellépni az adócsalások és adóelkerülés ellen. Fontos, hogy az EU hasonló megállapodásokat kössön harmadik európai országokkal, valamint hogy szükség esetén aktualizálja azokat, hisz csak így lehet eredményesen fellépni az adócsalók ellen, akik igyekeznek elrejteni az európai adóhatóságok elől az amúgy adóköteles jövedelmüket, vagyonukat.

Üdvözlendő, hogy az EU partnerként tekinthet Liechtensteinre a nemzetközi adóügyi együttműködés terén.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Zaproponowana przez Radę decyzja zmieniająca umowę między Wspólnotą Europejską a Księstwem Lichtensteinu jest kolejnym krokiem mającym na celu zwiększenie efektywności działań podejmowanych przeciwko unikaniu płacenia zobowiązań podatkowych. Kwestia ta jest szczególnie istotna, gdy działania te podejmują osoby fizyczne i prawne z siedzibą w Unii przy pomocy instytucji finansowych mających siedzibę w krajach trzecich.

W sprawozdaniu Parlamentu Europejskiego podkreślono korzyści płynące z decyzji o automatycznej wymianie informacji finansowych od 2017 r. Daje ona szansę na poprawę międzynarodowej współpracy podatkowej i przestrzeganie przepisów. Ważne jest, aby umowa ta jak najszybciej zaczęła obowiązywać, a Unia Europejska i Lichtenstein nie zwlekały z jej przyjęciem.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Sistemele de taxe și impozite ale statelor membre UE reprezintă baza de la care pornește proiecția bugetară a Uniunii. Fără a dispune de sisteme fiscale coerente la nivel național, punerea în comun a resurselor financiare europene ar deveni imposibilă. Tocmai de aceea, statele membre și instituțiile europene trebuie să prevină și să combată fenomenul evaziunii fiscale și fraudele fiscale, care pot să aibă loc prin intermediul așa-numitelor „paradisuri fiscale". În vederea realizării acestui deziderat, Uniunea Europeană a demarat o acțiune concertată de încheiere a unor acorduri cu statele europene unde nivelul de taxare este foarte redus și care pot servi drept „adăpost" pentru evazioniștii din statele membre. Un astfel de acord a fost încheiat cu statul Liechtenstein la 28 octombrie 2015 și implică schimbul de informații privind conturile rezidenților începând cu anul 2017, pentru a evita ascunderea veniturilor sau activelor pentru care nu au fost achitate impozitele cuvenite. Mai exact, se preconizează aplicarea unor măsuri echivalente celor stabilite prin Directiva 2003/48/CE a Consiliului privind impozitarea veniturilor din economii sub forma plăților de dobânzi, conform normelor europene privind cooperarea administrativă și standardelor OCDE în domeniu. Consider că se impune susținerea acestui acord.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour. L'Union européenne et le Liechtenstein ont signé un accord le 28 octobre 2015 sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international.

Cet accord marque une étape importante dans les efforts actuels visant à lutter contre la fraude et l'évasion fiscales et renforce l'accord de 2004 qui garantissait que le Liechtenstein applique des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive de l'Union en matière de fiscalité des revenus de l'épargne.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the EU-Liechtenstein agreement on the automatic exchange of financial account information. The agreement represents an important step in the fight against tax fraud and tax evasion. Under the agreement, the EU and Liechtenstein will automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents, starting in 2017. The objective is to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Proširenjem sporazuma iz 2004. godine s Lihtenštajnom želi se osigurati usklađenost mjera Lihtenštajna s pravnim okvirom Europske unije, kroz automatsku razmjenu informacija o financijskim računima svojih građana koja stupa na snagu 2017. godine.

Smatram da je ovo proširenje važan korak u nastojanju suzbijanja porezne prijevare i utaje poreza jer će omogućiti povećanje transparentnosti te provođenje poreznih zakona u drugim državama. Osim toga, izuzetno korisnim smatram to što će se ovom razmjenom procjenjivati mogućnost utaje poreza i izbjeći nepotrebne istrage.

Držim da će usklađivanje ovog sporazuma s trenutnim globalnim standardima Europske unije i Organizacije za ekonomsku suradnju i razvoj pridonijeti učinkovitijoj borbi protiv prekograničnih poreznih prijevara, te sam stoga glasovala za proširenje ovog sporazuma.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Podprla sem sporazum med EU in Lihtenštajnom o avtomatični izmenjavi podatkov o finančnih računih.

Menim, da je pomembno, da države, s katerimi EU gospodarsko in finančno sodeluje, postopoma sprejmejo enake standarde na teh področjih. Predvsem zaradi dejstva, ker veliko podjetij pa tudi posameznikov zaradi ugodnih davčnih razmer svoje dobičke prijavlja v t.i. davčnih oazah.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de este informe sobre la transposición de la Directiva relativa a la imposición de los intereses sobre los ahorros a un acuerdo bilateral con Liechtenstein. Si bien el Acuerdo supone un paso adelante en la lucha contra el fraude y la evasión fiscal, es claramente insuficiente en términos de transparencia y obligaciones legales. Establece una discrecionalidad excesiva a la hora de revelar información, y condiciona el intercambio de informaciones al acuerdo entre las autoridades competentes. Además, el Parlamento Europeo solo ha sido consultado después de la ratificación del Acuerdo.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La fin du secret bancaire par l'échange automatique d'information au niveau des pays de l'Union, actée en mars 2014, a dû vaincre les réticences de l'Autriche et du Luxembourg. Une des conditions de l'abandon du secret bancaire par ces pays était l'acceptation par la Suisse et le Liechtenstein de mesures similaires, afin de ne pas créer une concurrence déloyale.

Le protocole d'accord prévoit que l'Union européenne et du Liechtenstein échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes financiers de leurs résidents respectifs à compter de 2017.

Le Liechtenstein appliquera des mesures équivalentes à celles prévues dans les textes européens (directive 2003/48 revue). Elle respectera ainsi l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, tel que posé par les normes mondiales de l'OCDE en 2014.

En outre, l'accord prévoit certaines dispositions visant à limiter la possibilité, pour les contribuables, de se soustraire à leurs obligations de déclaration aux autorités fiscales en transférant leurs actifs ou en investissant dans des produits financiers qui ne relèvent pas du champ d'application de l'accord.

La transparence fiscale et la fin du secret bancaire est un objectif soutenu par tous, notamment afin de préserver les rentrées fiscales des États.

Je vote donc POUR ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és Liechtenstein 2015. október 28-án megállapodást írt alá a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről, amelynek célja a nemzetközi adóügyi együttműködés és a szabályok betartásának javítása. A megállapodás fontos lépést jelent az adócsalás és adókijátszás elleni fellépésre irányuló erőfeszítések terén, és naprakésszé teszi azon 2004. évi megállapodást, amely biztosítja, hogy Liechtenstein a megtakarításokból származó kamatjövedelem adóztatásáról szóló uniós irányelvvel egyenértékű intézkedéseket alkalmazzon. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for this report. The signature of this agreement between the European Union and Liechtenstein is a step towards more cooperation on exchange of information between the EU and Liechtenstein on financial accounts of residents, but we also call upon both parties to increase cooperation in order to fight corporate tax evasion and avoidance, which remains a major concern.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I support this agreement between the EU and Liechtenstein, which ensures the automatic exchange of information on the bank accounts of each other's residents, starting in 2018. The information to be exchanged includes not only income, such as interest and dividends, but also account balances and proceeds from the sale of financial assets. I believe this is necessary to clamp down on tax fraud and tax evasion by ensuring that Liechtenstein applies stricter measures, equivalent to those in place within the EU since March 2014.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El 17 de junio de 2011 la Comisión Europea aprobó una recomendación para que el Consejo iniciara negociaciones con Liechtenstein con el objetivo de actualizar los acuerdos europeos en consonancia con la Directiva 2003/48/EC del Consejo en materia de fiscalidad de los rendimientos del ahorro en forma de pago de intereses. Tras la conclusión de un acuerdo dentro del mandato negociador del Consejo, el Parlamento Europeo procede a aprobar el texto con arreglo al procedimiento simplificado. Teniendo en cuenta la naturaleza de dicho Acuerdo, creo conveniente votar a favor del mismo.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto***. –** Nutro forti riserve sul fatto che l'accordo tra UE e Liechtenstein sullo scambio automatico di informazioni in materia di tassazione dei redditi da risparmio rappresenti una risposta credibile e sufficiente al problema della fuga dei capitali dei grandi evasori. Sebbene riconosca che effettivamente è stato compiuto un passo in avanti nella lotta all'evasione, ritengo che permangano molte criticità, legate al ristretto ambito di applicazione – dato che l'accordo riguarda esclusivamente la tassazione sui redditi da risparmio sotto forma di pagamenti di interessi dei rispettivi residenti – e soprattutto alla presenza di lacune normative, scappatoie legali e eccessivi margini di discrezionalità rispetto agli obblighi di informativa, che evidentemente mantengono aperti vari canali per raggirare la normativa e lasciano il via libera a scatole cinesi e ricollocamenti in altri paradisi fiscali. Devo inoltre sottolineare che, al di là delle considerazioni del merito, il Parlamento è stato relegato ancora una volta a un ruolo del tutto simbolico e marginale, in quando l'accordo oggetto del parere del Parlamento era stato comunque già ratificato oltre un mese prima. Per queste ragioni mi sono astenuto sulla relazione che approva la conclusione di questo accordo.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener medidas positivas de control de las transacciones con Liechtenstein, consideramos necesaria la prohibición total de los paraísos fiscales. Resulta ya problemático que sea solo ahora cuando la UE desarrolla este tipo de acuerdos de colaboración fiscal con Liechtenstein, especialmente en el específico punto de los rendimientos del ahorro, del que se benefician las principales fortunas de la Unión. Consideramos absolutamente imprescindible la cooperación fiscal entre dos países interconectados económicamente. Sin embargo, en el caso de los paraísos fiscales, como Liechtenstein, se requieren medidas más severas que prohíban directamente a las fortunas de nacionales de la UE utilizar sus ventajosos sistemas fiscales. Dado que este informe carece de referencia alguna a esta prohibición, no he podido votar a favor del mismo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de overeenkomst tussen de Europese Unie en Liechtenstein inzake de automatische uitwisseling van gegevens over financiële rekeningen. Deze overeenkomst is een belangrijke stap in de strijd tegen fiscale fraude en belastingontduiking. Vanaf 2017 zullen de Europese Unie en Liechtenstein immers automatisch gegevens uitwisselen over de bankrekeningen van elkaars inwoners.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo pode representar um progresso importante no âmbito dos esforços que estão a ser desenvolvidos para combater a fraude e a evasão fiscais e atualiza o acordo de 2004 que garantiu que o Principado do Listenstaine aplicaria medidas equivalentes às previstas na diretiva da UE relativa à tributação dos rendimentos da poupança.

Desta forma, a UE e o Principado do Listenstaine procederão à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra Parte, a partir de 2017. O objetivo consiste em prevenir as situações em que um contribuinte tenta ocultar os capitais correspondentes a rendimentos ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos.

Infelizmente, a História demonstra que não é por falta de acordos ou de regulamentos que a fraude e a evasão fiscal continuam a existir. É importante acompanhar o cumprimento deste acordo, evitando o recurso aos habituais alçapões destes acordos que servem muitas vezes apenas para iludir a opinião pública.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dieses Abkommen stellt einen wichtigen Schritt in den andauernden Bemühungen um eine Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung dar. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso il mio parere positivo sull'accordo tra Unione europea e Liechtenstein perché questo testo è in linea con le richieste del gruppo dei Socialisti e Democratici per una maggiore trasparenza sulle questioni fiscali nell'UE e nei rapporti con paesi terzi. Grazie a questo accordo verranno scambiate automaticamente le informazioni relative ai conti bancari dei residenti, per risolvere le situazioni di capitali nascosti alle autorità competenti.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a Council decision on the conclusion, on behalf of EU, of the Amending Protocol to the Agreement between the European Community and the Principality of Lichtenstein providing for measures equivalent to those laid down in Council Directive 2003/48/EC on taxation of savings income in the form of interest payments.

The report is designed to improve international tax cooperation and compliance. It represents a very important step in the ongoing efforts to eliminate tax frauds and tax evasion. According to that report, the EU and Lichtenstein will be able to automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents. This is going to lead to addressing those situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid.

Due to the above, I believe that this is a very useful tool in combating the tax frauds, therefore I fully support the report.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris***.** – Am votat raportul referitor la Acordul dintre UE și Liechtenstein privind impozitarea veniturilor din economii sub forma plăților de dobânzi. Acest acord reprezintă un pas important în cadrul eforturilor actuale de combatere a fraudelor și a evaziunii fiscale și actualizează acordul din 2004 prin care se asigura faptul că Liechtensteinul aplică măsuri echivalente celor din directiva UE privind impozitarea veniturilor din economii. Acest acord va intra în vigoare la 1 ianuarie 2016.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα τη συμφωνία ΕΕ-Λιχτενστάιν για τη φορολόγηση των υπό μορφή τόκων εισοδημάτων από αποταμιεύσεις, βάσει της οποίας από το 2017 και μετά η ΕΕ και το Λιχτενστάιν θα ανταλλάσσουν αυτόματα πληροφορίες εκάστη για τους χρηματοοικονομικούς λογαριασμούς των φορολογικών κατοίκων της άλλης. Στόχος είναι η αντιμετώπιση καταστάσεων στις οποίες ο φορολογούμενος επιδιώκει να κρύψει κεφάλαια που αντιπροσωπεύουν εισόδημα ή στοιχεία ενεργητικού για τα οποία δεν έχουν καταβληθεί φόροι.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – La propuesta de Decisión del Consejo sobre la celebración del Protocolo relativo al establecimiento de medidas equivalentes a las previstas en la Directiva 2003/48/CE del Consejo en materia de fiscalidad de los rendimientos del ahorro en forma de pago de intereses es más que bienvenida. Es esencial mejorar la cooperación fiscal y el cumplimiento de las obligaciones tributarias. Son la piedra angular de la lucha contra el fraude fiscal y la evasión fiscal.

Este Acuerdo no hace más que equiparar las medidas aplicables en la UE y Liechtenstein en esta materia. Gracias a este acuerdo, a partir de 2017 Liechtenstein intercambiará de forma automática con la UE información sobre las cuentas financieras de sus residentes. Es la mejor manera de evitar que existan contribuyentes que traten de evadir impuestos.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il 28 ottobre 2015 l'Unione europea e il Liechtenstein hanno firmato un accordo sullo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, inteso a migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. A partire dal 2016, l'UE e il Liechtenstein procederanno quindi a uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, in maniera tale da incrementare gli sforzi per combattere la frode, l'elusione e l'evasione fiscale, che vedono nel Liechtenstein proprio uno dei paesi più sensibili sotto questi aspetti. L'accordo contiene sicuramente dei miglioramenti rispetto alla situazione attuale, ma è altrettanto vero che si sarebbe potuto e dovuto cercare un accordo più completo e approfondito, poiché questo lascia ancora presenti diversi vuoti normativi facilmente aggirabili. Si tratta del secondo di un pacchetto di 5 accordi, che riguardano Svizzera, Liechtenstein, San Marino, Andorra e Monaco: seppure apportino delle migliorie, sono tutti lontani dal risolvere in concreto un buon numero di problematiche che resteranno presenti con tutti questi Paesi. È per queste regioni che mi sono astenuto.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo pode representar um progresso importante no âmbito dos esforços que estão a ser desenvolvidos para combater a fraude e a evasão fiscais e atualiza o acordo de 2004 que garantiu que o Principado do Listenstaine aplicaria medidas equivalentes às previstas na Diretiva da UE relativa à tributação dos rendimentos da poupança.

Desta forma, a UE e o Principado do Listenstaine procederão à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra Parte a partir de 2017. O objetivo consiste em prevenir as situações em que um contribuinte tenta ocultar os capitais correspondentes a rendimentos ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos.

É importante acompanhar o cumprimento deste acordo, evitando o recurso aos habituais alçapões destes acordos que servem muitas vezes apenas para iludir a opinião pública.

Abstivemo-nos.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Evropske unije, Protokola o spremembi k Sporazumu med Evropsko skupnostjo in Kneževino Lihtenštajn o ukrepih, enakovrednih tistim iz Direktive Sveta 2003/48/ES o obdavčevanju dohodka od prihrankov v obliki plačil obresti (COM(2015)0395 – C8-0320/2015 – 2015/0175(NLE)), ker menim, da bo še okrepil prizadevanja in sodelovanje med EU in Lihtenštajnom za boj proti davčnim goljufijam in davčni utaji.

20.4. Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu der Initiativuntersuchung betreffend Frontex (A8-0343/2015 - Roberta Metsola, Ska Keller)

Dichiarazioni di voto orali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl říci k této zprávě, že jsem ji podpořil, protože ty závěry, které jsou zde uvedeny, považuji za správné. Nicméně chtěl jsem se vyjádřit k jednomu specifickému hlasování, které se týkalo zvláštní ochrany práv nezletilých dětí a práv osob LGBT minority. Chci říci, že jsem to nepodpořil ne z důvodu toho, že bych nechtěl podporovat nezletilé děti či osoby LGBT minority, nicméně pokládám právě to hledisko uplatnění tvrzení, že jsem migrující osobou LGBT minority a z toho důvodu nemusím být navrácen do země původu, za velmi zneužitelné. Ten návrh usnesení neobsahoval žádné záklopky, žádné zádržné mechanismy k tomu, aby nemohlo docházet k jednoznačnému zneužití toho, že se právě migrující osoba prohlásí za osobu LGBT a potom bude doufat v dobrodiní tohoto ustanovení. Měl jsem drobné rozpaky nad tímto konkrétním hlasováním, ale jinak jsem zprávu podpořil.

Dichiarazioni di voto scritte:

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'agenzia europea per la sicurezza dei confini esterni dell'Unione (Frontex) dal 2004 è impegnata nel favorire la collaborazione tra gli Stati membri nella gestione di tali aree, affinché il lavoro posto in essere dalle autorità competenti sia in armonia col rispetto dei diritti fondamentali sanciti dall'UE. La relazione è volta a garantire una piena e consapevole informazione circa il processo di revisione del regolamento dell'agenzia. Ho espresso voto positivo in merito alla relazione speciale del Mediatore europeo perché ritengo di fondamentale importanza intervenire per garantire un incremento dei livelli di tutela prestati a favore dei soggetti migranti.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de plantear quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he votado a favor de este informe porque considero que la propia actividad de Frontex, su labor de militarización y defensa de fronteras, conlleva intrínsecamente la violación permanente de los derechos fundamentales. Es por ello que, desde mi grupo político, hemos presentado enmiendas al informe solicitando el desmantelamiento de Frontex, al entender que sería la única vía efectiva para acabar con las sistemáticas violaciones de derechos humanos en las fronteras de la UE y dejando así claro el rechazo frontal de Izquierda Unida a Frontex.

Además, el mecanismo aprobado, que busca dar la posibilidad de presentar reclamaciones por violaciones de los derechos fundamentales en el marco de operaciones de esta agencia europea, adolece de una grave deficiencia, para la cual también presentamos enmiendas que fueron igualmente rechazadas: su falta de independencia, ya que se encarga a la propia Agencia la gestión de las denuncias cometidas por sus agentes.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – Whilst GUE/NGL amendments were adopted at committee level the proposals presented did go far enough to ensure an adequate standard of accountability for Frontex operations. The proposed complaints mechanism does not go far enough.

I abstained on this report as currently there is no complaint procedure and the report in no way extends or enhances the remit or powers of Frontex.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Réunies dans le cadre d'une procédure accélérée, la commission des libertés civiles et la commission des pétitions ont voté une résolution sur Frontex qui donne aux immigrés davantage de possibilités pour porter plainte contre les gardes-frontières. Ce vote a eu lieu le 23 novembre dernier, soit 10 jours après les attentats de Paris… Il est par ailleurs stupéfiant de voter un texte qui donne des droits juridiques à des individus dont la présence dans l'un des États membres est illégale! Pire, cette résolution donne aux ONG, grassement subventionnées, la possibilité de déposer plainte au nom des clandestins. Mais ce n'est pas tout! Le texte prévoit en effet une vaste campagne d'information pour inciter les immigrés à faire usage de leurs nouveaux «droits». Contrairement aux autres députés français qui affichent avec fracas leur fermeté en matière de contrôle aux frontières, les députés Front national au Parlement européen ont voté contre ce texte aberrant.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – įvertinti Europos ombudsmeno savo iniciatyva atlikto tyrimo dėl FRONTEX specialiąją ataskaitą. FRONTEX deda pastangas stiprinant pagarbą pagrindinėms teisėms imantis tokių priemonių kaip pranešimų apie nenumatytus įvykius sistemos sukūrimas, elgesio kodeksų rengimas, konsultacinio forumo pagrindinių teisių klausimu sukūrimas ir Pagrindinių teisių tarnybos įsteigimas. Pritariu, kad atsižvelgiant į nuolat augančius humanitarinius ir teisinius iššūkius prie ES išorės sienų ir FRONTEX operacijų stiprinimą, būtinas mechanizmas, pagal kurį būtų galima nagrinėti individualius skundus dėl pagrindinių teisių, kaip įtariama, pažeistų vykdant FRONTEX operacijas.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – 2009. december 1-jén a Lisszaboni Szerződés hatálybalépésével az EU Alapjogi Chartája jogilag kötelező erőre emelkedett a Frontexre nézve, amely szakosodott uniós ügynökségként az EU külső határainak igazgatását támogatja, koordinálja és fejleszti. Ezen új jogi keret fényében és a civil társadalom által az Unió külső határainak igazgatása, többek között annak alapjogi vetülete iránt mutatott érdeklődésre való tekintettel az ombudsman úgy vélte, hasznos lenne egy hivatalból indított vizsgálat útján tisztázni, hogyan hajtja végre a Frontex a fent említett rendelkezéseket.

A jelenlegi bevándorlási válsághelyzetben az ombudsman javaslatainak elfogadása tovább gyengítené Európa határvédelmi képességeit. Egyet lehet érteni az ENF alternatív javaslatában foglalt megállapítással: „a tagállamoknak pillanatnyilag vannak ennél fontosabb teendőik is, például hogy biztosítsák a saját polgáraik biztonságát és szabadságát." A javaslat szerinti panasztételi mechanizmus a kívánttal ellentétes hatást fejtene ki az illegális bevándorlók schengeni térégbe való belépésének megakadályozása szempontjából, továbbá akadályozná az illegális bevándorlók származási országukba való visszatérését.

Ezen érvek alapján a jelentést nem szavazatommal elutasítottam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le présent rapport, que j'ai approuvé, prend acte des efforts actuellement déployés par Frontex pour assurer le respect des droits fondamentaux avec, entre autres, la mise en place d'un système de signalement des incidents, ainsi que la conception de codes de conduite, la création d'un forum consultatif sur les droits fondamentaux et la désignation d'un officier aux droits fondamentaux.

Il soutient par ailleurs la recommandation du Médiateur européen selon laquelle Frontex devrait traiter les plaintes individuelles concernant des infractions aux droits fondamentaux pendant le déroulement de ses opérations et devrait apporter un soutien administratif suffisant à cette fin. Il invite dès lors Frontex à mettre en place un mécanisme de traitement des plaintes approprié, y compris dans le cadre de ses accords de travail conclus avec les autorités compétentes de pays tiers.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación del Informe especial del Defensor del Pueblo Europeo relativo a su investigación de propia iniciativa sobre Frontex ya que, por una parte, estamos en contra del papel que actualmente desempeña Frontex y consideramos que debería repensarse esta Agencia y eventualmente desmantelarse. Por otra parte, no hemos votado en contra del informe porque éste no incluye ningún aspecto que pueda reforzar las operaciones de Frontex, pero sí recoge las conclusiones del Defensor del Pueblo Europeo en lo relativo a las obligaciones de la Agencia con los derechos humanos, incluyendo aspectos que consideramos fundamentales, si bien no suficientes. Entre los aspectos que se contemplan en el informe figuran mecanismos de

queja y denuncia individuales para casos de violación de los derechos humanos, de los derechos fundamentales, ya que hasta la fecha eran mecanismos que no se aceptaban. Al mismo tiempo se piden medidas para mejorar las garantías y salvaguardas de los derechos humanos en las operaciones de la Agencia y se recomienda la obligatoriedad de la formación en materia de género antes de sumarse a una operación de Frontex, en particular para concienciar sobre la violencia por razones de género y la vulnerabilidad de las mujeres migrantes.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Voilà encore un rapport qui est plein de bonnes intentions mais qui risque d'avoir des effets pervers s'il devait être appliqué trop rigoureusement. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport. Bien évidemment, il faut veiller à ce que les droits fondamentaux de l'Union soient respectés. Personne ne dira le contraire. Mais je suis convaincue que nous pouvons avoir toute confiance dans les responsables de Frontex pour que ces droits soient effectivement respectés. Jusqu'à aujourd'hui, aucun dérapage n'a eu lieu et la suspicion que ce rapport fait peser sur des gens qui font l'impossible pour protéger nos frontières extérieures, souvent dans des conditions très difficiles, n'a pas lieu d'être.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Me gustaría expresar mi agradecimiento a las ponentes de este informe, que he apoyado. Acojo con satisfacción el Informe especial del Defensor del Pueblo Europeo en el marco de la investigación de propia iniciativa sobre Frontex. Es un informe muy importante, que expresa la preocupación por el vacío legal que rodea el despliegue de agentes de terceros países durante operaciones de retorno conjuntas, así como por la impunidad que podría existir en caso de violaciones de los derechos humanos en las que se vean involucrados agentes de terceros países.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Non contents d'ouvrir grandes les portes de l'Europe à des flots massifs de réfugiés au détriment des peuples européens, les rapporteurs PPE – c'est-à-dire les Républicains au Parlement européen – et Verts de ce texte veulent faciliter les procédures de plaintes des migrants vis-à—vis de Frontex, l'agence européenne de gestion des frontières. On marche donc sur la tête avec cette possibilité offerte à des personnes présentes illégalement sur notre territoire d'attaquer les gardes-frontières – avec l'aide d'ONG grassement subventionnées – et ce, avec la totale complicité, voire l'encouragement, des députés européens socialistes et «Républicains» qui cherchent ainsi à rendre quasi nul le nombre d'expulsion déjà au plus bas.

En France, le Premier ministre socialiste a offert à l'opinion publique des gesticulations de fermeté en matière de sécurité et d'immigration, tandis que les Républicains, de leur côté, font semblant de s'alarmer contre l'immigration massive, véritable danger pour le bien-être des peuples européens. Bref, une nouvelle fois, c'est à Bruxelles que les masques tombent et seuls les députés patriotes ont eu l'audace et la constance de leurs convictions en s'opposant à cette résolution scandaleuse.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La proposta al voto costituisce solo un ulteriore aggravio burocratico per Frontex che ne rallenterebbe ulteriormente un funzionamento già carente. La relazione, inoltre, è pesantemente sbilanciata verso il sostegno di una linea politica miope, che non vuole affrontare apertamente la reale emergenza dall'immigrazione di massa e che si ostina a parlare di diritti ma non degli obblighi vincolanti che i migranti dovrebbero rispettare ma che infrangono sistematicamente. Per questi motivi non ho inteso sostenere il testo col mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har avstått i omröstningen.

Att Frontex hitintills inte haft en mekanism för enskilda klagomål hittills är anmärkningsvärt, särskilt med tanke på de återkommande rapporterna om brott mot de mänskliga rättigheterna som kommit från både Amnesty och FNs flyktingorgan. En sådan mekanism måste vara oberoende av Frontex samt att målsäganden har rätt att vara anonym och kan företrädas av en tredje part, exempelvis IOM, Amnesty eller FNs flyktingorgan. Resultat är mycket tveksamt. En intern mekanism inom Frontex är inte tillräckligt. Däremot fick vi igenom att målsäganden kan företrädas av en tredje part. Det är ett litet steg i rätt riktning, men räcker inte för att vara ett system som ska kallas rättssäkert.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de plantear quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame Europos Parlamentas palankiai vertina Europos ombudsmeno savo iniciatyva atlikto tyrimo dėl FRONTEX specialiąją ataskaitą. Parlamentas pripažįsta dabartines FRONTEX pastangas stiprinti pagarbą pagrindinėms teisėms imantis tokių priemonių, kaip pranešimų apie nenumatytus įvykius sistemos sukūrimas, elgesio kodeksų rengimas, konsultacinio forumo pagrindinių teisių klausimu sukūrimas ir Pagrindinių teisių tarnybos įsteigimas, tačiau jomis neapsiribojant. Tačiau iš kitos pusės, Europos Parlamentas reiškia didelį susirūpinimą dėl teisinio vakuumo, susijusio su trečiųjų valstybių dislokuotais pareigūnais, vykdant grąžinimo operacijas, kaip nurodyta Europos ombudsmeno ataskaitoje, taip pat dėl atskaitomybės stokos, su kuria būtų susidurta tuo atveju, jei trečiųjų valstybių dislokuoti pareigūnai pažeistų žmogaus teises.

Todėl Parlamentas mano, kad, nustačius individualių skundų nagrinėjimo mechanizmą, asmenys turėtų galimybę įgyvendinti savo teisę į veiksmingą teisinę gynybą, jei būtų pažeistos jų pagrindinės teisės. Be to, nustačius tokį skundų nagrinėjimo mechanizmą būtų užtikrinamas didesnis skaidrumas ir didesnė pagarba žmogaus teisėms, taip pat ir FRONTEX darbo susitarimų taikymo srityje, nes FRONTEX ir ES institucijos būtų geriau informuotos apie galimus pagrindinių teisių pažeidimus, kurie kitaip galbūt liktų nepastebėti, apie juos nebūtų pranešta ir problemos nebūtų išspręstos.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem posebno poročilo Evropskega varuha človekovih pravic o preiskavi na lastno pobudo v zvezi z agencijo Frontex, saj v prvi vrsti priporoča vzpostavitev mehanizma za individualne pritožbe.

S tem bi posamezniki dobili možnost, da uveljavijo svojo pravico do učinkovitega pravnega sredstva v primeru kršitve njihovih temeljnih pravic, kar se je do sedaj izkazalo kot pravna praznina znotraj ureditve. Omenjene so tudi nekatere druge izboljšave v ureditvi.

Frontex v današnjih časih migrantske krize dobiva vse več in več nalog, zato je pozitivno, da se uredijo tudi vse nejasnosti v zvezi z njegovim delovanjem.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione approvata oggi giunge alla vigilia della revisione del regolamento Frontex e accoglie appieno la raccomandazione del Mediatore formulata a seguito dell'indagine compiuta nel 2012 circa il rispetto degli obblighi dell'agenzia in materia di diritti umani. In un momento in cui la crisi dei rifugiati è una questione sempre più impellente e bisognosa di soluzioni a livello europeo, il ruolo di Frontex deve essere rafforzato e le sue attività rese più trasparenti, nella piena garanzia dei diritti umani fondamentali. A tal proposito, accolgo con favore la proposta della relazione di istituire un meccanismo di gestione delle denunce individuali in seno a Frontex. Tale meccanismo, prevedendo un ruolo centrale per il responsabile dei diritti fondamentali all'interno dell'agenzia nella valutazione preliminare delle denunce e nel loro deferimento alle autorità competenti, permetterebbe ai singoli di esercitare il diritto a un ricorso effettivo in caso di violazione dei loro diritti, accrescendo al contempo la credibilità nell'azione di Frontex.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – À la suite de l'adoption, le 23 novembre, d'une résolution permettant aux migrants de porter plainte plus facilement contre les gardes-frontières, Roberta Metsola du PPE et Ska Keller des Verts soumettent au Parlement européen une nouvelle résolution en faveur des clandestins.

Celle-ci invite Frontex à faciliter le dépôt de plaintes en faveur des migrants clandestins, présents illégalement dans l'Union européenne, en cas de violation de leurs droits. Ce texte prévoit également que des tiers tels que des ONG ou d'autres associations communautaristes, grassement subventionnées aux frais des contribuables, puissent porter plainte au nom des migrants clandestins. Enfin, ce rapport préconise de mener une campagne de communication autour des procédures qu'ils peuvent engager en cas d'atteinte à leurs droits fondamentaux.

Cette proposition a comme unique objectif de réduire considérablement le nombre d'expulsions afin de répondre aux besoins des multinationales en main-d'œuvre bon marché estimés par la Commission à 3 millions de migrants clandestins d'ici 2017. Nous sommes absolument opposés à ce texte scandaleux. J'ai donc voté contre.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Questa proposta vuole regolamentare la procedura per le denunce contro le guardie di frontiera Frontex da parte dei migranti. Il meccanismo che si vuole istituire dovrebbe analizzare le denunce per violazione dei diritti umani dei migranti e dei richiedenti asilo. I deputati chiedono alla Commissione di includere tale disposizione nella modifica del regolamento Frontex che sarà votata nei prossimi mesi. Questa relazione è sfacciatamente sbilanciata in favore di quella politica buonista che noi contestiamo. Si parla sempre e solo dei diritti dei migranti senza insistere sugli obblighi vincolanti che anche questi ultimi dovrebbero rispettare. Questa proposta sarebbe un ulteriore aggravio burocratico per Frontex e rallenterebbe ulteriormente il lavoro dell'agenzia. Voto contrario.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de plantear quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore elazione sulla relazione speciale del Mediatore europeo sull'indagine di propria iniziativa OI/5/2012/BEH-MHZ relativa a Frontex. Avere a che fare con l'immigrazione e, in particolare, con le problematiche connesse agli ingressi illegali, pone l'UE dinanzi a sfide importanti da un punto di vista sia giuridico che umanitario. Bisogna quindi trovare un equilibrio tra l'interesse a controllare l'immigrazione e il requisito umanitario di offrire un luogo sicuro alle persone che entrano illegalmente, in attesa del completamento dell'iter legale previsto per le richieste di asilo. La relazione ha quindi indicato che Frontex dovrebbe occuparsi delle denunce individuali delle violazioni di diritti fondamentali commesse nel corso delle sue operazioni e fornire a tal fine un adeguato sostegno amministrativo attraverso l'istituzione di un adeguato meccanismo per le denunce, anche nel quadro degli accordi di lavoro stipulati con le autorità competenti dei paesi terzi. Considerando questi elementi, ho quindi votato a favore della relazione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report was concerned with the Frontex complaint mechanism and the aim is to have an internal complaint mechanism within Frontex. However, an internal mechanism instead of an independent body is inadequate. Therefore, while the intention behind the report was positive, it did not contain enough procedural safeguards, so on this basis I abstained on the final vote.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because Frontex needs its own complaints mechanism to prevent any breaches of human rights. This will strengthen the Agency but at the same time will not affect the powers of Member States, in line with the principle of subsidiarity.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione concerne l'inchiesta del Mediatore europeo sull'agenzia Frontex (responsabile per la sicurezza dei confini esterni dell'Unione) ed è volta a informare circa il processo di revisione del regolamento dell'agenzia stessa, che la Commissione presenterà formalmente a metà dicembre. Il testo è buono e la novità principale riguarda la richiesta dell'istituzione in seno all'agenzia di un meccanismo interno per il trattamento delle denunce relative a violazioni dei diritti fondamentali commesse dai funzionari di Frontex ai danni dei migranti. Ho votato convintamente a favore.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – Parliament rightly endorsed the European Ombudsman's call for a stronger complaints mechanism allowing refugees to raise complaints on foot of breaches of fundamental rights.

Closer cooperation between Frontex and the Ombudsman would be invaluable to address concerns that fundamental rights violations are not being effectively followed up.

Furthermore, there is a great need for special protection of unaccompanied minors, women who are victims of gender-based persecution, LGBTI persons and other vulnerable groups. In order to do so, measures such as gender-based training on gender-based violence and vulnerability of migrant women is necessary.

In order for the complaints mechanism to be effective, it is vital that information is available to the complainants and that this information can be distributed in the official EU languages and in languages that the complainants can understand.

Lastly, a significant step towards improving Frontex's transparency, accountability and effectiveness will come from allowing the thorough investigation of individual complaints, the use of funds by Frontex to be made public and details regularly reported to Parliament.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Vores ja til betænkningen skal læses som en støtte til overholdelse af menneskerettighederne og princippet om en individuel klagemulighed. Ikke som en ubetinget støtte til, at Frontex skal oprette en individuel klagemekanisme. Vi anerkender, at visse medlemsstater ikke er tilstrækkelig gode til at overholde menneskerettighederne, når de kontrollerer deres eksterne grænser, og det bør EU gribe ind over for. Men at Frontex opretter en individuel klagemekaniske er ikke nødvendigvis den bedste eller den rigtige løsning.

Hvis Kommissionen på et tidspunkt fremlægger et forslag til, at Frontex opretter en sådan klagemekanisme, vil vi vurdere det konkrete forslag, herunder de økonomiske, retssikkerheds- og suverænitetsmæssige konsekvenser, et sådan forslag vil have, og derefter tage stilling.

Kontrol med EU's ydre grænser er et nationalt anliggende, og derfor mener vi som udgangspunkt også, at en sådan individuel klagemekanisme bør fungere i medlemsstatsregi, ikke som en del af Frontex.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Μέσα από την Έκθεση γίνεται σύσταση στον Frontex και στον Ευρωπαίο Διαμεσολαβητή να συνεργαστούν στενά προκειμένου να βελτιώσουν την προστασία των ατόμων από ενδεχόμενες πράξεις κακοδιοίκησης στο πλαίσιο των δραστηριοτήτων του Frontex, συμπεριλαμβανομένων των περιπτώσεων όπου ο Οργανισμός διεξάγει επιχείρηση πέραν των εξωτερικών συνόρων της ΕΕ μέσω ρυθμίσεων συνεργασίας.

Καλούνται τα κράτη μέλη και οι χώρες εταίρους που έχουν συνάψει ρυθμίσεις συνεργασίας με τον Frontex να συνεργαστούν αποτελεσματικά με τον Οργανισμό προκειμένου να διασφαλίσουν την ομαλή λειτουργία του μηχανισμού καταγγελιών.

Ζητείται από τον Frontex να παρέχει δημοσίως προσβάσιμες πληροφορίες σχετικά με τον μηχανισμό καταγγελιών στο πλαίσιο της ετήσιας γενικής έκθεσής του·Ακόμη συνιστά να αναγράφονται ο αριθμός των καταγγελιών που έχουν ληφθεί, οι τύποι των παραβιάσεων των θεμελιωδών δικαιωμάτων, οι επιχειρήσεις του Frontex όπου σημειώθηκαν τα συμβάντα και τα μέτρα παρακολούθησης που έλαβε ο Frontex. Τονίζεται ότι οι πληροφορίες αυτές θα βοηθήσουν τον Frontex να εντοπίσει πιθανές ελλείψεις και να βελτιώσει τις μεθόδους εργασίας του. Επιπρόσθετα προτείνεται να περιληφθούν στην επικείμενη αναθεώρηση του κανονισμού Frontex διατάξεις σχετικά με τον μηχανισμό ατομικών καταγγελιών. Με αυτά τα δεδομένα, στηρίζουμε θετικά την έκθεση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ειδική έκθεση του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή για την έρευνα ιδίας πρωτοβουλίας σχετικά με τη FRONTEX αφορά ένα ζήτημα ιδιαίτερης βαρύτητας. Η προοπτική δημιουργίας ενός μηχανισμού προσφυγών για περιπτώσεις παραβίασης δικαιωμάτων από ενέργειες της υπηρεσίας FRONTEX είναι καίριας σημασίας, ειδικά σε αυτή την πολιτικά και κοινωνικά ταραγμένη περίοδο που διανύουμε. Αν μάλιστα συνυπολογίσουμε το γεγονός πως οι ενέργειες της FRONTEX δεν έχουν αποδώσει μέχρι σήμερα τα αναμενόμενα αποτελέσματα, αντιλαμβανόμαστε ότι η σύσταση ενός τέτοιου μηχανισμού θα μπορούσε μόνο να βελτιώσει την υπάρχουσα δομή, δίνοντας τη δυνατότητα σε αιτούντες άσυλο και μετανάστες να καταγγείλουν πιθανές εις βάρος τους παραβιάσεις. Παρότι λοιπόν η πρόταση αυτή μπορεί να μην επιλύει όλα τα υπάρχοντα ζητήματα συστήνοντας έναν μη ανεξάρτητο μηχανισμό ατομικών προσφυγών, το σκεπτικό βελτίωσης της FRONTEX είναι θετικό, και για αυτό το λόγο αποφάσισα να υπερψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in esame. Con la presente relazione, il Parlamento europeo accoglie con favore la relazione speciale del Mediatore europeo sull'indagine di propria iniziativa relativa a Frontex, sostiene la raccomandazione del Mediatore secondo cui Frontex dovrebbe occuparsi delle denunce individuali delle violazioni di diritti fondamentali commesse nel corso delle sue operazioni; ritiene che l'istituzione di un meccanismo per le denunce individuali possa offrire alle persone un'opportunità di esercitare il diritto a un ricorso effettivo in caso di violazione dei loro diritti fondamentali e sostiene la necessità di una struttura centrale ufficiale interna a Frontex per il trattamento delle denunce individuali. Inoltre, il PE raccomanda che Frontex e il Mediatore europeo stabiliscano tra loro una stretta cooperazione al fine di migliorare la protezione delle persone da evetuali atti di cattiva amministrazione e invita gli Stati membri e i paesi partner a cooperare in modo efficiente con l'Agenzia per garantire il buon funzionamento del meccanismo per le denunce. Infine, invita Frontex a fornire informazioni accessibili al pubblico sul meccanismo di denuncia nell'ambito della sua relazione generale annuale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione, poiché ritengo che un punto fermo dell'Unione Europea sia la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali del Consiglio d'Europa. Inoltre sono convinto che Frontex, come ogni altra istituzione, organo o organismo dell'UE, debba rispettare la Carta dei diritti fondamentali nello svolgimento delle sue attività, infatti, i membri delle squadre responsabili che svolgono compiti di controllo e sorveglianza alle frontiere esterne sono tenuti a osservare la normativa comunitaria e la legislazione nazionale dello Stato membro ospitante. Infine concordo pianamente con il relatore per quanto concerne l'istituzione di un meccanismo per le denunce individuali, poiché ritengo che offrirebbe alle persone un'opportunità di esercitare il diritto a un ricorso effettivo in caso di violazione dei loro diritti fondamentali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – In 2013, the European Ombudsman (EO) issued a special report following an own-initiative inquiry because Frontex did not implement its recommendation to create an individual complaint mechanism through which it could deal with individual incidents of fundamental rights breaches to have supposedly occurred in the course of its operations.

In view of the ever growing humanitarian and legal challenges at the EU's external borders, the PETI/LIBE Committee draft INI report supports the EO's recommendation that Frontex should deal with complaints regarding infringements of fundamental rights in the course of its operations and should set up such a mechanism based on Article 26(a) of the Frontex 2011 Regulation.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Sono a favore della relazione concernente l'istituzione di un meccanismo per le denunce individuali nel caso di violazioni dei diritti fondamentali. Tale opportunità consentirà alle persone la possibilità di esercitare individualmente o tramite un soggetto terzo, il diritto a un ricorso effettivo, soprattutto nel caso di violazioni commesse nei confronti di persone vulnerabili, donne in stato di gravidanza o dei bambini. Inoltre, come raccomandato dal Parlamento europeo, Frontex dovrà garantire a tutti un facile accesso alle informazioni riguardanti le procedure per introdurre una denuncia oltre che collaborare attivamente con il Mediatore europeo e con ciascuno Stato membro al fine di garantire il buon funzionamento del meccanismo e la tutela delle persone in caso di cattiva amministrazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – In view of the humanitarian and legal challenges of migration and the situation at the EU's external borders, Parliament supports the recommendations of the European Ombudsman, so that Frontex deals with complaints regarding infringements of fundamental rights in the course of its operations. These new competences will lead to changes in the Frontex Fundamental Rights Strategy. Although setting up the new fundamental rights protection mechanism and structure comes under the competence of Frontex, necessary legal safeguards needed to be introduced in this report so as to ensure that only relevant complaints on infringements of fundamental rights are submitted to Frontex.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – As the S&D shadow rapporteur on this report I am glad that this report is a solid achievement for the S&D Group, as Parliament has adopted the S&D calls for stronger fundamental rights safeguards for all. These include: the establishment of a system where third parties can make complaints on behalf of migrants who prefer to remain anonymous out of fear; a call which obligates Frontex to report on Fundamental Rights complaints in the Frontex annual report; better cooperation with third countries; and strong assurances that such a mechanism will not hinder life-saving operations or return decisions. Our message was clear: Now more than ever is it time that the EU ups its game in the field of security and external borders, but these must go hand in hand with, and be complemented by, human and fundamental rights safeguards.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – A number of the recommendations in this report do not take account of the special nature of Frontex Agency and its relationship with Member States. I am also extremely concerned that making the details available of a number of the complaints of potential breaches of human rights by Frontex during the course of its work could prove counter-productive in minimising the amount of false complaints, and in deterring individuals with genuine cases. I also feel that the calls for additional resources are not realistic or responsible in light of the budgetary constraints in this area. For these reasons I cannot support this report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative vise à appuyer la recommandation faite par le Médiateur européen pour que l'agence Frontex mette en place un mécanisme de traitement des plaintes individuelles en ce qui concerne les infractions aux droits fondamentaux pendant le déroulement de ses opérations. Il recommande que les personnes estimant avoir été lésées par les garde-frontières portant l'insigne de Frontex aient le droit de déposer plainte. Considérant que ce rapport est dans la ligne des objectifs du groupe PPE, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit***. –** Par ce vote, le Parlement européen a souhaité appuyer la recommandation faite par le Médiateur européen pour que l'agence Frontex mette en place un mécanisme de traitement des plaintes individuelles pour traiter des allégations d'infractions aux droits fondamentaux pendant le déroulement de ses opérations. Je soutiens la mise en place d'un tel mécanisme. Toutefois, il est nécessaire que celui-ci ne fasse pas peser une charge disproportionnée sur l'agence Frontex, en charge de la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures des États membres de l'Union européenne.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport proposait de faciliter les actions judiciaires des migrants illégaux envers l'agence censée protéger les frontières de l'Europe: FRONTEX.

Ainsi, les migrants pourront s'opposer aux décisions d'expulsion déjà rarement délivrées et encore moins appliquées, en invoquant un irrespect de leurs droits de demandeurs d'asile. Alors que la France a déjà fait les frais de l'inconséquence de la politique d'immigration déraisonnée de l'Union européenne, celle-ci aggrave encore la plaie.

Opposée à l'immigration incontrôlée et à l'octroi inconsidéré de droits en tous genres aux clandestins en situation illégale, car attachée à la sécurité de mes concitoyens, j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не подкрепих доклада относно специалния доклад на Европейския омбудсман относно проверка по собствена инициатива OI/5/2012/BEH-MHZ на Frontex, тъй като смятам че Frontex е агенция, която по своя характер се различава от останалите агенции и институции на ЕС. Сегашната ситуация не е моментът, в който трябва да налагаме върху агенцията допълнителна административна тежест. Стотици хиляди мигранти всеки ден навлизат на територията на ЕС и вместо да критикуваме Frontex, трябва да подсилим неговия капацитет, за да може адекватно да отговорим на кризата, способна да разруши ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η FRONTEX είναι μια υπηρεσία, που βάσει της σύνθεσης και των επιχειρησιακών δυνατοτήτων της, αδυνατεί να αντιμετωπίσει τις μεταναστευτικές ροές. Εδώ ολόκληρα κράτη μέλη χτίζουν φράκτες και επαναφέρουν τους διασυνοριακούς ελέγχους για να συγκρατήσουν τα κύματα των μεταναστών. Φανταστείτε αν, από τα 2 εκατομμύρια μετανάστες που αναμένονται, οι 10 χιλιάδες υποβάλλουν κάποιο παράπονο, αληθές ή ψευδές. Το σύστημα θα καταρρεύσει. Θα πέσουμε σε ένα κυκεώνα ερευνών, νομικών λεπτομερειών, γλωσσικών δυσκολιών, αντί να ασχολούμαστε με την καταγραφή και την παροχή βοήθειας, την κύρια αποστολή της FRONTEX. Οι λαθρομετανάστες, ειδικά, θα επινοούν παραβιάσεις για να παρακωλύουν το έργο των αρχών, να απαιτούν την είσοδό τους στον χώρο του Σένγκεν και να δυσχεραίνουν τις ενέργειες επαναπατρισμού τους.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A FRONTEX az egyik legjobb ügynökségünk, az ott dolgozók magas fokú integritással rendelkeznek. Az a segítség, amelyet a FRONTEX nyújt a tagállamoknak az EU külső határainál a migránsáradat koordinálásban a jelenlegi válságos helyzetben külön említést és köszönetet érdemel.

Szeretném üdvözölni az ügynökség proaktív hozzáállását és lépéseit a panaszkezelési mechanizmust illetően. Ugyanakkor tisztázni kell, hogy a FRONTEX továbbra sem jogosult eljárni a műveleteiben résztvevő nemzeti rendfenntartó tisztviselőkkel szemben, ezen eljárások kizárólag nemzeti hatáskörbe tartoznak. Az ügynökség csakis saját személyzete ellen járhat el, hiszen a FRONTEX-nek csak koordináló szerepe van.

Azért pedig, hogy ez az uniós ügynökség megfelelő és szakszerű módon működhessen, teljesíthesse fontos mandátumát, a Bizottságnak és a tagállamoknak biztosítaniuk kell a működéshez szükséges megfelelő anyagi fedezetet.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Este informe de propia iniciativa apoya la petición del Defensor del Pueblo Europeo a Frontex de establecer un mecanismo individual de quejas relativas a incidentes en los que se menoscaben derechos fundamentales en el curso de sus operaciones. En este sentido, las observaciones finales del Comité las Naciones Unidas para la supervisión de la aplicación de la CRPD en la UE hacían especial mención a la protección de los colectivos vulnerables incluidos en los recientes movimientos de refugiados. Por tanto, se trata de asegurar que existen garantías suficientes para evitar la violación de los derechos fundamentales de los diferentes colectivos en el marco de las operaciones de Frontex y, consecuentemente, este informe propone introducir las salvaguardias legales necesarias para asegurar los citados derechos así como un correcto funcionamiento de la institución.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Agência europeia responsável pela gestão das fronteiras externas (Frontex) deve criar um mecanismo capaz de tratar queixas individuais de alegadas violações dos direitos fundamentais ocorridas durante as suas operações ou em operações conjuntas com países terceiros.

O Regulamento da UE sobre a Frontex exige que a agência assegure o pleno respeito pelos direitos fundamentais e pelos direitos dos migrantes, dos refugiados e dos requerentes de asilo. Concordo, ainda, com as várias recomendações sobre a estrutura do mecanismo de queixas, a apresentação e admissibilidade das mesmas, bem como sobre o tratamento de queixas que digam respeito à conduta dos agentes convidados que estejam sob a autoridade de um Estado-Membro, mas que ostentem a insígnia da Frontex.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il donne aux migrants des droits inadmissibles eu égard à la sécurité des peuples européens.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório surge na sequência do relatório especial da Provedora de Justiça Europeia, subsequente ao inquérito sobre a Agência Europeia de Gestão da Cooperação Operacional nas Fronteiras Externas dos Estados-Membros da União Europeia (Frontex). Face ao que se tornou uma clamorosa falha, pretende-se a criação de um sistema de comunicação de incidentes e a elaboração de códigos de conduta, bem como a instituição de um Fórum Consultivo sobre direitos fundamentais e um agente para os direitos fundamentais. Estabelece, ainda, um mecanismo de apresentação de queixas (que não existia) relativas ao desrespeito pelos direitos fundamentais, nomeadamente dos direitos dos migrantes, dos refugiados e dos requerentes de asilo.

Há, desde logo, um primeiro dado a salientar que é o inequívoco reconhecimento do desrespeito dos direitos humanos pela ação da Frontex. Esta agência tem vindo a tornar-se cada vez mais uma polícia supranacional que atenta contra a soberania territorial dos Estados-Membros e age como força repressiva contra cidadãos indefesos, no caso particular perante refugiados e requerentes de asilo vindos do Norte de África e do Médio Oriente, que todos os dias chegam à Europa e sofrem a sua ação repulsiva de contornos xenófobos. As queixas sucedem-se. Este mecanismo agora proposto não responde, nem de perto nem de longe, ao que seria necessário.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained as the report is incomplete.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η FRONTEX είναι μια υπηρεσία η οποία, κρίνοντας από τη σύνθεση και τις επιχειρησιακές της δυνατότητες, αδυνατεί να αντιμετωπίσει τις μεταναστευτικές ροές. Εδώ ολόκληρα κράτη μέλη χτίζουν φράκτες και επαναφέρουν τους διασυνοριακούς ελέγχους για να συγκρατήσουν τα κύματα των μεταναστών. Φανταστείτε αν, από τα 2 εκατομμύρια μετανάστες που αναμένονται, οι 10 χιλιάδες υποβάλλουν κάποιο παράπονο, αληθές ή ψευδές. Το σύστημα θα καταρρεύσει. Θα πέσουμε σε ένα κυκεώνα ερευνών, νομικών λεπτομερειών, γλωσσικών δυσκολιών, αντί να ασχολούμαστε με την καταγραφή και την παροχή βοήθειας που συνιστά την κύρια αποστολή της FRONTEX. Οι λαθρομετανάστες, ειδικά, θα εικάζονται παραβιάσεις, για να παρακωλύουν το έργο των αρχών, να απαιτούν την είσοδό τους στον χώρο του Σένγκεν και να δυσχεραίνουν τις ενέργειες επαναπατρισμού τους. Για όλους τους παραπάνω λόγους, καταψηφίζω την ειδική έκθεση της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας κατόπιν έρευνας που διενήργησε ιδία πρωτοβουλία σχετικά με τον Frontex.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly believe that it should be made easier for migrants to complain when it comes to alleged breaches of fundamental rights. Frontex should deal with complaints regarding infringements of fundamental rights in the course of its operations, should provide adequate administrative support for that purpose, and should set up an independent complaints mechanism. The mentioned mechanism must involve the fundamental rights officer.

There is a clear need of such a mechanism in light of the growing migratory flows and expanding capacity of Frontex, in particular with regard to the agency's participation in Migration Management Support Teams working in 'hotspot' areas.

I therefore support the setting up an independent complaints mechanism within Frontex on alleged breaches of fundamental rights, call for more involvement of the Fundamental Rights Agency and EASO, and call for the speeding up the process of complaints to the benefit of the complainant. Follow-up measures by Member States must also be made public.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A FRONTEX az egyik legjobb ügynökségünk, az ott dolgozók magas fokú integritással rendelkeznek. Az a segítség, amelyet a FRONTEX nyújt a tagállamoknak az EU külső határainál a migránsáradat koordinálásban a jelenlegi válságos helyzetben külön említést és köszönetet érdemel.

Szeretném üdvözölni az ügynökség proaktív hozzáállását és lépéseit a panaszkezelési mechanizmust illetően. Ugyanakkor tisztázni kell, hogy a FRONTEX továbbra sem jogosult eljárni a műveleteiben résztvevő nemzeti rendfenntartó tisztviselőkkel szemben, ezen eljárások kizárólag nemzeti hatáskörbe tartoznak. Az ügynökség csakis saját személyzete ellen járhat el, hiszen a FRONTEX-nek csak koordináló szerepe van.

Azért pedig, hogy ez az uniós ügynökség megfelelő és szakszerű módon működhessen, teljesíthesse fontos mandátumát, a Bizottságnak és a tagállamoknak biztosítaniuk kell a működéshez szükséges megfelelő anyagi fedezetet.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió tagállamai külső határain való operatív együttműködési igazgatásért felelős európai ügynökség felállításáról szóló 2007/2004/EK tanácsi rendelet módosításáról szóló, 2011. október 25-i 1168/2011/EU európai parlamenti és tanácsi rendelet, a Frontex-rendelet értelmében az Ügynökségnek biztosítania kell az alapvető jogok, valamint a migránsok, menekültek és menedékkérők jogainak teljes körű tiszteletben tartását.

Továbbá az Európai Unió csatlakozni kíván az emberi jogok és alapvető szabadságok védelméről szóló Európa tanácsi egyezményhez.

A fentiek értelmében az előadóval egybehangzóan üdvözlöm az európai ombudsman által a Frontex kapcsán hivatalból indított vizsgálata keretében kiadott különjelentést. A Frontex jelenlegi erőfeszítéseit elismervén az alapvető jogok tiszteletben tartásának megerősítésére, melyek egyebek mellett magukban foglalják egy bejelentési rendszer létrehozását, magatartási kódexek kidolgozását, az alapvető jogokra vonatkozó tanácsadó fórum és az alapjogi tisztviselő hivatala létrehozását ugyanakkor támogatom az európai ombudsman azon ajánlását, hogy a Frontex járjon el a műveletei során történt alapjogi jogsértésekkel kapcsolatban egyénileg benyújtott panaszok ügyében, és nyújtson megfelelő adminisztratív támogatást e célra.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe del Defensor del Pueblo Europeo habida cuenta que Frontex está esforzándose para tener en cuenta doce de las trece recomendaciones del Defensor del Pueblo Europeo. Debemos garantizar siempre que la UE, y las agencias que dependen de la misma, respeten los derechos humanos y las libertades fundamentales, pero siempre teniendo en cuenta que Frontex no dispone de recursos ilimitados. Del mismo modo, hay que seguir trabajando para acabar con los vacíos legales que sufre Frontex.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de que se planteen quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de que se planteen quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulla relazione speciale del Mediatore europeo sull'indagine di propria iniziativa relativa a Frontex, perché ritengo giusto e doveroso che i migranti siano trattati in modo umano e dignitoso e possano disporre di un meccanismo di tutela e denunciare le violazioni dei diritti fondamentali. Il crescente flusso migratorio e la presenza rafforzata dell'agenzia Frontex a tutela dei confini dell'UE pongono serie preoccupazioni relative al rispetto dei diritti umani. Ritengo, pertanto, che il Parlamento europeo debba far sentire la propria voce di fronte alle scene cui abbiamo assistito, e continuiamo ad assistere, in alcuni Stati membri. Plaudo, quindi, all'iniziativa avviata dal Mediatore europeo e all'idea per cui la stessa agenzia deve potersi occupare delle denunce individuali di violazione dei diritti, siano esse commesse dal personale FRONTEX o dal personale distaccato degli Stati membri. Condivido, infine, la richiesta del Parlamento europeo di istituire un meccanismo di reclamo interno a Frontex, che possa essere attivato dalla vittima in caso di violazione dei diritti, che coinvolga il responsabile Frontex dei diritti fondamentali e che sia trasparente, accessibile, tradotto in lingue comprensibili dai migranti e che garantisca la tutela del denunciante.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht der Kolleginnen Keller und Metsola über den Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu der Initiativuntersuchung OI/5/2012/BEH-MHZ betreffend Frontex gestimmt – aus zwei Gründen: Zum einen halte ich es für eine reine parlamentarische Selbstinszenierung, wenn wir Zeit darauf verwenden, nichtlegislative Berichte über Berichte auf die Agenda zu nehmen. Zum anderen haben wir in Europa aktuell andere Herausforderungen zu meistern als die Etablierung eines komplizierten Beschwerdesystems für Flüchtlinge an den Außengrenzen. Wichtig ist es, den Menschen zu helfen – nicht, neue Bürokratismen zu schaffen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – W 2012 r. Europejski Rzecznik Praw Obywatelskich wszczął dochodzenie dotyczące realizacji przez agencję Frontex jej obowiązków w zakresie praw podstawowych. W projekcie zaleceń przewidziano m.in. wprowadzenie mechanizmu składania i rozpatrywania skarg indywidualnych.

Na dzień dzisiejszy można ocenić, że Frontex w dużej mierze zastosował się do zaleceń Rzecznika. Podejmowane przez niego działania zaowocowały mechanizmami gwarantującymi przestrzeganie praw podstawowych, takimi jak wprowadzenie systemu zgłaszania zdarzeń, opracowanie kodeksów postępowania, utworzenie forum konsultacyjnego ds. praw podstawowych oraz utworzenie urzędu ds. praw podstawowych.

Frontex wprowadził również szczegółową procedurę rozpatrywania wewnętrznych zgłoszeń przypadków poważnego łamania praw podstawowych, dokonywanych przez swych pracowników oraz zaproszonych funkcjonariuszy.

Ponadto wobec coraz liczniejszych wyzwań humanitarnych i prawnych Frontex potrzebuje mechanizmu umożliwiającego rozpatrywanie indywidualnych skarg dotyczących zarzutów naruszenia praw podstawowych. Mechanizm taki powinien być zarówno skuteczny, jak i racjonalny pod względem kosztów.

Frontex i państwa członkowskie ponoszą wspólną odpowiedzialność za działania funkcjonariuszy biorących udział w prowadzonych przez Frontex działaniach, dlatego wzywa się je do wzajemnej współpracy w celu zapewnienia skutecznego funkcjonowania mechanizmu składania i rozpatrywania skarg.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Frontex ist ein wichtiger Bestandteil für den Schutz der europäischen Außengrenzen. Durch die Einrichtung eines Mechanismus für Individualbeschwerden können wir die Arbeit von Frontex weiter optimieren. Dies ist jedoch nur mit zusätzlichen Finanzmitteln möglich. Denn die eigentliche Arbeit, der Schutz der Grenzen, hat oberste Priorität.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given that the EU has a moral and legal imperative to ensure that its border agency carries out its tasks in full respect of human rights. That is why it is important that a complaints mechanism is set up to provide individuals with an opportunity to exercise their right to an effective remedy in case of violation of their fundamental rights in the context of actions carried out by Frontex.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – In questo ultimo anno Frontex ha dovuto affrontare numerose sfide. L'aggravarsi della crisi migratoria ha notevolmente pesato sull'agenzia e ne ha spesso messo in discussione i diversi aspetti, dal ruolo alla dotazione finanziaria. Ho votato a favore di questa relazione che esamina forse l'aspetto più importante. Maggiori sono i compiti e le sfide che l'agenzia deve affrontare, maggiore deve essere la sua responsabilità. Frontex agisce in contesti di eccezionale delicatezza, dove situazioni di pericolo ed emergenza si scontrano con la fragilità delle persone che vengono salvate e allo stesso tempo la necessità di procedere con controlli efficaci. Il Mediatore ci sottopone l'esigenza di fare di Frontex un'agenzia completa, che sia responsabile dell'operato dei suoi agenti, di creare quindi un meccanismo che garantisca trasparenza e soprattutto il diritto alla denuncia a chi dovesse vedere i suoi diritti non rispettati. Credo che sia proprio in questa direzione che debba crescere Frontex, garantendo però che questo non ostacoli o rallenti le altre attività dell'agenzia.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport scandaleux qui prévoit que Frontex, l'agence européenne de gestion des frontières, facilite les plaintes des migrants relatives à d'éventuelles violations de leurs droits, alors qu'ils sont eux-mêmes présents sur notre territoire en toute illégalité.

La procédure mis en œuvre ouvre la possibilité à des tiers, tels que des ONG grassement subventionnées, de déposer des plaintes au nom des migrants. En outre, des campagnes d'information seront organisées auprès des migrants pour être certain qu'ils utiliseront ce recours et les différents documents relatifs à la procédure seront disponibles dans leurs langues.

Tout cela tend bien sûr vers un seul but: réduire encore le nombre d'expulsions, déjà quasi-nul. Quelques jours après les attentats de Paris, ce rapport démontre que les discours tenus par les socialistes et les Républicains, qui ont affiché récemment leur fermeté en matière d'immigration et de sécurité, ne sont que poudre aux yeux.

Les députés du Front National et leurs alliés, fidèles à leurs engagements, ont voté contre ce texte et ont déposé une résolution alternative, afin de s'opposer réellement à l'immigration massive. Cette proposition a été rejetée par les députés immigrationnistes français et européens… Les masques sont tombés!

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación del Informe especial del Defensor del Pueblo Europeo relativo a su investigación de propia iniciativa sobre Frontex ya que, por una parte, estamos en contra del papel que actualmente desempeña Frontex y consideramos que debería repensarse esta Agencia y eventualmente desmantelarse. Por otra parte, no hemos votado en contra del informe porque éste no incluye ningún aspecto que pueda reforzar las operaciones de Frontex, pero sí recoge las conclusiones del Defensor del Pueblo Europeo en lo relativo a las obligaciones de la Agencia con los derechos humanos, incluyendo aspectos que consideramos fundamentales, si bien no suficientes. Entre los aspectos que se contemplan en el informe figuran mecanismos de queja y denuncia individuales para casos de violación de los derechos humanos, de los derechos fundamentales, ya que hasta la fecha eran mecanismos que no se aceptaban. Al mismo tiempo se piden medidas para mejorar las garantías y salvaguardas de los derechos humanos en las operaciones de la Agencia y se recomienda la obligatoriedad de la formación en materia de género antes de sumarse a una operación de Frontex, en particular para concienciar sobre la violencia por razones de género y la vulnerabilidad de las mujeres migrantes.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de plantear quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – My vote on the special report of the European Ombudsman in the own-initiative inquiry concerning Frontex was decided by the fact that, in view of the ever-growing humanitarian and legal challenges at the EU's external borders and the strengthening of Frontex operations, there is a need for a mechanism that is capable of processing individual complaints about alleged breaches of fundamental rights occurring in the course of Frontex operations or cooperation with third countries, thus becoming a first-instance body for complaints.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de plantear quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A jelenlegi válságos helyzetben az a határvédelmi segítség, amelyet a FRONTEX nyújt a tagállamoknak az EU külső határainál a migránsáradat koordinálásban külön említést és köszönetet érdemel.

Üdvözlöm az ügynökség proaktív hozzáállását és lépéseit a panaszkezelési mechanizmust illetően. Ugyanakkor tisztázni kell, hogy a FRONTEX továbbra sem jogosult eljárni a nemzeti rendfenntartó tisztviselőkkel szemben, a műveleti eljárások kizárólag nemzeti hatáskörbe tartoznak. Az ügynökség csakis saját személyzete ellen járhat el, hiszen a FRONTEX kizárólag koordináló szerepre jogosult.

Annak érdekében, hogy ez az uniós ügynökség megfelelő és szakszerű módon működhessen a továbbiakban, valamint teljesíthesse fontos mandátumát, a Bizottságnak és a tagállamoknak biztosítaniuk kell a működéshez szükséges megfelelő anyagi fedezetet.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report due to the fact that an individual complaints mechanism should be both efficient and transparent. Additionally, the fundamental rights office must be adequately equipped and staffed to handle the complaints received and must have the necessary additional resources for this purpose. Ensuring the efficient implementation of the common rules on standards and procedures for the control and surveillance of the external borders with respect to fundamental rights, by means of closer coordination of operational cooperation between Member States, is fundamental in the current migration climate.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht von Metsola & Keller zum Vorschlag des Europäischen Ombudsmanns bezüglich Frontex habe ich abgelehnt. Es geht in diesem Bericht um die Anforderungen an ein Beschwerdeverfahren nach möglichen Übergriffen der Frontex-Angestellten. Das vorgeschlagene Verfahren ist in großen Teilen aus den Verfahrensrichtlinien anderer EU-Institutionen wie der EZB übernommen worden, die sehr unterschiedliche und kaum auf Frontex übertragbare Anforderungen haben. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass ein großer Anteil der Beschwerden gegen Frontex substanzlos war und die meisten Vorwürfe wegen angeblicher Menschenrechtsverstöße haltlos waren. Eine besonders kritische Haltung gegenüber Frontex, wie in manchen Änderungsanträgen zu diesem Bericht, ist deshalb nicht angemessen. Da Frontex erweitert werden soll und voraussichtlich ein umfangreicheres Mandat erhält, sollte auch das Beschwerdeverfahren bei den Verhandlungen zum neuen Auftrag einbezogen und an die sehr speziellen Bedürfnisse von Frontex angepasst werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Frontex ein geeignetes Beschwerdeverfahren bekommt, das dauerhaft funktioniert und Frontex bei seiner wichtigen Tätigkeit nicht einschränkt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro zu Zwist und Zwietracht in Europa führt und deshalb abgeschafft werden muss!

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A FRONTEX az egyik legjobb ügynökségünk, az ott dolgozók magas fokú szakértelemmel rendelkeznek. Az a segítség, amelyet a FRONTEX nyújt a tagállamoknak az EU külső határainál a migránsáradat koordinálásban a jelenlegi válságos helyzetben külön említést és köszönetet érdemel.

Szeretném üdvözölni az ügynökség proaktív hozzáállását és lépéseit a panaszkezelési mechanizmust illetően. Ugyanakkor tisztázni kell, hogy a FRONTEX továbbra sem jogosult eljárni a műveleteiben résztvevő nemzeti rendfenntartó tisztviselőkkel szemben. Ezen eljárások kizárólag nemzeti hatáskörbe tartoznak. Az ügynökség csakis saját személyzete ellen járhat el, hiszen a FRONTEX-nek csak koordináló szerepe van.

Azért pedig, hogy ez az uniós ügynökség megfelelő és szakszerű módon működhessen, teljesíthesse fontos mandátumát, a Bizottságnak és a tagállamoknak biztosítaniuk kell a működéshez szükséges megfelelő anyagi fedezetet.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Le Parlement a soutenu l'approche du Médiateur européen visant à garantir la possibilité d'introduire auprès de l'officier des droits fondamentaux de l'agence FRONTEX des plaintes individuelles et non anonymes lorsqu'il y a allégation de violation des droits fondamentaux au cours d'une opération.

La difficulté aujourd'hui est que FRONTEX est constituée d'agents rattachés à leur État membre. Jusqu'ici, il était impossible pour une personne victime d'un abus de déposer une plainte contre un garde-frontière agissant au nom de FRONTEX et pour l'agence d'engager des mesures disciplinaires à l'encontre de l'agent concerné.

Désormais, il sera possible pour Frontex d'enregistrer les plaintes à condition qu'elles soient déposées en personne et pas par une tierce partie et de les transmettre aux autorités des États membres dont dépend l'agent qui se chargera de l'enquête.

Il s'agit en réalité de rétablir de la légalité là où elle n'existait pas encore.

Je souhaite cependant que ce mécanisme soit le plus encadré possible pour éviter que le système soit détourné par des personnes mal intentionnées qui auraient pour objectif de perturber les missions des agents FRONTEX dont je tiens d'ailleurs à saluer le dévouement ainsi que le travail effectué dans des conditions extrêmement difficiles.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. It is important to mention that this report supports the recommendation by the European Ombudsman that Frontex should deal with complaints regarding infringements of fundamental rights in the course of its operations. Moreover, Frontex should provide adequate administrative support for that purpose and should set up an independent complaints mechanism.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o Posebnom izvješću Europskog ombudsmana o istrazi na vlastitu inicijativu OI/5/2012/BEH-MHZ koja se odnosi na Frontex jer smatram da ta agencija treba uspostaviti mehanizam za podnošenje pojedinačnih pritužbi o kršenju temeljnih ljudskih prava tijekom svojih operacija i pružiti odgovarajuću administrativnu potporu, ne samo unutar EU-a već i u suradnji s trećim zemljama. Svakodnevno svjedočimo rastućoj humanitarnoj krizi i pravnim izazovima na vanjskim granicama EU-a, stoga bi spomenuti mehanizam postao primarno tijelo za obradu pritužbi koje bi svakako pridonijelo većoj transparentnosti i svjesnosti povrede temeljnih ljudskih prava.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Aux lendemains des attaques terroristes qui ont plongé Paris dans un bain de sang, les commissions Libertés civiles et Pétitions, réunies dans le cadre d'une procédure accélérée, ont voté une résolution sur Frontex permettant de faciliter les plaintes des migrants contre les garde-frontières.

Cette résolution prévoit que Frontex facilite les plaintes des migrants relatives à d'éventuelles violations de leurs droits, alors qu'ils sont eux-mêmes présents sur notre territoire en toute illégalité. Cette procédure prévoit également que des tiers, tels que des ONG grassement subventionnées, puissent déposer des plaintes au nom des migrants.

Les députés européistes (notamment socialistes et des Républicains) prévoient également une campagne d'information auprès des migrants pour être certains qu'ils utiliseront ce recours… Tout cela tend bien sûr vers un seul but: réduire encore le nombre d'expulsions, déjà quasi-nul.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I and my fellow UKIP colleagues voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues Roberta Metsola et Ska Keller sur le rapport du Médiateur européen sur Frontex. Le texte soutient la mise en place d'un mécanisme de traitement de plaintes déposées par des individus pour cause d'atteintes aux droits fondamentaux pendant les opérations menées par Frontex.

Le rapport a été voté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht stimme ich nicht zu. Er führt zu einer massiven Mehrbelastung von Frontex. Viele im Bericht enthaltenen Aspekte führen des Weiteren zu einer Bürokratisierung, welche Frontex in der Erfüllung seiner eigentlichen Kompetenzen und Aufgaben und ebenso die Verfolgung seiner wesentlichen Aufgaben behindert.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht von Metsola & Keller zum Vorschlag des Europäischen Ombudsmanns bezüglich Frontex habe ich abgelehnt. Es geht in diesem Bericht um die Anforderungen an ein Beschwerdeverfahren nach möglichen Übergriffen der Frontex-Angestellten. Das vorgeschlagene Verfahren ist in großen Teilen aus den Verfahrensrichtlinien anderer EU-Institutionen wie der EZB übernommen worden, die sehr unterschiedliche und kaum auf Frontex übertragbare Anforderungen haben. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass ein großer Anteil der Beschwerden gegen Frontex substanzlos war und die meisten Vorwürfe wegen angeblicher Menschenrechtsverstöße haltlos waren. Eine besonders kritische Haltung gegenüber Frontex, wie in manchen Änderungsanträgen zu diesem Bericht, ist deshalb nicht angemessen.

Da Frontex erweitert werden soll und voraussichtlich ein umfangreicheres Mandat erhält, sollte auch das Beschwerdeverfahren bei den Verhandlungen zum neuen Auftrag einbezogen und an die sehr speziellen Bedürfnisse von Frontex angepasst werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Frontex ein geeignetes Beschwerdeverfahren bekommt, welches dauerhaft funktioniert und Frontex bei seiner wichtigen Tätigkeit nicht einschränkt.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A FRONTEX az egyik legjobb ügynökségünk, az ott dolgozók magas fokú integritással rendelkeznek. Az a segítség, amelyet a FRONTEX nyújt a tagállamoknak az EU külső határainál a migránsáradat koordinálásban a jelenlegi válságos helyzetben külön említést és köszönetet érdemel.

Szeretném üdvözölni az ügynökség proaktív hozzáállását és lépéseit a panaszkezelési mechanizmust illetően. Ugyanakkor tisztázni kell, hogy a FRONTEX továbbra sem jogosult eljárni a műveleteiben résztvevő nemzeti rendfenntartó tisztviselőkkel szemben, ezen eljárások kizárólag nemzeti hatáskörbe tartoznak. Az ügynökség csakis saját személyzete ellen járhat el, hiszen a FRONTEX-nek csak koordináló szerepe van.

Azért pedig, hogy ez az uniós ügynökség megfelelő és szakszerű módon működhessen, teljesíthesse fontos mandátumát, a Bizottságnak és a tagállamoknak biztosítaniuk kell a működéshez szükséges megfelelő anyagi fedezetet.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report deals with setting up an individual complaint mechanism for Frontex's operations in case of breaches of fundamental rights. This was initiated by a Special Report of the European Ombudsman. I stress the need for the implementation of a mechanism which will provide an effective remedy in case of violation of fundamental rights in this context. I support this report, since it underlines the need for close cooperation between Frontex and the Member States and it will be an improvement regarding the efficient implementation of this procedure, and acknowledging that legal and administrative safeguards are needed to ensure a proper follow-up of complaints. Therefore, I voted in favour.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il vise à faciliter les recours des migrants contre les agents de Frontex. Conseillés par les ONG, les migrants déposeront des recours systématiques pour gagner du temps et rester en Europe. C'est une nouvelle pompe aspirante de l'immigration qui est ainsi mise en œuvre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de plantear quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de plantear quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he votado a favor de este informe porque considero que la propia actividad de Frontex, su labor de militarización y defensa de las fronteras, representa una violación permanente de los derechos fundamentales.

Es por ello que, desde mi grupo político, hemos presentado enmiendas al informe solicitando el desmantelamiento de Frontex, al entender que sería la única vía efectiva de acabar con las sistemáticas violaciones de los derechos humanos en las fronteras de la UE, y dejando así claro nuestro rechazo frontal a Frontex.

Además, el mecanismo aprobado, que busca dar la posibilidad de presentar reclamaciones por violaciones de los derechos fundamentales en el marco de operaciones de esta Agencia europea, adolece de una grave deficiencia, con respecto a la cual también presentamos enmiendas que fueron igualmente rechazadas: su falta de independencia, ya que se encarga a la propia Agencia la gestión de las denuncias cometidas por sus agentes.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht von Metsola & Keller zum Vorschlag des Europäischen Ombudsmanns bezüglich Frontex habe ich abgelehnt. Es geht in diesem Bericht um die Anforderungen an ein Beschwerdeverfahren nach möglichen Übergriffen der Frontex-Angestellten. Das vorgeschlagene Verfahren ist in großen Teilen aus den Verfahrensrichtlinien anderer EU-Institutionen wie der EZB übernommen worden, die sehr unterschiedliche und kaum auf Frontex übertragbare Anforderungen haben. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass ein großer Anteil der Beschwerden gegen Frontex substanzlos war und die meisten Vorwürfe wegen angeblicher Menschenrechtsverstöße haltlos waren. Eine besonders kritische Haltung gegenüber Frontex, wie in manchen Änderungsanträgen zu diesem Bericht, ist deshalb nicht angemessen.

Da Frontex erweitert werden soll und voraussichtlich ein umfangreicheres Mandat erhält, sollte auch das Beschwerdeverfahren bei den Verhandlungen zum neuen Auftrag einbezogen und an die sehr speziellen Bedürfnisse von Frontex angepaßt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Frontex ein geeignetes Beschwerdeverfahren bekommt, das dauerhaft funktioniert und Frontex bei seiner wichtigen Tätigkeit nicht einschränkt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Zadaća Frontexa je učinkovita provedba zajedničkih propisa o kontroli i nadziranju vanjskih granica te koordinacija i suradnja između država članica. Međutim, uloga Frontexa u ovim trenucima je više od granične kontrole budući da je spašavanje života sastavni dio njihovih misija. Frontex ima utjecaj na ljudska prava, osobito kod presretanja ilegalnih migranata, azilanata i izbjeglica na kopnenim i morskim granicama. Ljudska prava migranata, izbjeglica i tražitelja azila moraju se poštovati bez diskriminacije, neovisno o njihovom administrativnom statusu i okolnostima.

Podržala sam izvješće zastupnica Roberte Metsola i Ska Keller jer su ljudska prava, demokracija i vladavina prava u središtu Lisabonskog ugovora i cilj zajedničke vanjske i sigurnosne politike. Pristup politici migracija koja se temelji na poštovanju ljudskih prava ključan je za ostvarenje tog cilja, dok rješavanje uzroka migracija, kao što su siromaštvo, rat i teška kršenja ljudskih prava u zemljama podrijetla i tranzita trebaju biti prioritet.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απέχω από την ψηφοφορία σχετικά με την ειδική έκθεση της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας κατόπιν έρευνας ιδίας πρωτοβουλίας OI/5/2012/BEH-MHZ σχετικά με τον Frontex, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη, όπως ειδικότερα ανέφερα και στη γραπτή μου εισήγηση για το εν λόγω θέμα.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Cette résolution aberrante souhaite faciliter les plaintes des migrants relatives à des violations de leurs droits, alors même qu'ils arrivent sur nos territoires en situation irrégulière!

Pire, la résolution prévoit que des tiers, comme les ONG grassement subventionnées, puissent déposer ces plaintes pour les migrants, le tout, bien sûr, accompagné de campagnes d'information auprès des migrants. Le but évident de cette action étant de réduire encore et toujours le nombre d'expulsions, déjà quasi-nul.

Quelques jours seulement après les attentats meurtriers de Paris qui ont démontré les dangers de cette immigration, nous ne pouvons que nous opposer fermement à une telle mesure.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se týká šetření z vlastní iniciativy provedeného evropskou veřejnou ochránkyní práv ve vztahu k agentuře Frontex a v zásadě navrhuje zavedení mechanismu pro řešení jednotlivých případů porušování lidských práv, ke kterým údajně dochází v rámci činnosti agentury Frontex. Je jasné, že řešení otázek přistěhovalectví, a zejména problémů souvisejících s nedovoleným vstupem, představuje významné právní a humanitární výzvy pro EU. Téměř nutně musí existovat napětí mezi oprávněným zájmem na kontrole přistěhovalectví a žadateli o bezpečné útočiště, tedy azyl. Souhlasím s tím, že musíme zavést funkční mechanismus pro řešení jednotlivých stížností na porušování lidských práv ze strany zaměstnanců agentury Frontex. Nicméně navrhovaný koncept, v němž se nedostatečně řeší, jak postupovat např. při označení stížnosti za nepřijatelnou, popř. právo na odvolání, považuji za nejasný a nekompletní. Proto jsem se při hlasování zdržel.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Los miembros de este Parlamento creemos que Frontex debe establecer un mecanismo para procesar las quejas de ciudadanos u organizaciones que consideren que se han vulnerado los derechos fundamentales de los migrantes y solicitantes de asilo.

Por esa razón, hemos votado a favor de esta Resolución, que apoyo tras conocer las recomendaciones del Defensor del Pueblo Europeo, porque creo que es importante regular este proceso para proteger a todas las partes involucradas y evitar abusos.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht führt zu einer weiteren Bürokratisierung. Frontex wird durch den Bericht mit einer Mehrbelastung versehen, was dazu führen wird, dass Frontex seinen eigentlichen Aufgaben künftig noch schwerer nachkommen kann. Ich lehne diesen Bericht daher ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La Médiatrice européenne a réalisé une enquête sur l'agence européenne de contrôle aux frontières extérieures, Frontex, en vue de lui faire respecter les droits de l'homme. Elle proposait notamment de mettre en place un mécanisme de recours interne pour recueillir l'ensemble des plaintes des migrants adressables tantôt à l'agence, tantôt à l'État membre selon le personnel présent à la frontière. Frontex a refusé, considérant que ce n'est pas dans son mandat, mais de la compétence des États Membres de recevoir les plaintes concernant leur personnel. Le problème est que, par là même, elle refuse d'améliorer son système de renseignement des plaintes portant sur son propre personnel communautaire. Le rapport du Parlement défend ce mécanisme interne à Frontex et par là même légitime son rôle brutal. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Une résolution sur Frontex, votée quelques jours après les attentats de Paris, permet de faciliter les plaintes des migrants contre les garde-frontières dans le cas d'éventuelles violations de leurs droits, alors qu'ils sont eux-mêmes présents sur nos territoires en toute illégalité. Cette procédure prévoit également que des tiers, tels que des ONG, puissent déposer des plaintes au nom des migrants. Pour couronner le tout, certains députés européistes préconisent une vaste campagne d'information à destination des migrants pour les sensibiliser à ce nouveau droit, afin de réduire encore, bien évidemment, le nombre d'expulsions. Je m'oppose donc à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Congratulo-me, em primeiro lugar, com o relatório especial da Provedora de Justiça Europeia na sequência do inquérito de iniciativa própria relativo à Frontex. A Provedora de Justiça Europeia formulou a recomendação à Frontex de que deveria ser estabelecido um mecanismo para tratar as queixas relativas a violações de direitos fundamentais em todas as operações conjuntas com a chancela da Frontex. O mecanismo deve receber queixas de pessoas que aleguem ter sido pessoalmente afetadas ou que pretendam apresentar queixa por razões de interesse público. Esta função poderia ser atribuída ao agente para os direitos fundamentais, que seria dotado dos recursos necessários para o seu exercício.

O Regulamento da UE sobre a Frontex exige que a agência assegure o pleno respeito dos direitos fundamentais e pelos direitos dos migrantes, refugiados e dos requerentes de asilo, pelo que a Frontex deve criar um mecanismo adequado de apresentação de queixas. Partilho da posição da relatora de que o mecanismo de tratamento de queixas individuais deve ser eficiente e transparente.

Apresentei o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – As co-rapporteur of this report I felt that a very balanced report was negotiated. This report calls for the setting up of an individual complaints mechanism by Frontex which will provide an avenue for people to exercise their right to a more effective remedy. It means that Frontex and the EU institutions and bodies are more aware of any possible violations of fundamental rights that could otherwise remain undetected, unreported or unresolved and so I chose to support this report.

Louis Michel (ALDE), *par écrit***. –** Suite à une enquête du Médiateur européen en 2012 sur les obligations de l'agence Frontex en matière de droits fondamentaux, le Parlement européen a appelé de ses vœux la création, au sein de l'agence, d'un système pour traiter les plaintes relatives aux violations des droits fondamentaux des migrants et demandeurs d'asile dans le cadre des opérations menées par l'agence. Je salue l'inclusion dans le texte de dispositions mettant en exergue la nécessité de protéger les groupes de migrants vulnérables tels que les femmes, les mineurs non accompagnées ou encore les personnes LGBTI. Je me réjouis également que le commissaire D. Avramopoulos ait d'ores et déjà souligné qu'il tiendrait compte de cette proposition dans le cadre de la révision du règlement Frontex.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Správa európskej ombudsmanky hodnotí plnenie povinností v oblasti základných práv zo strany Frontexu. V záujme upevnenia základných práv pani ombudsmanka navrhuje vytvorenie mechanizmu na podávanie individuálnych sťažností pri ich porušení. Podporujem návrh, ktorým by sa zaviedlo právo na opravný prostriedok, pretože by sa tým zvýšila transparentnosť, ktorá je vždy zárukou lepšieho vykonávania verejných záležitostí. Vzhľadom na súčasnú závažnú a ťažko prehľadnú situáciu na vonkajších hraniciach EÚ, pri ktorej treba zabezpečiť na prvom mieste bezpečnosť a poriadok, musí byť navrhovaný mechanizmus koncipovaný tak, aby nebol zneužívaný a nespôsoboval obštrukcie pri zabezpečovaní náležitej kontroly a ochrany v záujme občanov EÚ.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report supporting the recommendation by the European Ombudsman that Frontex should deal with complaints regarding infringements of fundamental rights in the course of its operations and should provide adequate administrative support for that purpose. The report also calls on Frontex to set up an independent complaints mechanism. In light of the growing migratory flows and expanding capacity of Frontex, I am in favour of the creation of such a complaint mechanism which will help migrants to complain when it comes to alleged breaches of their fundamental rights.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az európai ombudsman 2013. november 7-én különjelentést nyújtott be a Frontex kapcsán végzett, OI/5/2012/BEH–MHZ számú, hivatalból indított vizsgálatáról. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság valamint a Petíciós Bizottság együttes jelentésében üdvözölni javasolja az ombudsman különjelentését és támogatni az ombudsman azon ajánlását, hogy a Frontex járjon el a műveletei során történt alapjogi jogsértésekkel kapcsolatban egyénileg benyújtott panaszok ügyében, és ennek érdekében hozzon létre egyéni panasztételi mechanizmust. Az előterjesztést támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Les commissions Libertés civiles et Pétitions se sont réunies le 23 novembre dans le cadre d'une procédure accélérée afin de voter une résolution sur Frontex (l'agence européenne de gestion des frontières) absolument scandaleuse à 62 voix pour et 11 voix contre.

Cette résolution facilite la capacité des migrants, présents sur notre territoire en toute illégalité, à porter plainte contre les garde-frontières dans le cas d'éventuelles violations de leurs droits!

De plus, cette résolution prévoit que des tiers, tels que les ONG subventionnées par les fonds publics, puissent déposer plainte au nom des migrants et qu'une campagne d'information soit réalisée auprès d'eux pour les informer de ce recours.

Cette résolution, à laquelle nous nous opposons vigoureusement, se situe dans la logique suicidaire de nos dirigeants à vouloir faire entrer des millions de migrants sur nos territoires et à leur donner le plus de droits possibles.

Et il est intéressant de noter que malgré les récents attentats, la réalité n'a pas réussi à ébranler la folie soi-disant humaniste des Républicains et des socialistes.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Agência Europeia de Gestão da Cooperação Operacional nas Fronteiras Externas dos Estados-Membros da União Europeia deve assegurar o pleno respeito pelos direitos fundamentais e pelos direitos dos migrantes, dos refugiados e dos requerentes de asilo.

Importa salientar que a Frontex tem como missão assegurar a aplicação eficaz das regras comuns relativas ao controlo e à vigilância das fronteiras externas no que se refere aos direitos fundamentais e que estas ações têm, por isso, implicações para os direitos humanos.

Subscrevo a recomendação da Provedora de Justiça Europeia, segundo a qual a Frontex deve tratar cada queixa individual relativa a violações dos direitos fundamentais no decurso das suas operações e deve prestar um apoio administrativo adequado para o efeito.

Este mecanismo de queixas individuais proporcionará às pessoas uma oportunidade de exercerem o seu direito a um recurso efetivo no caso violação dos direitos fundamentais, e terá como corolário o aumento da transparência e o respeito pelos mesmos.

A efetivação deste direito deverá passar por uma campanha de informação, divulgada nas línguas oficiais da UE e em línguas que os requerentes de asilo e os migrantes compreendam ou seja razoável supor que compreendam.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative qui approuve la mise en place au sein de Frontex d'un mécanisme de traitement des plaintes individuelles relatives aux allégations d'infractions aux droits fondamentaux pendant le déroulement de ses opérations. L'article 26 bis du règlement de cette agence prévoit en effet la mise en œuvre d'une stratégie en matière de droits fondamentaux, la création d'un forum consultatif et la désignation d'un officier aux droits fondamentaux. Ce rapport recommande que cet officier soit en charge du traitement des plaintes individuelles. Il s'agit de mettre fin à la situation d'insécurité juridique des opérations de coopération entre l'agence Frontex et les autorités compétentes des pays partenaires dans le cadre de la gestion de la crise migratoire.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo positivamente questa relazione che appoggia la raccomandazione del Mediatore europeo affinché Frontex si occupi di reclami riguardanti violazioni dei diritti fondamentali nel corso delle sue operazioni, fornisca un adeguato supporto amministrativo a tal fine e si doti di un meccanismo indipendente di ricorso. La relazione si è resa necessaria a seguito del crescente fenomeno dei flussi migratori. Il meccanismo di ricorso chiesto risulta quindi molto importante alla luce dell'incremento delle capacità di Frontex, in particolare per quanto riguarda la partecipazione nella gestione dei migranti in aree cosidette «hotspot». Si richiede, inoltre, che il meccanismo di ricorso sia supportato da operatori del settore dei diritti umani. In più, si sottolinea la necessità di avere un sistema in cui i ricorsi siano prima controllati e filtrati, per valutarne la loro ammissibilità, che i criteri di ammissibilità siano chiaramente definiti, e che i formulari per i ricorsi siano tradotti in lingue che cittadini ricorrenti siano in grado di capire. Infine, risulta di cruciale importanza il fatto che si provveda ad escludere da qualsiasi attività di Frontex quei funzionari che abbiano operato in violazione dei diritti fondamentali.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm az európai ombudsman javaslatának hatására készült jelentést, amelynek elsődleges célja egy olyan panasztételi mechanizmus kialakítása a Frontex munkájával kapcsolatban, ami képes hatékony eszközként szolgálni az alapvető emberi jogok védelmére anélkül, hogy közben az ügynökség munkáját kockáztatná. A Frontex szerepe az elkövetkező hónapokban, években jelentősebb lesz, mint valaha. Olyan kulcsfontosságú feladatok ellátását kell biztosítania, mint a külső határok védelme, illetve a visszatérítési irányelv megvalósítása. Éppen ezért nem szabad felesleges adminisztratív terheket teremtenünk, illetve lehetőséget adnunk a panasztételi mechanizmussal való visszaélésre. Ebből az okból kifolyólag nem tartom helyesnek a harmadik személyek bevonását ezekbe az ügyekbe. Kivételt képeznek a kíséret nélkül utazó kiskorúak és fogyatékossággal elő személyek, akik képviseletére egy egyszerű és ésszerű rendszert kell kialakítanunk.

A panasztételi mechanizmus a Frontex képviselőinek felelősségét hivatott garantálni, ez pedig nem szabad, hogy bármiféle hatással legyen a tagállamok EU-s jogosultságainak érvényesítésére, gondolok itt például az esetleges pénzügyi juttatások megvonására.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report that calls for the setting up of a Frontex individual complaints mechanism, laying down the structure, lodging and admissibility of complaints.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu týkající se agentury Frontex, protože souhlasím s tím, že i agentura Frontex má podléhat přezkumu z hlediska dodržování lidských práv. Budou-li v souvislosti s její činností podány nějaké stížnosti, měly by se vyšetřit. I uprchlíci by měli mít nárok na řádné a zákonné zacházení a možnost podat stížnosti proti nezákonnému zásahu pracovníků agentury při výkonu jejich činnosti. Měly by však existovat mechanismy zamezující případnému zneužívání institutu stížnosti, a proto jsem nepodpořil snahy některých mých kolegů z levicového spektra umožnit, aby stížnosti mohly být podávány anonymně.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da dieser Sonderbericht auf unberechtigte Forderungen von Migranten einzugehen versucht, welche meiner Meinung nach auf keinen Fall zu unterstützen sind. Wir müssen unsere Grenzen sichern, dieser Punkt steht im Vordergrund und nicht der Transgender-Wahn. So wird der vorliegende Bericht nur zum Ergebnis haben, dass sich die Grenzschutzbeamten mit einer Flut von unbegründeten Klagen konfrontiert sehen werden.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui vise à soutenir la Médiatrice européenne dans sa démarche de modification du fonctionnement de l'agence FRONTEX afin d'inclure dans son règlement la possibilité, pour ses équipes, de déposer plainte pour atteinte aux droits de l'homme. Le rapport révèle aussi un certain nombre d'anomalies concernant le fonctionnement de l'agence, notamment à propos d'un certain vide juridique autour du statut du personnel ou encore sur la faible transparence de l'utilisation des fonds européens alloués à Frontex. Ces anomalies doivent être corrigées en vue du rôle majeur que revêt cette agence dans la gestion de la crise des réfugiés.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Frontexil on oluline roll inimelude päästmisel ning sealjuures tuleb tagada inimeste põhiõiguste järgimine. Eriaruandes nähakse muu hulgas ette individuaalsete kaebuste mehhanismi loomine Frontexi juurde.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą.

Atsižvelgiant į FRONTEX agentūros vykdomą veiklą ir augantį jos vaidmenį pagal ES teisę, taip pat į Ombudsmeno pateiktas rekomendacijas, manau, kad yra tikslinga, jog šioje agentūroje būtų nustatytas individualių skundų nagrinėjimo mechanizmas. Agentūra taptų pirmosios instancijos skundų nagrinėjimo institucija.

Pažymėtina, kad asmens teisės turi būti ne formaliai, o realiai ir veiksmingai ginamos tiek nuo privačių asmenų, tiek nuo pareigūnų neteisėtų veiksmų. Todėl labai svarbu užtikrinti, kad naujasis mechanizmas užtikrintų tinkamą skundų dėl pagrindinių teisių, galimai pažeistų vykdant FRONTEX operacijas, nagrinėjimą. Be to skundų nagrinėjimo mechanizmas turi atitikti ES teisę, gero administravimo principą taip pat padėtų veiksmingiau įgyvendinti agentūros pagrindinių teisių strategiją.

Tokiu būdu nukentėjusiems asmenims būtų sudarytos galimybės tinkamai įgyvendinti teisę į veiksmingą, ekonomišką ir operatyvią savo pažeistų teisių gynybą.

Margot Parker (EFDD), *in writing***.** – UKIP voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Colgo l'occasione per esprimere la mia fiducia e la mia stima nel lavoro e nel ruolo del Mediatore europeo, organo fondamentale per la realizzazione della democrazia in Europa. Inoltre, ringrazio i colleghi della commissione LIBE per l'impegno profuso nell'analisi del rapporto del Mediatore, sulla quale hanno costruttivamente discusso durante le riunioni di questo mese. Mi trovo d'accordo con loro nel ritenere di fondamentale importanza la possibilità di un meccanismo di denuncia nei confronti degli agenti Frontex (e degli agenti nazionali messi a disposizione di Frontex durante le sue missioni) in caso di violazione dei diritti umani, per garantire un giusto trattamento a tutti. Invito con convinzione i colleghi a votare positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing***.** – I support the European Ombudsman's position that Frontex set up a complaints mechanism on fundamental rights infringements occurring in the course of its operations. Fundamental rights of migrants and asylum seekers should not be undermined in any way and it is the right of every person to be able to file a complaint when he or she believes his rights are being violated.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – Frontex has to be given the necessary space to set up its own mechanism with its own structure and legal safeguards. I believe that in the current situation, Frontex is a key player to safeguard EU external borders and any obstacles that would make its operations difficult should be removed.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Kao jedna od ključnih agencija Europske unije u obavljanju poslova nadzora i zaštite granica, koje pred novim izazovima doživljavaju pojmovnu i praktičnu redefiniciju, nužno je naglasiti da FRONTEX u svom radu ne smije biti izuzetak od prakse Europske unije u pogledu zaštite ljudskih prava prema Povelji o temeljnim pravima.

Budući da djelovanje FRONTEX-a najčešće uključuje rad s osjetljivim i ranjivim skupinama kao što su žene, maloljetnici, prognanici, izbjeglice, moramo biti svjesni da okvir kojim se definira njihov operativni segment zaista mora biti odraz onoga što Europska unija je. Uspostava mehanizma individualnih pritužbi korak je prema naprijed u pogledu institucionalizacije zaštite prava i osiguranja jednakog tretmana. Takav kontrolni model osigurač je kvalitetne provedbe misija FRONTEX-a, ali i način vanjske i unutarnje evaluacije rada samog tijela. Budući da se na ovaj način ne remeti dosadašnja kvaliteta rada, uvođenje mehanizma individualnih pritužbi i njegova implementacija oslikava spremnost na suočavanje s unutarnjim organizacijskim nedostatcima, ponajviše izraženima u razini i načinu postupanja, individualnoj odgovornosti i nemogućnosti sustavnog nadzora rada službenika. Uvođenje modela individualnih pritužbi ne smije se smatrati napadom na trenutni rad, nego kao garancija da će budući rad agencije biti još bolji.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće izvjestiteljica Roberte Metsole i Ska Keller u ime Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove, te Odbora za predstavke o Posebnom izvješću Europskog ombudsmana o istrazi na vlastitu inicijativu koja se odnosi na Frontex, a u kojem se inzistira na provedbi mehanizma za podnošenje pojedinačnih pritužbi.

Uredbom Parlamenta i Vijeća zahtijeva se da Frontex jamči poštivanje temeljnih ljudskih prava te prava migranata, izbjeglica i tražitelja azila, te kao i svaka druga prava. Kako u okviru Uredbe o Frontex-u ne postoje pravne prepreke za uvođenje mehanizma za podnošenje pojedinačnih pritužbi, te s obzirom na rastuće humanitarne i pravne izazove na vanjskim granicama EU-a, te jačanje operacija Frontexa, potreban je mehanizam pomoću kojega bi bilo moguće obrađivati pojedinačne pritužbe o navodnim kršenjima temeljnih prava koja se dogode tijekom operacija Frontexa. Takav mehanizam je prije svega potreban radi povećanja transparentnosti i poštivanja temeljnih prava.

Smatram kako je daljnje razvijanje Frontexa važno jer ne postoji drugo zajedničko tijelo koje bi upravljalo i koordiniralo akcijama na području više država, a države članice poduzimajući samostalne mjere bez koordinacije s drugim članicama ne mogu bilježiti jednaki uspjeh.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I am glad that Parliament voted positively on this report. It shows that Frontex sees room for improvement and it is taking the initiative to do it. With the current and ongoing migration crisis it is critical that the EU's external borders should be strong and secure, but this does not mean that human rights go by the wayside. Implementing the complaint system is a step forward in this regard. For this to work, I encourage the Member States to cooperate with Frontex to ensure that the new process runs as smoothly as possible, and to ensure the mechanism's effectiveness. Finally, for a complaint process to work, it must be efficient and transparent, and I trust that the proper agencies will ensure that this is the case.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il est équilibré et pertinent, grâce notamment au travail du PPE. Nous avons réussi à supprimer des références inutiles voulues par certains groupes politiques. Sur FRONTEX, le message est clair.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Na sequência do inquérito de iniciativa própria sobre a Agência Europeia de Gestão para a Cooperação Operacional nas Fronteiras Externas dos Estados-Membros da União (Frontex), a Provedora de Justiça Europeia publicou um Relatório Especial no qual se insistia na implementação de um mecanismo de queixas individuais. A Provedora defende a criação de um sistema de comunicação de incidentes e de elaboração de códigos de conduta, bem como a instituição de um Fórum Consultivo sobre direitos fundamentais e de um agente para os direitos fundamentais.

Estes mecanismos são tão mais pertinentes no quadro da cooperação operacional da FRONTEX com as autoridades competentes dos países parceiros, efetuada mediante acordos operacionais não vinculativos em termos jurídicos e sem inserção no âmbito do Direito internacional. Considerando que a FRONTEX, tal como qualquer órgão ou organismo da EU, tem de observar, no exercício das suas atividades, a Carta dos Direitos Fundamentais, e que esta obrigação está consagrada no TFUE, e considerando ainda que a implementação do mecanismo proposto pela Provedora é o garante indispensável do cumprimento das obrigações em matéria de direitos fundamentais pela FRONTEX, votei favoravelmente o relatório ora em apreço.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the setting up of a complaints mechanism as we feel such a mechanism would be ineffective, open to malicious false claims and potentially demotivate border staff. Furthermore, we feel that a far better way to protect borders is to have sovereign states decide their own immigration policies, rather than to set up complaint mechanisms in an already broken and unworkable system.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – À l'heure où les États membres mettent l'accent sur le contrôle aux frontières extérieures, il est d'autant plus important de disposer des ressources nécessaires pour consolider les droits des migrants et des demandeurs d'asile.

Les socialistes et démocrates soutiennent pleinement le contenu de ce rapport et les recommandations de la Médiatrice européenne. Il est indispensable que Frontex se dote d'un mécanisme individuel de traitement des plaintes en matière de droits fondamentaux.

Ce mécanisme devrait également s'appliquer aux accords de travail signés par l'Agence avec certains pays tiers, qui permettent notamment l'organisation d'opérations de retour conjointes. Ces textes ne relèvent pas du droit international. Ils n'imposent donc pas aux deux parties le respect des droits fondamentaux des migrants et des demandeurs d'asile. Qui plus est, le Parlement ne sait pas comment ils sont mis en œuvre au quotidien.

Le mécanisme de traitement des plaintes permettra d'assurer plus de transparence face à d'éventuelles violations des droits fondamentaux qui, sinon, ne seraient ni détectées, ni signalées, ni résolues. Cela sera un premier pas pour nous assurer que les droits fondamentaux des migrants et des demandeurs d'asile sont respectés par Frontex aux frontières de l'Union, mais aussi au-delà.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – L'Union européenne doit retrouver la maîtrise de ses frontières. C'est un constat qui s'impose tant l'absence de préparation et de bonne gestion du flux incessant des migrants qui fuient la guerre au Proche-Orient est une évidence.

Le président de l'Eurogroupe, Jeroen Dijsselbloem, l'a exprimé en des mots très clairs récemment: «Si l'Union ne protège pas mieux ses frontières extérieures, alors un petit groupe de pays le fera». C'est dire l'importance du renforcement de Frontex, l'agence européenne pour la gestion des frontières, parallèlement à la mise en place d'un corps de garde-frontières et de garde-côtes européens.

Plus de pouvoirs et plus de droits pour les agents de Frontex, mais aussi des devoirs comme l'ont demandé aujourd'hui les députés européens par le vote d'une résolution. Pratiquement, le Parlement souhaite l'instauration d'un mécanisme pour traiter les plaintes individuelles sur des violations alléguées des droits fondamentaux des migrants et des demandeurs d'asile.

Cette demande fait suite à l'enquête menée à l'initiative du Médiateur en 2012 sur les obligations de Frontex en matière de droits fondamentaux. La balle est dans le camp de la Commission européenne pour inclure ce mécanisme de traitement des plaintes dans la révision de la réglementation Frontex, prévue en décembre.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Dans ce rapport, que j'ai voté, nous rappelons l'importance de garantir le respect des droits fondamentaux et des droits des migrants, des réfugiés et des demandeurs d'asile par Frontex.

L'agence a déjà engagé des efforts à cette fin. Cependant, des zones d'ombre subsistent. Il faut encourager le traitement efficace des plaintes individuelles lorsque des allégations d'infractions aux droits fondamentaux commises par des garde-frontières portant l'insigne de Frontex sont relevées pendant le déroulement de ses opérations. Le bureau de l'officier aux droits doit jouer un rôle prépondérant dans ce mécanisme.

En ce qui concerne les agents invités, pour lesquels Frontex ne peut engager de mesures disciplinaires, nous recommandons que le bureau de l'officier aux droits fondamentaux transmette les plaintes au moyen d'un système de renvoi à l'autorité compétente nationale.

Par ailleurs, l'officier aux droits fondamentaux doit disposer des ressources nécessaires afin de pouvoir traiter les plaintes dans les meilleures conditions possibles.

Enfin, je souligne que notre Assemblée s'est appuyée sur les recommandations du Médiateur européen pour déterminer sa position.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque las medidas que se recomiendan en el mismo ayudarán a mejorar la transparencia en las actividades de Frontex y proporcionarán una mayor protección en términos de respeto de los derechos fundamentales. Además, el informe se ocupa especialmente de los grupos más vulnerables y contiene disposiciones específicas para las mujeres embarazadas y los menores de edad no acompañados así como en relación con el colectivo LGTB.

Otros aspectos positivos del informe son el establecimiento de un mecanismo pautado y claro de quejas que garanticen que las posibles violaciones de los derechos humanos en el contexto de las operaciones de Frontex no queden impunes y que se detallen en el informe anual de la Agencia. También se ofrece la posibilidad de plantear quejas anónimas por parte de terceros de buena fe para los casos en los que las víctimas puedan estar sometidas a presiones o persecución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui estime notamment que, vu les défis humanitaires et juridiques toujours croissants qui se posent aux frontières extérieures de l'Union européenne, et le renforcement des opérations de Frontex, il est nécessaire de disposer d'un mécanisme capable de traiter les plaintes individuelles concernant des allégations d'infractions aux droits fondamentaux pendant le déroulement des opérations Frontex ou de la coopération avec des pays tiers et que Frontex devienne ainsi une instance de premier degré pour le traitement des plaintes, ce conformément aux conclusions du rapport du Médiateur européen qui insistait sur la mise en oeuvre d'un tel mécanisme.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Na sequência de um relatório da Provedora de Justiça Europeia publicado em 2013, que surge na sequência do inquérito sobre a Agência Europeia de Gestão da Cooperação Operacional nas Fronteiras Externas dos Estados-Membros da União Europeia (Frontex), é proposto um conjunto de 13 recomendações relativamente à necessidade de promover um maior respeito pelos direitos fundamentais, designadamente através da criação de um mecanismo de comunicação de incidentes, da elaboração de códigos de conduta, da criação de um Fórum Consultivo e um Agente para a Garantia dos Direitos Fundamentais.

Globalmente apoio o relatório das colegas Metsola e Keller, salientando a necessidade da Agência adotar mecanismos que garantam a efetiva aplicação dos direitos fundamentais, promovendo assim uma maior transparência dos acordos de trabalho da Frontex com países terceiros, sobre o qual o Parlamento não exerce qualquer controlo democrático.

São medidas positivas que respondem à atual pressão e aos desafios humanitários e jurídicos atualmente existentes nas fronteiras externas da UE, carreando um conjunto de propostas que considero necessárias para a Estratégia de Direitos Fundamentais da Frontex, pelo que, nessa medida, julgo que deverão ser incluídas na próxima revisão do seu Regulamento.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui soutient la recommandation du Médiateur européen pour que l'agence de gestion des frontières extérieures de l'Union européenne, Frontex, instaure un mécanisme de traitement des plaintes individuelles pour traiter des allégations d'infractions aux droits fondamentaux pendant le déroulement de ses opérations. Compte tenu de la crise des réfugiés et du nombre croissant de défis humanitaires et juridiques auxquels doit faire face Frontex, il est nécessaire, comme le demande le Médiateur européen, que l'agence européenne mette en place ce mécanisme. Ce rapport émet une série de propositions afin de rendre viable et possible un tel mécanisme.

L'Union européenne doit s'assurer d'un contrôle de ses frontières extérieures et renforcer la coopération entre les États membres.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación del Informe especial del Defensor del Pueblo Europeo relativo a su investigación de propia iniciativa sobre Frontex ya que, por una parte, estamos en contra del papel que actualmente desempeña Frontex y consideramos que debería repensarse esta Agencia y eventualmente desmantelarse. Por otra parte, no hemos votado en contra del informe porque éste no incluye ningún aspecto que pueda reforzar las operaciones de Frontex, pero sí recoge las conclusiones del Defensor del Pueblo Europeo en lo relativo a las obligaciones de la Agencia con los derechos humanos, incluyendo aspectos que consideramos fundamentales, si bien no suficientes. Entre los aspectos que se contemplan en el informe figuran mecanismos de queja y denuncia individuales para casos de violación de los derechos humanos, de los derechos fundamentales, ya que hasta la fecha eran mecanismos que no se aceptaban. Al mismo tiempo se piden medidas para mejorar las garantías y salvaguardas de los derechos humanos en las operaciones de la Agencia y se recomienda la obligatoriedad de la formación en materia de género antes de sumarse a una operación de Frontex, en particular para concienciar sobre la violencia por razones de género y la vulnerabilidad de las mujeres migrantes.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he votado a favor de este informe porque considero que la propia actividad de Frontex, su labor de militarización y defensa de las fronteras, conlleva intrínsecamente la violación permanente de los derechos fundamentales. Es por ello que, desde mi grupo político, hemos presentado enmiendas al informe solicitando el desmantelamiento de Frontex, al entender que sería la única vía efectiva de acabar con las sistemáticas violaciones de los derechos humanos en las fronteras de la UE, y dejando así claro el rechazo frontal de Alternativa Galega de Esquerda en Europa a Frontex.

Además, el mecanismo aprobado, que busca dar la posibilidad de presentar reclamaciones por violaciones de los derechos fundamentales en el marco de las operaciones de esta Agencia europea, adolece de una grave deficiencia, para la cual también presentamos enmiendas que fueron igualmente rechazadas: su falta de independencia, ya que se encarga a la propia Agencia la gestión de las denuncias cometidas por sus agentes.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – At committee level, my colleagues in the Socialist and Democrats Group supported the report from its beginning. They managed to include some vital amendments which I am pleased to see. In my view all people should have the ability to seek redress for breaches of their fundamental rights, and in this time of turmoil for people escaping war and economic stagnation in other countries, who are making the dangerous trip across, into Europe, it is more important than ever that migrants have easier access to legal redress when it comes to alleged breaches of their fundamental rights. Something which the EU has long championed.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som osobitnú správu európskej ombudsmanky o vyšetrovaní z vlastného podnetu v súvislosti s Frontexom. Ombudsmanka uznáva súčasné snahy Frontexu o zlepšenie dodržiavania základných práv a vo forme vytvorenia systému ohlasovania udalostí, ako aj vypracovania kódexov správania. Frontex by mal riešiť individuálne sťažnosti týkajúce sa porušovania základných práv, ku ktorému dochádza počas jeho operácií, a mal by na tento účel poskytovať primeranú administratívnu podporu. Vzhľadom na narastajúce humanitárne a právne problémy na vonkajších hraniciach EÚ a zintenzívňovanie operácií Frontexu vzniká potreba mechanizmu, v rámci ktorého bude možné spracúvať individuálne sťažnosti proti údajným porušovaniam základných práv, ku ktorým dochádza v priebehu operácií Frontexu alebo spolupráce s tretími krajinami.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – The Ombudsman and the European Parliament are right in calling for an effective mechanism to monitor respect for fundamental rights in all the activities of Frontex, as it is also the case of other EU institutions, bodies and agencies.

The setting-up of an individual complaint mechanism is especially important in the light of the highly sensitive nature of Frontex's activity, and also if we consider the long-term plans to extend the current legal remit of Frontex and to transform it into an independent border guard service.

Nevertheless, I believe that any new legal obligation concerning an individual complaint mechanism should be matched with adequate financial and human resources and, on the other hand, should contain appropriate safeguards preventing the misuse of a complaint mechanism in a way to ensure that Frontex is still able to effectively perform its tasks.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Vítám tuto zprávu, na které pracovala kolegyně z PPE Roberta Metsola. Zpráva je velmi vyvážená. Dobře reaguje na výzvu evropského veřejného ochránce práv z roku 2013, která žádala, aby agentura Frontex vytvořila mechanismus individuálních stížností o porušování lidských práv, ke kterým by mohlo docházet v rámci operací agentury. Evropský parlament se k této věci vyjadřuje i na základě podnětu od samotné agentury Frontex a ve spolupráci s ní. Jde o to, aby byla zaručena lidská práva, ale zároveň aby agentura nebyla ochromována zbytečnými stížnostmi, zejména anonymními. Frontex je klíčový orgán pro ochranu vnějších hranic, jehož akceschopnost nesmí být narušována. Naopak by měla být posílena.

Za pozitivní rovněž považuji roli evropského veřejného ochránce práv, který má Evropský parlament upozorňovat na reálné problémy při výkonu pravomocí EU. Je to dobrá pojistka pro ochranu základních práv, která by neměla narušovat činnost zodpovědných orgánů. Podobně se nám institut veřejného ochránce práv osvědčil i v České republice.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Naloga agencije Frontex je, da s tesnejšim usklajevanjem operativnega sodelovanja med državami članicami zagotavlja učinkovito izvajanje skupnih pravil o standardih in postopkih za kontrolo ter nadzor zunanjih meja.

Frontex tako v državah članicah, kjer je to najbolj potrebno, izvaja različne operacije. Na teh večinoma sodelujejo gostujoči uradniki, ki jih v podporo pošljejo druge države članice. Ti lahko opravljajo naloge in izvajajo pooblastila v skladu z navodili ter v prisotnosti pripadnikov mejne straže države članice gostiteljice.

V zvezi s Frontex-ovim izvajanjem obveznosti s področja temeljnih pravic je leta 2012 Evropski varuh za človekove pravice uvedel preiskavo na lastno pobudo. V svojem poročilu navaja potrebo po uvedbi mehanizma za posamezne pritožbe.

Strinjam se, da bi glede na vse večje humanitarne in pravne izzive na zunanjih mejah EU, agencija Frontex morala vzpostaviti pritožbeni mehanizem. Ta bi omogočal obravnavo pritožb posameznikov glede domnevnih kršitev temeljnih pravic med operacijami. Pravico do vložitve pritožbe bi imele osebe, ki naj bi bile oškodovane s strani pripadnikov mejne straže z emblemom Frontexa, in tretje osebe, ki delujejo v interesu teh oseb.

Z uveljavitvijo omenjenega pritožbenega mehanizma bi posamezniki pridobili možnost, da uveljavijo svojo pravico do učinkovitega pravnega sredstva, zaradi česar sem poročilo na plenarnem zasedanju podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht von Metsola & Keller zum Vorschlag des Europäischen Ombudsmanns bezüglich Frontex habe ich abgelehnt. Es geht in diesem Bericht um die Anforderungen an ein Beschwerdeverfahren nach möglichen Übergriffen der Frontex-Angestellten. Das vorgeschlagene Verfahren ist in großen Teilen aus den Verfahrensrichtlinien anderer EU-Institutionen wie der EZB übernommen worden, die sehr unterschiedliche und kaum auf Frontex übertragbare Anforderungen haben. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass ein großer Anteil der Beschwerden gegen Frontex substanzlos war und die meisten Vorwürfe wegen angeblicher Menschenrechtsverstöße haltlos waren. Eine besonders kritische Haltung gegenüber Frontex, wie in manchen Änderungsanträgen zu diesem Bericht, ist deshalb nicht angemessen.

Da Frontex erweitert werden soll und voraussichtlich ein umfangreicheres Mandat erhält, sollte auch das Beschwerdeverfahren bei den Verhandlungen zum neuen Auftrag einbezogen und an die sehr speziellen Bedürfnisse von Frontex angepaßt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Frontex ein geeignetes Beschwerdeverfahren bekommt, das dauerhaft funktioniert und Frontex bei seiner wichtigen Tätigkeit nicht einschränkt.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Zprávu Evropského parlamentu o zvláštní zprávě evropské veřejné ochránkyně práv v rámci šetření z vlastního podnětu týkajícího se agentury Frontex jsem velmi rád podpořil. Zpráva doporučuje vytvořit v rámci agentury Frontex mechanismus, který by umožnil podávání stížností ze strany jednotlivců. V případě, že agentura Frontex nebo její pracovníci zasahují svou činností do práv jednotlivců, měli by mít tito jednotlivci prostředky obrany běžné v právním státě. Proto jsem velmi rád, že se Komise toto doporučení zavázala zohlednit v nadcházející revizi nařízení o dotčené agentuře. Těší mne také, že se podařilo nalézt rozumný kompromis v otázce identifikace stěžovatelů. Dle mého názoru je nutné nalézt řešení, které zajistí ochranu základních práv a současně efektivně zamezí jejich zneužití. Jsem rád, že v textu zůstala nepřípustnost anonymních stížností. V opačném případě by hrozilo oslabení, ne-li ochromení činnosti agentury Frontex. Na druhé straně jsem však podpořil možnost podání stížnosti prostřednictvím třetích osob, které jednají v dobré víře v zájmu stěžovatele, jenž si nepřeje odhalení své totožnosti. Považuji to za rozumný krok, který v opodstatněných případech umožní ochranu totožnosti stěžovatele bez rizika zneužití.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie in het Europees Parlement vindt dat eenieder wiens grondrechten worden geschaad het recht heeft een klacht in te dienen en daarop antwoord te krijgen. Niettemin stemmen wij tegen dit verslag omwille van het feit dat de voorgestelde klachtenprocedure volstrekt onaangepast is. Deze procedure is immers gebaseerd op het klachtenmechanisme dat gebruikt wordt in het kader van de Europese Centrale Bank (ECB). Als zodanig houdt zij geen rekening met de eigen structuur van Frontex, dat als EU-agentschap middelen en personeel van verschillende EU-lidstaten samenbrengt en coördineert.

De ideeën die in dit verslag worden geformuleerd, hadden beter moeten worden uitgewerkt om geen administratieve last te leggen op een agentschap dat heden ten dage alle hens aan dek stelt om de problemen aan onze buitengrenzen het hoofd te bieden. Problemen betreffende ongecontroleerde massamigratie richting het Europees continent gecombineerd met een substantiële bedreiging voor de veiligheid door infiltratie van buitenlandse jihadisten.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer smatram da će daljnjim pojašnjavanjem uloge Frontex-a te daljnjom regulacijom njihovog odnosa prema radu dovesti do daljnjeg i što boljeg pridržavanja ljudskih prava i spomenutih pravila. Smatram da bi bilo korisno da se uvede mehanizam putem kojeg ljudi mogu poslati svoje prijedloge, zahtjeve te kritike. Taj mehanizam će nam omogućiti daljnju transparentnost te mogućnost da saznamo reakciju građana koji su bili u doticaju s djelovanjem Frontex-a, a time će se omogućiti daljnje poboljšanje djelovanja Frontex-a na boljitak građana Europske unije, same agencije i ljudi koji dolaze u doticaj sa radom same agencijom.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Frontex je osnovan kako bi u suradnji s državama članicama osigurao efikasnu provedbu pravila u kontroli vanjskih graničnih prijelaza Europske unije. Međutim, u ovom izvješću javnog pravobranitelja EU-a, smatra se kako problem ljudskih prava u okvirima Frontex-a nije jasno definiran.

Budući da su zaštitne mjere potrebne u prevenciji zlouporabe podnošenja žalbenih postupaka, preporuča se neprihvaćanje anonimnih prijava, osim u slučaju kada treća osoba u namjeri zaštite druge osobe podnosi istu.

Također, u ovom izvješću preporuča se stvaranje jedinstvenog formulara, koji bi sadržavao sve bitne podatke potrebne za što efikasniju obradu prijave. Formular treba biti napisan na jezicima koje će azilanti moći razumjeti, te sadržavati sve pravne mjere koje su im na raspolaganju. Treba se omogućiti podnošenje prijave na internetskoj stranice Frontex-a, te putem mobilne aplikacije.

Prihvaćam prijedloge ovog izvješća jer smatram kako se određivanjem jasnih mjera u prihvaćanju žalbenih postupaka, te olakšavanje podnošenja iste putem jedinstvenog formulara, dodatno osiguravaju ljudska prava za sve azilante.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Hlasoval jsem pro zprávu o zvláštní zprávě evropské veřejné ochránkyně práv v rámci šetření z vlastního podnětu týkajícího se agentury Frontex, jelikož základní práva, ke kterým se EU přihlásila a která jsou uvedena například v Listině základních práv, musí být uplatňována i v situacích, ve kterých vystupuje agentura Frontex. Nejedná se o snižování efektivity agentury Frontex. Tato situace naopak ukazuje, nakolik je důležitá reforma agentury Frontex tak, aby disponovala takovými kompetencemi, které jí umožní plnit efektivně ty úkoly, které se domníváme, že by měla do budoucna vykonávat. Nejasné postavení pracovníků vyslaných jednotlivými členskými státy jenom dokresluje současnou nedostačující úpravu.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η κοινή έκθεση LIBE-PETI καταπιάνεται με την εισήγηση του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή για τη δημιουργία μηχανισμού για ατομικές προσφυγές/παράπονα σε σχέση με την καταπάτηση θεμελιωδών δικαιωμάτων από τη Frontex. Δυστυχως ελάχιστες από τις τροποποιήσεις που κατέθεσε η ομάδα της Ευρωπαικής Ενωτικής Αριστεράς όσον αφορά την ανεξαρτησία του μηχανισμού από τη Frontex, την δυνατότητα ανώνυμων καταγγελιών, και την ανάγκη προώθησης ειδικών μέτρων για ευάλωτες ομάδες [γυναίκες θύματα βίας, ανιθαγενή άτομα, ΛΟΑΤ] έχουν υιοθετηθεί. Επίσης δεν έγιναν δεκτές οι σημαντικές προτάσεις της ομάδας μας για αναγνώριση της καταπάτησης των θεμελιωδών δικαιωμάτων από μέρους των επιχειρήσεων της Frontex.

Η θέση μας είναι ξεκάθαρη. Χρειάζεται μεν ένας μηχανισμός ατομικών προσφυγών, αλλά είναι φανερό ότι ο προτεινόμενος μηχανισμός είναι ανεπαρκής και δεν βασίζεται στην αναγνώριση της πραγματικότητας γύρω από τη δράση της Frontex. Βασική μας θέση είναι η διάλυση της Frontex και η άμεση αντικατάστασή της από μηχανισμούς και ανθρωπιστικές επιχειρήσεις έρευνας και διάσωσης των προσφύγων. Για τους λόγους αυτούς δεν υπερψηφίσαμε την έκθεση αλλά τηρήσαμε αποχή ώστε να συνεχιστεί η συζήτηση για βελτίωση των μηχανισμών διάσωσης των προσφύγων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η FRONTEX είναι μια υπηρεσία η οποία, κρίνοντας από τη σύνθεση και τις επιχειρησιακές της δυνατότητες, αδυνατεί να αντιμετωπίσει τις μεταναστευτικές ροές. Εδώ ολόκληρα κράτη μέλη χτίζουν φράκτες και επαναφέρουν τους διασυνοριακούς ελέγχους για να συγκρατήσουν τα κύματα των μεταναστών. Φανταστείτε αν, από τα 2 εκατομμύρια μετανάστες που αναμένονται, οι 10 χιλιάδες υποβάλλουν κάποιο παράπονο, αληθές ή ψευδές. Το σύστημα θα καταρρεύσει. Θα πέσουμε σε ένα κυκεώνα ερευνών, νομικών λεπτομερειών, γλωσσικών δυσκολιών, αντί να ασχολούμαστε με την καταγραφή και την παροχή βοήθειας που συνιστά την κύρια αποστολή της FRONTEX. Οι λαθρομετανάστες, ειδικά, θα εικάζονται παραβιάσεις, για να παρακωλύουν το έργο των αρχών, να απαιτούν την είσοδό τους στον χώρο του Σένγκεν και να δυσχεραίνουν τις ενέργειες επαναπατρισμού τους.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A FRONTEX az egyik legjobb ügynökségünk, az ott dolgozók magas fokú integritással rendelkeznek. Az a segítség, amelyet a FRONTEX nyújt a tagállamoknak az EU külső határainál a migránsáradat koordinálásban a jelenlegi válságos helyzetben különösen fontos.

Ugyanakkor tisztázni kell, hogy a FRONTEX továbbra sem jogosult eljárni a műveleteiben résztvevő nemzeti rendfenntartó tisztviselőkkel szemben, ezen eljárások kizárólag nemzeti hatáskörbe tartoznak. Az ügynökség csakis saját személyzete ellen járhat el, hiszen a FRONTEX-nek csak koordináló szerepe van.

Azért pedig, hogy ez az uniós ügynökség megfelelő és szakszerű módon működhessen, teljesíthesse fontos mandátumát, a Bizottságnak és a tagállamoknak biztosítaniuk kell a működéshez szükséges megfelelő anyagi fedezetet.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, mert az Európai Ombudsman javaslatait fontosnak és különösen időszerűnek tartom. Egyetértek azzal a megközelítéssel, hogy a menekült-válság közös európai kezelése természetes módon veti fel a Frontex hatásköri, anyagi és szervezeti megerősítését, ám ennek során nem veszíthetjük szem elől, hogy az uniós határok őrzésével megbízott tisztviselőink itt nem ellenséges, hanem reális veszélyek elől menekülő, kiszolgáltatott emberek tömegével néznek szembe.

Az új kihívás a Frontex munkatársaitól egyszerre követel hatékonyságot és rugalmas, humánus megközelítést. Ehhez az ombudsmani jelentés megfelelő jogi és emberiességi támpontokat ad, mindenekelőtt az Alapjogi Karta betűjének és szellemének szem előtt tartásával egy új, átlátható, a bejelentők jogait és személyét védő, de egyúttal a visszaélések lehetőségét minimalizáló panasz-mechanizmus bevezetésével. Azért is indokoltnak tartom az emberiességi szempontok, a menekültek emberi jogainak előtérbe állítását a Frontex tevékenysége kapcsán, mert tény, hogy az Unión belül – még egyes tagállami kormányok, kormányfők szintjén is – jelentkezik a menekültek elleni politikai hangulatkeltés, az idegenellenes uszítás, a migráció és a nemzetközi terrorizmus kihívásainak tudatos összemosása. Ebben a politikai helyzetben az Ombudsman jelentését – úgy is, mint a közös európai értékek védelmét célzó figyelmeztetést és konkrét javaslatcsomagot – csak üdvözölni lehet.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Agencja Frontex działa już od ponad dziesięciu lat, ale wiele osób nie jest świadomych jej istnienia. Ze względu na słabą przejrzystość działania i kierownictwa Frontex jest ponadto obiektem krytyki ze strony licznych instytucji i organizacji pozarządowych, a ostatnio Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich. Jak zostało wskazane w sprawozdaniu Rzecznika, istnieją silne podstawy, by operacje Frontex nazwać niezgodnymi z prawami człowieka, a obecny kryzys migracyjny jeszcze uwypuklił ten problem. Między innymi wiele osób próbujących dostać się do Europy zostało odesłanych, pomimo iż należało im przyznać prawo do azylu.

W związku z tym tak istotne jest podejmowanie działań służących wzrostowi przejrzystości tej agencji, m.in. poprzez powszechny dostęp do informacji na temat mechanizmu składania i rozpatrywania skarg w kontekście rocznego sprawozdania ogólnego Frontex czy zwiększenie uprawnień urzędnika ds. praw podstawowych. Agencja musi także zadbać o lepszą równowagę etniczną, narodową i płci w ramach swojego działania. Dlatego też zdecydowałem się zagłosować za sprawozdaniem PE i wierzę, że Frontex rozpocznie proces jak najszybszych zmian, aby zwiększyć nie tylko swoją efektywność, ale i stopień przestrzegania praw podstawowych UE.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Intensificarea fenomenului migrației către statele membre UE în ultimele luni impune modificarea anumitor reglementări privind instrumentele europene de gestionare a fluxului migrator. Un astfel de instrument este Frontex, care contribuie la apărarea frontierelor externe ale Uniunii. Asigurarea securității statelor membre reprezintă o condiție esențială pentru viabilitatea construcției europene. Totuși, în contextul intensificării fenomenului terorist, există tendința de a atribui tuturor imigranților proveniți din zonele de conflict din apropierea frontierelor Uniunii intenții pe care aceștia nu le au și de a gestiona această problemă prin limitarea drepturilor lor legitime. În cazul existenței unui astfel de tip de încălcări, imigranții trebuie să dispună de dreptul de a depune petiții în mod individual pe lângă structurile Frontex, personal sau prin reprezentanți. Sesizarea Ombudsmanului European vizează chiar acest aspect, care nu este în prezent prevăzut de nicio reglementare europeană. În condițiile în care personalul Frontex ar fi responsabil pentru încălcarea drepturilor fundamentale ale imigranților, atunci acestea s-ar reduce semnificativ și nu ar mai exista pericolul unor tratamente inumane aplicate grupurilor respective. Bineînțeles, mecanismul respectiv trebuie să acționeze și ca un filtru în privința admisibilității petițiilor respective, de la caz la caz. Adoptarea actualului document este necesară pentru evitarea potențialelor abuzuri.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Je suis d'ailleurs d'avis que Frontex devrait traiter les plaintes individuelles concernant des infractions aux droits fondamentaux pendant le déroulement de ses opérations et devrait constituer un soutien administratif suffisant à cette fin. Nous invitons Frontex à mettre en place un mécanisme de traitement des plaintes approprié, y compris dans le cadre de ses accords de travail conclus avec les autorités compétentes des pays tiers.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – A few months ago, the European Ombudsman put forward a number of proposals for the Frontex common border agency, so that it ensures more respect for the fundamental rights of persons subject to their agent.

Following these proposals Parliament prepared a report that was voted on 2 December 2015 and that I supported (despite a number of provisions where I would have doubts concerning the feasibility or the coherence in a crisis situation) the report promotes common rules on constraint and compels Member States to improve their complaints procedures. If the report is not the one I would expect, it brings nevertheless a few interesting elements for reflection that can be used for the future in order to improve respect for fundamental rights.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pranešėja Ska Keller imasi labai svarbaus klausimo, siekiančio suderinti dvi svarbiausias šiandienos europiečiams problemas – piliečių saugumo užtikrinimas gerbiant žmogaus teises. FRONTEX, kaip ir bet kuri kita institucija ar Europos Sąjungos agentūra, privalo laikytis Pagrindinių teisių chartijos. Atsižvelgiant į didėjantį humanitarinių ir teisinių iššūkių prie išorinių ES sienų skaičių, būtina sukurti mechanizmą, kuris sudarytų sąlygas analizuoti atskirus skundus, susijusius su pagrindinių teisių pažeidimų įtarimais, kurie gali atsirasti dėl FRONTEX veiklos arba bendradarbiaujant su trečiosiomis šalimis. Demokratinėse valstybėse tokios teisinės priemonės turi būti užtikrintos, todėl pritariau nagrinėjamam pranešimui.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – 2011. FRONTEX je dobio specifičnu zadaću postupanja u skladu sa Poveljom o temeljnim ljudskim pravima pri obavljanju svojih aktivnosti – u svome radu treba kreirati administrativne aranžmane koji neće samo promovirati nego će i nadzirati usklađenost djelovanja u pograničnim područjima s Poveljom.

Godine 2012. Europski je ombudsman na vlastitu inicijativu pokrenuo istragu o aktivnostima FRONTEXA u segmentu poštovanja temeljnih ljudskih prava te je izvješće podnio Europskom parlamentu.

Iako izvješće konstatira da je FRONTEX učinio razuman napredak u obvezama preuzetima unutar Povelje, Ombudsman je utvrdio da istodobno ne posjeduje mehanizam pomoću kojega se može uhvatiti u koštac s pojedinačnim povredama temeljnih ljudskih prava.

Parlament je na ovim osnovama osmislio model prema kojemu će se u budućnosti individualne pritužbe moći efektivnije tretirati i rješavati; prema sličnom modelu koji primjenjuju i u drugim europskim agencijama i tijelima.

Ovakav pristup danas, kad su vanjske granice pod nepodnošljivim pritiskom, kojim se ponovno umjesto sigurnosne dimenzije u prvi plan stavlja poštovanje ljudskih prava držim neprihvatljivim. Zalagati se za povećanje broja osoblja Frontexa radi obrade zaprimljenih pritužbi o kršenju ljudskih prava umjesto da se ti ljudski resursi koriste u danas nužnije svrhe potpuno je promašena politika zabijanja glave u pijesak, koja se Europi već obila od glavu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Posebno poročilo Evropskega varuha človekovih pravic o preiskavi na lastno pobudo OI/5/2012/BEH-MHZ v zvezi z agencijo Frontex sem podprla, ker menim, da moramo Frontex okrepiti in razširiti njegove pristojnosti, saj je zelo pomemben člen v povezavi z nezakonitim priseljevanjem in je glavni akter pri vračanju priseljencev nazaj v njihovo domovino.

Poleg tega menim, da je potrebno Frontex narediti bolj učinkovit ter s tem bolj zaščititi zunanje meje Evropske unije.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – It has been two years since the European Ombudsman published the special report on Frontex, and it is time that the Agency took that report seriously and followed its advice. Especially now, with the large influx of refugees, it is crucial that human rights are safeguarded. So far, Frontex has been avoiding its responsibilities for human rights violations during coordinated operations. Through the individual complaints mechanism this gap will be addressed effectively.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación del Informe especial del Defensor del Pueblo Europeo relativo a su investigación de propia iniciativa sobre Frontex ya que, por una parte, estamos en contra del papel que actualmente desempeña Frontex y consideramos que debería repensarse esta Agencia y eventualmente desmantelarse. Por otra parte, no hemos votado en contra del informe porque éste no incluye ningún aspecto que pueda reforzar las operaciones de Frontex, pero sí recoge las conclusiones del Defensor del Pueblo Europeo en lo relativo a las obligaciones de la Agencia con los derechos humanos, incluyendo aspectos que consideramos fundamentales, si bien no suficientes. Entre los aspectos que se contemplan en el informe figuran mecanismos de queja y denuncia individuales para casos de violación de los derechos humanos, de los derechos fundamentales, ya que hasta la fecha eran mecanismos que no se aceptaban. Al mismo tiempo se piden medidas para mejorar las garantías y

salvaguardas de los derechos humanos en las operaciones de la Agencia y se recomienda la obligatoriedad de la formación en materia de género antes de sumarse a una operación de Frontex, en particular para concienciar sobre la violencia por razones de género y la vulnerabilidad de las mujeres migrantes.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht von Metsola & Keller zum Vorschlag des Europäischen Ombudsmanns bezüglich Frontex habe ich abgelehnt. Es geht in diesem Bericht um die Anforderungen an ein Beschwerdeverfahren nach möglichen Übergriffen der Frontex-Angestellten. Das vorgeschlagene Verfahren ist in großen Teilen aus den Verfahrensrichtlinien anderer EU-Institutionen wie der EZB übernommen worden, die sehr unterschiedliche und kaum auf Frontex übertragbare Anforderungen haben. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß ein großer Anteil der Beschwerden gegen Frontex substanzlos war und Vorwürfe wegen angeblicher Menschenrechtsverstöße haltlos waren. Eine besonders kritische Haltung gegenüber Frontex, wie in manchen Änderungsanträgen zu diesem Bericht, ist deshalb nicht angemessen.

Da Frontex erweitert werden soll und voraussichtlich ein umfangreicheres Mandat erhält, sollte auch das Beschwerdeverfahren bei den Verhandlungen zum neuen Auftrag einbezogen und an die sehr speziellen Bedürfnisse von Frontex angepaßt werden. Nur so kann sichergestellt werden, daß Frontex ein geeignetes Beschwerdeverfahren bekommt, das dauerhaft funktioniert und Frontex bei seiner wichtigen Tätigkeit nicht einschränkt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Quelques jours après les attentats de Paris, le 23 novembre dernier, la commission des libertés civiles et la commission des pétitions, réunies dans le cadre d'une procédure accélérée, ont voté une résolution sur Frontex permettant de faciliter les plaintes des migrants contre les garde-frontières.

Cette résolution prévoit que Frontex, l'agence européenne de gestion des frontières, facilite les plaintes des migrants relatives à d'éventuelles violations de leurs droits, alors qu'ils sont eux-mêmes présents sur notre territoire en toute illégalité. Cette procédure prévoit également que des tiers, tels que des ONG grassement subventionnées, puissent déposer des plaintes au nom des migrants. Pour enfoncer le clou, les députés européistes préconisent une campagne d'information auprès des migrants pour être certains qu'ils utiliseront ce recours… Tout cela tend bien sûr vers un seul but: réduire encore le nombre d'expulsions, déjà quasi-nul.

Il paraît important de surveiller les votes des socialistes et des républicains qui ont affiché récemment leur fermeté en matière d'immigration et de sécurité.

Je m'oppose donc logiquement à l'adoption de ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – În 2012, Ombudsmanul European a deschis o anchetă din proprie inițiativă cu privire la punerea în aplicare de către Frontex a obligațiilor sale în materia drepturilor fundamentale.

Având în vedere provocările umanitare și juridice tot mai mari cu care se confruntă UE la frontierele sale externe și intensificarea operațiunilor pe care Frontex le desfășoară, este necesar un mecanism capabil să proceseze plângerile individuale referitoare la presupuse încălcări ale drepturilor fundamentale survenite în timpul operațiunilor agenției sau al cooperării cu țări terțe, devenind astfel un organism de primă instanță pentru depunerea plângerilor. Un mecanism pentru plângeri individuale poate fi eficace numai dacă atât reclamanții potențiali, cât și agenții care iau parte la operațiunile Frontex sunt informați cu privire la dreptul persoanelor de a prezenta plângeri, printr-o informare eficientă și care să țină seama de diferențele de gen, în limbile oficiale ale UE, precum și în limbi pe care solicitanții de azil și migranții le înțeleg.

Instituirea unui mecanism transparent si eficient pentru plângeri individuale le-ar oferi cetățenilor oportunitatea de a-și exercita dreptul la o cale de atac eficientă, atunci când le sunt periclitate drepturile fundamentale.

Raportul vizează aceste aspecte, prin urmare am votat în favoarea lui.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Frontex feladata, hogy a tagállamok közötti operatív együttműködés szorosabb összehangolása révén az alapvető jogok tiszteletben tartása mellett biztosítsa a külső határok ellenőrzésével és őrizetével kapcsolatos követelményekre és eljárásokra vonatkozó közös szabályok hatékony végrehajtását. A Frontexnek megbízatása szerves részeként az EU-n kívüli országokkal is ki kell alakítania operatív együttműködést olyan kulcsterületeken, mint az információcsere, a kockázatelemzés, a képzés, a kutatás és fejlesztés, a közös műveletek (ideértve a közös visszaküldési műveleteket is) és a kísérleti projektek. Szavazatommal támogattam a vonatkozó jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – My vote was positive, since I believe it ensures that human rights violations will not go unresolved. This is a strong message to Frontex that they have to follow the Fundamental Rights Charter.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I agree that the EU's Frontex border agency should set up a system to handle complaints about alleged breaches of the fundamental rights of migrants and asylum seekers. With this I also supported the European Ombudsman's recommendation. The mechanism should become 'a first-instance body for complaints', and I agree with the recommendation that any individuals who consider that their rights have been breached by border guards wearing the Frontex emblem should have the right to lodge a complaint. I also support the call on the Member States and the partner countries which have concluded working arrangements with Frontex to cooperate efficiently with the Agency in order to ensure the smooth running of the complaints mechanism, and a call for additional resources to ensure that the Frontex Fundamental Rights Office is adequately equipped and staffed to handle complaints.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El informe apoya la recomendación del Defensor del Pueblo para que Frontex gestione las reclamaciones relativas a la violación de los derechos fundamentales en el transcurso de sus operaciones. Para ello sugiere el desarrollo de un mecanismo basado en el artículo 26, letra a), del Reglamento sobre Frontex. Hablamos por lo tanto de un tema de actualidad, teniendo en cuenta la actual crisis humanitaria derivada del conflicto en Siria, por lo que creo conveniente votar a favor del informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he votado a favor de este informe porque considero que la propia actividad de Frontex, su labor de militarización y defensa de las fronteras, conlleva intrínsecamente la violación permanente de los derechos fundamentales. Es por ello que, desde mi grupo político, hemos presentado enmiendas al informe solicitando el desmantelamiento de Frontex, al entender que sería la única vía efectiva de acabar con las sistemáticas violaciones de los derechos humanos en las fronteras de la UE, y dejando así claro el rechazo frontal de Izquierda Unida a Frontex.

Además, el mecanismo aprobado, que busca dar la posibilidad de presentar reclamaciones por violaciones de los derechos fundamentales en el marco de operaciones de esta Agencia europea, adolece de una grave deficiencia, para la cual también presentamos enmiendas que fueron igualmente rechazadas: su falta de independencia, ya que se encarga a la propia Agencia la gestión de las denuncias cometidas por sus agentes.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With the current humanitarian crisis surrounding the movement of refugees into the European Union, the European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union (Frontex) is more vital than ever in order to ensure that EU borders are monitored and protected in line with the EU Fundamental Rights Charter. I support the European Ombudsman's recommendation that Frontex should provide individuals with a transparent and accessible individual complaints procedure so that they can exercise their right to an effective remedy if their rights have been violated. This report establishes a framework for this complaints procedure and I was therefore happy to vote in favour.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Onze Europese Unie moet dringend haar buitengrenzen beter gaan controleren. Om dit te doen is het mijn inziens noodzakelijk dat we meer mogelijkheden en meer bevoegdheden aan Frontex geven. Samen met deze bevoegdheden zullen er uiteraard ook meer plichten voor deze organisatie volgen. Zo willen wij in het Europees Parlement dat men werk maakt van een individueel klachtenmechanisme. Deze individuele klachtenprocedure moet het voor vluchtelingen mogelijk maken om eventuele schendingen van mensenrechten, die gebeurd zijn tijdens operaties van Frontex of bij de samenwerking met derde landen, te kunnen aankaarten. Het is immers cruciaal dat mensenrechten beschermd worden. Daarom stemde ik voor dit speciaal verslag.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório visa a criação de um sistema de comunicação de incidentes e a elaboração de códigos de conduta, bem como a instituição de um Fórum Consultivo sobre direitos fundamentais e de um agente para os direitos fundamentais. Estabelece, ainda, um mecanismo de apresentação de queixas relativas ao desrespeito pelos direitos fundamentais, nomeadamente dos direitos dos migrantes, dos refugiados e dos requerentes de asilo.

Há, desde logo, um primeiro dado a salientar neste documento que é o inequívoco reconhecimento do desrespeito dos direitos humanos pela ação da Frontex. Esta agência tem vindo a tornar-se cada vez mais numa polícia supranacional que atenta contra a soberania territorial dos Estados-Membros e age como força repressiva contra os cidadãos, no caso particular perante refugiados e requerentes de asilo vindos do Norte de África e do Médio Oriente, que todos os dias chegam à Europa e sofrem a sua ação repulsiva de contornos xenófobos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht führt zu einer weiteren Bürokratisierung. Frontex wird durch den Bericht mit einer Mehrbelastung versehen, was dazu führen wird, dass Frontex seinen eigentlichen Aufgaben künftig noch schwerer nachkommen kann. Ich lehne diesen Bericht daher ab.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione relativa alle raccomandazioni del Mediatore europeo su Frontex. Sono convinto che sia necessario facilitare la presentazione di reclami da parte dei richiedenti asilo nel momento in cui si sospetti una violazione dei loro diritti fondamentali. La proposta del Mediatore è pienamente condivisibile: Frontex deve gestire i reclami relativi alle presunte violazioni dei diritti fondamentali nel corso delle operazioni che porta avanti, il cui numero è drasticamente aumentato negli ultimi mesi. Oltre a ciò, Frontex deve istituire un meccanismo indipendente per la verifica di queste denunce, stabilire criteri chiari per la loro ammissibilità e prendere le misure adeguate verso i funzionari colpevoli delle violazioni.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris***. –** Am votat Raportul special al Ombudsmanului European privind ancheta din proprie inițiativă referitoare la Frontex. Raportul salută ancheta din proprie inițiativă a Ombudsmanului European referitoare la Frontex, dar și eforturile actuale ale Frontex în direcția respectării mai stricte a drepturilor fundamentale. Printre propunerile incluse, în raport se regăsește și aceea de instituire a unui mecanism capabil să proceseze plângerile individuale referitoare la presupuse încălcări ale drepturilor fundamentale survenite în timpul operațiunilor Frontex sau al cooperării cu țări terțe, acesta urmând să devină un organism de primă instanță pentru depunerea plângerilor.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση, η οποία στηρίζει τη σχετική σύσταση του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή για δημιουργία μηχανισμού από τον Frontex που θα ερευνά τις καταγγελίες για παραβιάσεις των θεμελιωδών δικαιωμάτων κατά τη διάρκεια των επιχειρήσεων του οργανισμού. Το Κοινοβούλιο ορθά επισημαίνει στο ψήφισμά του συγκεκριμένα μέτρα για τη σωστή λειτουργία του μηχανισμού.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El informe de iniciativa de las señoras Metsola y Keller demuestra el compromiso de esta Cámara con los derechos humanos. El Defensor del Pueblo hace bien en manifestar la necesidad de un compromiso claro con los derechos humanos y de vías de recurso en caso de incumplimiento. Pero creo también necesario garantizar el buen hacer y el buen desarrollo de las operaciones de Frontex y no elevar su carga administrativa hasta niveles insostenibles. Es importante recordar también que Frontex está intrínsecamente ligada al pleno respeto y protección de los derechos humanos fundamentales a la hora de cumplir la misión encomendada.

Es positivo que se garanticen los derechos humanos y exista un derecho de «queja» para los casos en que se den abusos de algún tipo, siempre y cuando estos estén probados y justificados debidamente. Frontex tiene actualmente sus propios mecanismos de garantía de respeto de los derechos humanos tanto a nivel comunitario como nacional.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Poparłem rezolucję Parlamentu Europejskiego w sprawie rekomendacji przygotowanych przez Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich w specjalnym sprawozdaniu na temat obowiązków Fronteksu w zakresie przestrzegania praw podstawowych. Uważam, że europejska agencja odpowiedzialna za zarządzanie granicami zewnętrznymi Unii powinna stworzyć mechanizm przyjmowania skarg dotyczących łamania praw podstawowych migrantów i uchodźców. Jest to postulat szczególnie istotny dziś, wobec coraz liczniejszych wyzwań humanitarnych i prawnych na zewnętrznych granicach UE.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh uznesenia o osobitnej správe európskej ombudsmanky o vyšetrovaní z vlastného podnetu v súvislosti s agentúrou Frontex som nepodporila. Je samozrejmé, že základné práva musia byť chránené, či už ide o občana EÚ, alebo o žiadateľov o azyl. Zároveň si však musíme položiť otázku, či navrhovaný mechanizmus ochrany základných práv je dostatočne premyslený, prispôsobený danej situácií a či má predpoklady byť efektívny. V tomto prípade návrh jednotlivé body podľa môjho názoru nespĺňa. Na jednej strane je príliš detailný u niektorých, podľa mňa nepodstatných, aspektov podávania sťažností, na druhej strane však nerieši dôležité otázky, ako napríklad odkladný účinok podania sťažnosti. To, že odporúčaný mechanizmus funguje v Európskej investičnej banke, z ktorej by si podľa návrhu mal Frontex vziať príklad, nezaručuje, že bude rovnako vhodný aj pre agentúru Frontex, ktorá má úplne inú štruktúru a pôsobnosť a ktorá v dôsledku migračnej krízy čelí stále väčšiemu tlaku. Berúc do úvahy úlohu, ktorú

momentálne agentúra zohráva, som názoru, že nie je potrebné ju zaťažovať nedomyslenými mechanizmami a požiadavkami.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório surge na sequência do relatório especial da Provedora de Justiça Europeia subsequente ao inquérito OI/5/2012/BEH MHZ sobre a Agência Frontex, que visa a criação de um sistema de comunicação de incidentes e da elaboração de códigos de conduta e estabelece ainda um mecanismo de apresentação de queixas relativas ao desrespeito pelos direitos fundamentais, nomeadamente dos direitos dos migrantes, dos refugiados e dos requerentes de asilo.

Há, desde logo, um primeiro dado a salientar neste documento que é o inequívoco reconhecimento do desrespeito dos direitos humanos pela ação da Frontex. Esta agência tem vindo a tornar-se cada vez mais numa polícia supranacional que atenta contra a soberania territorial dos Estados-Membros e age como força repressiva contra os cidadãos, no caso particular perante refugiados e requerentes de asilo vindos do Norte de África e do Médio Oriente, que todos os dias chegam à Europa e sofrem uma ação repulsiva de contornos xenófobos. O que defendemos é a abolição da Agência Frontex e de todo o sistema repressivo montado pela UE para o controle das fronteiras externas. No entanto, na atual situação será importante, ao menos, existir um mecanismo de apresentação de queixas sobre atentados aos direitos fundamentais. Abstivemo-nos.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o posebnem poročilu Evropskega varuha človekovih pravic o preiskavi na lastno pobudo OI/5/2012/BEH-MHZ v zvezi z agencijo Frontex (2014/2215(INI)) sem podprl, ker se strinjam, da se v prihodnji pregled uredbe Frontex vključijo določbe o mehanizmu za individualne pritožbe, ki bo omogočal obravnavo individualnih pritožb glede domnevnih kršitev temeljnih pravic med operacijami agencije Frontex.

Predvsem pa se mi zdi utemeljen tudi poziv, da so hkrati vzpostavljeni zaščitni ukrepi, ki bi preprečili zlorabo mehanizma za pritožbe, kot so med drugim jasna merila za dopustnost pritožb (zgolj pritožbe zaradi kršitev temeljnih pravic, kot jih ščiti pravo EU), prepoved anonimne pritožbe in uvedba standardnega obrazca za pritožbe, kjer bo treba navesti podrobne informacije o domnevni kršitvi temeljnih pravic.

20.5. Nachhaltige städtische Mobilität (A8-0319/2015 - Karima Delli)

Dichiarazioni di voto orali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu nemohl podpořit z několika důvodů. Týká se to cyklistiky nebo podpory alternativních způsobů dopravy v příměstské mobilitě, protože podle mého názoru již do jisté míry jde za hranici toho, co lze považovat za rozumnou evropskou úpravu, která neodporuje zásadám subsidiarity. Podle mého názoru by se daleko více slušelo, pokud by tyto otázky byly svěřeny národním úpravám. Ne že bych byl odpůrcem cyklodopravy nebo alternativních způsobů dopravy ve městě, naopak je považuji za velmi vhodné, ale nemyslím si, že je nezbytné, aby tuto problematiku upravovalo právo EU nebo usnesení Evropského parlamentu, ale naopak, aby se s ní podle vlastních specifických podmínek vypořádaly národní státy.

Dichiarazioni di voto scritte:

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La tutela dell'ambiente è da sempre tema caro ed obiettivo delle politiche europee, ecco perché la modifica dei modelli di mobilità urbana risulta quanto mai necessaria ed indispensabile, in considerazione delle attuali condizioni climatiche e dell'urgenza di un intervento in tal senso. L'elevata percentuale di emissioni di gas, il pregiudizio per la salute dei cittadini e le problematiche connesse alla congestione stradale sono soltanto alcuni esempi dei catastrofici effetti derivanti da un eccessivo uso di auto private alimentate con combustibili tradizionali. Nuove forme di trasporto ecosostenibile, incentivi ai trasporti pubblici, oltre che l'adozione di progetti di mobilità elettrica potrebbero certamente ridurre l'incidenza delle problematiche sopraelencate, migliorando il benessere della società e del cittadino. Per tali ragioni ho espresso voto positivo

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Esta Resolución es la respuesta al apoyo que esta Comisión quiere dar a todas las políticas comunes con impacto en las ciudades, donde vive la mayoría de los europeos. Frente a aquellos que piensan que en el entorno urbano no cabe la acción de la Unión, los socialistas defendemos su pertinencia, y prueba de ello es que conseguimos que el Mecanismo «Conectar Europa» o fondos como el FEIE financien nodos urbanos.

Apoyamos esta Resolución porque compartimos muchas de las propuestas para un transporte urbano más seguro y sostenible, accesible a todos, y en el que el transporte público juegue un rol predominante.

Nos hubiera gustado sin embargo matizar la referencia a los peajes urbanos. Entendemos que este tipo de actuaciones tienen que ir acompañadas de medidas de discriminación favorable para aquellos que han sido expulsados del centro, así como para evitar que acabe siendo el coto exclusivo de las clases pudientes.

Tampoco nos parece acertado el apoyo incondicional a cualquier forma de movilidad de la economía compartida, como Uber, que pone contra las cuerdas a sectores como las cooperativas y los autónomos del sector del taxi que sí cumplen con la legislación en materia social y laboral y ofrecen un servicio público seguro y de calidad.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La mejora de la movilidad urbana es un paso imprescindible para la reducción de las emisiones globales, así como para la mejora de la calidad del aire y la seguridad del tráfico en las ciudades europeas. Aunque la propuesta final del informe es poco ambiciosa y contiene elementos contradictorios, como la ausencia de una crítica a la desregulación implícita en la economía «colaborativa» o un cierto voluntarismo al abordar la transición energética, creemos que el apoyo dado a la planificación en el transporte, su integración intermodal y la mejora de su eficiencia justifican el voto al favor.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing***. –** I voted in favour of this report from Parliament's Committee on Transport and Tourism.

It is a positive and progressive report that proposes further development of sustainable transport, particularly public transport, to aid urban mobility in the EU. It discusses the need for, and ways to reduce conventional car use, carbon emissions and air pollution in European cities by promoting public transport. It does so without imposing solutions on Member States.

There were a small number of paragraphs that I voted against, including promotion of the 'sharing economy' (e.g. Uber) without any recognition of the problems that abound in this sector. I also voted against endorsing the 'polluter pays' principle in individual car use (Sinn Féin supports this principle for major polluters but not in the form of consumer taxes, for example the Irish carbon tax), and against endorsing road toll booth charges.

Despite these small disagreements with elements of the text, the report was overwhelmingly positive and will result in mobility-related and environmental benefits for citizens in Ireland and the EU, so I voted in favour.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de lutter contre la pollution et le bruit dans les villes. Personne n'est contre. Cela étant, il est étonnant que ce genre de problème puisse être traité par les institutions européennes à grands renforts d'observatoires de la mobilité urbaine, d'agendas d'actions de la Commission ou de «semaines européennes de la mobilité», ou de concepts comme celui de la «ville partageable». Et c'est sans compter la myriade de programmes coûteux et les stratégies de «croissance verte»! Tout cela, c'est du vent et beaucoup de gaspillage. Ce rapport vise évidemment à ouvrir la voie à une gouvernance supranationale chargée de régler les comportements des individus et de punir les «comportements écologiquement déviants». Des mesures de type «pollueur-payeur» ou l'obligation d'instaurer des limites de vitesse inférieures à 30km/h en ville sont ainsi promues par ce texte.

J'ai donc en toute logique voté contre.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – perorientuoti judumą mieste į tausaus transporto rūšis siekiant įveikti mūsų amžiaus iššūkius: užtikrinti klimato, sveikatos ir aplinkos apsaugą, visų gerovę ir saugumą. Prognozuojama, kad iki 2050 m. beveik 82 proc. visų ES piliečių gyvens miestų teritorijose. Apie 50 proc. ES piliečių kasdien naudojasi asmeniniais automobiliais, tik 16 proc. naudojasi viešuoju transportu ir tik 12 proc. važinėja dviračiais. ES piliečiai mano, kad mažesnės viešojo transporto kainos (59 proc.), geresnė viešojo transporto paslaugų kokybė (56 proc.) ir geresnė infrastruktūra dviratininkams (33 proc.) yra veiksmingiausios judumo mieste gerinimo priemonės. Pritariu, kad svarbiausi judumo mieste gerinimo prioritetai turėtų būti: erdvės ir infrastruktūros grąžinimas

visiems piliečiams ir prieinamumo pagerinimas, aplinkos, gyvenimo kokybės ir sveikatos gerinimas, energijos taupymas ir klimato apsauga, inovacijos, tvaresnis ir saugesnis judumas mieste, išorės sąnaudų mažinimas ir aukštesnės kokybės investicijų užtikrinimas ir kt.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A fenntartható városi mobilitásról szóló jelentés elsődleges célja, hogy az EU nagyvárosaira jellemző forgalmi torlódásokra, és az ebből származó ÜHG gázkibocsátásra valamilyen megoldást kínáljon. A jelentés számba veszi a lehetőségeket, amelyek a zöldebbé tételben rendelkezésre állnak.

A jelentésnek azonban vannak kifogásolható elemei is. Az EU földrajzi, fejlettségi és kulturális különbözőségeit figyelmen kívül hagyva egy, a Bizottság által diktált és koordinált, EU-s szabályokon és előírásokon alapuló városfejlesztési koncepciókban gondolkozik, túllépve a városi mobilitás tárgykörén is. Így korlátozza a nemzeti hatáskört a kormányok fennhatóságát saját területükön megvalósuló fejlesztéspolitikák kidolgozásában és alkalmazásában.

Fennáll annak veszélye is, hogy a Bizottság által koordinált lokális fejlesztési politika hátrányosan érintheti a Kelet-közép európai országokban lévő városokat. A Közlekedés 2050 stratégia alkalmazása és az abban foglalt célok realizálása hiú ábránd. Nem lehetséges EU szinten a teljes hagyományos meghajtású gépjárműhasználat megfelezése 2030-ig és teljes kiszorításuk a mobilitásból 2050-re. Ez egyrészt a polgárok személyes szabadságának megsértése is, és a szabad helyváltoztatáshoz való joguk korlátozását is jelentené, ha financiális okokból nem lennének képesek régi, hagyományos meghajtású gépjárművüket elektromosra cserélni.

Az említett kifogások ellenére a jelentés összességében pozitív, így elfogadását támogattam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui souligne l'aspect positif de l'action menée jusqu'à présent au niveau européen en matière d'organisation de la mobilité urbaine durable. Il met en exergue à cet égard l'importance de l'aménagement du territoire pour la création de réseaux de transports bien organisés, efficaces et durables ainsi que de l'information et de l'association de toutes les parties prenantes (citoyens, commerçants, transporteurs, etc.) afin d'assurer transparence et efficacité aux projets de mobilité urbaine.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe Delli, después de un largo proceso de conciliación entre los diferentes grupos, ha resultado aceptable para todos a la hora de proponer una serie medidas para hacer frente, entre otros, al problema de la contaminación derivado del transporte propulsado por combustibles fósiles. Si bien ha perdido cierta definición a la hora de cuantificar objetivos relacionados con el uso de medios públicos o alternativos, propone numerosas medidas, integradas y coordinadas a diferentes niveles administrativos, orientadas a proteger el clima, la salud y el medio ambiente, así como a favorecer el bienestar y la seguridad. El objetivo es promover ciudades inteligentes y sostenibles. Por ello hemos votado a favor del informe.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer el trabajo que ha realizado la ponente de este informe sobre movilidad urbana sostenible que hemos debatido mucho en la Comisión de Transportes y Turismo. El trabajo que se ha realizado a nivel europeo y en muchas ciudades ha sido muy positivo y debe continuarse, y por ello acojo con satisfacción la comunicación de la Comisión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte où, une fois de plus, les parlementaires européens usent de bons prétextes pour créer de mauvaises politiques au détriment des peuples et des États membres. Ainsi, le rapport Delli sur la mobilité urbaine durable, derrière l'intention louable de lutter contre la pollution urbaine, pose les bases d'une politique urbaine pilotée par la Commission européenne au détriment d'une gestion par les municipalités plus aux faits des besoins de leur ville et de leurs habitants. Les plans de mobilité urbaine devront être, en effet, soumis aux calendriers et aux objectifs de la Commission européenne.

Outre ce mépris du principe de subsidiarité, les objectifs fixés par le rapport, s'ils sont portés par de bonnes intentions, seront réalisés au détriment des ménages les plus modestes, lesquels n'ont pas toujours les moyens d'investir dans un véhicule aux dernières normes en vigueur ou encore de s'acheter un logement près de leur lieu de travail. On assiste ainsi, petit à petit, à la victoire du principe du «pollueur-payeur», lequel fait fi des réalités sociales et économiques.

Enfin, toutes les nouvelles mesures proposées représentent un coût démesuré qui ne permettra pas de résoudre les problèmes concrets auxquels les municipalités doivent faire face.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur emergendo posizioni condivisibili, trovo che alcune delle soluzioni proposte siano poco equilibrate divenendo possibili fonti di problemi e criticità nel prossimo futuro. Per questi motivi mi sono espressa con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Esta Resolución es la respuesta al apoyo que esta Comisión quiere dar a todas las políticas comunes con impacto en las ciudades, donde vive la mayoría de los europeos. Frente a aquellos que piensan que en el entorno urbano no cabe la acción de la Unión, los socialistas defendemos su pertinencia, y prueba de ello es que conseguimos que el Mecanismo «Conectar Europa» o fondos como el FEIE financien nodos urbanos.

Apoyamos esta Resolución porque compartimos muchas de las propuestas para un transporte urbano más seguro y sostenible, accesible a todos, y en el que el transporte público juegue un rol predominante.

Nos hubiera gustado sin embargo matizar la referencia a los peajes urbanos. Entendemos que este tipo de actuaciones tienen que ir acompañadas de medidas de discriminación favorable para aquellos que han sido expulsados del centro, así como para evitar que acabe siendo el coto exclusivo de las clases pudientes.

Tampoco nos parece acertado el apoyo incondicional a cualquier forma de movilidad de la economía compartida, como Uber, que pone contra las cuerdas a sectores como las cooperativas y los autónomos del sector del taxi que sí cumplen con la legislación en materia social y laboral y ofrecen un servicio público seguro y de calidad.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamas judėjimas mieste, t. y. mašinų spūstys, eismo reguliavimas, žmonių saugumas gatvėse ir keliuose, poveikis aplinkai ir sveikatai, etc. Judumas nėra pats savaime tikslas, tačiau jis turėtų tapti visų piliečių teise. Greitai miestuose gyvens 80 proc. europiečių, todėl judumas turėtų sudaryti visiems, įskaitant riboto judumo asmenis, sąlygas mokytis, dirbti, dalyvauti kultūrinėje veikloje, turėti laisvalaikį ir gauti sveikatos priežiūros paslaugas. Vis dėlto judumas mieste dažnai laikomas suvaržymu, kurio priežastis slypi pernelyg masiškame asmeninių automobilių, varomų tradiciniais degalais, naudojime. Todėl labai lėtai pereinama prie tausesnių transporto rūšių: automobilis lieka pagrindine mūsų judumo priemone, kuria nuvažiuojama 43 proc. kilometrų pasaulyje ir tris ketvirtadalius kelionių Europoje. Priklausomybė nuo automobilio ir jos pasekmės – spūstys keliuose, kurių sąnaudos visuose Europos miestuose siekia 80 mlrd. eurų, – paverčia miestiečius priverstinio judumo (kurio negalima pasirinkti) kaliniais. Todėl šio pranešimo tikslas – perorientuoti judumą mieste į tausaus transporto rūšis siekiant įveikti mūsų amžiaus iššūkius: užtikrinti klimato, sveikatos ir aplinkos apsaugą, visų gerovę ir saugumą. Dabartinis ir būsimas judumas mieste turi daugiausia remtis ekologiniu judumu ir bendradarbiavimo tinklais. Plėtojama nauja važiavimo mieste praktika, tokia kaip dalijimasis vienu automobiliu, ir labai svarbu, kad tokia praktika būtų įtraukta į įvairiarūšio judumo grandinę šalia važiavimo dviračiais, ėjimo pėstute ir kolektyvinio transporto.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Resolucija Evropskega parlamenta o trajnosti mobilnosti v mestih, ki smo jo podprli tudi v poslanski skupini EPP, pozdravlja poročilo Evropske komisije o mobilnosti v mestih, saj je v zadnjih letih na tem področju viden velik napredek.

S poudarkom na pomembnosti prostorskega načrtovanja in nadaljnjega aktivnega dela na zmanjševanju izpustov s strani prometa se izboljšujejo tudi inovacije na področju trajnostnega prometa, tako tovornega kot potniškega. Visoko razvit, učinkovit, cenovno sprejemljiv, varen in dostopen javni prevoz je zelo pomemben sestavni del trajnostnega razvoja mest.

Tudi v Sloveniji imamo probleme z učinkovitostjo predvsem mestnega in medkrajevnega javnega prevoza in prepričan sem, da so marsikje možne precejšnje izboljšave.

Podpiram resolucijo in hkrati upam, da bodo njena priporočila upoštevali tudi pristojni organi v Sloveniji.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Mi sono espressa a favore di questa relazione sulla mobilità urbana sostenibile, un documento che unisce a un approccio olistico obiettivi reali e concreti. La mobilità urbana è un tema che sta acquisendo un'importanza crescente in Europa, dove l'80% della popolazione vive in centri urbani. La relazione ha il pregio di mettere a fuoco in maniera completa i diversi aspetti che toccano questo tema, tra i quali la sostenibilità della pianificazione urbana dei trasporti, il miglioramento della qualità della vita dei cittadini, l'innovazione e lo sviluppo.

Importante apportare il dovuto sostegno ai centri urbani che s'impegnano nell'offrire servizi sicuri, la cui efficienza sul piano delle emissioni concorre al raggiungimento dell'obiettivo di riduzione delle emissioni di CO_2 dell'Unione, così come che si riservi la dovuta attenzione al miglioramento della qualità della vita dei cittadini, sia in termini di fruibilità dei servizi sia in termini di tutela della salute. È positivo che si sottolinei che la mobilità e la pianificazione urbana sostenibile rappresentano un ambiente particolarmente favorevole per lo sviluppo di nuove opportunità di investimento e crescita.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report because I believe that we need to look at ways to reduce conventional car use in order to bring down our carbon emissions and air pollution. This report promotes public transport which is the only way that we can effectively encourage people to move away from car use. In Ireland, only 8% of the population uses public transport at least once a day; this makes us one of the lowest users of public transport in the EU, second only to Cyprus. A recent survey showed that 50% of respondents cited cost as the main reason for their reluctance to use public transport. Given that the Irish public transport system is the least subsidised public transport system in the whole EU, is it any wonder that fares are so high as to be a barrier to use. It beggars belief that the United States subsidises its private transport system more than Ireland subsidises its public transport. Sustainable urban mobility will never be achieved if we refuse to invest in public transport.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de s'attaquer à la pollution atmosphérique et sonore dans les centres-villes. Sur ce principe, personne ne peut s'y opposer. En revanche, les moyens mis en avant dans ce rapport pour atteindre cet objectif suscitent de grandes divergences de fond avec nos propositions.

Contrairement au rapporteur, nous ne considérons pas que les institutions européennes soient les mieux placées pour faire baisser le niveau de pollution dans les agglomérations. Une gouvernance écologique supranationale serait bureaucratique et donc contreproductive. La Commission utilise ce genre de rapports pour s'octroyer des prérogatives supplémentaires afin d'imposer des mesures scandaleuses aux États membres et aux collectivités locales comme l'obligation de rouler à moins de 30km/h en ville ou le principe de la circulation alternée.

Nous estimons que cette responsabilité incombe uniquement aux autorités nationales et aux collectivités locales dans le respect du principe de subsidiarité. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. Ecco il perché:

«Siamo di fronte a un'emergenza climatica» – Falso. Le emissioni di CO_2 vengono deliberatamente utilizzate per inquinare il dibattito e le politiche sulle emissioni inquinanti del settore dei trasporti.

«Siamo di fronte a un'emergenza per la vita degli utenti della strada!» – Vero, il 38% dei decessi per incidenti stradali avviene nelle aree urbane. Ma non è una valida ragione per vietare ai veicoli di circolare.

«Un'altra mobilità è possibile» – Alcune ricette proposte: eliminazione nei centri urbani delle auto diesel entro il 2020 e a benzina entro il 2050; elettrificazione totale dei mezzi di trasporto (tradotto: mezzi più cari e inefficienti; possederne uno tornerà a essere un vezzo da alta aristocrazia); pianificazione di un'*economia della condivisione* (cfr. lista voto al § 20); «domeniche UE a piedi»; limite generale di velocità a 30 km/h; obiettivi vincolanti di uso di biciclette e trasporti pubblici; raddoppiare le reti di trasporto pubblico (in regime di austerità!); pedaggi «ecologici»; generalizzare la logistica urbana ecologica, coniugandola in particolare a un utilizzo crescente di biciclette cargo, chiatte cargo, furgoni elettrici, tram per il trasporto merci e autobus; un ruolo pianificatore della Commissione nei piani di mobilità urbana messi a punto dalle autonomie locali.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Esta Resolución es la respuesta al apoyo que esta Comisión quiere dar a todas las políticas comunes con impacto en las ciudades, donde vive la mayoría de los europeos. Frente a aquellos que piensan que en el entorno urbano no cabe la acción de la Unión, los socialistas defendemos su pertinencia, y prueba de ello es que conseguimos que el Mecanismo «Conectar Europa» o fondos como el FEIE financien nodos urbanos.

Apoyamos esta Resolución porque compartimos muchas de las propuestas para un transporte urbano más seguro y sostenible, accesible a todos, y en el que el transporte público juegue un rol predominante.

Nos hubiera gustado sin embargo matizar la referencia a los peajes urbanos. Entendemos que este tipo de actuaciones tienen que ir acompañadas de medidas de discriminación favorable para aquellos que han sido expulsados del centro, así como para evitar que acabe siendo el coto exclusivo de las clases pudientes.

Tampoco nos parece acertado el apoyo incondicional a cualquier forma de movilidad de la economía compartida, como Uber, que pone contra las cuerdas a sectores como las cooperativas y los autónomos del sector del taxi que sí cumplen con la legislación en materia social y laboral y ofrecen un servicio público seguro y de calidad.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in aula, ho votato a favore della relazione sulla mobilità urbana sostenibile, in quanto convinto della necessità di una improrogabile definizione di un quadro normativo ambizioso sulla mobilità urbana sostenibile, perché ambiziose sono le necessità planetarie, in termini di qualità della vita, salute e protezione del clima.

Devo segnalare tuttavia che, ferma l'opportunità che l'Unione europea si riscopra protagonista al COP21 di Parigi del necessario impegno politico sul tema, da più parti si evidenzia la sistematica manipolazione della legislazione da parte dei produttori europei e la capacità dell'industria automobilistica di ritardare gli obiettivi dell'Unione in materia di clima ed energia e di miglioramento dell'efficienza energetica. Concordo quindi con la relazione, considerando prioritaria l'attenzione rivolta nella stessa al risparmio dell'energia e alla protezione del clima, alla necessità di restituire spazi e infrastrutture a tutti i cittadini e migliorare l'accessibilità, al rispetto della neutralità tecnologica.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This was a positive report which contained a number of progressive provisions. It discusses the need for, and ways to reduce conventional car use, carbon emissions and air pollution in European cities by promoting public transport without imposing solutions on Member States.

There were some provisions contained within which I was concerned with. For example, I voted against point 48 which endorsed road toll booth charges. I also voted against point 47 which endorsed the 'polluter pays' principle in individual car use. Sinn Fein policy supports the 'polluter pays' principle for major polluters but not in consumer taxes, for example the Irish carbon tax.

However, as this was a progressive report with an important intention, I voted in favour of this report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report as it outlines measures which will help us achieve our resource efficiency and sustainable development objectives. Today most of our mobility is still based on cars despite all the steps that have already been taken to reduce this. We need to keep working on making our transport systems more intelligent and efficient.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione mira a definire un nuovo modello di mobilità urbana che si basi sulla sostenibilità ambientale, economica e sociale. Attualmente l'uso di auto private a combustibili tradizionali è ancora preponderante nella mobilità urbana e i trasporti urbani sono responsabili di un quarto delle emissioni di gas a effetto serra. Nel testo viene quindi posto l'accento sull'importanza di dare priorità a forme di trasporto pulito – quali tram, funivie, biciclette, car sharing/pooling – incentivando l'adozione di piani per la mobilità elettrica e favorendo un'intermodalità che coniughi gli spostamenti a piedi e quelli sui mezzi pubblici. Si richiede inoltre che, in concomitanza con la COP21, l'efficienza energetica venga posta al centro delle politiche di mobilità urbana e, accanto a ciò, che venga elaborato un pacchetto legislativo su «trasporti e clima». Il mio voto è stato sicuramente favorevole.

Nessa Childers (S&D), *in writing***. –** Adequate, sustainable urban mobility solutions hold a lot of potential in our efforts to address growing sources of inequality and achieve the EU climate change targets. We aim to halve the use of 'conventionally fuelled' cars in urban transport by 2030, and to eliminate their use by 2050. We also want to make carbon-free movement of goods a reality in major urban areas by 2050.

In order for this to happen, policymakers must promote mobility improvements that are efficient, sustainable and less dependent on the use of private, conventionally fuelled cars. Furthermore, the way the EU finances urban mobility projects cannot be focused solely on infrastructure. It must also encompass IT services and an increased focus on inter-regional projects. Funding application processes can often be tricky and burdensome, and there is room to make them more accessible and manageable by local authorities.

Urban mobility is not just about transport systems and emissions, people are the driving force of the economy. Transport workers and those in related sectors in cities are often overlooked. Their vital role in ensuring the quality and safety of public transport must be born in mind to ensure the sustainability of these essential services.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La mobilità sostenibile sta diventando uno dei temi principali della politica ambientale per l'impatto sulla qualità dell'aria e per le inevitabili ricadute sulla salute dei cittadini. Rendere le nostre città più vivibili è una sfida che l'Europa sta affrontando ormai da diverso tempo e presenta notevoli difficoltà in quanto si tratta di conciliare, da un lato, lo sviluppo economico delle città e l'accessibilità del loro territorio e, dall'altro, la qualità di vita e la tutela ambientale. Diverse sono state le normative europee messe in campo; ma soprattutto vanno ricordate le iniziative come il patto dei sindaci o CIVITAS 2020 o programmi dedicati al tema, quali URBAN o URBACT, per tentare di trovare soluzioni e definire modelli in grado di disegnare future politiche di mobilità. Trasporti e clima sono ormai un binomio indivisibile e mi auguro che durante i lavori della COP 21, che si sta svolgendo in questi giorni a Parigi, si affronti anche il tema della mobilità urbana che rappresenta una delle maggiori sfide dei prossimi anni. Ho votato a favore della relazione perché individua tutte problematicità legate alla tematica e offre alla Commissione europea importanti spunti per lo sviluppo di azioni future.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Συμφωνούμε με την έκθεση και στηρίζουμε τη θέση ότι η κινητικότητα δεν είναι αυτοσκοπός, αλλά χρειάζεται να αποτελεί δικαίωμα όλων των πολιτών. Σύμφωνα με στοιχεία ,σύντομα το 80% των Ευρωπαίων θα ζουν σε πόλεις. Η κινητικότητα πρέπει να προωθεί την πρόσβαση όλων συμπεριλαμβανομένων των ατόμων με μειωμένη κινητικότητα , στο σχολείο, στην εργασία ,στον πολιτισμό, στη ψυχαγωγία και στην υγεία.

Επίσης είναι σημαντικό η αστική κινητικότητα του παρόντος και του μέλλοντος να πρέπει και να μπορεί να στηρίζεται σε μεγάλο βαθμό στην οικολογική κινητικότητα και τα δίκτυα συνεργασίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τη βιώσιμη αστική κινητικότητα θίγει ένα ζήτημα που απασχολεί τη συντριπτική πλειοψηφία των ευρωπαϊκών κρατών, ενώ συζητείται σε μια περίοδο όπου οι συζητήσεις για μια νέα δεσμευτική συμφωνία για το κλίμα έχουν επισημοποιηθεί. Η δυσάρεστη πραγματικότητα, που περιλαμβάνει στοιχεία συνεχούς ανόδου στις εκπομπές αερίων από το 1990 μέχρι σήμερα και συσχετίζει περί τους 400 χιλιάδες θανάτους ετησίως με ζητήματα ρύπανσης, είναι ταυτοχρόνως άρρηκτα συνδεδεμένη με συγκοινωνιακά προβλήματα και δυσλειτουργίες σε αστικό περιβάλλον. Λαμβάνοντας υπόψη αυτά τα στοιχεία, είναι προφανές πως οποιαδήποτε πρόταση κινητοποίησης για τη βελτίωση των συνθηκών μπορεί και πρέπει να γίνεται αποδεκτή με θετική διάθεση. Καθώς λοιπόν θεωρώ πως η πρόταση αυτή φέρνει στο προσκήνιο ζητήματα όπως η προστασία του περιβάλλοντος αλλά και η υγεία των πολιτών, ιδιαίτερα των αστικών περιοχών, αποφάσισα να τη στηρίξω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho scelto di appoggiare il provvedimento.

La relazione ambisce a riorientare la mobilità urbana verso modi di trasporto sostenibili, con l'obiettivo di far fronte alle sfide del nostro secolo: la protezione del clima, della salute e dell'ambiente. La mobilità non costituisce un obiettivo di per sé, ma deve essere un diritto di tutti i cittadini. I costi per la dipendenza dall'automobile sono stimati in 80 miliardi di euro per l'insieme delle città europee. Alla vigilia del vertice COP21, l'Unione europea, nonché gli Stati membri e le autorità locali, devono porre l'efficienza energetica al centro delle politiche di mobilità urbana. A tal fine, il relatore propone alla Commissione europea di avviare quanto prima l'elaborazione di un pacchetto legislativo su «trasporti e clima» che coinvolga tutte le parti interessate e in particolar modo le città, in modo da fissare obiettivi vincolanti di riduzione delle emissioni di gas a affetto serra nel settore dei trasporti. Il relatore chiede inoltre alla Commissione europea di subordinare la concessione di finanziamenti per la mobilità urbana all'attuazione da parte delle autorità locali di piani di mobilità urbana sostenibile. Infine, chiede alla Commissione di riservare il 20% dei fondi europei a progetti di mobilità urbana sostenibile.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta perché la possibilità di una mobilità urbana sostenibile è un tema cui sono particolarmente legato. Premesso che la mobilità non costituisce un obiettivo di per sé, ma deve essere un diritto di tutti i cittadini, noto che è spesso vissuta come un peso, la cui causa è riconducibile all'uso esagerato dell'automobile privata alimentata con carburanti tradizionali che riducono la possibilità di trasporti che favoriscano l'ambiente. Appoggio la relazione poiché ambisce a riorientare la mobilità urbana verso modi di trasporto sostenibili, con l'obiettivo di far fronte agli obiettivi del nostro secolo che voglio aiutare a perseguire: la protezione del clima, della salute e dell'ambiente. Mi sento chiamato a contribuire al raggiungimento degli obiettivi appena elencati considerando che siamo di fronte a un'emergenza climatica; ora che la lotta al riscaldamento globale rappresenta una sfida a livello mondiale e l'organizzazione dei nostri spostamenti imperniata sull'automobile impedisce all'Unione europea di parteciparvi pienamente, mi sento di andare contro questa tendenza. È quindi necessario, attraverso nuove pratiche di sviluppo, fare in modo che la mobilità di oggi e di domani possa basarsi principalmente sull'ecomobilità.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – Sustainable urban mobility requires high-quality investment that will serve the general interest. This means that it can help achieve the EU's resource-efficiency objectives, in particular those linked to the circular economy with its job-creating potential. Many European countries currently have to cope with dilapidated and costly infrastructure. In order to develop and maintain urban transport infrastructure, the main idea is to dedicate a part of EU funds such as the ERDF, CEF and Cohesion Funds to sustainable urban mobility projects. The Commission's support is also needed for research and innovation projects linked to urban transport, through its research framework programmes (Horizon 2020) and the European Fund for Strategic Investments (EFSI).

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O conceito de mobilidade urbana reveste-se, nos dias de hoje, de uma elevada importância e atualidade. Em breve, 80% dos cidadãos europeus viverão nas cidades, o que muda todo o paradigma nos planos de acessibilidade e mobilidade dos cidadãos europeus colocando os centros urbanos perante desafios sociais, de qualidade de vida e de desenvolvimento sustentável.

Considero urgente o estabelecimento de planos de mobilidade urbana sustentável, que incluam todos os cidadãos, em especial as pessoas com mobilidade reduzida, e que passe por um lado pela redução da dependência automóvel nas cidades responsável por graves problemas de saúde, ecológicos e de congestionamento e, por outro lado, num redesenhamento do modo como nos deslocamos nas cidades (tanto no transporte de pessoas como de mercadorias).

Partilho das preocupações abordadas no relatório Delli e das sugestões de solução avançadas pela Comissão dos Transportes e Turismo.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze die Initiative, Städten und Gemeinden Hilfestellung dabei zu geben, eine bessere Nachhaltigkeit im Verkehr und eine Verbesserung der Netzinfrastrukturen für ganz Europa zu erreichen.

Wir brauchen eine nachhaltige städtische Mobilität mit Zugang zu Schulen, Arbeitsplätzen, Kultur-, Freizeit- und Gesundheitseinrichtungen. Dieser Zugang muss aber tatsächlich möglich sein. Daher begrüße ich, dass einige zu weit gehende Forderungen – Verbot konventioneller Autos in allen Innenstädten und die Einführung autofreier Sonntage – gestrichen werden konnten.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Oggigiorno la mobilità urbana rappresenta una priorità per il cittadino, visto che quotidianamente tutti noi siamo tenuti a spostarci per svariati motivi e purtroppo il mezzo che utilizziamo di più è spesso l'automobile, la quale offre sì il vantaggio della comodità ma che a sua volta incide notevolmente sull'ambiente. A causa dello smisurato utilizzo dell'automobile ci troviamo di fronte ad un'emergenza climatica: dal 1990 ad oggi, infatti, si è riscontrato un aumento del 30% di emissioni di gas serra, componente altamente dannosa non solo per il clima stesso ma anche per la salute umana. Inoltre, in materia di sicurezza stradale, il 38% dei decessi per incidenti avviene nelle aree urbane. Sono fermamente convinta che sia necessario concedere finanziamenti alle autorità locali al fine di agevolare e incoraggiare l'attuazione di piani di mobilità locale sostenibile, sia a livello di spostamenti di persone che a livello di trasporto merci. Per questo motivo ho votato a favore di questa relazione che intende riorientare la mobilità urbana verso modi di trasporto sostenibili, con l'obiettivo di far fronte alle sfide del nostro secolo: la protezione del clima, della salute e dell'ambiente, nonché il benessere e la sicurezza di tutti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Many European countries have to cope with ineffective and costly urban transport infrastructure. In order to develop and maintain sustainable urban mobility, we need to dedicate a part of EU funds and Cohesion Funds to this. This plays an important role to achieve the EU's resource-efficiency objectives, in particular those linked to the circular economy. The sustainable urban mobility concept does not represent a one-size-fits-all approach to urban transport planning. We need effective support from the Commission for urban transport research and innovation projects mentioned in the report, through research framework programmes like Horizon 2020 and the European Fund for Strategic Investment.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report is the follow-up of the Commission communication on Urban mobility which encourages best practice exchanges and guidance for tackling urban mobility challenges. The report calls for supporting and promoting walking and cycling, sustainable urban mobility for workers who live far away from their workplace, reducing carbon emissions from transport in urban areas, and enhancing road safety in urban areas.

Over the last months I have made it clear that I stand by our citizens' aspiration for a healthier environment and lifestyle. Governments, city administrations and all other authorities involved need to up their game in helping our citizens towards such aspiration and a better quality of life, hence I voted in favour of this report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – Whilst I applaud many of the aims of this report, it deals with a lot of issues that are best dealt with at local level, rather than a European one, and I cannot support it. The report goes far beyond the sharing of best practice in European cities, which I agree with, and instead makes a detailed and prescriptive list of recommendations. Some of these are merely impractical, whilst others, such as the banning of cars in all European cities by 2050, are completely unrealistic and restrictive on citizens' everyday lives. I also fundamentally disagree with this report prescribing how Member States should use the revenue gained from road tolls. That is a national competence and should remain so.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative vise à promouvoir un nouveau mode de mobilité urbaine en mobilisant les instruments financiers de l'Union, afin de développer et de conserver les infrastructures de transport urbain. L'idée maîtresse est de réserver une partie des fonds européens tels que le FEDER, le fonds de cohésion, ou encore Horizon 2020 et son Fonds européen d'investissement stratégique (EFSI), à des projets de mobilité urbaine durable.

Souscrivant à cet objectif, nous nous sommes toutefois mobilisés avec mes collègues du groupe PPE pour rééquilibrer l'approche de la rapporteure, dont les propositions initiales étaient jugées irréalistes, notamment en ce qui concerne l'utilisation de la voiture. Je me suis opposé à plusieurs paragraphes lors du vote ayant trait aux «dimanches sans voiture», aux réductions drastiques des véhicules à carburant traditionnel dans les villes ou à l'utilisation d'une partie des recettes des péages pour améliorer la mobilité urbaine. En effet, de telles décisions dépendent de la compétence des États membres ou des autorités locales, mais ne devraient pas être prises au niveau européen, en application du principe de subsidiarité.

Néanmoins, considérant que l'amélioration de la mobilité urbaine via des modes de transport plus variés et plus respectueux de l'environnement est un défi essentiel pour nos villes, je me suis prononcé en faveur de ce texte.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

Rachida Dati (PPE), *par écrit***. –** J'ai soutenu ce rapport d'initiative sur la mobilité urbaine durable qui s'inscrit dans le cadre de la lutte contre le réchauffement climatique. Une gestion plus durable et plus intelligente de la mobilité des personnes et des marchandises en Europe est en effet indispensable à l'amélioration de la qualité de vie des citoyens européens.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A városi közlekedés hosszú távú fejlesztésében elengedhetetlen a fenntarthatóságra és erőforrás-hatékonyságra való törekvés. Közös európai munkával törekedni kell a városi mobilitás fejlődésének fenntarthatóságára, megőrzésére és fejlesztésére, ami viszont magas szintű befektetéseket igényel. Ezen intézkedések pozitív hatással lesznek nemcsak a közlekedésre, hanem a gazdaságra és a munkaerő-piacra is. Természetesen számos más pozitív hatást is előidézhet ezen fejlődés, mint például a CO_2-kibocsátás csökkenése, az életminőség és egészség javulása, az infrastruktúra fejlődése és az innovációk ösztönzése. Szükségesszerű ambiciózus célokat kitűznünk, amelyek elérésében régióinknak és városainknak is együtt kell működniük.

Az eredeti megközelítés túlzottan „zöld" mivolta miatt többszöri átalakításra szorult a jelentés. A módosításoknak köszönhetően azonban sikerült elérni a többségnek is megfelelő és kivitelezhető tervezetet, amelyet személyesen is támogattam szavazatommal.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Dans un contexte de densification des métropoles d'un côté et, de l'autre, de la nécessité de relier tous les territoires entre eux, j'ai voté en faveur de cette résolution, qui promeut une mobilité urbaine douce basée sur le développement des transports en commun publics fiables, intelligents, économes en émission de gaz à effet de serre et facilement accessibles.

En tant qu'ancien président de région, je défends depuis longtemps une approche intégrée des mobilités qui permet de limiter le recours aux solutions de transports privés et de réduire la pollution atmosphérique, sonore, les accidents, les embouteillages, etc.

Il faut donc organiser l'intermodalité. L'aménagement des villes doit accompagner et anticiper les nouveaux usages partagés. Les tarifications doivent être incitatives et tenir compte des différents temps contraints de la journée (courses, ramassage scolaire, etc.).

En tant que Président de l'intergroupe «service public», j'attire l'attention sur la nécessité d'inclure toutes les populations dans cette dynamique, celles de la périphérie des villes, mais également celles des campagnes, qui bien souvent n'ont pas d'autre choix que de prendre leur véhicule personnel ou, faute d'en disposer, d'être assignées à résidence et privées de mobilité dont on sait qu'elle constitue l'un des facteurs d'engagement dans la cité.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport avait pour objectif de promouvoir la diminution du bruit, de la pollution et des embouteillages dans les villes. Si l'objectif est bien entendu louable, les méthodes proposées pour y remédier sont loin d'être convaincantes.

Ainsi, ce rapport propose notamment des «semaines européennes de la mobilité» ou des «villes partageables». En dehors de l'aspect totalement utopique et flou de ces propositions, le rapport cherche avant tout à promouvoir une gouvernance écologique supranationale.

Alors que les peuples d'Europe aspirent tous de manière plus évidente chaque jour à une souveraineté retrouvée, l'Europe bafoue allègrement le principe de subsidiarité.

La réémergence de centres-villes agréables à vivre, sains et aux embouteillages limités passe par le développement d'un petit commerce de proximité et par des circuits courts. Or, ce rapport propose encore plus d'Union européenne sans constater que celle-ci est bien inefficace dans les domaines visés. J'ai donc voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – На всеки граждани му отнема средно по час и половина на ден в пътуване до и от работно място. В парично изражение всеки един час в път е 80% от часовото възнаграждение на този служител. От друга страна основните замърсители в градските територии са личните автомобили. Ето защо ние трябва да се стремим едновременно към намаляването на вредните газове и намаляване на времето за пътуване на хората до и от работните им места. До сега не е намерен друг начин да се намалят вредните газове освен да се премине от конвенционални горива към био горива или електрическа енергия. Разбира се тези мерки няма да бъдат ефективни, ако не се въведат нови начини на управление на трафика. Въвеждането на ИТС е стъпка към това управление. Трябва, разбира се, вниманието ни да е насочено и към опазването на здравето и на пешеходеца и другите участници в движението. Подкрепям този доклад и се надявам с него да поставим основа в създаването на една устойчива градска мобилност, която да доведе до по-малко замърсяване, по-малки интервали на пътуване и, разбира се, по-малко смъртни случаи на пътя.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση καθώς προτείνει τρόπους δράσης που θα ωφελήσουν τόσο το περιβάλλον όσο και τους Ευρωπαίους πολίτες και θα βελτιώσουν την δημόσια υγεία και το επίπεδο ζωής, καθώς και την εμφάνιση των πόλεων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A városi közlekedés hosszú távú fejlesztésében elengedhetetlen a fenntarthatóságra és erőforrás-hatékonyságra való törekvés. Közös európai munkával törekedni kell a városi mobilitás fejlődésének fenntarthatóságára, megőrzésére és fejlesztésére, ami viszont magas szintű befektetéseket igényel. Ezen intézkedések pozitív hatással lesznek nemcsak a közlekedésre, hanem a gazdaságra és a munkaerő-piacra is. Természetesen számos más pozitív hatást is előidézhet ezen fejlődés, mint például a CO_2-kibocsátás csökkenése, az életminőség és egészség javulása, az infrastruktúra fejlődése és az innovációk ösztönzése. Szükségesszerű ambiciózus célokat kitűznünk, amelyek elérésében régióinknak és városainknak is együtt kell működniük.

Az eredeti megközelítés túlzottan „zöld” mivolta miatt többszöri átalakításra szorult a jelentés. A módosításoknak köszönhetően azonban sikerült elérni a többségnek is megfelelő és kivitelezhető tervezetet, amelyet személyesen is támogattam szavazatommal.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em breve, 80% dos cidadãos europeus irão viver em cidades. A mobilidade deverá, portanto, promover o acesso de todos, nomeadamente as pessoas com mobilidade reduzida, à escola, ao trabalho, à cultura, às atividades recreativas e aos cuidados de saúde. A dependência do automóvel e o seu corolário, o congestionamento rodoviário, cujo custo para todas as cidades europeias é estimado em 80 mil milhões de euros, torna os habitantes das cidades prisioneiros de uma mobilidade suportada, em vez de escolhida.

Ao passo que determinados setores, como a agricultura e a indústria, reduziram as suas emissões de gases com efeito de estufa, o setor dos transportes revela um aumento de 30% desde 1990. Enquanto as grandes cidades da União Europeia vivem ao ritmo dos picos de poluição, cerca de 400 000 mortes prematuras são causadas anualmente pelas partículas emitidas pelo parque automóvel europeu. Registe-se ainda que 38% das mortes em acidentes rodoviários ocorrem em zonas urbanas.

Para tal, a União Europeia deve fixar objetivos ambiciosos para que os Estados-Membros e as autoridades regionais e locais possam, juntamente, aplicar este novo modelo de mobilidade urbana sustentável dando prioridade aos planos de mobilidade elétrica, aos modos de transporte não poluentes: elétricos, teleféricos, bicicletas e à partilha de transporte automóvel.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, parce qu'il va dans le sens d'une gouvernance écologique supranationale.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório salienta a importância da definição de políticas de mobilidade urbana que sejam sustentáveis, no sentido de não inibirem o desenvolvimento das cidades, regiões e países, ao mesmo tempo que asseguram a redução dos impactos ambientais do sector dos transportes, um melhor planeamento urbano, a melhoria dos índices de saúde e a inclusão social. Objetivos pertinentes.

O impacto dos transportes nas sociedades (especialmente das urbanas, que, em 2050, concentrarão em 85% da população da UE) é significativo. A organização da mobilidade urbana atribui preponderância ao automóvel – 50% dos cidadãos na UE utilizam diariamente automóvel próprio, enquanto apenas 16% utilizam o transporte público e 12% a bicicleta. O sector dos transportes é, assim, o único que não diminuiu as emissões de gases com efeito de estufa.

O relatório enfatiza a promoção dos transportes públicos de qualidade e acessíveis (até como meio de dinamizar as economias urbanas e ajudar a combater a pobreza e exclusão social), a necessidade de promover planos de mobilidade, a utilização de combustíveis alternativos, a melhoria das situações de poluição e do seu impacto na saúde humana (emissão de poluentes atmosféricos e poluição sonora) e a redução da sinistralidade. Defende-se uma abordagem «bottom-up», em contraponto à imposição de orientações pelas instituições europeias.

Não obstante algumas insuficiências, votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as the proposal makes sense to the general public.

Jacqueline Foster (ECR), *in writing***. –** Whilst well intentioned, this report presents a number of serious subsidiarity-based concerns for the UK delegation. In particular, the report deals with issues that are best dealt with at local level, and goes beyond the sharing of best practice in European cities in favour of a detailed and prescriptive list of recommendations, some of which are impractical, whilst others, such as the banning of cars in all European cities by 2050, are simply utopian. In particular, the report seeks to prescribe how Member States should use the revenue gained from road tolls and strays into issues such as the pricing of parking and asking local authorities to include environmental performance requirements as part of all their public procurement procedures.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη βιώσιμη αστική κινητικότητα. Η έκθεση προτείνει τρόπους δράσης που θα ωφελήσουν τόσο το περιβάλλον όσο και τους Ευρωπαίους πολίτες και θα βελτιώσουν τη δημόσια υγεία και το επίπεδο ζωής, καθώς και την εικόνα των πόλεων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Sustainable urban mobility has to be one of our main priorities and a key to boost the social and economic conditions in cities whilst preventing growing inequalities and fighting against climate change. Cities are the drivers of growth and economic activity, generating over 80% of EU GDP, but they are also often unequal places, with extreme divisions and with inadequate attention given to the needs of disabled people, the elderly, and others who are vulnerable. Supporting and promoting walking and cycling in particular should be a high priority.

I support the Sustainable urban mobility plans as an important tool for providing adequate and safe mobility solutions for all citizens (including also persons with reduced mobility), improving quality of life in cities by fostering modal shift towards sustainable modes of transport, and promoting efficient, affordable, safe and accessible public transport as an integral part of sustainable urban development.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A városi közlekedés hosszú távú fejlesztésében elengedhetetlen a fenntarthatóságra és erőforrás-hatékonyságra való törekvés. Közös európai munkával törekedni kell a városi mobilitás fejlődésének fenntarthatóságára, megőrzésére és fejlesztésére, ami viszont magas szintű befektetéseket igényel. Ezen intézkedések pozitív hatással lesznek nemcsak a közlekedésre, hanem a gazdaságra és a munkaerő-piacra is. A módosításoknak köszönhetően sikerült elérni a többségnek is megfelelő és kivitelezhető tervezetet, amelyet személyesen is támogattam szavazatommal.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Véleményem szerint a mobilitás önmagában nem cél, hanem minden polgár számára jognak kellene lennie. Hamarosan az európaiak 80%-a városban fog élni, ezáltal még kiemeltebben kell foglalkoznunk ennek kérdésével.

A tömegközlekedési eszközöket sokan használják és sokaknak létfontosságú, hogy ezek rendjén működjenek és elérhetőek legyenek. Ez vonatkozik a csökkent mobilitású emberekre is.

Éppen ezért az elektromos mobilitási tervekben elsőbbséget kell biztosítani a tiszta közlekedési módoknak: a villamosoknak, a drótkötélpályáknak, a kerékpároknak és a megosztva használt autóknak.

Rendkívül fontos megjegyeznünk, hogy még nem minden tagállam és helyi hatóság rendelkezik fenntartható városi mobilitási tervvel. Támogatom az előadót abban, hogy kéri az Európai Bizottságot, hogy e hiányosságot megszüntetve a városi mobilitás finanszírozását kösse ahhoz a feltételhez, hogy a helyi hatóságok fenntartható városi mobilitási tervet dolgozzanak ki.

Az előadó annak biztosítását kéri a tagállamoktól, hogy városi övezeteikben fenntartható városi mobilitási tervek kerüljenek kidolgozásra és végrehajtásra, és azok épüljenek be szélesebb körű, fenntarható város- és területfejlesztési stratégiába.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que es necesario e imprescindible apoyar la transición hacia modos de transporte más sostenibles. La dependencia del coche y la congestión del tráfico convierten a los ciudadanos en cautivos de una movilidad cada vez más complicada. Es hora de apostar por la protección del clima, la salud y el medioambiente, el bienestar y la seguridad de todos los ciudadanos europeos.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Esta Resolución es la respuesta al apoyo que esta Comisión quiere dar a todas las políticas comunes con impacto en las ciudades, donde vive la mayoría de los europeos. Frente a aquellos que piensan que en el entorno urbano no cabe la acción de la Unión, los socialistas defendemos su pertinencia, y prueba de ello es que conseguimos que el Mecanismo «Conectar Europa» o fondos como el FEIE financien nodos urbanos.

Apoyamos esta Resolución porque compartimos muchas de las propuestas para un transporte urbano más seguro y sostenible, accesible a todos, y en el que el transporte público juegue un rol predominante.

Nos hubiera gustado sin embargo matizar la referencia a los peajes urbanos. Entendemos que este tipo de actuaciones tienen que ir acompañadas de medidas de discriminación favorable para aquellos que han sido expulsados del centro, así como para evitar que acabe siendo el coto exclusivo de las clases pudientes.

Tampoco nos parece acertado el apoyo incondicional a cualquier forma de movilidad de la economía compartida, como Uber, que pone contra las cuerdas a sectores como las cooperativas y los autónomos del sector del taxi que sí cumplen con la legislación en materia social y laboral y ofrecen un servicio público seguro y de calidad.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Esta Resolución es la respuesta al apoyo que esta Comisión quiere dar a todas las políticas comunes con impacto en las ciudades, donde vive la mayoría de los europeos. Frente a aquellos que piensan que en el entorno urbano no cabe la acción de la Unión, los socialistas defendemos su pertinencia, y prueba de ello es que conseguimos que el Mecanismo «Conectar Europa» o fondos como el FEIE financien nodos urbanos.

Apoyamos esta Resolución porque compartimos muchas de las propuestas para un transporte urbano más seguro y sostenible, accesible a todos, y en el que el transporte público juegue un rol predominante.

Nos hubiera gustado sin embargo matizar la referencia a los peajes urbanos. Entendemos que este tipo de actuaciones tienen que ir acompañadas de medidas de discriminación favorable para aquellos que han sido expulsados del centro, así como para evitar que acabe siendo el coto exclusivo de las clases pudientes.

Tampoco nos parece acertado el apoyo incondicional a cualquier forma de movilidad de la economía compartida, como Uber, que pone contra las cuerdas a sectores como las cooperativas y los autónomos del sector del taxi que sí cumplen con la legislación en materia social y laboral y ofrecen un servicio público seguro y de calidad.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione della collega Delli sulla mobilità urbana sostenibile perché ritengo che essa sia oggi una delle maggiori sfide sociali ed ambientali del nostro tempo. L'aumento della popolazione urbana pone di fronte una serie di impegni che attengono non solo alla qualità della vita, ma anche allo sviluppo sostenibile del territorio ed è perciò necessario prevedere per tempo pianificazioni urbane responsabili ed efficaci. In occasione dell'apertura della COP21, i capi di Stato e di governo della maggior parte dei paesi del mondo hanno ribadito l'importanza di agire per salvare il nostro pianeta dalle catastrofi ambientali.

In questa cornice, anche le città possono svolgere un ruolo primario, auspicando una maggiore responsabilità dei cittadini e degli amministratori locali nella revisione delle politiche ambientali territoriali che mirino alla riduzione dell'inquinamento, alla promozione di carburanti alternativi e alla formazione di una cultura ecologista. È fondamentale dunque ripensare ai modelli di sviluppo del territorio partendo innanzitutto dal trasporto pubblico sostenibile che, da un lato, riduce lo smog, l'inquinamento acustico e gli incidenti stradali e, dall'altro, migliora senza dubbio la qualità della vita dei cittadini, soprattutto di coloro che vivono nelle zone più svantaggiate.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht über nachhaltige städtische Mobilität in Europa gestimmt, da ich die Ausrichtung und Schwerpunktsetzung des Papiers für nicht ausreichend und in Teilen falsch halte. Städtische Mobilität ist in der Tat eine große Herausforderung. Viel mehr als hier geschehen, muss sie aber den sozialen Aspekt berücksichtigen: Wie mobil sind Senioren? Was kostet Mobilität unsere Familien? Machen unsere Städte auch Menschen mit Behinderung mobil? Wie funktioniert die Verzahnung städtischer und ländlicher Räume und städtischer Metropolen? Viele dieser Fragen lässt der Bericht unbeantwortet.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Nachhaltige Verkehrsmittel sind gerade im Stadtverkehr wichtig. Sie können einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der EU-Klimaziele leisten. Hierbei braucht es jedoch praxisnahe und vor allem umsetzbare Lösungskonzepte. Ein pauschales Vorgehen gegen den Gebrauch von Personenkraftwagen ist dabei keine Lösung.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on sustainable urban mobility which covers the transport issues faced by people across the EU living in different urban communities. Good public transport has important social and economic benefits, as well as environmental ones, helping people gain access to jobs and get out of poverty.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perchè la congestione delle nostre città incide profondamente sulla qualità della vita dei nostri cittadini. La dilatazione dei tempi di percorrenza, la qualità dell'aria, il tasso di incidenti, sono alcuni degli effetti negativi di una politica della mobilità miope e incentrata esclusivamente sul trasporto con auto personali. La politica di coesione ha un ruolo fondamentale nella definizione delle scelte delle amministrazioni locali in tema di mobilità. I PON e POR devo assolutamente rispondere alla necessità di una mobilità efficiente e sostenibile delle città. In tema di *smart cities* la mobilità è uno dei settori che promette un cambiamento radicale. Le alternative sono diverse, le parole chiave devono essere servizi pubblici e sharing.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe Delli, después de un largo proceso de conciliación entre los diferentes grupos, ha resultado aceptable para todos a la hora de proponer una serie medidas para hacer frente, entre otros, al problema de la contaminación derivado del transporte propulsado por combustibles fósiles. Si bien ha perdido cierta definición a la hora de cuantificar objetivos relacionados con el uso de medios públicos o alternativos, propone numerosas medidas, integradas y coordinadas a diferentes niveles administrativos, orientadas a proteger el clima, la salud y el medio ambiente, así como a favorecer el bienestar y la seguridad. El objetivo es promover ciudades inteligentes y sostenibles. Por ello hemos votado a favor del informe.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam przeciw sprawozdaniu o zrównoważonym transporcie miejskim, gdyż zawiera on liczne nieścisłości i braki w omówieniu kwestii ważnych dla wprowadzenia zrównoważonego transportu w państwach członkowskich UE. Promowanie zrównoważonego transportu jest istotne, w szczególności dla aglomeracji miejskich. Rozwój zrównoważonej mobilności może znacząco wpłynąć na poprawę stanu środowiska naturalnego, jakości życia i zdrowia mieszkańców miast Unii Europejskiej, czy też przyczynić się do ochrony klimatu. Inicjatywy takie godne

są uwagi i wsparcia, jednak przy ich opracowaniu należy zwracać szczególną uwagę na dysproporcje w innowacyjności gospodarek państw członkowskich UE.

W przypadku tego konkretnego raportu wiele kluczowych kwestii pozostawiono bez odpowiedzi lub wprost pominięto. Jako poseł do Parlamentu Europejskiego nie mogłam zatem poprzeć z głosowaniu niepełnego raportu, którego skutki prawne, społeczne i gospodarcze w odniesieniu do państw członkowskich nie zostały w pełni przeanalizowane.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Înțeleg importanta mobilității urbane, de aceea am votat pe ansamblu raportul.

Este nevoie de strategii durabile care necesită investiții. Trebuie să se treacă la digitalizarea transportului și este nevoie de decarbonizarea acestuia, dar prin investiții și nu prin interzicerea unui anumit tip de combustibil.

De aceea nu am votat amendamentul prin care se solicită încetarea subvenționării combustibilului fosil. Amendamentul nu a trecut. Cred că trebuie să ne stabilim ținte pe care fiecare stat membru le poate îndeplini prin investiții. Din acest motiv, nu am votat amendamentul 32 partea 3.

Reducerea emisiilor este necesară pentru îmbunătățirea vieții, dar trebuie să ne stabilim gradual ținte care să poată fi susținute de investiții fără a afecta locurile de muncă.

Karoline Graswander-Hainz (S&D), *schriftlich*. – Die SPÖ-Delegation hat bei der Abstimmung über den Initiativbericht zur nachhaltigen städtischen Mobilität gegen Änderungsantrag 1 gestimmt, da wir der Auffassung sind, dass Diesel als wichtiger Brückenkraftstoff dienen kann, bis es eine echte Alternative zu fossilen Brennstoffen gibt. Die steuerliche Begünstigung von Diesel gegenüber Benzin ist daher durchaus gerechtfertigt, v. a. auch weil Diesel weniger CO_2-Ausstoß verursacht. Gleichzeitig ist uns aber natürlich die Förderung alternativer Kraftstoffe ein großes Anliegen. Langfristig muss es unser Ziel sein, fossile Brennstoffe vollständig durch alternative Kraftstoffe zu ersetzen.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Esta Resolución es la respuesta al apoyo que esta Comisión quiere dar a todas las políticas comunes con impacto en las ciudades, donde vive la mayoría de los europeos. Frente a aquellos que piensan que en el entorno urbano no cabe la acción de la Unión, los socialistas defendemos su pertinencia, y prueba de ello es que conseguimos que el Mecanismo «Conectar Europa» o fondos como el FEIE financien nodos urbanos.

Apoyamos esta Resolución porque compartimos muchas de las propuestas para un transporte urbano más seguro y sostenible, accesible a todos, y en el que el transporte público juegue un rol predominante.

Nos hubiera gustado sin embargo matizar la referencia a los peajes urbanos. Entendemos que este tipo de actuaciones tienen que ir acompañadas de medidas de discriminación favorable para aquellos que han sido expulsados del centro, así como para evitar que acabe siendo el coto exclusivo de las clases pudientes.

Tampoco nos parece acertado el apoyo incondicional a cualquier forma de movilidad de la economía compartida, como Uber, que pone contra las cuerdas a sectores como las cooperativas y los autónomos del sector del taxi que sí cumplen con la legislación en materia social y laboral y ofrecen un servicio público seguro y de calidad.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – My vote was decided by the fact that mobility can provide a vital boost for our economy and if we are to deliver economic growth. With this in mind, we want to promote inter-modality and co-modality in a way that can deliver more sustainable and efficient urban transport modes. We should also encourage cooperation, sharing of best practices and integration of innovation and digitalisation into forthcoming mobility planning.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A városi közlekedés hosszú távú fejlesztésében elengedhetetlen a fenntarthatóságra és erőforrás-hatékonyságra való törekvés. A közös európai munkával megvalósított városi mobilitásfejlesztés beruházásigénye rendkívül magas. Ezért ezen intézkedések pozitív hatással lesznek nemcsak a közlekedésre, hanem a gazdaságra és a munkaerőpiacra is. Természetesen számos más pozitív hatást is előidézhetnek ezek a fejlesztések, így például a CO_2-kibocsátás csökkenése, az életminőség javulása, az infrastruktúra fejlődése és az innovációk ösztönzése. Szükségesszerű ambiciózus célokat kitűznünk, amelyek elérésében régióinknak és városainknak is együtt kell működniük.

Az eredeti megközelítés túlzottan „zöld" szemlélete miatt többszöri átalakításra szorult a jelentés. A módosításoknak köszönhetően azonban sikerült elérni a többség számára is elfogadható és kivitelezhető tervezetet.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report because mobility should be a right for all citizens. Mobility will assist in making access to school, work, culture and health easier for all. The transformation to more sustainable modes of transport is very important looking into the future. The majority of our mobility is based on cars which bring negative consequences such as road traffic congestion at a very high cost for European citizens, roughly EUR 80 billion. This report will aim to redirect urban mobility towards more sustainable modes of transport with the goal of facing up to the challenges of our century, mainly protecting the climate, health and environment as well as the well-being and security of citizens.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This report focused on promoting new sustainable transport modes in cities, with a focus on environmental aspects, a prioritisation of cyclists and pedestrians, and a better use of European funds and sustainable urban mobility plans. The key issue of the draft report for the ECR was a set of paragraphs undermining the subsidiarity principle of Member States. Furthermore our shadow rapporteur was keen to reduce any excessive promotion of electric vehicles by respecting a technology neutral approach. A strong opposition block was formed by the PPE, the ECR and ALDE during the negotiations. We decided to abstain. By the way, I believe that the euro must be abolished, because it leads to dissension and discord in Europe.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A városi közlekedés hosszú távú fejlesztésében elengedhetetlen a fenntarthatóságra és erőforrás-hatékonyságra való törekvés. Közös európai munkával törekedni kell a városi mobilitás fejlődésének fenntarthatóságára, megőrzésére és fejlesztésére. Ehhez magas szintű befektetésekre van szükség. Ez pozitív hatással lesz nemcsak a közlekedésre, hanem a gazdaságra és a munkaerő-piacra is. Ezen túl számos más pozitív hatást is előidézhet a fejlődés, mint például a CO_2-kibocsátás csökkenése, az életminőség és egészség javulása, az infrastruktúra fejlődése és az innovációk ösztönzése.

Szükségesszerű ambiciózus célokat kitűznünk, amelyek elérésében régióinknak és városainknak is együtt kell működniük. A fentiekre való tekintettel szavazatommal támogattam a jelentést.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I fully agree with the view that land planning is crucial to creating long-term, efficient and safe transportation networks that will have a strong impact on traffic volumes. Safety is essential to the development of any sustainable urban projects. Furthermore, all stakeholders, especially EU citizens, must be consulted and informed in order to ensure transparent planning, development and decision-making of urban development strategies. Thus, I would like to call upon the Member States to construct sustainable urban mobility plans.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o održivoj gradskoj mobilnosti jer smatram da su dosadašnje poduzete mjere EU-a po tom pitanju bile vrlo uspješne i pozitivne, stoga se s njima treba i nastaviti. Veliki gradovi i urbani centri svakodnevno se suočavaju s društvenim izazovima, izazovima kvalitete života i održivog razvoja, među kojima gradska mobilnost i promet imaju značajnu ulogu. Ovaj Izvještaj teži ka unapređenju zaštite okoliša, kvalitete života i zdravlja, a ujedno je usmjeren na mnoge zanimljive inovacije koje pametno pristupaju gradskoj mobilnosti.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte part de bonnes intentions (lutte contre les pollutions urbaines). Toutefois, on peut se demander si les institutions européennes sont les mieux placées pour remédier aux problèmes énoncés. Il en va du principe de subsidiarité: tout ce qui n'est pas de la compétence exclusive de l'Union ne peut lui revenir que si ses institutions sont mieux placées pour connaître d'un dossier. Or, ce sont les municipalités qui sont plus à même d'aborder ces problèmes.

Le but non avoué de ce genre de texte est d'ouvrir la voie à une gouvernance écologique supranationale. La Commission veut accroître ses prérogatives et imposer des mesures inconséquentes qui pèseront sur les ménages modestes qui n'ont pas les moyens pour, notamment, se payer un véhicule aux dernières normes en vigueur. En outre se profile l'obligation pour les municipalités d'instaurer des limites de vitesse à 30 km/h en ville, de même que la circulation alternée.

Mes collègues du Front national ont demandé en commission à ce que le principe de subsidiarité soit pleinement respecté et ont rappelé que l'amélioration de la fluidité de la circulation passe par le sauvetage des petits commerces de centre-ville et le retour à des circuits courts.

J'ai voté contre la résolution.

Diane James (EFDD), *in writing***. –** The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Zaprezentowany przez Komisję Europejską komunikat oraz omawiane sprawozdanie skupiają się na kwestiach ekologicznych i bezpieczeństwa. Są to niewątpliwie ważne problemy, dlatego też w głosowaniu poparłam sprawozdanie. W moim odczuciu w tych dokumentach zabrakło jednak odniesienia do wpływu, jaki zrównoważony i dobrze zorganizowany transport publiczny ma na poprawę sytuacji na rynku pracy. Nie możemy zapominać, iż dla bardzo wielu osób transport publiczny jest jedynym środkiem komunikacji umożliwiającym dotarcie do miejsca pracy. W związku z tym skuteczność podejmowanych działań mających przeciwdziałać ubóstwu i wykluczeniu społecznemu zdeterminowana jest rozwojem transportu publicznego w ośrodkach miejskich oraz strefach podmiejskich.

Bardzo często okazuje się, iż barierą utrudniającą wyjście z bezrobocia są koszty dojazdu do miejsca pracy lub też czas, który trzeba na to poświęcić. Problemem jest to, iż często nie dostrzega się wspomnianych zależności, zarówno na poziomie lokalnym, jak i na poziomie unijnym. Jeżeli chcemy osiągnąć cele strategii „Europa 2020" dotyczące zwiększenia poziomu zatrudnienia i redukcji wykluczenia społecznego, to musimy w większym stopniu skupić się na rozwoju efektywnego i zrównoważonego transportu publicznego. Jest to o tyle istotne, iż prognozy pokazują, że w niedługim czasie ponad 80% Europejczyków będzie mieszkało w strefach miejskich, a co za tym idzie – istniejące już dzisiaj problemy będą się z czasem nasilały.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Karima Delli sur la mobilité urbaine durable. J'estime en effet qu'un équilibre doit être trouvé entre les impacts sociaux, environnementaux et économiques des transports ainsi qu'entre la satisfaction des besoins des générations actuelles et ceux des générations futures. Si l'approche initiale de la rapporteure n'était pas acceptable en raison de propositions parfois irréalistes et démagogiques, les négociateurs du PPE sont parvenus à dégager des compromis équilibrés. Ce texte a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Karin Kadenbach (S&D), *schriftlich*. – Die SPÖ-Delegation hat bei der Abstimmung über den Initiativbericht zur nachhaltigen städtischen Mobilität gegen Änderungsantrag 1 gestimmt, da wir der Auffassung sind, dass Diesel als wichtiger Brückenkraftstoff dienen kann, bis es eine echte Alternative zu fossilen Brennstoffen gibt. Die steuerliche Begünstigung von Diesel gegenüber Benzin ist daher durchaus gerechtfertigt, v.a. auch weil Diesel weniger CO_2-Ausstoß verursacht. Gleichzeitig ist uns aber natürlich die Förderung alternativer Kraftstoffe ein großes Anliegen. Langfristig muss es unser Ziel sein, fossile Brennstoffe vollständig durch alternative Kraftstoffe zu ersetzen.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu dem vorliegenden Bericht. Zwar enthält der Bericht positive Aspekte in seinem Bestreben, ein neues Verkehrskonzept für europäische Großstädte einzuführen, wonach auch die Förderung des Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs und der Einsatz alternativer Kfz-Antriebe gefördert werden sollen, andererseits finden sich im Bericht auch Vorschläge, welche als unrealistisch einzustufen sind bzw. Autofahrer überproportional diskriminieren würden.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A városi közlekedés hosszú távú fejlesztésében elengedhetetlen a fenntarthatóságra és erőforrás-hatékonyságra való törekvés. Közös európai munkával törekedni kell a városi mobilitás fejlődésének fenntarthatóságára, megőrzésére és fejlesztésére, ami viszont magas szintű befektetéseket igényel. Ezen intézkedések pozitív hatással lesznek nemcsak a közlekedésre, hanem a gazdaságra és a munkaerő-piacra is. Természetesen számos más pozitív hatást is előidézhet ezen fejlődés, mint például a CO_2-kibocsátás csökkenése, az életminőség és egészség javulása, az infrastruktúra fejlődése és az innovációk ösztönzése. Szükségesszerű ambiciózus célokat kitűznünk, amelyek elérésében régióinknak és városainknak is együtt kell működniük.

Az eredeti megközelítés túlzottan „zöld" mivolta miatt többszöri átalakításra szorult a jelentés. A módosításoknak köszönhetően azonban sikerült elérni a többségnek is megfelelő és kivitelezhető tervezetet, amelyet személyesen is támogattam szavazatommal.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report deals with the goal of facing up to the current environmental challenges by reducing urban mobility towards more sustainable modes of transport. The climate, health conditions, the road user's life and social cohesion demand urgent action. Even if there are considerable improvements in this matter, urban mobility is still experienced as a constraint arising from over-reliance on private cars powered by traditional fuels. By rethinking the way in which we conceive urban mobility and by shifting to more sustainable modes of transport, we can deal more effectively with these challenges. This is the reason why I voted in favour.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto***. –** La presente relazione mira a riorientare la mobilità urbana verso modi di trasporto sostenibili, al fine di ridurre le emissioni di gas a effetto serra. Ovviamente non posso che concordare con tale obiettivo. Siamo, infatti, alla vigilia della COP21 ed è imperativo dare un forte segnale, dimostrando che l'Europa sta facendo, e farà in futuro, tutto il possibile per promuovere il benessere e la sicurezza dei suoi cittadini. Abbiamo bisogno, ora più che mai, di cambiare le nostre abitudini e la progettazione graduale di modalità di trasporto più «verdi» rappresenta un altro passo in avanti nella giusta direzione.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car j'estime que l'amélioration de la fluidité de la circulation urbaine devrait continuer à relever de la compétence des communes et des établissements publics de coopération intercommunale. L'Union se mêle vraiment de tout, le principe de subsidiarité n'a plus aucune réalité!

Javi López (S&D), *por escrito*. – Esta Resolución es la respuesta al apoyo que esta Comisión quiere dar a todas las políticas comunes con impacto en las ciudades, donde vive la mayoría de los europeos. Frente a aquellos que piensan que en el entorno urbano no cabe la acción de la Unión, los socialistas defendemos su pertinencia, y prueba de ello es que conseguimos que el Mecanismo «Conectar Europa» o fondos como el FEIE financien nodos urbanos.

Apoyamos esta Resolución porque compartimos muchas de las propuestas para un transporte urbano más seguro y sostenible, accesible a todos, y en el que el transporte público juegue un rol predominante.

Nos hubiera gustado sin embargo matizar la referencia a los peajes urbanos. Entendemos que este tipo de actuaciones tienen que ir acompañadas de medidas de discriminación favorable para aquellos que han sido expulsados del centro, así como para evitar que acabe siendo el coto exclusivo de las clases pudientes.

Tampoco nos parece acertado el apoyo incondicional a cualquier forma de movilidad de la economía compartida que pone contra las cuerdas a sectores como las cooperativas y los autónomos de otros sectores que cumplen con la legislación en materia social y laboral y ofrecen un servicio público seguro y de calidad.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La mejora de la movilidad urbana es un paso imprescindible para la reducción de las emisiones globales, así como para la mejora de la calidad del aire y la seguridad del tráfico en las ciudades europeas. Aunque la propuesta final del informe es poco ambiciosa y contiene elementos contradictorios, como la ausencia de una crítica a la desregulación implícita en la economía «colaborativa» o un cierto voluntarismo al abordar la transición energética, creemos que el apoyo dado a la planificación en el transporte, su integración intermodal y la mejora de su eficiencia justifican el voto al favor.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam prijedloge iznesene u Izvješću zastupnice Karime Delli. Održivi urbani promet zahtijeva investicije u infrastrukturu koja će služiti općem interesu, što znači da može pomoći u postizanju ciljeva učinkovitosti resursa EU-a. Ovo Izvješće za cilj ima preusmjeriti urbanu mobilnost prema održivim načinima prijevoza u cilju suočavanja s izazovima današnjice. Također, podržavam poziv Komisiji da izdvoji 20 posto sredstava Europske unije za projekte održanja urbane mobilnosti.

Države članice trenutno se nose s ruševnom i skupom infrastrukturom. Izvjestiteljica predlaže da 50 posto prihoda Eurovignette bude uloženo u svrhu poboljšavanja urbane mobilnost i da se 75 posto urbanih cestarina koristi za razvoj i održavanje urbane prometne infrastrukture.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – Днес Европейският парламент прие резолюция, с която призовава държавите членки и Комисията да насърчат устойчивата градска мобилност. Подходът цели преминаването към транспортни системи с ефективно използване на ресурси, както и значителното намаляване на замърсяването и задръстванията в градовете. Тенденцията към увеличение на градското население няма да се промени в близко бъдеще. Това налага нуждата от водене на конкретни политики за градска мобилност и работа едновременно за осигуряването на достатъчно места за паркиране и достъпен, бърз и екологосъобразен обществен транспорт. Проектите за градска мобилност обикновено са големи и скъпи начинания. Ето защо съфинансирането от страна на Европейския съюз е ключово.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Podiel obyvateľstva, ktoré žije v mestách, rastie. Vzniká preto potreba nutne riešiť otázky spojené s mobilitou v mestách. Zhoršujúce sa životné prostredie a prirodzená požiadavka bezpečnosti si vyžadujú zamerať sa na podporu hromadnej, ekologickej dopravy, s dôrazom na elektrickú mobilitu. Riešenie týchto problémov si vyžaduje dôkladné, perspektívne územné a dopravné plánovanie miest a zvyšovanie podpory integrovanej dopravy.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη βιώσιμη αστική κινητικότητα, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 2/12/2015, καθώς και διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Ce texte va totalement à l'encontre du principe de subsidiarité et augmente de façon intolérable les prérogatives de la Commission européenne. N'en déplaise à Bruxelles, l'Union n'est pas la mieux placée pour lutter contre la pollution et le bruit dans les centres-villes. Pire, les mesures inappropriées qu'elle suggère affecteront les ménages modestes qui n'ont les ressources ni pour se payer une voiture répondant aux dernières normes en vigueur, ni pour s'acheter un logement près de leur lieu de travail.

Comme souvent, l'Union travaille hors de ses compétences, en s'attaquant aux mauvaises personnes, avec de mauvaises méthodes.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá udržitelnou městskou mobilitou. Městská doprava je zdrojem až 25 % veškerých emisí CO_2 a jde o odvětví, v němž emise skleníkových plynů neustále narůstají. Také je třeba si uvědomit, že podle zvláštního průzkumu Eurobarometr 406 z roku 2013 pouze 16 % evropských občanů používá veřejnou dopravu, zatímco 50 % z nich denně používá automobil. Životní prostředí ve městech se tak neustále zhoršuje, což má neblahý vliv na lidské zdraví, a to jsem se ještě nezmínil o množství dopravních nehod ohrožujících zejména nechráněné účastníky silničního provozu a o hluku, který s dopravou také souvisí. Zpráva podporuje vybudování cyklostezek stejně jako vyšší podporu určenou železniční přepravě a volá po nutnosti snižování emisí skleníkových plynů. Ruku v ruce s tím musí jít i řádná koordinace mobility a územního plánování. Zprávu jsem při konečném hlasování podpořil.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Creo muy positiva la aprobación por este Pleno de la propuesta de Resolución sobre movilidad urbana sostenible, uno de cuyos principales objetivos es devolver el espacio y la infraestructura a todos los ciudadanos y mejorar la accesibilidad. Me congratulo, además, de que esta resolución coincida en el tiempo con la aprobación por parte de la Comisión del Acta Europea de la Accesibilidad. Debemos conseguir que mejore el medio ambiente y la calidad de vida y salud en nuestras ciudades y tomar medidas para proteger el clima, como se está debatiendo en París, así como para ahorrar energía. Y tenemos que conseguir, en fin, una movilidad urbana más sostenible, protegida y segura.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Η αστική κινητικότητα έχει αυξηθεί ραγδαία τα τελευταία χρόνια και δυστυχώς αυτός ο ρυθμός προβλέπεται να συνεχιστεί, φθάνοντας στο 82% του πληθυσμού να διαμένει στα αστικά κέντρα μέχρι το 2050. Το γεγονός αυτό δημιουργεί τεράστια προβλήματα στους δρόμους εξαιτίας και της χρησιμοποίησης ιδιωτικού αυτοκινήτου από την πλειονότητα των πολιτών. Το πρόβλημα είναι ιδιαίτερα εμφανές στην Κύπρο όπου τα δημόσια μέσα μεταφοράς χρησιμοποιούνται από πολύ μικρό αριθμό πολιτών, κυρίως αλλοδαπούς, ενώ η συντριπτική πλειοψηφία χρησιμοποιεί τα ιδιωτικά αυτοκίνητα δημιουργώντας σοβαρή αυτοκινητική συμφόρηση και ρύπανση της ατμόσφαιρας.

Έχοντας πλήρη επίγνωση των επιπτώσεων της υπερβολικής χρήσης ιδιωτικών αυτοκινήτων σε θέματα υγείας, ασφάλειας και προστασίας του περιβάλλοντος, ψηφίζω υπέρ της έκθεσης που αφορά στη βιώσιμη αστική κινητικότητα με την ελπίδα να παρθούν μέτρα για την αντιμετώπιση του συγκεκριμένου κοινωνικού αλλά και οικονομικού προβλήματος. Κάποια από αυτά τα μέτρα, όπως πολύ σωστά αναφέρει η ίδια η έκθεση, είναι η χρησιμοποίηση εναλλακτικών πηγών ενέργειας αποφεύγοντας την χρήση ορυκτών καυσίμων, αλλά και η παροχή κινήτρων προς τους πολίτες για χρησιμοποίηση δημοσίων μέσων μεταφοράς όπως τα λεωφορεία, έτσι ώστε να αντιμετωπιστούν οι αρνητικές συνέπειες που ανάφερα πιο πάνω. Η μείωση του κόστους μεταφοράς αποτελεί καλό παράδειγμα προς αυτή την κατεύθυνση.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Prinzipiell enthält der Bericht einige Punkte, welche zu begrüßen sind. Ein neues (nachhaltiges) Verkehrskonzept für europäische Großstädte wird dringend benötigt. Die Berichterstatterin liefert hierzu teilweise gute Vorschläge (Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, Förderung von alternativen Antrieben bei Fahrzeugen u. ä.); jedoch enthält der Bericht auch einige Punkte, welche Autofahrer diskriminieren oder schlicht unrealistisch sind. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Près de 82 % des citoyens de l'Union vivront dans des zones urbaines d'ici à 2050. Or, le transport urbain représente 25 % de l'ensemble des émissions de CO_2, et il est le seul secteur dont les émissions de gaz à effet de serre sont en augmentation constante depuis 1990.

Le rapport vise à inverser cette tendance. Pour ce faire, il propose de s'appuyer sur «l'aménagement du territoire», mais sans remettre en cause l'étalement urbain. Il cite pêle-mêle les modes de transport «à faibles émissions» à valoriser – traction électrique ou carburants de substitution – mais sans fixer d'objectif à atteindre. Vient ensuite une énumération de mesures anecdotiques pour «favoriser la mise à disposition de services numériques dans les transports en commun et dans les gares» tout en «tenant également compte des besoins linguistiques des touristes». Tout ceci sans condamner l'usage des énergies fossiles, qui sont pourtant directement mises en cause dans les 400 000 décès prématurés liés aux particules fines.

En bref, il s'agit d'un texte vague, certainement pétri de bonnes intentions, mais totalement inopérant en la matière. Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Les objectifs de lutte contre la pollution, le bruit dans les centres-villes ou la réduction des embouteillages sont louables, mais les moyens proposés par ce rapport («agendas d'actions», «Observatoire de la mobilité urbaine», concept de «ville partageable», «stratégies de croissance verte») apparaissent inadaptés. En outre, les institutions européennes ne semblent pas l'échelon le plus apte à répondre à ces problématiques concrètes auxquelles sont confrontées les municipalités. Ainsi, au vu des mesures inappropriées soutenues par la Commission et du non-respect du principe de subsidiarité, je vote contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à proposta sobre mobilidade urbana sustentável. A mobilidade é um direito de todos os cidadãos. Se pensarmos que, num futuro próximo, cerca de 80% dos cidadãos europeus irão viver em cidades, é extremamente importante que exista uma reorientação da mobilidade urbana, especialmente no se refere a modos de transporte mais sustentáveis.

A proteção do clima, da saúde, do ambiente, o bem-estar e a segurança são desafios do século XXI que a UE deve assegurar. O aquecimento climático exige uma inversão de comportamentos. Cabe à UE dar um sinal claro que o combate a este fenómeno não seja pura retórica. Os objetivos em termos de emissões até 2030 têm de ser para cumprir.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as it suggests strategies for sustainable urban development in terms of transport infrastructure.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk***. –** Door de toenemende verstedelijking woont binnenkort 82 procent van de EU-burgers in een stedelijke omgeving. Samen staan die inwoners borg voor bijna 85 procent van het Europese bbp. Steden zijn belangrijke motoren van innovatie en economische groei en in de stad treffen we nog steeds de beste mogelijkheden aan voor werk, onderwijs, culturele activiteiten en horeca. Maar de toenemende mobiliteitsdruk en de vaststelling dat het stedelijk vervoer verantwoordelijk is voor 25 procent van de uitstoot van CO_2, dreigt de vitaliteit van de stad aan te tasten. Om de dynamiek van de steden te behouden en te ondersteunen zijn nieuwe en duurzame modellen van stedelijke mobiliteit noodzakelijk.

Nieuwe vervoersplannen voor de stad zullen dan ook in de eerste plaats gebruik maken van koolstofarme vervoersmodi die aansluiten op een stedelijk raster van slimme verkeersknooppunten die het snel en eenvoudig overstappen van de ene vervoersmodus naar de andere mogelijk maken. Bij het opstellen van duurzame vervoersplannen moet steeds gezocht worden naar een goed evenwicht tussen de ecologische en sociale gevolgen van een mobiliteitsplan en de behoeften van de bewoners en bezoekers van de stad, dit alles zonder de economische motor van de stad te doen sputteren.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Trend urbanizácie a potreby zvýšenia mobility v mestách, v ktorých žije až 70 percent európskej populácie a ktoré vytvárajú približne 85 percent HDP, je nezvratný a vyžaduje si zvýšenú pozornosť odbornej i laickej verejnosti. Cieľom správy je nájsť nové možnosti zjednodušenia a urýchlenia mestskej mobility a posun smerom k menej znečisťujúcim a viac udržateľným spôsobom dopravy najmä za účelom ochrany ľudského zdravia, životného prostredia a klímy, pričom je potrebné hľadať racionálnu rovnováhu medzi sociálnymi, environmentálnymi a hospodárskymi aspektmi. Domnievam sa, že je v našom záujme a záujme budúcnosti našich detí stanoviť si ambiciózne ciele a vyčleniť primerané prostriedky z európskych fondov na projekty udržateľnej mestskej mobility.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Sustainable urban mobility is a key to boost the social and economic conditions in cities whilst preventing growing inequalities and to fight against climate change. Cities are the drivers of growth and economic activity, generating over 80% of EU GDP, but they are also often unequal places, with extreme divisions and with inadequate attention given to the needs of disabled people, the elderly and others who are vulnerable. Therefore, I fully support the report which in my opinion provides valuable recommendations for the improvement of future sustainable urban areas.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság a fenntartható városi mobilitásról szóló állásfoglalásra tett javaslatot az Európai Parlamentnek. Jelentésében a bizottság rámutat, hogy az európaiak 80%-a hamarosan városban fog élni.

Miközben pedig a mobilitásnak minden polgár számára jognak kellene lennie, a hagyományos üzemanyaggal működő gépkocsik túlzott használata és az ezzel együtt járó közúti torlódás ezt a jogot korlátozza. A világban megtett kilométerek 43%-a, az európai utazásoknak pedig háromnegyede esetében a mobilitás fő eszköze a gépkocsi; a közúti torlódások európai városokban okozott éves többletköltsége összességében mintegy 80 milliárd euróra becsülhető.

Ugyanakkor a városi övezeten belüli utazások 50%-ának hossza nem haladja meg az 5 kilométert, vagyis gyalog, kerékpáron vagy tömegközlekedési eszközökkel is könnyen megtehető volna. A jelentés célja éppen ezért a városi mobilitást fenntartható közlekedési módok felé terelni. A javaslatot megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit***.** – Ce rapport présente des moyens de lutte contre la pollution et le bruit dans les centres-villes, ainsi que des solutions pour réduire les embouteillages.

Nous sommes d'accord que la résolution de ces problèmes constitue une priorité dans le développement des zones urbaines. Toutefois, nous estimons que les institutions européennes n'ont pas les compétences pour répondre à ces problèmes, tout d'abord par respect du principe de subsidiarité, et surtout parce que l'objectif évident de ce texte est la gouvernance écologique supranationale.

La Commission se verrait investie de nouveaux pouvoirs et pourrait ainsi imposer des mesures technocratiques qui, une fois de plus, ne feraient qu'impacter les classes moyennes, déjà éprouvées par la crise et l'austérité.

Notre position pour fluidifier la circulation des centres-villes est d'abord de préserver les petits commerces et de recréer des circuits courts en cohérence avec les spécificités culturelles et locales.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilité urbaine durable. Ce texte recommande que l'Union européenne contribue, dans le respect du principe de subsidiarité, à élaborer une approche intégrée et à long terme de la mobilité urbaine dont l'objectif est de réduire la pollution, les engorgements et les accidents de la route en ville. Il s'agit de mettre en place une meilleure coordination entre l'Union européenne, en charge de la politique urbaine commune, et les collectivités locales et régionales, compétentes pour la gestion des transports urbains. Ce rapport rappelle que, selon les estimations, près de 82 % des citoyens de l'Union vivront dans des zones urbaines d'ici à 2050. Cette forte croissance urbaine implique de veiller à la planification de transports efficaces en vue d'améliorer la qualité de vie des citoyens européens.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerando che il 75% degli europei vive nei centri urbani e che il fenomeno è in aumento, accolgo con favore la proposta mirante al miglioramento della qualità della vita cittadina. L'ottimizzazione delle reti di trasporto urbano, con particolare attenzione alla mobilità sostenibile, influirebbe positivamente sulle problematiche sociali e ambientali che affliggono i centri europei. L'accessibilità dei trasporti, soprattutto per le fasce più vulnerabili come diversamente abili, anziani e famiglie a basso reddito, costituisce un mezzo fondamentale d'inclusione sociale. Infatti, i centri urbani, responsabili dell'80% del PIL europeo, sono, troppo spesso, caratterizzati da alti livelli di disuguaglianza e mancata integrazione sociale. Le fasce sociali più deboli sono, inoltre, quelle maggiormente esposte ai rischi dell'inquinamento atmosferico, che, ogni anno, miete più di quattrocentomila vittime. La mobilità urbana, caratterizzata da una preponderanza di mezzi diesel e gravata da un massiccio utilizzo di automobili private, è responsabile del 25% delle emissioni complessive e del 70% di quelle emanate nelle città. La relazione è, quindi, coerente con la posizione assunta dall'Unione europea in campo internazionale e, in particolare, ne rafforza il ruolo alla conferenza di Parigi. Inoltre, supporto con convinzione l'invito rivolto alla Commissione europea a prendere atto e catalizzare la realtà del consumo collaborativo.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La relazione dell'on.Delli propone alla Commissione di avviare al più presto l'elaborazione di un pacchetto legislativo su «trasporti e clima» che coinvolga tutte le parti interessate in modo da fissare obiettivi vincolanti di riduzione delle emissioni di gas nel settore dei trasporti. Alcuni degli obiettivi presenti nel testo riguardano il divieto del diesel nel 2020, la graduale riduzione delle auto a benzina nel 2030 e la loro eliminazione a partire dal 2050. Ritengo che l'Unione europea debba prefiggersi obiettivi ambiziosi affinché gli Stati membri e le autorità regionali e locali riescano congiuntamente ad impegnarsi nella riduzione dell'inquinamento e ad attuare un nuovo modello di mobilità urbana sostenibile. Per questo ho votato a favore di questa relazione.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm a jelentést, mivel biztos vagyok benne, hogy a környezetbarát közlekedési formák a jelenleginél is nagyobb támogatást igénylenek. Az elmúlt 25 évben 30%-al növekedett az üvegházhatású gázok kibocsátása a közlekedési ágazatban, ez egy olyan növekvő tendencia, amit uniós szinten kell kezelnünk. Elő kell mozdítanunk a környezetbarát tömegközlekedési formák minél nagyobb térnyerését, egyúttal pedig ösztönözni kell a városainkban közlekedőket, hogy minél nagyobb arányban vegyék igénybe a tömegközlekedést. Emellett tennünk kell azért is, hogy a városi közúti közlekedésben használt gépjárművek meghajtásában a nem belső égésű motorokon alapuló technológiák minél nagyobb teret nyerjenek. Ezek a környezetkímélő megoldások a pozitív környezeti hatásokon túl hosszú távon nagyban hozzájárulhatnak az EU külső energiafüggőségének csökkenéséhez.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Urban mobility is often experienced as a constraint arising from over-reliance on private cars powered by traditional fuels. I voted for this report that calls for a faster shift to more sustainable modes of transport taking into consideration that today the mobility of EU citizens is still essentially based on cars.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o městské mobilitě mimo jiné i proto, že je podle mého názoru třeba hledat cesty k udržitelným způsobům dopravy a vytvářet podmínky pro vyšší užívání alternativních dopravních prostředků a méně znečišťujících vozidel s přihlédnutím k jejich skutečné uhlíkové stopě. Jsem také příznivcem rozvoje nemotorizované dopravy ve městech, vytváření lepších podmínek pro chodce a cyklisty a iniciativ, jako je Evropský týden mobility. Znečištěné ovzduší ve městech přináší nemalá zdravotní rizika pro jejich obyvatele a v konečném důsledku snižuje kvalitu života ve městech.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten. Die Berichterstatterin fordert, die Anzahl der im öffentlichen Verkehr eingesetzten Fahrzeuge mit konventionellem Antrieb (Benzin- oder Dieselmotoren) bis 2030 zu halbieren und sie bis 2050 stufenweise aus den Städten zu verbannen. Dabei werden die Städte stark in ihrer Souveränität beschnitten, zudem werden keine Alternativen genannt. Jedoch enthält der Bericht auch sehr gute Ansätze, wie zum Beispiel die Förderung des öffentlichen Personalverkehrs oder die Förderung von alternativen Antrieben bei Fahrzeugen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit***. –** J'ai voté en faveur de ce rapport, qui appelle à la mise en place d'une feuille de route européenne pour la transition énergétique des transports publics urbains. Étant donné que 80 % des Européens seront citadins en 2050, il convient de développer d'autres solutions que le «tout routier», en veillant à ce que ces solutions soient durables et respectueuses de l'environnement. À cette fin, la rapporteure propose une série d'objectifs, dont la promotion d'initiatives durables comme le covoiturage, le report modal de la route vers les voies fluviales ou ferroviaires pour le transport des marchandises ou encore la suppression des subventions au diesel.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Olukorras, kus peaaegu pool linnatranspordist toimub autodega, on ummikud igapäevane nähtus, mis omakorda saastab keskkonda, piirab liikumist ja ajab inimesi närvi, ning seepärast tehakse ettepanekuid linnaliikuvus ümber suunata säästvatele transpordiviisidele, et kaitsta kliimat, tervist ja keskkonda.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Transportas užtikrina mūsų mobilumą. Miestų judumas transporto politikos formavime užima svarbią vietą. Besikeičianti miesto susisiekimo sistema turi užtikrinti kiekvieno gyventojo judumo poreikius ir miesto zonų pasiekiamumą trumpiausiu atstumu ir mažiausiomis laiko sąnaudomis, saugojant aplinką ir gerinant gyvenimo kokybę.

Todėl reikia skatinti kurti tvarias ir aplinkai draugiškas miestų transporto strategijas bei tvaraus judumo planus. Pažymėtina, kad tvaraus judumo planų rengimas yra svarbus miesto transporto srities ES projektų finansavimo elementas. Labai svarbu, kad ESIF būtų sistemingai panaudojamas visapusiškų ir integruotų tvaraus judumo mieste planų plėtrai ir įgyvendinimui.

Judumas mieste turėtų padėti siekti ES efektyvaus išteklių naudojimo tikslų, mažinti oro užterštumą, triukšmą, šiltnamio efektą sukeliančių dujų išmetimą ir energijos vartojimą. Tačiau nemanau, kad didelį dyzelino suvartojimą Europos Sąjungoje lėmė palankios apmokestinimo taisyklės, be to, nepritariu pasiūlymui, kuriuo nedelsiant raginama imtis veiksmų siekiant palaipsniui atsisakyti subsidijų iškastiniam kurui.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Sono felice che proprio oggi, mentre da pochi giorni è stato dato il via alla COP21, si abbia la possibilità in Aula di discutere e votare questo documento: una maggiore sostenibilità della mobilità urbana migliora non solo molti aspetti della vita quotidiana dei nostri cittadini, ma permette anche di impiegare i nostri sforzi per un ambiente più sano, che inquini meno e che contribuisca al raggiungimento degli obiettivi che i grandi leader mondiali si sono posti per il clima, e che noi stessi ci auspichiamo possano realizzarsi. Soddisfatto di poter contribuire con il mio voto ad una tematica che mi sta molto a cuore, voterei positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Sustainable urban mobility is an important element of improving citizens' quality of life, strengthening the economy and, thus, achieving a more sustainable development on a regional and European level. In Bulgaria, concrete steps are being taken towards the implementation of the green city philosophy but much work is left to be done. That is why I am in favour of the report and the dedication of part of EU funds for sustainable urban mobility projects.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I agreed with the report, though I consider more ambition is needed on urban mobility – as cities concentrate most of the population and generate most of the air pollution as well.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovo izvješće jer smatram kako je osobni doprinos svakoga od nas, građana Europe, ali i cijelog svijeta jednako važan bez obzira gdje živjeli. Naš osobni doprinos smanjenju emisija onečišćujućih tvari u okoliš, kao i smanjenju emisija stakleničkih plinova možda se čini beznačajan sa stajališta osobne potrošnje i osobnog doprinosa u odnosu na svjetske razmjere, ali ako taj svoj doprinos gledamo kumulativno kao zbrojeni doprinos svakog pojedinog stanovnika Europe, a svi zajedno vozimo preko 220 milijuna osobnih vozila (često zbog naše osobne komocije), tada se moramo zapitati ponašamo li se odgovorno spram zajednice i budućnosti naše djece.

Dobro uređen javni prijevoz, dostupan većini ljudi može donijeti promjenu. Svako gradsko područje je jedinstveno, uvjeti i mogućnosti su različiti, ali postoje i brojne sličnosti. Pozdravljam razvoj platforme koja će omogućiti razmjenu iskustva i najboljih praksi između gradova. Pozivam sve donositelje odluka na lokalnoj i regionalnoj razini da iskoriste tu mogućnost razmjene svojih dobrih i loših iskustava i utvrde strategije koje će promet u gradovima učiniti održivijim nego što je danas.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće zastupnice Delli o održivoj gradskoj mobilnosti. Zagađenje stakleničkim plinovima, velika razina buke i neodržive svakodnevne prometne gužve predstavljaju izuzetno teški problem velikih gradskih sredina u EU-u. Isto tako, svaki grad ima specifične karakteristike i potrebe te se zbog toga mora promatrati zasebno. Iz tog razloga ne postoji univerzalno rješenje, već svaka članica mora kreirati vlastiti paket mjera kako bi smanjila zagađenje prouzročeno gradskim prijevozom. Gradski prijevoz je odgovoran za 70% emisija CO_2 u gradskim područjima te je jedini sektor u Europskoj uniji čije emisije stakleničkih plinova i dalje rastu.

Prema istraživanju Europske agencije za okoliš, 125 milijuna stanovnika EU-a izloženo je pretjeranoj buci zbog gradskog prijevoza. Ovim prijedlogom napravit će se veliki korak u unaprjeđenju zaštite okoliša, kvalitete života i zdravlja. S financijske strane, negativne eksternalije će se, a time i troškovi, dugoročno smanjiti. Energetska učinkovitost, upotreba obnovljivih izvora energije, održivi razvoj i neutralnost tehnologije su pojmovi koje se spominju u prijedlogu, a od krucijalne važnosti su kako bi se ostvarili ciljevi Europske unije.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I am pleased by the result of the vote on sustainable urban mobility. I agree that long-term sustainable urban mobility planning is essential for cities to continue to provide safe and efficient service for their citizens. It is also beneficial in order to reduce greenhouse gas emissions, as well as noise pollution, air pollution, and accident reduction. I encourage Member States to carry out sustainable mobility plans in order to achieve these goals in their respective cities. Furthermore, planning should also keep in mind and give priority to low-emission transport models, including electric traction and alternative fuels. We should always strive to provide the best for our citizens. They deserve to have safe, clean and efficient cities where they can learn, work and play.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport pour envoyer un message clair à nos concitoyens. Je m'insurge en revanche contre l'utilisation idéologique qui en a été faite tout au long des négociations. Le groupe Verts se distingue par une attitude peu constructive et très marquée par l'idéalisation d'une société toute verte. Aussi, je m'oppose à cette idée de vouloir supprimer le diesel de nos voitures, ou tout simplement les voitures de nos villes… Cela n'a aucun sens tant que nous n'avons pas trouvé la solution miracle pour les transports urbains. J'ai bien étudié le sujet lorsque j'ai eu la charge du rapport sur CARS2020. D'ailleurs, ce mythe du transport collectif est un leurre: certaines personnes ne peuvent pas se passer de la voiture comme moyen de transport (transporteurs, habitants des zones résidentielles, VRP, etc.). Enfin, notre industrie est leader mondial sur la technologie «diesel», et la France en pointe. Par contre, je tiens à rappeler que je suis pour des tests en condition réel, comme je l'avais d'ailleurs dit dans CARS2020.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei a favor por entender que o aumento significativo da população urbana exige medidas de planeamento global.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The UK has been working on projects for sustainable urban mobility for years. For example London introduced the 'Boris Bike' in 2010 and Manchester has continuously expanded its metro system and is delivering completion ahead of schedule and within budget. This report is the EU adopting an approach of 'teaching your grandmother to suck eggs'. The call for the ban of all cars by 2050 is ludicrous and would lead to chaos. It is not for the EU to tell the subjects of the UK when and where they can use their cars.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – L'engorgement et la pollution dans les grandes villes sont des réalités pénibles de notre quotidien qu'il convient d'améliorer d'urgence, pour une bonne santé et un meilleur environnement. C'est ce qu'a rappelé le Parlement européen ce soir, en adoptant le rapport Delli sur la mobilité urbaine durable. Certaines des pistes sont connues pour réduire la présence des autos dans les villes: un meilleur maillage des transports publics, des connexions facilitées train-métro-bus, le développement du covoiturage ou encore le télétravail.

Je n'ai en revanche pas soutenu l'amendement 1 visant à supprimer toute subvention pour les combustibles fossiles. L'idée est pertinente et rejoint en partie les conclusions formulées par l'OCDE dans son rapport de septembre qui a recensé pas moins de 800 mesures de soutien aux énergies fossiles dans le monde. Elle paraît pourtant impraticable dans la réalité, dès lors que de nombreuses subventions aux énergies polluantes bénéficient directement aux personnes les plus vulnérables. La priorité est donc d'inverser la pratique actuelle et d'orienter les aides publiques vers les énergies renouvelables. Une idée à creuser, avancée par les experts de l'OCDE, serait de subventionner directement les revenus des ménages par un chèque en leur laissant la liberté de le dépenser comme bon leur semble.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – À l'occasion de la COP 21, qui réunit ces jours-ci, en (très) grande pompe, les dirigeants du monde entier, je réitère l'impérieuse nécessité de réduire l'impact des transports en matière d'émissions tant de gaz à effet de serre que de particules fines. J'ai ainsi voté en faveur du rapport sur la mobilité urbaine durable, qui promeut un large éventail de solutions alliant compétitivité et sobriété pour atteindre ces objectifs.

En ce qui concerne les nœuds urbains, le texte encourage le recours au Mécanisme pour l'interconnexion en Europe et au Fonds européen pour les investissements stratégiques (bras financier du plan Juncker) pour le financement des nécessaires infrastructures de transport. Il s'agit de rendre la circulation plus sûre, plus fluide et plus respectueuse de l'environnement dans les zones congestionnées, alors que la grande majorité des citoyens vit aujourd'hui en ville.

D'une manière générale, je soutiens toute initiative visant à favoriser et à développer l'émergence de l'économie du partage dans la mobilité urbaine, tels que l'auto-partage et le covoiturage, qui présentent un fort potentiel pour la réduction de la pollution ainsi que pour amenuiser les nuisances urbaines engendrées par le trafic.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – D'ici 2050, ce seront plus de 80 % des citoyens de l'Union qui vivront dans des zones urbaines. Dans ce contexte, agir en faveur d'une mobilité urbaine durable est nécessaire, d'autant que des bienfaits en matière d'environnement, de santé, d'énergie, de sécurité, d'urbanisme, d'infrastructure, de qualité de vie ou encore d'innovation pourront en découler.

Une mobilité intelligente implique de soutenir la recherche en faveur de nouvelles technologies, permettant notamment de développer des moyens de transport à faibles émissions, ainsi que de nouveaux modèles économiques, fondés notamment sur l'économie du partage.

L'ensemble des niveaux d'action publique et des acteurs devront trouver les moyens afin de répondre aux besoins de nos villes et des citoyens qui y vivent. L'Union doit y contribuer notamment via ses programmes et financements, mais aussi au travers d'autres mesures présentées dans ce texte qui me semblent justes. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de celui-ci.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Esta Resolución es la respuesta al apoyo que esta Comisión quiere dar a todas las políticas comunes con impacto en las ciudades, donde vive la mayoría de los europeos. Frente a aquellos que piensan que en el entorno urbano no cabe la acción de la Unión, los socialistas defendemos su pertinencia, y prueba de ello es que conseguimos que el Mecanismo «Conectar Europa» o fondos como el FEIE financien nodos urbanos.

Apoyamos esta Resolución porque compartimos muchas de las propuestas para un transporte urbano más seguro y sostenible, accesible a todos, y en el que el transporte público juegue un rol predominante.

Nos hubiera gustado sin embargo matizar la referencia a los peajes urbanos. Entendemos que este tipo de actuaciones tienen que ir acompañadas de medidas de discriminación favorable para aquellos que han sido expulsados del centro, así como para evitar que acabe siendo el coto exclusivo de las clases pudientes.

Tampoco nos parece acertado el apoyo incondicional a cualquier forma de movilidad de la economía compartida, como Uber, que pone contra las cuerdas a sectores como las cooperativas y los autónomos del sector del taxi que sí cumplen con la legislación en materia social y laboral y ofrecen un servicio público seguro y de calidad.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui encourage notamment les États membres à revoir leurs stratégies de sorte à favoriser le transport non motorisé afin de servir les intérêts convergents de l'amélioration de la mobilité et de l'environnement urbain. Le texte adopté encourage également les États membres à promouvoir l'utilisation des vélos, y compris en fixant des objectifs ambitieux pour les taux d'utilisation du vélo d'ici à 2030 et à améliorer les conditions pour la marche et le cyclisme.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A importância da mobilidade sustentável - em especial a urbana - é, cada vez mais, um tópico em cima da mesa e que se encontra atualmente a ser amplamente debatido à escala mundial, logo também em termos europeus.

Segundo dados estatísticos, estima-se que em 2050 cerca de 82% dos cidadãos viverão em zonas urbanas, colocando-se assim novos desafios sociais e de planeamento urbano, de desenvolvimento sustentável e a nível da própria qualidade de vida nas cidades. Assim, para alcançar o objetivo de criar um novo modelo de desenvolvimento urbano sustentável é necessário investir em projetos sólidos de mobilidade urbana, de elevada qualidade, que sirvam o interesse geral.

Nessa medida, deste relatório de iniciativa que votei favoravelmente, destaco a importância de criar planos de mobilidade urbana sustentável de longo prazo que incorporem tecnologias de informação, permitam criar soluções de mobilidade adequadas e seguras para todos os cidadãos e tenham em conta as necessidades especiais das pessoas com mobilidade reduzida.

Apoio também a posição adotada pelo relator relativamente à posição que a UE deverá assumir garantindo que Estados-Membros, autoridades locais e regionais trabalhem em conjunto para alcançar tal desiderato, criando as condições para a existência de efeitos positivos a nível do planeamento espacial, socioeconómico e da preservação ambiental.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilité urbaine durable. La congestion des espaces urbains et périurbains européens rend nécessaire la promotion d'une nouvelle forme de mobilité. Il s'agit de répondre à une demande de mobilité toujours plus grande tout en évaluant les impacts environnementaux, sociaux et économiques.

Ainsi, le rapport invite les États membres et les autorités locales à poursuivre et à intensifier leurs efforts dans la mise en œuvre d'un nouveau modèle de mobilité urbaine.

J'ai soutenu ce texte, qui émet des propositions quant à une utilisation efficace des différents fonds européens afin de réaliser les investissements de qualité nécessaires. En effet, il s'agit de garantir le développement et la conservation des infrastructures de transport urbain. Pour cela, le rapport suggère de réserver une partie du FEDER, du fonds de cohésion, du Fonds européen d'investissement stratégique (EFSI) ou encore des programmes d'Horizon 2020 au financement de projets de mobilité urbaine durable.

L'Union doit poursuivre son engagement en faveur d'une mobilité urbaine durable pour atteindre ses objectifs, notamment ceux liés à l'économie circulaire porteuse de création d'emploi.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione sulla mobilità urbana sostenibile e mi congratulo con l'on. Virkkunen, relatore ombra del gruppo PPE, per il lavoro svolto. Sono concorde ad accrescere l'efficienza delle modalità di spostamento sostenibile e rafforzare la rete logistica dei trasporti nelle aree urbane. Gli Stati membri e le autorità locali devono adoperarsi per attuare piani di mobilità urbana sostenibile e garantire ai cittadini europei un trasporto pubblico accessibile, efficiente e sicuro.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe Delli, después de un largo proceso de conciliación entre los diferentes grupos, ha resultado aceptable para todos a la hora de proponer una serie medidas para hacer frente, entre otros, al problema de la contaminación derivado del transporte propulsado por combustibles fósiles. Si bien ha perdido cierta definición a la hora de cuantificar objetivos relacionados con el uso de medios públicos o alternativos, propone numerosas medidas, integradas y coordinadas a diferentes niveles administrativos, orientadas a proteger el clima, la salud y el medio ambiente, así como a favorecer el bienestar y la seguridad. El objetivo es promover ciudades inteligentes y sostenibles. Por ello hemos votado a favor del informe.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – Over 80 percent of Europe's populations live in urban centres. They are plagued by traffic congestion, long commuting times, environmental pollution and inefficient public transport. Worthy efforts continue to overcome the growing problems. Many fail.

Given the present context, where privatisation, public-private partnerships and market-based solutions are considered essential elements in a 'holistic' solution, problems will surely multiply not decrease. The emphasis should be on public, not private solutions.

Still, state investment in urban public transport systems has not kept pace with needs. Moreover, modernising public transport has been confused with privatising, when the real need was to modernise the public management of transport systems. Generally, there is little impetus in favour of a long-term plan. Through major public investments, it would create new infrastructures for mass urban transport. Its control and strategic direction would be retained by public authorities, operating not for profit but to serve a public purpose.

As a general rule, public transport systems run as if they were private entities cannot solve satisfactorily the large scale problems of urban mobility. At national level, free market ideological dogma obscures this reality. Perhaps it can be countered at a European level, but I doubt it.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La mejora de la movilidad urbana es un paso imprescindible para la reducción de las emisiones globales, así como para la mejora de la calidad del aire y la seguridad del tráfico en las ciudades europeas. Aunque la propuesta final del informe es poco ambiciosa y contiene elementos contradictorios, como la ausencia de una crítica a la desregulación implícita en la economía «colaborativa» o un cierto voluntarismo al abordar la transición energética, creemos que el apoyo dado a la planificación en el transporte, su integración intermodal y la mejora de su eficiencia justifican el voto al favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Sustainable urban mobility is a priority for both me and the Socialists in this chamber. It is key to boosting the social and economic conditions of those living in cities and prevents the growing inequalities that we are seeing more and more in recent years. Importantly, and this vote comes at an appropriate time, the 'sustainability' dimension to mobility in urban areas will contribute to our fight against climate change.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – V prípade legislatívneho uznesenia o udržateľnej mestskej mobilite som hlasoval proti predloženému návrhu. Je dôležité, aby sme investovali do rozvoja našich miest. Tento rozvoj však nemôže byť podmieňovaný systémom prehnaných požiadaviek na jednotné spôsoby fungovania dopravy vo všetkých mestách. Infraštruktúra našich miest je v súčasnosti príliš rôznorodá na to, aby sme požadovali rovnaké druhy dopravy či ten istý prístup k ambicióznym emisným stropom. Je potrebné akceptovať rozmanitosť našich miest, ich prirodzené dopravné možnosti a ponechať členským štátom ich kompetencie v tejto oblasti.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Vo väčšine európskych krajín vrátane SR, odkiaľ pochádzam, sa za hlavný zdroj zhoršenej kvality ovzdušia považuje narastajúca doprava. Osobne sa sama dennodenne presviedčam o tom, že vozidlo aj naďalej zostáva hlavným prostriedkom našej mestskej mobility, a preto nie je nič výnimočné, že vstupy do našich miest sú zahltené automobilmi. Žiaľ, individuálna automobilová doprava naďalej dominuje na úkor udržateľných spôsobov dopravy nielen vo väčšine slovenských miest, ale aj v mnohých európskych mestách. Mrzí ma, že pod súčasný stav mobility sa v mnohých prípadoch podpisuje aj nezáujem kompetentných osôb na samosprávach riešiť problémy mobility a hľadať nové, inovatívne prístupy a riešenia. Podporila som uznesenie, lebo si myslím, že je nevyhnutné preorientovať mestskú mobilitu na udržateľné spôsoby dopravy, a predkladaná správa prichádza s možnými riešeniami. Rovnako si myslím, že udržateľná mestská mobilita si bude v prospech všeobecného záujmu vyžadovať omnoho viac kvalitných investícii. Aj keď v Európe existuje mnoho rôznych prístupov k plánovaniu mestskej mobility, očakávam, že Únia v spolupráci s členskými štátmi a regionálnymi a miestnymi orgánmi dokáže vytvoriť nový model udržateľnej mestskej mobility.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Mobilnost v mestih pretežno temelji na uporabi vozil na konvencionalni pogon.

Zaradi tega je posledično 96 % energijskih potreb prometa v EU odvisnih od nafte in naftnih derivatov, kar ustreza približno tretjini celotne energije. Mestni promet je vir približno 25 % emisij ogljikovega dioksida in približno 70 % vseh emisij na mestnih območjih.

Prav tako je pomembno dejstvo, da je približno 50 % voženj na mestnih območjih krajših od 5 kilometrov.

Ob zavedanju posledic emisij ogljikovega dioksida na podnebne spremembe in nujnosti zmanjšanja emisij toplogrednih plinov se pridružujem mnenju, da je nujno potrebna drugačna usmeritev transportnih politik v mestih držav članic EU.

Poročilo spodbuja organe v državah članicah, naj pripravijo načrte za trajnostno mobilnost v mestih, v katerih se prednost namenja načinom prevoza z nizkimi emisijami, vključno z električnim pogonom in vozili na alternativna goriva.

Strinjam se, da je treba v skladu s previdnostnim načelom in načelom sorazmernosti sprejeti preventivne ukrepe, da bi se izboljšala kakovost zraka v mestih ter da je za to potreben celosten pristop.

Ker so načrti za trajnostno mobilnost v mestih za doseganje ciljev EU v zvezi z emisijami ogljikovega dioksida, hrupom, onesnaženostjo zraka in zmanjšanjem nesreč na cesti bistvenega pomena, sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje poročila.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Využívanie konvenčne poháňaných vozidiel patrí ešte stále k populárnym spôsobom prepravy. S rastúcim počtom mestských obyvateľov musí byť našou prioritou sústrediť sa na dlhodobú víziu a jasnú formuláciu cieľov v rámci mobility v mestách. Efektívne územné plánovanie, ale aj rozširovanie povedomia o alternatívnych spôsoboch prepravy medzi našimi občanmi sú kroky k trvalo udržateľnej mobilite.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog jer smatram da zbog prenapučenosti gradova i korištenja velikoga broja automobila dolazi do kritične točke zagađenja zraka. Takva situacija predstavlja ekološki problem. Stoga smatram da treba raditi na unaprjeđenju javnog prijevoza kako bi omogućili svakome kvalitetan prijevoz do posla, škole ili bilo kojeg drugog potrebnoga mjesta. Isto tako smatram da je pravo na mobilnost jedno od osnovnih ljudskih prava te smatram da se treba ljudima omogućiti što više opcija koje će dovesti do smanjenja korištenja osobnih automobila te samim time smanjiti stopu zagađenja okoliša. Unaprjeđenjem javnog prijevoza smanjiti će se emisija štetnih plinova unutar gradova i time će se spriječiti daljnje zagađenje.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – U današnje vrijeme, velika koncentracija stanovnika nalazi se upravo u urbanom području pa se procjenjuje kako će do 2050. godine 82% građana Europske unije živjeti u urbanim područjima. Budući da se s predviđenim znatnim povećanjem gradske populacije urbani centri suočavaju s društvenim izazovima i izazovima u pogledu kvalitete života i održivog razvoja, potrebno će biti uspostaviti sveobuhvatne mjere urbanističkog planiranja.

Povećanjem gradske populacije, povećava se i gradska mobilnost. Gradska mobilnost se još uvijek velikim dijelom oslanja na upotrebu automobila na uobičajena goriva. Posljedično tome, 96% energetskih potreba prijevoza u EU-u ovisi o nafti i njezinim derivatima što odgovara trećini ukupne energetske potrošnje.

Podržavam stajalište Vijeća jer smatram kako je prostorno planiranje najvažnija faza za stvaranje nesmetanih, sigurnih i postojanih prometnih mreža koje imaju stvaran učinak na ukupni život, promet i njegovu raspodjelu te naglašavam kako se na sigurnost uvijek mora gledati kao na ključan element održivog urbanističkog planiranja. Potrebno je također dati prednost prijevoznim sredstvima s niskim udjelom emisija, uključujući ona na električni pogon te ona za koja se koriste alternativna goriva i koja imaju ugrađene inteligentne prometne sustave.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Hlasoval jsem pro zprávu o udržitelné městské mobilitě, protože zdůrazňuje a podporuje udržitelnou městskou mobilitu na evropské úrovni. Poukazuje na to, že je důležitý rozvoj plánů udržitelné městské mobility, který je dále podporován informačními a komunikačními technologiemi tak, aby se vytvořila účelná a bezpečná dopravní síť a zároveň se snížily emise CO_2, hluk a aby byla městská doprava efektivní s co nejmenšími negativními dopady na životní prostředí. Opatření, na která se zpráva zaměřuje, je zvyšování služeb pro sdílení automobilů, spolujízdu a zvýšení obsazenosti automobilů. Tato zpráva také podporuje rozvoj inteligentních technologií včetně ITS a infomobilních systémů a optimalizaci logistiky nákladní dopravy ve městech. Ve zprávě se také připomíná, že díky inteligentním dopravním a intermodálním systémům je mobilita účinnější a šetrnější k životnímu prostředí. V budoucnu ke zkrácení cestování ve městech přispějí i nové digitální technologie v oblasti vyhledávání spojení a navzájem komunikující vozidla.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η έκθεση προτείνει τρόπους δράσης που θα ωφελήσουν τόσο το περιβάλλον όσο και τους Ευρωπαίους πολίτες και θα βελτιώσουν τη δημόσια υγεία και το επίπεδο ζωής, καθώς και την εικόνα των πόλεων.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A városi közlekedés hosszú távú fejlesztésében elengedhetetlen a fenntarthatóságra és erőforrás-hatékonyságra való törekvés. Közös európai munkával törekedni kell a városi mobilitás fejlődésének fenntarthatóságára, megőrzésére és fejlesztésére, ami viszont magas szintű befektetéseket igényel. Ezen intézkedések pozitív hatással lesznek nemcsak a közlekedésre, hanem a gazdaságra és a munkaerő-piacra is. Természetesen számos más pozitív hatást is előidézhet ezen fejlődés, mint például a CO_2-kibocsátás csökkenése, az életminőség és egészség javulása, az infrastruktúra fejlődése és az innovációk ösztönzése.

Szükségesszerű ambiciózus célokat kitűznünk, amelyek elérésében régióinknak és városainknak is együtt kell működniük.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a fenntartható, energiahatékony városi mobilitással kapcsolatos jelentést, mivel osztom azt a véleményt, hogy ez a jog minden polgárt megillet, többek között a csökkent mozgásképességű személyeket is. Egyre többen élnek városokban, éppen ezért fontos, hogy olyan elveket fogalmazzunk meg, melyek fenntartható módon könnyítik meg az emberek mozgását. Mindezt úgy kell megtenni, hogy a közlekedés minél kevesebb környezeti és egészségügyi terhelést jelentsen, ezért például csökkenteni kell a dízel hajtóanyaggal működő városi közlekedési eszközökre vonatkozó adókedvezményt is.

A városi közlekedés önmagában az üvegházhatású gázok kibocsátásának negyedéért felelős, melynek mértékét csökkenteni kell, hiszen csak így lehet elérni az Európai Unió által kitűzött 2030-as célokat.

Mint az egy korábbi jelentéssel kapcsolatban is megfogalmazásra került, az Európai Unió nagyvárosaiban tapasztalható levegőszennyezés évente mintegy 400 000 korai halálesetet eredményez. Ezért sokszor azok az apró részecskék felelősek, amelyeket nagyrészt az európai járműpark 55%-át kitevő dízelmotorok bocsátanak ki. Ez a tendencia véleményem szerint nem csak környezeti, egészségügyi, de gazdasági hatásokkal is jár, hisz nő a tagállamok energetikai függősége és számlája is. Éppen ezért egyetértek azzal, hogy azonnali lépésekre van szükség, és hogy a mai és a jövőbeli városi mobilitásnak nagyrészt a környezetbarát mobilitáson és az együttműködési hálózatokon kell alapulnia.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Obecnie ponad 4/5 Europejczyków mieszka w strefach miejskich, a w najbliższych latach odsetek ten prawdopodobnie wrośnie, co przyczyni się do powstania nowych wzywań społecznych związanych z jakością życia czy zrównoważonym rozwojem. Niestety mobilność w miastach nadal opiera się w dużej mierze na użyciu pojazdów o napędzie konwencjonalnym, które odpowiadają za ok. 25% emisji CO_2 w UE.

Aby zmienić ten trend, zarówno Unia Europejska, jak i państwa członkowskie powinny podjąć działania, aby mieszkańcy miast częściej korzystali z transportu publicznego, wspólnych podróży czy rowerów. Jest to wielkie przedsięwzięcie nie tylko infrastrukturalne, ale także społeczne. Ceny transportu muszą się zmniejszyć, a ilość ścieżek rowerowych zwiększyć. W związku z tym Komisja powinna podjąć zabiegi na rzecz koordynacji i konsolidacji inicjatyw UE w dziedzinie mobilności, a państwa członkowskie powinny zachęcać swoje miasta do podejmowania bardziej ekologicznych, ale też ekonomicznie słusznych działań.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'initiative de ma collègue Karima Delli.

La mobilité n'est pas un but en soi, mais devrait être un droit pour tous les citoyens. 80 % des Européens vivront bientôt en ville; la mobilité devrait donc favoriser l'accès de tous, y compris des personnes à mobilité réduite, à l'école, au travail, à la culture, aux loisirs et à la santé. Pourtant, la mobilité urbaine est souvent vécue comme une contrainte, qui trouve son origine dans l'utilisation trop massive de la voiture individuelle fonctionnant avec des carburants traditionnels. De fait, le passage à des modes de transport plus durables se fait très lentement: la voiture reste le mode essentiel de notre mobilité, en représentant 43 % des kilomètres parcourus dans le monde et les trois quarts des déplacements en Europe.

La dépendance à la voiture et son corollaire, la congestion du trafic routier, dont le coût est estimé à 80 milliards d'euros pour l'ensemble des villes européennes, fait des citadins les prisonniers d'une mobilité subie, à défaut d'être choisie.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported this report which, in the context of an ever-growing urban population, aims at drawing up the framework for a sustainable urban mobility which would reduce pollutant emissions while strengthening mobility in itself. The report welcomes the existing EU tools and objectives (sustainable urban mobility plans, ITS, white paper, CEF, EU projects) and encourages Member States and the Commission to make better use of them and allocate more funds to their development. Modernisation and digitalisation of the transport sector are addressed in a forward-looking perspective, asking for passengers' behavioural change as regards public transportation to be better taken into account.

I opposed the amendment which asked to phase out subsidies on fossil fuels as I believe this issue must be addressed with a much more comprehensives approach than the one of taxation.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – 80 % europiečių gyvens miestuose, todėl judumas turėtų skatinti prieigą visiems, įskaitant riboto judrumo žmonėms, prie mokyklų, darbo, kultūros ir sveikatos įstaigų. Tuo tarpu judumas mieste dažnai klaidingai laikomas nepatogumu. Šiame pranešime siekiama nukreipti judumą mieste link tvaresnių transporto priemonių, siekiant susirungti su mūsų amžiaus iššūkiais, kaip antai sveikatos ir aplinkos apsauga ar saugumas. Norint pasiekti šį tikslą, Europos Sąjunga turi užsibrėžti sau ambicingus tikslus tam, kad valstybės narės, regionų ir vietos valdžios institucijos kartu sugebėtų įgyvendinti šį naują tvaraus judumo mieste modelį. Dėl šios priežasties verta paremti šį pranešimą.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Iako smatram da je izuzetno važno promicati nove, održive načine prijevoza u gradovima te pažnju usmjeriti na aspekte okoliša, a prioritete usmjeriti na bicikliste i pješake, mnogi prijedlozi ovog izvješća umanjuju princip supsidijarnosti država članica.

Naime, iako načelno podržavam stav i ideju da je potrebno bolje korištenje fondova Europske unije s ciljem promicanja planova održivije i sigurnije gradske mobilnosti, pri postizanju toga cilja ne smije se umanjivati uloga država članica. Osim toga, način na koji se izvješćem potiče uporaba električnih vozila pretjeran je, te uopće ne poštuje tehnološki neutralan pristup.

Smatram da je neprimjereno i ekscesivno predlagati da se načelo „namjene prihoda" povezano s naplatom cestarina koristi za poboljšanje održive gradske mobilnosti, a kao dodatni nedostatak ovog izvješća smatram i neuključivanje snažne preporuke za korištenje dizelskih motora, posebno s naglaskom na tekući kontroverzni slučaj Volkswagen.

Zbog tih razloga glasovala sam protiv ovog izvješća.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o trajnostni mobilnosti v mestih sem podprla, ker menim, da je na tem področju še veliko manevrskega prostora za izboljšanje.

Pomembno je narediti korak naprej, da se v mestih začnejo izvajati korenite spremembe ter inovacije na področju mestnega prometa.

Javni transport je treba nadgraditi in ga prebivalcem narediti bolj privlačnega, dostopnejšega in bolj učinkovitega.

Poleg tega pa je treba tudi spodbuditi uporabo koles po zgledu severnih držav, saj to v končni fazi posredno prispeva tudi k boljšemu zdravju ljudi.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe Delli, después de un largo proceso de conciliación entre los diferentes grupos, ha resultado aceptable para todos a la hora de proponer una serie medidas para hacer frente, entre otros, al problema de la contaminación derivado del transporte propulsado por combustibles fósiles. Si bien ha perdido cierta definición a la hora de cuantificar objetivos relacionados con el uso de medios públicos o alternativos, propone numerosas medidas, integradas y coordinadas a diferentes niveles administrativos, orientadas a proteger el clima, la salud y el medio ambiente, así como a favorecer el bienestar y la seguridad. El objetivo es promover ciudades inteligentes y sostenibles. Por ello hemos votado a favor del informe.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce texte est d'ouvrir la voie à une gouvernance écologique supra-nationale. Karima Delli ne s'en est jamais cachée lorsqu'elle expliquait dans une interview: «La première étape, c'est qu'avant fin 2016, chaque État membre doive rendre ce qu'on appelle un plan national de la mobilité urbaine durable.»

Petit à petit, la Commission verra donc accroître ses prérogatives et pourra imposer des mesures aberrantes affectant les ménages modestes qui n'ont pas les moyens de se payer un véhicule aux dernières normes en vigueur ou de s'acheter un logement près de leur lieu de travail. Ainsi, l'idée du «pollueur-payeur» fait son chemin. Se prépare également l'obligation pour les municipalités d'instaurer des limites de vitesse à 30 km/h en ville, de même que la circulation alternée.

Il convient donc de s'opposer à un texte qui nie délibérément le principe de subsidiarité.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Există numeroase efecte nocive ale modelului de transport actual asupra elementelor fundamentale ale mediului natural, inclusiv asupra aerului, apei, solului și diverselor ecosisteme. Întrucât nu există o soluție universală pentru zonele urbane, orașele din Uniunea Europeană având situații și nevoi specifice, condiționate de așezarea geografică, climă ori structura demografică, siguranța trebuie să fie considerată întotdeauna un element-cheie al tuturor planurilor de transport urban durabil.

Estimările arată că un procent de 82 % dintre cetățenii UE va locui în zonele urbane până în 2050. Noi practici, precum utilizarea în comun a autoturismelor, alături de bicicletă, mersul pe jos și transportul în comun, sunt în dezvoltare.

Eficiența energetică și folosirea energiei din surse regenerabile, care presupun un nivel redus de emisii de carbon, sunt esențiale pentru realizarea mobilității urbane durabile.

Consider că sprijinul mobilității urbane este posibil și necesar pentru o abordare intregrată, transportul urban sustenabil contribuind la reducerea consumului de energie, poluării atmosferice și fonice, numărului de accidente, congestionării traficului, gradului de utilizare a terenurilor și impermeabilizării solului, putând totodată fi unul dintre factorii-cheie ai unei creșteri economice sustenabile.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A mobilitás önmagában nem cél, hanem minden polgár számára jognak kellene lennie. Hamarosan az európaiak 80%-a városban fog élni; a mobilitásnak tehát mindenki – többek között a csökkent mozgásképességű személyek – számára meg kellene könnyítenie, hogy eljusson az iskolába, a munkahelyre, továbbá hozzáférjen a kultúrához, a szabadidős tevékenységhez és az egészségügyi ellátáshoz. E jelentés arra vállalkozik, hogy a városi mobilitást a fenntartható közlekedési módok felé terelje, annak érdekében, hogy szembenézzen századunk kihívásával, az éghajlat, egészségünk és környezetünk, jólétünk és biztonságunk védelmével. Szavazatommal támogattam.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – My vote was positive and I believe Parliament voted in favour of reorienting transport policy in our cities and ensuring it can respond to major challenges facing the sector today. We need to ensure the transport sector shifts towards renewable and truly sustainable energy sources and, ultimately, this means shifting away from car-dominated systems and fossil fuels like diesel and petrol.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on sustainable urban mobility because I agree with the principle that mobility should be a right for all citizens. It is very important to address topics such as urban mobility by making it more sustainable, safe and secure, giving space and infrastructure back to all citizens and improving accessibility, improving the environment, quality of life and health, saving energy and protecting the climate, making innovation the core of research policy aimed at smart mobility approaches, supporting innovations in the area of sustainable freight transport, minimising external costs and making better-quality investment, and integrating networks of efficient mobility systems and fostering cooperation. In the context of the crisis that has hit the European Union, too many citizens are devoting a significant share of their time and income to transport, to which some citizens have no possibility of access whatsoever. In order to foster improvements in this regard, Member States need to take active steps to bring about a modal shift from road to inland waterway and rail as a matter of urgency, attaching particular importance to inter-modality, bringing together walking, cycling and public transport.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Como bien expresé en la opinión para dicho informe de la que fui ponente en la Comisión de Desarrollo Regional, es necesario seguir contribuyendo a que nuestras ciudades fomenten medios de transporte alternativos y respetuosos con el medio ambiente para tener de este modo ciudades más descongestionadas, menos dependientes de las energías fósiles, más respetuosas con el medio ambiente y más competitivas. Las autoridades europeas han de contribuir a ello no solo mediante el uso de fondos, sino también mediante la promoción de la gobernanza multinivel. La movilidad urbana sostenible es, por lo tanto, un elemento esencial para hacer mejores ciudades en el futuro. Teniendo en cuenta que dicho informe recoge estas ideas, he considerado oportuno votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La mejora de la movilidad urbana es un paso imprescindible para la reducción de las emisiones globales, así como para la mejora de la calidad del aire y la seguridad del tráfico en las ciudades europeas. Aunque la propuesta final del informe es poco ambiciosa y contiene elementos contradictorios, como la ausencia de una crítica a la desregulación implícita en la economía «colaborativa» o un cierto voluntarismo al abordar la transición energética, creemos que el apoyo dado a la planificación en el transporte, su integración intermodal y la mejora de su eficiencia justifican el voto al favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Een sterk toenemende mobiliteitsdruk en de daarmee gepaard gaande vervuiling in onze steden zijn een steeds groter wordend probleem voor onze samenleving. Het staat vast dat we op zoek moeten gaan naar nieuwe CO_2-neutrale vervoersmogelijkheden die de stedelijke mobiliteit op een duurzame wijze verbeteren. Hierbij zullen we wel steeds rekening moeten houden met zowel de economische, sociale als ecologische factoren en een gezonde balans moeten vinden tussen deze drie aspecten. Ik stemde dan ook voor dit verslag omdat een betere en meer duurzame mobiliteit ook een belangrijke boost voor onze economie kan betekenen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O planeamento da utilização dos solos é determinante para a criação de redes de transportes eficientes, acessíveis e torna-se fundamental para um planeamento urbanístico ambientalmente sustentável.

Os planos de mobilidade urbana sustentável a longo prazo (PMUS), apoiados por tecnologias TIC, são ferramentas importantes para o fornecimento de soluções de mobilidade adequadas e seguras para todos os cidadãos.

Insistimos na ideia da necessidade de políticas públicas que possam contar com instrumentos que permitam alavancar estas estratégias de desenvolvimento ao serviço do cidadão. Neste sentido, convergimos globalmente com os objetivos do relatório, sem deixar de marcar as nossas divergências face, entre outras coisas, ao Livro Branco sobre a Política Europeia de Transportes que pretende impor uma visão mercantil a este setor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Prinzipiell enthält der Bericht einige Punkte, welche zu begrüßen sind. Ein neues (nachhaltiges) Verkehrskonzept für europäische Großstädte wird dringend benötigt. Die Berichterstatterin liefert hierzu teilweise gute Vorschläge (Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, Förderung von alternativen Antrieben bei Fahrzeugen u. ä.); jedoch enthält der Bericht auch einige Punkte, welche Autofahrer diskriminieren oder schlicht unrealistisch sind. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla mobilità urbana sostenibile perché si tratta di una priorità per il gruppo dei Socialisti e Democratici. È infatti un elemento fondamentale per promuovere migliori condizioni economiche e sociali nelle città, soprattutto per le fasce di popolazione più svantaggiate, senza dimenticare gli effetti positivi che una buona gestione della mobilità urbana può avere sulla lotta al cambiamento climatico. Voglio sottolineare anche un punto che mi sta particolarmente a cuore: il testo che abbiamo approvato parla esplicitamente di nuove forme di mobilità basate sul modello di *sharing economy*, riconoscendo il ruolo delle soluzioni di mobilità *peer-to-peer* come un beneficio per i cittadini.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the amended report on sustainable urban mobility. Sustainable urban mobility is very likely to positively influence the EU's resource-efficiency objectives, especially the ones which are linked to the circular economy. Moreover establishing a mobility strategy will offer our citizens easier access to work, school, culture, leisure and health services.

The ways of achieving that are included in the report. Firstly, the necessity for the European Union to set targets which will help to make this sustainable urban development real for the Member States. And therefore, they will ensure the regional and local cooperation between them.

Secondly, there is an idea to offer a part of EU funds such as Cohesion Funds and the ERDF to boost the projects at the domestic and the EU level.

This report and the possible result coming from its implementation are going to be beneficial for both our economy and our citizens.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris***. –** Am votat raportul din proprie inițiativă cu privire la mobilitatea urbană durabilă. În raport se constată faptul că trecerea la moduri de transport mai durabile se face foarte lent. În acest sens, raportorul propune Comisiei Europene să solicite tuturor statelor membre și autorităților locale să aibă un plan de mobilitate urbană durabilă. Astfel de planuri sunt absolut necesare ținând cont de faptul că, potrivit prognozelor, în viitorul apropiat 80 % dintre europeni vor locui în orașe. Mobilitatea urbană trebuie reorientată către moduri de transport durabile în scopul de a face față provocărilor majore ale acestui secol: protejarea climei, a sănătății și a mediului.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση της Επιτροπής Μεταφορών και Τουρισμού σχετικά με τη βιώσιμη αστική κινητικότητα. Δεδομένης της συμφόρησης στις αστικές περιοχές, μια διαφορετική αστική κινητικότητα είναι κάτι παραπάνω από αναγκαία. Στόχος είναι να επανεξετάσουμε τον τρόπο με τον οποίο μετακινούμαστε εντός των πόλεων για τη μεταφορά ατόμων αλλά και εμπορευμάτων. Το ψήφισμα καταθέτει συγκεκριμένες προτάσεις προς αυτήν την κατεύθυνση.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Coincidiendo con la COP 21 que se está celebrando estos días en París, este informe me parece más que adecuado. Como ya se ha manifestado en la Cumbre, estamos ante una situación de emergencia climática. Todos los países deben reaccionar y adoptar compromisos para frenar el cambio climático; es un desafío de todos.

Nosotros, desde la Unión Europea, debemos impulsar iniciativas que persigan la sostenibilidad y durabilidad del planeta. Teniendo en cuenta que el 80 % de los europeos reside en ciudades, el reto de conseguir una movilidad urbana sostenible es un pequeño paso dentro de los esfuerzos que debemos hacer para reducir las emisiones.

En los últimos años hemos experimentado una reducción de las emisiones por parte de la industria y la agricultura. Sin embargo, el sector del transporte no ha hecho más que aumentar. Debemos plantear sistemas de transporte urbano más eficientes e inclusivos para todos, que den acceso a todas las personas de movilidad reducida. La Unión Europea debe dotarse de mecanismos e instrumentos financieros para lograr un nuevo modelo de movilidad urbana adaptada a las necesidades de nuestros tiempos.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Ho sostenuto questa relazione, il cui obiettivo è quello di ridefinire un nuovo modello di mobilità urbana che si basi sulla sostenibilità ambientale, economica e sociale. I trasporti urbani sono responsabili di un quarto delle emissioni di gas a effetto serra, che hanno registrato un incremento del 30% delle emissioni stesse negli ultimi 25 anni. Ne deriva un grave danno in termini d'inquinamento dell'atmosfera e di danno alla salute, di congestione stradale e di sicurezza per i cittadini. Questa relazione propone dunque di dare priorità a nuove forme di trasporto pulito quali tram, funivie, biciclette, *car sharing/pooling*, incentivando l'adozione di piani per la mobilità elettrica e favorendo una intermodalità che coniughi gli spostamenti a piedi e quelli sui mezzi pubblici. Viene chiesto inoltre che l'efficienza energetica venga posta al centro delle politiche di mobilità urbana e che si elabori un pacchetto legislativo su «trasporti e clima».

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Doprava především ve městech značně ovlivňuje kvalitu našich životů jak pozitivně, tak i negativně. Podporuji tuto zprávu, jelikož je nutné se zabývat tím, jakým způsobem se přepravují lidé i zboží, tak aby bylo obojí vzájemně vyvážené. Při těchto úvahách je dle mého názoru nutné hledět nejen na současný stav, ale i do budoucna. Dále je třeba přimět členské státy, aby spolupracovaly s místními samosprávami, a efektivně cílit finanční podporu pro udržitelné projekty.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – V hlasovaní o správe týkajúcej sa udržateľnej mestskej mobility som sa zdržala. Správa vo väčšine prípadov dokázala zachovať rovnováhu medzi princípom subsidiarity a podporovaním členských štátov v plánoch a iniciatívach týkajúcich sa udržateľnej mestskej mobility a rovnako správne poznamenala, že pozitívne zmeny by mali prichádzať najmä zdola, čiže od regionálnych a miestnych orgánov. Na druhej strane však až príliš apelovala na využívanie elektrického pohonu u vozidiel, ktoré podľa môjho názoru narúša technologickú neutralitu uznesenia a niektoré ďalšie požiadavky, napríklad na výmenu vozových parkov verejnej hromadnej dopravy za ekologické, či úplné odstránenie pohonu vozidiel založeného na rope a jej derivátoch zas považujem za neúmerne zaťažujúce, a obávam sa, že by negatívne zasiahlo najmä malé a stredné podniky.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório salienta a importância da definição de políticas de mobilidade urbana que sejam sustentáveis, no sentido de não inibirem o desenvolvimento das cidades, regiões e países, ao mesmo tempo que asseguram a redução dos impactes ambientais do sector dos transportes, um melhor planeamento urbano, a melhoria dos índices de saúde e a inclusão social.

O relatório enfatiza a promoção dos transportes públicos de qualidade e acessíveis (até como meio de dinamizar as economias urbanas e ajudar a combater a pobreza e a exclusão social), a necessidade de promover planos de mobilidade, a utilização de combustíveis alternativos, a melhoria das situações de poluição e do seu impacte na saúde humana (emissão de poluentes atmosféricos e poluição sonora) e a redução da sinistralidade. Defende-se uma abordagem «bottom-up», em contraponto à imposição de orientações pelas instituições da UE.

Votámos favoravelmente.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto***. –** Ho votato a favore di questa relazione perché sono convinto che un graduale abbandono del fossile sia l'unica strada per ridefinire un nuovo modello di mobilità urbana al fine di migliorare l'impatto ambientale. I trasporti automobilistici nelle città sono responsabili di un quarto delle emissioni di gas a effetto serra, con un incremento progressivo di questi ultimi del 30% negli ultimi 25 anni. Si stimano infatti, costi complessivi di congestione stradale pari a 80 miliardi di euro per le sole città europee, senza contare i gravi danni in termini di inquinamento atmosferico e di salute per i cittadini. Nel documento votato sono state recepite le proposte del M5S come la

riduzione dell'inquinamento attraverso metodi alternativi come il telelavoro o l'utilizzo di mezzi pubblici green, al fine di ottimizzare i viaggi per raggiungere il luogo di lavoro e gli spostamenti in generale. Da sempre sono persuaso della necessità di promuovere nuove forme di trasporto pulito quali tram, funivie, biciclette, *car sharing/pooling*, con un incentivo all'adozione di piani per la mobilità elettrica e col rendere fruibili gli spostamenti con i mezzi pubblici, molti dei quali potrebbero godere di tariffe gratuite.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o trajnostni mobilnosti v mestih (2014/2242(INI)), ker menim, da so dolgoročni načrti za trajnostno mobilnost v mestih pomembno sredstvo za zagotavljanje ustreznih in varnih rešitev v zvezi z mobilnostjo za vse državljane.

Naložbe v trajnostni javni prevoz ne rešujejo le težav v zvezi z mobilnostjo v mestih, temveč prinašajo tudi druge pozitivne učinke na zmanjševanje emisij CO_2, hrupa, onesnaženosti zraka in prometnih nesreč.

Presidente. – Le dichiarazioni di voto sono concluse.

21. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

22. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

23. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(La seduta è tolta alla 23.30)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos